

**Inhalts - Verzeichniß**  
über die  
**Verhandlungs - Gegenstände**  
der  
**Stadtverordneten - Versammlung**  
zu  
**Braunschweig**  
im Jahre 1895/96.

---

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

# Uebersicht

## der Verhandlungs-Gegenstände.

### A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen hinter den Gegenständen bedeuten die Seiten in den Berichten.)

#### I. 10. April 1895.

1. Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer . . . . .	2
2. Wahl der Ausschüsse x. . . . .	2
3. Der Stadthaushaltsplan für 1895/96 . . . . .	3
4. Gemeinde-Kirchensteuer für 1895/96 . . . . .	17
5. Antrag Brückmann u. Gen.: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen . . . . .	17
6. Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .	17
7. Beihilfe an die Ortskrankencasse für Land- und Forstwirtschaft . . . .	17
8. Erwerb eines Angers neben der Pumpstation . . . . .	18
9. Erwerb von Grabenflächen zum Auewiekringe und zur Rosenstraße . .	18
10. Einfriedigung des Okergrabens am Nickelbulte . . . . .	18
11. Antrag Böschigk: Einsetzung einer Deputation für Submissionen . . .	18

#### II. 16. Mai 1895.

12. Ankauf von Grundstücken an der Carlstraße . . . . .	22
13. Etat der Friedhofs-Casse für 1895/96 . . . . .	23
14. Verwilligung einer Beihilfe für die Mädchenhorte . . . . .	23
15. Verwilligung der Kosten für die Neupflasterung der Ehrenbrechtstraße .	23
16. Vorschriften für Benutzung des Kühlhauses . . . . .	23
17. Antrag Böschigk: Einsetzung einer Deputation für Submissionen x. . .	29

18.	Gefuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .	33
19.	Einrichtung von Feuermeldestellen . . . . .	33
20.	Einprachen gegen die Baulinien zc der Casernenstraße . . . . .	34
21.	Verkauf einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße . . . . .	34
22.	Zugangsweg von der Reichenstraße zu der Markthalle . . . . .	34
23.	Pföhung der Wärterinnen an den Bedürfnisanstalten . . . . .	35
24.	Ermäßigung der Pacht für das ehem. Jürgens'sche Grundstück . . . . .	35
25.	Gesuch von Funke wegen Erlass von Straßenkostenbeiträgen . . . . .	36
26.	Straßeneisenbahn zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel . . . . .	37
27.	Vertrag mit dem Kunstgärtner Mißbieter . . . . .	42
28.	Erwerb von Theilflächen zur Eulenstraße . . . . .	42
29.	Anlage eines Kühlers auf dem neuen Gaswerke . . . . .	43
30.	Erwerb von Theilflächen zur Heinrichstraße . . . . .	43
31.	Aufnahme eines Processes . . . . .	44
32.	Fortfall der Auslegung der Steuerlisten . . . . .	44
33.	Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten . . . . .	45
34.	Antrag Müller: Eisenbahn-Verbindung mit dem Harze . . . . .	45
35.	Antrag Müller: Ueberführung der Helmstedterstraße . . . . .	47
36.	Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen . . . . .	49
37.	Antrag Rathe: Stiftung von Stipendien für die techn. Hochschule . . . . .	49

### III. 20. Juni 1895.

38.	Aufnahme einer städtischen Anleihe . . . . .	52
39.	Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Catharinenstraße . . . . .	57
40.	Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen . . . . .	58
41.	Antrag Rathe: Stiftung von Stipendien für die technische Hochschule . . . . .	59
42.	Ueberrnahme verschiedener Straßen . . . . .	61
43.	Entwässerung und Instandsetzung des Neustadt-Rathhauses . . . . .	61
44.	Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Gertrudenstraße . . . . .	61
45.	Ermietbung von Räumen zu Dienstzwecken der städt. Bauverwaltung . . . . .	61
46.	Theilnahme am 12. braunschweigischen Städtetage . . . . .	62
47.	Entschädigung an den Canalbaufonds für die vorm. Reinigungsstation . . . . .	62
48.	Abführung eines Ueberschusses aus der Hundsteuercaße an die Cämmereicaße . . . . .	63
49.	Aufnahme einer von der Sophienstraße abzweigenden Straße in den Ortsbauplan zc. . . . .	63
50.	Hundsteuer-Erlassegeuche . . . . .	64
51.	Aufnahme eines Straßenzuges an der Maschstraße in den Ortsbauplan . . . . .	64
52.	Erwerb einer Straßenfläche zum Madamenwege . . . . .	64
53.	Erwerb einer Straßenfläche zur verl. Dammelsburgerstraße . . . . .	64
54.	Erwerb einer Straßenfläche zur Petristraße . . . . .	64
55.	Änderung der Ordnung für die Verwaltung des Straßenreinigungswesens . . . . .	65
56.	Feststellung einer Bau- und Fluchtlinie für den oberen Theil der Helmstedterstraße . . . . .	65
57.	Verkauf von Flächen am Burgplaze . . . . .	66
58.	Aufnahme einer Verbindungsstraße an der Carlstraße in den Ortsbauplan . . . . .	67

59. Antrag der Finanz-Commission: Begebung der Prioritäten der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn . . . . .	68
---	----

#### IV. 4. Juli 1895.

60. Bildung einer selbstständigen Gemeinde aus den braunschweigischen Bestandtheilen der Rieselanlagen . . . . .	70
61. Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten . . . . .	70
62. Errichtung einer zweiten Pfarrstelle zu St. Pauli . . . . .	71
63. Zwangsent eignung von Terrain zur Osterstraße . . . . .	71
64. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .	73
65. Ausbau des Hagenringes zwischen Carl- und Wabestraße . . . . .	75
66. Erwerb von Straßenflächen zur Campestraße . . . . .	76
67. Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Markthallengrundstücks . . . . .	76
68. Reparaturen an den Gebäuden der vormaligen Hufarencasernen . . . . .	77
69. Anschluß der Regenrohre einer Schule an den Canal . . . . .	77
70. Bestimmungen wegen Verleihung von Stipendien an Studierende der techn. Hochschule . . . . .	77
71. Entschädigung für einen Unfall . . . . .	78
72. Verlängerung des Hauptwasserrohrs in der Carlstraße . . . . .	79
73. Erwerb von Grundstücken zur Heinrich- und Hagenstraße . . . . .	79
74. Canalisirung einer Theilstrecke des Burgmühlengrabens . . . . .	80
75. Kosten für Holzzerkleinern im städtischen Pflegehause . . . . .	81
76. Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .	81
77. Erwerb einer Theilfläche zur Wendenstraße . . . . .	81
78. Verkauf der Kaiser Ferdinands Nordbahn-Prioritäten . . . . .	82
79. Antrag Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße . . . . .	82
80. Anfrage Wolff: Ausstellung der perspectivischen Zeichnungen zum Stadthausbau . . . . .	82

#### V. 5. September 1895.

81. Canalsteuer-Erlaßgesuch . . . . .	87
82. Antrag Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße . . . . .	87
83. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	87
84. Kosten für Verlegung von Gasröhren . . . . .	88
85. Uebernahme einer Nebenbeschäftigung seitens verschiedener Schlachthausbeamten . . . . .	88
86. Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren an der Heinrichstraße zc. . . . .	88
87. Auswechselung von Gasröhren in der Wilhelmstraße zc. . . . .	89
88. Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen von 1891 . . . . .	89
89. Kosten für Reparaturen in der Bürgerschule an der Leopoldstraße . . . . .	89
90. Abkommen wegen des verlängerten Gasrohres in der Roßstraße . . . . .	90
91. Straßenbaukosten an einem Theile der Vertramstraße . . . . .	90
92. Bauproject und Baukosten für eine Bürgerschule an der Heinrichstraße . . . . .	90



93.	Straßenbaukosten an der Herderstraße . . . . .	93
94.	Kosten für die Berufs-, Gewerbe- und Volkszählung . . . . .	93
95.	Einsprachen gegen die Baulinie an der oberen Helmstedterstraße . . . . .	93
96.	Kosten für den Ankauf von Aquarellen . . . . .	93
97.	Uebertragung von Canalbaukosten auf das neue Rechnungsjahr . . . . .	94
98.	Uebertragung von Kosten für Anbringung von Feuermeldeschildern . . . . .	94
99.	Aufnahme eine Darlehns für Rechnung der Schlachthausverwaltung . . . . .	94
100.	Anliegerbeitrag zu den Kosten der Ottmerstraße . . . . .	95
101.	Commission zur Ordnung des Firmenschilderwesens . . . . .	95
102.	Commission zur Ueberwachung der Vertilgung des Franzosenkrautes . . . . .	96
103.	Hinausschiebung des Probebetriebes im städt. Kühlhause . . . . .	96
104.	Anschließung auswärtiger Grundstücke an das städt. Canalsystem . . . . .	96
105.	Anfrage Aßmann: Verlegung der hiesigen Eisenbahn-Werkstätten . . . . .	99

## VI. 26. September 1895.

106.	Antrag Böschigk: Einsetzung einer Deputation für Submissionen etc. . . . .	103
107.	Stellung zweier Schwestern zur Krankenpflege . . . . .	115
108.	Änderung des Ortsbauplanes für die Straße „hinter'm Hopfengarten“ . . . . .	116
109.	Gesuch wegen ratenweiser Zahlung von Canalbaukosten . . . . .	117
110.	Feststellung der Kosten der Grünstraße . . . . .	117
111.	Terrainerwerb zwischen Wabe- und Heinrichstraße . . . . .	117
112.	Änderung des Ortsbauplanes für einen Theil des Madamenweges . . . . .	118
113.	Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothekencapital . . . . .	120
114.	Canalbaukosten am neuen Petritzhore . . . . .	120
115.	Anträge wegen der Eisbahn . . . . .	120
116.	Terrainerwerb zur Korkestraße etc. . . . .	121
117.	Kosten für Legung eines Wasserrohres an der Augustthorpromenade . . . . .	122
118.	Terrainerwerb zur Goslarischenstraße und Ausbau eines Theiles derselben . . . . .	122
119.	Errichtung einer Arbeitercaserne auf dem Nieselgute Steinhof . . . . .	123
120.	Aufnahme von Processen . . . . .	126
121.	Wiederaufstellung des Säulenvorbaues der alten Artilleriecaserne im Bürgerparke . . . . .	126
122.	Statut, betr. das Radfahren in der Stadt Braunschweig . . . . .	130

## VII. 24. October 1895.

123.	Capitalentschädigung für das Klostergut Steinhof und das Vorwerk Hülperode . . . . .	134
124.	Statut, betr. das Radfahren in der Stadt Braunschweig . . . . .	135
125.	Herstellung elektrischer Glocken, üge . . . . .	146
126.	Antrag Nieß und Genossen: Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke . . . . .	147
127.	Belegung der Fußwege an der Frankfurterstraße mit Platten . . . . .	154
128.	Belegung eines Fußweges am Königstiege mit Platten . . . . .	156
129.	Ausbau der Hagenstraße etc. . . . .	156

130.	Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .	157
131.	Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßenbahn . . . . .	159

### VIII. 31. October 1895.

132.	Rückzahlung von Rohrkosten an der Herderstraße . . . . .	172
133.	Reparaturen und Ergänzungsarbeiten am Volksbade „Wilhelmthor“ . . . . .	172
134.	Regulativ über die Abgabe von Wasser und von Gas . . . . .	175
135.	Anschaffung eines Wärmemessers für Gas . . . . .	184
136.	Anschaffung eines Apparates zur Verhütung des Einfrierens der Gasleitungen . . . . .	184
137.	Anschaffung von Büchergestellen zc. für die Stadtbibliothek . . . . .	185
138.	Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	186
139.	Ausleihe von Hypothekcapitalien . . . . .	186
140.	Canalisation der Frankfurterstraße . . . . .	186
141.	Verwendung der Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke . . . . .	188
142.	Verwaltung des Kieselgutes und der Pumpwerke . . . . .	188
143.	Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothekcapital . . . . .	189
144.	Ausleihe eines freiverwendenden Hypothekcapitals . . . . .	189
145.	Anfrage Löschigt: Verkauf der Ställe am Siegesplatze . . . . .	189
146.	Anfrage Löschigt: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am Hauptbahnhofe . . . . .	189
147.	Anfrage Löschigt: Verschließung der Haupteicanalschächte . . . . .	190
148.	Antrag Riecke u. Gen.: Regelung des hiesigen Sanitätswesens . . . . .	191
149.	Antrag Koch: Einrichtung polizeilicher Hilfe während der Nacht . . . . .	191
150.	Anfrage Koch: Aufstellung von Candelabern . . . . .	192
151.	Antrag Meyerhoff u. Gen.: Bemessung des Wasserverbrauchs zc. . . . .	192

### IX. 21. November 1895.

152.	Antrag Meyerhoff und Gen.: Bemessung des Wasserverbrauchs und weitere Anbringung von Wassermessern . . . . .	195
153.	Gesuch des Kunstgärtners Grabbe wegen Bebauung seines Grundstücks . . . . .	197
154.	Feststellung der Kosten der Taubensstraße . . . . .	203
155.	Gesuch wegen Befristung mit der Zahlung von Straßenbaukosten . . . . .	203
156.	Kosten für Versetzung einer Einfriedigung . . . . .	203
157.	Statut, betr. das Firmenschilderwesen . . . . .	203
158.	Terrainerwerb zur Casernenstraße . . . . .	205
159.	Nachlaß des Rentners Heine . . . . .	205
160.	Verkauf einer Fläche an der Wabestraße . . . . .	207
161.	Verkauf von Wegeflächen am Bürgerparke . . . . .	207
162.	Auswechselung des Wasserhauptrohres in der Kupfertwete . . . . .	207
163.	Gesuch um Erlaß der Hundesteuer . . . . .	208
164.	Einführung von Oberflurhydranten . . . . .	208
165.	Anderweite Verwendung der Cholerabaracke . . . . .	208
166.	Kosten der Neupflasterung des Markalles . . . . .	210

167.	Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .	210
168.	Pachtverlängerung wegen der Eisenböttler Mühlen . . . . .	213
169.	Erwerb des Hattenlauer'schen Grundstücks an der Dierstraße . . . . .	215
170.	Einrichtung weiterer Aushilfs-Schulclassen . . . . .	215
171.	Anfrage Koch: Beseitigung der großen Bäume an der Campestraße . . . . .	215
172.	Aufnahme eines Processes . . . . .	216

## X. 9. Januar 1896.

173.	Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser . . . . .	219
174.	Statut, betreffend das Firmenschilderwesen . . . . .	221
175.	Gesuch wegen Abfuhr des Kehrrechts und Aufstellung von Laternen an der Salzdhallumerstraße . . . . .	230
176.	Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Fischerei . . . . .	231
177.	Erweiterung des Wasserrohrnetzes vor dem Wilhelmitore . . . . .	231
178.	Verzichtleistung auf eine Servitut am Bültemann'schen Grundstück . . . . .	232
179.	Antrag Wolters u. Gen.: Ausbau des östlichen Theiles der Elmstraße . . . . .	232
180.	Entlastung der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der Licht- und der Wasserwerke im Jahre 1894/95 . . . . .	233
181.	Erhöhung des Jahresbeitrages für den Hansischen Geschichtsverein . . . . .	235
182.	Auswechslung der Gasröhren in der Reichenstraße . . . . .	235
183.	Wahl einer gemischten Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Begegel- und Canalsteuerbeiträgen . . . . .	235
184.	Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .	236
185.	Aufnahme eines Processes wegen der Maschstraße . . . . .	237
186.	Änderung des Ortsbauplanes für die Hagenstraße . . . . .	237
187.	Änderung und Ergänzung des Ortsbauplanes für die Goslarstraße . . . . .	237
188.	Ermäßigung des Zinsfußes für Hypothekencapitale . . . . .	237
189.	Bauliche Veränderungen im Feuerlöschgebäude . . . . .	238
190.	Legung eines Gasrohres an der Salzdhallumerstraße . . . . .	238
191.	Aufnahme eines Processes wegen der Gertrudenstraße . . . . .	238
192.	Anderweite Berechnung der Gewinne des Licht- und Wasserwerks . . . . .	239
193.	Neubau eines Wohnhauses auf dem städtischen Wirthschaftshofe . . . . .	241
194.	Finanzielle Verwaltung des Kieselgutes . . . . .	242
195.	Aufnahme eines Processes wegen des Heine'schen Nachlasses . . . . .	245
196.	Anfrage Günther u. Gen.: Wegeverbesserung im Hasenwinkel . . . . .	245
197.	Antrag Kößigk: Legung eines Gasrohres in der Breitenstraße und Pflasterung derselben . . . . .	245
198.	Anfrage Lange: Ausbau der Juliusstraße . . . . .	246

## XI. 6. Februar 1896.

199.	Ortsbauplan für die Gegend nördlich der Eichthalstraße . . . . .	250
200.	Einrichtung einer Sanitätswache . . . . .	251
201.	Antrag Kößigk: Auswechslung des Gasrohres in der Breitenstraße und Neupflasterung derselben . . . . .	257

## VIII

202.	Cautionsbestellung wegen einer stadtseitig in Besitz genommenen Grundfläche . . . . .	258
203.	Terrainerwerb zur Heinrich- und Hagenstraße . . . . .	258
204.	Belegung eines Theiles des Büldenweges mit Wasserröhren . . . . .	258
205.	Terrainerwerb zur Zimmerstraße . . . . .	258
206.	Aufnahme neuer Straßen am Rauthheimer Wege in den Ortsbauplan . . . . .	259
207.	Änderung im Pachtvertrage wegen der Räume im Altstadtrathhause . . . . .	259
208.	Verlauf von Böschungsterrain des Wendenringes . . . . .	260
209.	Mittel zur Befoldung neuer Lehrkräfte an den Bürgerschulen . . . . .	260
210.	Dampf-Wascheinrichtung für das städtische Pflge- und Krankenhaus . . . . .	260
211.	Bedürfnisanstalt an der Ostseite des Hoftheaters . . . . .	265
212.	Ausbau der Heinrichstraße . . . . .	268
213.	Terrainerwerb zum Büldenwege . . . . .	269
214.	Kosten der Goslarischenstraße südlich der Sidonienstraße . . . . .	269
215.	Zwangseenteignung einer Theilfläche zur Heinenstraße . . . . .	270
216.	Verlauf einer Straßenfläche am Steinwege . . . . .	270
217.	Wahl je eines Mitgliedes der Schulcommission, des Schulvorstandes für die beiden Mädchenschulen und für die katholische Schule . . . . .	270
218.	Antrag K a t h e: Uebernahme neuer Straßen . . . . .	270
219.	Anfrage L a n g e: Einrichtung einer Biersteuer . . . . .	271
220.	Anfrage A l f m a n n: Religiöse Unterweisung der Dissidentenkinder . . . . .	271
221.	Anfrage G ü n t h e r: Milderung der Arbeitslosigkeit . . . . .	273
222.	Antrag K i e k e: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater . . . . .	274

## XII. 27. Februar 1896.

223.	Klageerhebung wegen der von Reinicke'schen Gemäldesammlung . . . . .	278
224.	Beseitigung des Sandes in der Oker bei der städt. Badeanstalt . . . . .	282
225.	Beleuchtungskosten für einen Theil der Catharinenstraße . . . . .	283
226.	Antrag K i e k e: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater . . . . .	283
227.	Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule . . . . .	285
228.	Entfernung von Kastanienbäumen an der Neuen Promenade . . . . .	291
229.	Einsprache gegen den Ortsbauplan der Goslarischenstraße . . . . .	294
230.	Bestreuung der ausenstädtischen Straßen bei Winterglätte . . . . .	294
231.	Abkommen mit der Braunschw. Landeseisenbahn wegen Straßenbaukosten . . . . .	295
232.	Neupflasterung der Straße „an der Martinikirche“ . . . . .	297
233.	Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen vom 1. Januar 1892 bis 31. März 1893 . . . . .	299
234.	Antrag K a t h e: Uebernahme neuer Straßen . . . . .	299
235.	Abkommen mit Anliegern der Wolfenbüttlerstraße . . . . .	300
236.	Terrainabtretung an die Firma Bannow u. Schminke . . . . .	301
237.	Vereinbarung wegen Abtretung von Terrain des Centralfriedhofes . . . . .	301
238.	Anfrage K o c h: Verlegung der Messen und Märkte vom Leonhardsplatz . . . . .	303
239.	Antrag K i e k e: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hoftheater . . . . .	304

## XIII. 12. März 1896.

240.	Antrag R i e f e: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hoftheater . . . . .	306
241.	Canalisirung einer Theilstrecke der Ottmerstraße . . . . .	306
242.	Ankauf einer Theilfläche an der Höhe . . . . .	306
243.	Nachverwilligung von Kosten für die Volkszählung . . . . .	307
244.	Einsprache gegen den Ortsbauplan der östlichen Außenstadt . . . . .	307
245.	Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Altstadtmarkt . . . . .	307
246.	Antrag R o c h und G e n.: Ausbau einer Theilstrecke der Kl. Vertramstraße . . . . .	317

## XIV. 26. März 1896.

247.	Ankauf einer Theilfläche an der Brunnenstraße . . . . .	320
248.	Antrag R o c h u. G e n.: Ausbau eines Theiles der Kl. Vertramstraße . . . . .	320
249.	Der Stadthaushaltsplan für 1896/97 . . . . .	320
250.	Gemeinde-Kirchensteuer für 1896/97 . . . . .	348
251.	Aufnahme eines Vorschußdarlehns . . . . .	349
252.	Ausbau der verlängerten Thomaestraße . . . . .	349
253.	Anträge, Anfragen und Mittheilungen . . . . .	350

## B. Nach den Gegenständen.

Ablührung eines Ueberschusses aus der Hundesteuercasse an die Cämmereicasse 63.

Abfuhrwesen betr. 17, 65.

Abgabe von Wasser und Gas 175.

Abkommen mit den Anliegern der Wolfenbüttlerstraße 300.

Abkommen mit der Braunschw. Landeseisenbahn 295.

Abkommen wegen des verlängerten Gasrohres in der Koffstraße 90.

Abtretung von Straßenflächen 301, 301.

Aenderung der Verwaltungsordnung des Straßenreinigungswesens 65.

Aenderung des Ortsbauplanes f. Ortsbauplan.

Aenderung des Wegestatuts 350.

Aenderung im Pachtvertrage wegen des Altstadt-Rathhauses 259.

Altstadt-Rathhaus Verpachtung 259.

Anderweite Verrechnung der Gewinne des Licht- und Wasserwerkes 102, 239.

Anderweite Verwendung der Choleraabarde 208.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:

Aßmann: Religiöse Unterweisung der Dissidentenkinder 271,

Verlegung der Eisenbahnwerfstätten 99, 134;

Brückmann: Verunreinigung der Oker 350;

Günther: Milderung der Arbeitslosigkeit 273, 306,

Wegebesserung im Hafenwinkel 245, 328;

Koch: Aufstellung von Candelabern 192,

Beseitigung von Bäumen an der Campestraße 215,

Verlegung der Messen und Märkte 303;

Lange: Ausbau der Juliusstraße 246, 330, 342;

Wolff: Ausstellung der perspekt. Zeichnungen zum Stadthausbau 82;

Wollenweber: Einrichtung einer Freibank 350.

Ankauf von Aquarellen 93.

Ankauf von Straßenflächen und Grundstücken f. Erwerb.

Anlage eines Kühlers auf dem neuen Gaswerke 43.

Anlegung einer Verbindungsstraße zw. Schuhstraße und Altstadtmarkt 306, 307.

Anleihe, städtische, 52, 94, 349.

Anschaffung eines Wärmemessers für Gas 184.

Anschaffung von Büchergerüsten 185.

Anschließung auswärtiger Grundstücke an das Canalnetz 96.

Anschluß der Regenrohre einer Schule an den Canal 77.

Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen 17.

Anträge, Anfragen etc., 350.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten 45, 70;

Brückmann: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungswesen etc. 17;

Bühmann: Mißstände im Firmenschilderwesen 49, 58, 95, 203 221;

Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße 82, 87, 329;

Südel (für die Finanzcommission): Begebung der Prioritäten der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn 68, 82;

Katze: Stiftung von Stipendien 49, 59, 77,  
 Uebnahme neuer Straßen 270, 299;  
 Koch: Ausbau eines Theiles der Kl. Vertramstraße 317, 320,  
 Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht 191;  
 Lange: Einrichtung einer Biersteuer 271;  
 Löschigt: Einsetzung einer Deputation für Submissionen 18, 29, 103, 194,  
 Legung eines Wasserrohrs in der Breitenstraße zc. 245, 257;  
 Meyerhoff: Vermessung des Wasser- verbrauchs zc. 192, 195, 218;  
 Müller: Eisenbahnverbindung mit dem Harze 45, 86,  
 Ueberführung der Helmstedterstraße 47, 301;  
 Nieß: Wiederaufstellung des Säulen- vorbaues im Bürgerparke 126, 147;  
 Niese: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinterm Theater 274, 283, 304, 306;  
 Wolters: Aenderung des Wegestatuts 350,  
 Ausbau des östl. Theiles der Elm- straße 197, 232.  
 Anträge wegen der Eisbahn 120.  
 Apparat zur Verhütung des Einfrierens der Gasleitungen 184.  
 Arbeitercaserne auf dem Nieselgute 123.  
 Arbeitslosigkeit betr. 273, 306.  
 Aufnahme einer städt. Anleihe zc. 52, 94, 349.  
 Aufnahme von Processen 44, 126, 216, 237, 238, 245, 278.  
 Aufnahme von Straßen zc. in den Ortsbau- plan 63, 64, 65, 67, 116, 118, 237, 237, 250, 259, 294, 307.  
 Aufstellung von Candelabern 192.  
 Ausbau von Straßen 75, 122, 156, 157, 197, 210, 232, 236, 246, 268, 317, 320, 330, 342, 349.  
 Anlegung der Steuerlisten 44.  
 Anleihe von Hypothelcapitalien 186, 189.  
 Auschuß-Wahl 2.

Ausstellung der Zeichnungen zum Stadthaus- ban 82.  
 Auswechselung von Gas- und Wasserrohren 89, 207, 235.  
 Badeanstalten betr. 4, 172, 282.  
 Bauliche Veränderungen im Feuerlöschgebäude 238.  
 Baulinien-Aenderung s. Ortsbauplan.  
 Baulinien, Einsprache gegen 34, 93, 294, 307.  
 Bauproject für eine neue Bürgerschule 90.  
 Bebauung von Grundstücken 197, 305.  
 Bedürfnisanstalten betr. 6, 35, 265, 274, 283, 304, 306.  
 Befristung mit der Zahlung von Straßenbau- kosten 203.  
 Begebung von Eisenbahn-Prioritäten 68, 82.  
 Beihilfe an eine Ortskrankencasse 17.  
 Beihilfe für die Mädchenhorte 23.  
 Belegung der Fußwege mit Platten 154, 156, 194.  
 Beleuchtung der Straßen 6, 192, 230, 283, 327.  
 Vermessung des Wasserverbrauchs 192.  
 Benutzung des Kühlhauses 23.  
 Beseitigung des Sandes bei der Badeanstalt 282.  
 Beseitigung von Bäumen an einigen Straßen 215, 291.  
 Bestimmungen für Verleihung von Stipen- dien 77.  
 Bestreunung der außerstädtischen Straßen 294.  
 Biersteuer betr. 271.  
 Bildung einer selbstst. Gemeinde für die Niesel- anlage 70.  
 Büchergerüste für die Stadtbibliothek 185.  
 Bürgerpark betr. 4, 126, 147, 207, 300.  
 Burgmühlengraben betr. 80, 301.  
 Canalisation betr. 62, 77, 80, 87, 94, 96, 117, 120, 186, 306.  
 Capitalentschädigung für den Steinhof 134.  
 Cautionsbestellung für eine Grundfläche 258.  
 Centralfriedhof betr. 301.

Choleraabraden betr. 208.  
 Commission zur Ordnung des Firmenschilderwesens 95.  
 Commission zur Ueberwachung der Vertilgung des Franzosenkrauts 96.

Dampf-Wascheinrichtung für das Pflegehaus 260.  
 Danfagung eines Magistratsmitgliedes 319.  
 Dankschreiben der Fleischerinnung 194.  
 " des Fürsten Bismarck 19.  
 " Er. Königl. Hoheit des Regenten 22.  
 Deputation für Submissionen 18, 29, 103, 194.  
 Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements 235.  
 Dissidentenfinder betr. 271.

Einfriedigung des Ofergrabens am Nickelnfusse 18.  
 Einfrieren der Gasleitungen 184.  
 Einführung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahn 37, 102, 159.  
 Einführung von Oberflurhydranten 208.  
 Einrichtung einer Biersteuer 271.  
 " " Sanitätswache 251.  
 " polizeilicher Hülfe während der Nacht 191.  
 Einrichtung von Feuermeldestellen 33, 94.  
 " weiterer Aushilfschulclassen 215.  
 Einschätzung gewerblicher Etablissements 235.  
 Einsetzung einer Deputation für Submissionen 18, 29, 103, 194.  
 Einsprachen gegen Baulinien 34, 93, 294, 307.  
 Eintritt neuer Mitglieder in die Versammlung 52, 218.  
 Eisbahn betr. 120.  
 Eisenbahnverbindung mit dem Harze 45, 86.  
 Eisenbahnwerkstätten-Verlegung 99, 134.  
 Eisenbütfler Mühlen betr. 213.  
 Entfernung von Bäumen an verschiedenen Straßen 215, 291.

Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke 233.  
 Entschädigung an den Canalbaufonds 62.  
 " für einen Unfall 78.  
 Entwässerung des Neustadtrathhauses 61.  
 Erhöhung des Jahresbeitrages für den Hansischen Geschichtsverein 235.  
 Erklärung betr. die Legung Frankfurter Platten 194.  
 Erlaß von Straßenkostenbeiträgen 36.  
 Ermäßigung der Pacht für das ehem. Bürgers'sche Grundstück 35.  
 Ermäßigung des Zinsfußes für Hypothekcapitalien 120, 189, 237.  
 Ermiethung von Räumen für die städtische Bauverwaltung 61.  
 Errichtung einer Arbeitercaserne auf Steinhof 123.  
 Errichtung einer kaufm. Fortbildungsschule 285.  
 Errichtung einer zweiten Pfarrstelle zu St. Pauli 71.  
 Errichtung von Bedürfnisanstalten 6, 35, 265, 274, 283, 304, 306.  
 Erweiterung der Straßenbeleuchtung 73.  
 " des Wasserrohrnetzes 231.  
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 18, 18, 22, 42, 43, 64, 64, 64, 76, 76, 79, 81, 117, 121, 122, 205, 215, 258, 258, 269, 316.  
 Etat der Friedhofscasse 23.

Feststellung von Baulinien s. Ortsbauplan.  
 " " Straßenbaukosten 57, 61, 90, 93, 95, 117, 203, 203, 269.  
 Feuerlöschgebäude betr. 238.  
 Feuermeldestellen-Einrichtung zc. 33, 94, 146.  
 Finanzielle Verwaltung des Kieselgutes 242.  
 Firmenschilderwesen betr. 49, 58, 95, 203, 221.  
 Fischerei betr. 231.  
 Fortbildungsschule, kaufm. betr. 285.  
 Fortfall der Steuerlisten-Anlegung 44.  
 Franzosenkraut-Vertilgung 96.  
 Freibank betr. 350.



Friedhofscassen-Etat 23.

Fußweg-Instandsetzung 82, 87, 154, 156, 194.

Gaswerk und Gasröhren betr. 43, 88, 88, 89, 90, 102, 172, 175, 184, 184, 188, 207, 219, 233, 235, 238, 239, 245, 257.

Gemeinde-Kirchensteuer betr. 17, 348.

Gefuche hiesiger Einwohner um Erlaß der Hundesteuer 17, 33, 64, 81, 87, 186, 208, 218.

Gefuche hiesiger Einwohner um verschiedene andere Sachen 22, 36, 70, 86, 87, 117, 197, 203, 218, 218, 230, 275, 278, 305, 306, 306, 350.

Gewerbliche Etablissements betr. 235.

Hanfsichen Geschichtsverein betr. 235.

Harz Eisenbahnverbindungen 45, 86.

Haushaltsrechnungen 89, 299.

Heine'schen Nachlaß betr. 205, 245.

Herstellung elektrischer Glockenzüge 146.

Hinausschiebung des Probetriebes im Kühlhaus 96.

Hundesteuer-Casse betr. 63.

Hundesteuer-Erlaßgesuche 17, 33, 64, 81, 87, 186, 208, 218.

Hufarencaferne vorm. betr. 77, 77.

Hypothek-Capitalien betr. 120, 186, 189, 189, 237.

Instandsetzung des Neustadt-Rathhauses 61.

" von Straßen und Wegen 82, 87, 154, 156, 194, 197, 218, 250, 327.

Kaufmännische Fortbildungsschule betr. 285.

Kehrichtabfuhr betr. 230.

Kinderheilstätten betr. 45, 70.

Kirchenbauten betr. 275.

Kirchensteuer 17, 348.

Klageerhebung wegen der v. Reinicke'schen Gemäldesammlung 278.

Klageerhebung wegen verschiedener Sachen 44, 126, 216, 237, 238, 245, 278.

Kosten für den Ankauf von Aquarellen 93.

Kosten für die Berufs-, Gewerbe- und Volkszählung 93, 307.

Kosten für die Verlegung von Gas- und Wasser- röhren 88, 88, 122.

Kosten für die Verlegung einer Einfriedigung 203.

Kosten für Holzzerkleinern 81.

Kosten für Reparaturen an den Bürgerschul- gebäuden 89.

Kosten für Straßenpflasterungen 23, 210, 245, 257, 297.

Krankenhaus betr. 260.

Krankenspflege betr. 115.

Kühlhaus betr. 23, 96, 194.

Landesbrandversicherung 5, 325.

Landeseisenbahn, Abkommen mit der 295.

Legung von Gas- und Wasser- röhren 238, 245, 257, 258.

Lehrer betr. 260.

Lohnung der Wärterinnen an den Bedürfnis- anstalten 35.

Mädchenhorte, Unterstützung der, 23.

Mandatsniederlegung von Stadtverordneten 19, 194.

Markthalle betr. 34, 76.

Messen- und Märkteverlegung 303.

Milderung der Arbeitslosigkeit 273, 306.

Mißstände im Firmenschilderwesen 49, 58, 95, 203, 221.

Mittel zur Befoldung neuer Lehrkräfte 260.

Mittheilungen des Vorsitzenden 19, 22, 350.

Mühlverpachtung 213.

Nachlaß des Rentners Heine 205, 245.

Nachverwilligung von Kosten für die Volks- zählung 307.

Nebenbeschäftigung der städt. Beamten 88.

Neubau eines Wohnhauses auf dem Wirth- schaftshofe 211.

Neustadt-Rathhaus-Instandsetzung 61.

Niederlegung von Stadtverordnetenmandaten 19, 194.

Oberflurhydranten betr. 208.

Ofergraben-Einfriedigung 18.  
 Ofer-Berunreinigung 350.  
 Ordnung für das Straßenreinigungswesen 65.  
 Ortsbauplan-Erweiterung und Aenderung 63,  
 64, 65, 67, 116, 118, 237, 237, 250,  
 259, 294, 307.  
 Ortskrankencasse für Land- und Forstwirthschaft  
 17.  
 Pachtverlängerung wegen der Eisenblüthler  
 Mühlen 213.  
 Pfarrstellen-Erichtung 71.  
 Pflasterung von Straßen 23, 210, 245, 257,  
 297.  
 Pflegehaus betr. 81, 260.  
 Plattenbelag betr. 82, 87, 154, 156, 194.  
 Polizeiliche Hülfe während der Nacht 191.  
 Prioritäten-Begebung 68, 82.  
 Proceß-Aufnahmen 44, 126, 216, 237, 238,  
 245, 278.  
 Protocolführerwahl 2.  
 Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen 89,  
 299.  
 Pumpstation betr. 18, 188.  
 Radfahrwesen betr. 130, 135.  
 Regulativ über die Abgabe von Gas und  
 Wasser 175, 219.  
 Reinicke'sche Gemäldesammlung 278.  
 Religiöse Unterweisung der Dissidentenkinder  
 271.  
 Reparaturen an Gebäuden 61, 77, 89, 172.  
 Rieselanlage betr. 70, 123, 134, 188, 242.  
 Rückzahlung von Rohrkosten 172.  
 Säulenvorbau-Wiederaufstellung 126, 147.  
 Samariterverein 350.  
 Sanitätswachen-Einrichtung 251.  
 Schlachthaus betr. 88, 94, 96.  
 Schulen betr. 77, 89, 90, 215, 260.  
 Stadtbibliothek betr. 185.  
 Stadthausbau betr. 82.  
 Stadthaushalteplan betr. 3, 320.  
 Städtetag betr. 62.  
 Städt. Bauverwaltung betr. 61.  
 Städt. Haushaltsrechnungen 89, 299.

Statistische Erhebungen über das Kleingewerbe  
 350.  
 Statut, betr. das Firmenschilderwesen 203, 221.  
 Statut, betr. das Radfahren 130, 135.  
 Steinhof betr. 134.  
 Stellung zweier Schwestern zur Krankenpflege  
 115.  
 Steuerlisten-Auslegung 44.  
 Stiftung von Stipendien 49, 59, 77.  
 Straßenbaukosten-Feststellung 57, 61, 90, 93,  
 95, 117, 203, 203, 269.  
 Straßenbeleuchtung 73.  
 Straßeneisenbahn 37, 102, 159.  
 Straßenpflasterungen 23, 210, 245, 257, 297.  
 Straßenreinigungswesen 17, 65.  
 Straßenübernahmen 61, 270, 299.  
 Straßen, welche in irgend einer Weise behan-  
 delt sind:  
 Aegidienmarkt 192;  
 Altwiekering 18;  
 Altstadtmarkt 307;  
 Augustplatz 192;  
 Augustthorpromenade 122;  
 Bahnhofstraße 326;  
 Bammelsburgerstraße 64, 88;  
 Bertramstraße 90;  
 Bertramstraße, H. 317, 320;  
 Breitestraße 245, 257;  
 Brunnenstraße 320;  
 Büttelweg 258, 269;  
 Burgplatz 66;  
 Cammannstraße 231;  
 Campestraße 76, 215;  
 Capellenstraße 330;  
 Carlstraße 22, 67, 79;  
 Casernenstraße 34, 205;  
 Catharinenstraße 57, 283;  
 Cellerstraße 328;  
 Chemnitzstraße 88;  
 Ehrenbrechtstraße 23;  
 Eichthalstraße 250;  
 Einsstraße 197, 232;  
 Eulensstraße 42;  
 Ferdinandstraße 231;  
 Frankfurterstraße 154, 186, 231;  
 Gertrudenstraße 61, 238;

Goslarischestraße 122, 237, 269, 294;  
 Grünstraße 117;  
 Hagenring 75, 88, 203;  
 Hagenstraße 61, 79, 156, 237, 258;  
 Hafenwinkel 245, 328;  
 Heinenstraße 270;  
 Heinrichstraße 43, 79, 88, 90, 117,  
 258, 268;  
 Helmstedterstraße 47, 65, 93;  
 Herderstraße 93, 172;  
 Höhe 306;  
 Hopfengarten, am 61, 157, 210, 236,  
 331;  
 Hopfengarten, hinterm 116;  
 Juliusstraße 246, 330, 342;  
 Königstiege 36, 88, 156;  
 Kohlmarkt 89, 321;  
 Korfesstraße 121;  
 Kupfertwete 207;  
 Leonhardsplatz 303;  
 Leopoldstraße 89;  
 Madamenweg 64, 118;  
 Marktall 210;  
 Martinikirche, a. d. 297;  
 Maschstraße 64, 237;  
 Mittelweg 295;  
 Neue Promenade 291;  
 Nidelnkult 18;  
 Osterstraße 71, 215;  
 Ottmerstraße 95, 232, 306;  
 Petristraße 64;  
 Petrihof, am neuen 120;  
 Pflegehausstraße 42;  
 Rautheimerweg 259, 307;  
 Reichenstraße 34, 235;  
 Rosenstraße 18;  
 Roßstraße 90;  
 Salzdahlumerstraße 230, 238;  
 Schuhstraße 307;  
 Siegesplatz 189;  
 Sophienstraße 63;  
 Steinweg 270;  
 Taubenstraße 203;  
 Thomaestraße 349;  
 Wabestraße 117, 207;  
 Wendenring 260;

Wendenstraße 81;  
 Werder 76;  
 Wilhelmthorpromenade 231;  
 Wilhelmstraße 34, 89;  
 Wolfenbüttlerstraße 82, 87, 300, 329;  
 Zimmerstraße 258.  
 Submissionen betr. 18, 29, 103, 194.

Theilnahme am 12. Städtetage 62,

Überführung der Helmstedterstraße 47, 301.  
 Uebernahme von Nebenbeschäftigungen der  
 städt. Beamten 88.  
 Uebernahme von Straßen 61, 270, 299.  
 Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke 188.  
 Uebertragung von Canalbaukosten 94.  
 Uebertragung von Kosten für Feuermelde-  
 schilder 94.  
 Unfall-Entschädigung 78.  
 Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten  
 45, 70.

Verbindungsstraße zw. Schuhstraße und Alt-  
 stadmarkt 306, 307.  
 Vereinbarung wegen Abtretung von Friedhofs-  
 terrain 301.  
 Verein für Kinderheilstätten 45, 70.  
 Verhütung des Einfrierens der Gasleitungen  
 184.  
 Verkauf von Eisenbahn-Prioritäten 68, 82.  
 „ „ Straßenflächen 34, 66, 207,  
 207, 260, 270, 301, 301.  
 Verlängerung des Hauptwasserrohres 79.  
 „ „ Pachtvertrages wegen der  
 Fischerei 231.  
 Verlegung der Eisenbahn-Werkstätten 99, 134.  
 „ „ Messen und Märkte 303.  
 Verlegung einer Einfriedigung 203.  
 Vertilgung des Franzosenkrautes 96.  
 Vertrag mit Fischbieter 42.  
 Verwaltung des Nieselgutes 188.  
 Verwendung der Ueberschüsse der Gas- und  
 Wasserwerke 188.  
 Verwilligung der Kosten für Neupflasterung  
 von Straßen 23, 210, 245, 257, 297.

## XVI

Verwilligung einer Beihilfe für Mädchenhorte 23.

Verzichtleistung auf eine Servitut 232.

Volksbad betr. 172.

Volkszählung betr. 93, 307.

Vorschriften für Benutzung des Kühlhauses 23.

Vorschußdarlehn betr. 349.

Vorsitzenden-Wahl 2.

Wärmemesser für Gas 184.

Wahl der Ausschüsse 2.

Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer 2.

„ einer gemischten Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements 235.

Wahl von Commissionsmitgliedern 270.

Wassermesser-Einrichtung 192, 195, 218.

Wasserwerk und Wasserröhren betr. 79, 88, 102, 122, 172, 175, 188, 192, 195, 207, 208, 218, 219, 231, 233, 239, 258.

Wegestatut betr. 350.

Wegeverbesserung im Hasenwinkel 245, 328.

Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke 126, 147.

Wirthschaftshof betr. 241.

Zugangsweg zur Markthalle 34.

Zwangseignung von Straßenflächen 2c. 71, 270.

1895/96.

N<sup>o</sup> 1.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 10. April 1895.

**Tagesordnung:**

I. Wahl der Vorstehenden und Protocollführer . . . . .	Seite	2
II. Wahl der Ausschüsse etc. . . . .	"	2
III. Der Stadthaushaltsplan für 1895/96 . . . . .	"	3
IV. Gemeinde-Kirchensteuer für 1895/96 . . . . .	"	17
V. Antrag Brückmann und Gen.: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen. . . . .	"	17
VI. Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .	"	17
VII. Beihilfe an die Ortskrankencasse für Land- und Forstwirtschaft . . . .	"	17
VIII. Erwerb eines Aegers neben der Pumpstation . . . . .	"	18
IX. Erwerb von Grabenflächen zum Altwiekeringe und zur Rosenstraße . . .	"	18
X. Einfriedigung des Okergrabens am Rickelnkulle . . . . .	"	18
XI. Antrag Löschigk: Einsetzung einer Deputation für Submissionen . . .	"	18

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Nieß; außerdem fehlen die Herren Alßmann, Engelbrecht, Löbbcke und Schumburg.

Den Vorsitz übernimmt nach §. 54 der Städteordnung das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Meyer und eröffnet die Sitzung.

### I. Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß diese erste Versammlung im neuen Finanzjahre ein verändertes Bild insofern gebe, als für die ausscheidenden Herren Bültmann II, Beplies und Rimpau die Herren Koch, Schumburg und Wolters in das Collegium neu eingetreten seien. Die in der Versammlung erschienenen Herren Koch und Wolters heiße er freundlichst willkommen und knüpfe daran den Wunsch, daß beide Herren nach bestem Wissen und Gewissen mithelfen werden, den Segen der Stadt zu mehren.

Bevor zur Wahl der Vorsitzenden geschritten werde, möchte er den bisherigen Vorsitzenden, Justizrath Semler und Notar Wolff, für die im verflossenen Jahre wiederholt bekundete energische und unparteiische Leitung der Verhandlungen und die prompte Besorgung der sonstigen Geschäfte den verbindlichsten Dank aussprechen und die Versammlung bitten, sich als besonderen Ausdruck dieses Dankes von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Nunmehr könne zur Wahl geschritten werden, für welche er Vorschläge erwarte.

Herr Brückmann beantragt, Herrn Semler durch Zuruf wiederum zum Vorsitzenden zu wählen.

Da Widerspruch nicht erfolgt, findet die Wahl in der beantragten Weise statt und nimmt Herr Semler das ihm übertragene Amt mit Worten des Dankes an.

Den Vorsitz übernehmend, läßt Herr Semler zur Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden schreiten und wird hierzu ohne Widerspruch Herr Wolff wieder gewählt, welcher gleichfalls die Wahl annimmt.

Durch Zuruf wählt die Versammlung darauf den Magistratssecretair Boß zum Protocollführer und den Eisenbahn-Betriebssecretair Rütke zu dessen Stellvertreter wieder. Letzterer ist zugleich als Verfasser der Verhandlungsberichte Stenograph der Versammlung.

### II. Wahl der Ausschüsse etc.

Es werden — soweit nicht etwas anderes vermerkt ist — durch Zuruf gewählt:

in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Meyer;

in den Schulvorstand Herr Häuswaldt;

" " " für die beiden Mädchenschulen die Herren Rude-  
loff und Wagner;

in die Deputation für die städt. Oberrealschule die Herren Voller und Müller;

- in die Deputation für die städtische Gewerbeschule die Herren Rieß und Uhde;
- „ „ Statutencommission die Herren Blasius, Brückmann, Halle, Rudeloff, Semler, Uhde und Wolff;
- in das Stadtbauamt die Herren Hauswaldt, Rathe, Lange und Weber;
- in die Baucommission die Herren Bültemann, Meyerhoff, Rieß, Rieke und Uhde;
- in den Gesundheitsrath die Herren Bäsecke, Blasius und Meyerhoff;
- in die Rieseldeputation die Herren Blasius, Bültemann, Ebeling und Lange;
- „ „ Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Brückmann, Füdcl, Lange und Löbbcke;
- „ „ Canalbau-Deputation die Herren Blasius und Uhde;
- „ „ Quartierbehörde die Herren Ebeling und Löschigt, sowie als deren Stellvertreter die Herren Aßmann und Wollenweber;
- „ „ Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Voller, Löschigt, Seele und Weber;
- „ „ Schlachthaus-Deputation die Herren Blasius und Meyer;
- in den Vorstand der katholischen Schule Herr Rudeloff;
- in die Straßenreinigungs-Deputation die Herren Bültemann und Halle;
- zum Kassenrevisor Herr Wagner;
- in die Schulcommission die Herren Blasius, Bührmann, Müller und Rudeloff mittelst Zurfes und Herr Voller mit 16 gegen 14 Stimmen, welche auf Herrn Löschigt entfallen;
- „ „ Finanzcommission die Herren Füdcl, Löbbcke, Lord, Meyer, Seele und Wagner durch Zurf und Herr Hauswaldt mit 21 gegen 10 Stimmen, welche auf Herrn Engelbrecht entfallen.

Die Commissionswahlen sind hiermit beendet.

### III. Der Stadthaushaltsplan für 1895/96.

Der gedruckt vorliegende Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1895/96 ist mit einem die hauptsächlichsten Aenderungen gegen das Vorjahr erläuternden Begleitschreiben des Magistrates den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zugegangen und von der Finanzcommission unter Zuziehung der übrigen Stadtverordneten durchberathen worden. Namens der Finanzcommission hat Herr Füdcl die Berichterstattung übernommen.

## 1. Etat der Cämmereicasse.

### A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Eine Besprechung der hierzu in dem Begleitschreiben des Magistrates gegebenen Vorbemerkung empfiehlt die Finanzcommission bis nach der Durchberathung des Etats zu verschieben.

#### Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 150 537,21 M.

Ausgabe 464 004,04 M.

Eine erhebliche Mindereinnahme ergebe sich aus dem Gewinne der Neustadmühle, welcher mit 900 M gegen 3150 M des Vorjahres eingestellt sei und der sich aus den vorliegenden Gesamtverhältnissen erkläre.

Auf die Bemerkung des Herrn Seele, daß die für einen sogen. Dauerbrandofen im Bibliotheksaale eingestellte Summe von 225 M zu hoch gegriffen sei, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß in solchem Falle stets Maximalsummen eingestellt würden, welche nicht immer voll zur Verwendung gelangten. — Zur Seite 7 habe er zu bemerken, daß der Bemerkung M 6 im Begleitschreiben gemäß unter 2, f, bb für Bursee ein Lohnsag von 1100 M einzustellen und dafür die folgende Position cc von 1400 M auf 1300 M zu ermäßigen sei.

Herr Bührmann bittet, im Teiche des Bürgerparks eine kleine Insel mit einem Schwanenhäuschen einzurichten, weil die Schwäne sich jetzt ohne jedweden Schutz befinden, welcher Wunsch

nach der Erklärung des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer in Erwägung gezogen werden soll.

Herr Lange vermißt einen Ausgabeposten für die Verlegung des Weges nach der Badeanstalt und darüber hinaus auf die andere (östliche) Seite der Oker, welchem Wunsche er wiederholt und zuletzt in der Sitzung vom 17. Januar d. Jrs. — Seite 239 des Berichts — Ausdruck gegeben habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, der Magistrat habe s. B. nicht für thunlich gehalten, diese Verlegung vorzunehmen, weil dann die Halle des Eisbahnvereins hätte abgerissen werden müssen, was nicht ohne vorherige Aufkündigung der Pacht möglich gewesen wäre. Jetzt komme die Sache aber in ein anderes Stadium, weil der Eisbahnverein beabsichtige, die Wiese fortan nicht mehr zu Eisbahnzwecken zu benutzen und sie aus der Pacht zurückzuziehen. Es lasse sich demnach die Sache von Neuem erwägen.

Herr Günther möchte eine hier nicht vorgesehene Laufbrücke bis zur Mitte des Bassins hergerichtet wissen, damit der Bademeister im Fall der Noth schnell zur Rettung Untersinkender in die Mitte des Wassers gelangen könne. Die Verlegung des Weges auf die andere Okerseite könne er nicht befürworten.



Cap. II. Kirchliche Zwecke:  
Einnahme —. Ausgabe —.

Cap. III. Unterrichtswesen:  
Einnahme 379 713,20 M. Ausgabe 1 015 863,20 M.

Die Abstimmung über dieses Sammelcapitel findet nach der Durchberatung der betr. Specialetats statt.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:  
Einnahme —. Ausgabe 14 437,65 M.

Cap. V. Armenpflege:  
Einnahme 132 900 M. Ausgabe 340 700 M.

Die Genehmigung des Capitels kann erst nach der Erledigung des betr. Specialetats erfolgen.

Cap. VI. Medicinalwesen:  
Einnahme 1100 M. Ausgabe 3300 M.

Herr Meyerhoff möchte hierzu anfragen, ob es nicht angezeigt erscheine, im Innern der Stadt eine Verband- oder Nothhelfstelle einzurichten, da doch das Herzogliche Krankenhaus in die Außenstadt verlegt werde.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß Verhandlungen wegen Einrichtung einer Sanitätswache im alten Krankenhause im Gange, aber noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Lange kann diese Anregung nur begrüßen und wünscht, daß eine Verbandstation auch in die Nähe des Bahnhofes komme, weil die jetzt vorhandenen Stationen (altes und neues Krankenhaus, sowie Marienstift) zu entfernt vom Bahnhofe liegen.

Herr Stadtrath Meyer bittet, erst einmal abzuwarten, wie sich die Sanitätswachen machen werden, um dann eine Vermehrung derselben ins Auge zu fassen.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:  
Einnahme 616,67 M. Ausgabe 2057,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:  
Einnahme 21 746,25 M. Ausgabe 70 500 M.

Herr Meyerhoff will den Magistrat ersuchen; mit der Verwaltung der Landesbrandversicherung in Verbindung zu treten, um dieselbe zu einem höheren Zuschusse zu veranlassen. Wenn man sich vergegenwärtige, was die Stadt Braunschweig gegen die anderen Städte des Landes für Feuerlöschzwecke aufwende, so sei es ein Unrecht, der hiesigen Stadt nicht weiter entgegenzukommen und ihr nur einen so geringen Zuschuß zu bewilligen. In Bayern seien die Städte vollständig classificirt und erhalten einen Zuschuß je nach der Art und dem Umfange der ge-

troffenen Abwehreinrichtungen. Es müsse als ein bitteres Unrecht empfunden werden, daß die Landesbrandcasse, welche aus der Stadt Braunschweig gegenüber dem Lande einen so erheblichen Ueberschuß erziele, den hiesigen Hausbesitzern nicht mehr entgegenkomme, sondern ihnen immerfort noch die hohen Prämien auferlege. Wünschen möchte er, daß der Magistrat die betr. Petition des Grundbesitzervereins durch ein entsprechendes Vorgehen bei der Landesbehörde unterstützte.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß es sich hier um eine Beihilfe der Gemeinden zu solchen Feuerlöschaufwendungen handle, welche über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehen. Diese Position erscheine zum ersten Male im Etat, da erst auf dem letzten Landtage eine entsprechende Einrichtung getroffen sei. Der Magistrat habe in Folge dessen die außerordentlichen Aufwendungen im vorigen Jahre liquidirt und sei nach Maßgabe des Umfangs derselben ein Beitrag von 5000 M. bewilligt. Da nun in diesem Jahre noch bedeutend höhere Aufwendungen der beregten Art zu machen seien, so stehe zu hoffen, daß auch der Zuschuß höher ausfalle, als im Etat vorgesehen sei.

Herr Bauermeister bemerkt zu Punkt 19 der Ausgaben, daß die dort vorgesehene Schiebeleiter nur kurz sein und auf Höfen Verwendung finden solle.

#### Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 36 069,60 M.

Ausgabe 346 601,52 M.

Herr Müller möchte bitten, in diesem Jahre auf eine Bedürfnisanstalt am Theater Rücksicht zu nehmen, da dieselbe dort sehr nöthig sei. Ebenso empfehle sich, die dort befindliche Anschlagssäule auf einen anderen Platz zu stellen, wo sie den Verkehr nicht so sehr behindere. Vielleicht eigene sich dazu der Platz am Eingange zum südlichen Theaterparke.

Herr Böschigt spricht den Wunsch aus, die öffentlichen Brunnen im Frühjahr eher anzustellen und im Herbst länger laufen zu lassen, als dieses bislang geschehen sei.

Herr Rathe ersucht, dahin zu wirken, daß die Laternen vor dem Theater auch nach Schluß der Vorstellungen brennen bleiben, damit der Platz nicht vollständig im Dunkeln liege.

Herr Lange möchte fragen, ob auf dem Ruhfäutchenplatze eine Uraniasäule oder ein Candelaber zur Aufstellung gelangen solle.

Herr Bürgermeister Kietemeyer erwidert, daß die Vereine, welche auf dem Ruhfäutchenplatze ein Welterhäuschen errichten wollten, nichts wieder von sich hätten hören lassen und man nun in Erwägung zu ziehen habe, ob nicht eine Laterne dort Aufstellung finden könne.

Herr Günther befürwortet, die Straßenlaternen im Winter des Morgens länger brennen zu lassen, damit die Arbeiter nicht im Dunkeln zu ihrer Arbeit zu gehen brauchen.

Herr Wollenweber empfiehlt, auf dem Regidienmarke einen oder zwei Gasandelaber aufzustellen, um auch dieser Gegend etwas mehr Licht zu geben.

Herr Stadtrath Haake sagt eine Prüfung der gegebenen Anregungen zu.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 132 270 M.

Ausgabe 207 160 M.

Herr Bührmann vermißt hier eine Summe für Instandsetzung des Weges nach dem Pawelschen Holze. Derselbe befinde sich Winters und Sommers in einer so traurigen Verfassung, daß endlich etwas zu seiner Besserung geschehen müsse.

Herr Bürgermeister Netemeyer bemerkt, daß von der betr. Feldmarks-Interessenschaft bereits entsprechende Vorschläge gemacht seien, welche der städt. Bauverwaltung zur Begutachtung vorliegen.

Cap. XI. Gemeindesteuer:

Einnahme 1670 100 M.

Ausgabe 5900 M.

Die Beschlußfassung hierüber wird nach der Beendigung der Staatsberathung erfolgen.

Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 173 570 M.

Ausgabe 39 084,20 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 30 700 M.

Ausgabe 220 926,14 M.

Herr Löschig möchte hierzu dem Wunsche Ausdruck geben, daß den Beamten nicht gestattet würde, private Arbeiten und eigene Geschäfte zu betreiben. Zwei Beamte sollen nach den ihm gewordenen Mittheilungen in sehr ausgedehnter Weise Nebenarbeiten ausführen.

Herr Fiedel hat zu dem Punkte „3, Sachliche Bedürfnisse, c, Drucksachen“ zu bemerken, daß von der Commission der Wunsch geäußert sei, es möchten die Berichte über die Stadtverordneten-Verhandlungen den Braunschweigischen Anzeigen geheftet beigegeben werden, welchem Wunsche der Magistrat zu entsprechen gedenke.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 49 740,27 M.

Ausgabe 38 869,28 M.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 226 6450 M.

**B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.**

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 555 153,22 M.

Ausgabe 153,22 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 1 055 600 M.

Ausgabe 300 000 M.

### Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke und Berechtigungen:

Einnahme 252 468,78 M.

Ausgabe 20 634,61 M.

### Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 164 178,00 M.

Ausgabe 1708 412,17 M.

Zu der Position „1c, Errichtung einer Markthalle, erste Baurate 250 000 M.“ bemerkt Herr Lange, daß vom Magistrate in Aussicht genommen sei, den Bau der Markthalle in diesem Etatsjahre bis auf den inneren Ausbau zu Ende zu führen. Er möchte aber wünschen, dahin zu streben, daß der Bau in diesem Finanzjahre vollständig fertig gestellt werde, damit die Halle am 1. April 1896 dem Betriebe übergeben werden könne.

Herr Rathe fragt an, ob bei der Projectirung der Markthalle seiner früheren Anregung, dieselbe nicht in den Winkel, sondern auf die andere Seite des Hagenmarktes zu legen, entsprochen sei. In Berlin habe es sich gezeigt, daß nur diejenigen Markthallen ohne großen städtischen Zuschuß bestehen können, welche nicht im Winkel liegen, sondern die sichtbar seien.

Herr Südel will hierzu bemerken, daß die größte Markthalle Berlins in der Dorotheenstraße auch hinter den Leuten liege und trotzdem einen so bedeutenden Verkehr aufzuweisen habe.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann die Berücksichtigung der Anregung des Herrn Rathe nicht in Aussicht stellen, nachdem das Project der Markthalle am Hagenmarkte die Genehmigung der Versammlung gefunden habe.

Herr Lange bittet, unter Bezugnahme auf die am 8. Februar 1894 gepflogenen bezüglichen Verhandlungen — Seite 309—310 des Berichts — die Verlängerung der Luisenstraße bis zum Westbahnhofe nunmehr ernstlich in Aussicht zu nehmen, da bestimmt feststehe, daß — entgegen der damals ausgesprochenen Ansicht des Magistrates — die Hauptabestelle der Landesbahn sich nicht am Madamenwege, sondern auf dem Westbahnhofe befinde.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, jene Erklärung auf Beschluß des Magistrates abgegeben zu haben. Wenn jetzt die Verhältnisse so liegen sollten, wie Herr Lange angegeben, so zweifle er nicht, daß der Magistrat Veranlassung nehmen werde, den Ausbau der Luisenstraße für nächstes Jahr in Aussicht zu nehmen.

### Cap. V. Insgemein:

Einnahme 1800 M.

Ausgabe —.

### Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 2 029 200 M.

## 2. Etats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

### I. Städtische Ober-Realschule:

Einnahme und Ausgabe 98840 M. Fehlsomme 43750 M.

Hierbei sind 425 ortzugehörige und 60 auswärtige Schüler angenommen.

Herr Halle möchte anheimgen, einmal versuchsweise die Schulplätze mit Pochies und nicht mit Grand zu bestreuen, weil sich letzterer in die Schulhäuser und Classenzimmer trete und die Treppen und Fußböden ruinire.

Herr Löschnitz muß sich dagegen erklären, weil Pochies bei Sonnenschein die Augen zu sehr angreife.

Herr Oberbürgermeister Pockels sagt zu, diese Frage magistratsseitig in Erwägung nehmen zu wollen.

### II. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 91320 M. Fehlsomme 30700 M.

Angenommen sind 565 ortzugehörige und 15 ortsfremde Kinder.

### III. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 61685,20 M. Fehlsomme 25300 M.

Es sind 515 ortzugehörige und 15 ortsfremde Kinder angenommen.

### IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5600 M. Fehlsomme 4400 M,

welche je zur Hälfte aus der Klosterreinertragscasse und der Cämmereicasse getragen wird.

### V. Bürgerschulcasse:

Einnahme und Ausgabe 712918 M. Fehlsomme 589000 M.

Zur Deckung der Fehlsomme werden Zuschüsse geleistet:

aus der Herzogl. Hauptfinanzcasse . . . . .	32500 M
„ „ Klosterreinertragscasse . . . . .	25000 „
„ „ Casse der Abgabe für Hunde . . . . .	4400 „
„ „ Stadtcasse . . . . .	527100 „

zusammen 589000 M.

Auf Seite 124 des Etats ist bei der Fachlehrerin Frä. Raef der Stundensatz von 32 M auf 36 M und demnach die Ausgabesumme von 960 M auf 1080 M zu erhöhen, wogegen die zur Verfügung des Schulvorstandes verbleibende Summe von 900 M auf 780 M ermäßigt wird.

Auf die Bemerkung des Herrn Löschnitz, daß ihm die für Instandsetzung der Schlafkammer des Schuldieners an der Osterstraße und Theilung der Kammer durch eine Wand eingestellte Summe von 490 M zu hoch erscheine, erwidert

Herr F ü d e l, daß die Anschläge immer höher gegriffen würden, als man bei Ausführung der Arbeiten gebrauche.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s kann hierzu mittheilen, daß der Posten überhaupt nicht gebraucht werde, weil inzwischen andere Dispositionen getroffen seien.

Herr L a n g e bittet, in der Schule an der Reichenstraße ein kleines Brausebad einrichten zu lassen, weil gerade für die Kinder jener Schule ein Bad sehr nothwendig sei. Bei Befichtigung der Localitäten haben sich wohl einige Schwierigkeiten gezeigt, jedoch lasse sich die Einrichtung zwischen dem rechten Flügel der Schule und dem Abort der Mädchen, dessen Ausräumeöffnung eventuell verlegt werden könne, sehr wohl anbringen, wie die von ihm gefertigte kleine Skizze, welche er dem Magistrat überreiche, beweise.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s sagt eine wiederholte Prüfung dieser Frage zu.

Herr L a n g e muß den für Erneuerung der Chausfirung auf einigen Theilen des Spielplatzes der Schule an der Maschstraße ausgeworfenen Betrag von 100 M für zu niedrig halten. Der Spielplatz sei bei Regenwetter stets so naß, daß die Schulkinder denselben garnicht betreten können und er drainirt werden müsse, was sich mit der geringen Summe nicht ausführen lasse.

Herr G ü n t h e r möchte ersuchen, im Winter die Schalthüren früher zu öffnen, damit die Kinder, welche etwas vor der angesetzten Zeit erscheinen, nicht dem Wetter und der Kälte preisgegeben seien. Es liege kein vernünftiger Grund vor, die Kinder vor dem Schulhause warten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s will Veranlassung nehmen, diese Angelegenheit im Schulvorstande zur Sprache zu bringen. Seiner Erinnerung nach würden die Schalthüren eine Viertelstunde vor dem Schulbeginn geöffnet und möchten gegen eine noch frühere Oeffnung doch wohl schulseitig Bedenken zu erheben sein.

Herr G ü n t h e r möchte weiter ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob in dem kommenden Winter den Kindern nicht ein Frühstück verabreicht werden könne.

Herr Stadtrath M e y e r muß bezweifeln, daß der Stadt eine so weitgehende Verpflichtung auferlegt werden könne. Eine hiesige Stiftung verwende zu diesem Zwecke schon die Zinsen eines Capitals von 30 000 M.

Herr L ö s c h i g t fragt an, ob für die Abortgruben der städtischen Schulen nicht besser Wasserclosets eingerichtet würden. Nach dem neuen Entwässerungsstatute solle jeder Hausbesitzer seine Closets anschließen, also müsse auch die Stadt sich hiernach richten.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r erwidert, daß diese Ansicht unzutreffend sei. Es hänge vom freien Willen des Einzelnen ab, ob er sein Closet an den städtischen

Canal anschließen wolle, dagegen müßten die Ableitungen der Küchen- und Schmutzwässer angeschlossen werden. Die von Herrn Böschigt angeregte Frage sei schon geprüft worden und haben sich dabei, abgesehen von den erheblichen Kosten, bedeutende technische Schwierigkeiten ergeben, welche darin liegen, daß die meisten der Abortgebäude nicht heizbar seien und demnach die Gefahr des Einfrierens der Closets vorliege.

## VI. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 45 500 M.                      Fehlsomme 36 675 M.

Zur Deckung der Fehlsomme tragen bei:

die Herzogl. Haupt-Finanz-Casse .	16 075 M.,
die Casse der Abgabe für Hunde .	13 500 „
die Cämmerei-Casse . . . . .	7 100 „

zusammen 36 675 M.

Herr Uhde möchte den Magistrat fragen, wie es mit dem Neubau der Gewerbeschule stehe. Die Zustände in den jetzigen Localitäten seien so grauenhaft, daß sie für Schüler und Lehrer unhaltbar seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß bereits das Project zum Neubau einer Gewerbeschule skizzirt und bezüglich des Kostenpunktes überschlagen sei. Die Versammlung werde hierüber in den nächsten Wochen eine vorläufige Mittheilung erhalten.

## VII. Armencasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 340 700 M.                      Fehlsomme 207 800 M.

Herr Günther muß hierbei einen ihm berichteten Uebelstand zur Sprache bringen. Wenn Leute nach dem Stadthause kommen, um einen Armenschein nachzusuchen, so würden sie in Gegenwart anderer Personen über ihre Verhältnisse ausgefragt, was durchaus nicht angenehm sei. Es müßte darauf gehalten werden, daß diese Sachen möglichst geheim behandelt würden.

Herr Stadtrath Meyer kann nicht finden, daß der Magistrat Veranlassung habe, in solchem Falle bei der Aufnahme der Personalien von Antragstellern die Oeffentlichkeit zu scheuen, da doch die Bewilligung des Armenrechtes vor Gericht auch öffentlich behandelt werde.

## VIII. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 165 000 M.                      Fehlsomme 127 000 M.

Herr Meyerhoff bittet, den sämmtlichen Straßenschlamm nach dem Bürgerparke und nicht einen Theil desselben nach anderen Stellen fahren zu lassen.

Herr Bürgermeister Kete meyer entgegnet, daß nur schmutziger Schnee, der für die Auffüllung eines Plazes keinen sonderlichen Werth habe, nach dem Plaze an der Wendenmaschstraße gefahren sei. Wenn man auch diesen Schnee nach dem Bürgerparke hätte fahren wollen, würde das zu viel Fuhrgeld gekostet haben, ohne damit einen wesentlichen Vortheil zu erzielen.

#### IX. Städtische Gaswerke:

Einnahme 858 500 M.      Ausgabe 770 000 M.  
Ueberschuß 88 500 M.

#### X. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 289 600 M.      Ausgabe 242 800 M.  
Ueberschuß 46 800 M.

Auf die Anfrage des Herrn Rathe, weshalb nur bei den letzteren beiden Werken an die Cämmerei-Casse eine Verwaltungsgebühr von 10 000 M und 4000 M abgeführt werde, erwidert

Herr Bürgermeister Kete meyer, daß solche Gebühr bei denjenigen städtischen Instituten, welche einen Gewinn abwerfen, angerechnet zu werden pflege.

#### XI. Neustadtmühle:

Einnahme 38 600 M.      Ausgabe 37 700 M.  
Ueberschuß 900 M.

Die bis dahin zurückgestellten Cap. III Unterrichtsweisen, Cap. V Armenpflege und Cap. XI Gemeindesteuer werden nunmehr nach dem Antrage des Magistrates,

zu beschließen, daß die Gemeinde-Einkommensteuer mit Einschluß der sogen. Voraussteuer der auswärts wohnenden Gewerbetreibenden und der Actiengesellschaften u. in dem seitherigen Betrage von zehn Zehnteln des durch die Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuer-satzes ausgeschrieben werde,

genehmigt.

Der weitere Antrag, den vorgelegten und jetzt durchberathenen Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1895/96 zu genehmigen, wird gleichfalls gutgeheißen.



### 3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushalts pro 1. April 1895/96 einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme		in Pro=centen	Ausgabe		in Pro=centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	S		M	S		M	S	M	S
I	Cämmereivermögen (im engeren Sinne)	150 537	21	6,64	464 004	04	20,47	—	—	313 466	83
II	Kirchenwesen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III	Unterrichtswesen .	—	—	—	645 810	—	28,49	—	—	645 810	—
IV	Kunst und Wissen=schaft. . . . .	—	—	—	14 437	65	0,64	—	—	14 437	65
V	Armenpflege. . .	—	—	—	207 800	—	9,17	—	—	207 800	—
VI	Medicinalwesen. .	1 100	—	0,05	3 300	—	0,15	—	—	2 200	—
VII	Vereinswesen und Volksfeste . . . .	616	67	0,03	2 057	17	0,09	—	—	1 440	50
VIII	Feuerlöschwesen .	21 746	25	0,96	70 500	—	3,11	—	—	48 753	75
IX	Ortspolizei . . .	36 069	60	1,59	346 601	52	15,29	—	—	310 531	92
X	Straßenbau. . . .	132 270	—	5,84	207 160	—	9,13	—	—	74 890	—
XI	Gemeindesteuern zc.	1 670 100	—	73,69	5 900	—	0,26	1 664 200	—	—	—
XII	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	173 570	—	7,66	39 084	20	1,73	134 485	80	—	—
XIII	Stadtverwaltung .	30 700	—	1,35	220 926	14	9,75	—	—	190 226	14
XIV	Insgemein . . . .	49 740	27	2,19	38 869	28	1,72	10 870	99	—	—
	Zusammen	2 266 450	—	100	2 266 450	—	100	1 809 556	79	1 809 556	79

## 4. Anhang.

### Canalbaucaſſe.

#### A. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 1458900 M.      Aufzunehmende Anleihe 1450800 M.

#### B. Unterhaltung.

Einnahme 207100 M.      Ausgabe 234200 M.

Fehlſumme 27100 M.

Der Magiſtrat beantragt, die Zuſtimmung dazu zu ertheilen, daß die Canalabgabe von  $1\frac{1}{2}\%$  auf  $2\%$  des Grundſteuercapitales erhöht werde, um nicht mit einem Fehlbetrage abſchließen zu müſſen.

Herr Meyerhoff erſucht, dieſem Antrage nicht ſtattzugeben. Bei Einführung der Canalſteuer ſolle das Verſprechen gegeben ſein, dieſe Steuer in Fortfall zu bringen, ſobald einmal das Canaliſationsnetz fertiggeſtellt und jeder Anlieger angeſchloſſen ſei. Dieſer Zeitpunkt könne indeſſen noch hundert Jahr auf ſich warten laſſen. Die Canaliſation diene der geſamten Einwohnerſchaft und nicht allein den Grundeigenthümern, denn in einer ſchlecht canaliſirten Stadt würden bald Seuchenherde u. dergl. entſtehen. Die Grundbeſitzer haben durchaus keine Veranlaſſung, etwas allein aufzubringen, was der Allgemeinheit nütze. Darum bitte er, die Canalſteuer nicht nur nicht zu erhöhen, ſondern auf ihre Abſchaffung nachgerade Bedacht zu nehmen. Dem Grundbeſitzer dürfe man nichts auferlegen, was ihm nicht allein zum Vortheil diene, denn er ſei nicht der Paſſeſel für Alles. Die Mitglieder der Einſchätzungscommiſſionen würden wohl ein Bild davon bekommen haben, daß der ſtädtiſche Grundbeſitz viel mehr als die nothleidende Landwirthſchaft verſchuldet ſei.

Herr Oberbürgermeiſter Poſtels iſt der Anſicht, daß ein derartiger Antrag von der Verſammlung wohl zurückgewieſen werden müſſe, weil ſich die Erhebung der Canalabgabe auf ein Statut ſtütze, das von den beiden ſtädtiſchen Behörden beſchloſſen ſei. Hiernach vertheilen ſich die geſamten Canalkoſten zu einem Drittel auf die Stadtcasſe und zu zwei Dritteln auf die Anlieger.

Der Herr Vorſitzende will bemerken, daß dieſe Beſtimmung des Statuts auf einem Compromiß zwiſchen dem Magiſtrate und der Stadtverordneten-Verſammlung beruhe. Er ſei im Zweifel, was geſchehen würde, wenn die Erhöhung etwa von der Verſammlung abgelehnt werden ſollte.

Herr Oberbürgermeiſter Poſtels möchte die letztere Frage nicht erörtern und nur bemerken, daß die Städteordnung für ſolche Fälle Vorkehrung treffe.

Herr Bueß spricht sich im Sinne des Herrn Meyerhoff aus. Wenn man die vielen Subhastationen verfolge, so könne man leicht herausfinden, welche Belastung dem Grundbesitze auferlegt sei. Man habe demselben so viel aufgebürdet, daß mancher Grundstücksbesitzer davon laufe und sein Eigenthum im Stiche lasse. (Widerspruch.) Die statutarische Bestimmung sei nicht auf ewige Zeiten festgesetzt und könne jederzeit geändert werden. Er behalte sich einen bezüglichen Antrag vor.

Herr Meyerhoff kann es nicht für gerechtfertigt halten, ein Unrecht, welches man als solches erkannt habe, fortzusetzen. Die alten Rechtsgrundsätze müßten wieder lebendig werden, nach welchen die Allgemeinheit zu tragen habe, was ihr zu Gute komme und der einzelne Eigenthümer Dasjenige, was ihm allein Vortheil stifte.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, den Etat zu bewilligen, aber einen selbstständigen Antrag auf Aenderung des Statuts einzubringen.

Herr Halle muß es ebenfalls für eine Ungerechtigkeit halten, den Hausbesitzern die Canallast allein aufzubürden. Der Magistrat habe z. B. die Zusicherung gegeben, über diesen Punkt in Verhandlung zu treten, sobald die Canalisation erst einmal fertiggestellt sei. Da man jetzt nicht anders könne, als den Etat zu genehmigen, werde er zu gelegener Zeit einen Antrag auf Aufhebung des Statuts einbringen.

Der Herr Vorsitzende will besonders darauf hinweisen, daß durch die eventuelle Genehmigung des Etats dem in Aussicht gestellten Antrage auf Aenderung des Statuts nicht präjudicirt werde, weil sich die Genehmigung nur auf ein Jahr beziehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte der Behauptung widersprechen, daß bei Verathung des Statuts über die Entwässerung der Stadt magistratsseitig in Aussicht gestellt sei, die Erhebung der Canalabgabe nach Beendigung der Canalisation in Wegfall zu bringen. Wenn solche Absicht vorgelegen hätte, wäre die Aufstellung des Statuts gar nicht nöthig gewesen.

Herr Hauswaldt muß die Canalsteuer ebenfalls für eine äußerst ungerechte Belastung der Hausbesitzer halten und würde gern an der Aufhebung derselben mitwirken. Da indessen nach dem bestehenden Statute die Hausbesitzer zwei Drittheile der entstehenden Kosten zu decken haben, so lasse sich z. B. in der Sache nichts machen und bitte er, den geäußerten Wunsch auf Abschaffung der Canalsteuer bis zur Fertigstellung des ganzen Canalnetzes zurückzuschieben.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, andere Steuerquellen zur Deckung der bei etwaiger Aufhebung der Canalsteuer entstehenden Ausfälle anzugeben. Formell müsse die Genehmigung des Etats jetzt ausgesprochen werden, weil es sonst Mittel und Wege gebe, die Versammlung hierzu zu zwingen.

Die Versammlung erklärt sich sodann mit Erhöhung der Canalsteuer von  $1\frac{1}{2}$  auf 2 % des Grundsteuercapitales einverstanden.

Auf die Anfrage des Herrn Günther, weshalb der städtische Etat erst jetzt zur Durchberathung gelange, obwohl schon einige Wochen im neuen Etatsjahre ohne Etat gewirthschaftet sei, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß der Etat am 25. Februar vom Magistrat fertiggestellt und die nachfolgende Zeit zur Drucklegung zc. verwendet sei. Durch die Tagung der Landesversammlung sei er im abgelaufenen Winter derartig in Anspruch genommen, daß er die Fertigstellung des Etats nicht früher habe ermöglichen können. Im laufenden Finanzjahre seien übrigens nur solche Ausgaben gemacht worden, bezüglich deren die Versammlung nur ein formelles Bewilligungsrecht besitze.

Der Etat wird darauf nach dem Antrage des Magistrates festgestellt.

#### Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 159 775 M.

Amortisation 9 974,25 M.

Den Einnahmen an Schlachtgebühren liegt die Annahme zu Grunde, daß zur Schlachtung gelangen werden:

3 100 Stück Ochsen und Stiere . .	à 3,25 M	= 10 075 M,
4 000 „ Kühe und Rinder . .	à 2,00 „	= 8 000 „
40 000 „ Schweine . . . . .	à 1,25 „	= 50 000 „
8 900 „ Käiber . . . . .	à 0,60 „	= 5 340 „
9 000 „ Schafe . . . . .	à 0,30 „	= 2 700 „
200 „ Pferde . . . . .	à 2,50 „	= 500 „

Zusammen 76 615 M.

Der Etat wird genehmigt.

#### Casse der Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 29 548 M.

Zur Verfügung 1513 M.

Unter den Einnahmen befinden sich 25 000 M an Abgaben für Hunde. Zur Unterstützung gemeinnütziger Vereine sind 7335 M in Aussicht genommen.

Wie Herr Fiedel berichtet, habe man von verschiedenen Seiten den Wunsch auf Erhöhung einzelner Unterstützungsbeträge geäußert; es sei indeß magistratsseitig mitgetheilt worden, daß die betr. Vereine ihre Anträge bei dem Magistrat vorbringen möchten.

Herr Bührmann bittet, den Zuschuß für den Verein für Feriencolonien, welche so außerordentlich wohlthätig wirkten, von 100 M auf 300 M zu erhöhen, damit noch mehr Kinder dieser Wohlthat theilhaftig werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß es für angezeigt halten, den bisherigen Grundsätzen treu zu bleiben und Anträge der betr. Vereine abzuwarten.

Auch dieser Etat gelangt zur Annahme.

### Kreis-Communal-Casse:

Einnahme und Ausgabe 2773 800 M.

Zur Verfügung 1725,70 M.

Der Etat wird gutgeheißen.

Nachdem der Herr Referent die Vorbemerkung im Magistratsanschreiben, welche sich mit der Vermögenslage der Stadt beschäftigt, einer Besprechung unterzogen und der darin zum Ausdruck gebrachten Ansicht beigestimmt hatte, wird die Etatsberathung geschlossen.

### IV. Gemeinde-Kirchensteuer für 1895/96.

Das Kirchencassen-Collegium hat beantragt, den aus dem Abschlusse des Generaletats der Gemeinde-Kirchencasse für das Finanzjahr 1895/96 sich ergebenden Fehlbedarf von 65 000 M durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Der Magistrat erkennt die sämmtlichen Ausgabeposten des Generaletats als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hiesigen Stadtkirchen erforderlich an und beantragt die Ertheilung der Zustimmung dazu, daß für das gegenwärtige Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer wie im Vorjahre in Höhe von 5 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Seele empfehlen,

und die Versammlung beschließt nach kurzer Besprechung diesem Antrage gemäß.

### V. Antrag Brückmann und Gen.: Aufstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen.

Der Antrag, diese Angelegenheit in vertraulicher Sitzung zu verhandeln, wird angenommen.

### VI. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch des Museumswärters Ertel um Erlaß der Steuer für einen Hund, welchen derselbe von Mitte October bis Mitte Februar besessen hat, wird der bisherigen Gepflogenheit gemäß abgelehnt.

### VII. Beihilfe an die Ortskrankencasse für Land- und Forstwirthschaft.

Der Vorstand der hiesigen Ortskrankencasse für Land- und Forstwirthschaft hat nachgewiesen, daß der Casse durch die städtischen Arbeiten zur Instandsetzung des Bürgerparkes erhebliche Mehraufwendungen erwachsen sind, für welche die Beiträge der betr. Mitglieder nur unzulängliche Deckung gewährt haben. Der Magistrat muß es unter den dargelegten, als zutreffend zu erachtenden Verhältnissen für

angemessen halten, zu beantragen, der Cassé eine Beihilfe von 400 M zu Lasten des Bürgerparkausbaues zu bewilligen,  
was auf Empfehlung des Herrn Brückmann geschieht.

### VIII. Erwerb eines Angers neben der Pumpstation.

Im Interesse der Pumpstation erscheint es dem Magistrate wünschenswerth, die zwischen der Station und der Oker gelegene 19,85 a große Fläche des Angers der Feldmarks-Interessentschaft Hagen zu erwerben. Der von dieser geforderte Einheitspreis von 4 M pro qm wird für angemessen gehalten und dessen Verwilligung anheimgelassen.

Auf Antrag der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, genehmigt die Versammlung diese Vorlage.

### IX. Erwerb von Grabenflächen zum Altwiekringe und zur Rosenstraße.

Zur Anlegung des Altwiekringes und der Rosenstraße zwischen Aufberg- und Husarenstraße sind Theilflächen des diese beiden Straßen durchschneidenden Grabens verwandt, welche, zu 67 und 48 qm vermessen, bislang der Stadt noch nicht aufgelassen sind. Die nördliche Hälfte des betreffenden Grabens gehört, wie sich erst jetzt herausgestellt hat, nicht der Feldmarks-Interessentschaft Altwiek, sondern ist Privateigenthum der Ziegenmeyer'schen Erben, während die südliche Hälfte der genannten Feldmarks-Interessentschaft gehört. Letztere hat für ihre 57 qm großen Flächen eine Entschädigung von 5 M pro qm verlangt, während die Ziegenmeyer'schen Erben für ihre 58 qm umfassenden Flächen 8 M fordern. Da diese Preise den Eigenthümern nach der Ansicht des Magistrats zugebilligt werden können, so ersucht derselbe, ihn zum Erwerb der Flächen zu ermächtigen,  
was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Wültemann berichtet, geschieht.

### X. Einfriedigung des Okergrabens am Nickenkulle.

Für die Einfriedigung eines am Nickenkulle gelegenen und unmittelbar an den Okergraben grenzenden Platzes fordert der Magistrat eine Summe von 150 M an,  
welche auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden bewilligt wird.

### XI. Antrag Böschigk: Einsetzung einer Deputation für Submissionen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß alle städtischen Bauausführungen, Anlagen und deren Anschaffungen (Submissionen) u. außer dem betr. Beamten einer Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede

und drei Stadtverordneten, unterstellt werden, wie es z. B. bei der Straßenreinigung, dem Abfuhrwesen, der Pumpstation, den Rieselwerken, den Gas- und Wasserwerken zc. geschieht“.

Zur Begründung führt Herr Böschigt aus, daß er nach reiflicher Ueberlegung den Antrag eingebracht habe und durch Genehmigung desselben manchen Uebelständen, deren Schilderung er übergehen wolle, zu begegnen hoffe.

Der Antrag wird, gehörig unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Hierauf hat der Herr Vorsitzende noch folgende Mittheilungen zu machen:

- 1) Vom Fürsten Bismarck ist ein Schreiben eingegangen, welches folgenden Wortlaut hat:

„Friedrichsruh, den 6. April 1895. Durch Verleihung des Bürgerrechtes von Braunschweig fühle ich mich hoch geehrt und bitte die Stadt, für diese Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. von Bismarck“.

- 2) Der Stadtverordnete Schumburg hat angezeigt, daß er wegen einer dauernden Krankheit veranlaßt sei, sein Amt niederzulegen. Es wird in vertraulicher Sitzung zu berathen sein, ob die Niederlegung als gerechtfertigt anzuerkennen sei.

Sodann wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.





1895/96.

N 2.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 16. Mai 1895.

**Tagesordnung:**

I. Ankauf von Grundstücken an der Carlstraße . . . . .	Seite 22
II. Etat der Friedhofs-Casse für 1895/96 . . . . .	" 23
III. Verwilligung einer Beihilfe für die Mädchenhorte . . . . .	" 23
IV. Verwilligung der Kosten für die Neupflasterung der Ehrenbrechtstraße . . . . .	" 23
V. Vorschriften für Benutzung des Kühlhauses . . . . .	" 23
VI. Antrag Löschigt: Einsetzung einer Deputation für Submissionen zc. . . . .	" 29
VII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .	" 33
VIII. Einrichtung von Feuermeldestellen . . . . .	" 33
IX. Einsprachen gegen die Baulinien zc. der Casernenstraße . . . . .	" 34
X. Verkauf einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße . . . . .	" 34
XI. Zugangsweg von der Reichenstraße zu der Markthalle . . . . .	" 34
XII. Löhnung der Wärterinnen an den Bedürfnisanstalten . . . . .	" 35
XIII. Ermäßigung der Pacht für das ehem. Jürgens'sche Grundstück . . . . .	" 35
XIV. Besuch von Funke wegen Erlasses von Straßenkostenbeiträgen . . . . .	" 36
XV. Straßeneisenbahn zwischen Braunschweig und Wolsenbüttel . . . . .	" 37
XVI. Vertrag mit dem Kunstgärtner Mißbieter . . . . .	" 42
XVII. Erwerb von Theilflächen zur Eulenstraße . . . . .	" 42
XVIII. Anlage eines Kühlers auf dem neuen Gaswerke . . . . .	" 43
XIX. Erwerb von Theilflächen zur Heinrichstraße . . . . .	" 43

XX.	Aufnahme eines Processes . . . . .	Seite 44
XXI.	Fortfall der Auslegung der Steuerlisten . . . . .	44
XXII.	Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten . . . . .	" 45
XXIII.	Antrag Müller: Eisenbahn-Verbindung mit dem Harze . . . . .	" 45
XXIV.	Antrag Müller: Ueberführung der Helmstedterstraße . . . . .	" 47
XXV.	Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen . . . . .	" 49
XXVI.	Antrag Kathe: Stiftung von Stipendien für die techn. Hochschule . . . . .	" 49

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bäsede, Lange, Rudeloff, Schmidt und Weber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst Folgendes mit:

- 1) Von dem Herzoglichen Staatsministerium ist im Allerhöchsten Auftrage ein Dankschreiben für die Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht seitens der städtischen Behörden zum Geburtstage dargebrachte Glückwunschadresse eingegangen.
- 2) Der frühere Destillateur Felix Brendede hat der Versammlung verschiedene Exemplare einer, seinen Proceß gegen die Stadt betreffenden Druckschrift zugehen lassen, welche zur Vertheilung gelangen.
- 3) Der für den verstorbenen Fabrikanten Schumburg zum Stadtverordneten gewählte Fabrikbesitzer Schmidt hat sich wegen einer Reise nach Italien entschuldigen lassen.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Ankauf von Grundstücken an der Carlstraße.

Behufs Anlegung der Verbindungsstraße zwischen Carl- und Wabestraße hat die Stadt noch die ca. 266 qm große Theilfläche des an der Carlstraße Nr. 3420 gelegenen Spohr'schen Grundstückes zu erwerben, wobei die auf dieser Fläche stehenden Nebengebäude in Wegfall kommen. Da durch Abtrennung der fraglichen Theilfläche das verbleibende Restgrundstück eine sehr erhebliche Werthminderung erleidet und eine angemessene Ausnutzung dieser Restfläche nur dann möglich wird, wenn ihr das benachbarte Bape'sche Grundstück zugelegt wird, so hält es der Magistrat für angezeigt, beide Grundstücke anzukaufen. Wenn auch die von den Eigenthümern geforderten Preise von 21 170 M und 9050 M die von der städt. Bauverwaltung ermittelten Werthe übersteigen, so giebt der Magistrat doch anheim, den Ankauf zu genehmigen. Aus den beiden Grundstücken, von denen noch eine

ungefähr 121 qm große Theilfläche zu der parallel mit der Carlstraße laufenden projectirten Straße erforderlich ist, werden sich demnächst noch drei angemessene Bauplätze bilden lassen.

Die Vorlage wird auf Befürwortung des Herrn Rathe angenommen.

## II. Etat der Friedhofs-Casse für 1895/96.

Das Kirchencassen-Collegium legt den städtischen Behörden den von der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents aufgestellten Etat der Casse des Central-Friedhofs für das Finanzjahr 1895/96 zur Kenntnißnahme vor.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele beantragen, die Vorlage als durch Kenntnißnahme erledigt zu betrachten, was geschieht.

## III. Verwilligung einer Beihilfe für die Mädchenhorte.

Der geschäftsführende Ausschuß der hiesigen Mädchenhorte hegt den dringenden Wunsch, noch einige Bewahranstalten für schulpflichtige Mädchen zu errichten, damit immer noch mehr arme Schulmädchen in der schulfreien Zeit erzogen und nützlich beschäftigt werden können. Der Magistrat wird daher gebeten, dem Ausschusse für das Jahr 1895/96 eine Beihilfe zu gewähren und giebt Ersterer anheim, für diesen Zweck 300 M zu bewilligen.

Auf Empfehlung des Herrn Engelbrecht wird dieser Antrag genehmigt.

## IV. Verwilligung der Kosten für die Neupflasterung der Ehrenbrechtstraße.

Im Anschluß an den Ausbau des Sandweges wird beabsichtigt, auch die Ehrenbrechtstraße neu zu pflastern. Der Magistrat ersucht, zu den durch diese Arbeit erwachsenden Kosten im anschlagsmäßigen Betrage von 16 527 M den seitens der Stadt zu zahlenden Zuschuß von 2754,<sup>50</sup> M zu verwilligen.

Namens der Baucommission ersucht Herr Rieße, dem Antrage stattzugeben.

Herr Rieße bittet, bei dieser Gelegenheit auch für eine bessere Beleuchtung des dort vor dem Theater liegenden Platzes Sorge zu tragen, da derselbe nach dem Schlusse der Theatervorstellung und der Läden vollständig in Dunkel gehüllt sei.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

## V. Vorschriften für Benutzung des Kühlhauses.

Die Inbetriebnahme des Kühlhauses macht den Erlaß von die Benutzung desselben regelnden Vorschriften erforderlich. Der Magistrat hat deshalb den Ent-

wurf einer Kühlhausordnung ausgearbeitet und ersucht, sich mit demselben einverstanden zu erklären.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, sind vor der Ausarbeitung des Entwurfes bei einem großen Theile der Städte, welche bereits ein Kühlhaus besitzen, die Kühlhausordnungen eingefordert und sodann auch entsprechend gewürdigt worden. Der Entwurf dürfte daher allen berechtigten Wünschen entsprechen und habe er nur einige geringfügige Aenderungen zu beantragen. Bei der Durchnahme der §§. 1—6 des Entwurfes, welche in ihrem Wortlaute verlesen werden, findet sich nichts zu erinnern. Zu §. 7, welcher lautet:

„Die zur Benutzung des Kühlhauses neben den Schlachtern zugelassenen Personen dürfen in demselben nur Fleisch, Getränke in geschlossenen Gefäßen und Conserven in luftdicht geschlossenen Behältnissen einlagern“,

bemerkt Herr Engelbrecht, daß es ihm fraglich erscheine, ob nicht hinter dem Worte „Fleisch“ das Wörtchen „und“ einzuschalten sein möchte, so daß also auch Fleisch nur in geschlossenen Gefäßen eingeliefert werden dürfe. Es handle sich hier auch um solches Fleisch, welches nicht durch das Schlachthaus gegangen sei.

Herr Nieß kann sich nicht für diese Aenderung aussprechen, weil sonst beispielsweise Wild gar nicht in das Kühlhaus gebracht werden könne.

Herr Stadtrath Meyer muß die von dem Referenten beantragte Aenderung für zweckmäßig halten, weil bei der jetzigen Fassung auch Gedärme in dem Kühlhause gelagert werden dürfen.

Herr Wollenweber ist der Ansicht, daß Wild dem Kühlhause nicht zugeführt werden könne, weil dasselbe im genügend frischen Zustande hier gar nicht vorkomme, sondern meist schon in Geruch übergegangen sei.

Herr Rathe muß es unter diesen Umständen auch für richtig halten, das Wild auszuschließen.

Herr Stadtrath Meyer will noch darauf hinweisen, daß es der Schlachthaus-Deputation vorbehalten sei, für solche Leute, welchen es neben den Schlachtern gestattet werde, das Kühlhaus zu benutzen, besondere Bedingungen zu erlassen. Demnach würde es der Verwaltung immer noch frei stehen, Jemand von der Benutzung zurückzuweisen.

Herr Blasius würde keine Bedenken haben, ein zerlegtes Stück Wild in das Kühlhaus zu bringen, denn wenn das Wildfleisch auch einen specifischen Geruch habe, so besitze das Fleisch eines jeden anderen Thieres ebenfalls seinen specifischen Geruch. Die einschlägigen Fragen würden außerdem einem speciellen Contracte mit dem Wildlieferanten überlassen bleiben müssen. Es gehe selbstverständlich nicht, daß einmal ein paar hundert Hasen mit den Eingeweiden in das Kühlhaus gebracht würden, aber gegen die Einbringung eines jagdgerecht zerlegten Stückes Wild lasse sich durchaus nichts einwenden.

Herr Wollenweber kann die letztere Ansicht nicht theilen. Das Wild könne, auch wenn es frisch geschossen sei, doch nicht so frisch in das Kühlhaus kommen, wie das Fleisch des Schlachtviehes.

Herr Ebeling bittet, die Fassung des Entwurfes beizubehalten, um wenigstens die Möglichkeit zu besitzen, auch Wildfleisch in das Kühlhaus zu bringen.

Der Herr Referent zieht seinen Antrag unter diesen Umständen zurück.

Zum §. 15, welcher am Schlusse lautet:

„Es steht dagegen frei, daß mehrere Schlachter eine Zelle miethen, diese sind solchenfalls solidarisch für die im Miethvertrage übernommenen Leistungen,“

beantragt der Herr Referent, das Wort „Schlachter“ zu streichen, damit eine solche Theilung auch bei Nichtschlachtern möglich sei, bei welchen sich zuerst das Bedürfniß nach einer Theilung herausstellen werde.

Der Antrag wird genehmigt.

Herr Engelbrecht muß die Bestimmung des §. 21, welche lautet:

„Das jährliche Miethgeld beträgt bis auf Weiteres für jeden Theil der Zellengrundfläche bis zu einem Quadratmeter 30 M,“

für rigorös halten, weil hiernach der geringste Theilbetrag eines Quadratmeters schon mit 30 M bezahlt werden müsse. Er beantrage daher, dem vorstehenden Satze noch die Worte: „wobei weniger als 0,4 qm nicht gerechnet werden sollen,“ hinzuzufügen, damit nicht geringere Bruchtheile eines Quadratmeters für voll bezahlt werden müssen.

Herrn Südel erscheint es unerfindlich, weshalb man nicht den thatsächlichen Umfang der einzelnen Zellen berechnen wolle.

Herr Engelbrecht findet eine solche Berechnung außerordentlich umständlich, (Widerspruch), weil die Zellen eine zu verschiedene Größe haben. Auch könne man nicht voraussehen, welche Zellen während des ganzen Jahres vermietet sein würden, sodaß es stets neue, umständliche Berechnungen abgebe.

Herr Hauswaldt vermag diese Ansicht nicht zu theilen. Wenn die Berechnung auch das erste Mal umständlich sein möge, so stehe doch dann ein für alle Mal fest, wie hoch sich der Miethpreis für eine Zelle belaufe.

Herr Wollenweber bittet ebenfalls, den Miethpreis der Zellen nach deren genauer Grundfläche auszurechnen.

Der Antrag des Herrn Südel wird darauf angenommen.

Den Schlusssatz des §. 21, lautend:

„Die nicht rechtzeitige Zahlung der Miethe hat das sofortige Erlöschen des Vertrages zur Folge,“

kann der Herr Berichterstatter nicht für haltbar erachten, denn es liege wohl nicht in der Absicht der städtischen Behörden, die Rechte aus dem Vertrage auch für die Stadtgemeinde in Fortfall zu bringen, wenn die Miethe nicht rechtzeitig bezahlt werde. Er möchte deshalb folgende Fassung vorschlagen:

„Wenn die Miethe nicht spätestens am dritten Tage nach Fälligkeit bezahlt wird, kann die Schlachthaus-Verwaltung die sofortige Räumung der Zelle verlangen und eventuell zwangsweise auf Kosten des Miethers ausführen lassen, ohne den Anspruch auf Zahlung der laufenden Jahresmiethe zu verlieren.“

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

Auf die Bitte des Herrn Wollenweber, die Kühlhausordnung recht bald im Druck erscheinen zu lassen, erwidert

Herr Stadtrath Meyer, daß die Drucklegung sofort angeordnet werden solle.

Herr Günther fragt an, aus welchem Grunde die Pferdeschlächter in dem Kühlhause nicht zugelassen werden sollen, da doch diejenigen Volksclassen, welche Pferdefleisch genießen müssen, ebenfalls wünschen können, frisches Fleisch zu erhalten.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß das Pferdefleisch von vielen Personen mit einem gewissen Widerwillen angesehen werde und mit aus diesem Grunde in die Kühlhausordnung die Bestimmung aufgenommen sei, daß die Pferdeschlächter von der Benutzung des Kühlhauses ausgeschlossen würden. Wenn er auch gern anerkennen wolle, daß hierin ein Vorurtheil liege, da das Pferd mindestens ebenso reinlich sei, wie die anderen Schlachtthiere, so habe aus jener Abneigung doch die Schlachthaus-Deputation Veranlassung genommen, die Pferdeschlächter auszuschließen.

Herr Günther will nunmehr beantragen, daß die Pferdeschlächter zu dem Kühlhause ebenfalls zugelassen werden.

Der Herr Vorsitzende ersucht, hierbei zu erwägen, ob solche Zulassung unter den Schlachtern nicht einen Degout erregen müsse.

Herr Wollenweber hebt hervor, daß die Rindvieh- und Schweineschlächter sich unter keinen Umständen gefallen lassen würden, wenn die Pferdeschlächter zu dem Kühlhause zugelassen werden sollten, da immer eine gewisse Grenze zwischen beiden herrsche. Mit demselben Rechte würden die Pferdeschlächter auch verlangen können, in derselben Schlachthalle schlachten zu dürfen, welche die übrigen Schlächter benutzen. Wenn er auch zugeben wolle, daß man mit einem Vorurtheile zu thun habe, so bestiehe dasselbe doch einmal und müßte ihm daher Rechnung getragen werden. Jede der beiden Kategorien von Schlachtern habe ihr Schlachthaus für sich und müßte auch im Kühlhause getrennt bleiben. Wenn die Pferdeschlächter ein Kühlhaus haben wollen, mögen sie sich eins bauen.

Herr Seele kann bestätigen, daß eine große Animosität zwischen den Pferdeschlachtern und den übrigen Schlachtern bestehe. Beispielsweise haben Letztere einem Blankschmiede erklärt, sie würden ihm das Schleifen ihrer Messer entziehen, wenn er auch die Messer der Pferdeschlachter schleife.

Herr Alßmann ist der Meinung, daß man mit Rücksicht auf das bestehende Vorurtheil die Pferdeschlachter wenigstens in einer besonderen Abtheilung des Kühlhauses unterbringen müsse, da das Pferdefleisch nun einmal ein Volksnahrungsmittel sei. Wenn er dem Pferdefleische auch nicht eine besondere Vergünstigung gewähren wolle, so glaube er doch, daß man Gelegenheit geben müsse, dieses Nahrungsmittel der unteren Bevölkerung in genießbarem Zustande zu erhalten. An die bei den übrigen Schlachtern herrschende Animosität gegen das Pferdefleisch brauche man sich nicht zu kehren, sondern man solle für die Pferdeschlachter wenigstens einen kleinen Kühlraum schaffen, welcher von den übrigen Räumen abgeschlossen sei.

Herr Hauswaldt würde es für der Mühe werth halten, gegen ein bloßes Vorurtheil anzukämpfen. Da man indessen bei dem Kühlhause auf die Einnahmen von den übrigen Schlachtern angewiesen sei, so lasse sich nichts weiter thun, als auf Mittel und Wege zu sinnen, um den Pferdeschlachtern auch die Vergünstigung eines Kühlhauses zu gewähren.

Herr Blasius ist der Meinung, daß das Pferdefleisch ein vortreffliches Nahrungsmittel sei, aber die Kühlhausdeputation habe auf das Gefühl der hiesigen Schlachter, denen es unangenehm wäre, ihr Fleisch neben den Zellen von Pferdeschlachtern aufzubewahren, Rücksicht nehmen müssen. Man sei es indessen dem Publicum, welches Pferdefleisch consumire, schuldig, dasselbe ebenfalls zu conserviren. Deshalb beantrage er,

den Stadtmagistrat zu ersuchen, geeignete Maßregeln vorzuschlagen, durch welche das Pferdefleisch in ähnlicher Weise wie das übrige Fleisch conservirt werde.

Herr Böschigt muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man in dem Kühlhause nicht ebenso wie es in dem Schlachthause geschehen sei, eine besondere Abtheilung für die Pferdeschlachter eingerichtet habe. Jetzt nach Fertigstellung des Kühlhauses werde sich solche Einrichtung nur mit ziemlich hohen Kosten treffen lassen.

Herr Nieß vermuthet, daß auch auswärts den Pferdeschlachtern die Benutzung der Kühlhäuser verboten sei. Jedenfalls würde es angemessen gewesen sein, wenn die Wünsche auf Zulassung der Pferdeschlachter bei Berathung der Baupläne für das Kühlhaus und nicht jetzt vorgebracht wären. Er möchte dringend bitten, an der Kühlhausordnung in dieser Beziehung nicht mehr zu rütteln, obwohl er nicht gegen den Antrag Blasius eingenommen sei. Besonders möchte er noch darauf hinweisen,

daß einem Wirth, wenn er nur in den Verdacht komme, Pferdefleisch zu führen, das Geschäft ruinirt sei und man daher den Wirth durch die Ausschließung des Pferdefleisches von dem Kühlhause keinen Schaden zufüge. Wenn man über diesen Punkt auch noch so vorurtheilsfrei spreche, so glaube er doch versichern zu können, daß bei der etwaigen Zulassung von Pferdefleisch derjenige Schlachter, welcher sich im eigenen Hause ein Kühlhaus einrichte, einen Vorsprung gegen die Schlachter erhalte, welche das städtische Kühlhaus benutzen. Die Abneigung gegen das Pferdefleisch sei nun einmal so groß, daß man sie durch einen Beschluß nicht aus der Welt schaffen könne. Er bitte, den Antrag Blasius anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt anheim, dem Antrage Blasius zuzustimmen, und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil der Abschluß der Kühlhausordnung dringlich sei und weil unter 75 000 Stück Schlachtvieh des letzten Jahres sich nur 200 Stück Pferde befunden haben.

Herr Günther möchte Herrn Nieß erwidern, daß man bei Berathung der Baupläne für das Kühlhaus diese Verhältnisse noch nicht habe erwägen können, weil Niemand gewußt habe, daß die Pferdeschlachter sollten ausgeschlossen werden. Sodann glaube er versichern zu können, daß diejenigen, welche Pferdefleisch essen, dieses nur gezwungen thun und sie auch lieber Rinderbraten essen würden, wenn sie Mittel dazu hätten. Herrn Stadtrath Meyer stimme er zu, daß man bezüglich des Pferdefleisches mit einem Vorurtheile zu kämpfen habe, zumal das Pferd ein sehr reinliches, mindestens ein viel reinlicheres Thier als das Schwein sei. Deshalb solle man aber die übrigen Schlachter in ihrem Vorurtheile noch bestärken, und das Pferdefleisch im Kühlhause nicht zulassen. Das könne doch nur geschehen, wenn das übrige Fleisch durch das Pferdefleisch verdorben werde, was nicht der Fall sei. Es komme hierbei hauptsächlich auch der Concurrenzneid der übrigen Schlachter in Frage.

Herr Meyerhoff bittet, die Kühlhausordnung mit dem Antrage Blasius anzunehmen, da er der festen Ueberzeugung sei, daß die Pferdeschlachter der hohen Kosten wegen nicht einmal eine Kühlzelle mietzen werden und man sich hier ohne Grund über die Frage streite.

Herr Halle hält es für durchaus gerechtfertigt, den Wünschen der übrigen Schlachter, welche die Kosten des Kühlhauses übernehmen müssen, Rechnung zu tragen. Seiner Meinung nach bestche bei den Pferdeschlachtern gar nicht der Wunsch, zum Kühlhause zugelassen zu werden, weil dieselben meistens nicht in der Lage sein würden, die Kosten zu tragen.

Herr Wollenweber will daran erinnern, daß bei Berathung des Antrages Ebeling auf Errichtung einer Freibank beim Schlachthause die Herren Günther, Ahmann und Riefe in der Sitzung vom 21. September 1893 — Seite 149—152 des Berichts — sich dahin ausgesprochen haben, weshalb man die armen Leute



veranlassen wolle, daß minderwerthige Fleisch zu essen, welches ihnen für einen billigen Preis angeboten würde. Jetzt werfe sich nun Herr Günther für die Begünstigung des Pferdefleisches auf, das ebenfalls für einen billigen Preis verkauft werden solle. Wenn man aber die Auswahl habe und billiges Fleisch kaufen müsse, so ziehe doch wohl Jeder das erstere vor.

Herr Asmann erwidert, daß man sich damals gegen die Einführung der Freibank ausgesprochen habe und es sich hier um eine bestehende Einrichtung handle. Da sich diese nun einmal nicht mehr aus der Welt schaffen lasse, so handle es sich darum, daß das Pferdefleisch wenigstens in genießbarem Zustande verabreicht werde. Auf die Schlachter brauche man nicht so viele Rücksicht zu nehmen, denn bei dem Baue des Schlachthauses habe man auch nicht gefragt, ob sie ein solches haben wollen. Das Kühlhaus müsse aber allen Schlachtern zu Gute kommen.

Die Versammlung nimmt darauf den Antrag Blasius und sodann die ganze Kühlhausordnung an.

#### VI. Antrag Böschig: Einsetzung einer Deputation für Submissionen etc.

Diesem in der letzten Sitzung eingebrachten und begründeten Antrage — Seite 18 des Berichts — hat der Herr Antragsteller noch folgende schriftliche und allen Stadtverordneten überwiesene Begründung beigegeben:

1. „In Erwägung, daß die seitens des Stadtbauamts alljährlich zur Ausführung kommenden Reparatur- und Ergänzungs-Bauten eine ansehnliche Summe (pro 1894 32000 M.) erreichen. 2. In Erwägung, daß alle diese Bauten nur nach freiem Ermessen des betr. Baubeamten vergeben bezw. ausgeführt und Gelder angewiesen werden. 3. In Erwägung, daß auch bei allen Neubauten die Verwendung der seitens der Stadtverordneten-Versammlung generell bewilligten Gelder lediglich dem Ermessen des städtischen Bauamts anheimgestellt ist. 4. Dem Stadtbauamte dadurch eine Machtstellung eingeräumt wird, die den betr. Baukünstlern selbst zum Schaden gereicht, insofern das vielköpfige Ungeheuer Publicum, beeinflusst durch einzelne bei Ertheilung von Aufträgen stets übergangene Lieferanten, Partei für letztere gegen Stadtbeamte nimmt, — ob mit Recht oder Unrecht sei hier unerörtert. 5. Die Stadtbaubeamten der Parteilichkeit verdächtigt worden sind, hierin Wandel zu schaffen, bezweckt der nachfolgende Antrag, dahingehend:

Die Versammlung wolle beschließen, aus der Zahl der Stadtverordneten eine Commission von 4 Personen zu ernennen, mit welcher der einen städtischen Bau ausführende Beamte (Oberleiter) vor Ber-

gebung der Arbeiten und vor Anschaffung der Baumaterialien und Arbeits- u. Geräthschaften, die im Einzelfalle einen Gesamtwert

a. bei Bauten einschl. Löhne von 2000 M,

b. bei Geräthen, Maschinen u. von 500 M

repräsentiren, sich zu benehmen hat, so zwar, daß die Commission, in welcher der betr. Baubeamte Stimmrecht ausübt, sich zunächst darüber schlüssig werden muß, ob die geplante Bauausführung, über welche die Stadtverordneten-Versammlung nicht befragt ist, nöthig und zweckentsprechend und Bewilligung der Geldmittel dazu angebracht erscheint, und welche Lieferanten u. überhaupt zur Abgabe einer Offerte aufzufordern sind.

Die Offerten selbst sind stets verschlossen bis zu einem bestimmten Termine bei dem Stadtbauamte einzureichen. In einer seitens des Commissions-Vorsitzenden zu berufenden Sitzung wird die Commission bestimmen, welche Offerten zu berücksichtigen sind und den betr. Baubeamten beauftragen, entsprechende Contrakte zu schließen. Den Vorsitz in dieser Commission führt ein Stadtverordneter; die Commission ist beschlußfähig, wenn drei Mitglieder und der betr. Beamte anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Im Wesentlichen hat sich die Commission auf die mercantile Seite zu beschränken, nicht aber soll es ihre Aufgabe sein, das rein künstlerische Streben des betr. Baubeamten zu beeinträchtigen, soweit dasselbe im Rahmen der bewilligten Mittel sich bewegt. Aus diesem Grunde würde bei der Wahl der Commissionsmitglieder in erster Linie Rücksicht darauf zu nehmen sein, daß dieselben:

a. nicht Baufachleute, sondern

b. Männer sind, die handelskundig und weder direct noch indirect an Geschäften der Baubranche theilhaft sind, oder mit denselben und deren Zunftgenossen enge Fühlung haben.

Auf diesen letzteren Punctus ist besonders Werth zu legen, damit der Commission resp. den Commissionsmitgliedern keine Parteilichkeit vorgeworfen werden kann. Eine derartig zusammengesetzte Commission wird, so eng die Grenzen von deren Befugnissen auch gezogen sind, dennoch dazu angethan sein, das Vertrauen in die absolute Unparteilichkeit der Stadtbaubehörde herzustellen, zur Freude des Bauhandwerks und nicht zum wenigsten der betr. Beamten selbst, die weniger exponirt dastehen werden. Die Grundsätze, nach denen vor Vergebung von Arbeiten und Beschaffung von Materialien u. (wenn möglich beides stets getrennt zu halten) verfahren werden soll, mögen in einer Geschäftsordnung, die die Commission

sich zu geben hat und welche der Genehmigung der Versammlung unterliegt, dargethan werden. Ich habe die Ueberzeugung, daß eine solche Einrichtung der Stadt so sehr zum Segen gereichen wird, daß ein Antrag auf Reconstruction der Commissionen für Gas- und Wasserwerk, sowie Canalbau aus der Mitte der Versammlung bald folgen wird. Dringend bitte ich, meinen Antrag anzunehmen."

Namens der Statutencommission berichtet Herr Wolff, daß die Commission die Zurückstellung des Antrages behufs Anstellung weiterer Ermittlungen empfehle und zwar um deswillen, weil in dem Antrage und namentlich seiner Begründung verschiedentlich eine Verdächtigung des betr. Baubeamten angedeutet und diesem auch Parteilichkeit vorgeworfen sei. Es erscheine zweckmäßig, die Berathung und Beschlußfassung über den Antrag erst dann vorzunehmen, wenn die über diese Dinge anzustellenden Ermittlungen abgeschlossen seien. Im Interesse des Antragstellers und der betr. Baubeamten sei es nothwendig, solche Ermittlungen zunächst vorzunehmen.

Herr Löschigt bittet, in eine Berathung des Antrages schon heute einzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß er abgelehnt werde. Die Begründung des Antrages sei, ebenso wie dieser selbst, durchaus sachlich abgefaßt und enthalte keinerlei Vorwürfe oder Verdächtigungen. Gerade weil in der Oeffentlichkeit solche Verdächtigungen ausgesprochen seien, habe er es für seine Pflicht gehalten, eine Anregung zu geben, um die Beamten dagegen zu schützen und zwar dadurch, daß man ihnen einen Theil der Last und Verantwortlichkeit abnehme. Wenn gegen den Stadtbaurath, welcher allein die Verantwortung für die umfangreichen Geschäfte des Stadtbauamtes und der städt. Bauverwaltung trage, in der Bürgerschaft gesprochen werde, trotzdem derselbe als ein Ehrenmann hoch dastehe, so habe die Versammlung die Pflicht, den Herrn in jeder Weise zu schützen. Eine andere Absicht habe ihm fern gelegen. Wenn auch in Hamburg die Commissionzwirtschaft zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt haben solle, so sei es doch immer besser, eine so große Verantwortung von zwei Schultern auf deren zehn zu legen. Auch der Magistrat fasse seine Beschlüsse in corpore und lege sie dann im gegebenen Falle noch der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung vor, hier aber verfüge ein Beamter über Millionen. Der Herr Stadtbaurath Winter könnte der Deputation neben dem betr. Bauleiter ebenfalls ständig als Mitglied angehören, wodurch alle Mißdentungen beseitigt würden. Durch die Einsetzung der Deputation würde zu dem Stadtbauamte eine ganz andere Zuversicht Platz greifen. Während man jetzt bei allen Sachen dieselben Lieferanten und Bauausführer finde, denke er sich nach Durchführung seines Antrages die Sache so, daß der Baubeamte der Deputation die in Frage kommenden Lieferanten vorschlage und diese sich darüber schlüssig werde, wer zu der Lieferung oder dem Baue aufgefördert werden

solle. Dann könne so leicht Niemand übergangen werden, während andererseits dem Baubeamten nicht ein Fota seines Rechtes geschmälert werde. Hietin liege also kein Mißtrauen, sondern geradezu eine Rehabilitirung des Beamten, weil er sich dann auf die Deputation zu stützen vermöge. Ohne einen Beamten auch nur im Geringssten verdächtigen zu wollen, müsse doch darauf hingewiesen werden, daß nicht nur jeder Stadtverordnete, sondern auch jeder Beamte der Kritik unterliege, und daß jeder Beamte sich gefallen lassen müsse, wenn die Geschäftsordnung für ihn einmal geändert werde. Da es in dieser Sache nicht viel zu untersuchen gebe, die Stadtverordneten sich auch schwer Gewißheit über solche Dinge verschaffen können, so bitte er um sofortige Annahme des Antrages.

Herr Wolff will darauf hinweisen, daß man hier vor einem Falle stehe, wie er in den parlamentarischen Verhältnissen der Versammlung noch nicht vorgekommen sei, daß nämlich bei einer als dauernd gedachten organisatorischen Einrichtung der Antragsteller wünsche, in eine sofortige Beschlußfassung zu treten, obwohl die Commission noch weitere Ermittlungen anstellen möchte, und dieselbe zu dem Antrage noch gar keine Stellung genommen habe. Auch stehe der heutige Vortrag des Herrn Böschigt im Widerspruche mit den in der Commission gegebenen Erklärungen. Die Commission halte sich aber für verpflichtet, eine genaue Untersuchung der vorgebrachten Sachen mit herbeizuführen. In der Commissionsitzung sei dem Antragsteller das Zeugniß ausgestellt, daß er im Interesse der Beamten vorgegangen sei, aber es stehe zu fürchten, daß derselbe heute in seinem Eifer über das Ziel bedeutend hinausgeschossen sei und er gut daran thun würde, dem Antrage der Commission zuzustimmen. Auf die Sache selbst einzugehen, sei er heute nicht in der Lage, denn die Commission habe beschlossen, zu beantragen, die Sache heute von der Tagesordnung abzusetzen und werde in solchem Falle sonst allgemein eine auf der Tagesordnung stehende Sache ohne weitere Verhandlung übergangen. Der hier vorliegende Antrag enthalte fast in jedem Satze eine unausführbare, höchst bedenkliche Maßnahme und trotzdem wolle der Antragsteller ohne weitere commissarische Vorberathung über denselben abstimmen lassen. An die Versammlung richte er die Bitte, die Debatte in der Sache selbst nicht weiter zu führen, sondern dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Der Herr Vorsitzende weist noch darauf hin, daß der Antrag auch seiner Form nach so wenig ausgearbeitet sei, um einer Durcharbeitung in der Commission zu bedürfen. Die Letztere beantrage daher, den Antrag in die Commission zurückzuverweisen. Dem Antragsteller habe er nur deshalb Gelegenheit gegeben, seinen Standpunkt zu vertreten, weil Herr Böschigt sich gegen diesen Beschluß der Commission verwahrt habe.

Herr Nieß muß sich für den Antrag der Commission schon wegen des Punktes 5 der schriftlichen Begründung aussprechen, damit festgestellt werden

könne, ob man den städtischen Baubeamten mit Recht Parteilichkeit vorzuwerfen habe und man ihnen als Strafe dafür einen Theil ihrer bisherigen Functionen abnehmen wolle. Die Commission müsse es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, gerade diesen Punkt festzustellen und Herr Böschigt werde dann in der Lage sein, seine Angaben weiter zu bekräftigen.

Herr Rathe bittet ebenfalls, dem Commissionsantrage zuzustimmen. Sollte indessen wider Erwarten der Antrag Böschigt angenommen werden, so müsse er beantragen, daß den Stadtverordneten Lieferungen und Arbeiten für die hiesige Stadtverwaltung nicht übertragen werden dürfen. (Zustimmung.)

Hierauf wird der Antrag der Commission angenommen.

### VII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Die Gesuche der Ehefrau des Kutschers Söchtig, des Zimmermanns Hardenberg, des Tischlers Hesse und der Wittve des Maurers Petermann um Freigabe eines Ziehundes werden genehmigt.

Gegen das Gesuch der letztgenannten Frau Petermann wendet Herr Bues ein, daß dieselbe Hundezüchterei treibe und man den Hundehandel doch nicht gut freilassen könne.

Herr Stadtrath Meyer würde es für zweckmäßig halten, der Frau mitzutheilen, daß sie in solchem Falle ferner nicht auf Steuerfreiheit rechnen könne.

Die Herren Rieke und Hauswaldt treten für die Freilassung der Genannten von der Hundesteuer ein, da dieselbe der Unterstützung bedürftig und würdig sei.

Die Freigabe wird darauf genehmigt.

Auch das Gesuch des Schuhmachermeisters Bormann, ihm die für einen am 4. März abgabepflichtig gewordenen Hund eingezahlte Steuer von 10 M auf das Jahr vom 1. April 1895/96 anzurechnen, wird angenommen, da der Genannte in dem Glauben gewesen ist, er habe die Steuer für ein volles Jahr und nicht für 28 Tage bezahlt.

### VIII. Einrichtung von Feuermeldestellen.

Die Versammlung hat in der Sitzung vom 29. November 1894 — Seite 186 des Berichts — dem Magistrate einen Credit von 4000 M verwilligt zur Aufstellung von zehn öffentlichen Feuermeldern. Um nun allen Einwohnern die Möglichkeit einer gesicherten und schnellen Feuermeldung zu gewähren, empfiehlt der Kreisbranddirector Weidlich, nicht 10, sondern 15 Meldestellen einzurichten. Da aber bereits zwei Feuermelder bestehen, so wären noch 13 Melder anzubringen und sind die Kosten dafür auf 5000 M veranschlagt. Der Magistrat ersucht, den Restbetrag von 1000 M noch nachzuverwilligen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Hauswaldt beantragen, die Nachverwilligung zu beschließen, zumal man sich wohl auch der Hoffnung hingeben dürfe, daß die Landesbrandcasse hierzu einen Zuschuß leisten werde.

Herr Wagner bittet ebenfalls, dem Antrage zuzustimmen, damit die Stadt Braunschweig dieser Wohlthat theilhaftig werde. In Bremen sei mit der Einrichtung noch das Anrufen der Sanitätswache verbunden, was außerordentlich zweckmäßig und segensreich sei.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### IX. Einsprachen gegen die Baulinie zc. der Casernenstraße.

Gegen die von den städtischen Behörden für die Ostseite der Casernenstraße zwischen Fasanen- und Bismarckstraße beschlossenen Bau- und Fluchtlinien sind Einsprachen erhoben und zwar:

- a. seitens des Kaufmanns Domeyer, der ersucht hat, die Baulinie bis auf 2 m an die festgestellte Fluchtlinie vorzurücken, oder aber die Fluchtlinie bis auf 2 m Entfernung von der Baulinie zurückzulegen;
- b. seitens des Schlachtermeisters Rappmund, der ersucht hat, seinen ganzen Vorgarten bis auf einen 2 m breiten Streifen einzuziehen.

Dem letzteren Antrage, der sich mit dem von Domeyer in zweiter Linie gestellten Antrage deckt, stattzugeben, erscheint dem Magistrate nicht thunlich, weil sonst bei der Höhe des Rappmund'schen Hofes eine Abtragung desselben und außerdem eine Aenderung am Sockel des Rappmund'schen Nebengebäudes mit einem Kostenaufwande von 4000 M erforderlich würde, die Kosten aber sehr wohl erspart werden können. Dagegen tritt der Magistrat dafür ein, dem ersten Domeyer'schen Antrage stattzugeben.

Dieser Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, angenommen.

#### X. Verlauf einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße.

Dem neu zu bebauenden Grundstücke des Victualienhändlers Harber, Wilhelmstraße 82, ist eine 9 m große Straßenfläche zuzulegen, welche derselbe zum Einheitspreise von 25 M zu erwerben beabsichtigt. Dem Antrage des Magistrates, diesen Verkauf zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Boller zu.

#### XI. Zugangsweg von der Reichenstraße zu der Markthalle.

Auf Wunsch der Versammlung hat der Magistrat auf die Schaffung eines Zugangsweges von der Reichenstraße nach der neu zu errichtenden Markthalle in der Weise Bedacht genommen, daß über das Grundstück des Klempnermeisters

Jahns ein 5 m breiter Fußweg gelegt wird. Der Eigenthümer des Grundstücks hat sich gegen Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 10 000 M bereit erklärt, einen solchen Zugang über sein Grundstück zu gestatten und dieses mit einer entsprechenden Servitut zu belasten. Herr Jahns hat ferner behufs Schaffung dieses Zugangsweges an der Südseite seines Grundstücks seine Hintergebäude bis spätestens den 1. Juli 1896 zu beseitigen, während die Kosten der Befestigung und Beleuchtung des Weges der Stadt zur Last fallen. Das Ersuchen des Magistrates, den Vertrag mit Jahns zu genehmigen,

wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, genehmigt.

## XII. Löhnung der Wärterinnen an den Bedürfnisanstalten.

In den beiden städtischen Bedürfnisanstalten sind seit ihrer Eröffnung zu Anfang des Jahres 1893 bis Ende März d. Jrs. an Einnahmen erzielt worden: auf dem Kohlmarke 925,45 M und auf dem Hagenmarke 1131,45 M, wogegen an Löhnen, für die beiden Wartefrauen 1229,60 M und 1187,20 M ausgegeben sind. Da hiernach die Einnahmen nicht einmal die Aufwendungen für Löhne gedeckt haben, so erscheint es dem Magistrate angezeigt, auf eine anderweite Einrichtung insofern Bedacht zu nehmen, als die aufkommenden Gebühren den Wärterinnen als Entschädigung belassen werden. Dem Ersuchen des Magistrates, diese Aenderung versuchsweise zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Hauswaldt, welcher für die Finanzcommission berichtet, zu.

## XIII. Ermäßigung der Pacht für das ehem. Jürgens'sche Grundstück.

Der Neubau der Markthalle bedingt die Niederlegung des Gärkellers und verschiedener alter Stall- und Wirthschaftsgebäude auf dem ehem. Jürgens'schen Grundstücke an der Wendenstraße, welches an den Restaurateur Steinbrück für jährlich 4300 M zum Zwecke des Betriebes einer Restauration und Ausspannwirtschaft verpachtet ist. Letztere muß aber aufhören, sobald die Stallgebäude niedergelegt sein werden. Der Gärkeller ist bereits im letzten Winter und die meisten anderen Gebäude sind im Laufe der letzten Monate durch Steinbrück miethfrei gemacht, während der Betrieb der Ausspannwirtschaft binnen kurzer Frist wird eingestellt werden müssen. Da durch die Einschränkung des Pachtobjectes, insbesondere auch durch das Aufhören der Ausspannwirtschaft eine Herabminderung des Pachtgeldes gerechtfertigt erscheint, so ersucht der Magistrat, dem mit Steinbrück getroffenen anderweiten Abkommen zuzustimmen. Hiernach wird der jährliche Pachtpreis von 4300 M ermäßigt: a. für die Zeit vom 1. December 1894 bis zum 1. April 1895 auf 4080 M, b. vom 1. April 1895 bis zum Aufhören der Aus-

spannwirthschaft, das auf Anfordern des Magistrates ohne Weiteres einzutreten hat, auf 3880 M. und c. vom Aufhören des Betriebes der Ausspannwirthschaft an auf 2500 M.

Die Finanzcommission findet nach dem Berichte des Herrn Seele die getroffenen Abmachungen angemessen und empfiehlt deren Genehmigung.

Herr Bues giebt anheim, das Abkommen nur bis zur Vollendung der Markthalle zu treffen, da sich dann ein höherer Pachtpreis erzielen lassen werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß nicht die Absicht bestehe, das Grundstück später noch weiter zu verpachten, sondern die Markthallen-Deputation dringend empfohlen habe, dasselbe dann zu verkaufen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

#### **XIV. Gesuch von Funke wegen Erlasses von Straßenkostenbeiträgen.**

Die in der Sitzung vom 28. März d. Js. (Seite 287 des Berichts) dem Magistrate zur Prüfung überwiesene Beschwerde des Maurermeisters Funke wegen Heranziehung zu den Kosten des Ausbaues des Königstieges erhält die Versammlung mit folgenden Bemerkungen zurück. Laut notariellen Vertrages vom 4. October 1889 hat der Maurermeister Funke von seinem an der Pflegehausstraße gelegenen Grundstücke eine 136 qm große Theilfläche zwecks Verbreiterung der Pflegehausstraße zum Einheitspreise von 8 M. mit der Maßgabe abgetreten, daß der Kaufpreis demnächst in und mit den Kosten des Ausbaues der Pflegehausstraße verrechnet werden solle. Auch hat Funke sich ausdrücklich verpflichtet, in Gemäßheit der bestehenden statutarischen Vorschriften zu den Straßenkosten Beiträge zu leisten und hat dieselbe auch Sicherheit bestellt. Auf dem Grundstücke sind inzwischen zwei Wohnhäuser errichtet worden. Für die Beantwortung der Frage, ob die Kosten für diese beiden Grundstücke jetzt einzuzahlen seien, kann nach der Ansicht des Magistrates weder der Umstand, daß in den Verträgen mit Funke nur von der Pflegehausstraße die Rede ist, noch auch der Umstand, daß die in Rede stehende Straßenstrecke früher Pflegehausstraße genannt ist, entscheidend sein. Die Entscheidung wird vielmehr abhängig sein davon, ob das fragliche Gesamtgrundstück an der jetzt im Ausbau begriffenen Straße, einerlei wie dieselbe genannt wird, liegt. Dieses trifft nur bezüglich einer 2,5 m großen Strecke der Grundstücksfront nicht zu, da diese als zu der noch nicht ausgebauten Pflegehausstraße, bezw. der westlichen Theilstrecke des jetzigen Königstieges gehörig angesehen werden kann. In Folge des Protestes von Funke beabsichtigt der Magistrat, diese 2,5 m lange Strecke für jetzt freizulassen und in Ansehung derselben erst demnächst den Beitrag zu den Kosten der noch nicht ausgebauten Straße einzufordern. Die übrige Front des Gesamtgrundstückes ist dagegen schon jetzt beitragspflichtig und die Einforderung des fraglichen Kostenbeitrages erscheint dringend geboten. Die Beitragspflicht



beruht außerdem auf einer Vorschrift des öffentlichen Rechts und ein Verzicht der Stadt auf den sich aus dieser Vorschrift für sie ergebenden Anspruch wird in den mit Funke früher aufgenommenen Protocollen auch nicht gefunden werden können. Der Magistrat ersucht daher die Versammlung, ihren von der hier vorgetragenen Ansicht etwa abweichenden Standpunkt zu kennzeichnen.

Wie Herr Wolff berichtet, ist die Statutencommission der Ansicht, daß über die Eingabe von Funke zur Tagesordnung überzugehen sei. Die Commission habe hierbei erwogen, daß der natürliche Tractus der Straße, an welcher die beiden Funke'schen Häuser liegen, als zum Königstieg gehörig betrachtet werden müsse, und die Stadt berechtigt sei, Straßenbaukosten für die in dem Tractus liegenden Strecken zu erheben. Da nun außerdem der Beschwerdeführer zu den Kosten des demnächstigen Ausbaues der Pflegehausstraße nicht beizutragen habe, so werde derselbe in keiner Weise geschädigt.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

#### XV. Straßeneisenbahn zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel.

Der hiesigen Straßenbahn-Gesellschaft ist die Ertheilung der Concession zum Bau und Betriebe einer Straßeneisenbahn zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel unter der Bedingung in Aussicht gestellt worden, daß die städtischen Behörden zu dem Unternehmen die Genehmigung ertheilen werden. Diese Genehmigung ist jedoch nur insofern erforderlich, als zu der fraglichen Anlage die Wolfenbüttlerstraße benutzt werden soll und diese auf der Strecke südlich von Richmond bis zum ehemaligen Augustthore seit dem 1. April in den Besitz der Stadt übergegangen ist. Wenngleich nun auf dieser Theilstrecke der neuen Bahn in gewissem Umfange nicht nur ein durchgehender, sondern auch ein sogenannter localer Verkehr stattfinden wird, so erscheint es dem Magistrate doch nicht zweckmäßig, aus diesem Grunde der Gesellschaft andere, als durch polizeiliche Rücksichten gebotene Bedingungen zu stellen und zwar umsoweniger, als anerkannt werden muß, daß die neue Anlage voraussichtlich für die hiesige Stadt nicht zu verkennende Vortheile im Gefolge haben wird. Aus diesen Gründen möchte insbesondere davon abgesehen sein, für die Stadt ein Recht der Entscheidung in Bezug auf die Tarifffrage in Anspruch zu nehmen, wobei noch zu bemerken ist, daß nach §. 6 des Entwurfes der Concessionsurkunde der Gesellschaft Tariffreiheit nur für die ersten zehn Jahre der Concessionsdauer zugesichert ist. Dagegen erscheint es dem Magistrate allerdings angezeigt, das neue Unternehmen nur unter der Bedingung zuzulassen, daß das specielle Project der neuen Bahn und zwar sowohl was den Bahnkörper, als auch was die Stromzuleitung, die Masten u. betrifft, der Genehmigung des Magistrates unterliegen solle, daß ferner der Stadt das Recht eingeräumt werde,

die Vornahme von Aenderungen der Bahnanlage auf Kosten der Gesellschaft zu fordern, soweit solche Aenderungen durch den Verkehr, oder eine Umgestaltung des Straßenkörpers nach der Ansicht des Magistrates bedingt erscheinen sollte. Ferner habe die Gesellschaft für die Unterhaltung des Straßenkörpers, soweit dieser für die neue Anlage in Anspruch genommen werde, in Gemäßheit der noch zu vereinbarenden näheren Bestimmungen aufzukommen, auch auf die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen für den Fall zu verzichten, daß wegen Ausführung von ober- oder unterirdischen Straßenbauarbeiten der Betrieb der Bahn zeitweilig eingestellt oder unterbrochen werden müsse. Außerdem habe die Gesellschaft für solche Ansprüche auf Entschädigung, die seitens dritter Personen aus Anlaß des Betriebes gegen die Stadt etwa sollten erhoben werden und endlich habe sie zur Sicherung der Stadtgemeinde eine Caution von entsprechender Höhe zu hinterlegen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Zulassung der Bahn unter den vorstehenden Bedingungen einverstanden zu erklären.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Finanzcommission Herr Hauswaldt: Die Gesellschaft beabsichtige, einen 10 bis 20 Minuten-Betrieb, je nach Bedarf, einzuführen und für die ganze Bahnstrecke vom Augustthore hier bis zum Herzogthore in Wolfenbüttel einen Fahrpreis von 60 S. für die Hin- und Rückfahrt, sowie von 40 S. für die einfache Fahrt zu erheben. Haltestellen sollen eingerichtet werden in Melverode, Weghaus und Lechlumer Holz, wobei aber nicht ausgeschlossen sei, daß auch an anderen Stellen ausgestiegen werden könne. Es solle in einer Geschwindigkeit von 400—500 m in der Minute gefahren werden und lasse sich die Strecke vom Augustthore bis zum Lechlumer Holze in 15 Minuten und die ganze Strecke bis zum Herzogthore in Wolfenbüttel in 23 Minuten durchfahren. Bei der hiesigen Bevölkerung habe es wohl allgemein Freude erweckt, daß diese hübsche Idee sich ihrer Ausführung nähere. Die Bahn solle in 14 Monaten zum Betriebe fertig sein. Die Finanzcommission sei mit den getroffenen Abmachungen wohl einverstanden, sie bitte indessen, noch die fernere Bedingung zu stellen, daß bei Erlaß des Betriebs-Reglements die Mitwirkung des Magistrates und der Stadtverordneten verlangt werde. Es sei nämlich zur Sprache gekommen, daß verschiedene Wünsche und Bedingungen der Stadtverwaltung sich nicht ganz deckten mit den getroffenen Vereinbarungen; so z. B. erscheine es nothwendig, die Fahrgeschwindigkeit auf städtischem Gebiete festzustellen und sie möglichst zu mäßigen. Die neue Bahnlinie werde vom Augustthore bis nach Richmond neben der bisherigen Straßenbahnlinie herlaufen. Die Finanzcommission empfehle, die Vorlage mit dem von ihr beantragten Zusätze anzunehmen.

Herr Rath e möchte ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Bahnlinie vom Augustthore ab neben dem jetzigen Gleise in den Sommerweg gelegt werde, damit der feste Weg für das andere Fuhrwerk reservirt bleibe.

Der Herr Vorsitzende will zur Erwägung verstellen, ob nicht eine gewisse Collision insofern stattfinden könne, als für die Concession der Pferdebahnstrecke vom Augustthore bis Richmond andere Bedingungen z. B. eine verschiedene Dauer bestehen, als man hier für die gleiche Strecke der neuen Straßenbahn zu schaffen beabsichtige.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann kein Bedenken darin finden, die beiden Strecken der Straßenbahn auf der verhältnißmäßig kurzen Trace nebeneinanderherlaufen zu lassen, zumal da beide Strecken denselben Eigenthümer haben. Auch in Bezug auf die Steuer würden die beiden Strecken nicht mit einander collidiren.

Herr Nieß möchte zu bedenken geben, daß der Stadt aus der Concessions-ertheilung insofern Schwierigkeiten zu erwachsen vermögen, als die jetzige Straßenbahn-Gesellschaft die erworbenen Rechte an einen anderen Unternehmer veräußern und hinterher gegen die Stadt klagbar werden könne, weil diese ein Concurrenz-unternehmen zugelassen habe. (Widerspruch.) Herr Lange habe schon schriftlich empfohlen, der Gesellschaft für die neue Strecke dieselben Bedingungen aufzuerlegen, welche sie für die bisherigen Strecken erhalten habe.

Herr Wolff hält dem gegenüber jede Möglichkeit für ausgeschlossen, daß sich Ansprüche daraus ableiten lassen.

Der Herr Vorsitzende ist im Zweifel, ob nicht doch eine Collision vorliegen könne. Die Concession für den innenstädtischen Betrieb würde früher erlöschen, als diejenige für den außenstädtischen Betrieb und so könnte die Stadt in die Zwangslage kommen, die Concession für den innenstädtischen Betrieb nur mit Ausschluß dieser Strecke demnächst anderweit vergeben zu können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß auch die Deputation diesen Gesichtspunkt ihrerseits geltend gemacht und den Magistrat ersucht habe, der Pferdebahn-Gesellschaft die nachgesuchte Concessionsverlängerung nicht um 10, sondern um 16 Jahre zu bewilligen, weil dann beide Concessionen dieselbe Dauer haben.

Der Herr Vorsitzende will sich hiermit befriedigt erklären.

Herr Hauswaldt würde es für richtiger halten, noch einen weiteren Passus in die Vereinbarung aufzunehmen, nach welchem der Stadt dieses Recht auch gesichert würde. Besser wäre es aber jedenfalls, die neue Concession so viel zu verkürzen, daß sie sich mit dem Endpunkte der alten Concession decke, als daß man diese entsprechend verlängere. Wenn demnächst wegen der Concessionsverlängerung für die Innenstadt verhandelt werden sollte, würde diese längere Concessionsdauer für die Stadt immer hinderlich sein.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diese Bedenken nicht theilen. Wenn es auch etwas für sich habe, beide Concessionszeiten mit einander in Einklang zu bringen, so sei hierbei doch von dem Hauptgesichtspunkte auszugehen, daß es sich um zwei vollständig von einander verschiedene Unternehmen handle, nämlich um die Straßenbahn für die hiesige Innenstadt und die Straßenbahn zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel, welche letztere nicht die Stadt, sondern der Staat concessionire. Die Stadt habe nur zuzustimmen, daß auf der ihr jetzt theilweise gehörenden Wolfenbüttlerstraße die Gleise verlegt werden dürfen. Wenn es nun auch formell zulässig sei, noch weitergehende Bedingungen seitens der Stadt zu stellen, so dürfe man hierin doch nicht zu weit gehen, weil sonst die Aufsichtsbehörde sagen könnte, es dürften solche Forderungen nicht gestellt werden.

Herr Blasius muß es auch für besser halten, daß beide Concessionen gleichzeitig ablaufen, damit die Stadt vollständig freie Hand behalte. Im Uebrigen siehe er der Vorlage sehr sympathisch gegenüber und halte es für gut, daß man dann die oberirdische Stromzuführung einmal genauer ansehen und beurtheilen könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will noch hervorheben, daß es die Stadt nicht in der Hand habe, die Concessionsdauer für die Strecke nach Wolfenbüttel einzuschränken, da dieses Sache der staatlichen Behörden sei. Wenn daher Werth auf eine gleiche Dauer der Concession für beide Unternehmen gelegt werde, müsse schon eine Verlängerung der Concession für die innenstädtischen Strecken erfolgen.

Herr Gbeling begrüßt den Bahnbau mit Freuden, bittet aber, bei der Genehmigung desselben recht vorsichtig zu sein. Man habe der Gesellschaft für die jetzigen Strecken schon eine garzulange Concessionsdauer bewilligt, welche von derselben gegen die Stadt ausgenutzt werden könne. Wenn jetzt die neue Anlage auf 50 Jahre concessionirt werde, so habe die Gesellschaft einen wesentlichen Theil der Stadtbahn auf sehr lange Zeit im Besitze und es lasse sich dann mit der Gesellschaft viel schwerer verhandeln, als wenn die Stadt vollständig frei dastehende. Die Straßenbahn-Gesellschaft könne dieses um so stärker ausnützen, als es der Stadt gar nicht möglich sei, mit anderen Gesellschaften in Verbindung zu treten. Auch seiner Ansicht nach würde es am besten sein, wenn die neue Concession ebenfalls mit dem Jahre 1929 abschöpfe, obwohl er einsehe, daß diese Zeit eigentlich zu kurz bemessen sei. Die in der hiesigen Bürgerschaft und der Presse öfter zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die Sache der elektrischen Straßenbahn für die Innenstadt von der Versammlung verschleppt würde, sei vollständig unzutreffend, denn es liege zu einer Hinausschiebung der Angelegenheit alle Ursache vor.

Herr Rathe giebt anheim, eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, nach welcher die Straßenbahn-Gesellschaft aus der Ertheilung der neuen Concession

keine Ansprüche auf Schädigung wegen Rechtsbeschränkung aus dem alten Vertrage herleiten könne.

Herr Nieß möchte anfragen, ob es nicht zulässig sei, die vom Magistrate vorgeschlagenen Punkte der Vereinbarung anzunehmen und gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, die hier gemachten Vorschläge zu prüfen und sie in einen neuen Punkt der Vereinbarung einzukleiden.

Herr Wolters will der Ansicht Ausdruck geben, daß etwaige Collisionen nur entstehen können, wenn auf der Wolfenbüttlerstraße nicht zwei Gleise neben einander herlaufen. Sobald die Vorschrift erlassen würde, auch für die Zukunft zwei Gleise neben einander herzuführen, würde sich eine Collision vermeiden lassen und könnten beide Strecken auch dieselbe Betriebsdauer haben. Mit der Versagung oder der Ertheilung der Genehmigung, den städtischen Verkehr auf den Fernverkehr überzuleiten, würde sich eine Collision für die Zukunft vermeiden lassen.

Herr Wolff betont noch besonders, daß die jetzige Straßenbahn-Gesellschaft keinen Anspruch daraus herleiten könne, wenn sie selbst die Concession für den Bau der elektrischen Bahn nach Wolfenbüttel erhalte. Niemand könne bei Veräufierungen mehr Rechte übertragen, als er selbst besessen habe.

Herr Günther ist der Ansicht, daß durch die Annahme des Nieß'schen Vorschlages nur wieder eine Verschleppung der Angelegenheit herbeigeführt würde. Die ganze Bürgerschaft sei schon jetzt unzufrieden über das bei dem Projecte der innenstädtischen Bahn eingeschlagene Verfahren und würde hierdurch noch unzufriedener werden. Es sei nothwendig, daß die Queerei in der Sache endlich einmal aufhöre. Vor einigen Wochen habe in den Zeitungen gestanden, daß die Commission sich in der Sache endlich geeinigt habe und gleich darauf sei die Hiobs-post gefolgt, es hätten sich einige Mitglieder wieder besonnen. Er halte es für nothwendig, daß die Versammlung mehr darüber erführe, wie die Sache eigentlich stände. Collisionen könnten seiner Meinung nach nur vorkommen, wenn auf der Wolfenbüttlerstraße nur ein Gleis für beide Bahnen benutzt werden sollte.

Der Herr Vorsitzende erläutert dem gegenüber, daß er derartige Collisionen nicht gemeint habe.

Herr Lbbecke meint, daß Ansprüche niemals erhoben werden könnten, wenn beide Bahnunternehmungen dasselbe Gleis in der Wolfenbüttlerstraße benutzten.

Herr Hauswaldt will noch daran erinnern, daß die Landesregierung bei der früheren Concessionirung der Firma Brandes & Co. die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft auf erhobene Beschwerde dahin beschieden habe, daß deren Concession hiermit nicht collidire, sofern die Wolfenbüttler Wagen bis Melverode nicht anhalten. (Widerspruch.)

Die Magistratsvorlage gelangt darauf mit dem Zusatzantrage der Finanz-commission zur Annahme.

Persönlich bemerkt Herr Nief, daß Herr Günther voraussichtlich nicht die Verhandlungen der Versammlung, oder die Berathungen der Commission mit dem Ausdruck „Queereien“ gemeint habe, sonst würde Redner den Herrn Vorsitzenden bitten, diesen wenig angenehmen Ausdruck zu rügen. Herr Günther habe auch sonst falsche Schlüsse gezogen, wenn er die in den Zeitungen erschienenen Eingefandts immer als Aeußerungen des Publicums ansehe, denn auch ein Pferdebahndirector könne solche Sachen einsenden, sodaß man sie nicht ohne Weiteres als Aeußerungen des Publicums anzuerkennen in der Lage sei. Im Uebrigen lasse er sich durch solche Artikel — ob sie nun im Volksfreunde, oder in der Landeszeitung stehen — nicht irre machen, die Interessen der Stadt wahrzunehmen und kümmernere er sich hierbei um nichts, als um seine Pflicht als Vertreter der Stadt.

#### XVI. Vertrag mit dem Kunstgärtner Mischbieter.

In Sachen, betr. Zwangsenteignung einer Theilfläche des Mischbieter'schen Grundstückes an der Pflegehausstraße war Termin zur Verlautbarung des vereinbarten Vertrages anberaumt. In diesem Termin wurde die Vorschrift im §. 6 des Vertragsentwurfes, betr. die Zahlung von Straßenkosten seitens des p. Mischbieter nachträglich mit dem Bemerken beanstandet, daß, wenn er einen Theil seines künftigen Gesamtgrundstückes veräußern und dieser im Falle seiner Bebauung kostenpflichtig würde, dadurch unmöglich auch die ganze, jetzt einstweilen kostenfrei bleibende Front seines Restgrundstückes kostenpflichtig werden könne. Der Magistrat muß anerkennen, daß der Eintritt dieser Folge bei der ziemlich langgestreckten Front des künftigen Gesamtgrundstückes mit Gärten verbunden sein würde und hat deshalb mit Mischbieter vereinbart, daß §. 6 des Entwurfs einen Zusatz des Inhalts bekomme, es solle diese letztere Bestimmung in dem Falle nicht Platz greifen, daß von dem künftigen Gesamtgrundstücke der westliche Theil mit einer straßenseitigen Front von höchstens 40 m und nach Osten zu begrenzt durch eine gerade und senkrecht auf die Straßengrenze fallende Linie veräußert werden sollte, wobei jedoch bemerkt werde, daß dieser Grundstücksheil im Falle der Bebauung in Ansehung seiner Front selbstverständlich kostenpflichtig werden würde. Der Antrag des Magistrates, dieser Ergänzung des Entwurfes zuzustimmen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Niefe berichtet, angenommen.

#### XVII. Erwerb von Theilflächen zur Eulenstraße.

Zur Regulirung der bereits vor mehreren Jahren ausgebauten Eulenstraße hat die Stadt noch einzelne Theilflächen der an der Nordseite der Straße gelegenen Grundstücke zu erwerben. Die Anlieger forderten für das abzutretende Terrain anfänglich 30 M pro qm, haben diese Forderung jedoch, abgesehen von dem Kauf-

mann Deppe, welcher eine Fläche von 3 qm abzutreten hat, dem Gutachten von drei unbetheiligten Schägern gemäß auf 18 M pro qm ermäßigt. Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden, daß den Anliegern ein Einheitspreis von 18 M, und für das unmittelbar an die Cellerstraße stoßende Harms'sche Grundstück, von welchem eine 28 qm große Theilfläche abzuschneiden ist, ein Einheitspreis von 25 M zugestanden wird, wogegen die 3 qm große Theilfläche des Deppe'schen Grundstückes bis zur Neubebauung desselben dem Eigenthümer belassen bleiben kann. Die Versammlung wird ersucht, diesen Vorschlägen zuzustimmen, was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

### XVIII. Anlage eines Kühlers auf dem neuen Gaswerke.

Es hat sich herausgestellt, daß das Gas mittelst der vorhandenen Kühler nicht genügend gekühlt wird und sich erst im Rohrneße bei der niedrigen Erdtemperatur abkühlt. An dieser Stelle treten dann Naphthalinausscheidungen auf, welche für den Beleuchtungsbetrieb äußerst lästig werden, indem sie die Laternen- und Zuleitungsröhren nach den Häusern verstopfen und sich schwer wieder beseitigen lassen. Auf Antrag der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke empfiehlt daher der Magistrat, für die Anlage eines geeigneten Kühlers eine Summe von 6300 M zu verwilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß, nachdem Herr Löbbecke denselben namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

### XIX. Erwerb von Theilflächen zur Heinrichstraße.

Zum Zwecke der Canalisation der Heinrichstraße müssen von den an deren Südseite gelegenen Grundstücken verschiedene Theilflächen erworben werden. Hierzu ist Folgendes zu bemerken: 1) Von dem dem Kreiszimmermeister Seebecke in Fridenmühle gehörigen Grundstücke sind im Ganzen 4 a zu erwerben, von welcher Fläche 177 qm in die künftige Ringstraße fallen. Diese Fläche hat der Magistrat für 10 M pro qm erworben, während der Rest zu 223 qm für den Einheitspreis von 8 M angekauft ist. Wenn auch dieser Preis dem Magistrate reichlich hoch erscheint, so bleibt doch nichts weiter übrig, als denselben zu bewilligen, weil die Fläche wegen der Canalisationsarbeiten schon in nächster Zeit in Besitz genommen werden muß. — 2) Die von den angrenzenden Plänen M. 180—188 abzutretenden Flächen zu insgesammt 11 a 92 qm sind zum Preise von 6 M pro qm angekauft und ist gleichzeitig den Eigenthümern eine 21 a 42 qm große Theilfläche des der

Stadt gehörigen Planes *Nr.* 179, sowie eine 1,60 a große Fläche des Plans *Nr.* 178 zum gleichen Einheitspreise verkauft. — 3) Die von den Plänen *Nr.* 172, 173 und 175 a abzutretenden Theilflächen von zusammen 655 qm will der Eigenthümer Meyer der Stadt zum Einheitspreise von 6 *M* überlassen, ebenso fordern die Reuter'schen Erben für die von dem Plane *Nr.* 171 abzutretende 229 qm große Fläche denselben Einheitspreis. Auf diese Forderungen bittet der Magistrat einzugehen, während behufs Erlangung der vom Plane *Nr.* 174 abzutretenden 235 qm großen Theilfläche, für welche ohne genügenden Grund 8 *M* pro qm gefordert werden, die Zwangsenteignung zu beantragen anheimgegeben wird. Der Magistrat ersucht, in dieser Richtung zu beschließen.

Wie Herr Nieß berichtet, hat sich die Baucommissiön mit dieser Vorlage eingehend beschäftigt und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Ebeling will gegen den Erwerb selbst nichts einwenden, möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß die geforderten Preise horrible zu nennen seien. Die betr. Flächen repräsentirten noch nicht die Hälfte des beanspruchten Preises an wirthschaftlichem Werthe, auch seien die Grundstücke dort so tief, daß nur Hinterland fortgegeben werde. Wenn man sich hier theilweise auf einen Einheitspreis von 8 *M* steife, so finde er solches unbegreiflich und sei es nicht schön, sich bei einer derartigen Gelegenheit auf Kosten der Allgemeinheit bereichern zu wollen. (Zustimmung.)

Die Vorlage wird angenommen.

## XX. Aufnahme eines Processes.

Seitens des Maurermeisters Bernfeld ist gegen die Stadtgemeinde eine Klage erhoben worden, mittelst deren die Rückzahlung von 3258 *M* Straßenkosten gefordert wird. Der Magistrat muß diese Klage für vollständig unbegründet erachten und hat den gleichen Standpunkt auch das Herzogliche Staats-Ministerium bei Zurückweisung der Beschwerde des Klägers in derselben Angelegenheit eingenommen. Dem Ersuchen des Magistrates, ihm die Ermächtigung zur Aufnahme des Processes zu ertheilen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Statutencommissiön, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

## XXI. Fortfall der Auslegung der Steuerlisten.

Durch das Gesetz *Nr.* 29 vom 1. April 1895 ist denjenigen Gemeinden, in denen die Steuerpflichtigen mit einem bestimmten Geringsteinkommen zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, die Ermächtigung ertheilt worden, durch Statut die Bestimmung zu treffen, daß die Auslegung der Steuerlisten zu unterbleiben habe. Der Magistrat hält im Hinblick auf die bekannten Verhältnisse, zu



deren hier nach Einführung der Selbstschätzung die Listenauslegung geführt hat, dafür, daß seitens der hiesigen Stadtverwaltung von dieser gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch zu machen sei und richtet daher an die Versammlung das Ersuchen, zum Erlaß eines entsprechenden Statuts die Zustimmung zu erteilen.

Herr Wolff giebt unter Bezugnahme auf die früher hierüber gepflogenen Erörterungen namens der Statutencommission anheim, dem Erlaß des Statutes zuzustimmen,  
was geschieht.

## XXII. Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, dem Braunschweiger Bezirksverein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten für das Jahr 1895 einen Zuschuß von 300 M aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu verwilligen“,

wird von Herrn Blasius damit begründet, daß die Stadt an Vereine, welche bestrebt seien, die Gesundheit der heranwachsenden Jugend zu kräftigen, schon mehrfach Zuschüsse verwilligt habe. Dieser Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten habe nun das Bestreben, speciell solche Kinder, welche skrophulös seien und gewisse Dispositionen für Lungentuberculose zeigen, an der Seeküste zu verpflegen und deren Gesundheit zu kräftigen. Alle Aerzte seien aber darin einig, daß der einzige wirksame Kampf gegen die Krankheit darin bestehe, den Organismus zu kräftigen, um ihn widerstandsfähiger gegen die Tuberkelbacillen zu machen. Bei dem kindlichen Alter sei aber der Kampf gegen diese Krankheiten von bedeutend wirksamerer Kraft, als wenn man damit bis zu dem höheren Lebensalter warte; deshalb habe der Verein eine große nationalöconomische Bedeutung. Von dem hiesigen Bezirksvereine sei bereits eine sehr schöne Thätigkeit entwickelt worden, indem er im ersten Jahre 6, dann 20 und im Jahre 1894 sogar schon 33 Kinder nach Norderney u. s. w. verschickt habe. Diesen Verein zu unterstützen, liege auch im Interesse der Stadt selbst und bitte er um wohlwollende Behandlung des Antrages.

Der Antrag wird genügend unterstützt der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## XXIII. Antrag Müller: Eisenbahnverbindung mit dem Harze.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, dahin zu wirken, daß dem Harzzuge, Sonntag Nachmittag 1.23 Uhr vom 1. Juni

d. S. ab eine gleiche Fahrpreismäßigung gewährt werde, wie dem Sonntags-Sonder-Frühzuge 6.<sup>58</sup> Uhr; ferner, daß der Sonntagszug 5.<sup>31</sup> Uhr Morgens Anschluß nach Harzburg bekomme und für beide Frühzüge die Fahrpreismäßigung nach Harzburg und Ilsenburg in Anwendung komme."

Zur Begründung führt Herr Müller etwa Folgendes aus: Wenn über die Bahnverhältnisse gesprochen werde, entstehe in Braunschweig immer ein gewisses Grufeln. Man sei seit Jahren daran gewöhnt, in Bahnangelegenheiten stets mehr oder weniger hintangestellt zu werden und man habe nach und nach ein Stück nach dem andern von dem Eisenbahn-Verwaltungskörper hergeben müssen, bis man auf eine gewöhnliche Betriebsinspektion zurückgekommen sei. Etwas Niedrigeres gebe es aber nicht. Von der hiesigen Handelskammer sei nun die Königliche Eisenbahn-Direction in Magdeburg in einem Gesuche gebeten worden, dem Mittagszuge nach Harzburg am Sonntage die gleiche Fahrpreismäßigung wie dem Sonntags-Frühzuge um 6.<sup>58</sup> Uhr zu Theil werden zu lassen. Darauf sei folgende Antwort erfolgt: „Auf das gefällige Schreiben vom 21. d. Mts. erwidern wir ergebenst, daß wir dem Antrage, die im Preise ermäßigten Sonderzugskarten nach Harzburg auch zu dem Mittags-Personenzuge um 1.<sup>28</sup> Uhr verausgaben zu lassen, nicht zu entsprechen vermögen. Täger.“ Kürzer hätte diese Antwort wohl nicht abgefaßt werden können. Wenn sonst Jemand einen Wunsch ausspreche, so pflege man doch wohl die Gründe anzugeben, welche eventuell zur Ablehnung zwingen, und sei auch die Handelskammer berechtigt gewesen, dieses zu erwarten. Man wisse wirklich nicht, welcher Grund vorliege, daß Braunschweig anderen Städten gegenüber hinsichtlich der Begünstigungen im Harzreiseverkehre zurückstehen solle. Die Städte Magdeburg, Hannover und Berlin seien Braunschweig in dieser Beziehung weit voraus und genießen den schönen Harz schon seit Jahren für ein ganz billiges Fahrgeld. Von Magdeburg bezahle man z. B. für die 103 km lange Strecke nach Harzburg im Sonntags-Sonderzuge 2,25 M., nach Thale (86 km), nach Ilsenburg (91,5 km) und nach Blankenburg (71,8 km) je 2 M., während der Braunschweiger für die nur 44,9 km lange Strecke nach Harzburg 1,80 M. bezahlen müsse. Das sei nicht recht, denn die Braunschweiger seien ebenfogute Deutsche wie die Magdeburger und die Berliner und müßten mit demselben Maße gemessen werden. Die Bahnverwaltung würde sich bei dieser Preismäßigung sicher nicht schlecht stehen, weil sich dann ein viel stärkerer Verkehr entwickeln würde. Sollte hierzu ein größerer Wagenpark nöthig sein, so möge man solchen beschaffen. Auf die Entgegnung, daß man denselben nicht für einen Tag in der Woche herstellen könne, lasse sich erwidern, daß die Fahrpreise für alle Tage ermäßigt werden möchten, dann werde sich der Verkehr auch an den Wochentagen heben. Er bitte um

Unterstützung und sofortige Berathung dieses im Interesse der ganzen Bürgerschaft liegenden Antrages.

Der Antrag findet ausreichende Unterstützung, auch werden gegen dessen sofortige Berathung Einwendungen nicht erhoben.

Herr Meyerhoff begrüßt den Antrag mit Freuden und wünscht ihm den weitesten Erfolg. Bei dieser Gelegenheit möchte er noch darauf hinweisen, daß die preussische Eisenbahn-Verwaltung bestrebt sei, den Bürger Braunschweigs an seine Scholle zu fesseln. Während die Stadtverwaltung Alles gethan habe, um ihren Einwohnern das Querumer Holz näherzurücken und jetzt dort auch in dem Walddaupe eine großartige, schöne Anlage geschaffen sei, verfüge die Eisenbahn-Verwaltung, daß der Zug um 3 Uhr nach Querum auf 1.30 Uhr verlegt und dadurch im Allgemeinen unbenutzbar werde. Demnach scheine die preussische Eisenbahn-Verwaltung das Bestreben zu haben, die Bürger Braunschweigs zu Hause zurückzuhalten, um sie zu veranlassen, dort vielleicht zu beten, oder sonstige schöne Dinge zu treiben, denn anders könne man sich dieses Verhalten nicht erklären. Möglicherweise halte sie es auch für einen Fehler, wenn auf dem Bahnhofe ein Massendrang stattfindet. Die kurze Antwort an die Handelskammer lasse tief blicken, und müsse gegen solche Behandlung einmal ganz energisch Protest erhoben werden.

Herr Bues will noch bemerken, daß man selbst in Hamburg Billets nach dem Harze erhalte, welche ebenso billig seien, wie die Billets nach Braunschweig, obwohl man auf Grund derselben über Braunschweig fahren könne. Vielleicht arbeite aber die Bahnverwaltung mit der hiesigen Polizeiverwaltung im Einvernehmen, denn Letztere sorge dafür, daß die Fremden nicht nach Braunschweig kommen und die Eisenbahnverwaltung, daß die Braunschweiger nicht in die Fremde kommen. (Heiterkeit.)

Die Versammlung nimmt darauf den Antrag an.

#### XXIV. Antrag Müller: Ueberführung der Helmstedterstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Herzoglichem Staats-Ministerium zu beantragen, daß die von der königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg seit langer Zeit geplante Ueberführung der Helmstedterstraße an dem gefährvollen, verkehrhemmenden Bahnübergange schleunigst zur Ausführung gebracht werde.“

Wie Herr Müller zur Begründung ausführt, solle nach den ihm gewordenen Mittheilungen vorläufig nicht daran zu denken sein, die dringende Aenderung an jener Stelle zu bekommen, obwohl deren Verhältnisse unhaltbare

genannt werden müßten. Man habe bei dem dort herrschenden Riesenverkehre auch schon verschiedene Unfälle zu verzeichnen, die einen sehr schlimmen Verlauf hätten nehmen können, und erinnere er nur an die äußerst gefährdete Fahrt der Landtagsabgeordneten, an die Entgleisung eines Pferdebahnwagens, der nur mit knapper Noth unter thätiger Mitwirkung seiner Insassen noch rechtzeitig von dem Gleise entfernt sei, auch habe vor einiger Zeit ein Schnellzug einen Ackerwagen gestreift, und solle außerdem ein städtischer Beamter dort durch den Gishorner Zug in Gefahr gebracht sein. Andererseits herrsche an jener Stelle ein äußerst lebhafter Wagenverkehr, so der Leichentransport nach dem Centralfriedhofe, der äußerst starke An- und Abfuhrverkehr nach und von dem Ostbahnhofe, sowie der bedeutende Landverkehr.

Es erscheine demnach dringend nothwendig, den Uebelstand zu beseitigen und die Königl. Eisenbahn-Direction hiervon zu überzeugen, ehe es zu spät sei. Er bitte, den Antrag wohlwollend aufzunehmen und kräftigst zu unterstützen und hoffe, daß auch der Magistrat sich denselben zu eigen mache.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung.

Herr Oberbürgermeister Pockels will seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die Verhandlungen wegen Ueberführung der Bahnstrecke an der Helmstedterstraße nach den Mittheilungen des Vorredners eingeschlafen sein sollen, da doch die preussischen Behörden mit dem Magistrate in dieser Sache neuerdings öfter verhandelt und sie dabei immer als dringlich bezeichnet hätten. Seiner Kenntniß nach seien die Verhandlungen wegen der Ueberführung im vollen Gange und scheine Herr Müller falsch unterrichtet zu sein.

Herr Müller erwidert, daß ihm von einem Mitgliede der Versammlung erzählt sei, der Herr Oberbürgermeister habe in der Finanzcommission die Erklärung abgegeben, die Sache sei eingeschlafen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann darauf nur erklären, daß ihm eine derartige Aeußerung gar nicht in den Sinn gekommen sei und Herr Müller seinen Antrag eingebracht habe, ohne vorher dem Magistrate Gelegenheit gegeben zu haben, sich darüber zu äußern. Zweckmäßiger würde es gewesen sein, wenn der Antragsteller sich vor der Einbringung mit dem Magistrate ins Benehmen gesetzt hätte.

Herr Lord erklärt, Herrn Müller als Auskunftsperson gedient zu haben. Letzterer sei mit dem fertigen Antrage zu ihm gekommen und da habe er demselben erwidert, daß der Herr Oberbürgermeister erklärt hätte, von dem Hinwegnehmen der Erde des Central-Friedhofes könne keine Rede sein, sodaß also auch die Exhumirung der Leiche des Dr. Buerstenbinder nicht stattzufinden habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt dazu, es sei ursprünglich eine Linie tracirt gewesen, die den Central-Friedhof in ziemlich starker Weise beschnitten habe, und hiergegen habe sich der Magistrat ausgesprochen, zumal auch der

Erwerb des Areals der Eisenbahn-Verwaltung viel zu theuer zu stehen kommen würde. Nachträglich habe man dann eine Trace gewählt, welche nur einen kurzen Zwickel vom Friedhofe fortnehme.

Der Antrag wird nach diesen Erklärungen zurückgezogen.

## XXV. Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, das Firmenschilderwesen in hiesiger Stadt in der Weise zu ordnen, daß die bestehenden Mißstände beseitigt werden, sowie diese Angelegenheit einer Commission zu überweisen“, bemerkt Herr Bührmann, daß er als Vorsitzender des Ausschusses gegen den unlautern Wettbewerb Einblick in manche hiesigen Geschäfte gehabt und dabei gefunden habe, daß verschiedene Auswüchse zu beseitigen seien. Die Stadtverwaltung besitze aber das Recht, gleich einer Reihe anderer Städte, hiergegen entsprechende Bestimmungen zu erlassen. Es handle sich dabei um die Verschiebung von Firmen, um Uebertragung derselben auf die Frauen, ohne hierbei den vollen Vornamen der Frau zu nennen, ferner um unbestimmte Firmen, wie: „Mechanische Weberei“, „Elsässer Weberei“ u. dgl. m. Bei Verwendung solcher Firmen müßte den Inhabern mindestens aufgegeben werden, ihren Namen mit zu nennen. Sodann gebe es noch eine Anzahl Firmenschilder, auf welchen verschiedene andere Städte mit Zweigggeschäften genannt seien, ohne daß diese Angaben auf Wahrheit beruhen. Auch finde man häufig die Bezeichnung „Fabrik“, obwohl von der Firma nicht ein einziges Stück fabrizirt werde. Er bitte um Unterstützung des Antrages, welche demselben auch genügend zu Theil wird.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß der Antrag theilweise in das polizeiliche Gebiet gehöre, theilweise aber auch staatsrechtlichen Bedenken unterliege, da nur der Gesetzgeber solche Mißstände zu beseitigen in der Lage sei.

Nachdem Herr Bührmann dazu noch bemerkt hatte, daß die Polizeiverwaltung in Berlin schon verschiedentlich in dieser Sache ohne weitere gesetzliche Bestimmungen eingegriffen habe,

wird der Antrag der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## XXVI. Antrag Rathe: Stiftung von Stipendien für die techn. Hochschule.

Herr Rathe hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, der Herzoglichen technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina aus den zur Disposition stehenden Mitteln anläßlich des Anfang Juli d. Js. stattfindenden 150jährigen Stiftungstages zwei Stipendien à 300 M. jährlich, oder

ein Capital von 18 000 M als städtischen Stipendiefonds zu genehmigen und zu überweisen, mit der Bestimmung, daß diese Stipendien in erster Linie an Studirende aus hiesiger Stadt und, falls solche Bewerber fehlen sollten, an andere hier Studirende vergeben werden. Sind Bewerber überhaupt nicht vorhanden, so soll im ersten Falle aus den jährlichen Stipendien ein Fonds gebildet werden, oder im anderen Falle sollen die Zinsen mit zum Capitale geschlagen werden.“

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß ihm das Gefühl gekommen sei, es werde von der Stadt zu dem Stiftungstage recht wenig gethan, so daß es ihm nothwendig erscheine, der Hochschule zu beweisen, wie hoch man sie schätze. Die Hochschule besitze eine große Bedeutung für die Stadt, es werde durch sie recht viel Geld ausgegeben, sie verkünde den Ruf der Stadt auch nach Außen und knüpfe manche Geschäftsverbindungen an. Dazu trete noch der Umstand, daß man sich dort über industrielle Sachen leicht belehren lassen könne. Das von ihm in Aussicht genommene Stipendium solle dazu dienen, unbemittelten Braunschweiger Söhnen das Studium zu ermöglichen und werde von den Empfängern vielleicht Mancher der Stadt dieses später bestens vergelten können. Andere Städte müßten auch zu schätzen, was eine Hochschule werth sei, denn Würzburg habe f. B. 20 000 M zur Abhaltung des Stiftungsfestes gegeben, Hannover habe einen Commers für 1000 Personen gegeben, Darmstadt habe die vollständige Einrichtung des elektrotechnischen Instituts übernommen und trage die Betriebskosten mit jährlich 6000 M. Legthin habe es auch einen Bauplatz im Werthe von einer Million Mark hergegeben und dazu noch 50 000 M als Zuschuß zu den Baukosten geleistet. Da nun sehr wenige Stipendien hier vorhanden seien, so empfehle es sich, der Anstalt in dieser Richtung das Wohlwollen der Stadt zu zeigen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission überwiesen.

Damit schließt die Sitzung.

Dauer von 4 bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. Juni 1895.

#### Tagesordnung:

I. Aufnahme einer städtischen Anleihe . . . . .	Seite 52
II. Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Catharinenstraße . . . . .	" 57
III. Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen . . . . .	" 58
IV. Antrag Kathe: Stiftung von Stipendien für die techn. Hochschule . . . . .	" 59
V. Uebernahme verschiedener Straßen . . . . .	" 61
VI. Entwässerung und Instandsetzung des Neustadt-Rathhauses . . . . .	" 61
VII. Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Gertrudenstraße . . . . .	" 61
VIII. Ermiethung von Räumen zu Dienstzwecken der städt. Bauverwaltung . . . . .	" 61
IX. Theilnahme am 12. braunschweigischen Städtetage . . . . .	" 62
X. Entschädigung an den Canalbaufonds für die vorm. Reinigungsstation . . . . .	" 62
XI. Abführung eines Ueberschusses aus der Hundesteuercasse an die Cämmereicasse . . . . .	" 63
XII. Aufnahme einer von der Sophienstraße abzweigenden Straße in den Ortsbauplan zc. . . . .	" 63
XIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	" 64
XIV. Aufnahme eines Straßenzuges an der Maschstraße in den Ortsbauplan . . . . .	" 64
XV. Erwerb einer Straßenfläche zum Madamenwege . . . . .	" 64
XVI. Erwerb einer Straßenfläche zur verl. Baumelsburgerstraße . . . . .	" 64
XVII. Erwerb einer Straßenfläche zur Petristraße . . . . .	" 64

XVIII. Aenderung der Ordnung für die Verwaltung des Straßenreinigungswesens . . . . .	Seite 65
XIX. Feststellung einer Bau- und Fluchtlinie für den oberen Theil der Helmstedterstraße . . . . .	" 65
XX. Verkauf von Flächen am Burgplatze . . . . .	" 66
XXI. Aufnahme einer Verbindungsstraße an der Carlstraße in den Ortsbauplan . . . . .	" 67
XXII. Antrag der Finanzcommission: Begebung der Prioritäten der Kaiser Ferdinands-Nordbahn . . . . .	" 68

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und Sievers.

Entschuldigt die Herren Blasius, Brückmann, Rudeloff und Wolterz; später erscheint Herr Günther.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst das zum ersten Male in der Versammlung erschienene neue Mitglied, Herrn Fabrikant Schmidt, willkommen.

Eingegangen ist von einem Herrn Engelle eine Nummer der „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit einem instructiven Artikel über elektrische Straßenbahnen, welche ausgelegt wird.

### I. Aufnahme einer städtischen Anleihe.

Der Magistrat giebt der Versammlung eine Uebersicht über diejenigen Summen, welche noch zur Erfüllung der bereits beschlossenen und in der Ausführung begriffenen außerordentlichen Zwecke zu beschaffen sind, wie auch über solche außerordentlichen Aufwendungen, welche in absehbarer Zeit nothwendig, oder im Interesse der Wohlfahrt und Entwicklung der Stadt dringend wünschenswerth sein dürften. Die Uebersicht enthält folgende Ausgabeposten:

a. Deckung der aus dem Rechnungs=Abschlusse sich ergebenden Mehrausgabe . . . . .	449 166,12 M
b. Stadthausbau . . . . .	1 539 245,68 "
c. Markthalle . . . . .	367 000,00 "
d. Umbau der vormaligen Caserne am Monumentplatz zu einem Museum . . . . .	190 000,00 "
e. Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . .	385 000,00 "
f. Krankenhaus=Neubau . . . . .	450 000,00 "
g. Anlage einer elektrischen Centrale . . . . .	800 000,00 "

Seitenbetrag 4 180 411,80 M



	Uebertrag	4 180 411,80 M
h. Straßen-Neubauten, unter Absetzung derjenigen Beiträge, die zu deren Kosten von den Anliegern u. nach dem diesjährigen Stadthaushaltsplane, sowie später in absehbarer Zeit zu leisten sein dürften, sowie Regulierung von alten Straßen . . . . .		600 000,00 "
i. Tilgung der mit mehr als 3½ % verzinslichen Stadtschulden, soweit nicht der Kreis-Communal-Verband Gläubiger ist . . . . .		253 500,00 "
k. Abtragung der vom Waisenhaus B. M. V. aus Grundstückskäufen schuldigen Forderungen von 114 730 M + 113 880 M . . . . .		228 610,00 "
l. Fertigstellung des Mieselguts . . . . .		1 012 200,00 "
m. Vollendung des Canalnezes . . . . .		700 000,00 "
n. Einrichtung des erweiterten Bürgerparks . . . . .		181 919,94 "
o. Anlage einer Trinkwasserleitung . . . . .		400 000,00 "
p. Kühlhausbau, unter Verwendung des Reservefonds des Schlachthaus zu 90 000 M . . . . .		382 870,00 "
	Insgesamt	7 939 511,74 M.

Zur Deckung dieses Geldbedarfs würden die nachstehend aufgeführten Mittel in Aussicht genommen werden können :

- 1) von der mit der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalt über 3 Millionen Mark contrahirten Anleihe sind bislang 2934 000 M erhoben, mithin noch verfügbar . . . . . 66 000,00 M
- 2) diejenigen Vorschüsse, die aus den Vorräthen der Cämmereicasse dem Schlachthaus mit rund 250 500 M und dem Canalbaufonds mit rund 782 000 M gewährt worden und in dem Bedarfe für diese Anlagen mitenthalten sind, kommen zur Rückerstattung; davon gehen aber diejenigen 300 000 M ab, die die Cämmerei-Casse ihrerseits zur Beschaffung dieser Vorschufsmittel vorgeliehen hat . . . . . 732 500,00 "
- 3) das für Bau- und Einrichtungszwecke des Pflegehauses mit 19 556 M und der Gewerbeschule mit 61 820 M zurückgestellte, sowie das der Stadt zu gewerblichen Zwecken angefallene Vermögen vormaliger Innungen mit 23 870 M 105 246,00 "
- 4) im Laufe der nächsten Jahre sind die nachstehenden nicht

Seitenbetrag 903 746,00 M

	Uebertrag	903 746,00 M
zum Stammvermögen der Stadt gehörenden bezw. durch Neuanlagen ersetzten Tagwerthe zur Realisirung zu bringen:		
a. die Restflächen des vormaligen Husaren-Etablissements, insoweit dieselben nicht zu städtischen Zwecken dienen sollen (mit Einschluß der im extraordinären Etat der Cämmerei-Casse pro 1895/96 vorgesehenen Einnahme)	400 000,00	"
b. das jetzige Stadthaus nebst zugehörigem Anbau . .	170 200,00	"
c. das Standesamtsgebäude . . . . .	35 000,00	"
d. das f. g. alte Armenhaus . . . . .	48 000,00	"
e. das vormalige Stadt-Cassengebäude . . . . .	35 000,00	"
f. die Häuser sub Nris. ass. 12 und 13 in der kl. Burg	47 000,00	"
g. die beim Neuen Stadthause verfügbar bleibenden Grundflächen an der Ecke des Wohlwegs und im Langenhof. . . . .	150 000,00	"
h. das Gebäude N. ass. 1987/88 an der Catharinentirche	20 000,00	"
i. die verfügbaren Restflächen von zu Straßenanlagen angekauften Grundstücken . . . . .	161 600,00	"
5) sonstige eigene Einnahmen für außerordentliche Zwecke, im Besonderen die Gewinne des Gaswerks und des Wasser- werks, insoweit dieselben nicht für den Neubau von Bürgerschulen in Anspruch genommen werden müssen; für eine fünfjährige Periode angenommen zu . . . .	200 000,00	"
6) der Staat wird sich, wie wir annehmen, damit einver- standen erklären, daß an Stelle des Taxpreises für das Klostergut Steinhof-Hülperode eine billig mäßige Rente constituirt, event daß der Taxpreis, längerzeitig unkündbar, am Gute stehen bleibe; angenommen zu . . . . .	500 000,00	"
7) der hiernach zu . . . . .	5 258 965,74	"
sich berechnende Bedarf	wie oben:	7 939 511,74 M.
wird im Wege des Credits zu decken sein.		

Der Magistrat beziffert hiernach den durch eine Anleihe zu beschaffenden Geldbedarf auf rund fünf Millionen Mark und geht davon aus, daß diese Anleihe behuf Sicherung einer festen und nicht allzu drückenden Amortisation durch Ausgabe von in längerzeitiger Frist zu tilgenden Schuldverschreibungen zu contrahiren sei, und daß das zwischen der Stadt und dem Kreis-Communalverbande Braunschweig bestehende Rechtsverhältniß angezeigt erscheinen lasse, die Anleihe beim Kreis-Communalverbande aufzunehmen und dem letzteren die Beschaffung der

dazu erforderlichen Mittel durch Ermächtigung zur Ausgabe von (auf den Inhaber oder auf den Namen lautenden) Schuldverschreibungen zuzuführen, deren Tilgung in bestimmter Frist zu erfolgen haben würde.

Bei der Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Anleihezwecke für die Wohlfahrt und Entwicklung der Stadt darf und muß nach der Ansicht des Magistrates der Steuerkraft die daraus erwachsende Belastung zugemuthet werden. Solche Belastung wird erst allmählich, je nach fortschreitender Ausführung der einzelnen Anleihezwecke wirksam werden und voll erst mit dem auf etwa 5 Jahre hinauszuschiebenden Beginne der Tilgung der Anleihe eintreten.

An die Versammlung richtet der Magistrat darnach den Antrag, zu beschließen:

- 1) Namens des Kreis-Communal-Verbandes: daß der Kreis-Communal-Verband unter Hinzutritt der Garantie der Stadt den auf fünf Millionen Mark bezifferten Geldbedarf der letzteren bedarfsmäßig mit Verpflichtung zu einer noch näher zu bestimmenden Amortisation anleihe und der Stadt gegen urkundliche Gewähr wegen Erstattung der ihm aus Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise;
- 2) Namens der Stadtgemeinde: daß die Stadt dieses vorgedachte Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Ueber die Frage, in welcher Höhe die empfohlene Anleihe zu verzinsen, und ob dieselbe ganz oder zu einem Theile bei bestimmten Gläubigern aufzunehmen oder aber durch Ausgabe von Inhaberpapieren zu bewerkstelligen und event. zu welchem Course die letzteren an den Markt zu bringen seien, will der Magistrat sich nach vorgängiger Berathung mit der Finanz Commission äußern.

Diese Vorschläge möchte nun der Magistrat nach nochmaliger eingehender Erwägung in folgender Weise abändern bzw. ergänzen:

1. Es wird vorgeschlagen, den Geldbedarf, welcher im Wege des Credits zu beschaffen sein würde, um eine Million Mark, also auf sechs Millionen Mark zu erhöhen, weil bei Beschränkung der Anleihe auf fünf Millionen Mark, wenn dieselbe zum Durchschnittspreise von 100 % unterzubringen sein würde, eine Summe von 258 965 M ungedeckt bliebe, und weil ferner der Aufwand für Fertigstellung des Kieselgutes um vielleicht 100 000 M zu niedrig berechnet sei. Außerdem erscheine es nicht zweckmäßig, die Capitalien des Pflegehauses, der Gewerbeschule und der aufgelösten Innungen zu insgesamt 105 246 M flüssig zu machen, weil dieselben einen den Zinssatz der Anleihe übersteigenden Ertrag gewähren, auch empfehle es sich, einen Betrag von etwa 50 000 M für andere Zwecke verfügbar zu halten, namentlich in Fürsorge für Deckung derjenigen Kosten, die aus der demnächstigen inneren Einrichtung des neuen Stadthauses u. s. w. erwachsen werden. Endlich ist die frühere Annahme, daß die Landesregierung und die Landesversammlung bereit

sein werden, an Stelle der Baarzahlung des Taxpreises für das Klostergut Steinhof-Hülperode eine billig mäßige Rente zu constituiren, unverbürgt und daher angezeigt, auf die Beschaffung der von dem Anleihebedarf abgesetzten 500 000 M. Bedacht zu nehmen. Wenn nun auch ferner die Erfüllung der in der früheren Vorlage zusammengestellten außerordentlichen Gemeindegewerke bislang nicht in allen Punkten zum Beschlusse erhoben worden ist und insbesondere noch die Frage der Lösung harret, ob die Einrichtung und der Betrieb der im Principe beschlossenen Anlage einer elektrischen Centrale für Rechnung der Stadt erfolgen soll, so würden doch die dafür vorgesehenen 800 000 M. ohne Verlust Verwendung finden durch Darlehen derselben an den hiesigen Stadtkirchenverband.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Braunschweig hat sich bereit erklärt, dem hiesigen Kreiscommunalverbande im Laufe von sechs Jahren ein Gesammtdarlehn bis zu drei Millionen Mark gegen einen jährlichen Zinssatz von 3,45 % zu gewähren, welches Angebot anzunehmen der Magistrat empfiehlt. Den Restbedarf von drei Millionen Mark will der Magistrat durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden, mit jährlich 3½ % verzinslichen Schuldverschreibungen beschaffen. Mit Rücksicht darauf, daß von der Obligationenanleihe ein erster Theilbetrag in Höhe von 800 000 — 1 000 000 M. voraussichtlich schon in nächster Zeit wird an den Markt gebracht werden müssen, ist es erwünscht, daß die Finanzcommission die Ermächtigung erhalte, den Verkaufspreis für einen solchen Theilbetrag mit dem Magistrate zu vereinbaren. In Abänderung des früheren Antrages ersucht der Magistrat nunmehr, in der hier vorgeschlagenen Richtung zu beschließen.

Nach dem Berichte des Herrn Südel ist die Vorlage in verschiedenen Sitzungen der Finanzcommission eingehend erörtert worden. Dabei sei zur Sprache gekommen, ob es bei den augenblicklich günstigen Geldverhältnissen nicht wünschenswerther sein müsse, den ganzen Geldbedarf durch eine dreiprocentige Anleihe zu decken. Man habe indessen nach reiflicher Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse Abstand genommen, einen solchen Antrag zu stellen und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil sich der augenblickliche Geldbedarf der Stadt nur auf 800 000 — 1 000 000 M. belaufe und man nicht wisse, wie sich der Cours in der Zukunft stellen werde. Dabei sei angenommen worden, daß unter einem etwaigen Coursrückgange die 3½procentigen Papiere nicht so sehr leiden würden, wie die 3procentigen, weil dieser Zinssatz sich in Deutschland noch nicht so sehr eingebürgert habe. Außerdem würde der größte Theil der Anleihe zur Anlage der Gelder von milden Stiftungen, Wittwen und Waisen verwendet werden und könne es für diese nicht gleichgültig sein, wenn der Zinssatz plötzlich auf 3 % herabgesetzt werden sollte. — Was die Anleihe bei der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt betreffe, so beantrage die Commission, den

Magistrat zu ersuchen, nur einen Zinssatz von 3,40 % anzubieten. Man habe hierbei darauf Rücksicht genommen, daß diese Anleihe, welche für die Stadt eine große Annehmlichkeit besitze, auch für die Versicherungsanstalt viel Angenehmes biete, weil sie ihr Geld jederzeit an den Magistrat überweisen könne und keine Zinsverluste habe. Es sei deshalb anzunehmen, daß die Anstalt geneigt sein werde, das Geld zu 3,40 % herzuliehen. Mit den sämtlichen weiteren Anträgen habe sich die Finanzcommission einverstanden erklärt.

Herr Oberbürgermeister Pockels will die bei der Vorberathung innerhalb der Finanzcommission abgegebene Erklärung wiederholen, daß der Magistrat sich bereit erklären würde, bei dem Vorstande der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt wegen der Herabsetzung des Zinsfußes im Sinne des Commissionsbeschlusses vorstellig zu werden, wenn derselbe von der Versammlung gutgeheißen werde. Man würde dann eventuell später auf die Frage der Verzinsung noch einmal zurückkommen müssen.

Auf das Ersuchen des Herrn Vorsitzenden, die Frage, aus welchem Grunde die Commission einer 3 $\frac{1}{2}$ procentigen Anleihe den Vorzug vor einer 3procentigen Emission gebe, noch einmal näher zu erörtern,

setzt Herr Fiedel die hierfür maßgebend gewesenen Gesichtspunkte des Weiteren auseinander. Die Commission würde bei dem heutigen Coursstande eine 3procentige Anleihe entschieden vorziehen, wenn die ganze Geldsumme jetzt sofort beschafft werden sollte. Da die Stadt z. B. aber nur höchstens eine Million Mark gebrauche und man den zukünftigen Cours nicht kenne, die 3procentigen Papiere aber bei Coursstürzen erheblicher zu fallen pflegen als die 3 $\frac{1}{2}$  procentigen Anlagen, so empfehle die Commission, den letzteren den Vorzug zu geben.

Nachdem die Herren Löhbecke und Wolff diesen Ausführungen zugestimmt hatten,

wird die gesammte Magistratsvorlage den Anträgen der Finanzcommission gemäß angenommen.

## II. Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Catharinenstraße.

Die Kosten der westlichen Theilstrecke der Catharinenstraße sind von der städt. Bauverwaltung auf 71,42 M für das lfd. Meter festgestellt worden, und giebt der Magistrat anheim, dieser Feststellung zuzustimmen,

welchen Antrag die Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zur Genehmigung empfiehlt.

Herr Vord muß es für nothwendig halten, in dem östlichen Theile der Straße, welchem noch jede Beleuchtung fehle, mindestens zwei Straßenlaternen aufzustellen. da doch die Straße schon fast zur Hälfte ausgebaut sei.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß der Erbauer der Straße für die Beleuchtung derselben zu sorgen habe.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### III. Antrag Bührmann: Mißstände im Firmenschilderwesen.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 49 des Berichts — berichtet namens der Statutencommission Herr Wolff: Die Commission habe sich mit dieser Angelegenheit eingehend befaßt und beschlossen, der Versammlung anheimzustellen, den vorliegenden Antrag dem Magistrate zu weiterer Erwägung zu überweisen. Durch die hier stattgehabten Verhandlungen verschiedener Handelskammern, sowie durch die Presse sei es offenkundig, welches Schwindelwesen mit dem Mißbrauche von Firmenbezeichnungen getrieben werde. Dasselbe beruhe namentlich in einer unreellen Reclame, sowie in der Verschleierung der wahren Inhaberschaft der Geschäfte, und es bedürfe keines Wortes, daß eine Abstellung der Mißstände allgemein mit Freude werde begrüßt werden. Fraglich erscheine es nur, ob der durch den Antrag vorgezeichnete Weg zum Ziele führe. Die Regelung des Firmenwesens stehe in Gemäßheit der Bestimmungen des Handelsgesetzes dem Handelsgerichte, also hier dem Herzoglichen Amtsgerichte zu, und dieses sei befugt, mit Ordnungsstrafen einzuschreiten, wenn Jemand eine unzulässige Firma führe. Es entstehe daher die Frage, ob die Stadt in der Lage sei, hier einzugreifen, und ob dadurch nicht ein Kompetenzconflict mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen hervorgerufen werden könne. Wenn in den vom Antragsteller angezogenen Bestimmungen anderer Gemeinden der Inhaber einer eingetragenen Firma gezwungen werden solle, auf dem Firmenschild unter Umständen seinen bürgerlichen Namen hinzuzusetzen, so sei das ein directer Conflict mit reichsgesetzlichen Bestimmungen. Andererseits scheine in solcher statutarischen Bestimmung ein Eingriff in die Zuständigkeit des Handelsgerichts zu liegen. Freilich haben sich verschiedene preußische Städte, wie M.-Gladbach, Osnabrück, Berlin u. A., über diese Bedenken hinweggesetzt und Polizeiverordnungen eingeführt, welche dieses Material bearbeiten und die Wünsche des Herrn Bührmann in eine geordnete Form bringen. In einem von der Stadt Osnabrück erlassenen Statute heiße es, daß Jeder seine Firma deutlich anzubringen habe und der Name des oder der Geschäftsinhaber angeführt werden müsse, sobald die Firma allgemeiner Natur sei. Bei minderjährigen und weiblichen Inhabern habe dieses aus der Firma deutlich hervorzugehen. Die von einer Seite angezeifelte Rechtsgültigkeit der Verordnung sei zwar von dem zuständigen Oberlandesgerichte bestätigt worden, jedoch habe dieselbe hierdurch noch keine Bestätigung für das Reichsgebiet im Allgemeinen erhalten, weil eine reichsgerichtliche Entscheidung nicht vorliege. Da sich nun einerseits rechtliche Zweifel gegen die Zulässigkeit einer derartigen Verordnung hervordrängen,

andererseits aber ein dringendes Bedürfniß vorliege, in dieser Materie Wandel zu schaffen, so glaube die Statutencommission für angemessen halten zu sollen, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen, damit derselbe in der Lage sei, in eine freie Prüfung der Frage einzutreten. Uebrigens würde sich ein Theil der hervorgetretenen Uebelstände schon durch eine energische Handhabung seitens des Handelsrichters beseitigen lassen.

Der Commissionsantrag wird hierauf angenommen.

#### IV. Antrag Rath: Stiftung von Stipendien für die techn. Hochschule.

Wie Herr Seele über den in der vorigen Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 49 des Berichts — berichtet, hat sich die Finanzcommission demselben im Allgemeinen angeschlossen. Indessen herrsche in der Commission nicht der Wunsch, zu dem Zwecke ein Capital à fonds perdu herzugeben, um hieraus die Stipendien zu bestreiten, sondern es werde vorgeschlagen, ein jährliches Stipendium zu bewilligen. Aus der einmaligen und dauernden Bewilligung solcher Stipendien würde der Stadt aber eine Last erwachsen, welche nicht wieder abzulösen sei, darum erscheine es wünschenswerth, den städtischen Behörden darauf einen dauernden Einfluß zu bewahren. Da nun diese Stiftung eine Ehrengabe der Stadt zu dem 150 jährigen Stiftungstage der Hochschule sein solle und es wünschenswerth erscheine, für dieselbe eine geeignete Form zu schaffen, so habe der Magistrat den Wunsch ausgesprochen, man möge die Stiftung im Principe genehmigen und die Art der Ueberreichung an die Hochschule dem Ermessen des Magistrates anheimgeben, welcher für die Art der Stiftung eine angemessene Form zu finden hoffe und der Versammlung sodann eine entsprechende Vorlage machen werde. Er bitte um Annahme des so formulirten Antrages.

Herr Rath ist mit dem Commissionsantrage einverstanden, möchte aber bitten, die Stiftung wenigstens auf zehn Jahre und nicht nur vorläufig auf ein Jahr zu bewilligen. Die Verwaltung des Stipendiums würde in erster Linie den städtischen Behörden insofern zustehen, als je ein Mitglied des Magistrates und der Stadtverordneten in Verbindung mit dem Rector der Hochschule über die Vergabung zu beschließen hätten, auch könne man gleich festsetzen, daß das Stipendium nur so lange gestiftet werde, als die Hochschule in der Stadt Braunschweig ihren Sitz habe. Wenn man dagegen von vornherein beschliesse, die Stiftung vorläufig nur auf ein Jahr zu bewilligen, so könne dieses nicht als eine der Stadt entsprechende Ueberweisung an die Hochschule betrachtet werden.

Herr F ü d e l will hierzu mittheilen, daß die Finanzcommission an eine einmalige Bewilligung nicht gedacht habe, sondern daß dem Magistrate nur erst einmal 600 M zur Verfügung gestellt werden sollten und man ihm dann die Form der Ueberweisung überlassen wolle.

Herr Seele erläutert noch, daß der Magistrat an geeigneter Stelle Nachfrage halten wolle, in welcher Weise und Form das Stipendium am zweckmäßigsten zu gewähren sei. Auf Grund der ihm gewordenen Mittheilungen werde derselbe dann der Versammlung Bericht erstatten, so daß diese in der Lage sei, darauf einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Herr Rieke kann nicht finden, daß die Hochschule durch solche Stiftung auf eine höhere Stufe gebracht werden könne. Wenn es sich darum handeln würde, die Anstalt zu heben, erkläre er sich gern bereit, die hierzu nöthigen Mittel zu bewilligen, aber in dem vorliegenden Falle liege für ihn kein Grund zur Bewilligung vor. Zu einer Zeit, wo alle Städte, darunter auch Braunschweig, sich in einer gewissen Finanzklemme befinden, erscheine es ihm rathsam, mit den Mitteln sparsamer vorzugehen. In der Bevölkerung werde man vielleicht im nächsten Decennium schon eine andere Anschauung darüber haben, wie man die Mittel beschaffe, um den gut beanlagten Söhnen unbemittelter Eltern Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse zu erweitern und zu verwerthen. Deshalb erkläre er sich gegen den Antrag.

Herr Engelbrecht hat das Gefühl, daß der Commissionsantrag sehr unklar gefaßt sei und derselbe daher in eine bestimmtere Form gebracht werden müsse. Es empfehle sich deshalb, vor der Abstimmung über den Antrag noch die in Aussicht gestellte weitere Rücksprache des Magistrates stattfinden zu lassen.

Herr Wolff muß es durchaus angemessen finden, wenn gelegentlich des Jubelfestes namens des Magistrates die Erklärung abgegeben werde, daß ein Stipendium von jährlich 600 M. von der Stadt bewilligt sei. Die näheren Bestimmungen, welche von Zweckmäßigkeitsgründen aus festgesetzt würden, könne man ruhig vorbehalten, ohne daß hierin Jemand Mißtrauen finden werde.

Herr Engelbrecht kann in einer solchen Beschlußfassung nur eine moralische Verpflichtung zur dauernden Gewährung der Stipendien erblicken und das wolle die Finanzcommission doch gerade vermieden sehen.

Herr Lord will noch hervorheben, daß die Finanzcommission von dem Gesichtspunkte ausgegangen sei, der Stadt bei etwaigen Veränderungen, welche sich im Laufe der Zeiten ereignen können, die Möglichkeit zu wahren, diese ihr vielleicht lästig und schwer werdende Verpflichtung loswerden zu können. Ebenso wolle der Herr Oberbürgermeister Erkundigungen darüber einziehen, wie die Hochschule das Stipendium am liebsten zu haben wünsche, ob in 4 Theilen zu je 150 M. oder in 2 Theilen zu je 300 M. In der Absicht der Finanzcommission liege es, das Stipendium dauernd herzugeben, wenn nicht eine Veränderung in der ganzen Organisation der Hochschule eintrete, oder der Stadt die Verpflichtung nicht zur drückenden Last werde.



Die Versammlung erklärt sich hierauf mit dem Commissionsantrage einverstanden.

#### V. Uebernahme verschiedener Straßen.

Der Magistrat hält für angezeigt, daß den am 1. April d. Js. in den Besitz der Stadt übergegangenen Theilstrecken der Staatsstraßen der Charakter von Communalwegen beigelegt werde, daß jedoch gleichzeitig die Vorschriften der §§. 7 bis 12 des Ortsbaustatuts auf dieselben für anwendbar erklärt werden. Die gleiche Erklärung wird in Ansehung der Hagenstraße nördlich der Wiesenstraße, des Hopfengartens und der Straße am Hauptgraben zwischen Wabe- und Heinrichstraße abzugeben sein, da der Ausbau dieser Straßen seitens der städtischen Behörden beschlossen worden ist. Dem Antrage des Magistrates, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

#### VI. Entwässerung und Instandsetzung des Neustadt-Rathhauses.

Die städt. Bauverwaltung berichtet über eine Entwässerungsanlage für das Neustadt-Rathhaus und einige damit in Verbindung stehende Baulichkeiten. Hier- nach sind an Anlagen nothwendig: die unterirdische Ableitung des Himmels- und Küchenwassers, die Erneuerung und Vesserung des Asphaltbelages auf dem inneren Hofe, nebst der angrenzenden Durchfahrt, die Reparaturen zur Beseitigung der durch einen Wasserrohrbruch entstandenen Schäden und endlich die Anlage von Wasserclosets zc. Diese Arbeiten erfordern einen Kostenaufwand von 2460 M., welchen der Magistrat zu bewilligen ersucht,

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, auch bewilligt.

#### VII. Feststellung der Kosten des Ausbaues eines Theiles der Gertrudenstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Gertrudenstraße zwischen Charlotten- und Salz- dahlumerstraße sind auf 155,73 M. für 1 m festgesetzt worden und wird ersucht, dieser Feststellung zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, geschieht.

#### VIII. Ermiethung von Räumen zu Dienstzwecken der städt. Bauverwaltung.

Nachdem das zur Herzoglichen Hofhaltung gehörende Gebäude am Ruhfänt- chenplaz Nr. 1 an den Hotelbesitzer Robert Schrader verkauft worden ist, muß für eine andere geeignete Unterkunft der Vermessungsabtheilung der städt. Bauver-

waltung und des Rathhaus-Baubureaus Sorge getragen werden. Es wird vorgeschlagen, das erste Obergeschoß des Germannschen Hauses am Langenhofe für den Jahrespreis von 950 M zu miethen und außerdem für die Einrichtung der Räume zu Bureauzwecken 410 M zu bewilligen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Niefß die Genehmigung des Antrages. Die Aufwendung der 410 M sei nothwendig zur Aufstellung der Aktenregale, zur Instandsetzung der Küche für Bureauzwecke, zur Beschaffung von Fenstervorhängen 2c.

Die Vorlage wird angenommen.

#### IX. Theilnahme am 12. braunschweigischen Städtetage.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, findet am 21., 22. und 23. Juni der braunschweigische Städtetag in Hasselfelde statt. Der Magistrat wisse z. B. noch nicht, ob der Stadtrath von Frankenberg, welcher zu einer militärischen Uebung nach Blankenburg i. H. eingezogen sei, den Besuch des Städtetages werde ermöglichen können. Es handle sich nun um die Frage, ob die Versammlung geneigt sei, ihrerseits den Städtetag zu bescheiden.

Herr Meyerhoff muß die Verhandlungen des Städtetages für wichtig genug halten, um denselben zu bescheiden. Es würden dort Sachen besprochen, wie der gemeinschaftliche Kohleneinkauf 2c., die von erheblichem Interesse für jede Stadt seien.

Herr Lange giebt anheim, für den Fall, daß der Magistrat keinen Vertreter abordnen könne, 3 Stadtverordnete nach Hasselfelde zu entsenden, da die Verhandlungen mancherlei Vortheile für die Stadt bieten.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden findet die Wahl der Vertreter in vertraulicher Sitzung statt und sind hinterher die Herren Bührmann und Schmidt gewählt worden.

#### X. Entschädigung an den Canalbaufonds für die vorm. Reinigungsstation.

Das auf der Schneckenstertswiese gelegene Gebäude der vormaligen Reinigungsstation ist zu einer Wohnung für den Vorarbeiter und Aufseher im Bürgerpark eingerichtet, auch wurde darin ein Zimmer zur Unterkunft der Parkarbeiter, sowie ein Raum zur Aufbewahrung von Parkgeräthschaften geschaffen. Es erscheint danach geboten, dem Canalbaufonds den Werth des Gebäudes mit 5850 M aus der Cämmereicasse zu vergüten und giebt der Magistrat eine bezügliche Beschlusfassung anheim.

Die Finanzcommission läßt den Antrag durch Herrn Wagner zur Genehmigung empfehlen

und die Versammlung beschließt demgemäß.

## XI. Abführung eines Ueberschusses aus der Hundesteuercasse an die Cämmereicasse.

Aus der Verwaltung der Hundesteuercasse für 1894/95 ergibt sich nach deren vorläufigem Abschlusse ein Ueberschuß von 5295,24 M. Der Haushaltsplan dieser Casse hat solchen Ueberschuß mit nur 2000 M vorgesehen und zugleich bestimmt, daß derselbe zum Vorrathsvermögen für künftige außerordentliche Aufwendungen geschlagen werden solle. Demnach würden 3295,24 M verfügbar bleiben, und hält der Magistrat dafür, daß hiervon 3200 M an die Cämmereicasse abgeführt werden. Diese Summe soll namentlich mit verwendet werden zu den außerordentlichen Aufwendungen zur Verbesserung der Freibadeanstalt. Es erscheint dem Magistrate billig, daß die zur Förderung gemeinnütziger Zwecke bestimmte Casse der Abgabe für Hunde zu diesen außergewöhnlichen Kosten einen Zuschuß leiste, umso mehr, als die Cämmereicasse voraussichtlich mit einem Fehlbetrage abschließen werde.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Lorb den Antrag befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

## XII. Aufnahme einer von der Sophienstraße abzweigenden Straße in den Ortsbauplan u.

Die Actien-Ziegelei Braunschweig hat gebeten, eine von der Sophienstraße nach Norden abzweigende, 16 m breite Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen und ihr den Ausbau derselben zu gestatten, während die Stadt nach erfolgter Bebauung der Straße deren Unterhaltung zu übernehmen hat. Der Magistrat erklärt sich hiermit einverstanden und ersucht, der beantragten Ergänzung des Ortsbauplanes, sowie dem mit der genannten Firma abgeschlossenen Vertrage zuzustimmen,

welcher Antrag von Herrn Meyerhoff namens der Baucommission befürwortet wird.

Herr Bues will es scheinen, als ob die Straße mit 16 m reichlich schmal wäre, zumal da dort so viel Terrain liege, daß es nicht nothwendig sei, eine so schmale Straße zu bauen. Er müsse es für wünschenswerth halten, die Straße noch um zwei Meter zu verbreitern.

Herr Ebeling hält dem gegenüber die Straße mit 16 m für breit genug. Die meisten Straßen seien nur 13,7 oder 14 m breit und hier habe man sogar eine Breite von 16 m projectirt.

Herr Meyerhoff bemerkt, daß die Baupläge nur eine Tiefe von 29 und 30 m behalten und daher nicht so groß seien, um davon noch einige Meter abzugeben.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

### XIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wittve des Arbeiters Ehlers und des Händlers Buchterkirchen um Befreiung von der Steuer für einen Ziehhund werden auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden genehmigt.

### XIV. Aufnahme eines Straßenzuges an der Maschstraße in den Ortsbauplan.

Auf Empfehlung der städt. Bauverwaltung giebt der Magistrat anheim, den in der Richtung von Südwesten nach Nordosten ziehenden Straßenzug der Straße „Hinter der Masch“ in dem Ortsbauplane beizubehalten und der Aufnahme desselben in den Ortsbauplan zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

### XV. Erwerb einer Straßenfläche zum Madamentwege.

Der Magistrat hat eine 50 qm große, zur Straßenverbreiterung bestimmte Theilfläche des unter M. ass. 6183 am Madamentwege gelegenen Raune'schen Grundstückes zu dem Einheitspreise von 8 M. angekauft und bittet, diesen Kauf zu genehmigen.

Der Antrag wird von der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, empfohlen und von der Versammlung gutgeheißen.

### XVI. Erwerb einer Straßenfläche zur verl. Bammelsburgerstraße.

Die Anlegung derjenigen, in den Ortsbauplan aufgenommenen Verbindungsstraße zwischen Wendenmaschstraße und Wendenring, welche die Fortsetzung der Bammelsburgerstraße bilden wird, bedingt den stadtseitigen Erwerb einer 2 a 28 qm großen Theilfläche des dem Bauunternehmer Glas gehörigen Grundstücks der Feldmark Hagen. Der Magistrat hat diese Fläche zum Preise von 10 M. pro qm angekauft und giebt anheim, den hierüber aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Meyerhoff den Antrag namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

### XVII. Erwerb einer Straßenfläche zur Petristraße.

Bei Anlage der Petristraße ist auch eine 1 a enthaltende Fläche mit ausgebaut worden, welche im Eigenthume der Frau Wippermann in Berlin steht, auf der jedoch zu Gunsten des Feilenhauermeisters Kummel eine Servitut des Inhalts lastet, daß Kummel das Terrain auf ewige Zeiten unbeschränkt benutzen darf. Bekterer hat nunmehr alle seine Rechte an der Fläche an die Stadtgemeinde abge-

treten und auch die Frau Wippermann ist bereit, das Eigenthumsrecht für zusammen 150 M an die Stadt abzutreten. Der Magistrat ersucht, sich mit diesem Erwerbe einverstanden zu erklären,

und die Versammlung beschließt demgemäß, nachdem Herr Riefe den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

### **XVIII. Aenderung der Ordnung für die Verwaltung des Straßenreinigungswesens.**

Auf Wunsch der Straßenreinigungs-Deputation hat der Magistrat die s. Z. von den städtischen Behörden festgestellte Ordnung für die Verwaltung des Straßenreinigungswesens einer Revision unterzogen und dieselbe in einigen Punkten geändert. Diese Aenderungen bezwecken wesentlich die Uebertragung verschiedener, nach der fraglichen Ordnung dem Betriebsleiter allein obliegender Geschäfte auf die Deputation und daneben die Ermächtigung der Deputation, die Verwaltung des städtischen Marstalles geeignetenfalls dem Marstallverwalter mit der Maßgabe zu überlassen, daß dieser die fraglichen Geschäfte selbstständig, nur unter der Aufsicht und nach näherer Anweisung der Deputation besorgt. Den darnach geänderten Entwurf jener Ordnung legt der Magistrat mit dem Ersuchen vor, denselben zu genehmigen.

Die Statutencommission, welche die Ordnung durchberathen hat, läßt deren Genehmigung durch Herrn Halle in Vorschlag bringen.

Die einzelnen Paragraphen und sodann die ganze Ordnung werden von der Versammlung ohne weitere Besprechung angenommen.

### **XIX. Feststellung einer Bau- und Fluchtlinie für den oberen Theil der Helmstedterstraße.**

Für den oberen Theil der Helmstedterstraße (Südseite) wird eine neue Bau- und Fluchtlinie in Vorschlag gebracht, durch welche Vorgärten von 3 m Breite geschaffen werden. Der Magistrat giebt anheim, dieser Bau- und Fluchtlinie zuzustimmen,

welcher Antrag von Herrn Bültmann namens der Baucommission zur Annahme empfohlen wird.

Herr Lange möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, ob es dem Magistrate bekannt sei, daß seitens der Michaeliskirche noch nichts geschehen sei, um die Grundfläche einzufriedigen, welche ihr in der Sitzung vom 21. Februar d. Js.

— Seite 257 des Berichts — an der Weststraße zur Verfügung gestellt sei.

Herr Oberbürgermeister Pöckels erwidert, daß die Michaelisgemeinde angenommen habe, es werde ihr gestattet werden, dort eine Harzzauneinfriedigung anbringen zu können. Da diese Annahme hinterher nicht bestätigt sei, so habe das Kirchencassen-Collegium Bedenken getragen, auf das Anerbieten der Stadt

einzuweisen. In neuester Zeit habe sich nun aber ein Ausweg finden lassen, um ein ordnungsmäßiges Stacket für einen billigen Preis herzustellen und werde die Angelegenheit nunmehr binnen Kurzem ihre Erledigung finden.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XX. Verkauf von Flächen am Burgplatze.

Laut des mit der Herzoglichen General-Hof-Intendantur am 8. September 1890 abgeschlossenen Vertrages wegen Regulirung des Marstalles und des westlichen Theiles des Ruhfäutchenplatzes, sowie wegen Verbreiterung der an der Nordseite der Burg Dankwarderode hinziehenden Straße hat sich die Stadt verpflichtet, der Herzoglichen General-Hof-Intendantur unentgeltlich zu Eigenthum zu übertragen: das Grundstück der ehemaligen Diensthofanlage, die östlich von diesem Grundstück liegende und dem Ortsbauplane zufolge diesem zuzulegende, etwa 380 qm große Theilfläche des Ruhfäutchenplatzes, ferner eine zwischen dieser Theilfläche und dem Trottoir liegende 2 a große Fläche desselben Platzes, die als Vorgarten gehalten werden soll, und endlich von den am Burgplatze und Marstalle gelegenen und in vollem Umfange stadtheitlich für Rechnung der Herzoglichen General-Hof-Intendantur erworbenen Privatgrundstücken diejenigen Restflächen, welche zur Straßenverbreiterung nicht erforderlich sind. Die Umschreibung dieser Flächen auf den Namen der Herzogl. General-Hof-Intendantur ist noch nicht erfolgt, inzwischen jedoch wegen Verkaufs der gesammten Flächen an den Gastgeber Robert Schrader eine Vereinbarung zu Stande gekommen, nach welcher die Stadt einen entsprechenden Vertrag mit Letzterem abschließt.

Die Versammlung wird ersucht, diesen Vertrag zu genehmigen.

Namens der Finanzcommission giebt Herr Hauswaldt anheim, die Vereinbarung gutzuheißen. Es sei besonders auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Brunnen am Ruhfäutchenplatze erhalten bleibe, weil die Interessentschaft solches beanpruche.

Herr Wagner möchte anfragen, ob nicht bald eine Neupflasterung des Burgplatzes in Aussicht genommen werde, der sich in einem recht traurigen Zustande befinde. In der Nähe der bald vollendeten Heinrichsburg und der Domkirche, sowie des Stadthauses erscheine es angezeigt, den viel betretenen Platz in einen ordnungsmäßigen Zustand zu setzen.

Herr Günther will anregen, den Brunnen wenn möglich zu beseitigen. Verschiedene derartige Brunnen, z. B. der in der Neuenstraße, bilden geradezu ein Verkehrshinderniß, weshalb er bitte, wenigstens diesen Brunnen durch eine Bestimmung des Vertrages zu beseitigen. In einer Stadt von der Größe Braun-

schweigs sei es nicht angebracht, noch Brunnen auf der Straße zu haben, zumal wenn deren Wasser nicht besser sei, als das städtische Leitungswasser.

Herr Bürgermeister Kietemeyer erwidert, daß der Magistrat ebenfalls von dem Wunsche geleitet sei, den Brunnen zu beseitigen. Es sei deshalb der Interessenschaft ans Herz gelegt, sich schon aus Rücksicht auf die bevorstehende Hebung der ganzen Gegend mit der Beseitigung des Brunnens einverstanden zu erklären, was indessen zweimal abgelehnt sei. Ob nun ein genügender Grund vorliege, die Beseitigung des Brunnens im Wege der Expropriation durchzusetzen, erscheine doch wohl zweifelhaft, zumal da derselbe hier ein Verkehrshinderniß nicht bilde. Wenn der Brunnen an die Ostseite, oder in den Vorgarten des Grundstücks gelegt werde, so sei die Belästigung durch denselben nicht so groß. Bei der letztmaligen Untersuchung des Wassers der Stadtbrunnen gelegentlich des Ausbruches der Cholera habe gerade dieser Brunnen gutes Wasser gehabt und deshalb werde dasselbe selbst aus der weiteren Umgebung geholt.

Herr Löschigt will noch anregen, den Brunnen an den Bordsteinen des Trottoirs anzubringen, wie das bei dem alten Postbrunnen geschehen sei.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

## **XXI. Aufnahme einer Verbindungsstraße an der Carlstraße in den Ortsbauplan.**

Die städtische Bauverwaltung hat beantragt, eine 16 m breite Verbindungsstraße zwischen der Gliesmaroder- und Carlstraße an dem östlichen Ende der letzteren in Anlehnung an den nördlich der Gliesmaroderstraße bereits vorgesehenen Straßenzug in den Ortsbauplan aufzunehmen, und ersucht der Magistrat, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Baucommission hat die Vorlage nach dem Berichte des Herrn Rieke geprüft und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Rathe hält die Anlage einer Straße unten an der Stadtgrenze für vollständig überflüssig, zumal ungefähr 120 Meter davon schon eine Quersstraße projectirt sei. Bei einer Verlängerung dieser Straße werde die Westseite derselben auf städtischem Terrain, die Ostseite hingegen auf Gliesmaroder Gebiet zu liegen kommen. Außerdem würde die Gliesmaroder- und Carlstraße in einem spitzen resp. stumpfen Winkel von der Grenzstraße getroffen werden. Deshalb erscheine es besser, von einer Anlage derselben Abstand zu nehmen, oder dieselbe möglichst rechtwinklig zu den genannten beiden Straßen zu legen. Wegen der Wegräumung der in jenem Wege seitens der Gliesmaroder Gemeinde eingeschlagenen Sperrpfähle werde sich mit der Gemeinde schon eine Einigung erzielen lassen, um den Verkehr dort für das Fuhrwerk frei zu machen

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt, daß es sich vorläufig nur darum handle, eine Verbindungsstraße an der Stelle in den Ortsbauplan aufzunehmen, damit nicht die Möglichkeit der Herstellung einer solchen abgechnitten werde. Dagegen wisse man noch nicht, wann der Straßenbau einmal wirklich zur Ausführung komme. Da es indessen allerdings wünschenswerth erscheine, die Straße rechtwinklig abzweigen zu lassen, so gebe er anheim, die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückzuverweisen.

Herr Lange kann diesen Ausführungen nur zustimmen. Soviel er sich erinnere, sei im Stadtbauamte beschlossen worden, den Beschluß über diese Straße noch auszusetzen, weil Herr Rathe sich bereit erklärt habe, mit der Gemeinde Griesmarode zu verhandeln, ob nicht eine normale Straße gebaut werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer zieht darauf namens des Magistrates die Vorlage zurück.

## XXII. Antrag der Finanzcommission: Begebung der Prioritäten der Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, die im Besitze des Kreis-Communalverbandes befindlichen Prioritäten der Kaiser Ferdinands-Nordbahn im Betrage von etwa 278000 fl. zu einem Course von nicht unter 100 % zu begeben.“

Wie Herr F ü d e l zur Begründung ausführt, haben diese Papiere die Versammlung schon verschiedentlich bei der Etatsberathung beschäftigt. Inzwischen sei nun die Valuta und anscheinend auch der Cours der Prioritäten gestiegen, denn im Börsenzettel habe man sie mit 101 % vorgefunden. Es empfehle sich daher, den Magistrat zu ermächtigen, die ganze Summe zu einem bestimmten Course, aber nicht unter 100 %, zum Verkauf zu stellen.

Der Antrag wird, zur sofortigen Verathung und Beschlußfassung gestellt, von der Versammlung ohne Besprechung angenommen.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 5<sup>3/4</sup> Uhr.



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Juli 1895.

#### Tagesordnung:

I. Bildung einer selbstständigen Gemeinde aus den braunschweigischen Bestandtheilen der Rieselanlagen . . . . .	Seite 70
II. Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten . . . . .	" 70
III. Errichtung einer zweiten Pfarstelle zu St. Pauli. . . . .	" 71
IV. Zwangsenteignung von Terrain zur Osterstraße . . . . .	" 71
V. Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .	" 73
VI. Ausbau des Hagenringes zwischen Carl- und Wabestraße . . . . .	" 75
VII. Erwerb von Straßenflächen zur Campestraße . . . . .	" 76
VIII. Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Markthallengrundstücks . . . . .	" 76
IX. Reparaturen an den Gebäuden der vormaligen Husarenkasernen . . . . .	" 77
X. Anschluß der Regenrohre einer Schule an den Canal . . . . .	" 77
XI. Bestimmungen wegen Verleihung von Stipendien an Studierende der techn. Hochschule . . . . .	" 77
XII. Entschädigung für einen Unfall . . . . .	" 78
XIII. Verlängerung des Hauptwasserrohrs in der Carlstraße . . . . .	" 79
XIV. Erwerb von Grundstücken zur Heinrich- und Hagenstraße . . . . .	" 79
XV. Canalisirung einer Theilstrecke des Burgmühlengrabens . . . . .	" 80
XVI. Kosten für Holzzerkleinerer im städtischen Pflegehause . . . . .	" 81
XVII. Hundesteuer-Erlassgejuch . . . . .	" 81

XVIII.	Erwerb einer Theilfläche zur Wendenstraße . . . . .	Seite 81
XIX.	Verkauf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Prioritäten . . . . .	82
XX.	Antrag Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße . . . . .	82
XXI.	Anfrage Wolff: Ausstellung der perspectivischen Zeichnungen zum Stadthausbau . . . . .	82

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Ramdohr, Meyer und Sievers.

Entschuldigt die Herren Voller, Bührmann, Bültemann, Engelbrecht, Günther und Rudeloff; außerdem fehlt Herr Weber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst den Eingang eines weiteren Schreibens des Herrn Felix Brendecke, dessen Grundbesitzverhältnisse an der Cellerstraße betreffend, mit, welches zu den Acten genommen wird.

Sodann tritt die Versammlung in die Berathung der Tagesordnung ein.

#### I. Bildung einer selbstständigen Gemeinde aus den braunschweigischen Bestandtheilen der Kieselanlagen.

Die Versammlung wird ersucht, sich im Principe mit der Bildung einer selbstständigen Gemeinde aus den auf braunschweigischem Gebiete gelegenen Bestandtheilen der Kieselanlagen einverstanden zu erklären, damit der Magistrat in der Lage ist, durch Vermittelung der Herzoglichen Kreisdirection mit den theilnehmenden Gemeinden, welche einen entsprechenden Antrag eingereicht haben, in Verhandlung zu treten.

Die Statutencommission giebt durch Herrn Wolff anheim, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

#### II. Antrag Blasius: Unterstützung des Vereins für Kinderheilstätten.

Ueber den in der Sitzung vom 16. Mai d. J. gestellten Antrag — Seite 45 des Berichts — hat namens der Statutencommission Herr Halle zu berichten: Die Commission habe sich der Ansicht des Antragstellers voll anschließen müssen, indem sie es ebenfalls für äußerst wünschenswerth halte, wenn Gelegenheit gegeben werde, kranke Kinder aus der Stadt auf längere oder kürzere Zeit an die deutsche Seeküste zu schicken. Schon verschiedene Städte haben durch Zeichnung laufender oder einmaliger Beiträge bei dem Verein das Recht erworben, Kinder in die Heilstätten der Nordsee- oder Ostseeküsten zu entsenden. Die Commission glaube in-

dessen, dem Antrage eine etwas veränderte Fassung insofern geben zu sollen, als nicht gesagt werde, dem Verein zu diesem Zwecke 300 M. zu überweisen, sondern daß pro Kind 50 M. bis zum Gesamtbetrage von 300 M. an den Verein gezahlt werden und die Stadt demnach in der Lage sei, sechs Kinder an die Seefüfte zu schicken.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage in dieser Fassung einverstanden.

### III. Errichtung einer zweiten Pfarrstelle zu St. Pauli.

Der Vorstand der neuen St. Pauli-Kirchengemeinde hat gebeten, in Anbetracht der neuerdings stark angewachsenen Zahl der Mitglieder seiner Gemeinde zu bewirken, daß neben der programmäßig für dieselbe vorgesehenen einen Pfarrstelle alsbald eine zweite errichtet werden möge. Durch eine magistratsseitig veranlaßte Zählung hat sich ergeben, daß in dem Bezirke der St. Pauligemeinde 13850 Menschen wohnen. Da die hierin einbegriffene Zahl der einer anderen Confession angehörenden Einwohner, sowie der zur Garnison- und Domgemeinde gehörenden Personen auf nicht mehr als etwa 1000 Köpfe beziffert werden kann, so wird man die Zahl der Mitglieder der St. Pauligemeinde immerhin auf mehr als 12000 Köpfe zu schätzen haben. Unter diesen Umständen hält der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Kirchencassen-Collegium die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle zu St. Pauli für erforderlich und giebt die Ertheilung der Zustimmung dazu anheim, daß die Stadtgemeinde die Verpflichtung der normalstatismäßigen Unterhaltung der jeweiligen Inhaber dieser zweiten Pfarrstelle unter der Bedingung übernehme, daß Höchsten Orts der St. Pauligemeinde das Recht zugesichert werde, bei jeder Besetzung auch dieser zweiten Stelle dem Landesherrn drei Candidaten in Vorschlag zu bringen.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Blasius berichtet, von der Versammlung angenommen,

nachdem Herr Müller noch gebeten hatte, die Angelegenheit derartig zu beschleunigen, daß der kürzlich gewählte erweiterte Kirchenvorstand die Wahl des zweiten Predigers gleich mit vornehmen könne und eine neue Zusammensetzung des Wahlkörpers nicht erforderlich sei.

### IV. Zwangsenteignung von Terrain zur Okerstraße.

Dem Ersuchen der Versammlung in der Sitzung vom 28. Juni 1894 — Seite 105 des Berichts — folgend, hat der Magistrat mit dem Tischlermeister Hattensauer nochmals wegen Beseitigung des in die Okerstraße vorspringenden Gebäudes *N. ass.* 3082 verhandelt, eine Einigung indessen bislang nicht erzielt.

Der Werth des fraglichen Gebäudes ist durch drei Sachverständige zu 20 177,<sup>50</sup> M geschätzt und der Werth der zugehörigen Grundfläche von 170 qm kann nach der Ansicht des Magistrates höchstens zu rund 5000 M bemessen werden. Dem gegenüber fordert Hattensauer Zahlung einer Baarentschädigung von 25 000 M und Befreiung von Straßenkosten in Höhe von etwa 13 600 M. Auf diese Forderung einzugehen muß der Magistrat Bedenken tragen. Inzwischen hat sich auf der Osterstraße ein anderer Uebelstand insofern geltend gemacht, als die beiden vor und gegenüber der Lessingloge gelegenen Grundflächen von 220 und 53 qm zur Zeit noch Eigenthum des Kreismaurermeisters Bewig sind und deshalb die Canalisation der östlichen Straßenstrecke nur theilweise hat ausgeführt werden können, wenngleich beide Flächen schon seit Jahren thatsächlich dem öffentlichen Verkehr freigegeben sind. Die Mehrzahl der an der Südseite der fraglichen Straße stehenden Gebäude entwässert in Folge dessen noch immer in den Neustadtmühlengraben. Da dieser Zustand nicht länger geduldet werden kann, so hat der Magistrat Herrn Bewig um Abtretung der beiden Straßenflächen ersucht. Derselbe fordert eine Entschädigung von 25 M für 1 qm und für sein angrenzendes Grundstück Befreiung von Straßenkosten, die bei einer Frontlänge von ca. 27 m unter Zugrundelegung eines bereits früher auf 260 M für 1 m ermäßigten Einheitsfußes 7020 M, mithin nochmals 25 M für 1 qm abzutretender Fläche betragen würden. Der Magistrat hält diese Entschädigung für viel zu hoch, zumal da die beiden Flächen als Baugrund nicht wohl können angesehen werden, und ersucht daher, der Expropriation derselben zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff ist die Baucommission bei der Prüfung der Vorlage zu folgendem Ergebnisse gekommen. Sie schlägt vor, dem Magistrate principiell die Genehmigung zur Einleitung des Expropriationsverfahrens zu erteilen, denselben indessen gleichzeitig zu ersuchen, mit dem Kreismaurermeister Bewig nochmals in Verhandlung zu treten und ihm einen Einheitspreis von 25 M, unter Ablehnung der Befreiung von Straßenbaukosten, zu bieten. Bezüglich der Hattensauer'schen Angelegenheit empfehle die Commission, das ganze Grundstück durch eine Sachverständigen-Commission schätzen zu lassen und auf Grund dieser Schätzung mit Hattensauer nochmals in Verhandlung zu treten. Die Baucommission gebe die Genehmigung dieser beiden Anträge anheim.

Herr Nieß erläutert den Standpunkt der Baucommission noch des Näheren und bemerkt, daß dieselbe von dem Bestreben geleitet sei, dem Kreismaurermeister Bewig in allen billigen Ansprüchen entgegenzukommen. Die Abschätzung des Hattensauer'schen Grundstückes solle aber vorgenommen werden, um zu ermitteln, ob der Erwerb des gesammten Grundstückes für die Stadt nicht günstiger sei, als die Expropriation eines Theiles desselben.

Der Antrag der Baucommission wird darauf angenommen.

## V. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Behuf der alljährlich stattfindenden allgemeinen Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung beabsichtigt der Magistrat 52 Candelaber-Gaslaternen, 1 Candelaber mit Gasintensivlaterne und 6 Candelaber-Petroleumlaternen neu aufzustellen, sowie 20 Candelaber zu versehen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der geplanten Aufstellung und Verseeung der Laternen einverstanden zu erklären und die erforderlichen Einrichtungskosten mit 6930 M zu bewilligen. Die neuen Gaslaternen sollen in folgenden Straßen Aufstellung finden: Augustthorpromenade und Friedrichstraße je 5 Stück; Husaren-, Wabestraße und Sandweg je 4 Stück; Pflegehaus-, Eschenburg- und Rußbergstraße je 3 Stück; Herder-, Masch-, Spohrstraße, am Gaußberge und Königstiege je 2 Stück; Augustplatz, Regidienmarkt (Intensivbrenner), August-, Gertruden-, Vertram-, Goßlarsche-, Kloster-, Cammann- und Carlstraße, Wollmarkt, Petriithorpromenade und am alten Petriithore je 1 Stück, sowie an der Salzdhahmerstraße jenseit der Bahnüberfahrt 6 Petroleumlaternen.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Meyer die Genehmigung der Vorlage.

Herr Koch möchte beantragen, auf dem Regidienmarke wenigstens zwei Candelaber aufzustellen, weil der viel begangene Platz sonst nicht genügend beleuchtet werde. Gerade dieser Platz sei gegen andere Plätze der Stadt, z. B. den Ruhfäutchenplatz, recht stiefmütterlich behandelt worden und empfehle es sich, auf demselben zwei Candelaber aufzustellen.

Herr Löschigt fragt an, ob die hier neu bewilligten Laternen gleich mit dem Auer'schen Glühlichte versehen werden sollen und wie weit diese Angelegenheit, für welche die Kosten schon längere Zeit bewilligt seien, überhaupt gediehen sei.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß sich die Verhandlungen wegen Einrichtung der Straßenlaternen mit Auerlicht verzögert haben, weil noch eine neue Methode für das Anzünden der Laternen eingeführt werden solle. Die Proben seien nunmehr beendet und solle diese Frage jetzt zum Abschlusse kommen. Die Deputation für die städt. Gas- und Wasserwerke habe bereits eine Anzahl Straßen in Vorschlag gebracht, deren Laternen mit Auerlicht versehen werden sollen. Unter den hier neu beantragten Laternen werde nur eine kleine Zahl mit Auerlicht einzurichten sein, weil dasselbe doch nur in den Straßen mit lebhafterem Verkehr Verwendung finden solle. Wenn demnächst das Auerlicht im größeren Umfange eingeführt werde, müßten die jetzigen Laternen in den weniger verkehrsreichen Straßen aufgestellt werden.

Herr Wollenweber will den von Herrn Koch geäußerten Wunsch bezüglich der Aufstellung von zwei Candelabern auf dem Regidienmarke unterstützen.

Außerdem ersuche er, wieder eine Laterne an der Ecke von Ritterstraße und am Magnithore, welche dort früher gestanden habe, aufzustellen, weil bei dem starken Verkehre an dieser Stelle die jetzige Beleuchtung ungenügend erscheine.

Herr Lord vermißt unter den Vorschlägen die Catharinenstraße, deren traurige Beleuchtungsverhältnisse er schon in der vorigen Sitzung geschildert habe. (Seite 57 des Berichts.) Da dort aber das Gasrohr noch nicht liege, so bitte er, wenigstens eine Petroleumlaterne aufzustellen und die an der Ecke der Neuen Promenade befindliche Gaslaterne um einige Meter nach der anderen Seite des Fußweges zu verrücken, wodurch dann der obere Theil der Straße etwas Licht erhalte.

Herr Südel befürwortet die Aufstellung einer Laterne in der Umlandstraße, welche Abends vollständig in Dunkel gehüllt sei.

Herr Löschigk möchte darauf hinweisen, daß der Candelaber auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz in Folge der Nähe des elektrischen Lichtes auf dem Staatsbahnhofe einen traurigen Eindruck mache, da er für den dort an der Kreuzung zweier Straßenbahnlinien herrschenden starken Verkehr zu wenig leuchte. Es empfehle sich daher, diesen Candelaber baldigst mit Auer'schem Glühlichte auszustatten. Außerdem vermiße er an der Nordseite des Bankplatzes die früher vorhanden gewesene Laterne am Meyer'schen Hause. Bei der dort nach der Schließung des Löhr'schen Ladens herrschenden Finsterniß empfehle es sich, die Laterne wieder anzubringen.

Herr Rathe will seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß auf die von ihm vor einiger Zeit angeregte Beleuchtung des Platzes vor dem Theater keine Rücksicht genommen sei.

Herr Stadtrath Haake möchte darauf aufmerksam machen, daß die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in Aussicht stehe und es sich empfehle, sich auf die nothwendigsten Neueinrichtungen zu beschränken, weil die Sachen sonst nur wieder fortgenommen werden müssen und unnöthige Kosten verursacht haben.

Herr Müller muß wiederholt auf die Nothwendigkeit einer besseren Beleuchtung der Wendensstraße hinweisen. Diese Hauptverkehrsstraße sei an einigen Stellen so schlecht beleuchtet, daß eine baldige Besserung dringend nothwendig erscheine. Man dürfe hiermit auch nicht bis zur Einführung der elektrischen Beleuchtung warten, weil das sich immerhin noch einige Jahre hinziehen könne. Eine Vermehrung um 3 Laternen halte er für nothwendig.

Herr Stadtrath Haake entgegnet, daß die Wendensstraße an einem sehr dunklen, stürmischen Abende von drei Magistratsmitgliedern begangen sei, welche eine Vermehrung der Laternen nicht für nothwendig halten. Jedenfalls lasse sich die Sache bis zur Einführung der elektrischen Beleuchtung hinausschieben.

Herr Rathe ist nicht der Meinung gewesen, daß am Theater neue Candelaber gebraucht würden, sondern daß sich der Magistrat mit der Hoftheater-Intendantur in Verbindung setze, um ein längeres Brennen der vorhandenen Candelaberlaternen zu ermöglichen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hatte, daß die hier vorgebrachten Wünsche als Anregungen für die Zukunft zu betrachten seien, wird die Magistratsvorlage angenommen.

## VI. Ausbau des Hagenringes zwischen Carl- und Wabestraße.

Die städtische Bauverwaltung hat dem Magistrate einen Grundplan und einen Kostenanschlag nebst Kostenvertheilung über den Ausbau des Hagenringes zwischen der Carl- und Wabestraße mit dem Anheimgeben vorgelegt, die Feststellung des Beitrages zu veranlassen. Die Baukosten sind zu 28 000 M und die Grunderwerbskosten zu 40 000 M veranschlagt worden, so daß sich der Anliegerbeitrag auf 240 M für 1 m belaufen wird. Der Magistrat giebt anheim, Project, Kostenanschlag und Vertheilungsberechnung zu genehmigen.

Wie Herr Nieß berichtet, empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Löschigk möchte bei dieser Gelegenheit bitten, die Grundstücke bei der Vertheilung der Straßenbaukosten von vornherein gleichmäßig heranzuziehen, damit solche Sachen, wie sie bei dem Altemwiekringe jetzt schweben, vermieden werden. Die Anlieger des Altemwiekringes sollen nämlich jetzt, nach 7 Jahren, noch  $33\frac{1}{3}\%$  an Straßenbaukosten nachzahlen, obwohl sie bis dahin geglaubt haben, es sei schon Alles bezahlt worden. Wenn dieses auch vollständig sachgemäß und zutreffend sein möge, so erscheine es doch bedauerlich, daß ein Anlieger nur zu 98% herangezogen sei und die übrigen noch  $33\frac{1}{3}\%$  nachzahlen sollen. Es sei ihm nicht begreiflich, daß man nach so langer Zeit noch Straßenbaukosten nachfordern könne, trotzdem die Bauverwaltung doch sonst ihre Veranschlagungen hoch genug zu machen pflege.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Stadt die Cautionen der Bauunternehmer nicht gar zu hoch zu bemessen pflege, weil Letztere meist nicht in der Lage seien, so hohe Cautionen längere Zeit zu hinterlegen. Auf dem Altemwiekringe sei die Nachforderung dadurch entstanden, daß bei der Expropriation des Terrains die Sachverständigen einen Einheitspreis von 6 M zugebilligt hätten, auf welcher Grundlage die städtische Bauverwaltung die Schätzungen für die Höhe der Cautionen vorgenommen habe. Hinterher haben die beiden theilhaftigen Eigentümer das Gutachten der Sachverständigen angefochten und erzielt, daß neue Sachverständige angenommen worden, die das Terrain dann zu 10 M geschätzt haben, in welcher Höhe die Kosten auch eingefordert seien. Das Expropriationsverfahren habe sich nun aber jahrelang hingezögert, wogegen der Magistrat natür-

lich machtlos sei. Andererseits seien auch die Schätzungen der städtischen Bauverwaltung nicht mehr zutreffend gewesen. Bei dem Magistrate sei eine Verzögerung der Sache entschieden nicht vorgekommen. Gegen derartige Nachtheile könne man sich aber nur schützen, wenn man solche Häuser nicht kaufe, über welche eine Kostenabrechnung noch nicht vorliege, oder wenn man sich vom Verkäufer Sicherheit geben lasse. In diesem Falle haben sich die Käufer auf den betreffenden Unternehmer verlassen, der für die Straßenbaukosten habe aufkommen wollen, der jetzt indessen nicht mehr in der Lage sei, für sich selbst aufzukommen und das Weitere gesucht habe. Die Stadt könne diese Kosten nicht übernehmen. Der Magistrat suche den Anliegern wohl durch Zubilligung längerer Zahlungsfristen entgegenzukommen, aber an der Sache selbst vermöge er nichts zu ändern.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

#### VII. Erwerb von Straßenflächen zur Campestraße.

Von den an der Campestraße gelegenen Grundstücken des Finanzrevisors Herrmann und des Rentners von Voigt sind noch zwei 19 und 7 qm große Flächen zur Straße zu erwerben. Der Magistrat beantragt, dieselben zum Einheitspreise von 30 M anzukaufen,

mit welchem Antrage sich die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, einverstanden erklärt.

#### VIII. Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Markthallengrundstücks.

Die Markthallen-Baudeputation hat empfohlen, zwecks Erweiterung des Markthallengrundstücks und insbesondere der Einfahrt in dieses vom Werder aus die daselbst unter M. ass. 1454, 1455 und 1456 gelegenen drei Grundstücke anzukaufen. Der Magistrat muß den Erwerb gleichfalls für wünschenswerth halten, und würde auf den Ankauf auch schon früher Bedacht genommen haben, wenn die Grundstücke für annehmbare Preise zu haben gewesen wären. Bei den jetzt eingeleiteten Verhandlungen sind schließlich für sämtliche drei Grundstücke 40 000 M, nämlich 18 400 + 11 600 + 10 000 M gefordert. Der Magistrat empfiehlt, diese Summe noch für das Markthallengrundstück aufzuwenden, weil die dadurch gewonnene Fläche von 324 qm für die bessere Ausnutzung des Grundstücks und die Schaffung einer angemessenen Einfahrt, verbunden mit der ohnehin nothwendigen Verbreiterung des angrenzenden Theiles des Werders, von wesentlichem Vortheile sei.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Seele empfehlen. Wenn auch anerkannt werden müsse, daß die Preise für die Grund-



stücke reichlich hoch seien, so lasse sich doch kein anderer Ausweg finden, um eine Erweiterung der Einfahrt zur Markthalle an dieser Seite zu ermöglichen.

Der Antrag wird angenommen.

### IX. Reparaturen an den Gebäuden der vormaligen Husarenkasernen.

Zur Instandhaltung der früher von dem Husarenregiment benutzten, an der Steinthorpromenade und am Augustplaz gelegenen Grundstücke sind im Rechnungsjahre 1894/95 Ausgaben im Gesamtbetrage von 267,47 M erforderlich gewesen, welche der Magistrat zu Lasten des vorjährigen Stats zu bewilligen ersucht. Die Reparaturen waren nothwendig, weil die Gebäude nicht wohl ohne Aussicht bleiben konnten und deshalb einigen Feuerwehrlenten in denselben Wohnungen überlassen wurden, welche ohne Ausführung der in Rede stehenden Arbeiten nicht beziehbare waren.

Herr Nieß empfiehlt namens der Baucommission, der Bewilligung zuzustimmen.

Herr Koch möchte bezüglich des Schulhofes bei der Caserne am Monumentsplaz einen Uebelstand zur Sprache bringen, der darin bestehe, daß die Kinder bei ihren Spielen stets in Staubwolken gehüllt seien. Es empfehle sich daher, dort den Sprengwagen öfter fahren zu lassen.

Herr Böschigt befürwortet das Aufbringen von Grand auf den Plaz, wodurch die Staubbildung vermieden werde.

Herr Koch würde es für ausreichend erachten, wenigstens einen Theil des großen Plazes mit Grand belegen zu lassen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### X. Anschluß der Regenrobre einer Schule an den Canal.

Zur Herstellung eines Canalan schlusses für die an der Straßenfront der Bürgerschule an der Dittmerstraße befindlichen Kienensfallrobre sind Arbeiten erforderlich geworden, welche der Magistrat durch Bewilligung der Kosten im Betrage von 192,50 M zu genehmigen ersucht.

Die Bewilligung wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, ausgesprochen.

### XI. Bestimmungen wegen Verleihung von Stipendien an Studierende der techn. Hochschule.

Dem Beschlusse der Versammlung vom 20. Juni 1895 — Seite 59 des Berichts — hat der Magistrat Folge gegeben und beantragt demzufolge, bezüglich der Verleihung der betr. Stipendien diejenigen Bestimmungen, welche der Senat der technischen Hochschule in Vorschlag gebracht hat, mit einigen Abänderungen anzunehmen.

Der Entwurf der Bestimmungen lautet nach dem Vorschlage des Magistrates:

- 1) Die Stadtgemeinde Braunschweig überweist der Herzoglichen technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina hieselbst zu Stipendien für Studirende dieser Anstalt alljährlich vom 1. October 1895 an gerechnet eine Summe von 600 M. Die Ueberweisungen erfolgen auf die Dauer des Fortbestandes der Herzoglichen technischen Hochschule als solcher in der hiesigen Stadt; es sei denn, daß dieselbe auf übereinstimmenden Beschluß des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten widerrufen werden würden, in welchem Falle übrigens die Beträge bereits verliehener Stipendien noch voll zur Zahlung gelangen sollen.
- 2) In der Regel soll darauf gesehen werden, daß kein Stipendium in einem geringeren Betrage, als in dem von 200 M. verliehen werde.
- 3) Die Verleihung der Stipendien erfolgt durch einen vom Stadtmagistrate zu Braunschweig zu bestätigenden Beschluß eines Curatoren-Collegiums, welches aus dem zeitigen Rector und Senate der Herzoglichen technischen Hochschule besteht.
- 4) Die Verwilligung der Stipendien geschieht auf höchstens drei Jahre und nur auf die Zeit, welche der Empfänger auf der Carolo-Wilhelmina zu bringt.
- 5) Unter den einzelnen Bewerbern ist die Auswahl nach deren Würdigkeit und Bedürftigkeit mit der Maßgabe zu treffen, daß vorzugsweise solche Studirende, welche der hiesigen Stadt angehören, berücksichtigt werden sollen, und daß, wenn geeignete Bewerber aus der hiesigen Stadt nicht vorhanden sind, die Stipendien an andere Angehörige des deutschen Reiches mit Bevorzugung diesseitiger Landeseinwohner, jedoch jedes Mal nur auf ein Jahr, verliehen werden dürfen.

Herr Seele empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Bestimmungen in der vorstehenden Fassung.

Herr Lord vermißt in den Bestimmungen eine Angabe des Zweckes der Stiftung, welche der Anstalt doch anläßlich ihres bevorstehenden Jubiläums verliehen werden solle.

Herr Oberbürgermeister Bockels erwidert, daß es sich hier nur um das grundlegende Statut für die Stiftung handle und der Anlaß zu derselben bei Ueberreichung der Stiftungsurkunde zum Ausdruck gebracht werden würde.

Die Magistratsvorlage wird darauf von der Versammlung angenommen.

## XII. Entschädigung für einen Unfall.

Anläßlich eines Feuersalarms sind die Pferde des ersten Fahrzeuges der Feuerwehr vor einiger Zeit durchgegangen und haben in dem der Ausfahrt des Feuer-

löschgebäudes gegenüberliegenden Hause die große Spiegelscheibe des Bijouteriegeschäfts von Klingelhöfer zertrümmert, auch sind durch die niederfallenden Glasscherben eine größere Anzahl Schmuckgegenstände beschädigt worden. Der Magistrat giebt anheim, zu genehmigen, daß an Herrn Klingelhöfer ein Schadenersatz von 108,10 M., sowie an die Spiegelglas = Versicherungs-gesellschaft die Hälfte des Schadens mit 123,50 M. ersetzt werde für den Fall, daß Beide sich hierdurch wegen ihrer Schadensansprüche voll befriedigt erklären. Wenn auch eine Verpflichtung zur Ersetzung des Schadens nicht anerkannt werden könne, so will der Magistrat doch aus Billigkeitsrücksichten die Zahlung dieser Entschädigungen empfehlen.

Nach Befürwortung des Herrn Vorsitzenden stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

### XIII. Verlängerung des Hauptwasserrohrs in der Carlstraße.

Der Maurer Karl Krukenberg hat um Zuführung von Wasser aus der städtischen Leitung nach seinem, Carlstraße 39 gelegenen Grundstücke gebeten. Der Magistrat empfiehlt, die Zuführung unter der Bedingung zu genehmigen, daß Krukenberg 250 M. als ein Viertel der veranschlagten Kostensumme zu der betr. Anlage beitrage, womit sich Vekterer einverstanden erklärt habe.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Wagner empfehlen und die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

### XIV. Erwerb von Grundstücken zur Heinrich- und Hagenstraße.

Der von den städtischen Behörden beschlossene Ausbau der Heinrichstraße zwischen Hagen- und Ringstraße bedingt den Erwerb einer 5 a 41 qm großen Theilfläche des Bierbaum'schen Gartens, einer 4 a 9 qm großen Theilfläche des Ahrens'schen Gartens und einer 63 qm großen Theilfläche der Kimpau'schen Wiese. Während der Kaufmann Bierbaum gebeten hat, die von seinem Grundstücke abzutretende Fläche zu enteignen, hat der Magistrat die beiden anderen Flächen zum Einheitspreise von 6 M. pro qm gekauft mit der Maßgabe, daß tauschweise zu demselben Einheitspreise dem Ahrens'schen Grundstücke die 7 a 15 qm große Restfläche des von der Stadt angekauften ehemals Kiele'schen Grundstücks, und dem Kimpau'schen Grundstücke die 1 a 95 qm große und demnächst entbehrlich werdende Theilfläche der jetzigen Heinrichstraße zugelegt werde und ferner die Kosten der neuen Einfriedigung beider Grundstücke nach der Heinrichstraße stadtfteitig zur Hälfte getragen, sowie daß die Straßenkosten dem Ahrens'schen Grundstücke erst im Falle der weiteren Bebauung desselben zur Last gelegt werden sollen. Der Kaufmann Kimpau hat außerdem die von seinen beiden Grundstücken der Hagenstraße zuzulegenden Theilflächen von zusammen 47 qm zum Preise von ebenfalls

6 M für 1 qm mit der Maßgabe an die Stadt abgetreten, daß ungeachtet sofortiger Auflassung diese Flächen erst im Falle eines Verkaufs der Grundstücke zu Bauzwecken oder auch im Falle einer neuen Einfriedigung resp. Niederlegung der darauf stehenden Gebäude stadtseitig sollen in Besitz genommen werden und daß eine 2 qm große entbehrliche Straßenfläche tauschweise an Rimpau abgetreten werde. Der Tischlermeister Hattensauer endlich hat sich damit einverstanden erklärt, daß die seinem Grundstücke abzutrennende Fläche von 2 qm zum gleichen Einheitspreise von 6 M der Stadt überlassen werde. Der Magistrat ersucht, sich hiermit, sowie ferner damit einverstanden zu erklären, daß von dem Bierbaum'schen Grundstücke noch weitere 4 qm zum Ausbau der Hagenstraße erworben werden.

Die Bancommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff, sich mit der ganzen Vorlage einverstanden zu erklären.

Herr Lord möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob der hier projectirte Zug der Heinrichstraße mit dem im Ortsbauplane vorgesehenen Straßenzuge zusammenfalle. Es sehe schlecht aus, wenn solche Straßenvinkel wie in der Verlängerung der Straße am Fallersleberthore geschaffen werden.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß dieser Straßenzug dem Projecte im Ortsbauplane, welches schon vor Inangriffnahme der Arbeiten festgestellt sei, vollständig entspreche. An der Straße am Fallersleberthore lasse sich leider nichts mehr ändern.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## XV. Canalisirung einer Theilstrecke des Burgmühlengrabens.

Das Grundstück des Volksbades an der Kaiserstraße und der an der Nordseite der verlängerten Kaiserstraße liegende, der Stadt gehörende Bauplatz wird von dem dort noch offenen Burgmühlengraben begrenzt. Für beide Grundstücke kann es nur von Vortheil sein, wenn dieser Graben canalisirt wird, doch läßt sich die fragliche Theilstrecke nicht gut canalisiren, wenn nicht gleichzeitig auch die obere z. B. noch offene Strecke canalisirt wird. Unter diesen Umständen hat der Magistrat wegen Canalisirung der ganzen Strecke von der Nordgrenze des Schulgrundstückes an der Reichenstraße bis zur Nordgrenze des vorerwähnten, der Stadt gehörenden Bauplatzes die Einleitung des wassergeseglichen Verfahrens beantragt. In dem vor Herzoglicher Kreisdirection stattgehabten Termine sind von den theilnehmenden Anliegern weder Einwendungen gegen das Unternehmen erhoben, noch Ansprüche auf Entschädigung geltend gemacht und es darf angenommen werden, daß der Stadt das Recht, die fragliche Canalisation auszuführen, werde verliehen werden. Die hierdurch erwachsenden Kosten sind zu 21000 M veranschlagt. Da das durch die Canalisirung zu gewinnende Areal 1276 qm beträgt, so stellt sich der Einheitspreis desselben auf rund 16,50 M und es darf wohl an-

genommen werden, daß auch wegen Veräußerung derjenigen Flächen, welche für die Stadt ohne Werth sind, demnächst mit den theilhaftigen Anliegern ein Abkommen sich werde treffen lassen.

Zur Zeit wollen sich an der fraglichen Canalisation als Unternehmer nur die Anlieger Haake und Alpert, denen event. zwei Flächen von 220 + 10 qm zu überweisen sein würden, theilhaben, die alsdann auch nach Verhältniß dieser Flächen zu dem gesammten, neu gewonnenen Areal zu den Canalisationskosten würden beizutragen haben. Dabei ist schon jetzt mit dem Holzhändler Haake vereinbart worden, daß ein 4 m breiter Streifen dieses Terrains an der Ostseite des Grundstücks des Volksbades Eigenthum der Stadt werde. Der Magistrat ersucht nun, der Ausführung der fraglichen Canalisation zuzustimmen und zu dem Zwecke die veranschlagten Kosten vorläufig im vollen Betrage mit 21 000 M. zu verwilligen.

Herr Hauswaldt befürwortet namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

#### XVI. Kosten für Holzerkleinern im städtischen Pflegehause.

Im letzten Winter sind zur Beschäftigung Arbeitsloser im Bürgerholze bei Steinhof ausgerodete Stufen im städt. Pflegehause zerkleinert worden. Das Ergebnis dieses Versuchs geht dahin, daß den Unkosten von 2855 M. eine Einnahme von 1477,50 M. gegenüber steht, so daß sich ein Fehlbetrag von 1377,50 M. ergibt. Der Magistrat ersucht, diesen Betrag aus den vorrätigen Mitteln der Hundesteuercasse zu verwilligen. — Ungeachtet dieses Deficits beabsichtigt der Magistrat, falls solches sich als geboten herausstellen sollte, den Versuch im nächsten Winter zu wiederholen, weil eine, wenn auch für die Stadt nicht vortheilhafte, Beschäftigung von Arbeitslosen gegen Lohn der Unterstützung derselben vorzuziehen sein dürfte. Das zerkleinerte Holz ist von den städtischen Schulen erworben worden.

Der Herr Vorsitzende hat gegen die Vorlage auch bezüglich des Schlußsatzes Bedenken nicht zu erheben und giebt anheim, derselben zuzustimmen, was geschieht.

#### XVII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch der Ehefrau des Invaliden Göhmann um Befreiung von der Steuer für einen Zieh hund wird auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden genehmigt.

#### XVIII. Erwerb einer Theilfläche zur Wendensstraße.

Von den an der Wendensstraße Nr. 14 und 15 gelegenen Grundstücken des Badstubenbesizers Uhlenborn ist eine Theilfläche zu 8,8 qm zur Straße zu erwerben.

Dem Ersuchen des Magistrates, diese Fläche zum Einheitspreise, von 150 M zu übernehmen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden zu.

### XIX. Verkauf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Prioritäten.

Dem von der Versammlung in der letzten Sitzung an den Magistrat gerichteten Ersuchen entsprechend — Seite 68 des Berichts — hat derselbe die zum Stammvermögen des hiesigen Kreiscommunalverbandes gehörigen 278 800 fl. Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Prioritäten zum Preise von 100,50 % verkauft. Der Erlös an Capital zu 476 329,80 M ist nach Abzug des Schlußnotenstempels zinsbar zu belegen. Die Versammlung wird ersucht, für den Fall, daß sich in den bevorstehenden Ferienwochen günstige Gelegenheit zur Wiederbelegung dieses Capitals oder eines Theiles desselben bieten sollte, mit Wahrnehmung ihrer Wünsche die Finanzcommission zu beauftragen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden, nachdem der Herr Vorsitzende erklärt hatte, daß der Finanzcommission eine ähnliche Ermächtigung schon wiederholt ertheilt worden sei.

### XX. Antrag Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, den Fußweg an der östlichen Seite der Wolfenbüttlerstraße bald möglichst zu reguliren“, führt Herr Bues an, daß der Fußweg bei Regenwetter gar nicht passirbar sei und namentlich an dem Feldschlößchen und dem Römer'schen Grundstücke dringend der Besserung bedürfe. Da nun die Wolfenbüttlerstraße jetzt in den Besitz der Stadt übergegangen sei, so erscheine es wünschenswerth, dieser Sache baldigst näher zu treten.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

### XXI. Anfrage Wolff: Ausstellung der perspectivischen Zeichnungen zum Stadthausbau.

Herr Wolff bemerkt zur Begründung, daß dem Vernehmen nach der Stadtbaurath Winter die perspectivischen Zeichnungen zum Neubau des Stadthauses fertig gestellt habe und er glaube, dem Magistrate den Wunsch unterbreiten zu sollen, den Mitgliedern der Versammlung diese Zeichnungen zugänglich zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Erfüllung dieses Wunsches seitens des Magistrates nichts entgegen zu stellen sei, daß Letzterer indessen noch keine Kenntniß von der Fertigstellung der Zeichnungen habe. Der Versammlung solle bekannt gegeben werden, wann und wo dieselben zu sehen seien.

Darauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis 5 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---





# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. September 1895.

### Tagesordnung:

I. Canalsteuer-Erlaßgesuch . . . . .	Seite 87
II. Antrag B u e s: Zustandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße . . . . .	" 87
III. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	" 87
IV. Kosten für Verlegung von Gasröhren . . . . .	" 88
V. Uebernahme einer Nebenbeschäftigung seitens verschiedener Schlachthausbeamten . . . . .	" 88
VI. Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserröhren an der Heinrichstraße ic. . . . .	" 88
VII. Auswechselung von Gasröhren in der Wilhelmstraße ic. . . . .	" 89
VIII. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen von 1891 . . . . .	" 89
IX. Kosten für Reparaturen in der Bürgerschule an der Leopoldstraße . . . . .	" 89
X. Abkommen wegen des verlängerten Gasrohres in der Koppstraße . . . . .	" 90
XI. Straßenbaukosten an einem Theile der Bertramstraße . . . . .	" 90
XII. Bauproject und Baukosten für eine Bürgerschule an der Heinrichstraße . . . . .	" 90
XIII. Straßenbaukosten an der Herderstraße . . . . .	" 93
XIV. Kosten für die Berufs-, Gewerbe- und Volkszählung . . . . .	" 93
XV. Einsprachen gegen die Baulinie an der oberen Helmstedterstraße . . . . .	" 93
XVI. Kosten für den Ankauf von Aquarellen . . . . .	" 93
XVII. Uebertragung von Canalbaukosten auf das neue Rechnungsjahr . . . . .	" 94
XVIII. Uebertragung von Kosten für Anbringung von Feuermeldechildern . . . . .	" 94

XIX. Aufnahme eines Darlehns für Rechnung der Schlachthausverwaltung . .	Seite 94
XX. Anliegerbeitrag zu den Kosten der Ottmerstraße . . . . .	" 95
XXI. Commission zur Ordnung des Firmenschilderwesens . . . . .	" 95
XXII. Commission zur Ueberswachung der Vertilgung des Franzosenkrautes . .	" 96
XXIII. Hinausschiebung des Probebetriebes im städt. Kühlhause . . . . .	" 96
XXIV. Anschließung auswärtiger Grundstücke an das städt. Canalnetz . . . .	" 96
XXV. Anfrage Mann: Verlegung der hiesigen Eisenbahn-Werkstätten . . .	" 99

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer, Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Graf v. d. Schulenburg. Später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Voller, Brückmann, Günther, Lange, Löbbecke, Meyerhoff, Nieß, Uhde, Weber und Wolters.

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende, Herr Semler, den Eingang folgender Schriftstücke bekannt:

- 1) Schreiben des Herrn Felix Brendecke, in welchem der Genannte sich beklagt, daß ihm sein Recht immer noch nicht geworden sei; das Schriftstück wird zu den Acten genommen.
- 2) Rückschreiben der Königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg vom 1. Juli 1895, welches Folgendes ausführt: Dem Antrage des Stadt-Magistrates auf Ausgabe der ermäßigten Sonderzugarten Braunschweig — Harzburg zu dem Zuge M 206 ist z. B. nicht zu entsprechen, weil die Eisenbahn-Verwaltung ein hervorragendes Interesse daran hat, den Verkehr auf Fahrkarten zu besonders ermäßigten Preisen auf wenige bestimmte Züge zu beschränken, um die übrigen Züge für den ohnedies starken Sonntagsverkehr freizuhalten. Insbesondere erscheint die Freigabe des fraglichen Zuges inmitten der laufenden Fahrplanperiode und in einer Zeit, in welcher der Reiseverkehr sich auf seiner Höhe befindet, aus dem Grunde bedenklich, weil zu befürchten ist, daß dieselbe Verschiebungen des Verkehrs zur Folge haben würde, die leicht die pünktliche Beförderung der Züge in Frage stellen könnte. Die Frage, ob und inwieweit die Ausgabe dieser Karten noch zu anderen Zügen als gegenwärtig ohne Unzuträglichkeiten wird zugelassen werden können, soll indessen im nächsten Jahre rechtzeitig nochmals einer genauen Prüfung unterzogen werden und hofft die Direction, den Wünschen der hiesigen Bevölkerung nach dieser Richtung hin gerecht werden zu können. — Zu dem zweiten Antrage des Stadt-Magistrates, die für die Sonntags-Sonderzüge von Braunschweig nach Harzburg u. gesetzten Preise allgemein ermäßigen zu wollen, wird Fol-

gendes bemerkt: Nach den für die Festsetzung der Fahrpreise für Sonderzugarten maßgebenden Bestimmungen der preussischen Staatseisenbahnen ist die Gewährung einer größeren Ermäßigung als 50 % des gewöhnlichen Fahrpreises der einfachen Fahrt nicht zulässig. Diese höchste Ermäßigung besteht auch für die Sonderzugarten Braunschweig—Harzburg, da der für Hin- und Rückfahrt zur Erhebung kommende Fahrpreis genau dem Preise der einfachen Fahrkarten entspricht, während die Sonderzugarten Braunschweig—Thale allerdings eine Ermäßigung von etwa 60 % enthalten. Diese sowohl wie die in Magdeburg zu den Sonderzügen nach dem Harze zur Ausgabe gelangenden Sonntagskarten sind aber als eine Einrichtung der vormaligen Privatbahn nur ausnahmsweise bis auf Weiteres noch beibehalten worden. Aus diesem Grunde ist eine Ausdehnung jener außergewöhnlichen Fahrtvergünstigung ausgeschlossen und würden öftere Berufungen darauf nur den Erfolg haben, ihre Aufhebung, da wo sie z. B. noch bestehen geblieben sind, zu beschleunigen.

Sodann wird zur Verathung der Tagesordnung geschritten.

### I. Canalsteuer-Erlaßgesuch.

Die Wittve des Bauunternehmers Löhke bittet, ihr die Canalsteuer von 36 M für ihr Grundstück, Theaterpromenade 4, zu ermäßigen, da es ihr schwer falle, diesen Betrag zu entrichten.

Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung, das Gesuch zu verwerfen, da bei der Festsetzung und Erhebung der Canalsteuer nicht davon ausgegangen werden könne, ob die Hauseigenthümer auch zahlungsfähig seien.

### II. Antrag Bues: Instandsetzung des Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße.

Den in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 82 des Berichts — hat die Baucommission geprüft und berichtet namens derselben Herr Kiecke, daß der an der östlichen Seite des oberen Theiles der Wolfenbüttlerstraße gelegene Fußweg bei feuchtem Wetter so schlecht sei, um eine Besserung zu erheischen. Die Commission gebe daher anheim, den Antrag Bues dem Magistrate empfehlend zu überweisen,

was geschieht.

### III. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Einwohner Ilgenstein, Bote und Brinkmann um Erlaß der Steuer für Wach- bzw. Zwingerhunde werden verworfen, wogegen das Gesuch

des Einwohners Pape um Erlass der Steuer für einen ihm zum Verkaufe übergebenen, dann aber eingegangenen Hund genehmigt wird.

#### IV. Kosten für Verlegung von Gasröhren.

Durch die Belegung der Chemnitzstraße, der verlängerten Bammelsburgerstraße und des Königstieges mit Gasröhren sind an Kosten zusammen 2984,19 M entstanden, welche der Magistrat nachträglich zu verwilligen ersucht.

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, geschieht.

#### V. Uebernahme einer Nebenbeschäftigung seitens verschiedener Schlachthausbeamten.

Eine Anzahl Mitglieder der hiesigen Fleischerinnung hat eine auf Gegenseitigkeit beruhende Schlachtvieh-Versicherung gegründet, deren Geschäfte in Folge des Schlachthauszwanges im Wesentlichen auf dem Grundstücke des Schlachthauses und daher zweckmäßig unter Mitwirkung der städtischen Schlachthausbeamten zu erledigen sind. Von diesen Beamten sind deshalb aufgefordert, die beiden Schlachthausstierärzte, um eine besondere Untersuchung der versicherten Thiere, der Cassirer Godelmann, um die Vereinnahmung der Prämien und der Schlachthaus-Director Koch, um die zeitweise Aufbewahrung und Rückzahlung der eingegangenen Geldbeträge zu übernehmen. Da eine Beeinträchtigung der Dienstobliegenheiten dieser Beamten aus der Uebernahme der Nebenbeschäftigung nicht zu befürchten steht, so ersucht der Magistrat, den Beamten dieselbe zu gestatten.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Rudeloff keine Bedenken gegen diesen Antrag zu erheben und giebt dessen Genehmigung anheim, welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

#### VI. Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserröhren an der Heinrichstraße etc.

Bei dem bevorstehenden Ausbau eines Theiles des Hagenringes und der Heinrichstraße ist es zweckmäßig, diese Straßen vor deren Herrichtung mit Gas- und Wasserröhren zu versehen, sowie für die spätere Beleuchtung Laternen aufzustellen. Der Magistrat hat entsprechende Anweisung zur Ausführung dieser Arbeiten bereits erteilt. Nach den Kostenanschlägen würden hierfür aufzuwenden sein aus dem Reservefonds des Wasserverswerks 7861 M, aus dem Erneuerungsfonds desselben 320 M und aus dem Reservefonds des Gaswerks 9204,46 M, welche Beträge nachträglich zu verwilligen die Versammlung ersucht wird.

Auf Antrag der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird die Bewilligung beschlossen.

## VII. Auswechslung von Gasröhren in der Wilhelmstraße 2c.

Die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke hat die Auswechslung folgender 50 mm weiter Gasröhren gegen solche von 100 mm Weite beantragt, weil erstere dem Bedürfnisse nicht mehr genügen: 1) in der Wilhelmstraße vom Steinwege ab in einer Länge von 246 m und 2) auf dem Kohlmarke an der südlichen Seite vom Hutfiltern bis zur Friedrich-Wilhelmstraße in einer Länge von 82 m. Dem Antrage des Magistrates, die hierfür veranschlagten Kosten von zusammen 2321,24 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Meyer berichtet, zu.

## VIII. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen von 1891.

Wie Herr Fiedel berichtet, sind die Haushaltsrechnungen des Jahres 1891 von Herrn Löffbecke geprüft worden und hat sich nach der Erklärung desselben gegen die Rechnungen nichts zu erinnern gefunden, so daß die Decharge ertheilt werden könne,

was geschieht.

## IX. Kosten für Reparaturen in der Bürgerschule an der Leopoldstraße.

Es hat sich herausgestellt, daß der Dielenfußboden der fünften Mädchenklasse in der Bürgerschule an der Leopoldstraße größtentheils von Hausschwamm unterzogen ist. Die städt. Bauverwaltung empfiehlt, den Fußboden jetzt aus einer starken Betonschicht mit Linoleumbelag herzurichten und ersucht daraufhin der Magistrat, für die Arbeiten zur Trockenlegung der Schwellenmauern und des Untergrundes neben dem Gebäude, sowie zur Anbringung der vorgeschlagenen Aenderungen am Fußboden der Classe einen Betrag von 485 M zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Rathе sind nicht nur die von der städt. Bauverwaltung angegebenen Stellen, sondern alle hölzernen Schwellen der Classenmauern angefault. Die Classe liege überhaupt recht ungesund, da die Schule bei moorigem Untergrunde nicht unterkellert sei und die Abortanlagen sich in unmittelbarer Nähe der auch zu niedrigen Classe befinden. Demnach könne er die in Vorschlag gebrachten Aenderungen nur als Nothbehelf ansehen, und bitte, die Magistratsvorlage gutzuheißen. Empfehlen möchte es sich, die betreffende Classe möglichst bald ganz außer Betrieb zu stellen.

Die Versammlung ertheilt darauf die Zustimmung zu der Vorlage.

### X. Abkommen wegen des verlängerten Gasrohres in der Koffstraße.

Auf Antrag des Herrn Zul. Heinrich Wille hieselbst wurde im Jahre 1893 behufs Aufstellung eines Gasmotors das Gasrohr in der Koffstraße unter der Bedingung verlängert, daß Wille während eines Zeitraums von 7 Jahren jährlich für 1080 M Gas zu entnehmen, bezw. Nachzahlungen bis zu diesem Betrage zu leisten habe, falls er weniger Gas gebrauche. Der Gasverbrauch hat bisher nun aber erheblich weniger betragen, so daß Wille bereits Nachzahlungen in Höhe von 699,45 M leisten mußte, aus welchem Grunde derselbe um Aufhebung des Vertrages gebeten hat. Dagegen ist er bereit, die Anlagekosten für die Verlängerung des Gasrohres abzüglich der bereits erfolgten Nachzahlungen zu tragen, und dann für die Folge nur das verbrauchte Gas zu bezahlen. Der Magistrat giebt anheim, sich mit solchem Abkommen, wonach Wille noch 267,95 M nachzuzahlen haben würde, einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Antrag genehmigt.

### XI. Straßenbaukosten an einem Theile der Vertramstraße.

Die Straßenkosten des nördlich der Leonhardstraße gelegenen Theilstücks der Vertramstraße sind auf 53,57 M für 1 m berechnet worden und ersucht der Magistrat, diese Berechnung gutzuheißen. Vom Ausbau der nördlichen Theilstrecke der Vertramstraße ist wegen der großen Kosten einstweilen Abstand genommen.

Die Straßenkosten werden von der Versammlung auf Antrag der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet, in vorstehender Höhe festgesetzt.

### XII. Bauproject und Baukosten für eine Bürgerschule an der Heinrichstraße.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Versammlung vom 28. Juni 1894 — Seite 122 des Berichts — überweist der Magistrat derselben einen Bericht der städt. Bauverwaltung nebst zugehörigem Project für den Neubau einer 24classigen unteren Bürgerschule an der Heinrichstraße, mit dem Antrage, das Bauproject mit der von dem Schulvorstande der Bürgerschulen empfohlenen Abänderung und unter dem einstweiligen Vorbehalte einer Entschließung über die Einrichtung der Abortanlagen zu genehmigen und die Bau- und Einrichtungskosten in veranschlagter Höhe von 400 500 M zu bewilligen.

Die Vorlage ist von der vereinigten Schul- und Baucommission geprüft worden und berichtet namens derselben Herr Blasius: Die Commission habe den Wunsch ausgedrückt, daß der in Aussicht genommene Linoleumbelag wohl in den Schulclassen, nicht aber auch in den Corridoren verwandt werden möchte, weil hier geriffelte Mettlacher oder Einziger Fliesen schon mit Rücksicht auf das schwere

Schuhwerk der Kinder zweckmäßiger sein dürften. Man sei der Ansicht gewesen, daß Cementdielen auf den Corridoren einen entschiedenen Fortschritt bilden gegenüber den bisher verwandten Holzdecken. Der Anlage einer Centralfeuer = Luftheizung und einer Douchebadeeinrichtung stehe man sympathisch gegenüber. Bezüglich der Abortanlagen seien die Commissionen einstimmig der Ansicht, daß, wenn irgend möglich, die Wasserspülung der Closets eingeführt werden möchte und die Excremente demnach direct in den städtischen Canal eingeleitet würden. Die Frage des Spülsystems unterliege einer späteren Erörterung. Mit der Chauffirung und Brandirung des Schulhofes seien die Commissionen einverstanden. Demnach werde der Versammlung empfohlen, die Magistratsvorschläge anzunehmen und außerdem dem Magistrat in Erwägung zu stellen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, auf den Corridoren statt des Linoleumsbelages geriffelte Mettlacher oder Singiger Fliesen zu wählen.

Herr F ü d e l ist der Meinung, daß auf den Corridoren ein einfacher Cementüberguß vollständig ausreiche und derselbe nicht noch mit Fliesen belegt zu werden brauche.

Herr B l a s i u s erwidert, daß sich nach der Ansicht einiger Commissionsmitglieder ein einfacher Cementbelag schon in Betreff seiner Glätte nicht als praktisch erweisen würde und daher die Anbringung geriffelter Fliesen vorzuziehen sei.

Herr K i e k e möchte anheimgen, die regelmäßig wiederkehrenden Schulbauten, bei welchen man den durchschnittlichen Kostenbetrag auf Grund langjähriger Erfahrung genau festzustellen vermöge, nur an solche Unternehmer zu vergeben, welche ihren Arbeitern einen angemessenen Lohnsatz zahlen. Soviel er wisse, zahle der Unternehmer, dem dieser Bau übertragen sei, seinen Arbeitern nur einen Lohnsatz von 36  $\text{S}$  für die Stunde, während die Baugewerkeninnung erklärt habe, 42  $\text{S}$  Stundenlohn beibehalten zu wollen. Außerdem müssen dessen Leute 11 Stunden täglich arbeiten, trotzdem viele Unternehmer längst erkannt hätten, daß der 8stündige Arbeitstag ihnen keinen Schaden, sondern nur Vortheil bringe. Die Behörden müßten aber ein Interesse daran haben, daß auch dem Arbeiter sein Recht geschehe.

Herr L ö s c h i g t bittet, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob dem Schulhofe nicht ein besserer Belag gegeben werden könnte. Auf dem Schulhofe an der Osterstraße habe sich der Kies im Laufe der Zeit ganz abgewaschen und es liege nun der dicke Steinschlag mit den spitzen Schrotten zu Tage, an welchen sich die Kinder beim Fallen schwer verletzen können und auch schon oft verletzt haben. Es möchte sich daher empfehlen, den Untergrund nicht mit so scharfen Steinen zu versehen und die Grandschicht höher zu legen.

Herr B l a s i u s bemerkt, daß der Hochfies nicht sehr günstig für die Augen sein solle und von der Verwendung desselben daher abgesehen sei. Der jetzige

Grundbelag empfehle sich noch am meisten zur Instandsetzung der Schulhöfe. Der Schulplatz an der Osterstraße müsse vielleicht einmal in Ordnung gebracht werden.

Herr Rathe möchte bitten, ein weiteres Aufschließen von Straßen durch Schulhausbauten möglichst hintanzuhalten, damit nicht das Bauen in der betr. Gegend in einer Weise beschleunigt werde, durch welche den übrigen Mitbürgern nur Schaden erwachse. Jeder Bauunternehmer baue seine Häuser, um sie zu verkaufen, oder um sie mindestens zinsfähig zu machen, was aber bei einem Ueberfluß von Wohnungen nicht möglich sei, denn in sämtlichen Stadttheilen stehen schon jetzt Hunderte von Wohnungen leer. Durch die Errichtung solcher Häuserviertel zu Speculationszwecken trage man zur Verschönerung der Stadt auch nicht bei.

Herr Rieke fragt an, ob die Außenwände des Hauses mit Isolirschichten hergestellt werden sollen, welche geeignet seien, den Schwamm vom Hause fernzuhalten. Die Befürchtung, daß hierdurch die Mauern unten zu schwach würden, könne er nicht theilen.

Herr Blasius erwidert, daß dieses aus der Vorlage nicht entnommen werden könne. Selbstverständlich würde man alle Schritte thun, um die Feuchtigkeit von dem Hause fernzuhalten.

Herr Oberbürgermeister Pöckel vermag ebenfalls nicht anzugeben, ob von der städt. Bauverwaltung die Anbringung von Isolirschichten in den Außenwänden geplant sei. Er werde indessen Anlaß nehmen, mit der städt. Bauverwaltung in Verbindung zu treten, damit Alles geschehe, um ein gutes Bauwerk zu erhalten. Dem Herrn Referenten gegenüber wolle er bemerken, daß auch der Magistrat der Ansicht sei, es müsse mit dem Abfuhrsystem in den städtischen Schulen gebrochen werden und daß die städt. Bauverwaltung beauftragt sei, über die Art und Weise einer Neuordnung der Abortanlagen ein generelles Promemoria zu überreichen. Wenn die Commission empfehle, auf den Corridoren der Schule Fliesenbelag an Stelle des Pinoleums zu verwenden, so behalte er sich eine Erklärung hierüber vor. Soweit er übersehen könne, empfehle sich dieser Vorschlag der Commission. Ob der Bau in Generalentreprise oder auf andere Weise vergeben werde, wisse er nicht, jedoch glaube er, daß eine Vergebung desselben überhaupt noch nicht stattgefunden habe bis auf die Arbeiten zur Herstellung des Souterrains. Allgemein bestehe bei der städt. Bauverwaltung der Grundsatz, solche Arbeiten in beschränkter Submision zu vergeben. Gegen das System der Macadamisirung der Schulhöfe könne unmöglich der Umstand sprechen, daß der eine oder andere solchergestalt hergestellte Schulhof reparaturbedürftig sei. Jedenfalls wolle er darauf hinwirken, daß hierbei spitzes Untermaterial möglichst vermieden werde.

Herr Böschigt möchte, unter Hinweis auf seinen, die Einsetzung einer Submissions-Commission betreffenden Antrag, noch anheimgeben, die Abschließung von Lieferungsverträgen nicht einem einzelnen Beamten allein zu überlassen,



sondern dieses der Baubehörde als solcher zu übertragen. Eine Lohncontrole könne indessen unmöglich von der städtischen Behörde ausgeübt werden, da sich die Lohnsätze ewig durch Angebot und Nachfrage regeln werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit der Anregung der Commission wegen Herstellung des Fußbodenbelages in den Corridoren genehmigt.

### XIII. Straßenbaukosten an der Herderstraße.

Die Straßenkosten der Herderstraße sind für den Grunderwerb auf 23,70 M und für den Straßenbau auf 42,948 M für 1 m berechnet worden. Dem Ersuchen des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet.

### XIV. Kosten für die Berufs-, Gewerbe- und Volkszählung.

Zur ordnungsmäßigen Ausführung der am 14. Juni erfolgten Berufs- und Gewerbebezahlung sind eine Reihe von Aufwendungen an Druckkosten, Portogebühr und Extraarbeiten nothwendig gewesen, zu deren Deckung die Versammlung um entsprechende Verwilligung gebeten wird. Weitere derartige Aufwendungen wird die am 2. December d. Js. stattfindende allgemeine Volkszählung verursachen, so daß der Magistrat sich zu dem Antrage veranlaßt findet, die Versammlung zu ersuchen, ihm einen Betrag bis zu 1500 M für diese Zählungen zur Verfügung zu stellen, was auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden, der namens der Statutencommission berichtet, geschieht.

### XV. Einsprachen gegen die Baulinie an der oberen Helmstedterstraße.

Gegen die von den städtischen Behörden für die Helmstedterstraße gegenüber dem Central-Friedhofe festgestellte Bau- und Fluchtlinie, insbesondere gegen die Anordnung von Vorgärten, sind von verschiedenen Anliegern Einsprachen erhoben worden. Da der Magistrat, unter eingehender Darlegung der Gründe, die Einsprachen für unberechtigt halten muß, so giebt derselbe anheim, sie zu verwerfen.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Vülkemann diesem Antrage einstimmig an und die Versammlung genehmigt denselben.

### XVI. Kosten für den Ankauf von Aquarellen.

Der Schlosser Eduard Gelpke hieselbst hat der Stadtverwaltung 55 Stück Aquarelle zum Kauf angeboten, welche fast nur alte, nicht mehr vorhandene Gebäude der Stadt Braunschweig darstellen. Der Magistrat empfiehlt, diese Sammlung zu dem geforderten Preise von 600 M anzukaufen,

und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß, nachdem Herr Wolff namens der Statuten- und Baucommission die Annahme befürwortet hatte.

#### **XVII. Uebertragung von Canalbaukosten auf das neue Rechnungsjahr.**

In den Neubauetats der Canalbaucaffe für 1892, 1893/94 und 1894/95 sind die Kosten verschiedener Canalbauten bezw. der zur Einführung des Riesel Systems erforderlichen Anlagen im Betrage von 1 139 890 M bewilligt. Nach den von der Canalbauleitung eingereichten Stückrechnungen sind davon verausgabt 696 470,85 M, so daß noch 443 419,15 M zu verwenden sind. Der Magistrat giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Summe nachträglich in den Neubauetat der Canalbaucaffe für 1895/96 aufgenommen werde,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, anschließt.

#### **XVIII. Uebertragung von Kosten für Anbringung von Feuermeldeschildern.**

Der Kreisbranddirector Weiblich beantragt, die für die Anbringung von Feuermeldeschildern im Etatsjahre 1894/95 bewilligte, aber noch nicht verwendete Summe von 200 M auf das laufende Finanzjahr zu übertragen, um die Anbringung der Schilder nunmehr vornehmen zu können. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an,

und die Versammlung genehmigt denselben auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Seele berichtet.

#### **XIX. Ausnahme eines Darlehns für Rechnung der Schlachthausverwaltung.**

Zur Bestreitung der Kosten für Erbauung und Einrichtung des Kühlhauses beim städtischen Schlachthause sind zusammen 479 120 M bewilligt worden. Dieser Credit wird nach der noch zu beantragenden Anschaffung eines Reserve-Dampfessels erschöpft werden. Von der vorstehenden Summe können 79 120 M dem Reservefonds des Schlachthauses entnommen werden, so daß rund 400 000 M im Wege der Anleihe werden beschafft werden müssen.

Bei Bezifferung des früher nachgewiesenen Geldbedarfs der Stadt hat der Magistrat hierauf mit 382 870 M Rücksicht genommen. Nachdem inzwischen die zum Dotationsvermögen des Kreisfonds gehörenden Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Prioritäten versilbert worden sind und der hierbei erzielte Erlös zu 476 329,80 M, weil zum Grundvermögen gehörig, wiederum zinsbar belegt werden muß, so ersucht der Magistrat, zu beschließen, daß der Kreiscommunalverband der Stadt ein Baarcapital von 400 000 M zu 4 % und mit Beding der Rückzahlung durch eine am 1. April 1897 beginnende Tilgung von jährlich 8000 M darleihe und die Stadt dieses Darlehn für Rechnung und zu Lasten der Schlachthaus-Verwaltung annehme.

Der durch Abschließung dieses Darlehnsgeschäftes frei werdende Theil der für außerordentliche Zwecke bewilligten Stadtanleihe von insgesammt 6 Millionen Mark wird entweder ungehoben bleiben, oder aber ohne Zinsverlust Verwendung finden können durch Darleihung desselben an den hiesigen Stadtkirchenverband.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Südel zur Annahme empfehlen, und die Versammlung genehmigt dieselbe.

## XX. Anliegerbeitrag zu den Kosten der Ottmerstraße.

Nach der Berechnung der städt. Bauverwaltung sind die Grunderwerbskosten an der Ottmerstraße auf 62,249 M und die Baukosten auf 25,481 M für 1 m ermittelt worden. Da der Magistrat der Ansicht ist, daß die vor Erlaß des Ortsbaustatuts aufgewandten Baukosten unberücksichtigt bleiben müssen, und daß solches auch in Ansehung der sämtlichen Grunderwerbskosten werde geschehen müssen, so ersucht derselbe den Anliegerbeitrag auf 25,481 M festzusetzen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff mit dem Magistrate der Ansicht, daß lediglich die nach Erlaß des neuen Ortsbaustatuts aufgewandten Baukosten in Anrechnung gebracht werden können und giebt anheim, den Anliegerbeitrag in der beantragten Höhe festzusetzen.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

## XXI. Commission zur Ordnung des Firmenschilderwesens.

Der das Firmenschilderwesen betreffende Antrag des Herrn Bührmann ist nach dem Beschlusse der Versammlung vom 20. Juni d. Js. — Seite 58—59 des Berichts — dem Magistrate zur weiteren Erwägung überwiesen worden. In einigen preussischen Städten bestehen nun diesen Gegenstand regelnde Polizeiverordnungen, erlassen auf Grund preussischer Gesetze, und ist die Rechtsgiltigkeit der in Osnabrück erlassenen Verordnung jetzt auch in zweiter und dritter Instanz anerkannt. Obwohl der Magistrat darüber zweifelhaft ist, ob die gewünschten Vorschriften bei dem Mangel entsprechender gesetzlicher Bestimmungen hier in rechtsgültiger Weise werden erlassen werden können, so will derselbe sich doch gegen den Antrag, dessen materielle Berechtigung er durchaus anerkennt, nicht ablehnend verhalten, vielmehr am Zustandekommen eines diesen Gegenstand regelnden Statuts mitwirken. Derselbe ersucht daher um Bezeichnung derjenigen Stadtverordneten, welche der zu bildenden gemeinschaftlichen Commission angehören sollen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff vorschlagen, die Herren Bührmann, Südel und Wolff in diese Commission abzuordnen, mit welchem Vorschlage sich die Versammlung einverstanden erklärt.

## XXII. Commission zur Ueberwachung der Vertilgung des Franzosenkrautes.

Auf Antrag der Verwaltungs-Deputation der Neu-Pettrithorgemeinde giebt der Magistrat anheim, sich mit der Wahl des Kunstgärtners Schelze und des Gärtners Bode zu Mitgliedern der Commission zur Ueberwachung der Vertilgung des Franzosenkrautes einverstanden zu erklären,  
was auf Empfehlung des Herrn Vorstehenden geschieht.

## XXIII. Hinausschiebung des Probebetriebes im städt. Kühlhause.

Nach dem mit der Maschinenfabrik L. A. Kiedinger in Augsburg abgeschlossenen Verträge über Lieferung einer Fleischkühl- und Eiszeugungsanlage für das städtische Schlachthaus soll behufs Darlegung der von dieser Fabrik garantierten Leistungen im Sommer d. Js. ein Probebetrieb stattfinden. Die Fabrik hat gebeten, diesen Probebetrieb auf das nächste Jahr zu verlegen und begründet ihr Gesuch damit, daß die für einzelne Hauptapparate vorgesehene Isolirung noch nicht hätte ausgeführt werden können. Um die Isolirungen anbringen zu können, wäre es erforderlich gewesen, den Betrieb auf etwa 8 Tage auszusetzen. Da dieses in Rücksicht auf das warme Wetter im Monat Mai nicht angängig erschien, mußte die Ausführung der betr. Arbeiten auf den Herbst verschoben werden. Der Magistrat ersucht, sich mit der Hinausschiebung des Probebetriebes bis zum Herbst 1896 unter den vorliegenden Verhältnissen einverstanden zu erklären.

Wie Herr F ü d e l berichtet, hat sich die Finanzcommission dem Antrage nur anschließen können, da sie in der Hinausschiebung für die Stadt keinerlei Gefahren zu sehen vermöge. Jedenfalls lasse sich während einer längeren Probezeit eine bessere Beurtheilung der Anlage ermöglichen, als wenn die Abnahme schon nach kurzer Zeit geschehen müsse. Die Anlage solle sich nach den bisherigen Erfahrungen ganz besonders bewähren, nur übersteige der Kohlenverbrauch die Garantieleistung der Firma. Die eingezahlte Caution von 20 000 M. reiche auch für den Fall aus, daß der garantierte Kohlenverbrauch überschritten werden sollte.

Die Hinausschiebung des Probebetriebes bis zum 1. October 1896 wird darauf genehmigt.

## XXIV. Anschließung auswärtiger Grundstücke an das städt. Canalnetz.

Der Kaufmann Iken und der Bauaufseher Ostmann haben gebeten, ihre an der Gellerstraße auf Dölpers Gebiet gelegenen Grundstücke an den städtischen Straßen-canal anschließen zu dürfen. Letzterer hat sich in seiner Eingabe darauf berufen, daß die der Actien-Gesellschaft für Zute- und Flachindustrie gehörenden Arbeiterhäuser gleichfalls an den Canal angeschlossen seien. Dieses ist wohl richtig, jedoch ist der Anschluß erfolgt, weil nicht bekannt war, daß das Grundstück zur Feldmark

Delpert gehöre. Wenn aus diesem Vorgange auch Niemand ein Recht auf den Anschluß seines Grundstücks zu fordern hat, so erscheint es dem Magistrat doch aus mancherlei Gründen zulässig und rathsam, Anträgen dieser Art nicht ohne Weiteres ablehnend gegenüberzustehen, sondern den Anschluß in jedem einzelnen Falle von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Der Magistrat bringt dann eine Reihe solcher Bedingungen in Vorschlag, unter denen namentlich hervorzuheben ist, daß die Canalsteuer nach der Hälfte des Mietwerthes des einzelnen Grundstücks, jedoch doppelt so hoch zu bemessen ist, wie für die städtischen Grundstücke. Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat in diesem besonderen Falle und auch allgemein zu ermächtigen, auswärtige Grundstücke, deren Besitzer sich den aufgestellten Bedingungen unterwerfen, an die städtischen Canäle auf Antrag anschließen zu lassen.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Jüdel die Genehmigung der Vorlage, da keine Bedenken darin gefunden werden können, dem Canale auch Abwässer von außenstädtischen Grundstücken zuzuführen, namentlich wenn deren Eigenthümer mit den doppelten Beiträgen belastet werden.

Herr Rieke will gegen die Einfügung der Grundstücke in das Canalnetz nichts einwenden, weil sich deren Eigenthümer in einer schlimmen Lage befinden. Wundern müsse er sich aber, daß bei einer so kostspieligen Canalanlage, wie sie die Stadt besitze, die Schöppenstedterstraße in fünf Jahren schon zum zweiten Male canalisirt werde, wenn man auch einwende, daß jetzt andere Niveauverhältnisse existiren wie damals. Wenn man die Rohre nur 80 cm unter die Straße lege, so bestehe die Gefahr des Einfrierens; auch sei ferner zu erwägen, daß die Rohre weiter genommen werden müßten, weil sie namentlich nach dem Anschlusse aller Closetanlagen sonst nicht ausreichen. Außerdem müßten die Straßen besser in Stand gesetzt und nicht so holperig gepflastert werden. Der Magistrat hätte bei der Schöppenstedterstraße einmal einen Anfang mit dem Asphaltpflaster machen können, um auszuprobiren, wie sich dasselbe bewähre.

Herr Rudeloff kann sich damit nicht einverstanden erklären, dem Magistrat allgemein die Befugniß zu ertheilen, auswärtigen Anliegern den Anschluß an das Canalnetz zu gestatten, weil man dadurch dem Bauen auf außenstädtischem Terrain nur Vorschub leiste. Es werde schon viel zu viel innerhalb der Stadt gebaut, darum solle man nicht noch Mittel und Wege schaffen, das Bauen außerhalb des städtischen Terrains zu fördern. Wenn jenseits des städtischen Polizeibezirks große Arbeitercasernen errichtet würden, so sei dieses mit recht großen Unzuträglichkeiten verknüpft. Auch erscheine es ihm bedenklich, vielen Leuten Gelegenheit zu bieten, sich jenseits der städtischen Grenze anzubauen und sich hierdurch der städtischen Besteuerung zu entziehen, während sie andererseits alle Vortheile der Stadt erhalten. Alle diese Erwägungen verbieten ihm, für diesen allgemeinen Theil der

Magistratsvorlage zu stimmen, wenn er auch nichts dawider habe, daß den beiden Bittstellern ausnahmsweise der Anschluß an das Canalnetz gestattet werde.

Herr Böschigt steht auf dem gleichen Standpunkte, weil hierdurch dem Bauen außerhalb der städtischen Grenze Thor und Thür geöffnet werden würde. Dazu trete noch der Umstand, daß er von Beamten des Rieselfeldes höre, es komme schon jetzt mehr Schmutzwasser nach dort, als nach den angestellten Berechnungen kommen dürfte, obgleich noch lange nicht alle Anschlüsse fertig seien.

Herr Südel bemerkt darauf, daß es sich nur um solche außenstädtische Grundstücke handeln könne, welche in das städtische Gebiet direct einschneiden und in ihrer Nähe bereits einen Canal besitzen, wie das bei der Gellerstraße der Fall sei, deren eine Seite auf Braunschweiger und die andere auf Delper Feldmark liege. Es sei jedenfalls für die gegenüberliegenden städtischen Grundstücke von erheblichem Interesse, daß solche Straßen auch auf der anderen Seite reingehalten werden. Für den Bau von Wohnhäusern jenseits der Stadtgrenze sei seiner Meinung nach auch nicht maßgebend, ob dort ein Canalanschluß ermöglicht werde, sondern hauptsächlich sei es der billigere Baugrund, welcher Veranlassung zum Bauen gebe. Zudem handle es sich nur darum, dem Magistrate die generelle Genehmigung zur Ertheilung der Erlaubniß zu geben, damit er nicht bei jeder derartigen Frage der Versammlung zu kommen brauche. Der Magistrat werde seinerseits jeden einzelnen Fall daraufhin genau prüfen, ob die Erlaubniß zum Canalanschluß erteilt oder versagt werden müsse.

Herr Bürgermeister Kietemeyer will bemerken, daß die von Herrn Rudeloff vorgebrachten Bedenken auch der Magistrat geltend gemacht habe und zwar zuletzt bei dem Baue der Häuser gegenüber dem Centrafriedhofe. Der Magistrat habe der Herzoglichen Kreisdirection gegenüber den Standpunkt vertreten, daß jene Häuser zu weit von der Heimathgemeinde Rautheim abliegen, um einen Schutz durch die dortige Polizeibehörde zu ermöglichen, während die hiesige Polizeibehörde nicht zuständig sei. Daraufhin habe die Herzogliche Kreisdirection die Zusage erteilt, daß so weit von der Heimathgemeinde der Bau von Wohnhäusern nicht mehr zugelassen werden solle. Hier liege die Sache aber anders und werde die Kreisdirection das Bauen nicht verbieten können, weil der fremde Ortsbauplan so nahe an das Stadtgebiet herantrete. Wenn aber auf der einen Seite einer Straße städtische Häuser ständen und auf der anderen Seite in der Mehrzahl fremde Gebäude errichtet würden, die dicht bewohnt seien und eine Wässerungsanlage nicht hätten, so könnten daraus große Unzuverlässigkeiten für die städtischen Gebäude entstehen. Ueber lang oder kurz werde man sich beispielsweise auch entschließen müssen, die Moritzburg mit ihrem lebhaften Wirthschaftsverkehre an das Canalnetz anzuschließen, obwohl sie auf Riddagshäuser Feldmark liege; denn die Zustände seien dort auf die Dauer unhaltbar. Wenn aber die Versammlung glaube, daß der

Magistrat über die Frage nicht allein entscheiden solle, so könnte gesagt werden, die städtischen Behörden sollten darüber zu entscheiden haben.

Herr Wolff steht auf dem Standpunkte des Vorredners, da die Stadt Anlaß haben werde, den Anschluß an das Canalnetz zuzulassen, sobald die Verhältnisse in der eben geschilderten Weise liegen. Um des Canalanschlusses willen werde Niemand bauen; wenn man es auch als eine Unnehmlichkeit betrachte, werde es doch die Baulust nicht befördern. Sollte aber diese Ansicht falsch sein und die mit dem Anschlusse verbundenen Uebelstände zu stark werden, so könne der Magistrat dem Zustande sofort ein Ende machen und alle weiteren Anträge ablehnen, bezw. die erteilten Zustimmungen zurücknehmen. Darum könne aber auch der Magistrat allein darüber entscheiden. Nur möchte es sich empfehlen, daß bei einem Eigenthumswechsel die Bedingungen von dem neuen Eigenthümer wieder anerkannt werden.

Herr Blasius stimmt diesen Ausführungen zu und bittet, dem Magistrate das Vertrauen zu schenken, daß er die Stadt vor Schädlichkeiten bewahre.

Herr Rudeloff fürchtet, daß in einem solchen Beschlusse die Tendenz erblickt werden könne, als ob man städtischerseits den Anschlüssen dieser Art entgegenkommen wolle. Im Uebrigen sei er vollständig der Meinung des Herrn Bürgermeisters Metemeyer, daß es unter Umständen recht zweckmäßig sein könne, den Anschluß zu gestatten; nur dürfe man nicht einen Beschluß fassen, welcher den entgegengesetzten Sinn zum Ausdruck zu bringen scheine.

Die Magistratsvorlage wird darauf bei getrennter Abstimmung in beiden Theilen angenommen.

## XXV. Anfrage Aßmann: Verlegung der hiesigen Eisenbahn-Werkstätten.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Stadt-Magistrat gewillt, falls es sich bestätigen sollte, daß die hiesigen Betriebs-Werkstätten des Bahnhofes von hier verlegt werden sollen, bei der Eisenbahn-Direction in Magdeburg vorstellig zu werden, um die Maßnahmen zu verhüten?“

Zur Begründung führt Herr Aßmann Folgendes aus: Die Nachricht von der Verlegung der Eisenbahn-Werkstätten habe wohl Jedermann peinlich berührt, nicht allein in Rücksicht auf die Arbeiter, welche hier auf dem Bahnhofs viele Jahre gearbeitet haben, sondern auch auf die mit einer etwaigen Verlegung für die Stadt verbundenen wirtschaftlichen Nachtheile. Die Eisenbahn-Werkstättenarbeiter seien durch die Nachricht thatsächlich in nicht geringe Aufregung versetzt worden und genüge auch der Widerruf in den Zeitungen nicht, um Beruhigung zu schaffen, weil bestimmt versichert werde, daß die Nachricht trotz des Widerrufs auf Wahrheit beruhe. Die Stadt Braunschweig sei seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen

noch niemals irgendwie bevorzugt worden und man habe Ursache, weitere unangenehme Maßnahmen möglichst zu verhüten. Eine Erklärung des Magistrates sei vielleicht geeignet, etwas Beruhigung in der Bürgerschaft zu schaffen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, es könne nicht bestritten werden, daß ein so großes Etablissement von erheblicher wirthschaftlicher Bedeutung für die Stadt im Allgemeinen und für eine Anzahl Personen im Besonderen sei. Der Magistrat habe sich mit der Frage der Verlegung der Eisenbahn-Werkstätten bereits beschäftigt und sei im Sinne der Anfrage schlüssig geworden, so daß er glaube in Aussicht stellen zu können, daß der Magistrat dem in der Anfrage ausgedrückten Wunsche gemäß bei der Königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg werde vorstellig werden. (Zustimmung.)

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.

---



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. September 1895.

### Tagesordnung:

I. Antrag Löschigt: Einsetzung einer Deputation für Submissionen zc. .	Seite 103
II. Stellung zweier Schwestern zur Krankenpflege . . . . .	" 115
III. Aenderung des Ortsbauplanes für die Straße „hinter'm Hopfengarten“ .	" 116
IV. Gesuch wegen ratenweiser Zahlung von Canalbaukosten . . . . .	" 117
V. Feststellung der Kosten der Grünstraße . . . . .	" 117
VI. Terrainerwerb zwischen Wabe- und Heinrichstraße. . . . .	" 117
VII. Aenderung des Ortsbauplanes für einen Theil des Madamenweges. . .	" 118
VIII. Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothetecapital. . . . .	" 120
IX. Canalbaukosten am neuen Petritzhore. . . . .	" 120
X. Anträge wegen der Eisbahn . . . . .	" 120
XI. Terrainerwerb zur Korfesstraße zc. . . . .	" 121
XII. Kosten für Legung eines Wasserrohres an der Augustithorpromenade . .	" 122
XIII. Terrainerwerb zur Goslarischenstraße und Ausbau eines Theiles derselben	" 122
XIV. Errichtung einer Arbeitercaserne auf dem Nieselgute Steinhof . . . .	" 123
XV. Aufnahme von Processen . . . . .	" 126
XVI. Wiederaufstellung des Säulenvorbaues der alten Artilleriecaserne im Bürgerparke . . . . .	" 126
XVII. Statut, betr. das Radfahren in der Stadt Braunschweig. . . . .	" 130

Am Magistratsische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Netemeyer, Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Graf v. d. Schulenburg.

Entschuldigt die Herren Bäfede und Löbbcke.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt der Versammlung zunächst den Eingang eines Magistratschreibens folgenden Inhalts mit:

„Die Finanzverwaltung der Stadt befolgt den Grundsatz, die Mittel zu den Aufwendungen für den Neubau von Bürgerschulen wegen ihrer in kurzen Zwischenräumen regelmäßig erfolgenden Wiederkehr den Betriebsgewinnen des Gaswerks und Wasserwerks zu entnehmen. Da diese Gewinne beschlußmäßig bei dem Extraordinarium der Cämmereicasse vereinnahmt werden, so finden in diesem auch die Ausgaben für Bürgerschulbauten Verrechnung, obwohl der außerordentliche Etat nur einmalige Bedürfnisse und die Beschaffung der zu ihrer Deckung nöthigen Mittel vorsehen sollte. Aus der Mitte der Versammlung ist neuerdings die dauernde finanzielle Durchführbarkeit dieses Grundsatzes unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Rückganges an den Betriebsgewinnen der beiden Werke in Zweifel gezogen und die Einbringung eines Antrages in Aussicht gestellt, dahin gehend, daß die Aufwendungen für den Neubau von Bürgerschulen durch das Ordinarium der Cämmereicasse zu bestreiten, dort dann aber auch die gedachten Betriebsgewinne zu vereinnahmen seien. Der Magistrat hat hieraus Veranlassung genommen, rücksichtlich der Periode seit 1883 die Betriebsgewinne der beiden Werke aufzurechnen und denselben die Gesamtsumme derjenigen Ausgaben gegenüberzustellen, welche in derselben Periode für den Neubau von Bürgerschulen gemacht worden sind. Das Ergebniß stellt sich derartig, daß einer Gesamteinnahme von 2161713,91 M eine Gesamtausgabe von 1849532,98 M gegenübersteht, sodaß sich ein Mehrbetrag der Betriebsgewinne von 312180,93 M ergibt.“

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte anheimgeben, diese Auseinandersetzung der Finanzcommission zur Kenntnißnahme mitzutheilen, weil sie sich auf Anträge stütze, die schon mehrfach in der Versammlung erörtert worden seien.

Dem Wunsche wird Folge gegeben.

Eine von Herrn Halle gestellte Anfrage an den Magistrat: Wie weit die Verhandlungen mit der Straßenbahn wegen der Vereinfachung des Betriebes gediehen seien, bittet der Herr Vorsitzende zurückzuziehen, weil inzwischen der Versammlung eine bezügliche Magistratsvorlage zugegangen sei, welche demnächst bekannt gegeben werde. Herr Halle zieht darauf die Anfrage zurück.

Nummehr wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

# I. Antrag Böschigt: Eiuschug einer Deputation für Submissionen u.

Der in der Sitzung vom 10. April 1895 — Seite 18/19 des Berichts — gestellte und begründete Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß alle städtischen Bauausführungen, Anlagen und deren Anschaffungen (Submissionen) u. außer dem betreffenden Beamten einer Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und drei Stadtverordneten, unterstellt werden, wie es z. B. bei der Straßenreinigung, dem Abfuhrwesen, der Pumpstation, den Kieselsteinfeldern, den Gas- und Wasserwerken u. geschieht.“

Der Antrag ist auf Beschluß der Versammlung vom 16. Mai 1895 — Seite 29—33 des Berichts — auf einige Zeit zurückgestellt worden, weil es erforderlich war, über bestimmte angebliche Mißstände, welche innerhalb der hier in Frage kommenden Materie stattgefunden haben sollen, weitere Erhebungen anzustellen. Dieses ist inzwischen geschehen und hat nunmehr die Statutencommission die Vorberathung des Antrages erledigt. Wie Herr Wolff namens dieser Commission ausführt, gipfelt das Ergebniß der Vorberathung in folgendem Antrage:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß, soweit nicht technische oder sonstige erhebliche Bedenken vorliegen, bei Vergebung der städtischen Bauarbeiten und sonstigen Lieferungen sowohl bei einzelnen Bauten und Lieferungen, als im Laufe der Zeit eine thunlichst große Anzahl von Unternehmern resp. Lieferanten Berücksichtigung finde. Im Uebrigen wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt.“

Die Erwägungen, welche dieser Beschlußfassung zu Grunde liegen, sind im Allgemeinen folgende: Zur Zeit liegen die Verhältnisse derartig, daß bei den Vergabungen der verantwortliche Vorstand der städt. Bauverwaltung unter der Aufsicht des Magistrates und der noch näher darzulegenden Controle der Stadtverordneten selbstständig entscheide. Diesem Zustande wolle der Antragsteller ein Ende machen. Derselbe habe seinen Antrag in der Sitzung vom 16. Mai d. Jrs. dahin abgeändert, daß die von ihm in Vorschlag gebrachte Deputation nicht aus einem Magistratsmitgliede und drei Stadtverordneten, sondern aus vier Stadtverordneten und dem betr. Baubeamten bestehen und ein Stadtverordneter den Vorsitz in derselben führen solle. In die Commission sollen unter keinen Umständen Baufachleute, sondern nur solche Personen gewählt werden, welche weder direkt noch indirekt an Bauausführungen theilhaftig seien und die keine Fühlung mit Bauleuten haben. Als wesentliche Ursache des Antrages sei dann die Machtstellung des betr. Beamten und die Parteinahme des Publicums gegen denselben angeführt und hinzugefügt worden, daß dem Antragsteller sehr daran liege, den

Stadtbaurath vor den Angriffen des Publicums zu schützen und dahingestellt bleiben könne, ob Mißstände wirklich vorliegen, auch solle in dem Antrage durchaus keine Verdächtigung liegen. — Die Statutencommission habe die Ansicht gewonnen, daß der Antrag im Allgemeinen zu verwerfen und das jetzige Verfahren das relativ bessere sei. Wenn der Antragsteller glaube, daß Vergebungen, welche er jetzt auch hinsichtlich der finanziellen und technischen Grundlagen der Commission zu übertragen wünsche, bis dahin der Controle der Stadtverordneten auch in finanzieller Hinsicht nicht unterstellt seien, so schließe dieses einen Irrthum in sich. Dieselben haben vielmehr diese Ausgaben direkt oder mit Hülfe von Commissionen zu prüfen, indem der Etatsvoranschlag und außerhalb desselben jede Ausgabe über 100 M. ihrer Genehmigung unterliege. Sobald auf diese Weise bestimmte Ausgaben beschlossen seien, habe allerdings der Leiter der städt. Bauverwaltung die Ausführung der Sachen allein verantwortlich zu veranlassen, das sei jedoch grundsätzlich das richtige, denn wenn Jemand für etwas haften solle — und eine greifbar volle Verantwortlichkeit sei wesentlich — so müsse er auch freie Hand in der Ausführung haben. Jedenfalls müsse die Berufsfreudigkeit des Beamten leiden, wenn er ohne zwingenden Grund von Deputationsbeschlüssen abhängig gemacht werden solle. Sofern sich indessen bei der jetzigen Gepflogenheit Mißstände herausstellen sollten, bestehe die Möglichkeit Remedur eintreten zu lassen, indem der Magistrat allgemeine Direktiven ertheile oder das Verfahren mißbillige, oder indem die Versammlung das Verfahren kritisire, eventuell im Beschwerdewege vorgehe, oder endlich indem in letzter Linie Klage gegen den Schuldigen erhoben werde. Wenn auch zuzugeben sei, daß einmal Fehler bei der jetzigen Einrichtung vorkommen können und zwar auch solche Fehler, welche nicht wieder gut zu machen seien, so werden und können doch nach der Ansicht der Commission dauernde, grundsätzliche Fehler nicht vorkommen. So sei denn die Commission der Ansicht, daß ein seinem Amte gewachsener Beamter die hier in Frage kommenden Dienste am besten allein verantwortlich erledige. Es sei freilich durchaus zuzugeben, daß eine Deputation bei Erledigung specieller einmaliger Aufgaben segensreich wirken könne, besonders wenn es sich um solche Aufgaben handle, bezüglich deren die Versammlung tüchtige Kräfte habe, welche nicht nur befähigt, sondern auch gewillt seien, sich der Aufgabe mit voller Hingabe zu widmen. Eine Deputation werde aber als dauernde Einrichtung nur dann segensreich wirken können, wenn folgende Voraussetzungen vorhanden seien: die Mitglieder der Deputation müssen voll und ganz der Aufgabe gewachsen sein, um die Materie übersehen und ein Urtheil abgeben zu können. Man dürfe also im Fragefalle nicht, wie es der Antragsteller als Ideal hinstelle, Mitglieder in solche Deputation entsenden, welche dem Baugewerbe fernstehen, sondern gerade umgekehrt müssen die Mitglieder im einschläglichen

Verkehrsleben stehen und absolut im Stande sein, dem Leiter des betr. Fachs gegenüberzutreten zu können als solche Personen, die ein gleichwerthiges Urtheil in der Sache besitzen. Es müsse die Deputation die Frage entscheiden können, welches Material in jedem Falle zu wählen sei, welche Bauausführung Berücksichtigung verdiene, auch müsse ihr eine genaue Kenntniß der jeweiligen Entwicklung des Baugewerbes, sowie eine außerordentliche Fähigkeit innewohnen, bei den einzelnen Werkmeistern zu prüfen, ob sie den concreten Aufgaben gewachsen seien. Eine solche Deputation einzusetzen werde sehr schwer sein, denn wo werde man eine Versammlung finden, die diesen Ansprüchen genüge und Mitglieder entsenden könne, die dauernd und verantwortlich in dieser Richtung wirken können und zugleich wollen? Doch auch Mißstände seien dabei nicht ausgeschlossen, denn viele Köpfe viele Sinne. Dazu komme, daß in der Commission leicht ein Mangel an Stetigkeit entstehen und außerdem dem Beamten die Berufsfreudigkeit genommen werden könne, wenn ihm, wie unausbleiblich, oft das Widerspiel gehalten würde. Das dem Antrage zu Grunde liegende Hauptmoment sei ferner die Erstrebung einer völligen Unparteilichkeit. Nun fürchte der Antragsteller, daß auch gegen die Deputation der Vorwurf der Parteilichkeit erhoben werden könne, wenn in der Commission Mitglieder sitzen, welche mit den Bauunternehmern Fühlung haben, wie das jetzt angeblich bei dem Leiter der städt. Bauverwaltung der Fall sein solle. Um deswillen wünsche er Fachgenossen nicht in der Deputation zu sehen. Wähle man aber andere Leute hinein, folge man also den Hauptwünschen des Antragstellers, so schaffe man nach der Ansicht der Commission entweder Strohmänner, oder Besserwisser, die dem betr. Baubeamten das Leben unendlich machen. Eine solche Deputation sei aber nicht lebensfähig und könne der Stadt auch nicht zum Segen gereichen. Aus allen diesen Gründen könne das vorgeschlagene Verfahren nicht den Vorzug verdienen vor dem jetzigen Verfahren.

Als wesentliche Grundlage des Antrages sei nun die Thatsache angeführt worden, daß Verdächtigungen des ersten städtischen Baubeamten vorgekommen seien. Der Antragsteller habe eine Reihe von Fällen vorgeführt, welche im Publicum cursiren sollen und die von der Commission geprüft seien. Die dabei in Frage kommenden Namen stehen wohl zur Verfügung, sollen aber zunächst nicht genannt werden. Zuerst handle es sich um einen Fall, in welchem eine hiesige Firma eine Offerte auf Lieferung von Stoffen gemacht, aber eine Antwort nicht erhalten haben solle. Ein Recht der Firma auf Antwort habe aber nicht anerkannt werden können, wenn es auf der anderen Seite auch ganz hübsch gewesen wäre, eine Antwort zu ertheilen; jedenfalls liege kein Grund vor, gegen den betr. Beamten deshalb Stellung zu nehmen. — Sodann handle es sich um eine erhebliche Steinelieferung für das Stadthaus. Bei Vergebung dieser Lieferung habe der Leiter der städt. Bauverwaltung nun Kunde davon erhalten, daß sich unter den Biegeleibbesitzern

ein Ring gebildet habe, welcher Steine nicht unter 22,50 M abgeben wolle. Als ihm dann ein Ziegeleibesitzer, wie sich herausgestellt habe, ein Mitglied des Ringes, Steine zu 20 M angeboten habe, sei diese Offerte angenommen worden in der weiteren Erwägung, daß auch eine Preiserhöhung bei den Steinen drohe. Hinterher habe sich dann ein anderer Lieferant darüber beschwert und bestreite die Meinung, daß die Steine wohl noch billiger zu haben gewesen wären. Das Verfahren des ersten Baubeamten sei indessen nach der Ansicht der Commission vollständig richtig und nur zu loben, da es dessen Schuldigkeit gewesen, die Steine unter solchen Verhältnissen zu kaufen. — Eine weitere Beschwerde betreffe die Cementplatten-Lieferung aus Frankfurt a. Main. Der Antragsteller habe die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Platten ebenso gut und um 1 M billiger innerhalb der Grenzen des Herzogthums zu haben gewesen wären. Eine von demselben veranlaßte Probe habe indessen für diese braunschweigischen Platten ein ungünstiges Resultat ergeben. Da aber das Alter der Platten nicht sicher festgestellt worden, so lasse sich nicht bestimmt behaupten, ob das Ergebniß wirklich ungünstig ausgefallen sei. Jedenfalls könne aber ein Vorwurf für die städt. Bauverwaltung aus dieser Vergebung nicht hergeleitet werden, man könne höchstens sagen, es empfehle sich, in Zukunft vielleicht mehrfach Proben zu machen. Bei verschiedenen Bauten sollen sodann die Arbeiten mit Materiallieferung unter Anderen an solche Unternehmer verbunden sein, welche an einer Cementfabrik theilhaft seien. Es bestehe aber kein Zweifel darüber, daß die von dieser Firma bewirkten Lieferungen tadellos seien und kein Moment hervorgetreten sei, nach welchem eine Verletzung der städtischen Interessen stattgefunden habe. — Endlich sei eine Beschwerde zum Vortrage gebracht, welche darauf hinauslaufe, daß zahlreiche Maler sich beschwert haben, es seien bei der Vergebung von Malerarbeiten nicht alle Interessenten in Betracht gezogen. Das Ergebniß der Untersuchung dieses Falles laufe darauf hinaus, daß im Einzelfalle nicht festzustellen sei, ob das Verfahren der städt. Bauverwaltung unter allen Umständen nothwendig gewesen sei; auf der anderen Seite trete aber durchaus kein Moment hervor, daß die städtischen Interessen nicht vollständig gewahrt seien, oder daß gar der Vorwurf eines unlauteren Verhaltens erhoben werden könne.

Wenn nun in der Commission das Vertrauen zu der städt. Bauverwaltung auch in keiner Weise erschüttert sei, so habe dieselbe doch die Ueberzeugung gewonnen, daß es sich vielleicht empfehlen möchte, bei der Vergebung städtischer Arbeiten in Zukunft weitere Kreise von Interessenten zu berücksichtigen, da eine größere Zahl tüchtiger Werkmeister vorhanden sei, die Berücksichtigung verdienen und die städt. Bauverwaltung in dieser Hinsicht vielleicht zu enge Grenzen gezogen habe. Für die Gesamtvergebung eines großen Baues an eine einzige Firma können immerhin bautechnische Gründe vorliegen, welche solches Verfahren rechtfertigen, denn die Stadtverwaltung habe ein Interesse daran, gleichmäßig gute

Arbeiten zu erhalten, selbst wenn sich durch solches Verfahren tüchtige Werkmeister sollten zurückgesetzt fühlen. Da aber andererseits es als wünschenswerth erachtet werden müsse, wenn die Stadt einen guten Stamm tüchtiger Meister zur Arbeit heranziehe und sich einen größeren Interessentenkreis erschließe, so empfehle die Commission, ein entsprechendes Ersuchen an den Magistrat zu richten, im Uebrigen aber über den Antrag Löschigt zur Tagesordnung überzugehen.

Einen wesentlichen Punkt der ganzen Erörterung wolle er schließlich noch hervorheben, das sei der Werth von Gerüchten und Verdächtigungen innerhalb des Publicums. Die öffentliche Meinung bilde gewiß einen Factor, mit dem zu rechnen sei, aber nur, wenn sie sich auf wahre Thatfachen stütze. Bestehe sie dagegen aus Gerüchten, welche in gutwilliger oder böswilliger Absicht aus Interessentenkreisen verbreitet werden, dann müsse sie Jedermann, jeden Beamten, auch jeden Stadtverordneten unberührt lassen. Ein Jeder habe pflichtgemäß zu handeln ohne Rücksicht auf etwaige Gerüchte und Verdächtigungen und nichts wäre falscher, als wenn gesagt würde, es müßte doch an dem Gerüchte um seiner selbst willen etwas sein. Die Gerüchte hätten so lange unbeachtet zu bleiben, bis Thatfachen vorliegen, auf Grund welcher dann gemäß der vorhin erörterten Rechte und Pflichten vorzugehen sei. Die hier vorgebrachten Verdächtigungen bewegen sich aber zum erheblichen Theile auf Muthmaßungen und Entstellungen wahrer Thatfachen, welche keine Veranlassung geben können, das Vertrauen in die städtischen Baubeamten zu erschüttern. Wenn man anfangen wollte, auf das Urtheil des Publicums, soweit es sich nicht auf wahre Thatfachen stütze, ein ausschlaggebendes Gewicht zu legen, so wäre es schlecht auch mit der Versammlung selbst bestellt, denn nichts sei der abfälligen Kritik des Publicums mehr ausgesetzt, als die Beschlüsse der städtischen Behörden und in allen Fällen werde man eine Geneigtheit im Publicum finden, selbst den Stadtverordneten Beweggründe unterzuschieben, welche nicht in Ordnung wären, wenn sie der Wahrheit entsprächen. Darum müsse die Versammlung sich darauf beschränken, ihre Beschlüsse nach sorgfältiger Prüfung zu fassen und dürfe auf die dargelegte, so zu sagen üble öffentliche Meinung nichts geben. Aus diesem Grunde sei das Hauptmotiv des Antragstellers, den Stadtbaurath und sonstige städtische Baubeamte vor Verdächtigungen schützen zu wollen, ein absolut verfehlt, denn die Herren haben derartige Dinge mit Gleichmuth zu ertragen, da Niemand, der in einem öffentlichen Amte stehe, denselben entgehen könne. (Beifall.)

Herr Löschigt will hierauf erwidern, daß er auf einem anderen Standpunkte stehe. Die in anderen städtischen Verwaltungszweigen bestehenden Deputationen seien so wirkungsvoll, daß die hier vorgebrachten Bedenken nicht anerkannt werden könnten. In dem Baufache, welches das meiste Geld verbrauche, müsse es ebenso gut möglich sein, eine Deputation einzusetzen, und könnte neben dem obersten Baubeamten ein Magistratsmitglied und drei Stadtverordnete die Deputation bilden.

Bezüglich des von dem Referenten angeführten ersten Falles habe es sich nicht um die Abgabe einer Offerte gehandelt, sondern die Firma habe gebeten, demnächst zur Offerte zugelassen zu werden, worauf ihr eine Antwort nicht zu Theil geworden sei. Hierbei handle es sich nur um einen von den vielen ihm bekannt gewordenen Fällen, in welchen auch keine Antwort ertheilt sei, obwohl es nur für recht und billig erachtet werden müsse, daß die Bewerber wenigstens eine Antwort erhalten. Bezüglich der Cementplatten wolle er erwähnen, daß nur die erste Untersuchung zu Ungunsten der einheimischen Platten ausgefallen sei und sich aus vier anderen Untersuchungen ergeben habe, daß die Platten nicht schlechter, sondern besser seien, als die Frankfurter Platten, welche aber um eine Mark theurer zu stehen kommen. Hierbei hätte können ein schönes Stück Geld erspart werden, da eine erhebliche Menge von Platten hier verbraucht sei. Ohne dem Baubeamten einen Vorwurf machen zu wollen, müsse aber doch bemerkt werden, daß man sich vor Abschließung eines solchen Geschäftes erst bei mehreren respectablen Firmen erkundigte und dieselben in Concurrenz treten lasse, um sich zu überzeugen, welcher Firma man bei gleicher Güte des Materiales den Vorzug gebe. Wenn man auf den Beschwerdeweg verweisen wolle, so bemerkte er dazu, daß es bei allen Behörden furchtbar schwer sei, damit etwas zu erreichen. Einem Ziegeleibesitzer, welcher sich wegen der Steinlieferung beschwert habe, sei bei der Erneuerung seiner Offerten geantwortet, er habe sich ja wohl beschwert, nun wenn einmal etwas nöthig sei, solle er Nachricht haben. Derselbe warte noch heute auf Nachricht. Was die Steinlieferungen zum Stadthausbau anlange, so sei es nicht nöthig gewesen, die Offerte des Vorstehenden vom Ringe sofort zu acceptiren, da dieselbe wohl 24 Stunden gehalten worden wäre, denn möglicherweise hätte man die Steine noch billiger kaufen können. Daß es sich bei dieser Sache um den Vorstehenden des Ringes gehandelt habe, werde der betr. Baubeamte bei seinem freundschaftlichen Verhältnisse zu dem Herrn wohl gewußt haben. Jedenfalls sei dieses Vorgehen ein kaufmännisches nicht gewesen. Bei den Malerarbeiten sei zu seiner Freude wenigstens anerkannt worden, daß ein weiterer Wirkungskreis angenehm wäre. Wenn er nun auch dem Referenten Recht geben müsse, daß solche Arbeiten nur respectablen und zuverlässigen Meistern übertragen werden können, so sei doch zu erwähnen, daß es so viele tüchtige Malermeister in hiesiger Stadt gebe, um von der vielen Arbeit mehreren etwas zukommen lassen zu können. Hinsichtlich des Cements stehe er auf dem Standpunkte, daß nur vorschriftsmäßiges Material verwandt werden dürfe; es erscheine nur wunderbar, daß derselbe Cement bei einer Sache verworfen und bei einer anderen Sache ruhig verarbeitet worden sei, weil der betr. Bauhandwerker an dem Werke theilhaftig gewesen sei und den Cement nun selbst verarbeitet habe.

Ohne Jemand persönlich zu nahe treten zu wollen, müsse er doch bemerken, daß die Beamten auch nicht unfehlbar seien. Wenn Jemand sein Gewerbe kenne,



so schließe das nicht aus, daß er auch in einem anderen Fache mitsprechen könne, denn ein tüchtiger Schuhmacher könne einen so praktischen Sinn haben, daß er sich auch über Baufragen zu äußern vermöge. In solcher Deputation müßten vor allen Dingen unabhängige Leute sitzen, die mit keinem städtischen Bau und keiner Lieferung für die Stadt etwas zu thun haben, damit sie keine Rücksicht zu nehmen brauchen. Der Antrag auf Einsetzung einer Deputation werde nicht alle Mängel aus der Welt schaffen, aber er erstrebe doch eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes, ohne dem ersten Baubeamten die Verantwortung als Sachverständiger zu nehmen. Wenn von dem Letzteren ein Vorschlag gemacht werde und die Deputation könne nicht direct den Gegenbeweis erbringen oder sie habe keinen besseren Vorschlag, so sei es kaum glaublich, daß Jemand dem Antrage des Baubeamten entgegen stimmen werde. Sein Antrag gehe dahin, möglichst das jetzige System nicht anzutasten, aber es doch zu bessern. Nicht nur bei den Malern, sondern auch in der Maurerbranche sei ein größerer Wirkungskreis erwünscht und der Antrag habe, trotzdem er noch gar nicht angenommen sei, nach ihm gewordenen Mittheilungen in dieser Richtung schon eine Besserung erzielt. Der Antrag wolle auch nichts anderes als was in verschiedenen Branchen schon vorhanden sei, nicht aber solle durch denselben der erste Baubeamte herabgesetzt werden. Letzteren beabsichtige er nicht zu schädigen, sondern zu erleichtern. Da die sämmtlichen städtischen Baubeamten an Ueberbürdung leiden, was sie allerdings nicht hindere, noch Privatarbeiten zu machen, müßte ihnen solche Erleichterung angenehm sein. Wenn erzählt werde, die Privatarbeiten würden meistens des Nachts gemacht, so meine er, wer am Tage arbeite und außerdem in der Nacht, könne unmöglich anderen Tags frisch zum Dienste kommen. Die Deputation solle über Sachen wachen, welche jetzt ein Einziger zu verantworten habe und das sei nur als ein Fortschritt zu bezeichnen, weil acht Augen mehr als zwei sehen. Der beste Beweis für den Werth solcher Deputation werde erbracht durch die Wasserbohrversuche. Wie der Herr Oberbürgermeister damals geäußert, sei dafür schon Geld genug nutzlos verpulvert und heute sei es dem Stadtverordneten Lange gelungen, in fachmännischer Weise Bohrlöcher am Dovensee niederzubringen, welche ein günstiges Resultat zu ergeben scheinen, trotzdem Herr Lange als Maschinenbauer doch durchaus nicht Fachmann für Bohrversuche sei. Ebenso haben sich verschiedene Stadtverordnete in der Deputation für die Straßenreinigung und das Abfuhrwesen, ohne dafür fachmännisches Verständniß zu haben, als Praktiker außerordentlich nützlich gemacht. Hinsichtlich der Zusammenetzung der Deputation wolle er sich auf seinen geänderten Antrag nicht steifen, er erkläre sich vielmehr damit einverstanden, daß dieselbe dem Wunsche der Versammlung gemäß zusammengeetzt werden könne. Zur Beruhigung des Publicums werde die Einsetzung einer Deputation für Baufragen jedenfalls dienen und darum solle man den Antrag nicht von der Hand weisen, denn man

könne sich doch wohl der Ansicht nicht verschließen, daß das Submissionswesen beim Baufache einer Besserung bedürftig sei. Sollte der Antrag wider Erwarten abgelehnt werden, was ihm aus dem Vortrage desselben in der Commission hervorzugehen scheine, so werde er sich dadurch nicht abhalten lassen, bei späterer Gelegenheit mit einem ähnlichen Antrage wiederzukommen.

Herr Wolff möchte auf die letztere Aeußerung erwidern, daß er nicht wisse, was der Vorredner damit sagen wolle. Der Antrag sei in der Commission sachlich und gründlich behandelt, wenn sich auch eine Stimme für denselben nicht gefunden habe. Der Antragsteller hätte, wenn er die Ablehnung so sicher vorher gewußt habe, den Antrag einfach zurückziehen können. Ob für die Commission ein Vorwurf in der Aeußerung liegen solle, wisse er nicht, er nehme jedoch an, daß dieses nicht der Fall sei. Der Antragsteller habe sich mit der principiellen Gestaltung der Sache weniger befaßt, als mit der entschiedenen Hervorhebung der hier in kurzen Umrissen vorgetragenen Fälle. Man könne über den einen oder anderen Fall, ganz unbeschadet der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der Beamten, anderer Ansicht sein, man könne dieses oder jenes Verfahren einmal nicht richtig finden, aber was solle dabei eine Deputation, da doch die jetzige Einrichtung ausreichend sei, um Remedur zu schaffen. Andererseits habe Antragsteller nichts vorgebracht, was die grundsätzlichen Bedenken gegen die Einsetzung einer Deputation entkräften könnte. Nochmals sei auf die Bedeutung der Verdächtigungen zurückzukommen. Antragsteller empfinde, wie bereits hervorgehoben, selbst, daß die Besetzung der Commission durch Baufachleute, oder durch Interessenten solche Verdächtigung nicht abschneiden würde, wogegen bei der Besetzung mit unparteiischen Leuten allen Verdächtigungen der Boden entzogen sei. Stehen nun aber nicht die Mitglieder der Versammlung sämmtlich im praktischen Leben und in der Bürgerschaft und glaube der Antragsteller wirklich, daß sich drei Personen in der Versammlung finden, welche auf die Dauer absolut keine Beziehung zu dem Interessententreise haben? Werde nicht bald gesagt werden, der habe Better Michel, der Better Moritz begünstigt und sei eine solche Gestaltung der Zukunft nicht unerträglich? Die Existenz anderer Deputationen könne nicht dafür herangezogen werden, daß hier eine neue Deputation geschaffen werden müsse, denn theilweise handle es sich um Deputationen zu bestimmten Einzelzwecken, theilweise liege der Schwerpunkt der betr. Deputation nicht in der Vergebung von Lieferungen, sondern auf einem ganz anderen Gebiete, und hier handle es sich um ein Gebiet, bei welchem die Leitung der städtischen Bauverwaltung mit der Vergebung der Lieferungen und Arbeiten eng verknüpft sei. Darum warne er nochmals dringend vor der Einsetzung einer Deputation. Wenn der Antragsteller erkläre, es seien noch andere Fälle zu seiner Kenntniß gekommen, so sei nicht einzusehen, weshalb er dieselben nicht vorgelegt habe, denn wenn man solche Angelegenheit einmal aufführe, dürfe man sich

auch nicht scheuen, Alles vorzubringen, was man über die Sache wisse. Zugeben wolle er gern, daß es sich in dem ersten Falle nicht um eine Offerte, sondern um die Bitte auf Zulassung einer Offerte gehandelt habe. Der Antragsteller habe ferner bezüglich der Cementplatten hervorgehoben, daß sich die einheimischen Platten bei späteren Versuchen als gleichwerthig erwiesen haben. Hierbei sei indessen zu berücksichtigen, daß der erste Versuch von unparteiischer Seite, die letzteren aber von dem Lieferanten selbst angestellt seien.

Der Herr Vorsitzende will hierzu ergänzend bemerken, daß die günstig ausgefallenen Versuche auf Veranlassung des Lieferanten in Charlottenburg gemacht seien, während der erste ungünstige Versuch auf Veranlassung des Herrn Löschigt dort angestellt sei und die Fabrik nicht gewußt habe, um was es sich hierbei handle. Als dann später die Fabrik gemerkt habe, um was es sich handle, seien die Versuche besser ausgefallen. (Zustimmung des Herrn Referenten.)

Herr Lange möchte erklären, daß er für den Antrag Löschigt habe sprechen wollen. Nachdem er indessen den Wortlaut des Antrages, sowie die Motivirung und die Ausführung des Referenten gehört habe, sei er dazu nicht mehr in der Lage, und zwar umsoweniger, weil in Aussicht gestellt sei, daß das Submissionsverfahren mehr berücksichtigt und hierdurch ermöglicht werden solle, daß die tüchtigen Kräfte der hiesigen Handwerker in verstärktem Maße herangezogen werden. Auf das Submissionsverfahren lege er das größte Gewicht im Interesse der Stadt und der Handwerker und deshalb halte er es für geboten, daß dasselbe in Zukunft noch mehr ausgebildet werde. Nachdem dieses zugesagt und in den Commissionsantrag ein entsprechender Passus aufgenommen worden, sei er befriedigt.

Herr Koch schließt sich diesen Ausführungen an. Allen den Vorwürfen und Verdächtigungen gegenüber der Baubehörde lasse sich am wirksamsten durch die Einführung des Submissionswesens steuern, wie man dasselbe bei dem Militair- und Eisenbahnfiscus in so großartigem Maße entwickelt finde. Die schönsten Bahnhofsgebäude und die kleinsten Bahnwärterbuden würden dort in Submission vergeben, trotzdem es die Bauleiter dabei viel unbequemer als bei der Stadt haben, indem sie häufig stundenweit von der Baustelle entfernt wohnen. Darum bitte er, das Submissionsverfahren, soweit es irgend angängig sei, einzuführen.

Herr Nieß hat aus den Vorschlägen des Herrn Löschigt nichts entnehmen können, was zu einer Besserung des bestehenden Zustandes beitrüge. Wenn Herr Löschigt hervorhebe, daß im Maurergewerbe in Folge seines Antrages bereits eine Besserung eingetreten sei, so bestreite Redner das ganz entschieden, denn im Maurergewerbe habe schon eine Aenderung stattgefunden, ehe an diesen Antrag gedacht sei. Darum könne der Antragsteller diesen Wechsel seiner Agitation nicht zuschreiben. Es empfehle sich, den Antrag Löschigt nicht anzunehmen, denn abgesehen davon, daß etwas Sachliches für denselben nicht vorgebracht sei, würde die Annahme der

Muthmaßung Raum geben, daß doch etwas faul gewesen sein müsse. Der Nachweis, daß irgend etwas vorgekommen sei, was seitens der Versammlung eine Correctur erfordere, sei nicht erbracht und darum dürfe man den Antrag nicht annehmen, weil sonst auch ein Makel auf den ersten Baubeamten gehäuft würde. In die jetzt bestehenden Deputationen seien im Allgemeinen Sachverständige gewählt worden, welche in dem Fache wirklich etwas verstehen. Eine Commission für das Bauwesen brauche aber nicht noch ernannt zu werden, weil die Versammlung schon eine Baucommission besitze. Sache des Vorsitzenden sei es, die betr. Sachen der Baucommission zuzuschreiben, welche dann erwägen könne, ob hier oder da eine Besserung am Plage sei. In dieser Commission befinden sich Personen, welche von den Baubeamten vielleicht weniger abhängen, als manche Nichtfachverständige, bei denen sich das Nichtwissen schließlich bis zur Unwissenheit summiren könnte. Durch die Einsetzung solcher Deputation würden die Arbeiten der Baubeamten noch ins Unendliche vermehrt und wenn sich ein solcher Versuch machen ließe, würde man aus der Verzögerung und Verschleppung der Arbeiten bald erfahren, welchen Hemmschuh man der Bauverwaltung in der Deputation angelegt habe. Ein Baumeister, der jeden Augenblick im Stande sein müsse, nach dem Stande des Wetters, der Lieferungen und der Preise Entschlüsse zu fassen, würde nicht mehr in der Lage sein, so intensiv zu arbeiten, wie es nöthig wäre, wenn er noch von der Deputation abhängig sein sollte, auch müßte ein Uebermaß an Schreibwerk eintreten. Sollten sich Uebelstände irgend welcher Art herausstellen, würde es Sache des Vorsitzenden sein, etwaige Anträge auf Aenderung der Baucommission zu geeigneter Berathung zuzuweisen. Die hier vorgetragenen Sachen könnten aber als Uebelstände nicht anerkannt werden. Die Uebelstände haften an ganz anderen Dingen, nämlich an der Gewerbeverfassung und der Form des Submissionswesens. Die Gewerbeverfassung erlaube Jedermann, durch Lösung eines Gewerbescheines die Berechtigung zum Gewerbebetriebe zu erlangen und brauche er die Befähigung dazu nicht nachzuweisen. Mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts sei für Jeden das Recht anerkannt, in allen öffentlichen Sachen mitzusprechen zu können und sei davon ein Abglanz auf die Gewerbefreiheit übergegangen. Gewöhnlich löse man sich den Gewerbeschein dann, wenn man denke, die nöthige Reife erlangt zu haben, nämlich im Alter von 22 bis 25 Jahren. Es möchte nun aber ein Jeder einmal zurückdenken, was er in diesem Alter fachmännisch gewußt habe. Das Wissen komme bekanntlich immer erst später, aber die jungen Leute glauben, sie haben, weil sie in einem demokratisch angehauchten Staate leben, ohne Weiteres dasselbe Recht gewonnen, welches die älteren Leute auf Grund ihres fachmännischen Wissens errungen haben. Corrigirt werde dieser Fall dann durch das beschränkte Submissionswesen, denn wenn man auch nicht Jedem vor den Kopf sagen könne, er verstehe das noch nicht, so dürfe

man doch stillschweigend die Unfähigen ausschließen. Aber Fehler der größten Art haften daran und es sei noch nicht gelungen, trotzdem man sich durch Einholung von Preisschriften u. dgl. bemüht habe, die Mängel zu corrigiren, nach zwölfjähriger Arbeit zu sagen, welches System allgemeine Empfehlung verdiene. Dazu komme noch, daß die jungen Leute sich meistens im Rechnungswesen unfähig erweisen. Herr Böschigt habe selber gesagt, es werde dem Baubeamten nicht schwer werden, seine Meinung auszudrücken und die Mehrheit in der Deputation zu erhalten, wozu brauche man dann aber eine Deputation? Man übertrage höchstens die Verantwortlichkeit von einem verantwortlichen Baubeamten auf eine unverantwortliche Deputation. Darum solle man an der bisherigen Einrichtung nicht rütteln.

Herr Rieke will bemerken, daß er die Bitte des Herrn Böschigt auf Unterstützung des Antrages s. B. abgelehnt habe, weil Redner früher Anträge in weitgehenderer Form gestellt, aber keinen Anklang gefunden habe, nämlich die Uebernahme der städtischen Bauten in eigene Regie. Hierdurch würden die Uebelstände allmählig beseitigt werden. Wenn er sich heute gegen den Antrag erkläre, so geschehe es, weil derselbe ein zu loses Princip habe und auf zu wackeligen Füßen stehe, auch keine Thatfachen hinter sich habe. Stehe man vor einem Wespennest und greife zu, dann greife man fest, aber wenn man keine Thatfachen vorbringen könne, so habe man auch keine Veranlassung zum Zugreifen. Auf Gerüchte könne man nicht immer bauen, das habe der Fall des verstorbenen Stadtbauameisters Meyer ergeben. Bezüglich der Cementplatten sei zu erwähnen, daß selbst heute das Frankfurter Material noch nicht übertroffen sei. Die Herstellung dieser Platten bilde ein Fabrikgeheimniß, das Niemand in Frankfurt zu sehen bekomme. Selbstverständlich stehe er auf dem Standpunkte, daß das Material dort entnommen werde, wo es bei gleicher Güte am billigsten zu haben sei, anderenfalls habe man sich an das bessere Material zu halten. Wenn nun wirklich eine solche einseitige Vergabung, auf gut deutsch Wettermichelei, existire, so wäre dieselbe bei einer Commission auch nicht ausgeschlossen. Gegen das von Herrn Koch besonders betonte erweiterte Submissionswesen müsse er sich aber verwahren. Derjenige leistungsfähige Arbeiter, welcher humanen Grundsätzen Rechnung trage, brauche nicht demokratisch angehaucht zu sein, er brauche nur menschlich zu fühlen. Solche Leute haben, wenn sie leistungsfähig seien, ein moralisches Recht darauf, daß die Arbeiten vergeben werden. Wenn aber eine Submission in erweitertem Maßstabe stattfinde, so würde Alles zugelassen und würden hierdurch die Preise in einem Maße heruntergedrückt werden, daß die Schundarbeit zur Einführung gelange und dagegen müsse man sich verwahren. Der beste Grundsatz des städtischen Bauwesens sei immer noch gewesen, solide zu bauen, um keine Reparaturen zu haben und dabei solle man bleiben. Bei der Rieseldeputation, der Deputation für die Straßen-

reinigung zc. müsse man vor allen Dingen berücksichtigen, daß es sich immer um eine und dieselbe Arbeit handle, während im Baufache ein fortwährender Wechsel statfinde. Einmal solle ein solcher Bau aufgeführt werden, dann verlange man wieder eine andere Bauconstruction, ferner müsse der Wechsel in den verschiedenen Materialien berücksichtigt werden u. s. w. Es lasse sich also die Thätigkeit jener Deputationen nicht damit vergleichen. Außerdem bestche ja auch eine Baucom-mission. Wenn dieselbe nicht mehr zur Zufriedenheit der Versammlung ihre Sachen erledige, so solle man Anträge stellen, damit Remedur geschaffen würde. Hiervon könne man sich einen größeren Erfolg versprechen, als wenn man noch eine Commission dazwischen schieben wolle. Er lehne also den Antrag Löschigk ab.

Herr Löschigk will sich Herrn Nieß gegenüber verwahren, daß er Agitation getrieben habe, denn nichts habe ihm ferner gelegen, als dieses. Wunderbar sei es aber, daß die Baugewerkschaft sich in einem Briefe vom 17. Mai mit dem Sub-missionswesen einverstanden erklärt habe, nachdem am Tage vorher der Antrag in der Versammlung berathen sei. Ohne sich dessen rühmen zu wollen, könne er doch erwähnen, daß ihm von drei Herren, deren Namen Herrn Nieß zur Verfügung stehen, geäußert sei, es finde heute schon ein ganz anderer Modus betreffs des Submissionswesens statt und es würden viel mehr Interessenten berücksichtigt, als früher. Eine Vergleichung der von ihm erstrebten Deputation mit der jetzigen Baucommission sei nicht am Plage, weil diese ein ganz anderes Arbeitsgebiet be-sitze und es sich darum handle, das Submissionswesen von zwei Schultern auf deren acht zu legen. Wenn nun auch die beste Commission in den Geruch der Wetter-michelei kommen könne, so handle es sich dabei doch immer um 4 Personen und jetzt um eine, und außerdem würden sich die Vertreter aus der Bürgerschaft, welche den Lieferungen an die Stadt fern stehen also unabhängig seien, einer derartigen Verdächtigung besser erwehren können, als ein städtischer Beamter. Ganz irrig sei aber die Auffassung des Herrn Nieß, daß Redner gesagt haben solle, es würde dem Baubeamten leicht werden, die Mitglieder der Deputation zur Majorität zu be-kommen. Hiervon sei ihm, wie aus dem Stenogramm zu ersehen, nichts einge-fallen, sondern er habe gesagt, wenn der betr. Baubeamte in der Deputation etwas vorbrächte und die Mitglieder derselben hätten nicht triftige Gegengründe, so würde es dem Beamten nicht schwer werden, diese Anträge durchzubringen. Etwas Anderes habe er nicht sagen wollen, denn für eine Deputation, wie sie Herr Nieß ge-schildert habe, wo der betr. Beamte nur an der großen Strippe zu ziehen brauchte, müsse er sich auch bedanken, weil dieselbe die reine Wettermichelei darstellen würde. Nur wenn die Deputation die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Vorschlag des Baubeamten der Kritik nicht bedürfe, werde sie dafür eintreten, sonst nicht.

Herr Aßmann glaubt gern, daß unter den Bauhandwerkern Unzufriedenheit herrsche, muß aber sehr bezweifeln, daß dieselbe durch den Antrag beseitigt werden

könne. Auch der Antragsteller werde nicht glauben, daß die Mitglieder der Deputation von Beeinflussung unabhängig sein sollen, denn die Bauhandwerker werden sich dann zu derselben bemühen, um sie für sich zu beeinflussen. Ob dieses nun Wettermichelei oder Beeinflussung genannt werde, sei ganz gleichgültig. Wenn es möglich wäre, durch den Antrag eine Besserung herbeizuführen, würde er gern dafür stimmen, so aber lehne er ihn ab. Dagegen würde er einem Antrage auf Uebernahme der städtischen Bauten in eigene Regie gern zustimmen. Herr Löschigt habe neulich erklärt, die heutigen Lohnverhältnisse würden ewig, ewig dauern; wenn dieses der Fall wäre, lasse sich wohl noch erwarten, daß Herr Löschigt Socialist werde, denn die Bekämpfung dieser Verhältnisse sei die socialistische Frage. Herr Nieß wolle er bemerken, daß wohl noch Niemand erlebt habe, daß städtische Arbeiten jungen Leuten übergeben seien ohne Rücksicht darauf, ob dieselben die erforderlichen Kenntnisse besitzen oder nicht. Herr Nieß meine, es bedeute den Untergang des Handwerkes, wenn z. B. ein Tischler darauf los psuschere und Fenster mache, während andererseits ein Capitalist ruhig Arbeiter zu möglichst niedrigen Lohnsätzen einstellen und städtische Arbeiten übernehmen könne. Er möchte einmal fragen, ob bei solchen Arbeiten die kleinen Handwerker berücksichtigt werden, oder ob thatsächlich die Capitalisten das Hauptwort dabei führen. Nicht die jungen Leute, sondern die Capitalisten ruiniren das Handwerk. Es werde nach und nach der Socialismus in der Welt schon zur Geltung kommen, aber hier kreise der Berg und es werde noch nicht einmal ein Mücklein geboren. Wenn man vor einem Wespenneße sitze, müsse man auch fest zugreifen, weil sich da mit Palliativmitteln nichts machen lasse. (Beifall im Zuhörerraume).

Der Herr Vorsitzende ersucht, Beifalls- oder Mißfallsäußerungen im Zuhörerraume zu unterlassen, da sonst der Betreffende sich zu entfernen habe.

Herr Nieß (persönlich) muß Herrn Löschigt noch darauf aufmerksam machen, daß seine Mittheilung wegen des Schreibens der Baugewerkeninnung nicht auf richtiger Erkenntniß der Thatfachen beruhe, da die Angelegenheit schon mehr als drei Jahre in der Innung besprochen sei und das betr. Schreiben ganz zufällig gerade an dem bezeichneten Tage zur Absendung gelangt sein müsse.

Der Herr Vorsitzende schließt nunmehr die Besprechung und theilt mit, daß ein ausreichend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen sei, welchem Folge gegeben werden müsse. In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag der Statutencommission mit allen gegen die Stimme des Herrn Löschigt angenommen.

## II. Stellung zweier Schwestern zur Krankenpflege.

Auf Grund einer Erklärung des ärztlichen Vereins des Kreises Braunschweig, nach welcher ein Bedürfniß zur stadtseitigen Haltung von Privatfrankenpflegerinnen

vorliege, wurde im Jahre 1891 mit dem Vaterländischen Frauenverein zu Altona die Vereinbarung getroffen, daß derselbe aus dem dortigen 'Helenenstifte eine Schwester behufs Ausübung der Privatkrankenpflege gegen Zahlung einer Jahressumme von 600 M hierher entsenden wollte. Im folgenden Jahre ist dem vorliegenden Bedürfnisse gemäß eine zweite Schwester aus dem Helenenstifte unter den gleichen Bedingungen herangezogen worden. Der genannte Verein ist indessen nur vorübergehend in der Lage gewesen, gleichzeitig zwei Schwestern der Stadt zu überlassen und haben sich bei dieser Einrichtung außerdem noch verschiedene Mißstände herausgestellt. Inzwischen hat der Vaterländische Frauenverein Braunschweig in hiesiger Stadt ein Mutterhaus für Schwestern vom Rothen Kreuz gegründet und nunmehr an die Stadt das Ersuchen gerichtet, die Stellung der beiden städtischen Krankenpflegerinnen ihm gegen Zahlung von etwa 600 M jährlich für jede Schwester, sowie unter der fernerer Bedingung zu überlassen, daß der Verein für Kleidung, Unterhaltung und Unterbringung der Schwestern zu sorgen habe, dafür aber auch die von denselben verdienten Pflegegelder beziehe. Die Annahme dieses Anerbietens erscheint dem Magistrate empfehlenswerth, ebensowohl aus dem Gesichtspunkte einer Förderung der gemeinnützigen Bestrebungen des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins, als auch im Interesse der Stadtverwaltung und der hiesigen Einwohner, denen dadurch die jederzeitige Erlangung tüchtiger Krankenpflegerinnen und zwar gegen Erlegung von Gebühren ermöglicht werden wird, die für weniger Bemittelte hinter den seither für städtische Rechnung erhobenen Pflegeätzen erheblich zurückbleiben. Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zu ermächtigen, den Vertrag mit dem Vaterländischen Frauenverein zu Altona zu kündigen und das Anerbieten des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins anzunehmen. Die bisher hier thätig gewesenen beiden Schwestern haben der Stadt auch eine ungefähre Ausgabe von jährlich 600 M verursacht.

Auf Antrag der Statutencommission, namens welcher Herr Blasius berichtet, wird die Vorlage angenommen.

### III. Aenderung des Ortsbauplanes für die Straße „hinter'm Hopfengarten“.

Die städt. Bauverwaltung legt einen Theilortsbauplan für die östliche Außenstadt vor, nach welchem die Straße „hinter'm Hopfengarten“ in ihrer jetzigen Lage beibehalten und nur eine Verbreiterung derselben auf 14 m vorgesehen ist. In Verbindung hiermit ist dann eine geringe Verschiebung der östlichen Endstrecken der verlängerten Land- und Herderstraße angenommen und ein kleiner dreiseitiger Platz an dem Zusammenstoß der verlängerten Herderstraße, der Straße „hinter'm Hopfengarten“ und der Straße am Hauptgraben neu vorgesehen.



Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dieser Aenderung einverstanden zu erklären, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, zu.

#### IV. **Gesuch wegen ratenweiser Zahlung von Canalbaukosten.**

Der frühere Steinbrucker Karl Selters hat an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, den Magistrat zu veranlassen, die Kosten für den Anschluß des Hauses Bruchstraße 12 an den Straßencanal in Theilzahlungen entgegenzunehmen. Der Magistrat hat diese Bitte auf eine frühere Eingabe des p. Selters abgelehnt.

Wie Herr Brückmann berichtet, empfiehlt die Statutencommission, das Gesuch unberücksichtigt zu lassen. Die Commission halte es auch nicht für angebracht, derartige kleine Verwaltungsangelegenheiten, wenn sie sonst correct behandelt seien, in der Versammlung zu berathen.

Das Gesuch wird darauf verworfen.

#### V. **Feststellung der Kosten der Grünstraße.**

Die Kosten des Ausbaues der Grünstraße sind auf 76,89 M für 1 m Frontlänge berechnet worden und ersucht der Magistrat, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen.

Auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, wird der Antrag genehmigt.

#### VI. **Terrainerwerb zwischen Wabe- und Heinrichstraße.**

Für den Grunderwerb zwecks Ausbaues der Straße am Hauptgraben zwischen Wabe- und Heinrichstraße sind im diesjährigen Stadthaushaltsplane 13 500 M ausgeworfen. Zu dem Zwecke sind anzukaufen: 1) von dem an der Wabestraße gelegenen Wehr'schen Grundstücke eine Fläche zu 7 a 44,5 qm; 2) von dem an der Heinrichstraße gelegenen ehemals Wolters'schen, jetzt Denecke'schen Grundstücke 10 a 93 qm, und 3) vier der Feldmark Hagen gehörige Grabenflächen von zusammen 6 a 15 qm. Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankauf dieser Grabenflächen zum Einheitspreise von 5 M pro qm neben Erfüllung einiger weiterer Bedingungen zu ermächtigen und der Zwangsenteignung der von Wehr und Denecke — welche einen Einheitspreis von 17 M und 20 M fordern — abzutretenden Flächen zuzustimmen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Hauswaldt empfehlen und die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

## VII. Aenderung des Ortsbauplanes für einen Theil des Madamentweges.

Auf Empfehlung des Stadtbauamtes bringt der Magistrat eine Abänderung des Ortsbauplanes am Madamentwege in Vorschlag. Nach der Ansicht des Magistrates würde die Durchführung der im Ortsbauplane vorgesehenen Geradelegung dieser Straße erhebliche Kosten verursachen und es würde außerdem mit der Nothwendigkeit gerechnet werden müssen, auch nach Anlegung der neuen Strecke die alte Wegestrecke so lange bestehen zu lassen, bis sich die Anlieger über diese geeinigt haben würden.

Wie Herr Uhde berichtet, empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen. Selbst wenn man bei dieser Strecke der weit vor dem Thore gelegenen Straße Schönheitsrückichten nehmen wolle, brauche man sich nicht ablehnend zu verhalten, weil ein so unbedeutender Knick bei der sehr langen Straße kaum bemerkbar sei. Außerdem habe man bei der Grünstraße gesehen, was die Geradelegung koste und wie viel Zeit sie oft erfordere, um hier davon abzugehen.

Herr Ebeling bedauert, daß man von einer Geradelegung Abstand nehmen wolle, zumal da auf dieselbe schon Rücksicht genommen und nach dieser Linie ein Haus gebaut sei. Lieber wäre es ihm auf jeden Fall, wenn die Straße gerade bliebe, da sie stark benutzt werde und in solchem Falle gerade Straßen vorzuziehen seien. Zudem sei der Geradelegung nichts weiter im Wege, als die Schwierigkeit auf der rechten Seite. Daher bitte er, die Beschlußfassung noch auszusetzen, um sich des Näheren informiren zu können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß die Entscheidung über diesen Punkt recht schnell herbeizuführen sei, weil die eng bebaute und dicht bewohnte westliche Hälfte des Madamentweges dringend der Canalisation bedürfe. Der dort ganz flach gelegte provisorische Canal habe den Uebelstand im Gefolge, daß das Wasser bei starkem Regen in die Keller der Häuser dringe. Wenn man vor der Entscheidung der Frage stehe, ob versucht werden solle, den Canal in den alten Weg zu legen, oder die Straßenlinie zu ändern, so habe der Magistrat aus früheren Verhandlungen mit den Anliegern die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht zweckmäßig sei, die Verhandlungen noch einmal aufzunehmen. Es liege das nicht allein an der ablehnenden Haltung der Anlieger, sondern auch an der Gestaltung der Grundstücke insofern, als die Straße die Grundstücke durchschneide und zwar so unglücklich, daß die oben verfügbar bleibenden Flächen an mehreren Stellen für sich nicht mehr bebaut werden können und nun die Frage entstehe, was man mit denselben anfangen solle. Die Anlieger würden darauf drängen, von dem alten Wegeterrain so viel zuzubekommen, um angemessene Bauplätze zu erhalten, dann kämen aber die Anlieger der anderen Seite und erhöhten auf den Weg gleichfalls Anspruch mit der Begründung, daß sie bislang an dem Wege gelegen

haben und nicht davon abgedrängt werden könnten. Wenn der Canal nicht in die alte Straße gelegt werden sollte, müßte auch sofort das ganze Terrain angekauft werden und hätte die Stadt bis dahin, daß die verschiedenen Anlieger sich über das alte Wegeterrain verständigt haben, zwei Straßen neben einander zu unterhalten. Diesen Gründen gegenüber dürfte es kein Unglück sein, wenn die Straße einen ganz unbedeutenden Knick erhielte, welchen die meisten Passanten noch nicht einmal bemerkten, zumal da bei einer Breite der Straße von 16 m eine Erschwerung des Verkehrs nicht eintreten könnte.

Herr Nieß möchte mittheilen, daß er der Aenderung nur nach großen Bedenken in der Commission seine Zustimmung gegeben habe. Die von Herrn Bürgermeister Metemeyer vorgetragene Erwägung, sowie die Schwierigkeit, den Anliegern klar zu machen, was im Interesse der Stadt nöthig sei, haben ihn erst dahin gestimmt, den geraden Straßenzug fallen zu lassen. Gern habe er der Aenderung nicht zugestimmt, umsoweniger, als der Knick doch erheblicher sei, als hier versucht worden, glauben zu machen. Zu seiner Stellungnahme sei er auch noch durch den Umstand bewogen, daß Herr Bürgermeister Metemeyer als sicher angenommen habe, es würde gegen den Beschluß Einsprache erhoben werden. Dann könnten die Anlieger zusammenberufen und gefragt werden, ob sie zu einem Entgegenkommen bereit seien, wenn die gerade Straßenlinie bestehen bleibe. Uebrigens könnte, wenn die Versammlung sich entschlösse, den geraden Straßenzug beizubehalten, der Canal gleichwohl gelegt werden, ohne daß der neue Straßenzug angekauft würde. Der Magistrat brauchte nur die erforderliche Länderei im Wege der Zwangsenteufierung zu erwerben, die Straße aber erst dann anzulegen, wenn die Anlieger Concessionen machen.

Herr Meyerhoff hat sich nur durch die hohen Kosten veranlaßt gesehen, der Aenderung zuzustimmen, weil er für gerade Straßen schwärme. Wenn dann die Anlieger Entgegenkommen zeigen sollten, lasse sich die alte Straßenlinie immer noch wiederherstellen.

Herr Bürgermeister Metemeyer will auf die Bemerkung des Herrn Ebeling, daß dort schon ein Wohnhaus an der jetzigen Baulinie errichtet sei, bemerken, daß von dem Eigenthümer desselben Entschädigungsansprüche aus der späteren Aenderung des Ortsbauplanes nicht hergeleitet werden können und es sich höchstens frage, ob die Stadt sich aus Billigkeitsgründen zu einer Entschädigung bereit erkläre. Der Eigenthümer jenes Hauses werde außerdem durch die Aenderung nicht gehindert, sein vorliegendes Terrain noch sehr gut auszunutzen, wenn er sich ein Vorderhaus darauf baue. Nach Süden zu solle dann noch eine Querstraße dort abzweigen, an welche das jetzt vorhandene Haus zu liegen komme, so daß eine dauernde Schädigung des Eigenthümers nicht stattfinden könne.

Herr Ebeling erklärt sich durch diese Antwort befriedigt. Es thue ihm nur leid, daß man nicht noch einmal versuchen wolle, mit den Anliegern zu verhandeln, da er glaube, daß sich noch ein befriedigendes Resultat wegen der Gerabelegung der Straße erzielen lasse.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

### VIII. Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothecapital.

Auf dem Grundstücke Schuhstraße 35 steht zu Gunsten der Stadt ein Capital von 22000 M., verzinslich mit  $4\frac{1}{4}\%$  jährlich, als Hypothek eingetragen. Der Eigenthümer des Grundstücks hat um Herabsetzung des Zinsfußes auf  $4\%$  gebeten, und ersucht der Magistrat, diesem Antrage vom 1. Januar 1896 ab stattzugeben, was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Fudel berichtet, geschieht.

### IX. Canalbaukosten am neuen Petritzhore.

Die stadtsseitig zu übernehmenden Kosten für den Canalanschluß der Grundstücke *N.* 6 und 7 am neuen Petritzhore sind zu 250 M. veranschlagt worden. Dem Ersuchen des Magistrates auf Verwilligung des Betrages

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Seele den Antrag namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

### X. Anträge wegen der Eisbahn.

Der hiesige Eisbahnverein hat anheimgegeben, die mit seinem Vertreter wegen der Bleicher- und der Schlagwiese abgeschlossenen Pachtverträge mit Ende dieses Jahres zu lösen und außerdem ersucht, ihm die Benutzung des im erweiterten Bürgerparke hergestellten großen Teiches und ebenso eines Theiles des kleinen Exercierplatzes zu Eisbahnzwecken, sowie für zwei Jahre die Errichtung eines Holzbaues an der Nordseite des erwähnten Teiches zu gestatten. Da die Schaffung guter und ungefährlicher Eisbahnen dem Magistrate im Interesse der Einwohnerschaft wünschenswerth erscheint, so empfiehlt er, sowohl einen Theil des kleinen Exercierplatzes, als auch den erwähnten Teich dem Eisbahnvereine zu überlassen und zwar vorläufig ohne besondere Entschädigung. Den durch Wegfall der Eisgewinnung auf dem Teiche der Stadt erwachsenden Einnahmeausfall in Höhe von jährlich 500 M. wird indessen der Verein durch Zahlung dieser Summe zu begleichen haben. — Was die Errichtung des Holzbaues betrifft, in dem die Kaffeeschenke des Vereins untergebracht werden soll, so beabsichtigt Sekterer, demnächst mit Zustimmung der städtischen Behörden an dem Teiche ein massives Haus aufzuführen, wünscht aber zunächst über die Lage, Größe und Einrichtung desselben

Erfahrungen zu sammeln und zu dem Zwecke vorläufig den Holzbau aufzuführen, um ihn in den beiden nächsten Wintern zu benutzen. Der Magistrat giebt anheim, auch diesen Antrag zu genehmigen.

Wie Herr Wagner berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage. In der Commission sei auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßiger sein möchte, wenn der definitive Bau demnächst von Seiten der Stadt aufgeführt und dann verpachtet würde. Da diese Sache aber noch nicht zur Berathung stehe und nur zur Erwägung verstellt sei, so brauche darauf jetzt nicht näher eingegangen zu werden. Nach der Mittheilung eines Vorstandsmitgliedes des Eisbahnvereins gedenke man übrigens schon im nächsten Jahre ein würdiges massives Haus aufzuführen.

Herr Rathe würde es für zweckmäßig halten, von der Einrichtung einer Eisbahn auf dem kleinen Exercierplatze ganz abzusehen, da dieselbe für eine größere Benutzung zu klein sei und es nicht gerechtfertigt erscheine, den Platz wegen der wenigen Eistage für eine kleine Anzahl von Personen während des ganzen Winters der öffentlichen Benutzung zu entziehen.

Herr Wagner kann diese Ansicht nicht theilen, zumal da in Aussicht stehe, daß in Zukunft ein größerer Theil des Platzes im Einverständniß mit der Militärverwaltung zu Eisbahnzwecken benutzt werden dürfe und die Eisbahn dann einem größeren Publicum zu Gute komme. Während der Winterszeit habe die Freihaltung des Platzes keine große Bedeutung, weil dann die Spiele nicht stattzufinden pflegen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XI. Terrainerwerb zur Korfesstraße 1c.

Zum Zwecke des Ausbaues der Korfesstraße hat der Magistrat von dem hinter'm Hopfengarten gelegenen, ehemals Grobe'schen, jetzt dem Bauunternehmer Gnadt gehörigen Grundstücke eine 193 qm große Theilfläche zum Einheitspreise von 8 M angekauft. Zu dem gleichen Preise hat Gnadt auch das östlich von jener Fläche liegende, zur Verbreiterung der Straße hinterm Hopfengarten erforderliche Terrain unter der Voraussetzung abgetreten, daß die vom Stadtbauamte empfohlene Abänderung des Ortsbauplanes in Betreff der anderweiten Gestaltung dieser letzteren Straße allseitige Annahme findet. In demselben Vertrage ist endlich auch eine Abänderung des mit Gnadt unterm 19. Februar 1894 abgeschlossenen Vertrages vereinbart und zwar dahin, daß eine 21 qm große Fläche nicht auf Kosten des Genannten, sondern demnächst bei dem Ausbau der Straße hinter'm Hopfengarten befestigt werden soll. Diese Abänderung erscheint dem Magistrate zweckmäßig und geht das Ersuchen desselben dahin, den ganzen Vertrag zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

## **XII. Kosten für Legung eines Wasserrohres an der Augustthorpromenade.**

Der Bauunternehmer Rosenthal wünscht die auf dem Grundstücke der ehemaligen Artilleriecaserne erbauten Häuser mit Wasser aus der städtischen Wasserleitung versorgt zu sehen. Für diesen Zweck ist die Legung eines 166 m langen Wasserrohres auf der Augustthorpromenade erforderlich und beantragt der Magistrat, hierfür die Kosten mit 1434 M zu verwilligen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Meyer ihr Einverständniß mit der Vorlage erklären, welche darauf angenommen wird.

## **XIII. Terrainerwerb zur Goslarischenstraße und Ausbau eines Theiles derselben.**

Die Kosten des in Aussicht genommenen Ausbaues der Goslarischenstraße auf der Strecke zwischen Sidonienstraße und Königstiege sind für den Grunderwerb zu insgesammt 54 000 M veranschlagt worden. Hierbei ist angenommen, daß die Straße durchweg auf 14 m verbreitert werde. Bei einer mit den Anliegern wegen des erforderlichen Grunderwerbs gepflogenen Verhandlung hat sich die bei Weitem größere Mehrzahl derselben bereit erklärt, das abzutretende Terrain der Stadt zum Einheitspreise von 12 M zu überlassen, während für diejenigen Flächen, welche zwar noch Zubehör der anliegenden Grundstücke sind, jedoch außerhalb der Einfriedigungen liegen, eine Entschädigung von 5 M für 1 qm gefordert werden. Diese Forderungen außer den Kosten für Zurücksetzung der Einfriedigungen zc. zu bewilligen, erscheint dem Magistrate zulässig. Dagegen haben einige Anlieger über diese Ansprüche hinausgehende Forderungen erhoben, nämlich: Ostens Erben 20 M, Hinzes Erben 15 M, Ahrens' Erben 18 M, der Zimmermeister Rieß 30 M und der Telegraphenbote Hartung fordert, daß ihm für sein zu beseitigendes Wohnhaus ein neues zweistöckiges Wohnhaus errichtet werde und die Stadt außerdem die Straßenbaukosten übernehme. Da die Forderungen nach der Ansicht des Magistrates nicht bewilligt werden können, so ersucht derselbe, diese Flächen, ebenso wie die Bierbaum'sche Fläche, deren freiwillige Abtretung abgelehnt ist, enteignen zu dürfen. Die Straßenbaukosten bittet der Magistrat zu 72 M für 1 m festzusetzen und im Uebrigen die vorstehenden Anträge zu genehmigen.

Herr Meyerhoff giebt namens der Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Auf die Anfrage des Herrn Lange, wie weit der Ausbau der Juliusstraße gebiethen sei und ob das Project auf Verlängerung der Luiseustraße Aussicht auf Verwirklichung habe, erwidert

Herr Bürgermeister Kete meyer, daß die Verhandlung wegen der Juliusstraße in Folge Widerstandes der Anlieger noch nicht habe zum Abschlusse gebracht werden können, auch sei erst jetzt ein Bericht der städtischen Bauverwaltung über die Regulirung der Grenze des reformirten Friedhofes, dessen Vorstand sich dagegen ablehnend verhalte, eingegangen. Was die Fortführung der Quisenstraße anbelange, so zweifle der Magistrat nicht daran, daß Herr Lange über die Verhältnisse dort Bescheid wisse, es sei aber doch für erforderlich gehalten, die städtische Bauverwaltung zu einem Bericht darüber aufzufordern, welcher noch nicht eingegangen sei.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

#### XIV. Errichtung einer Arbeitercaserne auf dem Kieselgute Steinhof.

Zur Befriedigung des landwirthschaftlichen Arbeitsbedürfnisses auf dem Kieselgute Steinhof muß in der Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst eine größere Zahl von landwirthschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen aus ferneren Gegenden herangezogen werden, denen auf dem Gute ein Unterkommen, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Unterbringung von Arbeitern in Casernen, zu gewähren ist. Das Bedürfniß nach Errichtung einer solchen Caserne hat sich in der Vergangenheit weniger geltend gemacht, weil dem Gutspächter die Möglichkeit gegeben war, seinen aus der Fremde zugezogenen Arbeitern ein Unterkommen durch zeitweilige Räumung von Gelassen der ständigen Gutztagelöhner zu gewähren. Die Verhältnisse haben sich aber durch Einrichtung des Kieselbetriebes wesentlich verändert. Abgesehen davon, daß zwei Familienwohnungen für Tagelöhner dem Kieselmeister als Dienstwohnung haben eingeräumt werden müssen, ist die Bewirthschaftung des Gutes im Kieselbetriebe an sich eine viel intensivere und mehr Arbeitskräfte erfordernde geworden, namentlich aber hat sich der zu bewirthschaftende Complex durch Erwerbung von 200 ha Landes auf das Doppelte seines bisherigen Standes erhöht. Die schnelle Errichtung einer Arbeitercaserne zur Aufnahme von rund 50 Köpfen ist demnach als ein unabweisbares Bedürfniß zu bezeichnen. Die Baukosten für eine solche Caserne sind von der städt. Bauverwaltung zu 40000 M überschlagen, jedoch läßt sich der Bau aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich billiger herstellen. Da sich ein genauer Anschlag in kürzester Zeit nicht mehr herstellen ließ und die Caserne bis zum 1. April f. Js. fertiggestellt sein muß, so sind einige leistungsfähige und zuverlässige Unternehmer zur Abgabe von Geboten für rechtzeitige planmäßige Fertigstellung des Gebäudes bereits aufgefordert worden. Diesen Anträgen der Kieseldeputation schließt sich der Magistrat mit der Bitte an, die Ausführung der geplanten Arbeitercaserne zu beschließen und zur Bestreitung der Baukosten der Kieseldeputation einen Credit von 40000 M zu bewilligen.

Die Baucommission hat die Vorlage geprüft und beantragt durch Herrn Bültmann derselben zuzustimmen, auch die Riefeldeputation zu ermächtigen, einige von ihr für wünschenswerth gehaltene Aenderungen an dem Bauprojecte vornehmen zu dürfen.

Herr Günther kann sich mit der Errichtung solcher Arbeitercasernen nicht befrenden und muß es für besser halten, mehrere kleine Häuser zu erbauen, in welchen die Leute untergebracht werden können, selbst wenn es sich dabei nicht um die Unterbringung von Familien, sondern von einzelnen Leuten handle.

Herr Bültmann erwidert, daß die Caserne für sogenannte Sachsengänger (24 Männer und 28 Weiber) bestimmt sei, welche im Frühjahr hier von Auswärts zuziehen und nach Schluß der Arbeiten im Herbst wieder in ihre Heimath zurückkehren. Die Räume des Gebäudes seien nach dem Muster der auf den Domainen bewährten Einrichtung projectirt und jeder Arbeiter werde zufrieden sein, wenn er in solchem Raume hausen könne, da ihm so gesunde Räume in seiner Privatwohnung nicht zur Verfügung stehen würden.

Auf die Anfrage des Herrn Brückmann, ob verschiedene Unternehmer zur Abgabe von Offerten aufgefordert seien, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die städt. Bauverwaltung den bis dahin nur überschlagenen Bau jetzt auf Grund der mittleren Einheitspreise zu 36 000 M genau veranschlagt habe und von der Riefeldeputation verschiedene hiesige Unternehmer aufgefordert seien, zu erklären, für welchen Preis sie die Gebäude aufführen würden. Die schon zum Theil eingegangenen Erklärungen lassen mit Bestimmtheit hoffen, daß von dem erbetenen und aufrecht zu erhaltenden Credit von 40 000 M ein wesentlicher Theil erspart werden könne, obwohl die Kosten der inneren Einrichtung dem obigen Anschlage noch zugerechnet werden müssen. Nähere Mittheilungen aus den von Unternehmern abgegebenen Erklärungen lassen sich noch nicht machen.

Herr Rathe möchte anfragen, ob auf der Domaine Steinhof nicht schon früher Wohnungen für Sachsengänger vorhanden gewesen seien, da der frühere Pächter solche Leute doch auch gebraucht habe. Außerdem könne er ebenfalls nicht finden, daß eine große Arbeitercaserne unter den heutigen Zeitverhältnissen eine Annehmlichkeit für die Leute sei. Vielleicht könne man auch Leute genug aus der näheren Umgebung des Steinhofes erhalten und brauche die Sachsengänger gar nicht, denn die umliegenden Ortschaften würden froh sein, wenn sie Arbeitsleute zu diesem Zwecke abgeben könnten. Da auf dem Steinhofe eine Masse Leute ständig gebraucht würden, so empfehle es sich, für diese kleine Häuser zu errichten, in welchen sie sich festhaft machen können, während die nur zeitweise gebrauchten Leute in den vorhandenen Arbeiterwohnungen Unterkunft finden werden.



Herr Oberbürgermeister Pöckels entgegnet, daß auch früher vom Wächter des Steinhofes — wie der Referent bereits vorgetragen habe — Sachsengänger beschäftigt worden seien, nur in erheblich geringerer Zahl, als man jetzt nöthig habe. Die Leute seien damals in Stallungen, auf Böden und in Tagelöhnerhäusern untergebracht, was jetzt nach dem neuen Gesetze überhaupt nicht mehr gängig sei. Die Verhältnisse haben sich auch wesentlich insofern verschoben, als der jetzt als Kieselgut zu bewirthschaftende Complex noch einmal so groß sei wie der frühere Steinhof und als die Bewirthschaftung eines Kieselgutes viel intensiver sei, also auch mehr Leute erfordere als die landwirthschaftliche Verwaltung einer Domaine. Außerdem haben zwei Tagelöhnerwohnungen dem Kieselmeister überwiesen werden müssen. Die Kieseldeputation werde den städtischen Behörden auch noch mit dem Antrage auf Errichtung eines neuen Tagelöhnerhauses kommen, jedoch sei das nicht so eilig. Für sesshafte Arbeiter fehle es im Winter an Beschäftigung.

Herr Rieke hat in der Commission für die Vorlage gestimmt, weil die Einrichtung der Caserne den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Jetzt müsse er sich aber dagegen erklären in der Erwägung, daß in Braunschweig eine Masse Leute arbeitslos umherlaufen, welche für denselben Preis arbeiten, wie die fremden Leute. Allerdings zwischen den Polen würden die einheimischen Leute sich nicht wohlfühlen, weil Erstere stark mit Ungeziefer behaftet zu sein pflegen. Darum sei es besser, die Bewirthschaftung einem hiesigen Unternehmer mit hiesigen Arbeitern zu übergeben, welche die Arbeit ebensogut machen würden und bei denen die Stadt noch besser fahren dürfte, als bei den Polen. Er halte es für eine größere Pflicht, zunächst für die eigenen Gemeindeangehörigen zu sorgen und erst dann an fremde Völkerschaften zu denken. Wolle man aber behaupten, oder zu beweisen versuchen, daß das hiesige Arbeitermaterial schlechter sei, als das fremde, so müsse er das entschieden bestreiten, denn die großen Güter haben die Sachsengänger erst zugezogen, als die hiesigen Arbeiter namentlich die Arbeiten der Rübenzuckerindustrie nicht mehr zu bewältigen vermocht haben. Durch die Zuziehung hiesiger Arbeiter würde nur Armengeld gespart werden.

Herr Bültmann will hierzu bemerken, daß die Leute nur immer während der einen Hälfte des Jahres Arbeit fänden und in der Nähe des Kieselgutes Steinhof während der Sommermonate Niemand zu haben sei. Dazu komme, daß man nur Leute gebrauchen könne, welche in der Landwirthschaft beschäftigt und groß geworden sein müssen. Wenn man nicht einen Stamm auswärtiger Arbeiter für die Sommerszeit heranziehe, die im Winter in ihre Heimath zurückkehren, könnte man hier in Braunschweig nicht fertig werden. Familien auf dem Steinhofe ansässig zu machen, die man im Winter nicht zu beschäftigen vermöge, würde zu theuer werden. Deshalb sei man auf solchen Zuzug von Auswärts angewiesen; wenn sich jedoch qualificirte Leute aus der Umgegend finden, so stehe nichts im

Wege, dieselben auf den Rieselfeldern zu beschäftigen. Vorläufig müsse aber darauf Rücksicht genommen werden, die Arbeiter von Auswärts einzustellen und ihnen auch eine entsprechende Unterkunft für die Zeit ihrer Beschäftigung zu bieten.

Herr Ebeling ist ebenfalls der Meinung, daß das Rieselgut sich mit hiesigen Arbeitern allein nicht bewirthschaften lasse. Soweit angängig, seien Arbeiterfamilien eingestellt und ihnen Wohnungen überwiesen, aber mehr ständiges Arbeiterpersonal könne man nicht gebrauchen. Der Ausdruck „Sachsengänger“ sei auf die einzustellenden Arbeiter vielleicht nicht richtig angewendet, denn wenn sich ein Unternehmer finden sollte, der hiesige Arbeiter einstelle, würde das freudig zu begrüßen sein, weil man mit hiesigen Arbeitern doch lieber verkehre als mit fremden. Der Bau der Caserne lasse sich indessen auf keinen Fall vermeiden und werde um dessen Bewilligung gebeten.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### XV. Aufnahme von Processen.

Die Wittve des Tischlermeisters Götting und die Wittve des Kaufmanns Druwe hieselbst habe gegen die Stadt eine Klage angestrengt auf Beseitigung des über ihr Grundstück geführten Canals, und ist vom Herzoglichen Landgerichte ein vorläufiges Urtheil dahin ergangen, daß dem Magistrate im Wege der einstweiligen Verfügung untersagt ist, Abwässer irgend welcher Art in oder durch die klägerischen Grundstücke zu führen, oder in sonstiger Weise auf die klägerischen Grundstücke einzuwirken.

Herr Wolff giebt die Genehmigung der Proceßführung anheim. Nach seiner Ansicht sei die Klage hinfällig, weil die Anlage der neuen Straße bei Anstellung der Klage schon im Gange gewesen sei und demnach die Stadt ein vertragliches Recht habe, den Canal liegen zu lassen, vor Allem aber, weil inzwischen die Stadt im Zwangsenteignungsverfahren in Besitz des Canalterrains gesetzt sei. Bedauerlich müsse es erscheinen, daß das Herzogliche Landgericht auf den Antrag, betreffend den Erlaß einer einstweiligen Verfügung ohne jede Aeußerung der Stadtverwaltung Verfügung getroffen und beschloßen habe, bis auf Weiteres jede weitere Benutzung des Canals zu untersagen. Selbstverständlich sei dagegen Widerspruch erhoben und erscheine es geboten, daß Remedur eintrete.

Die Genehmigung zur Aufnahme der Prozesse wird erteilt.

#### XVI. Wiederaufstellung des Säulenvorbaues der alten Artilleriecaserne im Bürgerparke.

Die städtische Bauverwaltung hat empfohlen, den nach den Plänen von Peter Josef Krahe aufgeführten östlichen Säulenvorban des alten Augustthores nicht als Steinmaterial zu verwerthen, sondern als lehrreiches Beispiel edler classischer Form, in denen der Bau aufgeführt, der Nachwelt zu erhalten und an passender Stelle

wieder aufzurichten. Einer Aufforderung entsprechend hat die städtische Bauverwaltung zwei Projecte eingereicht, von denen das eine die Aufstellung des Säulenvorbaues und einiger architectonisch beachtenswerther Bruchstücke in Ruinenform vorsieht, während bei dem anderen Project in Aussicht genommen ist, außer den Säulen auch die Seitenmauern und die Rückmauer der Säulenvorhalle wieder aufzustellen und das ganze Bauwerk durch Dächer abzudecken. Die Kosten des ersteren Projectes sind zu 3800 M, die des zweiten zu 9300 M veranschlagt worden. Als Platz für beide Projecte ist der nördlich von der Okertheilung im Bürgerparke hergerichtete Hügel in Vorschlag gebracht. Der Magistrat ist der Ansicht, daß das Bauwerk an dieser erhöhten Stelle zur Belebung der landschaftlichen Anlagen beitragen würde, glaubt aber, daß dieser Zweck schon hinreichend durch Ausführung des einfachen ersteren Projectes erreicht werden wird und empfiehlt dasselbe auch der niedrigeren Kosten wegen zur Annahme und Ausführung. Mit dem Bemerken, daß aus dem Abbruch der alten Husarencaferne, abgesehen von dem vorhandenen Steinmaterialie, sowie von sechs brauchbaren Defen und 4000 Stück englischen Schiefers im Werthe von zusammen 440 M, ein bereits vereinnahmter Erlös von 1517,<sup>54</sup> M erzielt wird, ersucht der Magistrat, die Ausführung des ersteren Projectes zu genehmigen und dazu die Summe von 3800 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Uhde empfiehlt die Baucommission das erstere Project zur Ausführung, nach welchem nur die Aufstellung der Säulen und die Erhaltung der Epitaphien gewünscht werde. Für das zweite Project habe man sich nicht entscheiden können, einmal des höheren Kostenpunktes wegen, dann aber auch, weil der Bau von beiden Seiten gesehen werden könne und es in diesem Falle vielmehr erwünscht sei, nur die Silhouette der Säulen und des Porticus zu haben, als daß dieses Bauwerk durch Quermauern unterbrochen werde, welche den Porticus in seiner Schönheit nur beeinträchtigen könnten. Da aus dem Steinmaterialie der Caferne schon 1500 M herausgekommen seien, so werde die zu bewilligende Summe nicht zu hoch genannt werden können. Der Porticus zeichne sich durch seine Schönheit aus und stelle sich als ein Monument vergangener Zeiten dar. Die Tafeln wünsche die Baucommission so hoch aufgestellt zu sehen, daß die Inschriften nicht so leicht von Kindern zerstört werden können, wenn hierdurch auch etwas mehr Arbeitslohn beansprucht werden sollte.

Herr Hauswaldt: Als es bekannt geworden sei, daß eine Vorlage zur Verschönerung des Bürgerparkes ergehen solle, habe er sich gedacht, derselben werde Jeder gern zustimmen. Nach Einsichtnahme der Vorlage müsse er sich indessen schweren Herzens gegen diese eingebilddete Verschönerung des Bürgerparkes aussprechen. Er könne auch nicht begreifen, wie Jemand auf den Gedanken kommen könne, eine Coullisse auf einen hohen Berg zu stellen und sie dem Publicum von

zwei Seiten sichtbar zu machen. Von vorn werde sie sich wie sechs Traillen und von hinten wie ein Galgen auf dem Hügel ausnehmen und die Passanten der Wolfenbüttler Straße müßten wirklich denken, der alte Stadtgalgen sei dort wieder aufgerichtet, wenn sie dieses Bauwerk erblickten. Wollte man derartige Bauwerke erhalten — abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheine, ob es überhaupt wünschenswerth sei, solche schwerfälligen Säulen ohne historischen Werth zu erhalten — so werde man solche Coulißen doch unter allen Umständen gegen einen Hintergrund stellen und nicht oben auf einen Berg, wo sie von allen Seiten gesehen werden können. In der Parkdeputation habe man gebeten, den hübschen leichten Berg nicht durch dieses Monstrum von Bauwerk zu verschimpfen, sondern die Couliße, wenn sie überhaupt erhalten werden solle, unten gegen einen grünen Berg oder gegen ein Gebäude, mindestens aber so zu stellen, daß man wenigstens von der einen freien Seite aus glauben könne, es sei ein griechischer Tempel. Bei diesem Plaze könne es aber Niemand glauben, da man von hinten auf die absonderlichsten Gedanken kommen könne. Der Promenaden-Inspector Kreiß habe ihn auch gebeten, Alles aufzubieten, um diese Verschimpfung des von demselben mit so viel Vergnügen angelegten Parkes zu verhindern. Er bitte dringend, die Vorlage abzulehnen und glaube, daß die Genehmigung derselben nichts anderes als eine komische Geschichte werden würde, welche die geforderten 3800 M nicht werth sei.

Herr Bürgermeister Kete Meyer möchte bemerken, daß es nach den eben gehörten Ausführungen scheinen könne, als hätte der Magistrat den Beschluß der Parkdeputation einfach unterdrückt. Die Parkdeputation habe aber gar keine Veranlassung gehabt, sich mit dem Projecte zu beschäftigen, da sie nur für den erweiterten Theil des Bürgerparkes zuständig sei und auch von ihr ein Beschluß hierüber nicht gefaßt sein könne. Das vorgelegte Project sei ihr nur gelegentlich einmal gezeigt worden.

Herr Löschigk will hervorheben, daß ihm Herr Hauswaldt voll und ganz aus der Seele gesprochen habe. Die Stadt sei bestrebt, den Park so schön wie möglich herzustellen und könne denselben als ihre Puppe betrachten, welche Jeder gern ansehe und der von erholungsbedürftigen Leuten viel aufgesucht werde. Wünschen möchte er nur noch, daß in dem Parke auch das Fahren und Radfahren verboten werde.

Herr Nieß kann nicht einsehen, wie Jemand an seiner Erholung gehindert werden könne, wenn die Säulen auf die Bergkante gestellt würden. Er möchte Herrn Hauswaldt einmal fragen, ob derselbe jemals die Reste eines griechischen Tempels gesehen habe. Redner habe die Tempelruinen von Girgenti gesehen, welche eine ähnliche Stellung innehaben, wie man sie hier den Säulen geben wolle. Letztere seien von Braunschweigs erstem Baumeister des vorigen Jahrhunderts ausgedacht und Jeder würde seine helle Freude daran haben, wenn sie erst stehen, da

der Park hierdurch nur verschönert werden könne. Nach bester Ueberzeugung und auf Grund des an Ort und Stelle aus beinahe 3000jähriger Vergangenheit gewonnenen Urtheils könne er nur empfehlen, dem Projecte zuzustimmen, zumal da man häufig sich bemühe, derartige Ruinen künstlich herzustellen, um sie einem Park als Schmuck einzuverleiben.

Herr Uhd e: Bauen könne ein Jeder und Geschmack habe auch ein Jeder und auch Herr Hauswaldt habe Geschmack. Auch Redner habe immer gedacht, etwas vom Bauen zu verstehen und einigen Geschmack zu besitzen, jedoch lasse er sich so leicht nicht fangen wie Herr Hauswaldt. Herrn Hauswaldt mit dessen Rathgebern, Herrn Kreiß an der Spitze, könne er nicht Recht geben, wenn dieselben glaubten, hierüber eine richtige Meinung zu haben, denn sie hätten eine durchaus falsche Meinung darüber. Während man sich anderwärts bemühe, einen kleinen Kunstgegenstand in einem Parke aufzustellen, um dadurch einen Contrast zwischen Natur und Kunst hervorzurufen, sträube man sich hier gegen die Aufstellung eines vorhandenen monumentalen Bauwerkes. Selbstverständlich würde man nicht von vornherein einen sechsäuligen dorischen Porticus für den Bürgerpark gewählt haben, wenn man ihn nicht gehabt hätte. Da der Porticus nun einmal vorhanden sei, so sehe er nicht ein, weshalb er nicht auf dem kleinen Berge aufgestellt werden solle. Ein Galgen habe dann aber doch ganz anders ausgesehen und er wisse nicht, ob Herr Hauswaldt jemals einen solchen gesehen habe. Die Silhouette eines dorischen Porticus sei sehr schön, namentlich auch beim Mondenscheine. Auch in Richmond habe man einen alten tempelartigen Bau auf einem Plage aufgestellt, was sich sehr schön mache, ebenso habe er in verschiedenen ausländischen Parks künstliche Ruinen gefunden, die sehr schön ausähen, und einen angenehmen Contrast zu der Natur bilden. Jedenfalls würde der dorische Porticus an der Stelle sich effectvoll abheben und jedes Mitglied der Versammlung würde sich nach dessen Aufstellung gern damit einverstanden erklären. Auch der Promenadeninspector Kreiß werde sich derselben fügen und habe sich den Anordnungen der Stadt überhaupt zu fügen. Wenn Herr Kreiß in den Anlagen von Parks auch viel Geschmack entwickele, so habe er doch für diese Sache kein Verständniß.

Herr Lord will sich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit auf die Erklärung beschränken, daß er die geforderte Summe nicht bewilligen werde, weil er den Platz für durchaus ungeeignet und den architectonischen Werth des Bauwerkes nicht für werthvoll genug halte, um dasselbe der Nachwelt aufzubewahren. Außerdem meine er, man solle der Krankheit der Zeit, auch Unbedeutendes für die Nachwelt zu erhalten, nicht in zu hohem Maße Rechnung tragen. Die Kosten für eine solche Sache seien eben zu bedeutend, als daß er sie bewilligen könne. Einen Vergleich mit den Baudenkmalern von Girgenti, wie ihn Herr Rieß angestellt habe, könne er immer nur als einen Scherz betrachten.

Herr Halle: In dem Parke finde sich hier eine gewisse Eintönigkeit, nirgends biete sich dem Auge ein Ruhepunkt und er finde es daher sehr hübsch, wenn die Säulen dort aufgestellt würden. Man dürfe doch auch nicht immer die materielle Seite einer Sache allein ins Auge fassen und stets fragen, was sie einbringe, oder ob sie unbedingt nothwendig sei. Wenn das Auge nicht einmal solchen Ruhepunkt im Bürgerpark habe, so werde man denselben langweilig finden. Darum solle man die Idee nicht von der Hand weisen und dem Commissionsantrage zustimmen.

Herr Engelbrecht hat bisher auch weder einen griechischen Tempel noch einen Galgen gesehen, möchte aber trotzdem keinen Tempel und auch keinen Galgen an der Stelle haben. Er glaube, die Gründe des Herrn Uhde für die Aufstellung des Porticus passen absolut nicht, denn der Erbauer desselben habe bestimmt nicht daran gedacht, etwas zu bauen, was als freistehende Coullisse dastehen solle, sondern es habe sich um den Abschluß eines vorhandenen Gebäudes gehandelt. Seiner festen Ueberzeugung nach seien die mächtigen Säulen für den kleinen Berg zu schwer und zu kräftig. Wenn Herr Uhde überzeugt sei, daß sich Jeder über das Bauwerk freuen würde, sobald es nur fertig sei, so habe man andererseits auch schon erlebt, daß ein Bauverständiger sich später hinter den Ohren gekräftigt habe, wenn er sein Bauproject verwirklicht gesehen habe. Er zweifle sehr daran, daß der Porticus an der Stelle den gewünschten Eindruck mache und glaube auch nicht, daß sich jemals ein Mensch denken könne, es habe an dieser Stelle früher ein Tempel gestanden.

Herr Blasius ist hierüber anderer Ansicht und bittet das Project zu genehmigen. Er habe unendlich vielen solchen ruinenartigen Schmuck in Parks gesehen, der sich vortrefflich mache und er glaube auch nicht, daß Herr Nieß seinen Vergleich als Scherz aufgefaßt habe. Herrn Lord möchte er wünschen, daß derselbe statt nach Braunlage einmal nach Gironi käme und sich die schönen Ruinen dort ansähe. Selbstverständlich habe Herr Nieß nicht sagen wollen, daß die Säulen zu großen Werth haben, aber der Platz für dieselben sei ganz richtig ausgewählt.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Vorlage mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Herr Wolff möchte zu dem Punkte noch hervorheben, daß ein Theil der Gegner der Vorlage nur den für den Porticus ausersesehenen Platz nicht für geeignet halte, sonst aber der Wiederaufstellung des Bauwerkes nicht ablehnend gegenüberstehe.

## XVII. Statut, betreffend das Stadtfahren in der Stadt Braunschweig.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß ihm in dieser Angelegenheit ein Brief zugegangen sei von einer Anzahl alter und älterer Damen, welche wünschen, es

möchte das Radfahren möglichst eingeschränkt werden. — Da indessen die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei, empfehle er, die Vorlage erst in der nächsten Sitzung zu berathen,

mit welchem Vorschlage sich die Versammlung einverstanden erklärt.

---

Die aus der Versammlung noch eingegangenen Anträge und Anfragen werden ebenfalls für die nächste Sitzung zurückgestellt.

---

Dauer von 4 bis 7 $\frac{1}{4}$  Uhr.

---





1895/96.

N<sup>o</sup> 7.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 24. October 1895.

**Tagesordnung:**

I. Capitalentschädigung für das Klostergut Steinhof und das Vorwerk Hülperode . . . . .	Seite 134
II. Statut, betr. das Radfahren in der Stadt Braunschweig . . . . .	" 135
III. Herstellung elektrischer Glockenzüge . . . . .	" 146
IV. Antrag Nieß und Genossen: Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke . . . . .	" 147
V. Belegung der Fußwege an der Frankfurterstraße mit Platten . . . . .	" 154
VI. Belegung eines Fußweges am Königstiege mit Platten . . . . .	" 156
VII. Ausbau der Hagenstraße 2c. . . . .	" 156
VIII. Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .	" 157
IX. Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßenbahn . . . . .	" 159

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Brückmann.

Der Vorsitzende, Herr Seimler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst ein an den Stadt-Magistrat gerichtetes Schreiben der Königlich Eisenbahn-Direction in Magdeburg folgenden Inhalts mit:

„Auf das gefällige Schreiben erwidern dem Magistrate wir ergebenst, daß die Verlegung der dortigen Eisenbahn-Hauptwerkstatt nach Magdeburg auf ganz unzuverlässigen Mittheilungen beruhen muß, da unsererseits dieser Angelegenheit amtlich bis jetzt noch nicht näher getreten ist“.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

### **I. Capitalentschädigung für das Klostergut Steinhof und das Vorwerk Hülperode.**

Für die Abtretung des zum 1. November 1893 in den Besitz der Stadt über-  
gegangenen Klostergutes Steinhof und des Vorwerkes Hülperode hatte Herzogliche  
Cammer, Direction der Domainen, unterm 12. November 1894 auf Ermächtigung  
des Herzoglichen Staatsministeriums eine Gesamtentschädigung von 574 211,80 M  
und zwar für den Steinhof 435 053,80 M und für Hülperode 139 158 M mit der  
Erklärung in Anspruch genommen, daß davon der seitherige Gutspächter wegen  
seiner Forderungen aus dem Pachtverhältnisse mit 75 211,80 M zu befriedigen sei,  
so daß dem Kloster- und Studienfonds eine Capitalentschädigung von 499 000 M  
zufallen werde. Daneben waren an Zinsen auf das Capital für den der Expro-  
piation unterliegenden Steinhof 5 % und auf dasjenige für das freihändig zu  
erwerbende Vorwerk Hülperode 4 %, von Johannis 1894 an gerechnet, gefordert.  
Auf die von dem Magistrate gegen die Höhe dieser Forderung erhobene Vorstellung  
hat Herzogliche Cammer in Ermächtigung des Herzogl. Staatsministeriums die obige  
Capitalforderung auf 535 211,80 M, mithin um 39 000 M ermäßigt, sich auch er-  
boten, den Zinssatz für die davon dem vormaligen Pächter zugebilligte Abfindungs-  
summe auf 4 % und denjenigen für das in den Kloster- und Studienfonds fließende  
Capital von 460 000 M auf 3 1/2 % herabzusetzen. Diese ermäßigte Capitalforderung  
übersteigt immerhin noch um rund 58 000 M diejenige Werthsumme, welche die  
Herrn Th. Bültmann und Carl Ebeling geschätzt haben. Gleichwohl glaubt der  
Magistrat, der Versammlung eine Ablehnung des jetzt unterbreiteten Vergleichs-  
vorschlages nicht anheimgeben zu sollen, einmal weil die zuletzt geforderte Summe  
hinter der von der Herzoglichen Cammer ursprünglich ermittelten Werthsumme noch  
zurückbleibt und dann auch, weil der Amts-rath Bollrath aus Bährdorf den Ver-  
kaufswert für den Steinhof auf 507 228,48 M geschätzt hatte, so daß sich die Hoff-  
nung verschließt, Herzogliches Staatsministerium werde bereit sein, eine weitere  
Herabsetzung der Forderung zuzugestehen. Im Wege des Expropriationsverfahrens  
aber eine weitere Herabsetzung der Entschädigungssumme anzustreben, kann der

Magistrat nicht empfehlen, weil nur das Hauptgut Steinhof im Enteignungsverfahren erworben werden könne, dasselbe aber inzwischen durch Rajolung, Aptirung und Drainirung wesentlich verändert worden sei.

Das Gutachten des Amtraths Vollrath über den Werth der beiden Güter kann der Magistrat allerdings als zutreffend insofern nicht anerkennen, als dasselbe einmal auf einem wohl aus nur flüchtiger Besichtigung geschöpften Irrthume hinsichtlich der Beschaffenheit des Untergrundes beruht, sodann aber auch die vorhandenen Wirthschaftsgebäude nicht als durchweg in gutem Zustande befindlich erachtet werden können, das Gutachten ferner von dem Rechtsirrthume ausgeht, daß diejenigen Ackerflächen, welche zur Spargelcultur geeignet seien, mit Rücksicht hierauf höher bewerthet werden müßten, während ein bloß möglicher Ertrag aus Spargelanlagen gesetzlicher Vorschrift zufolge nicht in Anrechnung gezogen werden kann. Auch will es dem Magistrate weiter scheinen, daß der Amtrath Vollrath von dem seinerseits ermittelten Ertragswerthe nicht den Arbeitslohn des Pächters abgesetzt habe, sowie daß von dem durch ihn festgestellten Werthe die Differenz noch in Absatz zu bringen ist zwischen dem Zinssatze auf das sofort zu erlegende, bezw. zu verzinsende Entschädigungscapital und demjenigen Nettoertrage, welchen Herzogliche Cammer bei Fortsetzung der Pacht bis 1900 erzielt haben würde.

Was die regierungsseitige Berechnung des in der geforderten Gesamtentschädigung einbegriffenen, dem Gutspächter durch das vorzeitige Aufhören des Pachtvertrages erwachsenen Schadens, bezw. entgangenen Gewinnes anlangt, so hält der Magistrat die darüber aufgestellte Berechnung für gerechtfertigt. Hiernach giebt Letzterer anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß Herzogl. Cammer auf die Fehlsamkeit der von dem Amtrath Vollrath vorgenommenen Werthschätzung mit dem Ersuchen um wohlwollende Prüfung und eventuell weitere Herabsetzung der geforderten Capitalentschädigung bei gleichzeitiger Abgabe der Erklärung hingewiesen werde, daß, ablehnenden Falles, die Stadt bei Lage der Sache sich genöthigt sehe, den in dem Schreiben der Herzoglichen Cammer unterbreiteten Vergleichsvorschlag anzunehmen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff mit dem Magistratsantrage in allen Punkten einverstanden und giebt dessen Genehmigung anheim,

welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

## II. Statut, betr. das Radfahren in der Stadt Braunschweig.

Aus Anlaß des von der Versammlung am 30. August 1894 — Seite 126 des Berichts — an den Magistrat gerichteten Antrages auf Beseitigung bestehender Mißstände im öffentlichen Radfahrwesen sind von demselben Verhandlungen

mit der Herzoglichen Polizei-Direction gepflogen, die darauf abzielten, die erwähnten und nach allseitiger Anerkennung thatsächlich bestehenden Mißstände zu beseitigen. Nachdem Herzogliche Polizei-Direction das Ersuchen, zu dem Zwecke auf eine entsprechende Ergänzung des Landesgesetzes vom 31. October 1891 anzutragen, abgelehnt und den Erlaß statutarischer Vorschriften empfohlen hatte, hat der Magistrat einen Entwurf solcher Vorschriften ausgearbeitet, welchen er mit dem Ersuchen um Genehmigung der Versammlung vorlegt.

Wie Herr Engelbrecht namens der Statutencommision berichtet, ist der Aufstellung des Statutentwurfes eine gründliche Vorprüfung vorhergegangen. Man habe die Vorschriften anderer Städte geprüft und es seien auch die theiligten Kreise in umfangreichster Weise gehört worden. Gerade aus diesen Kreisen habe man in Anerkennung der vorhandenen Mißstände die Erklärung abgegeben, daß der Erlaß eines solchen Statuts mit Freuden begrüßt werde. Diese Mißstände seien indessen nicht mit dem Radfahrwesen als solchem nothwendig verbunden, sondern sie würden hervorgerufen durch grobe und rücksichtslose Menschen, welche es natürlich auch unter den Radfahrern gebe. Es würde ein Unrecht sein, wenn man dem Radfahrwesen als solchem etwas in die Schuhe schieben wollte, denn es sei bei seiner heutigen Entwicklung weder als ein Spiel, noch als ein Sport, sondern als ein Verkehrsmittel anzusehen, welches unentbehrlich sei und eine große Zukunft habe. Man müsse sich dieser Sache als Nichtradfahrer auch wohlwollend gegenüberstellen und könne behauptet werden, daß ein solches Wohlwollen in dem Statute vollkommen zum Ausdruck gebracht sei, denn die in den Bestimmungen desselben etwa liegenden Härten schreibe das Gesetz vor und seien dieselben daher von den städtischen Behörden nicht zu beseitigen. Wenn das Publicum sich erst einmal mehr daran gewöhnte, die Fahrwege als solche zu respectiren, und sie nicht so oft zu einem Gebatterschnack zu benutzen, würden viel weniger Unfälle bei dem Radfahrwesen vorkommen. Auf der anderen Seite passiren allerdings auch große Ausschreitungen seitens der Radfahrer, wie man fast täglich in den Straßen der Stadt sehen könne.

Der §. 1 des Statutentwurfes laute in seinem Eingange:

„Jedes auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zum Fahren benutzte Fahrrad muß mit einer Nummer versehen sein, die auf zwei von Herzoglicher Polizei-Direction gegen Erstattung der Herstellungskosten zu beziehenden Nummerplatten angebracht ist. Von diesen Platten muß die eine, schnabelförmig spitz zulaufend und auf beiden Außenseiten mit der Nummer versehen, vorn, die andere aber hinten am Fahrrad so angebracht sein, daß die Nummer gut sichtbar ist“.

Hierzu habe er zu bemerken, daß ihm eine dreifache Nummerirung der Fahrräder nicht nöthig erscheine, da es in allen Fällen genüge, wenn hinten am Rade

eine Nummer gut sichtbar angebracht sei. Die vordere Nummer habe für die Ergreifung des davoneilenden Radfahrers gar keine Bedeutung. Im Uebrigen bemerke er, daß er dem Radfahrwesen vollständig objectiv gegenüberstehe, da er selbst nicht Radfahrer sei und auch nicht daran denke, sich ein Rad anzuschaffen. Den §. 1 bitte er dahin zu ändern, daß derselbe laute:

„Jedes auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zum Fahren benutzte Fahrrad muß mit einer Nummer versehen sein, die auf einer von Herzoglicher Polizei-Direction gegen Erstattung der Herstellungskosten zu beziehenden Nummerplatte angebracht ist. Die Nummerplatte ist hinten am Fahrrad so zu befestigen, daß die Nummer nach rückwärts steht und gut sichtbar ist“.

Herr Hauswaldt möchte aus betheiligten Kreisen den Wunsch zur Sprache bringen, daß die Nummern nicht von der Herzoglichen Polizei-Direction, sondern von dem Stadtmagistrate zu beziehen seien, welcher der Bürgerschaft doch näher stehe. Mit der Polizei habe Niemand gern etwas zu thun (Heiterkeit), und da die Hundebesitzer ihre Marken auch von dem Magistrate erhalten, könnte hier bezüglich der Nummern die gleiche Einrichtung getroffen werden. Statt „Herzoglicher Polizei-Direction“ beantrage er daher, zu sagen „dem Stadtmagistrate“. Den objectiven Standpunkt des Referenten erkenne er gern an.

Herr Lord ist sich zweifelhaft darüber, wie mit Rücksicht auf die hier verkehrenden vielen fremden Radfahrer die Polizei im Stande sein solle, den Radfahrer herauszufinden, welcher aus bösem Willen keine Nummer gelöst habe. Er wisse auch nicht, wie jeder Radfahrer gezwungen und controlirt werden könne, sich eine Nummer zu lösen; ob eine Strafe darauf gesetzt, oder er im Hausbuche bezw. Fragebogen als Eigenthümer eines Fahrrades geführt werden solle.

Herr Engelbrecht erwidert, daß die Polizei nach Herausgabe des Statuts jeden Radfahrer sistiren könne, welcher ohne Nummer betroffen werde. Stelle sich dann heraus, daß der Sistirte ein fremder Radfahrer sei, werde er wieder freigegeben, sonst nicht. Wenn hierin eine Belästigung der fremden Radfahrer erblickt werde, so gehe das die städtischen Behörden nichts an.

Herr Lord würde es für ein Unrecht halten, wenn die fremden Radfahrer gezwungen werden sollten, sich nach den in jedem Orte geltenden Vorschriften zu richten, wie das neuerdings in einem Prozesse in Wiesbaden entschieden sei. Nach seiner Meinung würde es schon wegen der Schwierigkeiten bei Zusammenstellung eines solchen Statuts zweckmäßiger gewesen sein, den Versuch zu machen, auf Grund des Landesgesetzes und der Straßenpolizeiordnung auch bezüglich der Radfahrer auszukommen, und habe er den damaligen Antrag auch so aufgefaßt. Das würde sich recht gut durchführen lassen, wenn man — wie das auch in Magdeburg die Ansicht der Majorität gewesen sei — die Fahrräder als Fuhrwerke betrachte,

denn es habe sicher seine Bedenken, nun noch ein neues, paragrafenreiches Statut zu entwerfen. Uebrigens sei er erstaunt gewesen, bei dieser Gelegenheit erfahren zu haben, daß seit dem Jahre 1891 ein Landesgesetz über das Radfahrwesen bestehe; da er dieses auch gar nicht habe vermuten können, denn seines Wissens sei noch Niemand auf Grund dieses Gesetzes zur Verantwortung gezogen, obgleich es bis zur Veröffentlichung des hier vorliegenden Statutentwurfs Regel gewesen sei, daß die Radfahrer wie ein geölter Blitz durch die Straßen segten. Ein Statut könne aber immer nur dann die richtige Wirkung ausüben, wenn die Stadt von den Executivbeamten bei der Durchführung desselben unterstützt werde, was in Braunschweig nur sehr mangelhaft der Fall sei. Man ziehe zum Vergleich nur die Straßenpolizeiordnung heran, deren Bestimmungen theilweise fortwährend unbeachtet bleiben, obwohl eine Menge recht guter Vorschriften darin enthalten seien. So z. B. sollen die Müllkästen auf den Straßen nicht durchwühlt werden, trotzdem könne man derartige Untersuchungen täglich beobachten, ohne daß die Polizeibeamten nur einmal eine Warnung ergehen ließen. Ebenso sei das Abwerfen von Kastanien untersagt, aber an allen Stellen der Promenaden könne man während des ganzen Spätsommers die Steine in die Luft fliegen und die Spaziergänger gefährdet sehen. Die Kinderwagen sollen nur immer auf der rechten Seite der Straße gefahren werden, in Wirklichkeit fahre aber Alles regellos und wild durcheinander. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse möchte er den Gesichtspunkt in die Debatte werfen, ob es nicht gerathener wäre, zu versachen, auf Grund der Straßenpolizeiordnung und des Landesgesetzes ohne Statut auszukommen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, daß der Wunsch des Vorredners dahin zu gehen scheine, die Fahrräder den Fuhrwerken zuzurechnen.

Herr Seele hat sich auch nicht zu der Ueberzeugung durchringen können, daß das Anbringen von Nummern einen so wesentlichen Vortheil in sich schließen würde. Da fast die Hälfte aller hier verkehrenden Radfahrer nach auswärts gehöre, so werde man die fremden von den hiesigen Radfahrern gar nicht unterscheiden können, sobald die Nachbarstädte Wolfenbüttel, Hildesheim, Helmstedt u. auch die Anbringung von Nummern vorschreiben würden. Er neige sich ebenfalls der Meinung zu, daß es zweckmäßig sei, das Fahrrad den allgemeinen Fahrzeugbestimmungen zu unterwerfen.

Herr Böschigt ist auch nicht für sehr weitläufige Bestimmungen, da das Fahrrad dem Landesgesetze schon unterworfen sei. Die Anbringung einer Nummer halte er indessen für sehr nützlich, weniger wegen der gesetzlichen oder statutarischen Strafvorschriften bei Uebertretungen, als wegen der moralischen Wirkung, indem jeder Radfahrer wisse, daß sich sein Name leicht feststellen lasse. Empfehlen möchte es sich, die Nummer hinten tief genug unter der Satteltasche anzubringen, damit

man sie leicht lesen könne, dann werde der moralische Effekt ein ganz enormer sein. Die fremden Radfahrer müßten sich den hiesigen Bestimmungen ebenfogut fügen, wie die Führer von Fuhrwerken, welche in andere Ortschaften fahren. Wenn angängig, empfehle es sich, alle weitläufigen statutarischen Bestimmungen fortzulassen und sich auf die Vorschriften des Landesgesetzes zu beschränken.

Herr Bauermeister bittet, in dem Statute vorzuschreiben, daß auswärtige Radfahrer nicht erst nach 3 Tagen, sondern binnen 24 Stunden eine Nummer auf der Polizei zu lösen haben, weil in 3 Tagen schon gar zu viel Unglück von einem Radfahrer angerichtet werden könne. Diese Vorschrift werde in den Nachbarkstädten sehr schnell bekannt werden und könnten vielleicht auch die Polizisten die fremden Radfahrer noch besonders auf dieselbe hinweisen.

Der Herr Vorsitzende stellt den Antrag Lord, überhaupt kein Statut einzuführen; sondern die einschlägigen Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung mit auf das Fahrrad auszudehnen, mit zur Besprechung.

Herr Uhde weist darauf hin, daß der erste Paragraph des Statuts allgemeinen Widerspruch zu finden scheine. Das bestehende Gesetz, dessen Existenz der sonst so gesetzeskundige Herr Lord noch nicht einmal gekannt habe, sei vielfach als ein Gesetz gegen die Radfahrer bezeichnet worden. Wenn man sich nun einmal die nicht radfahrenden übrigen Menschen hinsichtlich ihres Benehmens auf der Straße anschauere, was hierbei auch erwogen werden müsse, so finde sich, daß entgegen den Vorschriften der Straßenpolizeiordnung Manches geduldet werde, was die Mitmenschen erheblich belästige. So lasse man in den Straßen Drachen steigen, spiele Klüntjebug, fahre mit Kinderwagen und sonstigen Handwagen auf beiden Seiten des Trottoirs in jeder Richtung, gehe mit Kiepen auf den Fußwegen &c. Auch stehe in der Straßenpolizeiordnung, es solle rechts gefahren werden, was gar keine Beachtung finde. Es empfehle sich daher nicht, noch einmal ein Statut zu schaffen, das nicht in die Praxis eingeführt werde und das anscheinend nicht einmal den Polizeibeamten geläufig sei. Manche Verstöße gegen die Straßenpolizeiordnung zeigen geradezu eine Lücke in der allgemeinen Volkserziehung, so z. B. das unrichtige Ausweichen auf der Straße. Man präge dem Kinde selbst in dem niedrigsten Stande ein, daß es bei der Begrüßung nur die rechte Hand geben dürfe, aber wegen des richtigen Ausweichens auf der Straße werde keine Anweisung gegeben. Die Lehrer müßten in den Schulen in öfteren Zwischenräumen darauf aufmerksam machen, daß jeder anständige, gebildete Mensch rechts auszubiegen habe, dann würde man bald zu ganz gesunden Verkehrsverhältnissen kommen. Augenscheinlich kennen diese Vorschrift die allerwenigsten Leute, sonst würde man nicht so oft Leuten begegnen, welche in grober und unhöflicher Weise Jemand auf der Straße anrumpeln, obwohl derselbe regelrecht ausbiege und auch auf der richtigen Straßenseite gehe. Hierin liege eine Unkenntniß der herr-

schenden Sitten und Gebräuche, sowie der gesetzlichen Bestimmungen. Es ließe sich dieses, ebenso wie es in den verkehrsreicheren Städten London, Paris 2c. geschehen sei, bald abstellen, wenn man unter den Straßenschildern ein Placat mit der Aufschrift: „Rechts fahren und rechts gehen“ anbringen wollte. Hierdurch würde man den Radfahrern ebenso nützen, wie dem allgemeinen Fuhr- und dem Fußgänger-Verkehr. Er werde sich erlauben, dem Magistrate 200 solcher, allerdings auf Papier gedruckten Schilder zu überweisen und könnten dieselben, ebenso wie in Wien und Leipzig, unter den Straßenschildern befestigt werden. Die Höflichkeit gegen das Publicum verlange, dasselbe darauf aufmerksam zu machen, wie es sich auf der Straße zu benehmen habe. Im Uebrigen glaube er, daß es vollkommen ausreiche, die Radfahrer unter die Fahrordnung zu stellen und das Statut abzulehnen. Wenn von dem Referenten gesagt werde, die auswärtigen Radfahrer könnten der Versammlung gleichgültig sein, so müßte er darauf erwidern, daß es nicht schön sei, dieselben mit der Polizei in Conflict zu bringen, zumal da das Land Braunschweig von Börßum bis zur Landesgrenze bei Wenden in drei Stunden durchfahren werden könne. Uebrigens sei er kein Radfahrer und denke auch nicht daran, ein solcher zu werden.

Herr Hauswaldt ist ebenfalls der Meinung, daß das Statut ziemlich zwecklos sei, nur glaube er nicht dagegen sprechen zu dürfen, weil der See einmal rase und sein Opfer von den Radfahrern haben wolle. Die Einführung der Nummerirung der Fahrräder habe er als Strafe für die vielen Belästigungen des Publicums durch Radfahrer angesehen. Er glaube aber nicht, daß die geistlosen Jünglinge, welche auf den Straßen fahren und durch die Brutalität ihres Fahrens die Empörung des Publicums hervorrufen, durch ein solches Statut zu Verstande kommen werden. Das unsinnige Schnellfahren bringe die Radfahrer selbst in große Lebensgefahr, aber Leute, welche ihre Gesundheit so mißachten, werden durch das Statut nicht eine Menge Verstand erhalten. In London fahre man auf allen Straßen ohne Nummer, und es denke Niemand daran, ein solches Statut einzuführen. Wenn man z. B. in dem Gesetze von 1891 herumblättere, falle einem unwillkürlich das Goethe'sche Wort ein: „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage“, so eigenthümliche Bestimmungen finden sich in demselben vor. Z. B. solle der Radfahrer bei einem Leichenzuge absteigen. Der Radfahrer stelle doch wohl nicht eine so komische Figur dar, daß er nicht an einem Leichenzuge durchfahren könne. Ferner heiße es in dem Gesetze, daß ein Radfahrer, wenn er wahrnehme, es wolle ihn ein hinter ihm herkommender Reiter oder Fuhrwerksleiter überholen, dieses nicht durch Beschleunigung der eigenen Fahrgeschwindigkeit hindern dürfe. Der Radfahrer müsse also rückwärts sehen und aus den Mienen eines hinter ihm herkommenden Menschen lesen können, ob dieser ihn überholen wolle. So sehe ein solches Gesetz schon nach vier Jahren aus. Man hüte sich deshalb davor, über-



flüssige Statuten zu machen, und stelle den Radfahrverkehr unter die §§. „Fuhrwerksverkehr“, dann werde es schon gehen, wenn nur die Executivbeamten ihre Schuldigkeit thun.

Herr Bürgermeister Kete meyer hätte gewünscht, daß der Herr Vorredner sich deutlicher darüber ausgesprochen hätte, wen er unter dem „tobenden See“ verstehe: der Magistrat könne es nicht sein, weil die Versammlung ihm einen entsprechenden Antrag überwiesen und gewünscht habe, es möchte ein Statut erlassen werden. Da es dem Magistrate wünschenswerther erschienen sei, solche Vorschriften für ein größeres Gebiet durch Gesetz erlassen zu sehen, weil viele Radfahrer von auswärts in die hiesige Stadt kommen, so habe er den Versuch gemacht, ein Gesetz zu erhalten, was indessen abgelehnt sei. Darauf sei nichts weiter übrig geblieben, als mit der Vorlage des Statuts zu kommen. Er möchte anheimgeben, den Antrag Lord zunächst zur Verathung zu stellen, weil bei der Annahme desselben der Entwurf in die Statutencommission zurückgewiesen werden müsse.

Herr Wolff muß die Einführung des Statuts für durchaus richtig halten. Das Landesgesetz stelle das Fahrrad dem Fuhrwerk keineswegs gleich und könne dieses auch nicht thun, weil die Beschaffenheit und die Handhabung des Fahrrades besondere Vorschriften erfordere. In einzelner Beziehung können Vorschriften für einen Reiter, ein Fuhrwerk und einen Fußgänger passen. Deshalb handle es sich hier um den weiteren Ausbau der besonderen Gesetzgebung. Es solle gern zugegeben werden, daß einige Bestimmungen des Entwurfs discutabel seien. Wenn hervorgehoben sei, daß diese und jene Bestimmung für einen so kleinen Kreis, wie eine einzelne Stadt, zwecklos sein würde, so wolle er darauf erwidern, daß man durch das Statut auf die größeren Kreise einwirken wolle und daß die Gesamtheit sich vielleicht dem Vorgehen anschließe, wenn sich das Statut in einem kleineren Kreise bewährt habe. Gegenüber der heutigen Aeußerung eines Radfahrers aus der Versammlung, daß für die Schaffung eines Statuts gar kein Bedürfniß vorliege, müsse er noch besonders hervorheben, daß bisher aus allen besseren Radfahrerkreisen ein solches Bedürfniß anerkannt und dieser Ansicht bis dahin auch von keiner Seite widersprochen sei. Das Statut bilde im Princip den richtigen Weg.

Herr Nieß will mittheilen, daß sich in Braunschweig und Umgegend 2000 Fahrräder im Gebrauch befinden sollen, während die hiesigen Radfahrervereine nur 230 Mitglieder zählen. Unter diesen 230 Radfahrern befinden sich nun eine Anzahl jüngerer Leute, die in der Stadt die Kritik durch ihr unschönes und schnelles Fahren herausgefordert haben, und es sei durchaus am Platze, daß gegen das Treiben einzelner dieser jüngeren Leute eingeschritten werde. Nach diesem Zugeständnisse müsse er aber das Verhalten des Publicums im Allgemeinen und Derjenigen, die sich als Fuhrleute ausgeben, im Besonderen einer Kritik unterziehen. Es sei ihm passiert, daß zwei Wagen eine Straße ohne Noth vollständig

sperren, nur weil sich die Kutscher etwas zu erzählen gehabt hätten, und er sei gezwungen gewesen, mit seinem Rade so lange zu warten, bis es dem einen Fuhrmann gefallen habe, weiter zu fahren. Noch schlimmer sei es aber mit den Bäcker- und Schlachterjungen; wenn die mit ihrem austrangirten Husarenpferde vor dem Wagen die Straßen hinunterjagen, so kümmern sie sich nicht um die Vorschrift rechts zu fahren, sondern fahren so, wie es ihnen passe, und biegen weder einem anderen Fuhrwerke, noch einem Radfahrer aus. In diesem Punkte sei wirklich Ordnung nöthig. Dazu komme noch, daß das Publicum gerade diejenigen Stellen, welche für den Verkehr am nothwendigsten seien, wie den Altstadtmarkt, die Poststraße 2c., mit Vorliebe aussuche, um einen Gevatterklatsch zu halten; ebenso pflegen die Kinder dieselben Stellen als Spielplätze zu benutzen. Da nun aber nur 230 Radfahrer in den Vereinen seien, so lasse sich annehmen, daß die übrigen 1700—1800 Radfahrer das Rad der Gesundheit oder des Geschäfts wegen benutzen, und für diese Leute müßte auch Platz auf den Straßen sein. Wenn man nun auf seinem Rade einen Fußgänger anläute, so pflege derselbe oft kreuz und quer zu laufen, so daß der Zusammenstoß naturnothwendig erfolgen müsse und dann sei natürlich immer der Radfahrer schuld. Davon spreche aber Niemand, daß das Publicum sich oft in ganz unkritisirbarer Weise gegenüber dem Radfahrer benehme. Wenn vorgeschrieben werde, daß auf den Fußwegen nicht gefahren werden solle, so müßte erst einmal festgestellt werden, was denn überhaupt zu den Fußwegen zu rechnen sei, sonst stelle sich ein Wächter der öffentlichen Sicherheit an ein Straßenbankett und notire Jeden, der es wage, auf diesem Bankett zu fahren. Die Folge davon sei, daß der Radfahrer hierfür in eine Ordnungsstrafe ver falle, obwohl er einen Fußweg gar nicht befahren habe. Ein solches Vorgehen verdiene aber die Sache nicht. Was nun das Verbot des Nebeneinanderfahrens betreffe, so habe dieses für die Innenstadt seinen vollberechtigten Grund, aber unklar sei es ihm, weshalb nicht zwei Radfahrer außerhalb der Umfluthgräben neben einander herfahren sollen. Das seien lauter so beengende Vorschriften, daß man auch von einem Statute „gegen die Radfahrer“ reden könne. Im Allgemeinen sei gegen das Statut nicht viel einzuwenden und zwar hauptsächlich von dem Gesichtspunkte aus, daß sich nach und nach die Bestimmungen desselben doch wieder vergessen und der Verkehr sich sein Recht schaffen werde. Das ganze Statut beruhe auf einer Abneigung gegen die Radfahrer, aber Diejenigen, welche nicht fahren, wissen gar nicht zu beurtheilen, welche Wohlthat es sei, mit solchem Gefährte von der Stelle zu kommen. Darum solle man diesem nothwendigen Behülfen sein Recht angedeihen lassen und ihm mit mildernden Bestimmungen begegnen.

Herr Engelbrecht erwidert, daß der Begriff „Fußweg“ hier nicht weiter zu erörtern sei, weil das Landesgesetz dieses regelt; in der Stadt selbst hebe sich der Fußweg aber so deutlich vom Fahrwege ab, daß Niemand in Verlegenheit kommen

könne. Die Unsitte des Publicums in der Benützung der Fahrwege habe auch er schon in seinem Berichte gerügt. Die Schaffung eines besonderen Statuts für die Radfahrer halte er aber für nothwendig. Da sich die ganze Debatte wesentlich über die Nummerplatten entsponnen habe, so wolle er bemerken, daß bei einer Gleichstellung des Radfahrwesens mit den Fuhrwerken die Fahrräder einen Namen tragen müssen; jedenfalls würden die Behörden nicht lange zögern, den Radfahrern aufzugeben, entweder eine Nummer oder einen Namen zu tragen. Der Punkt sei also wenig geeignet gewesen, eine solche Debatte hervorzurufen.

Zwei Punkte unterscheiden den Radfahrer aber von gewöhnlichen Fuhrwerken das sei die Möglichkeit, eine sehr große Geschwindigkeit mit vollständiger Lautlosigkeit zu erreichen. Dazu komme, daß der Leiter eines Fuhrwerkes dieses nicht immer in der Gewalt habe, wenn z. B. die Pferde wild werden, während der Radfahrer immer Herr seines Gefährtes sei. Wenn sich herausstelle, daß gesetzliche Bestimmungen nach Jahren nicht mehr passen, so könne dieses die Versammlung nicht abhalten, jetzt ein Statut aufzustellen, das den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßt sei. Aenderungen in diesen Verhältnissen könnten durch besondere Bestimmungen berücksichtigt werden. Wenn sich das Publicum erst an das Statut gewöhnt habe, werde dieses nicht mehr als solche Last empfunden werden. Gegenüber Herrn Hauswaldt möchte er noch erwähnen, daß der Vorstand des hiesigen Radfahrervereins von 1884 in einer Eingabe zu dem Schlusse komme, er würde dem Magistrate zu großem Danke verpflichtet sein, wenn in dem von ihm (dem Vorstande) mit großer Freude begrüßten Gesetze die und die Punkte nach Möglichkeit berücksichtigt würden. Hiernach scheine die Abneigung der Radfahrer gegen das Statut nicht so groß zu sein.

Herr Koch muß dem Herrn Referenten vollständig beipflichten. Wenn Herr Nieß sage, es gebe jetzt 2000 Radfahrer in der hiesigen Stadt, so könne man wohl behaupten, daß es in einem Jahre 5000 gebe. Da man täglich von den vielen Unglücksfällen lese und höre, welche in verkehrsreichen Straßen der Stadt durch Radfahrer an Kindern und alten Frauen verursacht werden, so sei es unmöglich, noch länger ohne Statut auszukommen. Er möchte daher entschieden für die Schaffung eines solchen eintreten.

Der Herr Vorsitzende stellt nunmehr die Anfrage, wer dafür sei, daß die Versammlung, unter Ablehnung eines separaten Statutes, den Magistrat ersuche, in Erwägung zu nehmen, ob es sich empfehle, eine Bestimmung zu erlassen, nach welcher das Fahrrad als Fahrzeug im Sinne der Straßenpolizeiordnung behandelt werde und auf dasselbe die allgemeinen Bestimmungen Anwendung finden.

Diese Frage wird gegen 10 Stimmen verneint und damit der Antrag Lord abgelehnt.

Herr Bürgermeister Kete meyer möchte nunmehr bemerken, daß der Magistrat Werth darauf lege, die Nummern im Statute beizubehalten. Von Herrn Löschigt sei schon hervorgehoben, daß der Werth der Nummer nicht allein darin liege, Jemanden auf Grund derselben feststellen zu können, sondern in dem Bewußtsein des Fahrers, daß Jedermann im Stande sei, ihn zu ermitteln, und er sich in Folge dessen mehr vorsehe. Wenn man aber die Nummer als solche zulasse, so sehe er keinen Grund ein, weshalb man nicht zwei Nummern so anbringen wolle, daß die Feststellung des Radfahrers erleichtert werde, also vorn und hinten am Rade. Lasse man die Nummer vorn zu, so sei nicht ersichtlich, weshalb sie nicht auf jeder Seite des kleinen Schildes stehen solle. Früher habe man sie bei den Fuhrwerken auch auf beiden Seiten anbringen müssen, während sie jetzt leider nur auf der linken Seite des Wagens zu stehen brauche. Auf die Worte „schnabelförmig spitz zulaufend“ lege er keinen Werth und könnten dieselben auch wegleiben.

Herr Bues würde es zur Vermeidung von Irrthümern für zweckmäßig halten, wenn durch die Farbe oder Form der Nummerschilder die hiesigen Radfahrer als solche kenntlich gemacht würden, damit Verwechselungen mit fremden Radfahrern ausgeschlossen seien.

Herr Meyerhoff hält eine Nummer für hinreichend. Da jede Nummerplatte auch ohne besondere Anordnung in jeder Stadt verschieden construirt werde, so merke sich ein Polizeibeamter sehr bald, nach welcher Stadt dieser und jener Radfahrer gehöre. Vorn habe die Nummer weniger Zweck als hinten, darum solle man sie hinten anbringen.

Herr Löschigt tritt ebenfalls für die Anbringung nur einer Nummer und zwar hinten am Rade ein.

Herr Wollenweber will für den Tag eine Nummer hinten am Rade, aber für den Abend zwei Nummern und zwar die zweite an der Laterne, befürworten.

Herr Rathe hat diesen Antrag ebenfalls stellen wollen. Im Uebrigen sei er sehr für die Doppelnummerirung auch am Tage, denn die vordere Nummer sei ebenso praktisch wie die hintere, weil man häufig, durch Wagen verdeckt, die hintere Nummer nicht sehen könne, während die vordere sichtbar sein würde. Er bitte daher, es bei der Magistratsvorlage zu lassen und dem Wunsche des Herrn Wollenweber außerdem noch Rechnung zu tragen.

Herr Engelbrecht muß nach wie vor eine Nummer hinten am Rade für ausreichend erachten, da man auf die Nummer erst dann zu achten pflege, wenn der Radfahrer etwas begangen habe.

Herr Hauswaldt bemerkt Herrn Wollenweber gegenüber, daß noch keine Laterne von derartiger Construction erfunden sei, um eine drei- oder vierstellige Zahl Abends deutlich wiederzugeben.

Herr Bürgermeister K e t e m e h e r will noch ergänzend bemerken, daß die Vorschrift, nach welcher die Nummern von der Herzogl. Polizei-Direction bezogen werden sollen, nicht gut so, wie Herr Hauswaldt vorgeschlagen, abgeändert werden könne. Es handle sich um die Ausführung einer polizeilichen Vorschrift, was, wie in anderen Fällen, der Herzogl. Polizei-Direction überlassen bleiben müsse.

Bei der nun folgenden Abstimmung über den §. 1 des Entwurfes wird zunächst der Antrag Hauswaldt, die Nummerschilder von dem Stadtmagistrate zu beziehen, mit 19 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Ebenso werden abgelehnt die Anträge Rathe auf Anbringung von drei Nummern, an der Laterne und hinten und vorn am Rade, und Wollenweber auf Anbringung je einer Nummer an der Laterne und hinten am Rade. Dagegen wird der §. 1 in der ursprünglichen Fassung des Magistrates, unter Fortfall der Wörter „schnabelförmig spitz zulaufend“ angenommen.

Auf den Einwand des Herrn Hauswaldt, daß nicht beschlossen sei, vorn am Rade zwei Nummern anbringen zu müssen, erwidert

der Herr Vorsitzende, daß das Recht der Polizeibehörde, für die Vorderseite des Fahrrades zwei Nummern vorzuschreiben, durch die soeben beschlossene Fassung des §. 1 nicht beeinträchtigt sei.

Für den §. 2 des Entwurfs bringt der Herr Berichterstatter folgende Fassung in Vorschlag:

„Jedes auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen benutzte Fahrrad muß mit einer schnell und sicher wirkenden, leicht zu erreichenden Bremsvorrichtung versehen sein“.

Diese Fassung wird gutgeheißen.

Zum §. 6 beantragt der Herr Berichterstatter folgenden Zusatz:

„Es ist dem Radfahrer verboten, vor einem seitwärts abbiegenden Fuhrwerke oder Reiter vorbeizufahren“.

Zur Begründung führt derselbe an, daß er solchen Fall auf Grund eigener Beobachtung für bedenklich halten müsse. Ein Kutscher könne sein Pferd nicht so beherrschen, wie der Radfahrer sein Rad und darum habe Letzterer ein solches Vorbeifahren zu vermeiden.

Herr Bürgermeister K e t e m e h e r muß eine solche Vorschrift für zu weitgehend erachten, weil die Verhältnisse es dem Radfahrer doch hier und da einmal rathlich erscheinen lassen könnten, an einem plötzlich zur Seite biegenden Wagen schnell vorbeizufahren. Wenn der Radfahrer hierdurch selbst gefährdet werde, so sei es dessen Sache.

Herr Engelbrecht muß es für bedenklich halten, ein solches Vorbeifahren zu gestatten, weil der Radfahrer selbst in Gefahr kommen und auch den betr. Wagen gefährden könne.

Der Zusatzantrag Engelbrecht wird darauf abgelehnt und der §. 6 in der Magistratsfassung angenommen.

Zum §. 7, welcher lautet:

„Beim Einholen von Fußgängern . . . hat der Radfahrer auf seine Annäherung schon in einer Entfernung von mindestens 10 m durch lautes Glockensignal aufmerksam zu machen“,

beantragt Herr Bues, statt 10 m zu sagen 15 m, weil erstere Entfernung zu kurz bemessen sei.

Der Herr Referent schließt sich diesem Antrage an.

Herr Hauswaldt möchte sich gegen den ganzen Paragraphen aussprechen. Das Klingeln sei unangenehmer, als wenn man still vorbeifahre. Mache man aber die Entfernung noch größer, so habe der Radfahrer immerfort zu klingeln und belästige dadurch noch mehr.

Herr Koch will beantragen, eine Entfernung von 20 m einzustellen.

Unter Ablehnung dieses Antrages wird der Antrag Bues und darauf der ganze §. 7 angenommen.

Zum §. 9 hat der Herr Referent zu beantragen, daß in den Laternen der Fahrräder keine bunten Scheiben sein dürfen, da in der Nähe von Eisenbahngleisen durch rothe oder grüne Scheiben von Fahrradlaternen leicht Verwechselungen mit den Signallaternen vorkommen können. Der §. 9 könne deshalb etwa lauten:

„Beim Fahren . . . ist es den Radfahrern nicht gestattet:

1—3 . . . .

4. Laternen mit bunten Glasscheiben an dem Fahrrad anzubringen“.

Herr Bürgermeister Metemeyer erklärt sich namens des Magistrates mit dieser Ergänzung einverstanden.

Der §. 9 wird darauf mit dem Zusatzantrage des Herrn Engelbrecht angenommen.

Zum §. 11 möchte der Herr Referent noch anregen, ob es sich nicht empfehle, eine Zusatzbestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß Jemand, der sein Rad mit der Nummer verleihe, auch für etwaige Zuwiderhandlungen des Leihers aufzukommen habe, sofern er dessen Namen nicht nennen wolle.

Der Herr Vorsitzende hält die Regelung dieser Sache für sehr schwierig.

Der Statutentwurf wird sodann im Ganzen angenommen.

### III. Herstellung elektrischer Glockenzüge.

An den Wohnungen der hiesigen Kirchenvögte, denen bei einem größeren Feuer in hiesiger Stadt das Sturmläuten obliegt, sowie auch an den hiesigen städtischen Schulen, die sich wegen ihrer zerstreuten Lage in den verschiedensten

Gegenden der Stadt zur Anbringung von Feuermeldern außerordentlich eignen, sind entsprechende Weckvorrichtungen theils gar nicht, theils nur in ungenügendem Zustande vorhanden. Da im Interesse einer größeren Sicherheit gegen Feuergefahr eine schleunige Anbringung solcher Weckvorrichtungen dem Magistrate dringend wünschenswerth erscheint, so beantragt derselbe, zu diesem Zwecke einen Credit bis zu 305 M zu verwilligen.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, stattgegeben.

#### IV. Antrag Rieß und Gen.: Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke.

In der letzten vertraulichen Sitzung haben die Herren Rieß, Meyerhoff und Brückmann folgenden Antrag eingebracht:

„Es wird beantragt, die Angelegenheit wegen Aufstellung des Krahe'schen Säulenporticus an die Baucommission zur Auswahl eines anderen Platzes zurückverweisen“.

Dieser Antrag ist in der Baucommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Rieß: Herr Uhde habe in der Commissionsitzung eine gegen die vom Stadtbauamte vorgeschlagene veränderte Form der Aufstellung angeregt, indem er empfehle, den Säulenporticus auf der Südseite desselben Abhanges im Bürgerparke aufzustellen, da dann die Aussicht in keiner Weise versperrt werde. Dieser Platz sei von der Commission auch nach erneuter Prüfung für allein geeignet gehalten, man habe indessen den in der letzten Sitzung erhobenen Bedenken — Seite 126 ff. des Berichts — dadurch Rechnung getragen, daß man die Aufstellung von dem nördlichen gegen die Stadt gerichteten Theile mehr nach der Südseite des Abhanges zu projectirt habe. Herr Uhde habe sodann in seinem, der Versammlung auch im Bilde vorgeführten Projecte noch insofern große Veränderungen vorgenommen, als er die Reste des Porticus wirklich als Säulenreste behandelt und die Tafeln in den Nischen davor gesetzt habe. Diese Form der Aufstellung habe den Mitgliedern der Versammlung, welche Kenntniß davon genommen haben, besser gefallen, als das frühere Project, und empfehle die Commission, sich damit einverstanden zu erklären.

Herr Hauswaldt bemerkt, daß die Versammlung in der letzten Sitzung beschlossen habe, die Aufstellung des Porticus auf dem kleinen Berge abzulehnen. Hieraus hätte der Magistrat indessen folgern können, daß in der Versammlung überhaupt kein Interesse bestehe, die Säulen zu erhalten und um dieses klarzustellen, haben die Herren Rieß und Genossen beantragt, eine andere Stelle für die Aufstellung des Porticus ausfindig zu machen. Hiermit sei Jeder zufrieden ge-

wesen, denn in Wirklichkeit habe sich die Majorität nicht gegen die Aufstellung überhaupt, sondern gegen den dafür ausgesuchten Platz erklärt, indem man den kleinen lustigen Berg habe schonen wollen. Aber der Stadtverordnete denke und Herr Professor Uhde lenke. Zurückgefloßen in die Baucommission, sei der Antrag nicht einmal an Ort und Stelle geprüft worden, obwohl die Antragsteller selbst Mitglieder der Baucommission seien und Herr Nieß sogar das Referat über seinen Antrag erstatte, sondern, bestochen von dem reizenden Bilde des Herrn Uhde, werde hier gleich ein neuer Antrag eingebracht, welcher denselben Platz für die Aufstellung vorsehe. Auf dieses hübsche Bild passe so recht das Dichterwort: „Da sind die „Bilder“ so falsch und so schön“, denn so schön das Bild auch sei, so falsch sei es, wenn man sich die Gegend darauf einmal näher ansehe. Bestochen also von dem allerliebsten Bilde habe die Baucommission von dem ihr gewordenen Auftrage keine Notiz genommen und auch der Anregung aus der Versammlung keine Folge gegeben, sich an Ort und Stelle einmal nach einem anderen Platze umzusehen. Es sei ein ganz seltsames Vorgehen, wenn die Mehrheit der Versammlung beschließe, es solle ein anderer Platz für den Porticus vorgeschlagen werden, und die damit beauftragte Commission halte es nicht der Mühe für werth, einen anderen Platz wenigstens in zweiter oder dritter Linie in Vorschlag zu bringen, sondern sie komme einfach auf die alte, schon einmal abgelehnte Sache zurück. Das jetzige Project sei gegen das frühere höchstens schlechter geworden, weil jetzt der Aufbau der Stadt und damit auch dem Bürgerparke den Rücken zudrehe, und Derjenige, welcher den Porticus von vorn sehen wolle, erst nach der Militairbadeanstalt oder der Theilung gehen müsse. Diese Behandlung der Sache erscheine ihm unbegreiflich; denn die Baucommission stelle die Versammlung einfach vor die Frage, die ganze Vorlage entweder nochmals abzulehnen, oder den früher abgelehnten Platz pure zu acceptiren, da ein Eventualantrag nicht gestellt sei. Die Majorität der vorigen Versammlung könne sich durch das ausgehängte allerliebste, entzückende Bild von ihrer Meinung aber nicht abbringen lassen und so stelle er den Antrag, unter Ablehnung des Commissionsantrages zu beschließen, die Versammlung wünsche die Trümmer des Porticus zu erhalten und ersuche den Magistrat, mit der Parkdeputation einen passenden Platz für die Aufstellung des Porticus ausfindig zu machen.

Herr Lord kann sich mit diesen Ausführungen in fast allen Punkten einverstanden erklären. Es werde in dem Commissionsbeschlusse der Versammlung nichts Neues geboten und der Porticus nur umgedreht, trotzdem sich der Widerspruch der vorigen Versammlung gegen denselben Hügel richtete, der nun wieder in Vorschlag gebracht werde. Neu an dem Projecte sei nur das Blendwerk der Hölle: „Es trägt Verstand und ernster Sinn mit wenig Kunst sich selber vor.“ Dieser Vortrag habe aber sehr viel Kunst erfordert; das Bild sei nicht nur gemalt,



sondern auch geschminkt. An Ort und Stelle sehe die Sache ganz anders aus. Darum solle sich Niemand durch dieses schöne Machwerk blenden lassen; von Herrn Uhde hätte man ja nichts Anderes, als etwas Schönes erwarten können. Man dürfe sich von dem Beschlusse der vorigen Versammlung durch dieses Bild jedenfalls nicht abbringen lassen. Besser wäre es, das ganze Interesse der Architectur der Gegenwart zu widmen und die Augen zu richten auf jenes große Bauwerk am Ruhfäutchenplatze; dorthin könnten auch diese alten „Dorer“ gefahren und als Baumaterial verwendet werden, wie es mit den übrigen Quadern der Caserne ebenfalls geschehen sei, dann würde aus dieser Ruine auch noch neues Leben blühen.

Herr Engelbrecht ist bei dem Anblicke dieses Bildes in eine Stimmung versetzt, als ob er einen griechischen Tempel gesehen hätte. Leider fehle demselben ein entsprechender Hintergrund und entsprechend große Bäume, denn der auf dem Bilde stehende große Baum sei in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, sondern müsse erst noch wachsen. Der Platz auf dem Hügel sei 20 Schritte breit und jede Säule habe eine Breite von 2 Schritten, so daß diese schon 12 Schritte fortnehmen, abgesehen von den großen Zwischenräumen zwischen den einzelnen Säulen. Es scheine fast, als ob Herr Uhde vor der Fertigung des Bildes den Platz nicht abgeschritten habe, sonst würde er wohl in große Bedenken gerathen sein. Die Figuren hätten dort eigentlich gar keinen Platz mehr, und müßten in die Oker geworfen werden, denn der Rasen falle nach der Oker zu schroff und steil ab und von einer so gemüthlichen Rasenfläche, wie man sie auf dem Bilde sehe, sei keine Rede. Auch die Oker sei etwas anders gestaltet, denn während sie auf dem Bilde links abfließe, sei sie in Wirklichkeit so grausam, geradeaus zu fließen, so daß auch das auf dem Bilde vorgesehene Stückchen Land fortfalle. Wenn das Alles so wäre, wie auf dem Bilde, würde es ganz hübsch sein. Diese Stelle im Bürgerparke erscheine ihm für den Säulenvorbau also wenig geeignet, und auch die schöne Aussicht vom Parthause aus werde nach der Aufstellung des Porticus verloren gehen, was ihm nicht recht zu sein scheine. Jedenfalls werde sich noch ein anderer hübscher Platz im Bürgerparke finden, auf welchem die Säulen unter großen Bäumen sich heben würden. Es komme ihm außerdem vor, als ob die Säulen auf dem Bilde dünner geworden wären. Da für Bäume auf dem kleinen Hügel kein Platz mehr vorhanden sei, so würden die Säulen ewig locker und freidastehen.

Herr Uhde ist den Gegnern der Vorlage außerordentlich dankbar, weil sie ihm Gelegenheit gegeben haben, auf ihre Ausführungen etwas zu erwidern. Die Herren haben gethan, als ob die Zeichnung ein großes Lügengewebe sei, was durchaus nicht zutrefte. Zunächst sei der Säulenporticus mit allen seinen Maßen

genau aufgetragen und in Perspective gesetzt, denn für so leichtsinnig dürfe ihn die Versammlung nicht halten, daß er ihr etwas Gelogenes vorsetze. Die Architectur entspreche ebenfalls der Wirklichkeit und werde sich von dem auf dem Bilde angenommenen Standpunkte gegenüber den Schornsteinen der Regidienhalle und dem Wasserthurm, welche man im Hintergrunde sehe, genau so ausnehmen wie auf dem Bilde. Daß dieses aber schöner sein sollte wie die Wirklichkeit, werde sich wohl Niemand einbilden, denn die Natur müsse immer schöner sein, als eine so elende, hingeworfene Zeichnung. Was nun die Dertlichkeit anlange, so sei der Commission der Vorwurf gemacht, sie habe sich die Sache nicht genau angesehen. Hierin liege aber eine Behauptung des Herrn Hauswaldt, die er nicht erweisen könne. Die Commissionsmitglieder haben sich die Sache wahrscheinlich sämmtlich angesehen und, soweit dieses nicht geschehen sei, lasse sich annehmen, daß sie die Dertlichkeit ganz genau kennen, sonst würden sie nicht zugestimmt haben, der Versammlung den Platz mit absoluter Sicherheit und allein zum wiederholten Male zu empfehlen. Wenn er einmal von Kunst rede, so glaube ihm Niemand in der Versammlung. Hierüber setze er sich indessen weg, jedoch müsse er seine Kollegen in der Baucommission gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß sie die Dertlichkeit nicht kennen sollen. Nach der Ansicht des Herrn Engelbrecht scheine der Platz so klein zu sein, daß kaum der Porticus auf demselben Platz hätte. Das Stadtbauamt, welches in der Abmessung der Größenverhältnisse viel solider und sicherer sei, als er, der den Platz nur abgeschritten habe, würde aber das Project nicht vorgeschlagen haben, wenn es nicht durchzuführen sei, und wenn es Gefahr liefe, ins Wasser zu rutschen. Der Platz sei nach Entfernung der Linden vollständig groß genug, um dort noch einen kleinen Wald um den Porticus herum anpflanzen zu können. In Wirklichkeit sei die Situation viel günstiger, als sie sich auf der Zeichnung darstelle, weil der Berg im Verhältniß zu den Säulen noch höher sei, als auf der Zeichnung. Er habe aber die Zeichnung nicht so schön machen wollen, wie sich die Sache später in Wirklichkeit darstellen werde. Zur Zeit sei in dem Parke ein besserer Platz nicht zu finden und in dem unfertigen Theile des Parkes lasse sich nicht schon jetzt bestimmen, ob sich dort in 20 Jahren vielleicht ein geeigneterer Platz finde. Was den „schlechten, häßlichen Porticus“ anlange, so stehe der Gegenwart nicht das Urtheil zu, über eine Stilperiode der Vergangenheit den Stab zu brechen; es handle sich nicht um Gothen und Dorer, sondern um ein Monument aus alten Zeiten, das man zu achten habe. (Zustimmung.) Er habe Litteratur mitgebracht, aus welcher überzeugend zu ersehen sei, daß solche Bauwerke ganz genau ebenso in englischen, französischen und rheinischen Parks aufstellung gefunden haben. Richtig sei es ferner, daß derartige Werke der Architectur möglichst in der Mitte eines so großen, sich von den Wallpromenaden bis nach Eisenbüttel hinziehenden Parkes aufgestellt werden; denn es gebe als

Contrast gegen die landschaftlichen Anlagen keinen besseren Platz für diesen Zweck. Er bitte, den Porticus dort aufzustellen, wo er projectirt sei und für welche Stelle ihn die sämtlichen Mitglieder der Baucommission nicht leichtsinniger Weise, sondern aus voller Ueberzeugung in Vorschlag gebracht haben.

Herr Blasius muß Herrn Hauswaldt wegen der Behandlung des Antrages der vorigen Sitzung formell Recht geben, indessen habe er denselben so aufgefaßt, als wenn die Versammlung ein anderes Project hätte haben wollen, und dann treffe die Baucommission kein Vorwurf. Die Bedenken des Herrn Engelbrecht wegen der Aufstellung habe der Vorredner schon widerlegt. Was die Umgebung des Bauwerkes mit großen Bäumen anlange, so mache es gar keine Schwierigkeiten, solche dorthin zu transportiren, und brauche man nicht zu warten, bis dieselben groß geworden seien. Die Aeußerung des Herrn Lorb, daß man das alte Bauwerk zerstören und zu einem neuen Bauwerke verwenden solle, könne wohl nicht ernst genommen werden. Wer einmal nach Rom komme und sehe die Zerstörung, welche die Päpste an dem alten, großartigen römischen Bauwerke, dem Colosseum, vorgenommen haben, um mit den Steinen die zum Theil unschönen Kirchen zu bauen, der werde verbittert sein über ein solches Vorgehen. Es würde ein Schimpf für die Stadt Braunschweig sein, wenn man sich Aehnliches hier würde zu Schulden kommen lassen. Darum bitte er um Annahme des schönen Projectes der Baucommission.

Herr Böschigt will gern anerkennen, daß das ausgehängte Bild sehr schön sei, indessen könne man noch nicht wissen, ob sich die Sache in Wirklichkeit so schön machen werde. Der ganze Platz sei von dem Promenaden-Inspector Kreiß, auch einem Künstler, angelegt worden und habe im Hintergrunde das Parthaus, dem man nun durch den Säulenbau die Aussicht nehmen wolle. Man solle doch nicht gegen den Willen von Kreiß, als dem Schöpfer des Bürgerparkes, die Aufstellung beschließen. Herrn Uhde würde es auch nicht gefallen, wenn ihm gegen seinen Willen Herr Kreiß an irgend einem Bauwerke gärtnerische Anlagen anbringen wollte. (Widerspruch des Herrn Uhde.) Jedenfalls müßte bei der vorliegenden Sache Herr Kreiß mit gefragt werden. Dem Beschlusse der letzten Versammlung entsprechend möge die Baucommission nur einen anderen Platz aussuchen, dann lasse sich über die Sache weiter verhandeln. Dieser Platz sei aber wenig geeignet, weil der Säulenbau die Aussicht vom Parthause aus, von welchem man jetzt bis Richmond sehen könne, vollständig absperrte und sie auf den kleinen Platz vor dem Teiche beschränkte. Den Vorwurf des Herrn Uhde, daß man ihm in künstlerischen Sachen nichts glaube, weise er zurück, denn der Gegenbeweis sei bei dem Stadthausbau erbracht, wo man ihm weitgehend gefolgt sei. Er bitte die

Versammlung, bei dem vorigen Beschlusse zu bleiben und die Baucommission nochmals zu ersuchen, dem gewordenen Auftrage gemäß einen anderen Platz in Vorschlag zu bringen. Man solle sich nicht durch die schöne, geschminkte Zeichnung bestechen lassen, sondern die Säulen an einem Orte aufstellen, wo sie noch besser als hier zur Geltung kommen.

Herr Müller muß sich auch jetzt wieder gegen die Aufstellung auf diesem Orte erklären und stimme er den Ausführungen des Herrn Lord bei. Da in der vorigen Sitzung schon von verschiedenen Seiten anerkannt sei, daß die Säulen einen historischen Werth nicht besitzen, so sehe er nicht ein, weshalb bei der jetzigen Finanzlage der Stadt noch eine große Summe Geldes für den Aufbau ausgegeben werden solle. Den besten Ort würden die Säulen an der Ostseite der Burg Dankwarderode gehabt haben, wo sie sicher an historischem Werth noch gewonnen hätten. Da sie aber einmal im Bürgerparke liegen, würde er für einen Rücktransport nicht stimmen, sondern vielleicht empfehlen, sie als Brückenpfeiler bei der dort anzulegenden Brücke zu verwenden. (Heiterkeit). Sollte dieser Vorschlag keine Zustimmung finden, so empfehle es sich, sie später, wenn einmal ein besseres, würdigeres Parkhaus errichtet würde, hierbei in irgend einer Weise zu benutzen. Für die Verwilligung einer größeren Summe zu dem vorliegenden Zwecke sei er nicht zu haben.

Herr Rathe will seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man den Antrag der Baucommission ablehnen wolle. Er habe sich die Sache zu den verschiedensten Malen an Ort und Stelle angesehen und müsse sich entschieden dafür erklären. Wenn man sich vergegenwärtige, wie der Aufbau aussehe, wenn der ganze Park erst fertig sei, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß er sich sehr schön an der Stelle ausnehmen werde. Gegenüber der Behauptung, die Säulen hätten keinen Werth, möchte er doch zur Erwägung verstellen, daß dieselben zu ihrer Zeit mit vieler Mühe, großem Kostenaufwande und ernstem Sinne errichtet seien und es nicht schön sei, sie der Vernichtung anheimgeben zu wollen. Wenn solcher Aufbau erst fertig sei, wirke derselbe ganz anders als im Entwurfe; man werde später einsehen, daß man etwas Gutes und Schönes geschaffen habe, um welches uns manche Stadt beneiden werde. Da die Majorität der vorigen Sitzung nur eine Stimme betragen habe, so sei hierin doch auch ein Ausdruck der Minorität zu erblicken und rechtfertige sich hierdurch die Einbringung des Nieß'schen Antrages. Er bitte um Annahme des Commissionsantrages.

Herr Lord bedauert, daß Herr Blasius nur die Riesenruine des Colosseums und nicht auch das forum romanum zu Rom, sowie die Akropolis zu Athen in Parallele zu diesem Bauwerke gestellt habe. Dort handle es sich um Bauwerke einer riesenhaften historischen Vergangenheit, welche an Ort und Stelle, wo sich die große Zeit abgespielt habe, zu erhalten angestrebt werden müsse; hier habe

man ein mäßiges Bauwerk aus früherer Zeit bei wenig günstiger Finanzlage der Stadt an einen anderen Platz transportirt und wolle es dort künstlich als Ruine aufstellen. Wenn Herr Uhde meine, man müsse die Kunstproducte aller Zeiten erhalten, so dürfte überhaupt nichts mehr abgerissen werden, denn jedes Haus habe seine historische Vergangenheit.

Herr Lange hat für die Aufstellung des Bauwerkes schon voriges Mal gestimmt, wenn er auch gern einen anderen Platz dafür gehabt hätte. Die Parkdeputation sei im Parke umhergegangen und habe auch keinen besseren Platz finden können, und es müßte auch sehr bezweifelt werden, ob sich für das Bauwerk ein solcher Hintergrund werde schaffen lassen, wie man hier wünsche. Die Parkdeputation habe also bereits ihre Schuldigkeit gethan, und habe sich Herr Hauswaldt an diesem Rundgange nicht betheiligt, weil er an dem Tage verreist gewesen sei. Redner habe für den Wiederaufbau gestimmt, ohne daß er das Bauwerk in seiner Zusammenstellung gesehen habe; jetzt, nachdem er die Zeichnung vor sich sehe, stimme er erst recht dafür, auch wenn letztere vielleicht nicht ganz richtig sei. So falsch sei indessen die Zeichnung wohl nicht, daß sie nicht einigermaßen passen würde. Wünschen möchte er nur, daß das Bauwerk herumgelegt würde, damit die Vorderseite desselben dem jetzigen fertigen Bürgerparke, also der Stadtseite zugekehrt wäre; weil sonst die meisten Leute das Bauwerk nur von hinten sehen würden, was er nicht schön finden könne. Er bitte Herrn Uhde um eine Aeußerung darüber, ob sich dies nicht ermöglichen lasse.

Herr Uhde möchte persönlich bemerken, daß er der Parkdeputation nicht habe ins Gehege kommen wollen, sondern daß die Baucommission keinen Auftrag gehabt hätte, mit der Deputation zu conferiren. Wenn man übrigens die Säulen herumdrehen wolle, so könne das auch geschehen, ohne die Schönheit zu beeinträchtigen.

Herr Wagner muß Herrn Lange beipflichten, daß in dem fertigen Theile des Parkes kein besserer Platz für die Säulen zu finden sei. Wenn man aber in diesem Parktheile die Säulen nicht aufstellen wolle, so könne aus der Aufstellung überhaupt nichts werden, dann müsse er sich entschieden dagegen aussprechen, die Steine so lange im Bürgerparke zu lagern, bis der andere Theil desselben fertig sei. Jedenfalls eignen sich auch die Säulen durchaus nicht zu der dort zu errichtenden Brücke.

Herr Hauswaldt kann die Ansicht, daß es in dem alten Theile des Bürgerparks keine passende Stelle für die Säulen gebe, nicht gelten lassen. Der Park weise verschiedene sehr schöne Plätze für den Porticus auf, so z. B. würde er sich sehr schön ausmachen, wenn man ihn hinter dem großen grünen Rasenplatze seitlich von den Wirthschaftsgebäuden mit dem Rücken gegen die Alrbassins

stellte und von beiden Seiten mit grünen Bäumen umgeben würde. Diesen Platz halte auch der Promenaden-Inspector Kreiß für ausgezeichnet, und Kreiß sei für ihn in Gartenanlagen eine große Autorität. Er wolle auch daran erinnern, daß vor längeren Jahren Herr Uhde die Burg Dankwarderode mitten in der Stadt als Ruine projectirt habe und derselbe von dieser Idee ebenso begeistert gewesen sei, wie heute von dieser Ruine, aber glücklicherweise sei dieses Project nicht zur Ausführung gekommen. Es sei auch nicht nöthig, daß eine Persönlichkeit wie Herr Uhde mit seiner Ansicht jedesmal einen Treffer mache, denn der könne sich auch einmal irren. Uebrigens werde ihm immer ganz lau, wenn Herr Nieß allemal mit Girgenti hervortrete; es könne eben nicht Jeder im Frühjahr dort herumgehen, und man vermöge sich auch eine Ansicht zu bilden und Geschmack zu entwickeln, wenn man nicht in Italien gewesen sei. Hier gehe man nach Walkenried, wenn man historische Ruinen sehen wolle.

Herr Nieß kann nicht finden, daß Herr Hauswaldt lediglich auf die Empfehlung des Promenaden-Inspectors Kreiß hin nun die Krone des Geschmacks erhalten habe. Die Idee, welche sich Redner hierüber gebildet habe, wolle er für sich behalten, jedoch ließe er sich in solcher Weise nicht beeinflussen und würde, wenn er unterrichtet sein wollte, sich andere Personen dazu aussuchen. Den Vorwurf, welchen Herr Hauswaldt glaube der Baucommission machen zu müssen, wolle er zurückweisen und bemerken, daß er Weg und Steg im Bürgerparke genau kenne und in der Lage sei, sich über die Parkverhältnisse auch ohne den Herrn Hauswaldt zu unterrichten. Herrn Lord gegenüber, welcher behaupte, das Colosseum sei mit diesen Säulen in eine Linie gestellt, wolle er bemerken, daß es sich darum gar nicht handle, sondern gesagt sei, die Stadt Braunschweig würde sich der Barbarei schuldig machen, wenn sie mit den Trümmern der Vergangenheit ebenso verfahren wollte, wie die Römer. Die gegen die Baucommission erhobenen Vorwürfe richteten sich aber nicht gegen diese, sondern gegen den Vorsitzenden der Versammlung. Dieser habe die Sache anscheinend nicht in die richtigen Hände gelegt, denn die Parkdeputation in Verbindung mit Herrn Kreiß hätten die Sache verwalten müssen, dann würde sie schon richtig geworden sein. (Heiterkeit.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag der Baucommission mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen.

#### V. Belegung der Fußwege an der Frankfurterstraße mit Platten.

In Folge einer Anregung von Anwohnern der Frankfurterstraße auf der Strecke zwischen Luise- und Bergfeldstraße beantragt der Magistrat, diesen Straßentheil mit Cementplatten zu belegen und die hierfür aufzuwendenden Kosten anschlagsmäßig auf 10 M für 1 m festzusetzen.

Die Baucommission giebt durch Herrn Kiefe anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Rathe möchte ersuchen, die Platten möglichst im Braunschweigischen Lande, vielleicht von Liebold in Holzminden zu nehmen, um nach Möglichkeit die einheimische Industrie zu unterstützen. Nach den Ergebnissen der Prüfung in Charlottenburg stellen sich diese Platten ebenfogut wie die Frankfurter Platten dar.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hat auf Anregung eines anderen Mitgliedes der Versammlung den Stadtbaumeister Menadier zu einer Aeußerung darüber veranlaßt, ob es angezeigt erscheine, die Platten versuchsweise einmal von der Firma Liebold in Holzminden zu nehmen. Darauf sei die Antwort erfolgt, diese Platten seien nur ein Viertel so gut wie die Frankfurter und kosteten eine Mark weniger. Ein mit beiden Fabrikaten vorgenommener Versuch, welcher sich allerdings darauf beschränkt habe, mit der Messerspiße etwas von der Platte abzuschaben, habe denn auch ergeben, daß die Frankfurter Platten erheblich härter seien als die Liebold'schen. Die städt. Bauverwaltung beabsichtige übrigens, von jetzt ab nicht mehr das Frankfurter Fabrikat zu bevorzugen, sondern die größeren Platten der Firmen Drenkhahn & Sudhop und Maring zu nehmen, wie sie vor der Husarenkaserne am Altewieferringe schon liegen, und sollen diese Platten auch auf der Frankfurterstraße Verwendung finden.

Herr Jüdel möchte sich vorbehalten, über die Liebold'schen Platten noch nähere Erkundigungen einzuziehen, da die Firma schon für viele Städte Platten zur größten Zufriedenheit liefere. Bedauerlich sei es, daß die Aeußerungen über den Werth der Platten in öffentlicher Sitzung gemacht seien.

Herr Ebeling spricht den Wunsch aus, daß den Anwohnern der Frankfurterstraße möglichst noch in diesem Herbst die Annehmlichkeit eines guten Fußweges zu Theil werde.

Herr Rathe ist erstaunt, daß die Liebold'schen Platten so schlecht sein sollen; es könne dieses aber auch daran liegen, daß die zu dem Versuche genommene Frankfurter Platte alt und die Liebold'sche Platte noch frisch gewesen sei. Nach den Untersuchungen in Charlottenburg sollen beide Platten beinahe genau überein befunden sein und halte er sich für verpflichtet, dieses zum Schutze der Firma Liebold zu Sprache zu bringen.

Herr Müller möchte darauf aufmerksam machen, daß vor dem Hause N<sup>o</sup> 41 der Fallersleberstraße das Pflaster sich in einem so schlechten Zustande befinde, daß dort schon verschiedene Pferde gestürzt seien. Außerdem stehen in verschiedenen Straßen der Stadt die eisernen Gossenplatten und die Canaldeckel gefahr-

drohend hervor. Er bitte den Magistrat um Prüfung und Beseitigung dieser Uebelstände.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

## VI. Belegung eines Fußweges am Königstiege mit Platten.

Der Magistrat beantragt, der Belegung des Fußweges am Königstiege vor den Grundstücken *N.* ass. 5390 und 6276 mit Platten zuzustimmen und zu genehmigen, daß die anschlagsmäßigen Kosten auf rund 630 *M.* festgestellt werden.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, angenommen.

## VII. Ausbau der Hagenstraße 2c.

Nach dem vorliegenden Projecte soll die Hagenstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße in einer Gesamtbreite von 14 m mit einer 8 m breiten Fahrbahn und je 3 m breiten, mit Bordsteinen eingefassten Fußwegen, welche einen 1,5 m breiten Plattenbelag erhalten, ausgebaut werden. Die Straßenkosten sind zu insgesammt 11350 *M.* und darnach die Anliegerbeiträge zu 57,40 *M.* für 1 m veranschlagt worden, so daß die Kosten und Beiträge demgemäß festzustellen sind. Da versäumt worden ist, die zu 2250 *M.* veranschlagten Kosten der Canalisation dieser Straßenstrecke in den Neubauetat der Canalbaucaisse aufzunehmen, so sind dieselben noch nachzuverwilligen. Die Versammlung wird ersucht, das Project, den Kostenanschlag und die Vertheilungsberechnung zu genehmigen, sowie die Summe von 2250 *M.* nachzuverwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Uhde hat die Baucommission an der Vorlage nichts zu beanstanden gefunden und kann daher die Genehmigung derselben anheimgegeben werden.

Herr Koch kann nicht begreifen, weshalb man die Hagenstraße nicht über die Heinrichstraße hinaus bis zur Carlstraße mit ausbauen wolle, da doch die Zustände dort fürchterliche seien. Die auf dieser Strecke verkehrenden Wagen pflegen regelmäßig im Dreck stecken zu bleiben, so daß recht bald etwas zur Besserung dieser schlechten Verhältnisse geschehen müsse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Straßen so ausgebaut würden, wie sie im Etat vorgesehen seien. Hier lasse sich auch schlecht etwas thun, weil die Hagenstraße in ihrer Fortsetzung aufgehoben werden solle. Zwei Unternehmer hätten übrigens bezüglich der nördlichen Straßenstrecke den Antrag gestellt, dieselbe auf ihre Kosten auszubauen, wogegen sich nichts erinnern lasse.

Herr Bührmann möchte anfragen, wie es mit dem Ausbaue der Cellerstraße stehe. Der Anwohner derselben bemächtige sich die Sorge, daß die alten



unleiblichen Verhältnisse in diesem Winter wiederkehren werden. Wenn das Fußwegterrain auch den Anliegern gehöre, so müßte doch Vorsorge getroffen werden, daß die Straße wenigstens zu begehen sei.

Herr Bürgermeister Kete Meyer entgegnet, daß die Celler- und die Wolfenbüttlerstraße erst nach der Fertigstellung des Etats von der Stadt übernommen seien und demnach für deren Instandsetzung noch nichts in den Etat habe eingestellt werden können; jedoch habe die städt. Bauverwaltung den Ausbau beider Straßen für den nächstjährigen Etat in Aussicht genommen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

### VIII. Ausbau der Straße „Am Hopfengarten“.

In Bezug auf den für das laufende Jahr in Aussicht genommenen Ausbau der Straße „Am Hopfengarten“ wird der Versammlung Folgendes unterbreitet. Was zunächst den erforderlichen Grunderwerb betrifft, so hat sich die Mehrzahl der Anlieger mit einer Entschädigung von 8 M pro qm einverstanden erklärt und ist mit denselben ein entsprechender Vertrag abgeschlossen worden. Höhere Forderungen sind geltend gemacht von dem Siebwaarenfabrikanten Nadler und von dem Händler Schrader, welche 11 bezw. 15 M fordern, ferner von den Kindern des Gärtners Hoke, dem Victualienhändler Wendeborn und dem Schlachtermeister Haars, deren Forderungen weit über dieses Maß hinausgehen. Der Magistrat ersucht, den abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und auch die Forderungen von Nadler und Schrader zu bewilligen, dagegen die übrigen Flächen zu expropriieren. Auch der Bauunternehmer Zwingmann hat sich mit einer Entschädigung von 8 M einverstanden erklärt und wird die Genehmigung zum Ankauf der von diesem abzutretenden Flächen gleichfalls anheimgegeben. Der Magistrat beabsichtigt, die Straße in 14 m Breite mit 8 m breiter haussirter Fahrbahn, sowie je einem 1,5 m breiten Fußwegplattenbelage auszubauen. Die Kosten sind veranschlagt für den Grunderwerb zu 45 000 M, für den Straßenbau zu 35 700 M, insgesamt 80 700 M, so daß der Beitrag des einzelnen Grundstücks sich auf rund 105 M für 1 m Frontlänge stellen wird. Des Weiteren giebt der Magistrat anheim, dieses Project und die Kostenberechnung zu genehmigen.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Bültemann einstimmig der Ansicht, daß die Forderungen namentlich der Anlieger jenseits der Grünstraße zu außerordentlich hoch seien, um darauf eingehen zu können. Die Commission beantrage daher, die sämtlichen Vorschläge des Magistrates zu genehmigen, jedoch mit Ausschluß des auf die Theilstrecke von der Grünstraße bis zur Kastanienallee gerichteten Antrages, da die Commission anheimgebe, diesen Theil der Straße ruhig liegen zu lassen und mit der Instandsetzung desselben zu warten, bis die Anlieger vernünftigen Vorschlägen zugänglich seien.

Herr Wagner möchte bitten, die Straße „Am Hopfengarten“ und „Hinterm Hopfengarten“ nach dem Riddagshäuserwege zu mit Straßenschildern zu versehen, da man sonst in der Gegend nicht zurechtfinden könne.

Herr Bürgermeister Kete Meyer kann darauf erwidern, daß das Nöthige in dieser Beziehung schon veranlaßt sei. Was den Antrag der Baucommission betreffe, so möchte er auf die Consequenzen der Annahme desselben hinweisen. Wenn vorgeschlagen werde, das kurze Stück von der Grünstraße bis zur Kastanienallee liegen zu lassen, so sei dieses für den Verkehr nicht allzu angenehm; wenn sich nun auch der Verkehr ohne dieses Stück behelfen könne, so sei doch zu berücksichtigen, daß gerade an dieser kurzen Strecke recht hohe Kosten für den Ausbau entstehen werden, die selbstverständlich, wenn die Strecke demnächst als selbstständiges Stück ausgebaut werden müsse, den Anliegern derselben zur Last fallen. Dadurch würden aber nicht nur die Schuldigen, sondern auch die Unschuldigen, nämlich die Anlieger der Ostseite, getroffen. Wenn auch die Kosten des Ausbaues sich ermäßigen, so fern man warte, bis die beiden Grundstücke neu bebaut werden, so lasse sich doch annehmen, daß die Anliegerbeiträge recht hoch kommen werden.

Herr Halle kann dem Vorschlage der Baucommission nicht zustimmen. Bei der Anlage und Instandsetzung von Straßen habe man schon so oft zur Expropriation von Grundstücken schreiten müssen, daß er bitte, auch hier diesen vom Magistrate vorgezeichneten Weg zu benutzen. Wenn sich das auch im Augenblicke schwer beurtheilen lasse, so glaube er doch, daß die Forderungen der betr. Anlieger recht hoch seien, nur müsse man dabei berücksichtigen, daß die Leute ziemlich die Hälfte ihres Grundstücks zur Straße herzugeben haben. Obschon anerkannt werden müsse, daß den Anliegern durch den Ausbau ihrer Straße manche Annehmlichkeiten erwachsen und sie hierfür auch ein Opfer zu bringen haben, so müsse man sich andererseits doch auf den Standpunkt stellen, daß Jeder, der Terrain zur Straße hergebe, dafür auch voll und ganz entschädigt werde. Er bitte also, den Ausbau der ganzen Straße zu beschließen und diese Grundstücke, sofern sich eine Einigung mit deren Besitzern nicht erzielen lasse, zu expropriiren.

Herr Rathe möchte ebenfalls bitten, der Magistratsvorlage zuzustimmen und den Straßenbau sobald als möglich zur Ausführung zu bringen. Wenn hiermit noch länger gewartet werde, so würden die Kosten später sich noch mehr erhöhen. Außerdem sei nicht daran zu denken, daß das Eckhaus so bald abgerissen würde.

Herr Bültemann bemerkt dazu, daß nach dem Gutachten unparteiischer Schärer dem Anlieger des Eckgrundstückes 8740 A geboten seien, worauf derselbe indessen nicht eingegangen sei. Die Baucommission habe sich einstimmig der Ansicht zugeneigt, daß es unrecht sei, solche ungeheuren Forderungen zu stellen, welche

die übrigen Anlieger mit bezahlen müssen. Außerdem lasse sich annehmen, daß die Häuser so sehr lange nicht mehr stehen können.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Baucommission angenommen.

## IX. Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßenbahn.

Unter Bezugnahme auf die Vorlage vom 22. November 1894, betr. die Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßenbahn — Seite 216 ff. des Berichts — theilt der Magistrat mit, daß die mit der Vorprüfung dieser Sache betraute gemischte Deputation unterm 19. September 1895 einen Bericht erstattet habe, in welchem die Zulassung des Betriebes unter folgenden Bedingungen empfohlen werde:

- 1) Die oberirdische Stromzuleitung wird zugestanden, den städtischen Behörden jedoch das Recht eingeräumt, zu fordern, daß frühestens im Jahre 1900 auf einzelnen von den städtischen Behörden zu bestimmenden innerstädtischen Theilstrecken des Bahnnetzes ein Betrieb ohne oberirdische Stromzuführung stattzufinden habe. Von den gesammten, innerhalb der Umfluthgräben alsdann vorhandenen Straßenbahnanlagen sollen jene vorerwähnten Theilstrecken höchstens 20 % ausmachen.
- 2) Eine Verlängerung der Concessionsdauer über den 31. März 1929 hinaus wird nicht zugestanden, andererseits aber auch stadtseitig auf Zahlung eines Straßenpachtgeldes, sowie auf jede Gewinnbetheiligung verzichtet.
- 3) Als bald nach Zulassung des elektrischen Betriebes ist das Straßenbahnnetz dem vorgelegten Plane gemäß umzugestalten, bezw. zu erweitern, wobei noch nähere Vereinbarung über die Führung der einzelnen Linien und zwar nicht nur der neuen, sondern auch der vorhandenen vorbehalten bleibt; in letzterer Beziehung wird insbesondere der Stadt das Recht eingeräumt, die Umlegung einzelner — durchweg kurzer — Theilstrecken zu fordern, um Kreuzungen verschiedener Linien auf den öffentlichen Plätzen thunlichst zu vermeiden, sowie ferner das weitere Recht, auf einzelnen innerstädtischen Straßen die Legung von Doppelgleisen zu fordern.
- 4) Die Construction des Bahnkörpers, der Maassen und sonstigen Vorrichtungen zur Anbringung der Leitungsdrähte unterliegt — nach zuvor erfolgter Aeußerung der Deputation — der Genehmigung des Stadtmagistrates, sowie der Herzoglichen Polizei- und bezw. Herzoglichen Bau- direction.

- 5) Daneben werden zur Sicherung des Betriebes, bezw. zur Sicherung des Publicums gegen Verletzungen durch den Betrieb die erforderlichen Vorschriften in Form eines besonderen Betriebsreglements erlassen. Zur Abänderung desselben, auch soweit es Vorschriften über die Fahrzeiten und den Fahrplan enthält, sind die zuständigen Behörden — auch im Falle mangelnder Zustimmung der Gesellschaft — befugt.
- 6) Jeder durch den Betrieb dritten Personen entstehende Schaden, für den die Stadt verantwortlich gemacht werden kann, fällt der Gesellschaft zur Last.
- 7) Das Recht der Stadt, demnächst innerhalb des Stadtgebietes den Bau noch anderer als der jetzt zugestandenen Erweiterungsbauten zu fordern, wird vertragsmäßig sicher gestellt.
- 8) Die hinterlegte Unternehmercaution ist zu erhöhen.

Was den ersten Punkt betrifft, so würde der Magistrat für genügend erachten, wenn die Einführung eines Betriebes ohne oberirdische Stromzuführung unter der in der früheren Magistratsvorlage gedachten Voraussetzung vorgesehen würde. In Bezug auf die Versagung der Concessionsverlängerung aber schließt sich der Magistrat der Ansicht der Deputation in der Ueberzeugung an, daß der Zeitraum von 34 Jahren, während dessen die ertheilte Concession noch läuft, genüge, um die Gesellschaft auch für die jetzt ihrerseits zu machenden Aufwendungen zu entschädigen. Eine Concessionsverlängerung, ohne daß der Stadt seitens der Gesellschaft besondere Vortheile zugesichert werden, kann demnach der Magistrat nicht für gerechtfertigt halten. Da nun aber die Gesellschaft in der Eingabe vom 9. September d. Js. angezeigt hat, daß ohne Concessionsverlängerung die Einführung des elektrischen Betriebes sich nicht erreichen lasse, so muß der Magistrat die Verhandlungen als gescheitert erachten und ist derselbe daher nicht in der Lage, der Versammlung wegen Einführung jenes Betriebes entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die Vorlage ist von der Statutencommission eingehend berathen und berichtet namens derselben Herr Rudeloff: Der von der Straßenbahn-Deputation erstattete Bericht enthalte das Schlussergebniß der Deputationsarbeit. Die Deputation wolle sich damit vorläufig ihrer Aufgabe entledigen und thue sie das, indem sie in bestimmten Punkten diejenigen Bedingungen zusammenstelle, welche nach ihrem Dafürhalten erfüllt werden müssen, wenn der Straßenbahn-Gesellschaft ihr Antrag auf Einführung des elektrischen Betriebes genehmigt werden solle. Damit sei die Sache in die Hand der städtischen Behörden zurückverlegt und habe diese ihre Entscheidung wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit zu treffen. Die Deputation sei berufen und verpflichtet gewesen, gegenüber einem Privatunternehmer die öffentlichen Interessen zu vertreten, und so haben die gestellten Bedingungen

keinen anderen Zweck, als die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses, der öffentlichen Wohlfahrt. Ueberhaupt habe das Vorgehen der Deputation nicht die Richtung gehabt; etwa die Einführung des elektrischen Betriebes zu verschleppen, oder ganz unmöglich zu machen, und könne einer hier und da aufgetauchten anderweitigen Auffassung nicht entschieden genug gegenübergetreten werden. Bei den Verhandlungen drehe es sich wesentlich um zwei Punkte, nämlich darum, ob es nicht möglich sei, die architektonisch so schöne Stadt Braunschweig vor der Ueberspannung mit dem offenbar sehr unschönen Drahtneze, welche die oberirdische Zuführung des elektrischen Stromes mit sich bringe, zu bewahren, sowie außerdem um die Concessionsdauer, welche die Gesellschaft um zehn Jahre verlängert sehen möchte. Nachdem die Deputation im letzten Jahre, unter Zuziehung des Professors Peuckert und theilweise an Ort und Stelle, die einzelnen Systeme, welche sich in letzter Zeit in so großer Mannigfaltigkeit dargeboten haben, sorgsam geprüft habe, sei sie zu der Ansicht gelangt, daß bei dem heutigen Stande der Technik der Straßenbahn-Gesellschaft nichts anderes als die oberirdische Stromzuführung zugemuthet werden könne. Dabei müßte man sich aber Garantien verschaffen, daß, sobald ein anderes, geeigneteres System zur Anerkennung komme, alsdann dieses wenigstens theilweise eingeführt werde. In der Annahme, daß dieses neue System im Jahre 1900 schon vorhanden sein werde, habe die Deputation geglaubt, von diesem Jahre an die Einführung desselben ausbedingen zu sollen. Was die Concessionsdauer betreffe, so finde die Deputation, daß 34 Jahre vollständig ausreichen, um der Straßenbahn-Gesellschaft die Vortheile aus dem neu eingeführten Betriebe in einer Weise zu sichern, daß die Unkosten wieder eingebracht werden. Die Deputation meine, daß die Vortheile einer Concessionsverlängerung lediglich auf Seiten der Gesellschaft liegen, während die Stadt ein wesentliches Interesse daran habe, daß ihr die Hände nicht noch länger gebunden werden, als es jetzt schon der Fall sei. Sie glaubte im Laufe der Verhandlungen nur dann ein solches Zugeständniß empfehlen zu sollen, wenn seitens der Gesellschaft entsprechende Gegenleistungen gewährt würden. Da dieses aber nicht geschehen sei, habe sie von einer Verlängerung auch abgesehen. Die übrigen Punkte der Deputationsvorschläge seien gegenüber den beiden ersten Punkten unwesentlicherer Natur. Theilweise verstehen sie sich von selbst, theilweise seien sie bei den Verhandlungen mit der Gesellschaft schon zugestanden, so daß sich die Versammlung mit denselben jetzt nicht weiter zu befassen habe.

Nachdem die Deputation ihren Bericht erstattet habe, sei es Sache des Magistrates gewesen, Stellung zu demselben zu nehmen. Die frühere Vorlage des Magistrates — Seite 216 ff. des Berichts von 1894/95 — halte sich im Principe ungefähr auf dem Standpunkte der Deputation, sie unterscheide sich wesentlich nur dadurch, daß der Magistrat keine bestimmte Frist für die Einführung eines anderen

Systems, auch nicht eine Beschränkung desselben auf nur einen Theil der Gesamtstrecken, zugestanden habe, andererseits aber derselbe Rücksicht genommen wissen wollte auf die finanzielle Lage der Gesellschaft und er auch den Recurs an das Herzogl. Staatsministerium für die Gesellschaft zugelassen habe. Diesen Standpunkt habe der Magistrat auch jetzt noch beibehalten, zugleich aber seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß er bei dem ablehnenden Verhalten der Gesellschaft nicht in der Lage sei, der Versammlung wegen der Einführung des elektrischen Betriebes einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

In diesem Stadium sei die Sache an die Versammlung gekommen und der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen. Es sei nun richtig, daß die Straßenbahn-Gesellschaft auf der Forderung der Concessionsverlängerung bestanden und überhaupt der Magistrat in den Verhandlungen mit der Gesellschaft sehr viel Beharrlichkeit bei dem Vorstande derselben gefunden habe, an einer einmal aufgestellten Forderung festzuhalten, und andererseits auch eine große Zurückhaltung in der Gewährung von Zugeständnissen. Aber selbst wenn auch die Gesellschaft so weit gegangen sei, zu sagen, es wäre ihren Actionären vollständig gleichgültig, ob elektrischer Betrieb eingeführt würde oder nicht, sie hätten kein Interesse daran und wollten sich gern mit der bisherigen Rente begnügen, so könne man doch wohl annehmen, daß der Wunsch der Gesellschaft, den elektrischen Betrieb zu bekommen, nicht geringer sei, als das hierbei in Frage kommende Interesse der Stadt, von dem man offen und ehrlich eingestehen wolle, daß es in hohem Maße vorhanden sei. Die Statutencommission möchte deshalb in ihrer Mehrheit anheimgeben, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Verhandlungen mit der Straßenbahn-Gesellschaft weiter zu führen und hierbei in den Hauptpunkten zur Grundlage für einen mit der Straßenbahn abzuschließenden Vertrag den Standpunkt der Deputation einzunehmen. Der Deputation gebühre nach der Meinung der Commission der Dank der Versammlung für das unentwegte und unbeeinflusste, fleißige und pflichtgemäße Fortschreiten in dieser Angelegenheit. (Zustimmung.) Die Statutencommission empfehle ebenfalls, Garantien zu fordern für die Einführung des besseren Systems, sobald dasselbe gefunden sei, wenn auch mit einigen Modificationen gegen die Vorschläge der Deputation. Jedenfalls werde man eines Tages froh sein, daß eine solche Clausel gemacht und die Stadt in der Lage sei, auf die Einführung eines anderen Systems, welches die Verunzierung der Plätze wieder aufhebe, zu dringen, umsomehr als nach dem Gutachten des Kreisbranddirectors das oberirdische System doch bedeutende Bedenken in Bezug auf das Feuerlöschwesen habe. Ferner sage die Commission ebenfalls, daß eine 34 jährige Concessionsdauer für die Gesellschaft vollständig hinreiche, während es im Interesse der Stadt liege, auch einmal wieder freie Hand zu erhalten. Es müsse also, zumal da keine entsprechenden Gegenleistungen geboten

seien, bei der gegenwärtigen Concessionsdauer bewenden. Dagegen glaube die Commission mit dem Magistrate, der Gesellschaft in dem Punkte gerecht werden zu müssen, daß sie ihr den Beschwerdeweg an das Herzogl. Staatsministerium zugestehen. Auch werde vorgeschlagen, die Forderung eines neuen Systems nicht vor dem 31. März 1906, aber auch nicht nach dem 31. März 1919 zu stellen. Die Statutencommission habe auf Grund dessen einen Antrag entworfen, welcher laute:

„Die Versammlung wolle ihre Zustimmung zu folgenden Grundsätzen eines mit der hiesigen Straßenbahn-Gesellschaft zu vereinbarenden Vertrages aussprechen:

- 1) Der Gesellschaft wird die Genehmigung zum Betriebe der jetzigen und aller weiteren zu vereinbarenden Strecken mittelst oberirdischer elektrischer Stromzuführung ertheilt, jedoch lediglich für die Dauer der jetzigen Concession.
- 2) Die Gesellschaft wird verpflichtet, auf Beschluß der städtischen Behörden vom 1. April 1906 an, nicht jedoch mehr nach dem 1. April 1919 auf einzelnen, ebenfalls von den städtischen Behörden zu bestimmenden Theilstrecken des Bahnnetzes bis zu 20% der Gesamtstrecken der Innenstadt ein die oberirdischen Stromzuführungsanlagen beseitigendes System elektrischen Betriebes in Anwendung zu bringen, wenn:
  - a. ein solches System sich technisch bewährt hat,
  - b. die Durchführung desselben nicht mit derartigen finanziellen Aufwendungen verbunden ist, daß solche unter Berücksichtigung der gesammten Verhältnisse der Gesellschaft als eine die Rentabilität derselben dauernd erheblich beeinträchtigende anzusehen ist.

Der betreffende Beschluß der städtischen Behörden unterliegt mit Ausschluß des Rechtsweges dem Rechtsmittel des Recurses an Herzogl. Staatsministerium.

- 3) Eine Betheiligung der Stadt Braunschweig am Gewinne der Gesellschaft findet nicht statt“.

Die Statutencommission unterbreite diesen Antrag der Versammlung in der Hoffnung, daß den Verhandlungen des Magistrates, wenn auf Grund eines zustimmenden Beschlusses der Versammlung solche eintreten, der Erfolg nicht fehlen werde.

Herrn Lange erscheint der Commissionsantrag nach jeder Richtung hin durchaus annehmbar. Auch er wünsche, daß die Vortheile einer elektrischen Straßenbahn demnächst der Stadt zu Gute kommen mögen und ein Modus ge-

schaffen werde, welcher geeignet sei, mit dem Vorstande der Straßenbahn zu einem günstigen Resultate zu kommen und Einigkeit zu erzielen. Er stimme auch dem Vorschlage der Commission zu, den Termin, an welchem die städtischen Behörden das Verlangen nach einem anderen Systeme stellen können, bis zum Jahre 1906 hinauszuschieben. Diese Hinausschiebung könne der Stadt keinen Schaden bringen, da die noch in Betracht kommenden Systeme sich inzwischen immer weiter entwickeln und sich dann selbst Bahn brechen werden. Als solche Systeme könne er nur die unterirdische Stromzuführung und den Accumulatorenbetrieb ansehen. Beide Systeme befinden sich bereits in einer so hohen Entwicklung, daß z. B. der Rath und die Stadtverordneten in Dresden einstimmig beschlossen haben, für eine große Anzahl von Straßenzügen die unterirdische Stromzuführung nach dem System Klette einzuführen und sollen in diesem Jahre noch 3—4 große Straßenzüge und im kommenden Frühjahr 3 weitere Straßenzüge nach diesem System ausgebaut werden. In Hannover sei der Accumulatorenbetrieb bereits im Gange. Man habe dort 6 Wagen mit Accumulatoren im vollen Betriebe derartig, daß sie in Combination mit der oberirdischen Leitung sich befinden, so daß die Accumulatorenwagen im Innern der Stadt allein mit Accumulatoren-Wirkung, außerhalb aber mit Oberstromzuführung fahren und auf letzterer Strecke während des Betriebes die Accumulatoren wieder geladen werden. Das sei ein ganz eminenter Fortschritt, der erwarten lasse, daß auch dieses System in kürzester Zeit ein vollendetes System sein werde. Beide Systeme seien aus dem Versuchsstadium heraus in das Betriebsstadium getreten und werden demnächst den inneren Betrieb der Städte beherrschen, in Verbindung mit der oberen Leitung für den äußeren Betrieb. Bis zum Jahre 1906 werden sich aber beide Systeme so entwickelt haben, daß die städtischen Behörden gar nicht werden umhin können, zu sagen: fort mit dem oberen Betriebe und an dessen Stelle eines dieser Systeme. Die Bürgerschaft werde der Versammlung dann dankbar sein, daß diese ihr die Möglichkeit geschaffen habe, das oberirdische System abzustößen, mit dem sie sich dann lange genug herumgeärgert haben würde. Das Recht, diese Möglichkeit zu schaffen, müsse unbedingt festgehalten werden. Daß dieses Recht sich nur auf 20 % der Linien der Innenstadt erstrecken solle, sei wenig und hätte er lieber gesehen, wenn ein höherer Procentsatz, am liebsten der ganze innere Betrieb, vorgeesehen wäre. Dabei lasse sich aber nicht verkennen, daß bei einer eventuellen Umänderung auch die Schwierigkeiten wachsen würden, da immer mit der Recursinstanz und den finanziellen Verhältnissen der Gesellschaft zu rechnen sei; aus diesem Grunde erkläre er sich mit den 20 % auch zufrieden. An die Versammlung richte er die Bitte, mit überwältigender Mehrheit für den Commissionsantrag zu stimmen, um klarzulegen, daß die Versammlung gewillt sei, unter allen Umständen an dem Rechte einer Aenderung des Systems festzuhalten.



Herr Wolff: Wenn es sich um eine so wichtige, jeden Bürger in hohem Grade interessirende Angelegenheit wie die vorliegende handle, so sei es natürlich, daß das Publicum sich für die Einführung des Projectes lebhaft interessire und dasselbe mit allen Kräften herbeiwünsche, sich aber andererseits um die Schwierigkeiten nicht bekümmere, die einer derartigen Institution etwa im Wege stehen. So sei es denn auch hier gekommen, daß die Bürgerschaft seit Monaten auf die Thätigkeit der Deputation, milde ausgedrückt, mit seltsamen Blicken gesehen und die Thätigkeit als eine einseitige, den wahren Interessen der Bürgerschaft nicht entsprechende dargestellt habe, und leider habe es auch in der Presse nicht an Stimmen gefehlt, die dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben. Auch er habe geglaubt, daß die Deputation einen sonderbaren Standpunkt eingenommen haben müsse. Durch den Bericht der Deputation sei aber wohl Jeder zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Vorgehen derselben unbedingt Billigung verdiene und es nicht angezeigt gewesen sei, die Sache zu beschleunigen oder anders zu gestalten. Es sei nöthig gewesen, zu constatiren, wie das Publicum oft nur den eigenen Wunsch ins Auge fasse und die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten verkenne. Auf keinen Fall sei er für die Bewilligung einer Concessionsverlängerung. Wenn die Gährung in der technischen Frage erst vorüber sei und ein anderes als das oberirdische System die Oberhand gewonnen habe, werde man dasselbe auch vor Ablauf der jetzigen Concessionsdauer erhalten können, weil man dann der Gesellschaft noch eine weitere Verlängerung der Concessionsdauer werde bieten und sie dadurch werde gewinnen können.

Herr Südel hat den sachlichen Ausführungen der Vorredner nichts mehr hinzuzufügen und will nur noch erklären, daß er sich dem Antrage der Statutencommission vollständig anschließen könne. Im Principe sei hierbei Alles gewahrt, was zu verlangen sei. Da für die Deputation das Jahr 1900 nicht festgelegt sei, so erkläre er sich auch mit dem Jahre 1906 als frühestem Termin des Systemwechsels einverstanden.

Herr Koch ist mit dem Gedanken in die Commissionsitzung gegangen, daß die Deputation, speciell Herr Nieß, der Straßenbahn-Gesellschaft feindlich gegenüberstehe. Durch die Verhandlungen in der Statutencommission sei er indessen eines Besseren belehrt worden und stehe er nunmehr auf dem Standpunkte, daß die Mitglieder der Deputation ihre Pflicht und Schuldigkeit im höchsten Maße gethan haben.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Es sei sehr angenehm, daß die Deputation und die Statutencommission in ihren Ansichten ziemlich übereinstimmen, indessen müsse er auf Eins hinweisen. Wenn Deputation und Commission sich übereinstimmend mit einer Strecke von 20 % begnügen wollen, auf welcher der ober-

irdische Betrieb demnächst abzuschaffen sei, so könne er diese Fassung insofern nicht für eine glückliche halten, als die Stadt damit für die ganze Concessionsdauer, also für 34 Jahre das Recht aus der Hand gebe, zu fordern, daß auf den sämtlichen Linien ein anderes System einzuführen sei. Wenn die Technik sich so weit vervollkomme, daß das Accumulatorensystem allen Ansprüchen genüge, so sehe er nicht ein, weshalb dasselbe nicht für alle Strecken gefordert werden solle. Sofern die Gesellschaft auf diesen Vorschlag der Commission eingehen sollte, mache es auch keine Schwierigkeit, die andere Betriebsart für alle Strecken einzuführen. (Zustimmung.) Jedenfalls werde es sich in Zukunft nur um die Einführung des Accumulatorenbetriebes handeln können, denn der unterirdische Betrieb werde wohl immer so theuer bleiben, daß derselbe gar nicht in Frage komme. Die mit der Aenderung verbundenen Kosten seien im Verhältniß zu dem Kostenbetrage des ganzen Unternehmens so gering, daß sie gar keine Rolle spielen können. Darum halte er den Vorschlag des Magistrats für den allein richtigen. Wenn die städtischen Behörden eine andere Betriebsart demnächst fordern sollten, so könne die Gesellschaft dieser Forderung sehr wohl folgen, weil dieselben die Forderung, namentlich bei dem Recursrechte an das Staatsministerium, nur zu geeigneter Zeit stellen werden.

Herr Engelbrecht kann die Bedenken wegen der 20 % nicht theilen. Die Bedenken gegen die Accumulatoren seien doppelte, einmal gehe bei Füllung derselben nachweisbar ein Viertel der Kraft verloren und außerdem müsse in jedem Wagen ein Gewicht von 40 Ctr. mitgeführt werden. Wenn das neue System aber später auf Theilstrecken eingeführt werden solle, so würden die Wagen mit Accumulatoren doch nicht nur auf den kurzen Strecken benutzt werden können, sondern müßten mit ihrem Gewichte die ganzen Strecken durchlaufen, so daß das Interesse der Gesellschaft, den oberirdischen Betrieb auf den größeren Strecken beizubehalten, von selbst fortfalle. Der jetzt noch bei der Füllung der Accumulatoren entstehende Verlust werde in Folge neuerer Erfindungen bis dahin schon in Wegfall kommen, so daß dieses Moment später bei Beurtheilung der Frage des Betriebes mit Accumulatoren nicht mehr in Betracht komme. Einer der größten Fortschritte auf diesem Gebiete sei darin zu finden, daß man durch den oberirdischen Betrieb die Accumulatoren während der Fahrt wieder füllen könne, und werde die Gesellschaft aus dem vorerwähnten Grunde den oberirdischen Betrieb demnächst nur noch insoweit beibehalten, als er zur Füllung der Accumulatoren in Bewegung nöthig sei. Die städtischen Behörden werden also ihr Ziel von selbst erreichen, wenn sie nur die 20 % durchsetzen. Daß die Bürgerschaft bei der Einführung des oberirdischen Betriebes, welcher scheußlich aussehe, ebenso schimpfen werde, wie sie es jetzt wegen der vermeintlichen Verschleppung der Sache gethan habe, lasse sich annehmen, doch dürfe man davor nicht bange sein.

Herr Ebeling möchte sich gegen zwei Punkte des Commissionsantrages wenden. Zunächst könne er sich nicht damit einverstanden erklären, daß die städtischen Behörden von fünf Straßen nur eine für das neue Betriebssystem sollen fordern können, da seiner Meinung nach die Stadtverwaltung in der Lage sein müsse, die Ausdehnung des anderen Systems für sämtliche Straßenbahnlinien der inneren Stadt zu verlangen. Wer treibe denn eigentlich in dieser Sache? Das sei die Presse, welche von parteilicher Seite aus vorgehe. Er wünsche Jedermann, der hierbei mitsprechen wolle, einmal mit einem Behikel durch die Stadt zu fahren, um sich zu überzeugen, welch großes Feld man der Straßenbahn-Gesellschaft hier schon eingeräumt habe. Wolle man jetzt schon zu dem oberirdischen Betriebssystem übergehen, was noch gar nicht so nöthig erscheine, dann möge man wenigstens das Recht in der Hand behalten, daß man später eintretendenfalls für sämtliche innenstädtische Bahnstrecken die Aenderung nach dem neuen Systeme fordern könne. Ferner halte er es für bedenklich, einen Zeitraum von zehn Jahren darüber verstreichen lassen zu wollen, bis man die Aenderung verlangen dürfe. Schon in wenigen Jahren könne sich ein anderes Betriebssystem als gut und dauerhaft erwiesen haben und man müsse dann trotzdem noch eine Reihe von Jahren warten, bis man zu der Forderung desselben berechtigt sei. Die Gesellschaft werde natürlich zu dem neuen Systeme vor Ablauf der Frist nur dann übergehen, wenn sie sich finanziell besser stehe. Er bitte, dem Commissionsantrage in diesen beiden Punkten nicht zuzustimmen.

Herr Löschigt ist hierüber anderer Ansicht. Wenn zur Zeit die Einrichtungen der Gesellschaft sich nicht in der allerbesten Ordnung befinden, so müsse man berücksichtigen, daß dieselbe beabsichtige, ein neues Betriebssystem einzuführen und sie nun nicht noch Wagen und Pferde beschaffen könne. Sollten die jetzigen Verhandlungen sich zerschlagen, so würde es angebracht sein, die Gesellschaft zur Besserung der Betriebsverhältnisse anzuhalten. Was nun die Bedenken wegen der 20 % betreffe, so liege der Bürgerschaft doch wohl daran, daß die städtischen Behörden so schnell wie möglich sich schlüssig werden und mit der Gesellschaft einigen, damit die Stadt den elektrischen Betrieb erhalte, welchen der größte Theil der Bürgerschaft wünsche. (Widerpruch.) Wenn auch 20 % ein geringer Bruchtheil sei, so spiele später, wie Herr Wolff schon ausgeführt habe, die Frage der Concessionsverlängerung doch eine wesentliche Rolle und könne damit die Gesellschaft schon veranlaßt werden, den Wünschen der Stadt demnächst entgegenzukommen. Wenn später ein neues System acceptabel sei, sei es auch rentabel und werde die Gesellschaft schon aus diesem Grunde den städtischen Behörden entgegenkommen. Sobald dieselbe nach dem Umbau des jetzigen Systems eine gute Rente erziele, was er ihr wünschen wolle, so sei dieses für die Stadt Braunschweig der Beweis,

daß sie Verkehr habe und das sei die Hauptsache. Er bitte um Annahme des Commissionsantrages.

Herr Jüdel: Aus dem Berichte der Statutencommission habe die Versammlung entnehmen können, welche Schwierigkeiten der Deputation bei den Verhandlungen mit der Straßenbahn erwachsen seien. Die Hauptschwierigkeit habe darin gelegen, daß die Stadt einer bestehenden Concession gegenüberstehe und habe sich die Deputation bemüht, so viel als möglich die Interessen der Stadt zu wahren. Wenn die Umwandlung von nur 20% der bestehenden innenstädtischen Strecken in ein anderes System und zwar auf den am meisten geschädigten Straßen und Plätzen vorgeschlagen werde, so sei dieses in der Annahme geschehen, daß nicht mehr zu erreichen sei. Man dürfe nicht vergessen, zu berücksichtigen, daß der Gesellschaft bei der Aenderung des Systems die verausgabten sehr hohen Anlagekosten nahezu verloren gehen. So blendend nun auch die Betriebsergebnisse bei Accumulatoren seien, so habe man doch noch gar keine Erfahrungen bezüglich der Haltbarkeit derselben, weil sie noch nicht länger als 2—3 Jahre im Gebrauch seien. Wenn die Gesellschaft einmal genöthigt sein werde, bis zu einem gewissen Zeitpunkte einen Theil ihrer Bahnanlage in eine dann erprobte andere Betriebsart umzuändern, dann habe die Stadt auch gewisse Garantien, daß die Gesellschaft die Umänderung im eigensten Interesse so weit ausdehnen werde, als es ihr die finanziellen Verhältnisse erlauben. Der Uebergang von einem System auf das andere sei wirklich keine Kleinigkeit. Zwar erscheine derselbe heute in Dresden außerordentlich leicht vor sich zu gehen, aber die Kosten seien doch immer noch ziemlich hoch. Sollte der Accumulatorenbetrieb ein derartig ausgedehnter und gesicherter sein, daß die Gesellschaft im eigenen Interesse darauf eingehen müsse, dann werden auch bei ihr alle Bedenken gegen eine Umänderung schwinden. Man dürfe nicht zu viel verlangen und die Forderungen nicht zu hoch schrauben, sonst erreiche man gar nichts. In dem Vorschlage der Statutencommission liege Alles, was sich voraussichtlich erreichen lasse und man erlange damit ein besseres Verkehrsmittel innerhalb der Stadt, sowie die Aussicht, dasselbe in Zukunft entsprechend der Zeit umgestaltet zu sehen. Später könne man durch eine weitere Verlängerung der Concession noch diese und jene Wünsche bei der Gesellschaft leichter erreichen.

Herr Rathe: Aus dem Berichte des Herrn Referenten habe er vernommen, daß die Verhandlungen mit der Gesellschaft als gescheitert anzusehen seien, weil sie eine Concessionsverlängerung nicht zugestanden erhalten habe; auch solle die Gesellschaft geäußert haben, es liege ihr überhaupt nichts an der Umänderung des Betriebes. Wenn die Gesellschaft der Aenderung aber so wenig Interesse entgegenbringe, so empfehle er, in Erwägung zu ziehen, ob die Concession nicht einer anderen Gesellschaft übertragen werden könne, oder die Stadt selbst neue Linien baue; denn die Concession der Gesellschaft erstrecke sich doch wohl nur auf die Linien, welche sie

bereits ausgebaut habe. (Widerspruch.) Sollte die Stadt sich aber noch mehr gebunden haben, so möchte für die Zukunft mehr Vorsicht anzuempfehlen sein. In Halle a. S. habe sich die Pferdebahn-Gesellschaft ursprünglich geweigert, den elektrischen Betrieb einzuführen, worauf man einer anderen Gesellschaft die Concession ertheilt habe, und jetzt besige man, nachdem eine Einigung beider Gesellschaften zu Stande gekommen sei, überall elektrischen Betrieb. Mit der Verlängerung der Concession müsse also recht vorsichtig verfahren werden. In Hannover und Dresden seien zuerst außerhalb der Stadt Strecken mit oberirdischer Zuleitung gebaut worden und in Dresden sei man dann in der Innenstadt zu der unterirdischen Zuleitung übergegangen. Jedenfalls empfehle es sich, der Ansicht des Magistrates zu folgen und für die sämtlichen Linien der Innenstadt sobald als möglich eine andere Betriebsart zu verlangen, denn auf den finanziellen Punkt brauche hier keine Rücksicht genommen zu werden. Die Entwicklung des Straßenbahnwesens schreite so gewaltig vorwärts, daß man sich die neuen Errungenschaften auf dem Gebiete der Electricität sichern müsse.

Herr Lange würde die andere Betriebsart am liebsten auch für die ganze Innenstadt gefordert haben, wenn er nicht fürchte, hierdurch den Fortgang der Verhandlungen nur zu erschweren. Sobald mehr verlangt werde, gehe die Gesellschaft der Sache später vielleicht ganz aus dem Wege, indem sie der Stadt eine Berechnung mache, nach welcher die Einführung eines anderen elektrischen Betriebes unmöglich sei, so daß gar nichts erreicht werde. Bei der Forderung von 20 % lasse sich die Gesellschaft viel eher hierzu zwingen.

Herr Halle will noch hervorheben, daß Herr Rathe die thatsächlichen Verhältnisse zu verkennen scheine. Wenn die Gesellschaft nicht einen Contract hätte, nach welchem sie berechtigt sei, jede Linie, unter Ausfluß einer anderen Gesellschaft, auszubauen, wäre die Sachlage eine ganz andere. Die Stadt müsse damit rechnen, daß die jetzige Gesellschaft noch auf 34 Jahre einen Contract habe. Er bitte also dringend, dem Antrage der Statutencommission zuzustimmen. Die Sache sei von derselben reiflich erwogen und stehe zu befürchten, daß bei der Erhebung weiterer Forderungen die Angelegenheit wieder ins Unendliche verzögert werde. Seines Erachtens seien die Forderungen der Commission auch für die Straßenbahn acceptabel, denn bei einer 34-jährigen Contractdauer lasse sich doch Vieles herauswirthschaften.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingegangen sei, und er zunächst frage, ob Jemand gegen den Schluß sprechen wolle.

Herr Müller wendet sich gegen den Schlußantrag, wird aber in seinen weiteren, die Sache selbst betreffenden Ausführungen von dem Herrn Vorsitzenden

mit dem Hinweise unterbrochen, daß dieses nicht zulässig sei, weil zunächst über den Schlußantrag abgestimmt werden müsse.

Die Versammlung genehmigt darauf den Schlußantrag, worauf zur Abstimmung über den Antrag der Statutencommission geschritten wird. Dieser Antrag gelangt mit ganz erheblicher Mehrheit zur Annahme.

---

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit werden die Verhandlungen hier abgebrochen.

---

Dauer von 4 bis 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 31. October 1895.

### Tagesordnung:

|                                                                                                    |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Rückzahlung von Rohrkosten an der Herberstraße . . . . .                                        | Seite 172 |
| II. Reparaturen und Ergänzungsbauten am Volksbade „Wilhelmthor“ . .                                | „ 172     |
| III. Regulativ über die Abgabe von Wasser und von Gas . . . . .                                    | „ 175     |
| IV. Anschaffung eines Wärmemessers für Gas . . . . .                                               | „ 184     |
| V. Anschaffung eines Apparates zur Verhütung des Einfrierens der Gas-<br>leitungen . . . . .       | „ 184     |
| VI. Anschaffung von Büchergerüsten zc. für die Stadtbibliothek . . . . .                           | „ 185     |
| VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .                                                            | „ 186     |
| VIII. Ausleihung von Hypothekcapitalien . . . . .                                                  | „ 186     |
| IX. Canalisation der Frankfurterstraße . . . . .                                                   | „ 186     |
| X. Verwendung der Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke . . . . .                                  | „ 188     |
| XI. Verwaltung des Kieselgutes und der Pumpwerke . . . . .                                         | „ 188     |
| XII. Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothekcapital . . . . .                                    | „ 189     |
| XIII. Ausleihung eines freiverdenden Hypothekcapitalis . . . . .                                   | „ 189     |
| XIV. Anfrage Löschigt: Verkauf der Ställe am Siegesplatze . . . . .                                | „ 189     |
| XV. Antrag Löschigt: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am<br>Hauptbahnhofe . . . . . | „ 189     |
| XVI. Anfrage Löschigt: Verschließung der Hauptcanalschächte . . . . .                              | „ 190     |
| XVII. Antrag Riecke u. Gen.: Regelung des hiesigen Sanitätswesens . . . .                          | „ 191     |

|                                                                                                                    |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVIII. Antrag Koch: Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht. . . . .                                     | Seite 191 |
| XIX. Anfrage Koch: Aufstellung von Candelabern . . . . .                                                           | 192       |
| XX. Antrag Meyerhoff u. Gen.: Bemessung des Wasserverbrauchs und<br>weitere Anbringung von Wassermessern . . . . . | „ 192     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Alßmann, Voller, Löbbbecke und Meyer.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

### I. Rückzahlung von Rohrkosten an der Herderstraße.

Auf Ersuchen der Firma Krause & Stege giebt der Magistrat anheim, denselben die für das Gas- und das Wasserrohr in der Herderstraße eingezahlten Kosten im Betrage von zusammen 1449,80 M zurückzuzahlen, da die Straße inzwischen von der Stadt übernommen sei.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, zugestimmt.

### II. Reparaturen und Ergänzungsbauten am Volksbade „Wilhelmthor“.

Der Badeauschuß des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen möchte an dem Volksbade „Wilhelmthor“ Reparaturen und Verbesserungen in größerem Umfange vornehmen, welche nach der vorliegenden Schätzung einen Kostenaufwand von 4508,60 M erfordern. Zu diesem Betrage wird ein stadtseitiger Zuschuß von 4000 M erbeten. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung ist der beabsichtigte Umbau des Bades als zweckmäßig und nothwendig zu bezeichnen und kommen dabei folgende Arbeiten in Betracht: Die Unterkellerung des westlichen Gebäudetheiles nebst Anlage einer Keller-Verbindungstür, die Beseitigung der aus Barnsteinen gefertigten Gewölbe des vorhandenen Kellerraumes einschließlich der Trägerlage und des Betonfußbodens im Baderaume, ferner die Beseitigung der Zellenwände, die Herstellung neuer Gewölbe aus Cementbeton für den vorhandenen und den neu herzustellenden Kellerraum; die Herrichtung eines neuen Betonfußbodens im ganzen Baderaume, sowie endlich die Herstellung von 65 cm hohen Cementbetonsockeln für die Zellenwände, und die Wiederaufstellung der alten Bretterwände, soweit dieselben noch brauchbar sind. Die städtische Bauverwaltung hat den gesammten Kostenaufwand nur zu 4240 M veranschlagt.

Wie Herr Lord berichtet, ist ihm die Vorlage von der Finanzcommission zur Berichterstattung überwiesen worden. Er habe sich darauf pflichtgemäß zu dem



Bade begeben, um sich die Sache anzusehen, habe indessen dort nur vier nackte Wände vorgefunden, indem schon Alles ausgeräumt und der nach der Vorlage erst beabsichtigte Neubau bereits im vollen Gange gewesen sei. Demnach habe er eine Grundlage zur Beurtheilung der Vorlage nicht finden und der Finanzcommission nur anheimgeben können, dieselbe abzulehnen. Die Commission habe sich dann auf eine eingehende Erörterung der Frage eingelassen und sich schließlich zu folgendem, im Wortlaute festgestellten Beschlusse geeinigt: „Die Finanzcommission hat sich nach längerer Berathung dahin einstimmig entschieden, der Stadtverordneten-Versammlung die Verwilligung der angeforderten 3750 M zu Lasten der Hundesteuercasse zu empfehlen. Sie ist zu diesem Beschlusse gekommen, nachdem magistratsseitig hervorgehoben worden war, daß seitens der Antragsteller schon im Juni auf die nothwendig gewordenen Reparaturen hingewiesen worden sei, daß sich aber die Entscheidung durch verschiedene Umstände bis jetzt hingezögert habe. Es wurde ferner hervorgehoben, daß es allerdings im Interesse der Badeverwaltung gelegen habe, die Arbeiten in verhältnißmäßig noch günstiger Jahreszeit ausführen zu lassen. Wenn daher die Finanzcommission der Versammlung die Verwilligung der angeforderten Summe empfiehlt, so hält sie es dabei für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß nur in den dringendsten Fällen Arbeiten vor ihrer Genehmigung durch die städtischen Behörden in Angriff genommen werden dürfen und daß auch der verdienstvollste College sich in seinem Eifer für die Sache nicht über diese Bestimmungen hinwegsetzen darf“. Die Annahme der Magistratevorlage werde demnach empfohlen.

Herr Lange möchte zur Aufklärung dieser Angelegenheit mittheilen, daß er als Beauftragter des Vereines für das Wohl der arbeitenden Classen sich mit dieser Sache verschiedentlich befaßt und die Nothwendigkeit der Reparaturen und Ergänzungen des Bades schon seit längerer Zeit festgestellt habe. Diese Nothwendigkeit sei namentlich im Laufe des Sommers sehr dringend hervorgetreten und habe sich die Einbringung der Vorlage nur durch verschiedene Ursachen verzögert. So sei dann der Herbst herangerückt und habe man müssen mit den Arbeiten schleunigst beginnen, wenn die Anstalt wenigstens zum Beginne des Winters dem Betriebe wieder übergeben werden sollte. Gerade zur Weihnachtszeit werde sie aber erfahrungsmäßig sehr stark benutzt und habe er es nicht verantworten können, mit dem Umbau so lange zu warten, daß eine Fertigstellung der Anstalt zu diesem Zeitpunkte zur Unmöglichkeit gehöre. Dazu habe sich noch ergeben, daß der Betrieb eingestellt werden müsse, weil in Folge Bodenbruches der ganze Untergrund mit Wasser getränkt und dieses aus den Seitenwänden des Gebäudes herausgelaufen sei. Unter solchen Umständen hätte er es mit seiner Pflicht als Vorsitzender des Badeausschusses nicht vereinbaren können, den Betrieb der Anstalt nach weiter zu gestatten. Es hätte also ein vollständig nutzloser Stillstand eintreten müssen. Wenn es auch

wünschenswerth sei, mit dem Bau zu warten, bis die Genehmigung vorliege, so würde unter den obwaltenden Umständen doch gebilligt werden müssen, daß im Interesse der Sache vorzugehen gewesen sei. Die Commission habe von ihrem Standpunkte aus vollkommen recht, aber auch ihm werde man bei Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse mildernde Umstände zubilligen und den beantragten Zuschuß bewilligen. Er bitte aber, nicht nach dem Commissionsvorschlage 3750 M, sondern 4000 M zu verwilligen, weil der Verein noch verschiedene Ergänzungen an der Badeanstalt vornehmen möchte.

Herr Günther würde einen Stillstand des Betriebes der Badeanstalt ebenfalls für bedauerlich gehalten haben, kann aber trotzdem nicht begreifen, daß die Finanzcommission bei einem solchen Vorgehen des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen nicht strenger gegen denselben vorzugehen gedenke. Da der schlechte Zustand der Badeanstalt schon längere Zeit bekannt gewesen sei, so wäre es wohl schicklich gewesen, daß die Badeverwaltung sich rechtzeitig an die städtischen Behörden gewandt hätte. Mit Wohlthaten lasse sich recht schön prahlen, wenn Jemand vorhanden sei, der hinterher die Mittel dazu verwillige. An den Magistrat möchte er das Ersuchen richten, der Versammlung eine Vorlage wegen der Selbstverwaltung der Badeanstalt zu machen, denn der jetzige Zustand könne nicht fort-dauern. Die Selbstherrlichkeit in der Volksbadeanstalt halte er für unzulässig und meine er, daß es wohl angängig sei, wenn die Stadt die Verwaltung derselben selbst übernehme, denn die Versammlung sei nicht dazu da, Gelder für Andere zu bewilligen.

Herr Bürgermeister Kietemeyer muß annehmen, daß Herr Günther einen solchen Vorwurf nicht erhoben haben würde, wenn er die Herren, welche an der Spitze des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen stehen, näher gekannt hätte. Nichts liege diesen Herren ferner, als mit ihrer Wohlthätigkeit zu prahlen und er wüßte andererseits nicht, worin jetzt die Wohlthätigkeit des Vereins anders bestehen solle, als daß er eins seiner Mitglieder ersuche, seine Zeit im Interesse der Sache zu opfern. Der Verein habe zu beiden Volksbadeanstalten einen Zuschuß geleistet, trotzdem nicht er, sondern der Magistrat Eigenthümer derselben sei. Dem Verein könne der Magistrat nur dankbar sein, daß er ihm die Verwaltung des Bades abgenommen habe, denn der Magistrat sei schon überhäuft mit derartigen Verwaltungsgeschäften. Auch der Vorwurf, daß der Verein die Sache zu früh in die Hand genommen habe, sei nicht begründet, denn Herr Lange habe im Stadthause rechtzeitig die Mittheilung gemacht, daß das Gebäude der Badeanstalt durch die Dükeranlage sehr gelitten hätte, worauf die städtische Bauverwaltung zu einem Gutachten darüber aufgefordert sei, inwieweit diese Annahme zutreffe. Nach dem darauf erstatteten Berichte sollen die Arbeiten wesentlich durch die Dükeranlage gefordert sein. Unter diesen Umständen habe Herr Lange in Aussicht gestellt,

weitere Anträge einzubringen, was von ihm wohl vergessen sei. Sofern übrigens der Umbau durch die Düferanlage allein nothwendig geworden wäre, würde sich die Versammlung mit der Sache gar nicht zu befassen gehabt haben, weil dann die Canalbaudeputation auf Grund der ihr allgemein erteilten Ermächtigung die nothwendige Reparatur vorzunehmen hätte. Er habe geglaubt, daß sich die Sache in dieser Weise würde regeln lassen. Als sich dann hinterher herausgestellt habe, daß an der Anstalt noch weitere Reparaturen vorzunehmen gewesen wären, habe der Magistrat erklärt, nunmehr die ganze Summe auf die Hundsteuercasse übernehmen zu wollen. Der Vorwurf des Herrn Günther sei also nicht begründet.

Herr Fiedel: Die Commission sei bei ihrem Antrage auf Bewilligung einer Summe von 3750 M von der Annahme ausgegangen, daß der Mehrbetrag an Kosten aus den Ueberschüssen des Volksbades genommen werden könnte. Wenn nun aber die Kosten sich durch Erweiterung des Bades noch mehr erhöhen sollten, als hier zuerst angenommen sei, so werde die Finanzcommission gegen eine Erhöhung des Zuschusses auf 4000 M nichts einzuwenden haben.

Herr Lord möchte dazu bemerken, daß die Erweiterung des Bades in der Vorlage bereits vorgesehen sei und die Finanzcommission daher auf ihrem Antrage bestehen müsse, nur 3750 M zu verwilligen. Die Ermäßigung des Zuschusses rühre daher, daß der vom Badeausschusse vorgelegte Anschlag von der städt. Bauverwaltung um rund 250 M herabgemindert sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt sich namens des Magistrats damit einverstanden, den Zuschuß auf 4000 M zu erhöhen.

Herr Günther hat nicht beabsichtigt, den Leitern des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen, besonders aber Herrn Lange, einen Vorwurf wegen ihrer Thätigkeit zu machen. Seine Worte seien gegen die Sache selbst gerichtet gewesen, da es fest stehe, daß unter der Arbeiterbevölkerung die Meinung vorherrsche, es solle den Leuten eine Wohlthätigkeit erwiesen werden, welche sie gar nicht wollen.

Die Versammlung bewilligt darauf einen Zuschuß von 4000 M zu dem Volksbade.

### III. Regulativ über die Abgabe von Wasser und von Gas.

Der Magistrat überreicht den Entwurf

- a. eines Regulativs über die Abgabe von Wasser,
- b. eines Regulativs über die Abgabe von Gas,

mit dem Ersuchen, beide Entwürfe zu genehmigen. Zur Zeit ist noch das Regulativ über die Abgabe von Wasser vom 18. December 1885 in Kraft, welches indessen den zu stellenden Anforderungen nicht mehr entspricht und deshalb hat abgeändert, bezw. erweitert werden müssen. Bezüglich der Abgabe von Gas hat ein Regulativ bisher überhaupt nicht bestanden und wenn man auch den Abnehmern gegenüber besondere Schwierigkeiten bisher nicht gehabt hat, so muß es doch als dringend

wünschenswerth erachtet werden, feste Bestimmungen über die Abgabe von Gas anwenden zu können.

Es wird zunächst das Regulativ über die Abgabe von Wasser zur Berathung gestellt und berichtet Herr Südel, daß die Finanzcommission an demselben nichts auszusetzen habe.

Herr Wolters möchte mit Rücksicht auf die Bestimmung im §. 1, nach welcher das Wasser an die „Besitzer“ von Privatgrundstücken abgegeben wird, anfragen, ob absichtlich ein Unterschied zwischen dem „Besitzer“ und dem „Eigenthümer“ eines Grundstücks gemacht werden solle. Im Regulative über die Abgabe von Gas sei nämlich im Gegensatz zu der vorigen Bestimmung gesagt worden, daß der Anschluß eines Grundstücks an das Straßen-Hauptrohr ausschließlich auf Antrag des Grundstücks-„Eigenthümers“ ausgeführt werde. Da derartige von einander abweichende Bestimmungen noch weiter in den Regulativen vorkommen, so halte er es für nothwendig, festzustellen, ob nur der Eigenthümer, oder auch der Pächter eines Grundstücks berechtigt sein solle, den Anschluß an das Wasserrohr zu beantragen.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß der Magistrat keinen Werth darauf lege, den aus dem alten Regulativ übernommenen Ausdruck „Besitzer“ beizubehalten; es könnte auch „Eigenthümer“ dafür gesetzt werden.

Der Herr Vorsitzende möchte das Wort „Eigenthümer“ nicht an die Stelle von „Besitzer“ gesetzt sehen, weil man unter Umständen zweifelhaft sein könne, wer als Disponent eines Grundstücks anzusehen sei. Jedenfalls müßte aber eine Uebereinstimmung in den beiden Regulativen geschaffen werden.

Nachdem sich die Herren Löschigk und Engelbrecht zu diesem Punkte noch geäußert hatten, erklärte sich die Versammlung mit der Beibehaltung des Wortes „Besitzer“, sowie auf Antrag des Herrn Engelbrecht mit der Aenderung des Wortes „seines“ in „eines“ im Eingange des §. 2 des Regulativs einverstanden.

Herr Wolters hat zu der Bestimmung im §. 2, welche lautet: „Durch Unterzeichnung des Anmeldeformulars gilt die Wasserlieferung für das Rechnungsjahr 1. April bis 31. März und zwar vom ersten Tage des auf den Anschluß folgenden Monats, und auf das nächstfolgende Rechnungsjahr als mit der Wirkung abgeschlossen“ . . ., zu bemerken, daß es empfehlenswerther sei, den Lieferungsvertrag auf eine kürzere Zeit zu beschränken, weil bei dem Wechsel des Hauseigenthümers möglicherweise eine kleinere Leitung genüge und trotzdem der neue Besitzer noch für ein ganzes Jahr die größere Leitung bezahlen müsse. Er beantrage deshalb, die Frist auf ein Vierteljahr herunterzusetzen.

Herr Stadtrath Haake bittet dringend, diesen Antrag abzulehnen, da ein solcher Fall sehr selten vorkomme und es sich bei dem geringen Preisunterschiede empfehle, schon der Uebereinstimmung wegen die Bestimmung beizubehalten.

Herr F ü d e l schließt sich dem Wunsche auf Ablehnung an. Wenn man solche Bestimmung schaffe, würde das Wasserwerk fortwährend mit Anträgen auf Aenderung des Wassermessers belästigt werden, weil Jeder, der glaube, nicht soviel Wasser zu gebrauchen, als nach seinem Wassermesser zulässig sei, einen Antrag auf Verkleinerung des Wassermessers stellen werde.

Herr L ö s c h i g t möchte befürworten, wenigstens den gewerblichen Etablissements eine Kündigungsfrist von drei Monaten zu gewähren, weil es sich bei diesen um bedeutend größere Summen handle.

Die Anträge W o l t e r s und L ö s c h i g t werden indessen abgelehnt und gelangt der §. 2 des Entwurfs in der Magistratsfassung mit der Aenderung zur Annahme, daß er im Eingange lautet: „Wer den Anschluß eines Grundstücks . . .“.

Bei §. 4 fragt Herr W o l t e r s an, ob nicht die uralte Gerechtsame der Pipenbrüder beseitigt werden könnte, worauf

Herr Stadtrath H a a k e erwidert, daß es sich um feste Verträge handle, welche innegehalten werden müßten.

Zum §. 5 beantragt Herr E n g e l b r e c h t, im ersten Satz des letzten Absatzes statt „Eigenthümer“ zu sagen „Abnehmer“ und wird der §. 5 mit dieser Aenderung gutgeheißen.

Die Anfrage des Herrn B r ü c k m a n n, ob der Ausdruck „Direction der Licht- und Wasserwerke“ absichtlich gebraucht sei,

wird von Herrn Stadtrath H a a k e dahin beantwortet, daß sich diese Bezeichnung im städtischen Verwaltungsstatute vorfinde.

Nach der Ansicht des Herrn V o r s i z e n d e n ist dieser Ausdruck ganz correct, da man daran gedacht habe, demnächst auch das elektrische Licht der Verwaltung der Direction mit zuzutheilen.

Zu dem §. 10 fragt Herr M e y e r h o f f an, ob es nicht angängig sei, eine Bestimmung zu schaffen, nach welcher dem Besitzer mehrerer Häuser der Mehrverbrauch an Wasser in dem einen Hause auf den Minderverbrauch in einem der anderen Häuser angerechnet werde. Es müßte in den Kreisen der Hausbesitzer als eine Härte empfunden werden, wenn dieselben den Mehrverbrauch an Wasser in einem ihrer Häuser bezahlen müßten, während ein etwaiger Minderverbrauch in einem anderen ihrer Häuser ihnen nicht gutgerechnet werden sollte.

Herr F ü d e l würde gegen eine derartige Bestimmung sein, weil das Wasserwerk den Mindestsatz schon als Aequivalent für den frei gelieferten Wassermesser betrachten müßte.

Herr M e y e r h o f f kann eine solche Folgerung nicht für richtig halten.

Der Herr V o r s i z e n d e ist der Ansicht, daß eine derartige Anrechnung nicht stattfinden könne, weil sonst eine Prämie für die großen Grundeigenthümer geschaffen würde, wozu ein Grund nicht vorliege. Die Stadt müßte für die Viese-

zung von Wasser überhaupt den vorgeschriebenen Mindestsatz verlangen und sei andererseits der Abnehmer berechtigt, für diesen Satz bis zu einer gewissen Menge Wasser zu entnehmen.

Herr Wolters muß Herrn Meyerhoff beipflichten und weiter wünschen, daß auch die Bestimmung im §. 8, nach welcher der volle Satz zu zahlen sei, selbst wenn die Leitung versage und das garantirte Mindestquantum nicht liefere, entsprechend geändert werde. Die Stadt könne von einem Einwohner nicht den vollen Betrag für Wasser nehmen, das sie in dem Umfange gar nicht geliefert habe. Beispielsweise sei das Wasser auf der Frankfurterstraße in unzureichendem Maaße gekommen und trotzdem haben die dortigen Anwohner den vollen Preis bezahlen müssen. Wenn sich Jemand eine größere Wasserleitung anlegen lasse, um bei Feuersgefahr mehr Wasser zur Verfügung zu haben, so sei es unrecht, den vollen Preis zu verlangen, obwohl die Leitung das Quantum gar nicht liefern könne.

Herr Stadtrath Haake bemerkt dazu, daß überall die Wasserrohren erweitert würden, sobald sich herausstelle, daß der Druck nicht genügend sei. Deshalb könne ein Fall, wie ihn Herr Wolters construirt habe, nicht mehr vorkommen.

Herr Halle kann sich der Ansicht des Herrn Meyerhoff nicht anschließen. Die von der Stadt festgesetzten Normalpreise seien das Mindeste, was verlangt werden müsse, und sei diese Anschauung schon bei der Berathung der Einrichtung von Wassermessern zur Geltung gebracht. Die Mindestsätze seien so bemessen, daß das Wasserwerk dieselben gebrauche, um bestehen zu können. Die Durchführung des Meyerhoff'schen Wunsches würde zu recht merkwürdigen Dingen führen.

Herr Wolff möchte dringend bitten, von der Bezahlung eines Minimalquantums nicht herunterzugehen, da dasselbe die Grundlage für die Rechnung des Wasserwerks bilde, und es sich empfehle, einen Minimalbetrag schon wegen der rechnerischen Einfachheit beizubehalten. Dazu komme noch, daß bei der Bezahlung des wirklich verbrauchten Wasserquantums die Streitereien zwischen den Hauswirthern und den Miethern von Neuem angehen und kein Ende nehmen würden. Endlich liege ein sittliches Interesse bei der unumgänglichen Bezahlung eines nicht zu knappen Minimalquantums Wasser vor, damit der Wasserverbrauch nicht aus Sparsamkeitsrückichten unter die Grenzen der Reinlichkeit und Gesundheit sinke.

Herr Wollenweber bezweifelt, daß die Wassermesser überhaupt ein geringeres als das Minimalquantum angeben können,

welcher Ansicht indessen aus der Versammlung widersprochen wird. Von der Stellung eines Antrages nimmt Herr Meyerhoff Abstand.

Herr Südel macht darauf aufmerksam, daß im Absatz 3 des § 15 statt „(§§. 3 und 11)“ zu sagen sei „(§§. 3 und 10)“.

Zum §. 17 hat Herr Wolters den Wunsch, da der Rechtsweg bei Streitigkeiten ausgeschlossen sei, wenigstens das Herzogliche Staats-Ministerium als Recurs-

instanz zuzulassen, damit die Stadt nicht Richter in eigener Sache sei. So sachlich und objectiv die städtische Deputation auch entscheiden möge, so sei sie doch von einer großen Verantwortlichkeit frei, wenn gegen ihre Entscheidung noch Recurs eingelegt werden könne.

Der Herr Vorsitzende bezweifelt, daß das Herzogliche Staatsministerium sich mit solcher Sache befassen würde.

Herr Wolff ist der Meinung, daß der Wunsch auf Zulassung des Rechtsweges auch ohne Wegfall solcher Bestimmung in Erfüllung gehen würde.

Herr Wagner giebt anheim, statt des Wortes „Consumenten“ zu sagen „Abnehmer“.

Das ganze Regulativ wird darauf von der Versammlung mit den beschlossenen Aenderungen angenommen.

Nunmehr wird zur Berathung des Regulativs über die Abgabe von Gas geschritten.

Herr Südel hat namens der Finanzcommission das Einverständniß zu dem Regulativ anheimzugeben. An Stelle des Wortes „Gaswerk“ müßte indessen überall „Lichtwerk“ gesetzt werden.

Herr Wolters ersucht, im §. 2 des Entwurfes an Stelle von „Grundstückseigenthümers“ zu sagen „Grundstücks-Besizers“.

Herr Wolff muß dem gegenüber bitten, das Wort „Eigenthümers“ beizubehalten, da es sich um die Schaffung einer Rechtslage zwischen dem einzelnen Abnehmer und demjenigen, dessen Erlaubniß zur Anlage des Anschlusses einzuholen sei, handle, in welchem Falle der Besitzer nicht immer zuständig sei.

Der Herr Vorsitzende möchte vorschlagen, im ersten Satz das Wort „Besizers“ zu wählen, dafür aber den dritten Absatz zu streichen.

Auf die Frage des Herrn Südel, wer der Stadt hafte, wenn einem Miether auf dessen Antrag Gas in die Wohnung gelegt werde und der Hauseigenthümer sich das verbitte, erwidert

der Herr Vorsitzende, daß städtischerseits dieses nicht gegen den Willen des Hausbesizers geschehen werde.

Herr Löschigt schließt sich der Auffassung des Herrn Wolff an und tritt ebenfalls für Streichung des dritten Absatzes ein.

Herr Wolff hebt noch besonders hervor, daß es hier darauf ankomme, zu ermitteln, wer über den Anschluß zu verfügen habe und das sei der Eigenthümer des Grundstücks.

Der §. 2 wird sodann nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden angenommen.

Zu dem §. 5, Absatz 2, welcher lautet: „Auf den Gasverbrauch zum Betriebe von Motoren, welche Beleuchtungszwecken dienen, findet die Ermäßigung des

Preises keine Anwendung", fragt Herr Wolters an, wie es bei getheiltem Betriebe gehalten werden solle. Es komme vor, daß ein Gasmotor zum kleineren Theile zum Betriebe einer Elektro-Dynamomaschine und zum größeren Theile zum Betriebe einer Holzbearbeitungs- oder sonstigen Maschine verwendet werde, in welchem Falle es hart sei, wenn der gesammte Bedarf an Gas für den Motor von der Preisermäßigung ausgeschlossen werde. Daher empfehle es sich, in der Bestimmung zum Ausdruck zu bringen, daß nur das Gas zum vollen Preise zu bezahlen sei, welches ausschließlich zur Erzeugung elektrischen Lichtes verwendet werde.

Herr Stadtrath Haake bemerkt dazu, daß in einem solchen, nur sehr selten vorkommenden Falle stets eine Vereinbarung mit der Deputation zu Stande kommen werde und es nicht nöthig sei, diesen Fall im Regulativ festzulegen. Es werde schon aus Billigkeitsgründen Niemand verlangen, daß das von dem Motor verbrauchte sämmtliche Gas mit dem höheren Preise zu bezahlen sei, wenn der Motor nur theilweise zur Erzeugung von Electricität Verwendung finde.

Herr Hauswaldt möchte beantragen, den ganzen Passus zu streichen. Wenn man das Gas zum Betriebe von Motoren billiger berechne, so solle man sich nicht darum kümmern, wozu der Motor gebraucht werde. Das Gaswerk habe nur Vortheil davon, wenn mehr Gas verbraucht werde.

Die Herren Halle und Meyerhoff schließen sich dieser Ansicht an. Die Bestimmung rühre noch aus jener Zeit her, als man befürchtet habe, das elektrische Licht bereite dem Gase eine empfindliche Concurrenz. Der Stadt könne es einerlei sein, wozu ein Gasmotor verwendet werde, und sei es nur freudig zu begrüßen, wenn recht viele Gasmotoren zur Erzeugung elektrischen Lichtes gebraucht würden, da dann auch der Gasverbrauch sich steigere.

Herr Schmidt will darauf hinweisen, daß der billigere Preis für Gas zu Heiz- und Kochzwecken den kleineren Abnehmern nicht zu Gute komme, weil diese für den besonderen Gasmesser so viel Gebühren zu entrichten haben, daß der Vortheil wieder verloren gehe. Es habe also bei dieser Einrichtung weder das Gaswerk noch der Consument einen Vortheil.

Herr Südel ist der Meinung, daß auch bei kleineren Anlagen die Anlagekosten durch die Differenz im Gaspreise vollständig gedeckt werden. Bezüglich der anderen Frage komme in Betracht, daß es der Stadt allerdings einerlei sein könne, wozu ein Motor gebraucht werde, daß indessen die Motoren zum Betriebe von Arbeitsmaschinen am Tage arbeiten, während dieselben zur Erzeugung von Electricität Abends und Nachts, also zu einer Zeit arbeiten, wo schon zu Beleuchtungszwecken viel Gas verbraucht werde. Demnach könne im ersteren Falle das Gas billiger abgegeben werden als im letzteren.



Herr Stadtrath Haake will Herrn Schmidt gegenüber bemerken, daß er dessen Ansicht nicht theilen könne. Seiner Meinung nach verzinse sich das Anlagecapital sehr gut, da ein kleiner Gasmesser nur 3 M bis 3,60 M koste.

Herr Böschigt bemerkt, daß er keine besondere Leitung für Heizgas in seinem Hause habe, da seine Gasuhr so gestellt sei, um feststellen zu können, wie viel Gas zu Heizzwecken von ihm verbraucht werde. Wenn diese Menge controlirbar sei, werde also das Gaswerk keine besondere Leitung beanspruchen, sondern es werde die Menge des verbrauchten Heizgases von der gesammten Verbrauchsmenge einfach abgezogen.

Herr Schmidt hat durch den Gasverbrauch in seinem eigenen Haushalte den Beweis erhalten, daß er durch die Anlegung eines eigenen Gasmessers gar keinen Vortheil habe, denn er zahle für den Gasmesser ziemlich ebensoviel, wie die Differenz zwischen den Gaspreisen betrage. Da weder die Stadt noch der Consument Vortheil von der Einrichtung habe, so empfehle es sich für die kleineren Abnehmer, den höheren Gaspreis zu bezahlen und einen besonderen Gasmesser nicht zu nehmen.

Herr Rathe ersucht ebenfalls, den letzten Absatz des §. 5 zu streichen, da es sich herausgestellt habe, daß die Herstellung des elektrischen Lichtes durch Gasmotoren so theuer zu stehen komme, um von der Verwendung solcher Motoren lieber abzusehen.

Der §. 5 gelangt darauf unter Streichung des letzten Absatzes zur Annahme.

Zu dem §. 6 findet Herr Koch zu bemerken, daß es gerechtfertigt sein möchte, wenn der Bote, welcher die Gasrechnung einzuziehen habe, aber den Gasconsumenten oder dessen Vertreter nicht zu Hause antreffe, verpflichtet würde, eine Benachrichtigung zu hinterlassen, damit der Consument wisse, daß der Bote dagewesen sei und Ersterer sich gegen die Zahlung des Botenlohnes von 50 S schützen könne. Außerdem finde er einen Botenlohn von 50 S sehr hoch und glaube, daß bei Beträgen bis zu 10 M wohl 25 S genügen dürften, zumal da die Gasrechnungen alle Monat ausgetragen würden.

Herr Halle bittet ebenfalls, den Boten nach Art der Bankboten anzuweisen, eine schriftliche Benachrichtigung darüber zu hinterlassen, daß er dagewesen sei.

Herr Bues macht darauf aufmerksam, daß es Gasconsumenten gebe, welche bis zu 900 M monatlich für Gas zu gewerblichen Zwecken zu bezahlen haben. Wenn nun der Bote komme und wolle einen so hohen Betrag holen, so habe nicht Jeder so viel Geld im Hause, da er ja vorher gar nicht wissen könne, wie viel Gas er verbraucht habe. Sobald nun der Bote zum zweiten Male komme, solle der Consument schon 50 S Botenlohn bezahlen, obwohl er vielleicht gar nicht wisse, daß der Bote schon einmal dagewesen sei. Von einigen Consumenten habe man auch schon verlangt, daß sie eine Garantiesumme zahlen sollen, obwohl die-

selben ihre Gasrechnung stets rechtzeitig beglichen haben. Jedenfalls empfehle es sich, daß der Bote seine Anwesenheit bemerkllich mache.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, daß wegen des letzteren Punktes kein Antrag gestellt, sondern nur eine Anregung gegeben sei.

Herr Wolters würde es für das Einfachste halten, wenn die Rechnung unquittirt in der Wohnung abgegeben werden könnte.

Der Herr Vorsitzende macht aber dem gegenüber darauf aufmerksam, daß das nicht angängig sei, weil der Bote nicht das Recht hätte, Quittung zu leisten.

Herr Stadtrath Haake bittet, die im Entwurfe vorgesehene Bestimmung beizubehalten, jedoch sei nichts dagegen einzuwenden, wenn die Worte „nach erfolgter Benachrichtigung“ an entsprechender Stelle eingeschaltet würden, dann könne sich Niemand über die Zahlung des Botenlohnes beklagen, sofern er nicht innerhalb 8 Tagen die Rechnung bezahle.

Der Herr Vorsitzende bemerkt jedoch, daß eine mündliche Bestellung oft nicht ausreiche.

Herr Hauswaldt würde es für angemessen halten, wenn der Bote bei größeren Beträgen zwei Mal kommen müsse, da man nicht immer so viel Geld im Hause haben könne, um große Summen sofort zu bezahlen. Er empfehle daher, den zweiten Satz des §. 6 beginnen zu lassen: „Erfolgt die Zahlung nicht bei der zweiten Vorlage . . . .“ Wenn der Bote dagewesen sei, ohne Jemand zu treffen, oder überhaupt Geld zu erhalten, und man wolle dann die Rechnung sofort auf dem Gaswerke bezahlen, so komme es vor, daß der Bote die Quittung noch nicht zurückgegeben habe und man am Zahlen verhindert werde.

Herr Wolff ist der Meinung, daß sich im Verwaltungswege die Sache regeln lassen werde. Bei einzelnen Vereinen habe er beispielsweise beobachtet, daß an der quittirten Rechnung ein Coupon sitze, welcher, mit der laufenden Rechnungsnummer und dem Betrage der Rechnung versehen, von dem Boten zurückgelassen werde und auf Grund dessen man die Rechnung hinterher bezahlen könne.

Bei §. 11 fragt Herr Wolters an, welche Grundsätze bei den Preisstellungen für die Ausführung von Privatleitungen maßgebend seien, ob die Direction der Licht- und Wasserwerke die Arbeiten zu den Selbstkosten oder mit einem gewissen Aufschlage ausführen lasse. Die Stadt sei hierbei ein so gewaltiger Concurrent gegen die Privatindustrie, daß die Preise für diese Arbeiten denen der Privatunternehmer entsprechen müßten.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die Arbeiten nach bestimmten Tagen bewerthet würden, welche den Preisen der Privatconcurrentz ziemlich entsprächen, so daß diese sich über eine unangemessene Concurrentz der Stadt nicht beklagen könne. Der Zuschlag zu den Selbstkosten betrage ungefähr 20 %.

Bei §. 14 weist der Herr Vorsitzende darauf hin, daß sich wieder das Wort „Eigenthümer“ vorfinde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß die Fassung des Magistrates für die richtige halten, denn das Gaswerk könne ebenso gut mit dem Grundstücks-Besitzer, wie mit dem Grundstücks-Eigenthümer contrahiren. Wenn es hierbei aber auf den Besitzer verwiesen werden solle, so sei der nicht immer zu fassen.

Der Herr Vorsitzende ist dem gegenüber der Ansicht, daß der eingetragene Eigenthümer manchmal sehr schwer zu kriegen sei, während man den Besitzer meist leichter zu ermitteln vermöge.

Herr Stadtrath Haake zieht namens des Magistrates die Androhung der Zahlung eines Votenlohnes von 50 M aus dem §. 6 des Entwurfs zurück, wodurch die hierzu eingebrachten Anträge der Herren Hauswaldt und Müller wegfallen.

Auf Antrag des Herrn Fiedel erklärt sich die Versammlung auch damit einverstanden, daß die Androhung der gleichen Strafe im §. 15 des Wasser-Regulativs ebenfalls fortfalle.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, im §. 14 des Gas-Regulativs der Uebereinstimmung wegen statt „Grundstücks-Eigenthümer“ zu sagen „Grundstücks-Besitzer“.

Herr Meyerhoff muß es für unrecht halten, daß die städtische Verwaltung sich auch bei den Gasleitungen immer an den Grundstücks-Besitzer halten wolle. Wenn die Verwaltung sich bei der Anlegung der Gasleitung mit dem Miether befasse, so möge sie sich auch bei Streitigkeiten an denselben halten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann die Ersetzung des Wortes „Grundstücks-Eigenthümer“ durch „Abnehmer“ nicht für zulässig erachten. Nur der Grundstücks-Eigenthümer oder Besitzer könne für das Leitungsrohr verantwortlich gemacht werden, aber innerhalb eines Hauses können mehrere Abnehmer vorhanden sein.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß Niemand ohne die Zustimmung des Grundstücks-Besitzers die Gasleitung in ein Haus legen könne.

Herr Meyerhoff möchte sich für die Streichung des §. 14 aussprechen, da der Stadt nichts daran liegen könne, daß der Hausbesitzer die Straße aufreißen und das Gasrohr wegbringen lasse, denn das Rohr könne ohne Schädigung der Stadt ruhig liegen bleiben.

Herr Wolters findet einen Widerspruch in den Bestimmungen der §§. 2 und 14 hinsichtlich des Grundstücks-Besitzers und des Grundstücks-Eigenthümers.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann einen solchen Widerspruch nicht anerkennen. Im §. 14 solle bei Aufhebung der ferneren Benutzung der Gasleitung der Grundstücks-Eigenthümer der Stadt haften, während nach §. 2 der Grundstücks-

Besitzer und nicht bloß der Grundstücks-Eigenthümer den Antrag auf Anlegung einer Gasleitung stellen können.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Stadtrath Haake und Meyerhoff giebt

Herr Wolff zur Erwägung anheim, ob nicht bezüglich der Nachprüfung verschiedener Bestimmungen es zweckmäßig erscheine, beide Regulative nochmals an die Statutencommission zurückzuverweisen, damit nicht Widersprüche in denselben bleiben.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an und werden daher die beiden Regulative der Statutencommission zur nochmaligen Durchberathung überwiesen.

#### IV. Anschaffung eines Wärmemessers für Gas.

Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat die Anschaffung eines Calorimeters empfohlen. Derselbe dient dazu, die Heizkraft des Gases zu ermitteln, er ist transportabel und kostet 570 M. Mit Rücksicht darauf, daß es wünschenswerth erscheinen muß, die Heizkraft des hiesigen schweren Gases feststellen und einen Vergleich mit der Heizkraft des in den meisten anderen Städten erzeugten leichten Gases ziehen zu können, giebt der Magistrat anheim, die Anschaffung des Calorimeters zu genehmigen und die Kosten mit 570 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

#### V. Anschaffung eines Apparates zur Verhütung des Einfrierens der Gasleitungen.

Auf Antrag der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke hat die Deputation die Anschaffung eines Apparates zur Verhütung des Einfrierens der Gasleitungen empfohlen. Durch diesen Apparat, welcher auf dem Gaswerke an der Taubenstraße aufgestellt werden würde, sollen dem Leitungsnetze Spiritusdämpfe zugeführt werden, die nach den vorliegenden Gutachten das Einfrieren der Gasleitungen beseitigen. Die Wirkung des Apparates wird natürlich nur so weit gehen, als das Gas aus der Gasanstalt an der Taubenstraße in das Rohrnetz eindringen kann. Später soll dann noch die Aufstellung eines zweiten Apparates auf dem Gaswerke an der Taubenstraße in Aussicht genommen werden, wenn die Einrichtung die gewünschte Wirkung haben sollte. Der Antrag des Magistrates geht dahin, die Anschaffung des Apparates unter Verwilligung der Kosten von 1400 M zu genehmigen.

Herr Seele empfiehlt die Vorlage namens der Finanzcommission zur Annahme.

Auf die Anfrage des Herrn Rathe, ob das Rohrnetz der Gasanstalt an der Taubenstraße ein abgeschlossenes Ganze bilde, oder ob es mit dem von der Bahnhofstraße aus gespeisten Theile des Rohrnetzes in Verbindung stehe,

erwidert Herr Stadtrath Haake, daß sämtliche Rohre mit einander verbunden seien und sich demnach nicht genau feststellen lasse, bis zu welchem Punkte das Gas von der einen und von der anderen Anstalt komme.

Herr Müller fragt an, ob der Magistrat bei der Umwandlung der Straßenlaternen einmal an das Meteorlicht gedacht habe. Der Preis desselben stelle sich billiger als der des Auerlichtes, so daß es sich empfehle, mit dem Meteorlichte einmal Versuche anzustellen.

Herr Stadtrath Haake erwidert, solche Versuche hätten ergeben, daß das Meteorlicht wesentlich schlechter sei, als das Auerlicht. Nach einer im Centralblatte der Bauverwaltung erschienenen graphischen Darstellung habe das Auerlicht unter vier verschiedenen Glühlichtsorten bei niedrigstem Gasverbrauche die größte Lichtstärke, während das Meteorlicht noch nicht einmal an zweiter Stelle erscheine.

Herr Fiedel muß derartige Erörterungen in öffentlicher Sitzung für sehr bedenklich halten, da dieselben veröffentlicht und dadurch nicht als Meinungsäußerung, sondern als Urtheil aufgefaßt würden. (Zustimmung.)

Die Beschaffung des Apparates wird darauf genehmigt.

#### VI. Anschaffung von Büchergerüsten u. für die Stadtbibliothek.

Die Erben des weiland Justizrath Dr. Leiste haben dessen reichhaltige Büchersammlung der Stadtbibliothek unter der ausdrücklichen Bedingung geschenkt, daß dieses Vermächtniß in Ehren gehalten und öffentlich nutzbar gemacht werde. Da es in der Stadtbibliothek an einem geeigneten Orte zur Unterbringung der Bibliothek fehlte, so ist dieselbe vorläufig in dem vormals Huch'schen Hause niedergelegt worden, was natürlich mit Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten verbunden ist. Der Stadtarchivar ist nunmehr auf die Möglichkeit verfallen, im Mittelgange des zwischen dem Außen- und dem Innenhofe des Neustadt-Rathhauses gelegenen Bibliotheksaumes der Länge nach ein Repositorium aufzustellen, welches die Leiste'sche Sammlung aufnehmen kann. Die städt. Bauverwaltung, zum Bericht hierüber aufgefordert, erklärt sich mit dem Vorschlage im Allgemeinen einverstanden und veranschlagt die Kosten für Anschaffung der erforderlichen neuen Büchergerüste auf 450 M., für die Herrichtung von 12 Spiegelreflectoren auf 225 M. und für sonstige Kosten auf 75 M., zusammen auf 750 M., welchen Betrag für den nächstjährigen Etat zu bewilligen der Magistrat anheimgibt.

Herr Engelbrecht kann nur empfehlen, dem Antrage zuzustimmen, da die Bibliothek aus sehr guten, namentlich neueren Büchern bestehe.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels noch erklärt hatte, daß sich die Ausgabe im laufenden Finanzjahre wegen Mangel an Mitteln nicht ermöglichen lasse,

wird die Vorlage genehmigt.

## VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wittve Müller und des Drehers Diedrich um Erlaß der Steuer für einen Wachhund werden nach der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung abgelehnt.

## VIII. Ausleihung von Hypothekcapitalien.

Für Rechnung des Capitalfonds des Kreiscommunalverbandes sind noch 100 554,08 M zu belegen. Der Bauunternehmer Rosenthal hat nun beantragt, ihm gegen Bestellung erster Hypothek mit den von ihm auf der Grundfläche der vormaligen Militärcaserne am Augustplaz erbauten beiden Wohnhäusern ein für die Dauer von zehn Jahren unkündbares Gesamtdarlehen von 100 000 M darzuleihen. Der Magistrat ersucht, ihn zur Gewährung des beantragten Darlehens zu ermächtigen,

was geschieht, nachdem Herr Födel den Antrag namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

## IX. Canalisation der Frankfurterstraße.

Der Magistrat hält für erforderlich, die obere Strecke der Frankfurterstraße bis an die Südgrenze des Luther'schen Grundstücks baldigst zu canalisiren und ersucht deshalb um Verwilligung der zu 20 000 M veranschlagten Kosten.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Födel die Genehmigung des Antrages, da es dringend wünschenswerth erscheinen müsse, daß ein Grundstück wie das Luther'sche Canalanschluß erhalte. Uebrigens handle es sich auch nur darum, den Canal etwas früher auszuführen, als ursprünglich projectirt sei.

Herr Löschig möchte den Magistrat ersuchen, den betr. Unternehmer zu veranlassen, daß der Broikemer Weg während der Canalisationsarbeiten bei eintretender Dunkelheit ausreichend beleuchtet und der Fuhrwerksverkehr besser überwacht werde, da es jetzt sehr gefährlich sei, die Straße bei dem starken Verkehre mit einem Fuhrwerke zu passiren.

Herr Ebeling will bitten, den Canal auf der Frankfurterstraße möglichst bis zur Fabrikstraße auszudehnen und dort auch etwas Licht zu schaffen, weil die dort vorhandenen stinkenden Gräben in der feuchten Jahreszeit fortwährend unter Wasser stehen und man leicht in Gefahr gerathe, hineinzufallen.

Herr Födel weist darauf hin, daß diese Verlängerung des Canals noch weitere 21 500 M kosten würde, welche Summe zur Zeit doch wohl nicht verfügbar sei. Es empfehle sich daher, mit der weiteren Ausdehnung des Canals noch zu warten.

Herr Bürgermeister Netemeyer möchte dazu bemerken, daß jenseits der Luther'schen Fabrik kein canalsteuerpflichtiges Grundstück mehr liege, weil die betr. Häuser zu Rüningen gehören. Deshalb sei es doch wohl nicht gerechtfertigt, die Mehrausgabe zu leisten. Die Stadt könne nur solche Canäle bauen, welche nöthig seien und sich auch verzinsen.

Herr Rathe will einmal anfragen, ob es nicht möglich sei, den üblen Geruch der städtischen Canäle zu beseitigen. Ihm scheine es, als wenn die Ableitung der Dachrinnen in die Canäle nicht richtig angelegt sei und der Geruch hierdurch mit herbeigeführt werde.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß auch dem Magistrate diese Uebelstände aufgefallen seien und derselbe schon im vergangenen Jahre den Ober-Ingenieur Mitgau zu einem Gutachten über die Abstellung der üblen Gerüche aufgefordert habe. Nach dem inzwischen eingegangenen Berichte sollen sich solche Uebelstände besonders in der Nähe des Wilhelmithores gezeigt haben, weil durch die dort vorhandenen drei Düker eine Ventilation in dem Canale wesentlich erschwert sei. Der Magistrat habe in Folge dessen angeordnet, daß in der dortigen Gegend fünf oder sechs Abzugsrohre hauptsächlich an den Bäumen hinaufgeführt würden, was geschehen sei. Hierdurch sei indessen dem Uebelstande, welcher namentlich im Herbst hervortrete, auch jetzt noch nicht gründlich abgeholfen. Auf nochmalige Vorstellung habe Herr Oberingenieur Mitgau anerkannt, daß der Uebelstand noch bestehe, zugleich aber erklärt, daß er z. B. Vorschläge zur Abhülfe nicht machen könne. Der üble Geruch werde durch die mangelnde Ventilation der Canäle hervorgerufen und werde mit dadurch veranlaßt, daß jedes Haus mit einem Geruchsverschlusse versehen sei, der die Hausbewohner wohl gegen die üblen Einflüsse aus den Canälen schütze, aber die schlechte Luft nun aus den Canälen nicht entweichen lasse. Die Regenrohre könne man, soweit über ihrer Mündung sich keine bewohnten Räume befinden, ohne einen Geruchsverschluß direct in die Canäle leiten, jedoch ventiliren diese Rohre nicht genügend. Neuerdings solle nun die Ansicht von Sachverständigen dahin gehen, daß die Canalluft für die Hausbewohner gar nicht so schädlich sei (Heiterkeit) und spreche hierfür besonders das gesunde Aussehen der Canalarbeiter, welche den ganzen Tag in den Canälen arbeiten. Wenn der Uebelstand gründlich beseitigt werden solle, so werde nichts anderes übrig bleiben, als eine große Zahl von Ventilationsrohren innerhalb der Straßen anzubringen. Er werde Veranlassung nehmen, die Sache in der Sitzung der Canaldeputation nochmals zur Sprache zu bringen.

Der Herr Vorsitzende möchte bitten, diese Sache nun nicht mehr weiter auszu dehnen.

Herr Ebeling will Herrn Bürgermeister Netemeyer dahin berichtigen, daß auch noch hinter dem Luther'schen Grundstücke sich steuerpflichtige Grundstücke be-

finden und die Rüniger Grundstücke erst hinter der Hannoverschen Bahn linker Hand beginnen. Sodann möchte er bitten, nicht die Ausgabe von 20 000 M als Grund der Unterlassung der von ihm gewünschten Canalisation gelten zu lassen. Es handle sich hier um kleine Leute, für die er gern eine Lanze einlegen und den Magistrat bitten möchte, diese Sache in wohlwollende Erwägung zu nehmen.

Herr Blasius schließt sich dieser Bitte an, da dort Wandel geschaffen werden müßte, wenn es sich wirklich um Braunschweiger Grundstücke handle. Was die Frage wegen der Ventilation der Canäle anlange, so lasse sich darüber sehr viel sagen, jedoch wolle er darauf verzichten, um die Sache nicht noch endlos in die Länge zu ziehen.

Herr Löschig möchte anregen, den Canal auf der Broißemerstraße noch um 50 m bis hinter Balhorn's Brauerei auszudehnen.

Der Herr Vorsitzende unterbricht indessen den Vorredner, da diese Sache nicht zu dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung gehöre.

Die Magistratsvorlage wird darauf von der Versammlung genehmigt.

#### X. Verwendung der Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke.

Das von dem Magistrate in dieser Angelegenheit an die Versammlung gerichtete und in der Sitzung vom 26. September d. Js. bekannt gegebene Schreiben — Seite 102 des Berichts — ist in der Finanzcommission eingehend berathen und berichtet namens derselben Herr Südel, daß sich der Magistrat bereit erklärt habe, der Versammlung in dieser Sache noch eine Vorlage zu machen, so daß es nicht angemessen erscheine, jetzt in eine Besprechung darüber einzutreten.

Das Schreiben wird daher als erledigt betrachtet.

#### XI. Verwaltung des Kieselguts und der Pumpwerke.

Die zur Einführung des Kieselsystems niedergesetzte, aus einem Mitgliede des Magistrats und vier Stadtverordneten bestehende Deputation wird ihre Aufgabe mit dem Schlusse des laufenden Finanzjahres im Wesentlichen erledigt haben. Es erscheint dem Magistrate dringend angezeigt, die Verwaltung des Kieselgutes mit Einschluß der Abwässer-Pumpwerke dauernd in die Hand einer gemischten Deputation zu legen und ersucht derselbe daher, folgende Vorschläge zum Beschlusse zu erheben: 1) die Leitung und Beaufsichtigung der Verwaltung des Kieselgutes mit Einschluß der Abwässer-Pumpwerke liegt einer Deputation ob, die außer einem Mitgliede des Magistrats vier Bürger zählt; 2) die Cassen- und Rechnungsführungen über die Bewirthschaftung des Kieselgutes und den Betrieb der Abwässer-Pumpwerke werden von der Stadthauptcasse abgezweigt und je einem besonderen Rechnungsführer mit der Bestimmung übertragen, daß am Schlusse jedes Rechnungsjahres die Fehlsomme der Cassen über den Betrieb der Pumpwerke, als einer Nebencasse



der Kieselgutcasse, durch diese beglichen, danach das Endergebniß jeder Casse in die Jahresrechnung über Einnahme und Ausgabe der Cämmereicasse aufgenommen wird.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Rudeloff gegen die Anträge nichts einzuwenden und giebt deren Genehmigung anheim, welche von der Versammlung beschlossen wird.

#### **XII. Ermäßigung des Zinsfußes für ein Hypothekcapital.**

Auf dem Grundstücke Nebenstraße *M. ass.* 3668 stehen für die Stadt 9900 *M.* hypothekarisch eingetragen. Der Eigenthümer des Grundstücks, Registrator Lamm, bittet, den auf  $4\frac{1}{4}\%$  festgesetzten Zinsfuß für dieses Capital auf  $4\%$  zu ermäßigen, oder aber dasselbe als zum 1. April 1896 gekündigt zu betrachten. Der Magistrat ersucht, ihn zu der beantragten Herabsetzung des Zinsfußes auf  $4\%$ , und zwar vom 1. April 1896 ab, zu ermächtigen.

Die Versammlung beschließt auf Empfehlung des Herrn Fiedel dem Antrage gemäß.

#### **XIII. Ausleihe eines frei werdenden Hypothekcapitals.**

Ein zu Gunsten des Vermögens der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule auf den Grundstücken Auguststraße 12 und 13 ruhendes Hypothekcapital über 39 000 *M.* ist dem Magistrat zum 15. November d. Js. gekündigt worden. Es bietet sich aber Gelegenheit, an demselben Tage einen fast gleichen Betrag gegen den seitherigen Zinsfuß von  $4\%$  zu Lasten des an der Wabestraße gelegenen Grundstücks *M. ass.* 6565 dem Kohlenhändler Rössing hypothekarisch vorzuleihen. Der Antrag des Magistrates, die Ausleihe von 35 000 *M.* an Herrn Rössing zu genehmigen,

wird auf Empfehlung des Herrn Seele gutgeheißen.

#### **XIV. Anfrage Böschigt: Verkauf der Ställe am Siegesplatze.**

Herr Böschigt möchte den Magistrat um Auskunft darüber bitten, ob die Ställe am Siegesplatze bald zur Veräußerung gelangen, da der Anblick derselben mit Rücksicht auf die vielen eingeworfenen Fensterscheiben namentlich in jener Gegend nicht schön zu nennen sei.

Herr Bürgermeister Kietemeyer erwidert, daß der Verkauf nächstens vor sich gehen solle.

#### **XV. Antrag Böschigt: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am Hauptbahnhofe.**

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, bei zu-

ständiger Stelle veranlassen zu wollen, daß auf dem Hauptbahnhofe wieder eine ständige Polizeistelle eingerichtet werde“, wird von Herrn Löschigt damit begründet, daß an der Westseite des Bahnhofes unter den Hausdienern 2c. öfter Reibereien vorkommen, durch welche die Reisenden häufig belästigt würden. Da nun die Bahnsteigschaffner bei solchen Scenen nicht eingreifen könnten, weil sie ihren Platz nicht verlassen dürften, Polizei aber nicht zur Stelle sei, so liege ein Bedürfnis vor, die Polizeistation wieder einzurichten, oder das reisende Publicum sei ohne Schutz gegen derartige Angriffe und Belästigungen. Der auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze stationirte Polizeibeamte könne den Bahnhof nicht übersehen und sei es meistens schon zu spät, wenn derselbe geholt werde.

Der Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

#### XVI. Anfrage Löschigt: Verschließung der Hauptcanalschächte.

Herr Löschigt bittet den Magistrat um Auskunft, ob es nicht möglich sei, die Hauptcanalschächte in den Straßen dicht zu schließen, da denselben fast überall Dünste entsteigen, die der Gesundheit durchaus nicht zuträglich sind, und bemerkt, daß die Sache im Wesentlichen schon bei der Besprechung des Punktes IX der Tagesordnung erledigt sei. Wenn die Ventilation der Canäle durch Lustrohre geschehen solle, so liege jedenfalls kein Bedenken vor, die Canaldeckel luftdicht einzurichten. In der Umgebung des Bankplatzes sei seines Wissens nicht ein einziges Ventilationsrohr, welches über das Dach eines Gebäudes hinausgeführt worden sei, trotzdem es doch wohl angebracht wäre, daß man in solchen Gegenden, in welche der Dunst durch Dükieranlagen gedrängt werde, für Abzug Sorge trage. Der Dunst dränge bei der jetzigen Einrichtung aus dem offenen Canaldeckel hinaus, darum solle man für eine luftdichte Schließung der Canalschächte sorgen und anordnen, daß die Häuser, welche Sandfänger haben müssen, mit einem offenen Ausflusse in die Canäle münden. Hierdurch lasse sich im Wesentlichen Abhülfe schaffen, während man den Geruch sicher nicht los werden würde, auch wenn noch so viele Ventilationschächte angelegt werden, sobald die Deckel nicht schließen.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß dieses eine der schwierigsten Fragen sei, welche die Techniker seit Jahrzehnten beschäftige. Deshalb könne der Magistrat die Frage nicht ohne Weiteres so beantworten, daß Herr Löschigt damit zufrieden wäre. Die Canalschächte in den Straßen sollen übrigens nicht den Zweck haben, die Canalluft entweichen zu lassen, sondern sie sollen den Canälen neue Luft zuführen.

## **XVII. Antrag Riefe und Gen.: Regelung des hiesigen Sanitätswesens.**

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in Kürze der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Sanitätswesen hiesiger Stadt den veränderten Verhältnissen entsprechend regelt“.

Zur Begründung des Antrages führt Herr Riefe aus, daß er auf diesen von ihm schon mehrere Male gestellten, von der Versammlung aber stets abgelehnten Antrag jetzt zurückkomme, weil man das Herzogliche Krankenhaus so weit vor das Thor gelegt habe und es nun wohl der Erwägung werth sei, ob nicht mit Rücksicht auf die vielen, theils von dem Krankenhause sehr weit abliegenden Fabriken eine solche Einrichtung zweckmäßig zu treffen sei. Wenn auch auf den Fabriken Verbandstoffe vorrätzig gehalten würden, so könnte es jetzt doch vorkommen, daß ein Verunglückter eher sterbe, als ärztliche Hülfe zur Stelle sei. Es empfehle sich also, in jeder Thorwache einen Assistenzarzt des Krankenhauses zu stationiren, der bei Unglücksfällen leicht gerufen werden könne.

Den Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

## **XVIII. Antrag Koch: Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht.**

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin vorstellig zu werden, daß auf den Polizeistationen an den Thoren der Stadt auch während der Nachtzeit von 6 Uhr Abends ab polizeiliche Hülfe vorzufinden ist“, bemerkt Herr Koch, daß jetzt die Polizeibureaus an den Thoren Abends 6 Uhr geschlossen und Morgens 8 Uhr wieder geöffnet würden. Gerade in der Nachtzeit komme aber die vor den Thoren wohnende Einwohnerschaft bei Diebstählen und sonstigen Widerwärtigkeiten sehr häufig in die Lage, polizeiliche Hülfe zu gebrauchen. Die Zahl der Nachtwächter reiche für solche Fälle nicht aus, auch finde man bekanntermaßen im Falle der Noth gewöhnlich keinen Nachtwächter vor. Für Letztere würde die Einrichtung auch insofern von Wichtigkeit sein, als sie dann dort bestimmt auf Hülfe rechnen könnten. Die Einwohner müßten in möglichster Nähe und sicher polizeiliche Hülfe erhalten können und liege das Gebäude der Herzogl. Polizei-Direction für die Außenwohner viel zu weit, um von dort Hülfe zu holen.

Auch diesen, genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

### XIX. Anfrage Koch: Aufstellung von Candelabern.

Auf die Anfrage des Herrn Koch, aus welchem Grunde die bewilligten beiden Candelaber am Augustplatz und am Regidienmarke noch nicht aufgestellt seien, obwohl sie auf diesen beiden dunkelsten Plätzen der Stadt schwer vermißt würden, erwidert

Herr Stadtrath Haake, daß die Candelaber in Angriff genommen werden sollten, jedoch lasse sich das nicht auf ein Mal machen.

### XX. Antrag Meyerhoff und Genossen: Bemessung des Wasserverbrauchs und weitere Anbringung von Wassermessern.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit Bezug auf die jährlichen Abrechnungen des Verbrauchs an Leitungswasser, den Besitzern mehrerer Häuser den Winderverbrauch des einen Hauses gegen den Mehrverbrauch des anderen in Absatz zu bringen; außerdem wie beim Gaswerke, so auch beim Wasserwerke jede Zweigleitung zu den einzelnen Wohnungen mit Wassermessern zu versehen.“

Herr Meyerhoff will mit Rücksicht auf die bezüglichlichen Besprechungen bei Punkt III der Tagesordnung von einer weiteren Begründung absehen und zu dem zweiten Theile des Antrages nur bemerken, daß es sich ermöglichen lassen müsse, die einzelnen Wohnungen mit je einem Wassermesser zu versehen, um hierdurch die fortwährenden Streitigkeiten zwischen Miethern und Vermiethern mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen. Wenn der Stadt hierdurch auch eine Ausgabe erwachse, so werden doch sämtliche Hausbesitzer gern erbötig sein, Miete für die Wassermesser zu zahlen, um die vielen Mißhelligkeiten zu beseitigen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen, und sodann die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 Uhr bis 6<sup>3/4</sup> Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. November 1895.

### Tagesordnung:

|                                                                                                                |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Antrag Meyerhoff und Gen.: Bemessung des Wasserverbrauchs und weitere Anbringung von Wassermessern. . . . . | Seite 195 |
| II. Besuch des Kunstgärtners Grabbe wegen Bebauung seines Grundstücks . . . . .                                | 197       |
| III. Feststellung der Kosten der Taubenstraße. . . . .                                                         | 203       |
| IV. Besuch wegen Befristung mit der Zahlung von Straßenbaukosten . . . . .                                     | 203       |
| V. Kosten für Verlegung einer Einfriedigung . . . . .                                                          | 203       |
| VI. Statut, betr. das Firmenschilderwesen . . . . .                                                            | 203       |
| VII. Terrainerwerb zur Casernenstraße. . . . .                                                                 | 205       |
| VIII. Nachlaß des Rentners Heine . . . . .                                                                     | 205       |
| IX. Verkauf einer Fläche an der Wabestraße. . . . .                                                            | 207       |
| X. Verkauf von Wegeflächen am Bürgerparke . . . . .                                                            | 207       |
| XI. Auswechslung des Wasserhauptrohres in der Kupfertwete . . . . .                                            | 207       |
| XII. Besuch um Erlaß der Hundesteuer. . . . .                                                                  | 208       |
| XIII. Einführung von Oberflurhydranten . . . . .                                                               | 208       |
| XIV. Anderweite Verwendung der Cholerabarade . . . . .                                                         | 208       |
| XV. Kosten zur Neupflasterung des Markstalles . . . . .                                                        | 210       |
| XVI. Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .                                                             | 210       |
| XVII. Pachtverlängerung wegen der Eisenbüttler Mühlen . . . . .                                                | 213       |
| XVIII. Erwerb des Hattensauer'schen Grundstücks an der Osterstraße . . . . .                                   | 215       |
| XIX. Einrichtung weiterer Aushülfs-Schulclassen . . . . .                                                      | 215       |
| XX. Anfrage Koch: Beseitigung der großen Bäume an der Campestraße . . . . .                                    | 215       |
| XXI. Aufnahme eines Processes . . . . .                                                                        | 216       |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Blasius, Halle und Seele.

Der Vorsigende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt den Eingang folgender Schriftstücke mit.

1) Herr Rudeloff hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt, nachdem Herzogl. Staatsministerium in Rücksicht auf die Thätigkeit des Genannten als Mitglied der in Expropriationsfachen entscheidenden Behörde, ihm die auf Widerruf ertheilte Genehmigung zur Führung des Amtes eines Stadtverordneten zurückgenommen hat. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß und wählt Herrn Engelbrecht für Herrn Rudeloff in die Statutencommission.

2) Der Vorstand der hiesigen Fleischer-Innung spricht der Versammlung seinen Dank für die Schaffung des hiesigen Kühlhauses aus. Es habe sich selbst in der kurzen Zeit der Benutzung desselben schon herausgestellt, daß diese Anlage eine wirkliche Wohlthat nicht allein für die Fleischer, sondern insbesondere auch ein Segen für das consumirende Publicum sei.

3) Der Magistrat überreicht ein Schreiben der städt. Bauverwaltung, nach welchem das bei Vergebung der Bauarbeiten und Lieferungen für Neubauten seit-her gehandhabte Verfahren im Allgemeinen dem von der Stadtverordneten-Versammlung gelegentlich der Verathung des Löschig'schen Antrages ausgesprochenen Ersuchen — Seite 103/115 des Berichtes — entspreche und daß die Bauverwaltung auch fortgesetzt bemüht bleiben werde, soweit irgend thunlich, in diesem Sinne weiter zu wirken. Bei dieser Gelegenheit erklärt sich auch der Magistrat mit dem Antrage der Versammlung einverstanden und wird darnach verfahren.

Sodann nimmt das Wort zur Abgabe einer Erklärung Herr Bürgermeister Ketemeyer: In einer der letzten Sitzungen habe er, als der Stadtverordnete Rathe angeregt habe, an Stelle von Frankfurter Platten solche von der Firma Liebold in Holzminden zu beziehen, geäußert, daß der Magistrat sich darauf nicht einlassen könne, weil die Liebold'schen Platten nach den von sachverständiger Seite eingezogenen Erkundigungen nicht so gut seien als die Frankfurter Platten. Inzwischen habe nun der Stadtverordnete Jüdel von der Firma Liebold u. Co. ganz neu hergestellte Platten kommen lassen, welche der städtischen Bauverwaltung zur Prüfung übergeben seien. Der Stadtbaumeister Menadier habe nach vorgenommener Prüfung erklärt, daß er diese jetzt von Liebold hergestellten Platten für mindestens ebenso gut halte und dieselben billiger seien als die Frankfurter Platten. Er freue sich, diese Erklärung hier abgeben zu können.

Darauf wird zur Verathung der Tagesordnung geschritten.

# 1. Antrag Meyerhoff und Gen.: Bemessung des Wasserverbrauchs und weitere Anbringung von Wassermessern.

Der in der letzten Sitzung eingebrachte und begründete Antrag — Seite 192 des Berichts — ist nach dem Berichte des Herrn Fiedel in der Finanzcommission eingehend erörtert. Es sei dabei hervorgehoben, daß die Anlage von Wassermessern für jede Zweigleitung eines Hauses in vielen Fällen nach dem heutigen Stande der Technik kaum durchführbar sein würde; andernfalls habe man ausgeführt, daß eine statutmäßige Festlegung des Antrages, welcher dahin gehe, jede Zweigleitung zu den einzelnen Wohnungen mit Wassermessern zu versehen, eine colossale Belastung für die Hauseigentümer und die Miether mit sich bringen würde, denn statt eines Wassermessers würden unter Umständen 6 bis 8 Messer nöthig sein, welche erhebliche Kosten an Miethe zc. verursachen müßten. Dazu trete noch der Umstand, daß der jetzt zur Erhebung gelangende Mindestbeitrag des Hauseigentümers zur Deckung der allgemeinen Kosten des Wasserwerkes durchaus erforderlich sei. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse habe daher die Finanzcommission im Einverständnisse mit den Antragstellern folgenden Antrag angenommen, welchen sie zur Genehmigung verstelle:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Direction des Wasserwerks anzuweisen, auf Antrag der Hausbesitzer auch Miethern, wenn technisch zulässig, Wassermesser gegen eine noch festzusetzende Miethe einzurichten, den Betrag für das verbrauchte Wasser von diesen einzuziehen und auf den Mindestbeitrag des Hausbesitzers in Anrechnung zu bringen, ähnlich wie dies schon jetzt für Gas üblich ist“.

Wenn man sich in der Commission auch bewußt gewesen sei, daß bei Annahme dieses Antrages der Verwaltung der Wasserwerke ganz erhebliche Lasten erwachsen könnten, so sei man andererseits auch überzeugt gewesen, daß von dieser Erlaubniß nur sehr wenige Hausbesitzer und Miether Gebrauch machen würden, weil mit der Miethe für den Wassermesser auch die Kosten für Amortisation und spätere Reparaturen in Anschlag zu bringen seien und diese so erheblich sein würden, daß sie häufig die Kosten des eigentlichen Wasserverbrauchs übersteigen könnten. Die Commission habe sich zu dem Antrage nur entschlossen, um denjenigen Hausbesitzern, welche wegen der Wasserentnahme mit ihren Miethern größere Schwierigkeiten haben, die Möglichkeit zu bieten, diesen Sanktappfel aus der Welt zu schaffen. Der Antrag der Commission werde zur Annahme empfohlen, obwohl sie der Ueberzeugung sei, daß eine solche Bestimmung nur sehr selten in Anwendung kommen werde. Uebrigens sei die Einrichtung von Privatwassermessern nicht neu, da schon 23 solcher Wassermesser im Gebrauch seien. Etwas Neues bringe der Commissionsantrag nur insofern, als in Zukunft das Wassergeld von dem

betr. Miether eingezogen werden solle. — Der Meyerhoff'sche Antrag sei dagegen zurückgezogen.

Auf die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob man beabsichtige, das von einem Miether nicht einziehbare Wassergeld dem Hausbesitzer zur Last zu legen, erwidert

Herr Meyerhoff, daß dieses unbillig sein würde. Das Wasserwerk befinde sich in einem solchen Falle in derselben üblen Lage, wie das Gaswerk und müßte den Schaden tragen. Er habe sich indessen gern damit einverstanden erklärt, daß der Hauswirth für das Mindestquantum an Wasser der Stadtverwaltung stets haftbar bleibe. Für letztere sei dabei die Gefahr lange nicht so groß, wie bei der Entnahme von Gas.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß dieser Gesichtspunkt in dem Antrage der Finanzcommission nicht klar zum Ausdruck gebracht sei.

Herr F ü d e l bemerkt dazu, daß die Commission in ihrem Antrage nur habe aussprechen wollen, es könne die vom Wasserwerke schon jetzt geübte Praxis in Zukunft auf Antrag der Interessenten weiter gehandhabt werden.

Der Herr Vorsitzende will daraufhin besonders constataren, daß die Finanzcommission mit dem Antragsteller, Herrn Meyerhoff, der Meinung sei, es solle der Mindestbeitrag an Wassergeld immer von dem Hausbesitzer eingezogen werden, sobald von dem Miether der antheilige Beitrag nicht einziehbar sei.

Herr Stadtrath H a a k e muß den Theil des Commissionsantrages, welcher darauf hinausgehe, von dem Miether einen Theil des Wassergeldes einzuziehen, für bedenklich halten. Bei der Gasentnahme liegen die Verhältnisse insofern anders, als die Zahl der Gasconsumenten bedeutend geringer sei, als die Zahl der Wasserconsumenten. Bei dem starken Wechsel der Wohnungen würde es der Verwaltung sehr erschwert werden, festzustellen, ob der eine oder der andere Miether den Mindestverbrauch an Wasser überschritten habe, da es nicht möglich sei, alle Wasseruhren am ersten Quartaltage nachzusehen. Man könne es ruhig bei der bisherigen Einrichtung bewenden lassen, da sich auch schon jetzt jeder Hauswirth mit seinen Mietnern insofern auseinander zu setzen vermöge, als in jedem Hause mehrere Wassermesser angelegt werden dürfen.

Herr N i e ß möchte bitten, dem Commissionsantrage zuzustimmen, auch wenn durch denselben die Beamten des Wasserwerks etwas mehr belastet werden sollten. Es handle sich namentlich darum, daß bei den Neubauten in Zukunft die Einrichtungen derartig getroffen würden, um Wassermesser in jeder einzelnen Wohnung aufstellen zu können. Der Antrag sei vollständig unbedenklich, weil er nur eine allmähliche Zunahme an Wassermessern veranlassen und keine Schwierigkeiten schaffen werde. Ein Nachsehen der Wassermesser vor dem Vierteljahrsersten sei ebenso unbedenklich, wie bei den Gasmessern.



Herr Löschigt ist der Meinung, daß ein Unterschied zwischen den Gas- und den Wassermessern zu machen sei. Bei dem Gasmesser könne man jeden Augenblick den Gasverbrauch nachsehen, während man bei dem Wassermesser nicht zu jeder Zeit feststellen könne, ob das Minimalquantum erreicht sei. Er bitte um Genehmigung des Commissionsantrages mit der von dem Herrn Vorsitzenden gegebenen Ergänzung.

Bei der nun folgenden Abstimmung gelangt der Antrag der Finanzcommission zur Annahme. Außerdem erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Verathung der Regulative über die Abgabe von Wasser und von Gas vorläufig ausgesetzt werde.

## II. Gesuch des Kunstgärtners Grabbe wegen Bebauung seines Grundstücks.

Der Kunst- und Handelsgärtner Fr. Grabbe bittet die Stadtverordneten-Versammlung, ihm die Genehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses auf seinem an der östlichen Strecke der Elmstraße, also einer noch nicht befestigten Straße, gelegenen Grundstücke zu erwirken. Der Bittsteller hat die Genehmigung zur Anlage von Gewächshäusern mit dazugehörigem Schuppen und Gehülzenzimmern erhalten, jedoch ist ihm die Errichtung eines Wohnhauses von den zuständigen städtischen Behörden versagt worden. Zur Begründung des Gesuches wird angeführt, daß Grabbe für Straßenbaukosten bereits eine Caution von 3650 Al hinterlegt habe und es durchaus nothwendig sei, zur Ueberwachung der gärtnerischen Anlagen bei Tag und bei Nacht zur Stelle zu sein, wenn er nicht unter Umständen unermesslichen Schaden erleiden wolle. Da die Elmstraße mit Canal, Gas- und Wasserleitung bereits versehen sei, so hoffe er, auf die Genehmigung zum Bau seines Wohnhauses rechnen zu dürfen.

Wie Herr Bültmann namens der Baucommission berichtet, sind von dem Vertreter des Magistrates in der Commissionsitzung schwere Bedenken gegen die Genehmigung des Gesuches vorgebracht worden und zwar im Wesentlichen um deshalb, weil Herr Grabbe beantragt habe, ein dreistöckiges Wohnhaus errichten zu dürfen. Ganz anders würde die Sache liegen, wenn es sich darum handle, dort ein kleineres, nur für den Bedarf seiner Gärtnerei und für die Unterbringung seiner Familie bestimmtes Gebäude zu errichten. Sobald der Grabbe'sche Antrag zur Annahme gelange, würden verschiedene Bauunternehmer ebenfalls Anträge auf Errichtung größerer Wohngebäude an der Elmstraße einbringen und das erscheine nicht angängig, so lange die Straße noch nicht ausgebaut sei. Die Baucommission beantrage daher, über den Antrag des Kunstgärtners Grabbe zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Koch will die Genehmigung des Grabbe'schen Gesuches befürworten. Wenn auch an unausgebauten Straßen nur mit Genehmigung des Stadtbauamtes Wohnhäuser errichtet werden dürften, so hätte Herr Grabbe doch annehmen können,

es würde ihm die Genehmigung nicht versagt werden, weil man ihm die Straßenbaukosten schon abgenommen habe und verschiedenen anderen Einwohnern die gleiche Vergünstigung zu Theil geworden sei. Darum bitte er, hier ebenfalls eine Ausnahme zu machen, zumal da bei den gärtnerischen Anlagen immer Jemand zur Stelle sein müsse, sofern der Eigenthümer nicht Schaden haben solle. Wenn es nun auch seine Bedenken habe, die Bauerlaubnis für nicht ausgebauten Straßen zu erteilen, so sei doch zu erwägen, daß sich der Bittsteller verpflichten wolle, niemals auf den Ausbau der Straße zu dringen und seinen etwaigen späteren Miethern eine gleiche Verpflichtung abzunehmen.

Herr Rathe bittet ebenfalls, dem Antrage stattzugeben. Da die Erlaubnis zur Errichtung von Wohnhäusern am Rautheimerwege, an der unteren Salzdhumerstraße und auch am Bülttenwege gegeben sei, so müsse es wunderbar erscheinen, an der Elmstraße solchen Antrag abzulehnen. Es sei auch zu bedenken, daß eine Kunstgärtnerei nicht an einer voll bebauten Straße, in welcher sich die Häuser eng an einander reihen, betrieben werden könne, sondern daß die Gärtner mehr nach der Peripherie der Stadt mit ihrem Geschäfte verwiesen werden. Deshalb müsse man den Kunstgärtnern ebenso wie den Krautgärtnern entgegenkommen, wenn sie sich an einer Stelle anbauen wollen, welche guten, nicht zu theueren Boden aufweise.

Herr Böschigt möchte noch ergänzend bemerken, daß dem Vernehmen nach Herr Grabbe gar nicht beabsichtige, dort eine Miethscaserne hinzustellen, sondern er nur ein zweistöckiges Gebäude mit einem Erker erbauen wolle, welches für ihn und seine Bediensteten als Wohnung dienen solle.

Herr Wolters ist der Meinung, daß hier wohl einmal eine Ausnahme, wie sie nach §. 6 des Ortsbaustatuts gestattet sei, gemacht werden könne, wenn auch Herrn Grabbe ein Recht, die Erlaubnis zum Bau des Hauses zu verlangen, nicht zur Seite stehe. Da die Elmstraße an der einen Seite schon vollständig bebaut sei und sie auch Canal, Gas- und Wasserleitung besitze, so empfehle es sich wirklich, dem Antrage stattzugeben. Wenn eines der Nachbarhäuser vom Grabbe'schen Grundstücke baufällig würde, müßte doch dem Eigenthümer auch das Recht eingeräumt werden, das Haus wieder aufzubauen, zumal da auch die Feuerversicherung im Falle eines Schadenfeuers das Versicherungsgeld nur dann auszahlen würde, wenn sich der Eigenthümer verpflichte, das Haus an der Stelle wieder aufzubauen. Jedenfalls dürfe man Grabbe nicht verwehren, dort zu wohnen, wo er sein Geschäft betreibe. Dazu komme, daß man ihm auch die Straßenbaukosten in voller Höhe bereits abgenommen und ihm gestattet habe, dort gewerbliche Anlagen zu errichten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt, daß Herr Grabbe nicht die Straßenbaukosten in dem üblichen Sinne bezahlt, sondern Werthpapiere hinterlegt habe, von welchen er seine Zinsen beziehe. Da die Einzahlung dieser Caution

nach dem Ortsbaustatute nicht hätte gefordert werden können, so könne Herr Grabbe dieselbe zurückhalten, weil er an der Elmstraße kein Wohnhaus errichtet habe. Richtig sei es, daß Herr Grabbe erklärt habe, er würde seinerseits auf den Ausbau der Elmstraße verzichten, wenn ihm die Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses gegeben würde; jedoch wisse man aus Erfahrung, daß bei dem Freigeben von nicht ausgebauten Straßen zum Bauen das Drängen nach dem Ausbau bald anfangen und nicht wieder aufhören. Auch sei es bedenklich, ein einmal aufgestelltes Princip zu durchbrechen. Hier liege die Sache ganz anders wie beim Bültenwege, welcher provisorisch befestigt sei, eine Fahrbahn, ein Wasserrohr, einen Canal u. habe. An solchen Straßen könne das Bauen überhaupt nicht gehindert werden. Sobald dieser Bau zugelassen werde, müsse auch anderen Unternehmern das gleiche Recht eingeräumt werden. Es sei auch schon ein anderer Anlieger aufgetreten, welcher gesagt habe, daß er das Recht besitze, an der Elmstraße zu bauen. Dieser werde selbstverständlich sofort nach der Genehmigung des Baues kommen und um eine gleiche Vergünstigung nachsuchen, welche ihm dann nicht gut abgeschlagen werden könne. Bisher sei nichts davon bekannt gewesen, daß Herr Grabbe nur beabsichtige, für sich und seine Gehülfen ein kleineres Wohnhaus zu errichten, im Gegentheil sei in der Baucommission versichert worden, er wolle ein größeres Wohnhaus mit verschiedenen Miethswohnungen erbauen. Das Stadtbauamt habe sich in solchen Fällen immer ablehnend verhalten und von Herzoglichem Staatsministerium seien im Recurswege einige Bauten nur dann zugelassen, wenn Häuser aufgeführt werden sollten, von denen man nach ihrem Umfange habe annehmen können, sie seien nur für die Wirthschaft ihres Erbauers berechnet. Wenn Herr Grabbe seinen Wunsch in dieser Beziehung einschränken wollte, würde sich das Stadtbauamt wohl auf einen anderen Standpunkt stellen.

Herr Bültemann will nochmals betonen, daß sich die hervorgetretenen Bedenken nur gegen die Errichtung eines dreistöckigen Wohnhauses gerichtet haben und auch das Stadtbauamt nichts gegen die Erbauung eines kleineren, nur dem eigenen Bedarfe dienenden Wohnhauses einzuwenden haben würde.

Herr Löschigt will nicht näher auf die Bedenken des Magistrates eingehen, sondern nur hervorheben, daß man eine Kunstgärtnerei nicht in engen Straßen betreiben könne. Herr Grabbe habe bei seinen ganzen Unternehmungen geglaubt, mit positiver Gewißheit auf die Genehmigung des Baues rechnen zu dürfen, weil in ähnlichen Fällen solche Genehmigung auch nicht versagt sei, und nun wende er sich an die Versammlung mit der Bitte, ihm in seiner Nothlage zu helfen. Die Versammlung sei berechtigt, diese Ausnahme zu befürworten, resp. zu bestimmen (Widerspruch), deshalb solle sie von ihrem Rechte Gebrauch machen. Die Kunstgärtnereien müßten sich nach Auswärts ausdehnen und darum könne man Herrn Grabbe nicht verbieten wollen, auf seinem Grundstücke zu wohnen, denn sonst könne

er sein Geschäft nicht ordentlich überwachen. Jeder strebe darnach, weiter zu kommen und dürfe dabei die Stadt nicht hindernd eingreifen wollen. Das Grundstück liege auch nicht so weit ab, daß man die Errichtung eines Wohnhauses verweigern müsse, sondern es gehe mit demselben wohl ähnlich, wie mit der Jürgens'schen Brauerei, welche vor 30 Jahren hinausgebaut sei und jetzt mitten in der Stadt liege.

Herr Bues ist nicht recht klar, weshalb man Bedenken trage, die Elmstraße auszubauen, da sie auf der nördlichen Seite vollständig bebaut sei und auf der südlichen Seite bald bebaut werden würde, da ein großer Theil des Terrains an den Maurermeister Reiners verkauft sei. Er bitte, dem Gesuche stattzugeben.

Herr Wolff kann keinen Grund einsehen, das Gesuch zu genehmigen, da dem Herrn Grabbe vorher ausdrücklich eröffnet sei, daß er sich keine Hoffnung auf Genehmigung der Errichtung eines Wohnhauses machen dürfe, so lange die Straße nicht ausgebaut sei. Wenn ihm nun trotzdem die Genehmigung erteilt werde, so wisse man nicht, wie sich die Stadt in ähnlichen Fällen stellen solle. Mit der Verlagung des Gesuchs sei Herrn Grabbe die Hoffnung auf Genehmigung der Errichtung eines für den eigenen Bedarf ausreichenden Wohnhauses durchaus noch nicht genommen. Die Stadt sei schon oft in die größten Unannehmlichkeiten gerathen, wenn sie die Genehmigung zur Errichtung eines Miethhauses an einer nicht ausgebauten Straße gegeben habe.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß der Sachverhalt doch etwas anders liege, als es hier dargestellt sei. Das Grabbe'sche Grundstück an der Leisewitzstraße sei jedenfalls zu werthvoll, um noch als Gärtnerei zu dienen und nun wolle man dieses als Bauplätze verkaufen, während die Gärtnerei nach der Elmstraße verlegt werden solle. Es handle sich also um eine Speculation, welche die Stadt fördern solle. Wenn man Herrn Grabbe den Bau eines Wohnhauses gestatte, könne man auch Herrn Reiners nicht daran hindern wollen. Er würde viel lieber dem Ausbau der Elmstraße zustimmen, als daß man vielleicht die Errichtung von Miethscasernen an der Koffstraße auf Delper Feldmarkt gestatte, weil es sich bei der Elmstraße um eine alte, auf der einen Seite bereits bebaute Straße handle, an deren Ausbau auch die Stadt ein Interesse haben müsse, denn sonst würde sie nicht deren Straßenlinien festgesetzt haben. Wenn der Kunstgärtner Grabbe ein drei- oder vierstöckiges Gebäude dort errichten wolle, um eine bessere Verzinsung zu bekommen, so könne man ihm das wohl gestatten, da die Elmstraße doch in aller nächster Zeit ausgebaut werden müßte. In der schon ausgebauten Heinrichstraße herrsche übrigens ein schrecklicher Zustand, obwohl man dort eine Schule errichte, denn die Canäle stänken ganz fürchterlich.

Der Herr Vorsitzende giebt bekannt, daß Herr Wolters beantragt habe, die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Elmstraße in den nächstjährigen Etat einzustellen. Sofern dieser Antrag zur Annahme gelangte, würde das Gesuch des

Herr Grabbe mehr oder weniger erledigt sein, da dann eine ausgebaute Straße vorliegen würde.

Herr Müller möchte auch für die Ertheilung der Genehmigung des Antrages eintreten. Bezüglich der angeführten Speculation liege die Sache doch insofern etwas anders, als dem Bittsteller das Grundstück an der Elmstraße erb- und eigenthümlich überkommen sei und es ihm wohl gestattet werden müsse, dort sein Wohnhaus aufzubauen. Bei einer Anlage von so erheblicher Ausdehnung sei es nothwendig, daß der Besitzer in deren Nähe wohne, um sie rentabler zu machen. Da nun alle Vorbedingungen erfüllt seien und Herr Grabbe sich auch der Bauordnung unterwerfen wolle, deren §. 6 eine solche Ausnahme zulasse, so bitte er im Interesse eines Mitbürgers um Genehmigung des Baues.

Herr Bürgermeister Netemeyer will noch besonders hervorheben, daß Herr Grabbe bei der Genehmigung zur Anlage seiner Gewächshäuser ausdrücklich erklärt sei, daß die Errichtung eines Wohnhauses nicht zugelassen werden könne. Die Zulassung der Gärtnerei habe das Stadtbauamt nach den bestehenden Bestimmungen überhaupt nicht verweigern können. Was den Ausbau der Elmstraße anlange, so habe der Magistrat deren vorläufige Rückstellung beschlossen, weil er sich auf den Standpunkt stelle, zunächst die Straßen auszubauen, bei welchen es der Verkehr nothwendig erscheinen lasse. Hier lasse sich indessen über solche Nothwendigkeit streiten und deshalb glaube der Magistrat billige Rücksicht auf die Anliegen der Nordseite nehmen zu sollen, welche sich dem Ausbau gegenüber sehr ablehnend verhalten. Da letzterer nun sehr kostspielig werde, weil die Straße 19 m breit projectirt sei, so empfehle es sich, denselben noch aufzuschieben, wenn man nicht die Stadt in die Nothwendigkeit drängen wolle, ihrerseits große Ausgaben zu machen.

Herr Wolters würde nicht für einen größeren Speculationsbau, wohl aber für einen kleineren, dem eigenen Bedarf dienenden Bau eintreten. Die im §. 6 des Ortsbaustatuts gemachte Ausnahme könne nur den Zweck haben, auf älteren, schon theilweise bebauten Straßen die Errichtung weiterer Wohnhäuser zu ermöglichen. Dagegen solle nicht auf jeder im Ortsbauplane neu erscheinenden Straße ohne Weiteres gebaut werden können. Da nun die Elmstraße schon seit Jahrzehnten theilweise bebaut sei, so erscheine es hart, solchen Antrag abzuschlagen, und empfehle es sich, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen und von der Ausnahme hier Gebrauch zu machen.

Herr Koch ist davon überzeugt, daß der Ausbau der Elmstraße große Schwierigkeiten machen würde und es besser wäre, darauf vorläufig zu verzichten. Dagegen könne der Bau des Wohnhauses recht gut gestattet werden, wenn Herr Grabbe sich damit einverstanden erkläre, daß der Straßenausbau vorläufig unterbleibe.

Herr Rathe glaubt, daß die Elmstraße wohl ebensogut provisorisch ausgebaut sei wie der Bülttenweg (Widerspruch) und man daher auch dort den Bau von

Wohnhäusern gestatten könne. Auch sei der Verkehr auf der Elmstraße wohl ebenso stark, wie der des Bültensweges am Bültens (Widerspruch). Man lasse Herrn Grabbe nur ruhig ein zwei- oder dreistöckiges Haus an die Elmstraße stellen, jedoch müsse er sich verpflichten, dasselbe nicht eher zu vermieten, bis die Elmstraße ausgebaut sei. (Widerspruch).

Herr Hauswaldt: Das Stadtbauamt sei wohl die bestgehaltene Behörde der Stadt, aber nach den soeben gehörten Verhandlungen werden seine Mitglieder auch noch als eine ziemlich herzlose Gesellschaft hingestellt. So liege aber die Sache nicht. Die vielen Worte für Herrn Grabbe seien nach seiner Auffassung ganz umsonst gefallen. Im Stadtbauamt habe man beschlossen, die großen Miethscasernen an nicht voll ausgebauten Straßen zu verbieten, weil hinterher nicht etwa der Besitzer, sondern hauptsächlich die Miether über den Nichtausbau der Straßen schimpfen. Herrn Grabbe sei besonders eröffnet worden, daß ihm ein Wohnhaus an der Elmstraße nicht genehmigt werde. Als ihm Herr Grabbe jetzt trotzdem das Project eines größeren Wohnhauses vorgelegt habe, habe er demselben gerathen, ein kleineres Project einzureichen, weil dieses nach der bisherigen Gepflogenheit vom Stadtbauamt beim Herzogl. Staatsministerinm wohl befürwortet werden würde. Darauf sei von Herrn Grabbe erwidert worden, daß er das größere Project erst einmal einreichen wolle, gehe dasselbe nicht durch, könne er mit dem kleineren Projecte immer noch kommen. Die Verweigerung der Errichtung kleinerer Wohnhäuser sei vom Stadtbauamt noch niemals beschlossen, wohl aber sei die Errichtung von Miethscasernen abgelehnt worden. Wenn also Herr Grabbe mit dem kleineren Projecte komme, werde es jedenfalls vom Stadtbauamt befürwortet werden.

Herr Uhde will gegenüber der Bemerkung wegen der „bestgehalteten Behörde“ erwähnen, daß die Baucommission sich in diesem Falle dem Urtheile des Stadtbauamtes und des Magistrates, sowie der in dem Ministerialrescripte dargelegten Ansicht einstimmig angeschlossen habe.

Herr Wolff möchte noch darauf hinweisen, daß die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Magistrate früher den Grundsatz ausgesprochen habe, es müßte dem Bebauen nicht ausgebauter Straßen endlich einmal Einhalt geschehen, und sei nur in den zwingendsten Nothfällen eine Ausnahme zuzulassen. In der Versammlung werde wohl Niemand sein, der Herrn Grabbe hindern wolle, ein seinen eigenen Bedürfnissen entsprechendes Grundstück zu errichten, dagegen müsse man sich verwahren gegen die Erbauung großer Gebäude.

Herr Wollenweber ist der Ansicht, daß bei Annahme des Wolters'schen Antrages auf Ausbau der Elmstraße die weiteren Verhandlungen wegen des Grabbe'schen Antrages überflüssig seien, da Herr Grabbe dann bauen könne. (Widerspruch.)

Der Antrag der Baucommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird darauf angenommen, und der Antrag Wolters auf Ausbau der Elmstraße der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

### III. Feststellung der Kosten der Taubenstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Taubenstraße sind zu 53,555 M für 1 m Frontlänge berechnet worden und ersucht der Magistrat, dieselben in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, geschieht.

### IV. Gesuch wegen Befristung mit der Zahlung von Straßenbaukosten.

Der Tischler Ferdinand Thies bittet, ihn mit der Zahlung von Straßenbaukosten zu befristen und führt dazu aus, daß er in den Jahren 1888 und 1889 drei Wohnhäuser an der damaligen Jägerstraße, dem jetzigen Altwiekeringe, errichtet habe, für welche bezw. 1200 M, 976 M und 976 M Straßenbaukosten nachzuzahlen seien. Da es ihm nicht möglich gewesen sei, diese Beträge sofort einzuzahlen, sei er zur Zahlung gerichtlich verurtheilt worden, und habe er darauf die beiden ersteren Summen bereits eingezahlt. Hierdurch sei er schon schwer geschädigt und nun habe er binnen Kurzem auch noch den letzten Betrag einzuzahlen. Seine Bitte gehe dahin, ihm wenigstens diesen zu stunden und wende er sich dieserhalb an die Versammlung, weil der Magistrat ihn auf ein entsprechendes Gesuch und auf mündliche Vorstellung abschlägig beschieden habe.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Brückmann berichtet, geht die Versammlung über das Gesuch zur Tagesordnung über.

### V. Kosten für Versetzung einer Einfriedigung.

Der Lotteriegeldhülfe Hampe, von dessen am Hagenringe gelegenen Grundstücke stadtheilig eine Fläche erworben ist, hat gebeten, die in der alten Grenze vorhanden gewesene eiserne Einfriedigung auf Quadersockeln nebst einer kurzen Einfriedigungsmauer auf Kosten der Stadt in die neue Grenze zurückzuversetzen. Wenn nun auch in dem mit Hampe abgeschlossenen Kaufvertrage diese Forderung nicht enthalten ist, so steht doch fest, daß der Genannte dieselbe seiner Zeit erhoben hat. Der Magistrat giebt daher anheim, dem Antrage aus Billigkeitsgründen zuzustimmen und zu diesem Zwecke 150 M zu verwilligen.

Wie Herr Kieke berichtet, empfiehlt die Baucommission die Genehmigung des Antrages,

welche auch von der Versammlung beschlossen wird.

### VI. Statut, betr. das Firmenschilderwesen.

Die Deputation zur Berathung des Firmenschilderwesens hat einen Statut-entwurf ausgearbeitet, gegen dessen Bestimmungen der Magistrat nichts zu erinnern

findet. Auch die Herzogl. Polizei-Direction hält den Entwurf für zweckentsprechend, glaubt aber, daß die Materie nur durch Gesetz geregelt werden könne. Indem der Magistrat anheim giebt, sich über den Entwurf schlüssig zu machen, behält er sich vor, demnächst bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu beantragen, entweder das Statut zu genehmigen, oder ein bezügliches Landesgesetz herbeizuführen. Der Entwurf hat unter Fortlassung der Eingangs- und Schlußbestimmung folgenden Wortlaut:

„§. 1. Die Inhaber eines offenen Geschäftslocals sind verpflichtet, an diesem die Bezeichnung ihrer eingetragenen Firma, und zwar mit oder ohne Zufügung ihrer bürgerlichen Namen, und in Ermangelung einer eingetragenen Firma ihre Namen unter voller Angabe der Rufnamen straßenwärts in deutlich lesbarer Schrift anzubringen.

§. 2. Auch bei eingetragenen Firmen sind, sofern dieselben nur in einer allgemeinen Bezeichnung bestehen, die Namen der Geschäftsinhaber unter voller Angabe der Rufnamen in der Aufschrift (§. 1) mit aufzuführen.

§. 3. Enthält die Aufschrift die bürgerlichen Namen minderjähriger Inhaber, so muß diese Eigenschaft aus der Aufschrift unzweideutig hervorgehen.

§. 4. Die den vorstehenden Vorschriften entsprechende Aufschrift ist bei Eröffnung des Geschäftslocales sofort, bei einem Wechsel des Inhabers spätestens innerhalb einer Woche anzubringen.

§. 5. Bestehende Geschäfte haben den Vorschriften dieses Statuts innerhalb eines Monats nach dessen Inkrafttreten nachzukommen.

§. 6. Verantwortlich für die Befolgung der in diesem Statute gegebenen Vorschriften ist außer den Inhabern des Geschäftes auch Derjenige, welcher die Verwaltung führt.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen dieses Statut werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder 14 Tagen Haft geahndet“.

Herr Wolff giebt namens der Statutencommission anheim, den Entwurf in der vorliegenden Fassung zu genehmigen.

Herrn Rathe scheint die im §. 4 vorgesehene Frist zur Aenderung der Firma bei einem Wechsel des Inhabers zu kurz bemessen zu sein, da bei dem Tode des Inhabers die Erben nicht immer in der Lage seien, binnen einer Woche die Aenderung in der Firma anzubringen, namentlich wenn das Geschäft verkauft werden solle.

Herr Wolff muß zugestehen, daß solche Fälle eintreten können und die Bedenken des Herrn Rathe gerechtfertigt erscheinen, wenn auch andererseits im Interesse der Sicherheit des Verkehrs eine schnelle Maßregel nöthig sei. Es könne der Fall eintreten, daß gleich nach dem Tode des Inhabers eines offenen



Geschäftslocal, dessen Firma nicht eingetragen sei, die Ehefrau Geschäfte abschließe und sich als Inhaberin der Firma gerire, was zu Unklarheiten führen müsse. Andererseits könnte aber nicht verlangt werden, daß sofort Jemand vorhanden sei, der die Verantwortung übernehme, wenn auch nach Außenhin Jemand als thatsächlicher Leiter des Geschäftes auftreten müsse.

Herr Lord trägt Bedenken, über ein Statut zu beschließen, welches man nicht genau kenne. Bei dem §. 2 habe man vielleicht an Geschäfte wie die „Mechanische Weberei“ gedacht (Zustimmung), jedoch erinnere er daran, daß beispielsweise auch die Schulbuchhandlung und ähnliche Firmen von der Maßnahme betroffen würden.

Herr Wolff möchte anheimgeben, den Entwurf zu vervielfältigen und die weitere Berathung desselben vorläufig zu vertagen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt.

### VII. Terrainerwerb zur Casernenstraße.

In Sachen betr. den Ausbau der Casernenstraße zwischen Bismarck- und Fasanenstraße ist in dem wegen Enteignung der Vorgärten eingeleiteten Verfahren mit der Mehrzahl der Expropriaten die Güte dahin erreicht, daß den Anliegern, abgesehen von geringfügigen Entschädigungen für Garteninventar und Zurücksetzung bezw. Ergänzung der Einfriedigungen, eine Terrainentschädigung von 35 M für 1 qm vom Magistrate zugestanden ist. Wenn dieser Betrag auch ziemlich hoch sein dürfte, so ersucht der Magistrat dennoch, dem Abkommen zuzustimmen. Nicht erreicht ist dagegen die Güte mit dem Schlachtermeister Rappmund und dem Kaufmann Dorneyer, deren Forderungen dem Magistrate bei Weitem zu hoch erscheinen und bei denen das Schätzungsverfahren durchzuführen sein wird. Die Schirmer'schen Erben haben noch die Abnahme einer weiteren, 10 qm großen Theilfläche gefordert, welche zwischen der künftigen Straßenflucht und dem zurückliegenden Theile des Schirmer'schen Wohnhauses liegen bleibt und für die Eigenthümer werthlos ist. Der Magistrat giebt anheim, auch diesen Erwerb gutzuheißen.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, angenommen.

### VIII. Nachlaß des Rentners Heine.

Der am 23. August d. J. hier verstorbene Rentner Joh. Conrad Heine hat laut Testaments vom 30. März 1892 seine Ehefrau mit der Maßgabe zur Erbin seines Nachlasses eingesetzt, daß diese denselben bis auf die Summe von 12 000 M nach ihrem Tode der hiesigen Stadt zwecks Errichtung einer milden Stiftung zu hinterlassen verpflichtet sein soll. Da in dem Testamente die Codicillarclausel fehlt und die Ehefrau Heine vor dem Erblasser verstorben ist, so hat der Bankier Alfred Heine in Berlin, ein Nefse des Verstorbenen, als nächster Intestaterbe die Heraus-

gabe des gesammten Heine'schen Nachlasses beansprucht. Gesetzlicher Vorschritt zufolge stehen Stiftungen und Corporationen unter dem Schutze der Gemeinde, und die hiesige Stadt ist daher auch im vorliegenden Falle berufen, dem Willen des Erblassers gemäß die fragliche Stiftung ins Leben zu rufen und sie ihrem Schutze zu unterstellen. Andererseits aber muß der Magistrat anerkennen, daß die Frage, ob die Heine'sche letztwillige Anordnung als rechtsbeständig könne erachtet werden, zweifelhaft ist und daß deshalb, wenn Herr Alfred Heine die Herausgabe im Wege der Klage zu erzwingen versuchen sollte, der Stadt möglicherweise ziemlich erhebliche Proceßkosten zur Last fallen können. Der Werth des gesammten Nachlasses beläuft sich auf annähernd 170 000 M. Die Versammlung wird um gutachtliche Aeußerung über die Annahme oder die Ausschlagung der Erbschaft ersucht.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Statutencommission Herr Wolff. Dem Testamente sei auch ein „Statut, betreffend die Conrad Heine Stiftung“, beigegeben worden, welches im Einzelnen Bestimmung über die Einrichtung der Stiftung treffe. Auch habe sich der Testator Heine am 8. December 1893, also fast ein Jahr nach dem Tode seiner Ehefrau, auf dem Gerichte eingefunden, um einen Nachtrag zu seinem Testamente zu überreichen. Der Inhalt dieses mit „Codicill zu meinem Testamente“ bezeichneten Nachtrages bestehe aus Bestimmungen wegen Benutzung des Hauses, die Verwendung von Delgemälden, sowie über die Heizungsanlage des Asyls zc. Vom Amtsgerichte sei ein Curator über den ruhenden Nachlaß eingesetzt worden. Wenn nun einer Stadt, oder einem Staate ein Nachlaß, oder ein Theil desselben angetragen werde, so sei es selbstverständlich, daß die Stadt, oder der Staat nicht allein den Rechtsbestand der Zuwendung, sondern auch ferner zu prüfen habe, ob irgend welche Bedenken anderer Art der Zuwendung entgegenstehen. Sofern z. B. der mit der Zuwendung verfolgte Zweck zu mißbilligen sei, oder dieselbe nur unter Verletzung moralischer Pflichten zc. erlangt werden könne, so müsse man Bedenken tragen, die Zuwendung anzunehmen. Die Statutencommission sei aber zu der entschiedenen Ueberzeugung gelangt, daß in dieser Beziehung Bedenken überall nicht vorhanden sein können. Der Verstorbene habe zunächst weder Eltern, noch Kinder, noch eine Ehegattin hinterlassen; der nächste Erbe desselben lebe in durchaus günstigen Verhältnissen und die Stellung desselben zu dem Verstorbenen ergebe sich am besten daraus, daß dieser Nefte unter den verschiedenen Legaten nicht bedacht sei. Unter solchen Umständen werde man aber ein Bedenken gegen die Annahme der Erbschaft aus den erörterten Gesichtspunkten nirgends herleiten können. Was die Zweckbestimmung des Nachlasses anbelange, so lasse sich allerdings darüber streiten, ob diese letztwillige Verfügung zweckmäßig sei, da sie indessen einmal vorliege, so könne es der Stadt nur erwünscht sein, einer Anzahl von Leuten durch die Zuwendung ein Unterkommen zu bieten. Welche Motive den Erblasser bei der Aufstellung seines Testaments geleitet haben, könne den städtischen Behörden gleichgültig sein. Die Zuwendung sei demnach als annehmbar zu

bezeichnen, wenn sie juristisch haltbar erscheine. Nachdem in dieser Richtung von verschiedenen Juristen eine Prüfung der Sachlage vorgenommen sei, könne nur empfohlen werden, den Ansprüchen des gesetzlichen Erben entgegenzutreten, insbesondere da, schon ohne Rücksicht auf das spätere Codicill, das Testament auch nach Wegfall der Ehefrau aufrecht zu erhalten und die Stadt als einzige Erbin zu betrachten sei. Dazu komme noch der Umstand, daß sich aus dem Codicill unzweideutig ergebe, es solle die Zuwendung auch nach dem Tode der Ehefrau trotzdem bestehen bleiben. Demnach sei die Statutencommission der Meinung, daß unter den vorliegenden Umständen dem Magistrate die Annahme der Erbschaft nur empfohlen werden könne und stelle die Commission einen dahingehenden Antrag.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage darauf in jeder Beziehung an.

#### IX. Verkauf einer Fläche an der Wabestraße.

Der Schlossermeister Emil Bergert hat gebeten, ihm die der Stadt gehörende, zu Straßenanlagen nicht erforderliche Restfläche des neben seinem Grundstücke an der Wabestraße gelegenen Elzner'schen Grundstückes zum Einheitspreise von 7,50 M pro qm zu überlassen. Wenn nun auch die Stadt für dieses Grundstück einen Durchschnittseinheitspreis von 8,10 M bezahlt hat, so giebt der Magistrat doch anheim, das Angebot des Herrn Bergert anzunehmen, da die fragliche, ca. 6,65 a große Fläche wegen ihrer geringen Tiefe von ca. 10 m selbstständig kaum bebaut werden kann.

Die Vorlage wird von der Versammlung auf Befürwortung des Herrn Rathе gutgeheißen.

#### X. Verkauf von Wegeflächen am Bürgerparke.

Die Eigenthümer der Häuser № ass. 3218 und 4252 an der Wolfenbüttlerstraße haben gebeten, ihnen zwei Trennstücke des zum Bürgerparke gehörigen Weges № 83 von 14,5 und 5,0 qm zum Einheitspreise von 5 M abzutreten. Da das Terrain für die Stadt nicht nur entbehrlich, sondern fast werthlos ist, so ersucht der Magistrat, der Veräußerung desselben zuzustimmen, was auf Empfehlung des Herrn Engelbrecht geschieht.

#### XI. Auswechselung des Wasserhauptrohres in der Kupfertwete.

Das Wasserhauptrohr in der Kupfertwete ist schadhaft geworden und hat schon öfter zu Reparaturen Anlaß gegeben, weshalb die Auswechselung gegen ein neues Rohr für erforderlich erachtet wird. Der Antrag des Magistrates, hierfür die einschlagsmäßige Summe von 728 M zu verwilligen,

wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, angenommen.

## XII. Gesuch um Erlass der Hundesteuer.

Das Gesuch des Maurers Kruse, ihm die Steuer für einen Zieh- und zu erlassen, wird genehmigt.

## XIII. Einführung von Oberflurhydranten.

Auf Antrag der Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke, sowie auf Empfehlung des Kreisbranddirectors giebt der Magistrat anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß fortan nur noch Oberflurhydranten im Hinblick auf deren unverkennbaren Vorzüge gegenüber den Unterflurhydranten aufgestellt werden, zumal da die Mehrkosten nicht erheblich sind.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, angenommen.

## XIV. Aenderweite Verwendung der Cholerabaracke.

Die von zuständiger Seite geforderte Beseitigung der Cholerabaracke auf dem ehemaligen gr. Exercierplatze erscheint auch dem Magistrate unbedenklich und erachtet derselbe für zweckmäßig, das Gebäude auf dem Vorrathshofe am Westbahnhofe wieder aufzustellen. Dasselbe soll dort in erster Linie zur Unterbringung von Baumaterialien aller Art dienen, würde aber auch im Nothfalle bei dem Auftreten von Epidemien als Lazareth unschwer eingerichtet werden können. Das jetzt für die auf dem Vorrathshofe beschäftigten Arbeiter bestimmte kleinere Gebäude könnte dann als Wirthschaftsgebäude benutzt werden. Obwohl die zu 13 800 M. veranschlagten Kosten dem Magistrate reichlich erscheinen, so muß derselbe doch anerkennen, daß bei Ausführung des Projectes zwei verhältnißmäßig solide Bauwerke geschaffen werden, deren Kosten bei Ausführung von Neubauten erheblich höher werden würden. Außerdem wird für nöthig gehalten, in dem kleineren Gebäude schon jetzt wenigstens einen Schornstein aufzuführen, um für die dort verkehrenden Arbeiter eine Feuerstätte anlegen zu können. Hierdurch erhöhen sich die Kosten auf 14 000 M. Da im diesjährigen Etat für solchen Zweck noch 3600 M. verfügbar sind, so würden noch 10 400 M. in den nächstjährigen Etat einzustellen sein. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, das Project zu genehmigen, und die Restkosten von 10 400 M. zu Lasten des nächstjährigen Etats zu verwilligen.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, hat sich die Finanzcommission mit der Vorlage eingehend beschäftigt. Es handle sich hier wieder einmal um den Abbruch und den Wiederaufbau eines historisch merkwürdigen Gebäudes. (Weiterkeit.) Zweifelhast sei sich die Commission darüber gewesen, ob das Gebäude wieder 1,50 m aus dem Boden herauszubringen sei; da sie indessen darüber belehrt worden, daß die Hochstellung nicht etwa dazu dienen solle, den alten Baumaterialien zc. einen trockenen Lagerraum zu gewähren, sondern daß man den Schuppen wenigsten aus-

hülfsweise bei dem Ausbruch von Epidemien wieder verwenden wolle, so habe er namens der Finanzcommission vorzuschlagen, den angeforderten Betrag zu verwilligen.

Herr Lange will gegen die Wiederverwendung des Gebäudes unter der Voraussetzung keinen Einspruch erheben, daß die Baracke niemals wieder als Cholera-baracke Verwendung finden solle; denn das würde in der dicht bebauten Gegend die größte Gefahr in sich schließen. Sofern man eine derartige Wiederverwendung auch nur zu Aushülfszwecken in Aussicht nehme, müsse er dagegen entschieden protestiren.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die Benutzung des Gebäudes zu einem anderen, als dem hier vorgesehenen Zwecke niemals ohne die Zustimmung der Versammlung geschehen könne.

Herr Ebeling muß zugeben, daß der Grund und Boden erheische, das Gebäude aus dem Boden herauszuheben, wenn es vielleicht auch nicht nöthig sei, es 1,50 m über den Boden zu bringen, jedoch befürchte er, daß der Magistrat bei Bewilligung einer so hohen Summe sagen werde, man könne doch das Geld nicht umsonst ausgegeben haben und müsse das in jeder Beziehung trockene und geeignete Gebäude im Nothfalle mit Cholerafranken belegen. Wenn man aber bedenke, wie gefährlich es sei, an der Westseite der Stadt, von der ziemlich neun Monate lang der Wind komme, Cholerabaracken aufzustellen, so müsse man einem solchen Projecte entgegentreten.

Herr Lord ist der Meinung, daß die Finanzcommission bezüglich des Kostenpunktes zu einem ganz anderen Ergebnisse gekommen wäre, wenn von vornherein die Absicht, das Gebäude im Nothfalle bei dem Ausbruche von Epidemien zur Beherbergung von Kranken zu verwenden, nicht zum Ausdruck gekommen wäre, weil dann die projectirten hohen Sockel nicht erforderlich seien.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte bemerken, daß die Verwendung der Baracke zu Lazarethzwecken erst bei Berathung der Vorlage ins Auge gefaßt sei. Er wisse aber auch gar nicht, weshalb das nicht geschehen solle, da das Gebäude wenigstens 200 m von bewohnten Häusern abliege und deshalb eine große Gefahr damit nicht verbunden sein könne. Im Uebrigen empfehle es sich, über diesen Punkt nicht weiter zu debattiren, da der Magistrat, wenn er beabsichtige, das Gebäude zu diesem Zwecke zu verwenden, der Versammlung erst mit einer Vorlage kommen müsse, weil es sich um die veränderte Benutzung eines Gemeindegrunderstückes handle. Das Gebäude solle aber nicht 1,50 m aus der Erde gebracht werden, sondern der obere Theil des Terrains liege 1,50 m höher als der untere Theil und müsse darum hier ein Abtrag erfolgen. Das Gebäude selbst sei nur 60—75 cm über dem Erdboden gedacht. Er halte es nicht für zulässig, ein so großes Gebäude ohne Grundpfeiler zu construiren und würde auch das Stadtbauamt dieses wohl nicht zulassen, weil es bei Privatbauten ebenfalls

abgelehnt werde. Wenn man die Gebäude stabil bauen wolle, könne man nicht die Balken direct auf die Erde legen, weil man sonst riskire, daß sie in wenigen Jahren verfaulen.

Herr Löschig möchte bitten, die Vorlage anzunehmen, jedoch dabei den Vorhalt zu machen, daß das Gebäude bei Epidemien keine Verwendung finden dürfe. Im Uebrigen erkläre er sich auch damit einverstanden, daß ein stabiler Bau geschaffen werde.

Herrn Lange kommt es wesentlich darauf an, von vornherein jede Möglichkeit auszuschließen, daß das Gebäude jemals zu Epidemiezwecken verwendet werden solle. Der Schuppen habe dort keineswegs eine gefahrlose Lage, denn einmal seien die nächsten Gebäude nicht 200 m von ihm entfernt, sondern stehen von der Westseite her viel dichter an demselben und dann befinde er sich im Westen der Stadt, von wo aus die Winde die Pestluft in die am meisten bevölkerte Gegend des Westens schleudern würden. Hiergegen müsse er protestiren. Man möge die Baracke in den Osten der Stadt stellen, aber den Westen damit verschonen. (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Pockels will ganz unbedenklich die Erklärung abgeben, daß der Magistrat dieses Gebäude niemals zur Unterbringung von ansteckenden Kranken benutzen wolle, dafern nicht die Versammlung hierzu vorher ihre Genehmigung ertheilt habe. Es würde nur denkbar sein, daß während der Zeit des in Aussicht stehenden Neubaus eines Krankenhauses auf dieses Gebäude bei der Unterbringung der Kranken zurückgegriffen werden könne, jedoch werde dieses auch nicht ohne die vorherige Genehmigung der Versammlung geschehen.

Nachdem Herr Hauswaldt noch bemerkt hatte, daß die Erhöhung des Gebäudes nicht 1,50 m, sondern nur 0,60 m betragen solle, wird die Magistratsvorlage genehmigt.

## **XV. Kosten zur Neupflasterung des Markstalles.**

Für das nächste Finanzjahr ist die Neupflasterung des Markstalles in Aussicht genommen und soll bei dieser Gelegenheit gleichzeitig das Gleis der Straßenbahn daselbst verlegt werden. Die gesammten Kosten der Pflasterung sind zu 17 410,51 M veranschlagt worden, wovon den Anliegern 3670,51 M und dem allgemeinen Pflasterfonds 13 740 M zur Last fallen würden. Von dem letzteren Betrage hat die Stadt den sechsten Theil, also 2290 M beizutragen, welchen Zuschuß der Magistrat zu verwilligen ersucht,

was geschieht, nachdem Herr Uhde den Antrag namens der Baucommission befürwortet hatte.

## **XVI. Ausbau der Straße „am Hopfengarten“.**

Die Versammlung hat in der Sitzung vom 24. October d. Js. — Seite 159 des Berichtes — beschlossen, den magistratsseitig beantragten Ausbau der Straße

„am Hopfengarten“ mit der Einschränkung zu genehmigen, daß die zwischen Grünstraße und Kastanienallee gelegene Theilstrecke wegen der hohen Forderungen einiger Anlieger einstweilen nicht ausgebaut werde. Der Magistrat erkennt an, daß dieses Verfahren geeignet sei, um die Eigenthümer der beiden an der fraglichen Theilstrecke gelegenen Grundstücke, welche zu hohe Forderungen gestellt haben, zu bestimmen, ihre Forderungen zu ermäßigen, er ist aber gleichwohl der Ansicht, daß von jenem Verfahren Abstand genommen werden müsse. Einmal lassen die Verkehrsverhältnisse den Ausbau der ganzen Strecke wünschenswerth erscheinen; auch würde der geforderte Ausbau der fraglichen Theilstrecke ohne Frage eine sehr erhebliche Belastung der an dieser gelegenen wenigen Grundstücke zur Folge haben, weshalb denn auch die Anlieger Bertram und Burghard gegen den stückweisen Ausbau der Straße Einsprache erhoben haben. Dazu kommt noch, daß der Magistrat im Zweifel darüber ist, ob nicht bei Innehaltung des von der Versammlung empfohlenen Verfahrens mit Erfolg gegen die sich daraus ergebende Kostenvertheilung würde Einsprache erhoben werden können. Denn wenngleich im Allgemeinen die städtischen Behörden darüber zu beschließen haben, ob und bezw. wie weit eine Straße ausgebaut werden soll, so ist doch ein Zweifel darüber nicht von der Hand zu weisen, ob es zulässig sei, eine Straße, deren einheitlicher Ausbau nach Lage der Verhältnisse geboten erscheint, lediglich zu dem Zwecke stückweise auszubauen, um eine von der üblichen abweichende Kostenvertheilung hebeizuführen. Mit Rücksicht hierauf giebt der Magistrat anheim, diese Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und eventuell seinen früheren Anträgen im vollen Umfange zu entsprechen.

Wie Herr Bültmann berichtet, ist die Baucommission bei nochmaliger eingehender Prüfung dieser Sache zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, den Beschluß vom 24. October aufrecht zu erhalten und der Versammlung zu empfehlen, die Vorlage abzulehnen.

Herr Rathe bittet auch jetzt wieder, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Es sei recht hart für die Anlieger der anderen Straßenseite, später die hohen Straßenbaukosten zahlen zu sollen, ohne daß sie an der Verzögerung schuld seien. Wohin sollte es aber wohl führen, wenn man bei jeder Straße, sobald sich einige Anlieger bodbeinig zeigen, erklären wollte, es solle die betr. Theilstrecke unausgebaut liegen bleiben. Die Anlieger würden hier durch die Expropriation auch nicht mehr erhalten, als ihnen der Magistrat geboten habe, darum solle man der Einleitung derselben zustimmen.

Herr Niese möchte ersuchen, den Beschluß der Baucommission gutzuheißen, damit den unverschämten Forderungen mancher Einwohner endlich einmal energisch entgegengetreten werde. In dem vorliegenden Falle wisse man auch nicht genau, in wessen Auftrage die betr. Anlieger gehandelt haben. Wenn Jedem dort der Beutel geschmiert werden solle, so sei das ein Unrecht gegenüber der Gemeinde.

Beispielsweise fordere man für einen in Wegfall kommenden Brunnen 200 M, obwohl auf das Angebot, für 170 M einen neuen Brunnen herzurichten, erwidert sei, daß man den Brunnen gar nicht gebrauche. Die beiden Anlieger, welche sich bei dem Magistrate über den Nichtausbau beklagt haben, würden schon zu ihrem Rechte kommen, und vorläufig könne von einer Schädigung derselben auch nicht die Rede sein, weil der Weg von der Interessentschaft so gut in Stand gesetzt sei, daß manche städtische Wege sich dagegen gar nicht sehen lassen könnten. Jedenfalls haben die städtischen Behörden mit dafür zu sorgen, daß nicht der Eine vor dem Andern in so unbilliger Weise übervorteilt werde.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r hat allerdings auch schon vernommen, daß die Interessentschaft das kleine Stück des Weges sehr hübsch ausgebaut habe, jedoch müsse er sich erst einmal persönlich davon überzeugen, ob die Instandsetzung auch genüge. Herrn Rieke gegenüber wolle er noch darauf hinweisen, daß der Magistrat keineswegs beabsichtige, die von den beiden Anliegern geforderte hohe Summe zu bewilligen, sondern daß es ihm darum zu thun sei, wegen der Abtretung der erforderlichen Flächen das Expropriationsverfahren einleiten zu können, für welches der Grundsatz gelte, daß Jeder, der ein Grundstück abtrete, 'nur soviel Entschädigung dafür erhalte, als ihm zukomme. Sodann kommen auch noch die in der Vorlage besonders erwähnten juristischen Bedenken des Magistrats in Frage, auf die Redner nochmals hinweist. Der Magistrat sei auch insofern vorsichtig zu Werke gegangen, als er sich bezüglich des Werthes der abzutretenden Flächen nicht nur auf das Gutachten der städtischen Bauverwaltung verlassen, sondern auch noch drei unparteiische Sachverständige ernannt hatte, welche ein Gutachten eingereicht haben. Danach könne man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß bei der Expropriation keine höhere Entschädigung zugebilligt werde, als diese Sachverständigen geschätzt haben. Er bitte, den Ausbau der ganzen Wegestrecke zu genehmigen.

Herr B ü l t e m a n n kann noch mittheilen, daß der eine der beiden Anlieger bereits erklärt habe, von dem seinerseits geforderten Einheitspreise 5 M und vielleicht auch noch mehr ablassen zu wollen. Er sehe deshalb nicht ein, warum sich die Stadt auf das Expropriationsverfahren einlassen solle, trotzdem die Leute der Stadt von selbst kommen müßten. Wenn aber die juristischen Bedenken des Magistrats zuträfen, so verstehe er nicht, weshalb man den einen Theil der kleinen Bertramstraße liegen gelassen habe. Die Leute müßten erst zur Vernunft kommen, ehe man mit ihnen in nähere Verhandlungen einträte, oder man müsse alle Forderungen unbefehlen bewilligen.

Herr R a t h e bittet nochmals, dem Magistratsantrage zu entsprechen, da sich die beiden Anlieger schon gefügig zeigen würden. Für die unbetheiligten Anlieger der anderen Straßenseite erscheine es zu hart, wenn sie später die hohen Straßenbaukosten zahlen sollten.



Herr Südel ist auch der Meinung, daß es Noth thue, die Ansprüche mancher Anlieger einmal herabzudrücken. Dagegen könne er sich nicht entschließen, dem Commissionsantrage zuzustimmen, sofern hierdurch einige unbetheiligte Anlieger später benachtheiligt werden sollten. Vielleicht lasse sich bei nochmaliger Verhandlung mit den beiden Anliegern ein Ausgleich auch ohne Einleitung des Expropriationsverfahrens finden.

Herr Meyer möchte beantragen, die Beschlußfassung für heute auszusetzen, da die beiden Anlieger nach den Ausführungen des Herrn Bültemann vielleicht dem Magistrate selbst kommen und einen annehmbaren Preis fordern werden.

Herr Meyerhoff will noch anführen, daß die Baucommission nur schweren Herzens zu ihrem Beschlusse gekommen sei und dabei die Gründe des Magistrates auch eingehend erwogen habe. Den Beschluß heute auszusetzen, würde er für einen großen Fehler halten und sei es vorzuziehen, schon heute zu einem bestimmten Beschlusse zu kommen, möge er nun ausfallen wie er wolle, weil sonst die Leute Oberwasser erhalten und glauben, man werde ihnen ihre großen Forderungen doch schließlich noch bewilligen. Er bitte, sich dem Antrage der Commission anzuschließen.

Herr Ebeling tritt auch für den Commissionsantrag ein. Bei Annahme desselben würden binnen wenigen Wochen die Herren zu dem Magistrate kommen und einen vernünftigen Satz fordern. Den dringenden Wunsch der Stadt und der Anlieger, die Straße auszubauen, erreiche man am leichtesten, wenn man beschließe, den Theil derselben liegen zu lassen, weil dann die beiden Anlieger am ehesten zu einer vernünftigen Idee kommen würden.

Herr Böschigt bittet gleichfalls, einen festen Beschluß und zwar nach dem Wunsche des Magistrates zu fassen. Die Anlieger würden sich dann vielleicht schon vor der Einleitung des Expropriationsverfahrens mit dem Magistrate einigen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrates abgelehnt und der Commissionsantrag mit Mehrheit angenommen.

## XVII. Pachtverlängerung wegen der Eisenbütteler Mühlen.

Der Pächter der Eisenbütteler Mühlen, Fabrikant Otto Habekost, dessen Pachtvertrag am 31. März 1896 abläuft, hat dem Magistrate mitgetheilt, daß die Mühle in ihrem jetzigen Zustande ein den heutigen Anforderungen genügendes Mehl nicht erzeugen könne und wenn nicht ein Umbau erfolge, eine fernere Pachtung für ihn unthunlich sei. Herr Habekost ist aber bereit, die Mühlen auf längere Zeit zu pachten, wenn eine derselben umgebaut würde, in welchem Falle er die Verzinsung und Amortisation der aufzuwendenden Summe übernehmen wolle. Der Magistrat hält es indessen zur Zeit nicht für rathsam, in dieser Richtung einen bestimmten

Beschluß zu fassen, weil die neuen Einrichtungen muthmaßlich einen sehr erheblichen Kostenaufwand erfordern würden. Da sich nun der jetzige Pächter nach weiteren Verhandlungen auch bereit erklärt hat, die Mühlen in ihrem jetzigen Zustande noch auf ein ferneres Jahr, also bis zum 31. März 1897, unter den bisherigen Bedingungen zu pachten, so ersucht der Magistrat, hierauf einzugehen. In der Zwischenzeit könne dann ein Kostenanschlag bezüglich des Umbaues angefertigt und ein Beschluß über die definitive Verwendung der Mühlen herbeigeführt werden.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Lööbbecke befürworten.

Herr Wolters möchte wissen, ob die Betheiligung an der Verpachtung der Mühlen eine beschränkte oder eine allgemeine sein solle. Die Mühlen ließen sich nämlich nicht nur als Mahlmühlen verwerthen, sondern die dort befindliche Wasserkraft repräsentire noch einen erheblichen Werth. Da durch die Oer in wasserärmster Zeit 1 cbm in der Secunde fließe und die größte Menge sogar 66 cbm in der Secunde betragen habe, so repräsentire dieses bei  $1\frac{1}{2}$  m Fall durchschnittlich eine Betriebskraft von 50 Pferdestärken. Eine so erhebliche Kraft lasse sich aber auch noch anderweit nutzbar machen. Früher habe sich noch eine andere Firma bereit erklärt, sich an der Pachtung zu betheiligen, woraus indessen nichts geworden sei. Ferner bitte er um Auskunft, ob es im Sinne des Magistrates und der Versammlung liege, daß diese Kraft später für die Stadt reservirt werde. Zustimmungensfalls empfehle es sich, den Pachtvertrag nicht auf zu lange Zeit abzuschließen.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß sich der Magistrat über die Frage, in welcher Art die Mühle später verwendet werden könne, noch nicht schlüssig geworden sei. Es solle erst noch ein Kostenanschlag angefertigt werden und lasse sich z. B. noch kein bestimmter Beschluß darüber fassen, ob und inwiefern die Wasserkraft verwendet werden könne. Bezüglich des von Herrn Wolters erwähnten Antrages auf Ausnutzung der Wasserkraft zur Erzeugung elektrischer Kraft sei ihm nichts bekannt geworden. Die Frage wegen der Ausnutzung der Wasserkraft bleibe also in der Schwebe.

Herr Lööbbecke will noch erwähnen, daß allerdings von der Firma Carl Wolters & Co. einmal ein Antrag auf Erpachtung der Mühle gestellt, aber von der Stadt abgewiesen sei, weil damals die Ansicht bei den Behörden vorgelegen habe, daß man die Mühlen zur Erzeugung elektrischen Lichts verwenden könnte. Später sei man indessen auf Grund eines Gutachtens des Oberingenieurs Mitgau von dieser Ansicht zurückgekommen, und liege ein späterer Antrag der Firma nicht mehr vor.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### XVIII. Erwerb des Hattensauer'schen Grundstücks an der Okerstraße.

In der Sitzung vom 4. Juli d. Js. — Seite 72 des Berichts — hat die Versammlung den Magistrat ersucht, behufs Regulirung der Okerstraße mit dem Tischlermeister Hattensauer wegen Abtretung seines ganzen, an der Nordseite der genannten Straße gelegenen Grundstücks aufs Neue zu verhandeln und insbesondere das Grundstück abschätzen zu lassen. Letzteres ist inzwischen geschehen und zwar haben dasselbe drei Sachverständige zu 59 986,<sup>89</sup> M geschätzt. Selbst wenn es auch gelingen sollte, die verfügbar bleibenden Reste zu 10,<sup>86</sup> a frei von Straßenkosten zum Preise von 40 M pro qm zu verkaufen, würde der Ankauf den Straßenbau, der ohnehin schon sehr theuer kommt, doch um weitere 20 000 M lediglich für Grunderwerb belasten und somit der Anliegerbeitrag sich derartig steigern, daß dessen Einziehung immer schwieriger werden würde. Da nun außerdem Hattensauer die Abtretung des Grundstücks für einen Preis von 60 000 M abgelehnt, vielmehr seine frühere Forderung von 65 000 M aufrecht erhalten hat, so sieht sich der Magistrat genöthigt, von dem Ankauf des Grundstücks Abstand zu nehmen.

Wie Herr Meyerhoff namens der Baucommission berichtet, ist in allerneuester Zeit nochmals mit Herrn Hattensauer über den Preis seines Grundstückes verhandelt worden und hat derselbe seine Forderung nunmehr auf 61 200 M ermäßigt, so daß die Differenz zwischen der Forderung und der Schätzung nur noch 1200 M betrage. Die Commission halte es aber für angezeigt, auf dieses Gebot einzugehen, und beantrage, den Ankauf des Grundstücks zu diesem Preise zu genehmigen. Die Okerstraße befinde sich gerade in Folge des Hattensauer'schen Wohnhauses in so traurigen Verhältnissen, daß durch Beseitigung desselben einem lange gefühlten Bedürfnisse abgeholfen und die Bebauung des nördlichen Theiles der Straße gefördert werde.

Der Antrag der Baucommission, dem Magistrate den Ankauf des Hattensauer'schen Grundstücks zum Preise von 61 200 M zu empfehlen, wird darauf mit 15 : 13 Stimmen angenommen.

### XIX. Einrichtung weiterer Aushülfs-Schulclassen.

Nach einer Mittheilung des Schuldirectors Schaarschmidt wird zu Ostern die Einrichtung von sechs weiteren Aushülfsclassen in der ehemaligen Husarencaferne an der Steinthorpromenade erforderlich. Der Magistrat ersucht daher, ihm zu solchem Zwecke eine Summe von 1450 M zu Lasten des nächstjährigen Haushalts-etats zu bewilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

### XX. Anfrage No 4: Beseitigung der großen Bäume an der Campestraße.

Die Anfrage:

„Wann werden die großen Bäume am Parke des Bieweg'schen Gartens entlang in der fertiggestellten Campestraße entfernt?“

begründet Herr Koch, indem er anführt, es müsse ihm auffallen, daß nicht alle Hindernisse gleich beim Ausbau der Campestraße beseitigt seien. Hinter diesen den Verkehr hemmenden Bäumen könne sich in der Dunkelheit leicht Jemand verstecken und einen Passanten überfallen, auch benutze man sie selbst am Tage als öffentliche Bedürfnisanstalt und belästige dadurch die an der andern Seite der Straße wohnenden Einwohner.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß sich der Magistrat mit diesen Bäumen noch nicht befaßt habe, jedoch könne die städtische Bauverwaltung veranlaßt werden, sich darüber zu äußern. Persönlich stehe er auf dem Standpunkte, daß die Bäume bis auf einen, der unmittelbar an der Bieweg'schen Eingangspforte stehe, wenn irgend thunlich, erhalten werden müssen, da sie eine Zierde der Gegend seien. Aus den von Herrn Koch angeführten Gründen müßten eigentlich alle großen Bäume an den öffentlichen Straßen, wie beispielsweise auch an der Wolfenbüttlerstraße, beseitigt werden.

## XXI. Aufnahme eines Processes.

Der Maurermeister und Architect Adolf Reiners hat wider das Stadtbauamt, bezw. hinterher abgeändert in „das Stadtbauamt, namens des die Stadt Braunschweig vertretenden Stadtmagistrates“ Klage wegen Unterfügung erhoben. Es handelt sich hierbei um die von dem Eigenthümer eines Nachbargrundstücks des p. Reiners, nach Ansicht des Stadtbauamtes rechtmäßig geforderte Beseitigung einer an dem Reiners'schen Hause am Sandwege projectirten und vom Stadtbauamte zuerst genehmigten, später aber untersagten Balconanlage. Der Magistrat giebt anheim, die Aufnahme dieses Processes zu genehmigen.

Wie Herr Wolff ausführt, geht der Antrag des Klägers dahin, dem Beklagten zu untersagen, die dem Kläger angedrohte Beseitigung der Balconanlage zur Ausführung zu bringen. Wenn auch die Unterlage des Processes genugsam bekannt sei, so wolle er doch erwähnen, daß vom Stadtbauamte durch ein Versehen zunächst die dem Geseße widersprechende Anlage genehmigt, hinterher aber, als sie bereits in der Ausführung begriffen gewesen, untersagt sei. Sofern das Stadtbauamt hierbei ein Vorwurf treffe und der Unternehmer Aufwendungen gemacht habe, welche er im Falle rechtzeitiger Unterfügung der Anlage unterlassen hätte, so könne sehr wohl in Betracht kommen, daß ihm diese Aufwendungen ersetzt würden, nicht aber könne Jemand verlangen, daß ihm die gesetzwidrige Anlage gestattet werde. Dem Antrage, die Aufnahme des Processes zu genehmigen, stimmt die Versammlung zu.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 5 bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

1895|96.

N 10.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 9. Januar 1896.

**Tagesordnung:**

|                                                                                                                                                   |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser . . . . .                                                                                        | Seite 219 |
| II. Statut, betreffend das Firmenschildwesen . . . . .                                                                                            | " 221     |
| III. Gesuch wegen Abfuhr des Kehrrechts und Aufstellung von Laternen an der<br>Salzdahlumerstraße . . . . .                                       | " 230     |
| IV. Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Fischerei . . . . .                                                                                 | " 231     |
| V. Erweiterung des Wasserrohrnetzes vor dem Wilhelmithore . . . . .                                                                               | " 231     |
| VI. Verzichtleistung auf eine Servitut am Bültemann'schen Grundstück . . . . .                                                                    | " 232     |
| VII. Antrag Wolters u. Gen.: Ausbau des östlichen Theiles der Elmstraße . . . . .                                                                 | " 232     |
| VIII. Entlastung der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke wegen Ver-<br>waltung der Licht- und der Wasserwerke im Jahre 1894/95 . . . . .  | " 233     |
| IX. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Hanfischen Geschichtsverein . . . . .                                                                    | " 235     |
| X. Auswechslung der Gasröhren in der Reichenstraße . . . . .                                                                                      | " 235     |
| XI. Wahl einer gemischten Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablisse-<br>ments zu besonderen Wegegeld- und Canalsteuerbeiträgen . . . . . | " 235     |
| XII. Ausbau der Straße „am Hopfengarten“ . . . . .                                                                                                | " 236     |
| XIII. Aufnahme eines Proceßes wegen der Maschstraße . . . . .                                                                                     | " 237     |
| XIV. Aenderung des Ortsbauplanes für die Hagenstraße . . . . .                                                                                    | " 237     |
| XV. Aenderung und Ergänzung des Ortsbauplanes für die Goslarstraße . . . . .                                                                      | " 237     |
| XVI. Ermäßigung des Zinsfußes für Hypothekencapitale . . . . .                                                                                    | " 237     |
| XVII. Bauliche Veränderungen im Feuerlöschgebäude . . . . .                                                                                       | " 238     |

|        |                                                                                                 |           |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVIII. | Legung eines Gasrohrs an der Salzdhumerstraße . . . . .                                         | Seite 238 |
| XIX.   | Aufnahme eines Processus wegen der Gertrudenstraße . . . . .                                    | " 238     |
| XX.    | Anderweite Verrechnung der Gewinne des Gas- und Wasserwerks . . . . .                           | " 239     |
| XXI.   | Neubau eines Wohnhauses auf dem städtischen Wirthschaftshofe . . . . .                          | " 241     |
| XXII.  | Finanzielle Verwaltung des Rieselgutes . . . . .                                                | " 242     |
| XXIII. | Aufnahme eines Processus wegen des Heine'schen Nachlasses . . . . .                             | " 245     |
| XXIV.  | Anfrage Günther u. Gen.: Wegeverbesserung im Hasenwinkel . . . . .                              | " 245     |
| XXV.   | Antrag Löschigt: Legung eines Gasrohrs in der Breitenstraße und Pflasterung derselben . . . . . | " 245     |
| XXVI.  | Anfrage Lange: Ausbau der Juliusstraße . . . . .                                                | " 246     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Netemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bues, Löbbecke und Weber; später erscheint Herr Ahmann.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und hat derselbe zunächst folgende Mittheilungen zu machen:

1. Nach einem Schreiben des Magistrates ist an Stelle des aus der Versammlung geschiedenen Finanzraths Rudeloff der Oberamtsrichter Albert Nolte von der zweiten Wählerklasse des dritten Wahlbezirks für die Zeit bis zum 31. März 1901 zum Stadtverordneten gewählt und hat die Wahl angenommen. Herr Nolte wird in der Versammlung willkommen geheißen.

2. Der penj. Weichenwärter Ludwig Helmke hat an die Versammlung ein Gesuch wegen Instandsetzung und Beleuchtung des Hasenwinkels gerichtet. Da ein gleiches Gesuch auch an den Magistrat gerichtet ist und dieser darüber noch nicht befunden hat, so geht das vorliegende Gesuch zu den Acten.

3. Eine weitere Eingabe von Felix Brendecke, in welcher die Versammlung nochmals gebeten wird, die das Haus Cellerstraße Nr. 16a betreffende Angelegenheit einer Erörterung zu unterziehen, wird herumgereicht. Da die Sache im Proceßwege bereits entschieden ist, findet eine Verhandlung darüber nicht statt.

4. Der Generalagent von Méville hieselbst richtet an die Versammlung das Ersuchen, eine Verfügung des Magistrats, nach welcher Herr von Méville einen auf Probe gehaltenen Jagdhund besteuern soll, zur Sprache und Entscheidung zu bringen. Da aber die Versammlung nicht eine Recursinstanz für die Entscheidungen des Magistrats ist, so wird die Eingabe zu den Acten genommen.

5. Vom Magistrat ist mit Rücksicht auf den Beschluß der Versammlung vom 21. November 1895 — Seite 197 des Berichts — betr. die Anbringung von Wassermessern in den Miethwohnungen, ein Schreiben eingegangen etwa folgenden Inhalts: Dem Ersuchen der Versammlung, auf Antrag der Hausbesitzer auch

Miethern Wassermesser einzurichten und den Betrag für das verbrauchte Wasser von diesen einzuziehen und auf den Mindestbeitrag des Hausbesizers in Anrechnung zu bringen, könne nicht in vollem Umfange Folge gegeben werden. Diese Entscheidung werde damit begründet, daß das Regulativ über die Abgabe von Wasser vom 18. December 1885 im §. 6 vorschreibe, daß das Wassergeld für den festgestellten Mindestbeitrag vierteljährlich im Voraus bezahlt werden solle und eine gleiche Bestimmung im §. 5 des im Entwurf vorliegenden neuen Regulativs enthalten sei. Mit dieser Bestimmung sei nicht in Einklang zu bringen, von Miethern Wassergeld einzuziehen, dessen Betrag erst nach Feststellung des stattgehabten Wasserverbrauchs ermittelt werden könne. Außerdem würde eine ordnungsmäßige Rechnungsführung für den Fall erschwert werden, wenn der Miether nicht gutwillig zahle und Klage erhoben werden müsse, deren Beendigung in der Regel längere Zeit erfordere. Der Magistrat erklärt sich bereit, die Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke anzuweisen, auf Antrag der Hausbesizer und auf deren Kosten auch für einzelne Wohnungen Wassermesser gegen eine entsprechende Miethe einzuschalten, den Wasserverbrauch derselben festzustellen und vierteljährlich auf den Quittungen bezw. Rechnungen zu verzeichnen.

Sodann wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

### I. Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser.

Die in der Sitzung vom 31. October 1895 durchberathenen beiden Regulative — Seite 175—184 des Berichts — waren der Statutencommission noch einmal überwiesen, damit diese eine Nachprüfung der Bestimmungen auf einzelne Ausdrücke hin vornehme. Das ist inzwischen geschehen und berichtet nunmehr Herr Wolff über das Ergebniß der Commissionsberathung. Die Commission habe im Allgemeinen die von der Versammlung schon beschlossenen Aenderungen der Regulativentwürfe gutgeheißen und beantrage unter Hinzufügung der eigenen Beschlüsse die Entwürfe folgendermaßen zu ändern:

#### a. Regulativ über die Abgabe von Gas.

Im Allgemeinen: Das Wort „Zweigleitungen“ ist in beiden Regulativen in „Zuleitungen“ abzuändern.

Zu §. 1: Die Worte „an Private“ sind zu streichen.

Zu §. 2: Im Absatz 1 hinter dem Worte „Grundstücks-Eigenthümers“ einzufügen: „oder des sonstigen am Grundstück entsprechend Berechtigten“. An die Stelle des Absatzes 3 tritt folgende Bestimmung: „An die Bestimmungen dieses Regulativs ist außer den Antragstellern gebunden, wer thatsächlich Gas entnimmt, oder als der am Grundstück entsprechend Berechtigte die Entnahme duldet“.

Zu §. 5: Der letzte Absatz fällt fort.

Zu §. 6: Der zweite Satz kommt in Wegfall.

Zu §. 8: Das Schlußwort „Besitzer“ wird in „Antragsteller“ geändert.

Zu §§. 13 und 14: An die Stelle der aufgeführten Bestimmungen treten die folgenden:

„§. 13: Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Regulativs ist die Direction der Licht- und Wasserwerke vorbehaltlich aller sonstigen Ansprüche zur Schließung der bezeichneten Leitung befugt.

§. 14: Die nach §§. 12 und 13 erforderlichen Maßregeln erfolgen auf Kosten der Betheiligten“.

Zu §. 15: Für die Worte „Abnehmer bezw. Grundstücks-Eigenthümer“ ist zu setzen: „Betheiligten“.

Das Regulativ wird in dieser Fassung nach einigen Bemerkungen der Herren Wolters und Wolff gutgeheißen.

b. Regulativ über die Abgabe von Wasser.

Im Allgemeinen: An Stelle der Worte: „Leitungsbesitzer, Grundstücksbesitzer, Besitzer, Consument, Eigenthümer“ ist überall zu sagen: „Abnehmer“.

Der §. 1 soll folgenden Wortlaut erhalten:

„Das Wasser des städtischen Wasserwerks wird durch Zuleitungen auf Antrag der Grundstücks-Eigenthümer, oder der sonstigen am Grundstück entsprechend Berechtigten unter der Bedingung abgegeben, daß der Verbrauch durch Wassermesser ermittelt wird. Zu bestimmten vorübergehenden Zwecken kann Wasser ohne Anbringung eines Wassermessers abgegeben werden. An die Bestimmungen dieses Regulativs ist außer den Antragstellern gebunden, wer die Wasserzuleitung eines Grundstücks thatsächlich benutzt, oder als der am Grundstücke entsprechend Berechtigte die Benutzung duldet“.

Zu §. 2: Der Eingang hat zu lauten: „Wer den Anschluß eines Grundstücks . . .“

Zu §. 4: Der erste Absatz hat zu lauten: „Der allgemeine Preis des Wassers beträgt für jedes Cubikmeter zehn Pfennige; es werden jedoch bei den vormaligen Pipenbrüder-Häusern die ersten 232 Cubikmeter des Jahresverbrauchs zu einem Pauschalpreise von 13 M 50 S berechnet.“

Zu §. 5: Für den letzten Absatz wird folgender Wortlaut in Vorschlag gebracht:

„Bei dem Wechsel des Abnehmers im Laufe des Rechnungsjahres findet eine Abrechnung mit dem bisherigen Abnehmer nach der Abgabe des betr. Grundstücks statt. Derselbe hat den Wechsel sofort der Direction der Licht- und Wasserwerke anzuzeigen. Geschieht solches nicht, so haftet er für die Bezahlung des, bis zu dem Zeitpunkte, an welchem der Wechsel



zur Kenntniß der Direction gelangt ist, verbrauchten Wassers, bezw. des auf diese Zeit entfallenden Mindestbeitrages".

Zu §. 9: Der Eingang hat zu lauten: „Beim Ausbruch eines Schadenfeuers ist jeder Abnehmer verpflichtet, seine Leitung den öffentlichen Löschanstalten . . . .“

Zu §. 15: Der vorletzte Absatz fällt weg.

Auch dieses Regulativ wird mit den angeführten Aenderungen genehmigt.

## II. Statut, betreffend das Firmenschilderwesen.

Auf Beschluß der letzten Sitzung war der Entwurf eines Statuts, betr. das Firmenschilderwesen, an die Statutencommission zur nochmaligen Durchberatung zurückgewiesen. — Seite 205 des Berichts. — Nachdem die Commission diesem Auftrage nachgekommen ist, berichtet namens derselben Herr Wolff: Man sei bei der Berathung von dem Gesichtspunkte ausgegangen, durch das Statut die bestehenden Firmen in ihrem Geschäftsverkehre thunlichst nicht zu stören und eine Belästigung namentlich der Inhaber eingetragener Firmen zu vermeiden. Demzufolge würden folgende Aenderungsvorschläge der Versammlung unterbreitet: Zu §. 1, welcher im Entwurfe folgendermaßen lautet: „Die Inhaber eines offenen Geschäftslocales sind verpflichtet, an diesem die Bezeichnung ihrer eingetragenen Firma, und zwar mit oder ohne Zufügung ihrer bürgerlichen Namen, und in Ermangelung einer eingetragenen Firma ihre Namen unter voller Angabe der Rufnamen straßenwärts in deutlich lesbarer Schrift anzubringen“, schlage die Commission vor, hinter die Worte „und zwar“ einzufügen: „nach ihrer Wahl“. §. 2 des Entwurfs hatte folgenden Wortlaut: „Auch bei eingetragenen Firmen sind, sofern dieselben nur in einer allgemeinen Bezeichnung bestehen, die Namen der Geschäftsinhaber unter voller Angabe der Rufnamen in der Aufschrift (§. 1) mit aufzuführen“. In der Erwägung, daß allgemeine Bezeichnungen von Firmen, soweit nicht Actiengesellschaften in Frage kommen, nur bei wenigen ganz alten Firmen vorkommen, habe die Commission sich dafür erklärt, diesen Paragraphen ganz zu streichen. §. 3 des Entwurfs: „Enthält die Aufschrift die bürgerlichen Namen minderjähriger Inhaber, so muß diese Eigenschaft aus der Aufschrift unzweideutig hervorgehen“, ist, um der neuen Fassung von §. 1 zu entsprechen, dahin abgeändert worden, daß hinter „Aufschrift“ die Worte „neben der eingetragenen Firma oder in Ermangelung einer solchen“ eingefügt würden. §. 4. „Die den vorstehenden Vorschriften entsprechende Aufschrift ist bei Eröffnung des Geschäftslocales sofort, bei einem Wechsel des Inhabers spätestens innerhalb einer Woche anzubringen“, wurde einer Aenderung dahin unterzogen, daß hinter „Woche“ hinzugefügt wurde „bei einem Wechsel in Folge Todesfalles innerhalb eines Monats“.

Wenn nun auch einige Bestimmungen bereits in dem Gesetzentwurfe über den unlauteren Wettbewerb enthalten seien, so behalte das Statut doch seinen Werth, weil es gleichzeitig auch ins Auge fasse, Täuschungen und Unklarheiten zu vermeiden. Es werde deshalb Sache der Landesregierung sein, demnächst bei der Vorlage des Statutentwurfes zu erwägen, ob nicht an Stelle des Statuts lieber auf die gesetzgeberischen Factoren in der durch dasselbe angedeuteten Richtung hingewirkt werden solle. Jedenfalls halte es die Commission für zweckmäßig, das Statut beizubehalten und dasselbe dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorzulegen.

Herr Lord freut sich, daß die Statutencommission an dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe schon sehr erhebliche und willkommene Aenderungen vorgenommen habe. Er möchte aber noch weitergehen. Die Prüfung des Entwurfes habe ihn nämlich zu der Ansicht gebracht, daß derselbe ein wenig glücklicher sei, weshalb er bitte, ihn ganz abzulehnen. Zunächst führe ihn hierzu eine principielle Erwägung. Das Statut stütze sich auf den §. 2 der Städteordnung, nach welchem die Stadt befugt sei, behuf Ordnung und Verwaltung ihres Gemeinwesens, insbesondere der Ortspolizei, Statuten zu erlassen. Er sei nun der Ueberzeugung, daß der Gesetzgeber hierbei an ein solches Statut überhaupt nicht gedacht habe. Die vorhandenen ähnlichen Statuten betreffen die Ausführung reichsgesetzlicher Bestimmungen und beziehen sich immer nur auf Das, was den Verkehr und die Verwaltung der Stadt angehe. Wenn man ein Statut über die Einrichtung der städtischen Verwaltung erlasse, so erscheine das ganz gerechtfertigt, aber hier wolle man sich in die Privatinteressen der Mitbürger mischen und sogar mit Bestimmungen, die er zum Theil chikanös nennen möchte, was er für unstatthaft halten müsse. Das Statut werde eine Unzahl kleinerer Ladenbesitzer treffen und sie durch Geldkosten und andere Unannehmlichkeiten belasten, denn die Bestimmungen schreien geradezu nach Denuncianten und der Polizei. Die Wünsche nach einer Aenderung des Firmenschilderwesens seien ja an und für sich berechtigt, da Ausschreitungen in dieser Beziehung stattgefunden haben. Er habe selbst zu der Commission gehört, welche die vereinigten Handelskammern s. B. zur Berathung solcher Fragen hier eingesetzt haben, und dort habe man auch die Sache erwogen bei Berathung der Materie, welche sich jetzt in dem Gesetzentwurfe über den unlauteren Wettbewerb verdichtet habe. Aber da sei man wegen der ungeheuren Schwierigkeiten zu einem Resultate nicht gekommen. Auch die Reichsregierung habe in dem Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb das Firmenschilderwesen wohl aus dem gleichen Grunde weggelassen. Er meine, eine derartige Sache sollte die Stadt ruhig dem Lande oder dem Reiche überlassen. Wem wolle man mit dem Statut nützen? Dem Geschäftsmann gegen den Geschäftsmann, das sei wohl die Hauptabsicht. Es gebe aber nun heut zu Tage so viele Mittel und Wege, sich über die

Bonität der Leute zu informiren, mit denen man verkehren wolle, daß man ein derartiges Statut nicht nöthig habe.

Oder meine man das Publicum gegen den Geschäftsmann vor Schädigungen zu schützen? Man habe hier erst wieder in letzter Zeit erlebt: mundus vult decipi und daß es Leute gebe, die das „ergo“ unter Umständen ausnützen, sei nicht schön, aber leicht begreiflich. Erreichen werde man aber wahrscheinlich sehr wenig; ob an irgend einem Welthause etwa „Zum Hohepriester“ unten der Name Levy oder ein anderer Sohn stehen werde, das sei dem Publicum ganz gleichgültig. Wenn man das Publicum vor dem Kaufmann schützen wolle, wer schütze denn den Kaufmann vor dem Publicum? Jeder Geschäftsmann wisse, welches Risiko er täglich laufe, dann müsse man den auch schützen. Warum solle sich das Publicum nicht vorsehen? Es sei oft sehr schwer festzustellen, wer der Inhaber eines offenen Geschäftes sei und man wisse auch nicht immer, was unter einem offenen Geschäftslocale zu verstehen sei. Habe z. B. eine Zeitung, welche Zeitungen verkaufe und Annoncen annehme, ein offenes Geschäftslocal? Jedenfalls lasse sich das so definiren. Dann würde es sich aber merkwürdig ausnehmen, wenn unter der Firma „Braunschweigische Anzeigen“ als Inhaber „Staatsminister Otto“ stehen müßte. Haben Engroßgeschäfte, wie die Firmen J. H. Grassau & Sohn, Gebr. Dannenbaum, Verlagsbuchhandlungen u. s. w. offene Geschäftslocale? Im kaufmännischen Sinne gewiß nicht, wohl aber nach dem Statute.

Bei dem (alten) §. 3 werde es zu merkwürdigen Consequenzen führen, wenn die Bestimmungen befolgt würden, nach denen die Namen der minderjährigen Kinder, welche die Inhaber eines Geschäftes seien, mit auf dem Firmenschilder erscheinen sollten. Man könne sich leicht denken, wie solche Firma unter Umständen aussehe. Die Frist von einem Monat bei dem Todesfalle eines Firmeninhabers reiche häufig namentlich bei Erbtheilungen nicht aus, um den Namen des neuen Inhabers festzustellen. Die Bestimmung im §. 6, nach welcher man auch den Verwalter eines Geschäftes neben dem Inhaber verantwortlich machen wolle, erscheine ihm sehr fragwürdig und möchte er dem Verwalter eine solche Verbindlichkeit nicht zumuthen. Durch das Statut würden nur viele Hundert von Besitzern offener Geschäftslocale ohne Noth zu Ausgaben veranlaßt, Chikanen von Seiten der Polizei und Denunciationen ausgesetzt, obwohl es sich ja hierbei hauptsächlich um Leute handle, welche den guten, soliden kaufmännischen Mittelstand bilden und die durch Fleiß und Arbeit den Säckel der Stadt am meisten zu füllen haben. Darum bitte er, dieselben mit dem Statut zu verschonen.

Herr Stadtrath Heymann erwidert, daß die Stadtverordneten ihrerseits den Antrag gestellt hätten, diese Materie durch Statut zu regeln und hierfür eine gemischte Deputation zu bilden. Letzere habe sich dann über den vorliegenden Entwurf schlüssig gemacht. Seitens der Mehrheit der Versammlung sei davon aus-

gegangen, daß solche Bestimmungen im Interesse von Treu und Glauben im Handel und Gewerbe nothwendig seien. Unter diesen Umständen habe der Magistrat keine Veranlassung, diese principielle Frage zu erörtern, denn wenn die Versammlung jetzt mit der umgekehrten Ansicht hervortrete, falle die ganze Materie fort. Im Uebrigen habe dieser Punkt bei den neuerdings stattgehabten Verhandlungen über den unlauteren Wettbewerb eine große Rolle gespielt und seien dabei irgend welche zwingende Bestimmungen für durchaus zweckmäßig gehalten, auch könne man nicht mit Fug und Recht sagen, daß das Statut üble Folgen haben würde. Er sehe nicht ein, wie durch solches, in bestimmten Grenzen gehaltenes Statut für die Besitzer offener Ladengeschäfte große Ausgaben und polizeiliche Chikanen herkommen sollen. Diese Behauptung habe von Herrn Lord nicht thatsächlich belegt werden können.

Was den §. 2 der Städteordnung betreffe, so habe der Vorredner gesagt, der Paragraph sei vom Magistrate bisher für derartige Materien noch nicht angewandt worden. Der Magistrat habe aber mit der Herzoglichen Polizeidirection für zweifelhaft gehalten, ob solche Bestimmungen überhaupt durch Statut erlassen werden können, oder ob es nicht hierzu eines Landes- oder Reichsgesetzes bedürfe, und seien beide Behörden bei dieser Ansicht auch jetzt noch stehen geblieben. Hier müsse man sich aber auf den Standpunkt stellen, daß die Materie durch Statut geregelt werden könne. Der Magistrat beabsichtige nicht etwa, bei dem Herzoglichen Staatsministerium die Genehmigung des Statuts zu beantragen, sondern er gedenke, dem Ministerium zu unterbreiten, ob das Statut genehmigt, oder die Materie durch Landesgesetz geregelt werden solle. Wenn man aber ein Statut erlasse, könne dieses nur auf den §. 2 der Städteordnung begründet werden. Die Rechtslage sei hier eine ganz andere wie in Preußen, weil dort ein diese Materie behandelndes Gesetz vorhanden sei, welches hier fehle, so daß dort Statuten erlassen werden können, während dieses hier vielleicht ausgeschlossen erscheine.

Was die einzelnen Bestimmungen des Statuts betreffe, so seien dieselben den analogen Bestimmungen der preussischen Statute von Osnabrück und M. Gladbach nachgebildet, nur daß man die Bestimmungen derselben noch abgeschwächt habe. Die von dem Herrn Referenten vorgeschlagenen Aenderungen halte er für unbedenklich und könne seiner Meinung nach auch der §. 2 ruhig gestrichen werden, da er sich nur auf die wenigen Firmen beziehe, welche vor dem Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches bestanden haben. In anderen Städten, wie beispielsweise in Hannover, sei man bei dieser Materie wesentlich schärfer, seiner Ansicht nach allerdings zu scharf, vorgegangen. In Berlin existire ein Statut noch nicht, sondern es liege nur ein Entwurf vor, der sich noch im ersten Stadium der Entwicklung befinde, und daher hier nicht in Betracht kommen könne. — Es lasse sich nicht annehmen, daß der Inhaber eines Geschäftes so sehr schwer festzustellen sei, ebensowenig könne er zu-

geben, daß die Bestimmungen des §. 3 wegen der minderjährigen Kinder zu merkwürdigen Consequenzen führen würden. Die von der Commission beantragte längere Frist von einem Monate bei Todesfällen werde im Allgemeinen ausreichen. Zu lange dürfe man solche Frist nicht ausdehnen, denn wenn man davon ausgehe, daß solche zwingenden Bestimmungen nothwendig seien, um Schädigungen zu vermeiden, so müsse man jedes Uebergangsstadium abkürzen, damit dasselbe nicht zu solchen schädigenden Handlungen benutzt werden könne. Ebenso sei es richtig, auch den Verwalter eines Geschäftes mit haftbar zu machen, da der Besitzer weit fort, in Amerika wohnen könne. Darum könne die Versammlung das Statut ruhig annehmen.

Herr F u d e l möchte darauf hinweisen, daß Herr Lord selbst anerkannt habe, es kämen Auswüchse vor. Gerade diejenigen Kreise der Bürgerschaft, welche Herr Lord zu schützen wünsche und die sich ihren Unterhalt durch Fleiß und Arbeit zu erwerben suchten, wünschten eine Regelung des Firmenschilderwesens. Bei der Handelskammer seien von allen Seiten Anregungen gekommen, diese Frage endlich zur Erledigung zu bringen. In Hannover, sowie an mehr als 20 Orten habe man derartige Ortsstatute meist in viel verschärfterer Form schon erlassen, und in Hannover müßte z. B. jeder Inhaber eines offenen Geschäftslocales seinen ausgeschriebenen Vor- und Zunamen innerhalb und außerhalb des Geschäftslocales anbringen. Er möchte dringend bitten, im Interesse des Handels- und Gewerbestandes das Statut anzunehmen.

Herr B ü h r m a n n will anführen, es seien schon seit Jahren aus der hiesigen Geschäftswelt Klagen darüber gekommen, daß man kein Statut oder Gesetz habe, gegen derartige Auswüchse einzuschreiten. Nachdem jetzt auch verschiedene preußische Städte in der Sache vorgegangen seien, erscheine es angebracht, daß auch hier etwas geschehe. Ueber 60 angesehenen hiesige Geschäfte haben sich dafür verwandt, daß der Magistrat zu der Frage Stellung nehmen möchte. Wenn sich auch aus dem Adreßbuche ersehen lasse, wer der Inhaber eines Geschäftes sei, so genüge dieses doch nicht, um das große Publicum darauf hinzuweisen. Beispielsweise habe der Vorstand der Schuhmacher-Innung jetzt wieder dem Ausschuß zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes einen Fall mitgetheilt, nach welchem ein hiesiges Geschäft namentlich den kleinen Schuhmachern gefährlich werden könne. Auf der Fallersleberstraße sei ein Geschäftslocal, auf dessen Fenstern mit großen Buchstaben stehe: „Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt mit Maschinenbetrieb“. Es habe sich herausgestellt, daß der Inhaber des Geschäfts ein vierjähriger Knabe sei, Namens Max Magnus, als dessen Vertreter sein Vater Martin Magnus fungire. Der Mann sei von auswärts hierher verzoogen, und es müßten doch wohl Gründe vorhanden sein, daß er nicht mit seinem eigenen Namen hervortrete. Das Geschäft arbeite zu billigeren Preisen, als die Schuhmacher es könnten, und schädige dieselben sehr empfindlich;

freilich werde wohl die Arbeit auch danach sein. Wenn sich das Statut als nicht vollkommen herausstelle, so könne man ja später Aenderungen daran vornehmen.

Herr Wolters möchte ebenfalls bitten, das Statut nicht fallen zu lassen, da er die Bedenken des Herrn Lord nicht zu theilen vermöge. Bemerken wolle er, daß es einer größeren Anzahl Firmen gar nicht möglich sein würde, den Namen des Inhabers auf dem Firmenschild anzubringen, wie z. B. den Actiengesellschaften. Wenn die „Mechanische Weberei“ eine Actiengesellschaft wäre, würde sie also auch den Namen des Inhabers nicht zu nennen brauchen. Bei eingetragenen Firmen halte er solche Namensnennung auch nicht für nothwendig, weil sich Jeder im Adreßbuche oder im Handelsregister darüber orientiren könne. Andererseits könnten allerdings Actiengesellschaften, welche von dem Statute nicht betroffen würden, ebenso schlecht sein, wie Einzelfirmen.

Herr Wolff macht darauf aufmerksam, daß den eingetragenen Firmen durch das Statut nur das Recht gegeben werden solle, ihren Namen der Firma zuzufügen. Bei Actiengesellschaften lasse sich die Nennung des Namens nicht fordern.

Herr Rathe möchte bitten, das Statut nicht anzunehmen, weil er es für überflüssig halte. Sei denn in Braunschweig der Handel und Wandel schon an der Stelle angekommen, daß man sich fürchten müsse, wenn drei oder vier Firmen Reclameaufschriften auf ihren Schildern haben? Wenn behauptet werde, es solle ein Geschäftsmann dadurch hineingefallen sein, daß er an eine Firma Waaren geliefert habe, von der der Inhaber verstorben, dessen Frau aber zahlungsunfähig gewesen sei, so müßte andererseits auch hervorgehoben werden, daß viele Leute durch Geschäftsreisende hineinfallen, welche oft zu viele oder minderwerthige Waaren liefern, die gar nicht bestellt seien. Die Sache sei also durchaus nicht so gefährlich, wie man nach dem Statute annehmen müsse, und es erscheine daher nicht angezeigt, mit demselben so viele Geschäftsleute zu incommodiren. Wenn alle die kleinen Geschäftsleute wüßten, welchen Scherereien sie durch das Statut ausgesetzt wären, würden ebenso viele Zuschriften gegen dasselbe eingehen, wie für das Statut eingelaufen seien. Gleich im ersten Paragraphen müßte der Ausdruck „offenes Geschäftslocal“ genau präcisirt werden, sonst wüßte man nicht, wie derselbe zu verstehen sei. Wenn man weiter die eingetragenen Firmen von den Bestimmungen des Statuts ausnehme, so treibe man reine Interessenpolitik, die zu verwerfen sei. Auch in Hannover habe man solche Ausnahmen nicht gemacht. Die Rechtsgelehrten würden am besten wissen, daß bei Todesfällen ein Zeitraum von einem Monate meistens längst nicht hinreiche, um den rechtmäßigen Nachfolger des Geschäftsinhabers festzustellen. Er möchte demnach nochmals bitten, den Handel und Wandel nicht in solcher Weise zu beschränken.

Herr Stadtrath von Frankenberg ist sehr erfreut, von Herrn Rathe zu hören, daß derselbe noch keine schlechten Erfahrungen bezüglich des unlauteren

Geschäftsgebahrens Anderer gemacht habe, was jedenfalls von großer geschäftlicher Vorsicht spreche. Er halte es für ein dringendes Bedürfnis, derartige schützende Einrichtungen zu treffen, sei es auf gesetzlichem, oder auf dem hier eingeschlagenen statistischen Wege. Fast jede Woche kämen einige Anfragen von hiesigen Rechtsanwältinnen und Gewerbetreibenden nach dem Namen des eingetragenen Inhabers eines Geschäfts, oder es werde gefragt, seit wann die Ehefrau das Geschäft betreibe u. s. w. In ganz kurzer Zeit seien hier zwei Fälle des „changez les places“ vorgekommen, in welchen einen Monat der Mann, einen Monat die Frau und den dritten Monat die Tochter das Geschäft betreibe. Solche Mißstände müßten beseitigt werden. So sehr er auch die geschäftliche Erfahrung des Herrn Nord anerkenne, so müsse er doch glauben, daß dessen Ansicht nicht mehr zutreffend sei und daß gewisse feste Bahnen vorgeschrieben werden müßten, sofern nicht Treu und Glauben im Geschäftsverkehre verloren gehen sollen. Wenn man das verdienstvolle Buch des hiesigen Handelskammersyndicus Dr. Stegemann über „Typische Fälle unlauteren Wettbewerbs“ durchgelesen habe, werde die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines solchen Statuts noch mehr zum Durchbruch kommen. Seine gegen dasselbe früher geäußerten Bedenken gipfelten nur darin, ob nicht mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erlaß des einschlägigen Reichsgesetzes die Herausgabe des Statuts noch einige Zeit verschoben werden könnte. Auch erkenne er gern an, daß in einigen kleinen Punkten der Entwurf noch verbesserungsbedürftig sei. Z. B. würden Geschäftsbezeichnungen, wie „Braunschweigische Anzeigen“ dahin führen können, in dem Statute an entsprechender Stelle zu sagen: „soweit die Geschäfte nicht auf Rechnung einer Behörde betrieben werden“; auch könnten die Aenderungen in der Firma bei Todesfällen vielleicht auf drei Monate ausgedehnt werden. Den §. 6 halte er aber für eine große Nothwendigkeit, da Jeder, der in hiesiger Stadt als Geschäftsführer fungire, auch mit dafür verantwortlich gemacht werden müsse, daß in dem von ihm geleiteten Geschäft nach den Vorschriften des Statuts verfahren werde. (Beifall.)

Herr Wolff: Aus den Ausführungen des Herrn Rathe sollte man fast schließen, es handle sich um eine doppelte Steuererhöhung. Es sei doch wirklich keine Kränkung oder Schädigung der Mitbürger, wenn man verlange, es solle auf dem Firmenschilder auch der Name des Geschäftsinhabers angebracht werden. Jeder Handwerker habe schon solche Aufschrift und man brauche sich darum nicht so zu haben. Die Bedenken des Herrn Stadtrath von Frankenberg müsse er als berechtigt anerkennen, denn es habe allerdings etwas Mißliches an sich, wenn der Staat oder die Stadt auch verpflichtet sein sollen, bei ihren Betrieben den Inhaber auf der Firma anzubringen. Bei Todesfällen könnte auch gesagt werden, daß auf Antrag Dispensationen von der Frist gestattet werden können. Im Allgemeinen müßte die Aenderung aber schnell geschehen und werde es in den meisten Fällen keine Schwierig-

keiten haben, festzustellen, für wessen Rechnung das Geschäft weitergeführt werde. Er gebe daher anheim, am Schlusse des §. 4 zu sagen: „Die Erstreckung dieser Fristen kann auf Antrag seitens der Herzoglichen Polizei-Direction erfolgen“. Auch könne als neuer §. 7 die Vorschrift aufgenommen werden: „Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Geschäftsbetriebe des Staates und der Stadt keine Anwendung“.

Herr Aßmann hält die Klagen über unlauteren Wettbewerb zum Theil für berechtigt, muß jedoch die hier vorgeschlagenen Mittel zur Beseitigung der Schmutzconcurrentz für verfehlt erachten, weil durch das bloße Anbringen von Namen auf dem Firmenschild dem vorzeitigen Pleitemachen nicht vorgebeugt werden könne. Auch die Maßnahmen bezüglich der Minderjährigen seien unnütz, weil es gar nicht schwer falle, eine großjährige Strohpuppe zu bekommen, ohne daß dadurch die Zahlungsfähigkeit der Firma gehoben werde, und ohne daß diese ihre Schmutzconcurrentz in Folge dessen aufgebe. Handel und Wandel liege heutzutage darnieder und die Leute setzten ihre Waaren gern um, so daß oft Verträge abgeschlossen würden, obwohl eine Firma schon zahlungsunfähig sei. Daß der Entwurf einen Unterschied mache zwischen eingetragenen und nicht eingetragenen Firmen, erscheine ihm ungerecht, da erstere auch zahlungsunfähig sein könnten. Man treffe damit auch eine große Anzahl von reellen Geschäften, die solche Maßnahmen nicht gern sehen würden. Wenn beispielsweise der Inhaber eines alten, gut eingeführten Geschäftes sterbe und dasselbe auf den Schwiegersohn des Verstorbenen übergehe, dieser aber dann seinen Namen der Firma zuzufügen habe, so könne das Geschäft dadurch ruinirt, mindestens aber geschädigt werden, weil die Kundschaft an dem Namen Anstoß nehmen werde. Man wisse doch wohl, was es heiße, eine Firma zu ändern, bezw. eine gute Firma zu kaufen. Zwingt man aber Jemand, die Firma zu ändern, so zwingt man ihn oft auch, die alten Verbindungen abzubreaken, denn Lieferanten und Kunden würden ihn im Stich lassen, weil der alte Name in der Firma fehle. Man treffe mit den Bestimmungen also oft nicht Diejenigen, welche man treffen wolle. Wenn ein Cohn nur die nöthigen Mittel habe, um sich einen majorennen Strohmann zu kaufen, der seinen Namen hergebe, so nützen alle Bestimmungen dagegen nichts. Mit dem Statut werde also gar nichts erreicht werden und in ein paar Jahren werde es mit demselben gehen, wie mit manchen anderen städtischen Statuten, es werde kaum ein Mensch noch wissen, ob das Statut bestehe oder nicht.

Herr Löschigt will darauf hinweisen, daß man von dem ursprünglichen Grunde, auf dem das Statut aufgebaut sei, ganz abkomme. Man habe doch durch dasselbe feststellen wollen, daß Jeder den Inhaber des Geschäftes kennen lernen könne. Das sei zur Zeit nicht möglich; wenn der Vogel ausgeflogen sei, wisse



man nicht, wohin er seinen Weg genommen habe. Schütze das Statut auch nicht unbedingt vor Schaden, so bringe es doch eine Besserung insofern, als man schon an der Firma sehe, wem das Geschäft gehöre.

Herr Günther kann dem Statut eine Bedeutung nicht beimessen, wenn es wohl auch nicht schade. Jedenfalls bleibe es sich gleich, wenn der Vogel einmal ausgeflogen sei, ob man wisse, welchen Namen er gehabt habe. (Heiterkeit.) Auch erfahre man dadurch, daß ein Name auf dem Schilde prange, noch nicht, ob der Geschäftsinhaber zahlungsfähig sei. Das Statut fordere außerdem zu Denunciationen heraus. Daß ein Unterschied gemacht werden solle zwischen eingetragenen und nicht eingetragenen Firmen, sei nicht richtig, denn das Publicum werde nicht verstehen, weshalb die eine Firma den Namen des Inhabers tragen müsse und die andere nicht. Es müßte deshalb bei den ersteren Firmen vermerkt werden, daß sie eingetragen seien. Er könne für das Statut nicht stimmen, weil er ihm keine Bedeutung beizumessen vermöge.

Herr Rathe möchte nochmals ersuchen, das Statut abzulehnen. Dasselbe greife zu sehr in die privatrechtlichen Verhältnisse ein und schädige die Mitbürger insofern, als bei dem Verkauf von nicht eingetragenen Firmen, welche ab und zu ein recht gutes Renommé haben, durch Veränderung der Firma die Zugkraft verloren gehe und dann bei Todesfällen nicht der wahre Werth des Geschäftes bezahlt werde, so daß man hierdurch unter Umständen die Erben empfindlich schädige. (Schlußrufe.) Es liege demnach eine directe Schädigung bei dem Verkaufe von Geschäften vor. Wenn man das Statut aber doch annehmen wolle, so beantrage er, wenigstens zu beschließen, daß sämtliche Firmen den Namen des Inhabers auf dem Schilde führen müssen.

Herr Wolff ist der Ansicht, daß der letztere Antrag zu weit gehe, weil eine Grenze zwischen eingetragenen und nicht eingetragenen Firmen gezogen werden müsse. Bei den eingetragenen Firmen könne man durch das Firmenregister den Inhaber erfahren, aber bei den nicht eingetragenen tappe man im Dunkeln. Jeder Anwalt mache die Erfahrung, daß häufig im Januar die Ehefrau, im Februar die minderjährige Tochter, im März wieder die Ehefrau Inhaberin des Geschäftes sei. Solche Mängel finden sich aber in der ganzen Welt.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Herren Stadtrath Heymann und Lord wird die Berathung geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Dabei nimmt die Versammlung den §. 1 nach dem Vorschlage der Statutencommission an und lehnt damit den Antrag Rathe ab. Auch die übrigen Paragraphen gelangen in der Fassung der Statutencommission mit den Anträgen Wolff zur Annahme und wird sodann auch das Statut im Ganzen mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Der Statutenentwurf hat somit folgenden Wortlaut erhalten:

§. 1. Die Inhaber eines offenen Geschäftslocals sind verpflichtet, an diesem die Bezeichnung ihrer eingetragenen Firma, und zwar nach ihrer Wahl mit oder ohne Zufügung ihrer bürgerlichen Namen, und in Ermangelung einer eingetragenen Firma ihre Namen unter voller Angabe der Rufnamen straßenwärts in deutlich lesbare Schrift anzubringen.

§. 2. Enthält die Aufschrift neben der eingetragenen Firma oder in Ermangelung einer solchen die bürgerlichen Namen minderjähriger Inhaber, so muß diese Eigenschaft aus der Aufschrift unzweideutig hervorgehen.

§. 3. Die den bestehenden Vorschriften entsprechende Aufschrift ist bei Eröffnung des Geschäftslocals sofort, bei einem Wechsel des Inhabers spätestens innerhalb einer Woche, bei einem Wechsel in Folge Todesfalls innerhalb eines Monats anzubringen. Die Erstreckung dieser Fristen kann auf Antrag seitens der Herzoglichen Polizeidirection erfolgen.

§. 4. Bestehende Geschäfte haben den Vorschriften dieses Statuts innerhalb eines Monats nach dessen Inkrafttreten nachzukommen.

§. 5. Verantwortlich für die Befolgung der in diesem Statute gegebenen Vorschriften ist außer den Inhabern des Geschäfts auch Derjenige, welcher die Verwaltung führt.

§. 6. Zuwiderhandlungen gegen dieses Statut werden mit Geldstrafe bis zu 60 M oder 14 Tagen Haft geahndet.

§. 7. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Geschäftsbetriebe des Staates und der Stadt keine Anwendung.

### III. Gesuch wegen Abfuhr des Kehrichts und Aufstellung von Laternen an der Salzdhumerstraße.

Die Besitzer der Häuser N. 62—68 an der Salzdhumerstraße bitten die Versammlung, dahin wirken zu wollen, daß vor ihren Häusern 2—3 Petroleumlaternen aufgestellt und auch die Müllansammlungen aus ihren Haushaltungen durch die städtischen Wagen abgefahren werden.

Wie Herr Halle berichtet, kann die Statutencommission beide Anträge zur Zeit nicht zur Annahme empfehlen. Was zunächst die Abfuhr des Hauskehrichts anlangt, so habe sich die Straßenreinigungsdeputation schlüssig gemacht, dem Gesuche vorläufig nicht zu willfahren, weil die Grundstücke ganz isolirt und von den übrigen Häusern weit entfernt liegen, sie auch so groß seien, um auf denselben den Kehricht recht gut unterbringen zu können. In Betreff der Beleuchtung sei zu erwägen, daß alljährlich zu Anfang des Finanzjahres ein Etat über die zu verbrauchenden Flammen aufgestellt werde und das Gesuch bei Aufstellung des

nächsten Stats geprüft werden könne. Es werde daher Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Herr Affmann ersucht, dem Gesuche stattzugeben, da die Leute sich in einer traurigen Lage befinden und doch wenigstens ihren Kehrriht müßten loswerden können. Zu den vielen Klagen der Anwohner von Interessentenschafts- und Privatwegen habe sich in den letzten Tagen noch die Mär gesellt, daß es einem Anwohner verwehrt sei, seinen Fußweg selbst in Ordnung zu bringen. Das sei doch wirklich ein starkes Stück und man müsse sich wundern, daß solche Leute städtische Steuern zu zahlen haben.

Herr Bürgermeister Metemeyer macht darauf aufmerksam, daß es sich um die fast am Pulverthurme liegenden Häuser handle, bis zu welchen unmöglich die städtische Abfuhr und Beleuchtung ausgedehnt werden könne.

Herr Bültemann will noch besonders betonen, daß die Leute große Acker besitzen, auf welchen sie ihren Kehrriht bequem unterbringen können, während die Anwohner diesseits der Eisenbahn kein Land bei ihren Häusern haben. Wenn man dem Gesuche stattgebe, würden auch die Anwohner des Lämmchenteiches und der Eisenbütlerstraße mit einem gleichen Gesuche hervortreten.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

#### IV. Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Fischerei.

Der Pächter der Fischerei in der Oker unterhalb der Stadt, Schornsteinfegermeister Meyer, dessen Pachtvertrag noch bis zum 31. März 1900 läuft, hat gebeten, das mit ihm bestehende Pachtverhältniß um weitere 6 Jahre schon jetzt zu verlängern, da er junge Fischbrut in die z. B. sehr fischarme Oker zu setzen beabsichtige, hierzu aber nur dann schreiten könne, wenn er sicher sei, die sich daraus ergebenden Vortheile selbst genießen zu können. Der Magistrat giebt anheim, dem Antrage unter der Bedingung zuzustimmen, daß das Pachtgeld vom 1. April 1900 bis zum 31. März 1906 von 75 M auf 150 M jährlich erhöht werde.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele beantragen, den Magistratsvorschlag abzulehnen, da inzwischen schon viel günstigere Pachtgebote gemacht seien.

Nachdem auch Herr Affmann für die Ablehnung der Vorlage eingetreten war,

wird dieselbe von der Versammlung verworfen.

#### V. Erweiterung des Wasserrohrnetzes vor dem Wilhelmithore.

Zur besseren Wasserversorgung der Frankfurterstraße und des angrenzenden Stadttheiles hat die Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke empfohlen, die Auswechselung des in dem Straßenzuge Wilhelmithorpromenade—Ferdinandstraße—Gammannstraße—Frankfurterstraße bis zur Ebert-

straße gelegenen 100, bezw. 80 mm weiten Wasserrohres gegen ein solches von 200 mm Weite, sowie die Belegung des noch nicht ausgebauten Theiles der Ebertstraße bis zur Bahnhofstraße mit einem 100 mm weiten Wasserrohre vorzunehmen. Auch wird befürwortet, an vier verschiedenen Stellen, zur besseren Ausnutzung des 200 mm weiten Rohres bei Feuergefähr, statt der bisher üblich gewesenen 80 mm weiten Unterflurhydranten, Oberflurhydranten von 100 mm Lichtweite einzubauen. Der Magistrat giebt anheim, diesen Anträgen zuzustimmen und zu solchem Zwecke 13 563 M und 1245,80 M zu bewilligen.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, genehmigt.

#### VI. Verzichtleistung auf eine Servitut am Bültemann'schen Grundstücke.

Der Kunstgärtner August Bültemann hat gebeten, die auf einem Theile seines an der Ottmerstraße gelegenen Grundstücks zu Gunsten der Stadt ruhende Servitut, wonach die besagte Fläche nicht bebaut werden darf, fallen zu lassen. Der Magistrat ersucht, dem stadtseitigen Verzicht auf die betr. Servitut unter der Bedingung zuzustimmen, daß Herr Bültemann mit dem zu errichtenden Gebäude um 2,30 m von der Grenze des städtischen Schulgrundstücks entfernt bleibt.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, wird dem Verzicht zugestimmt, da die dort geplante Straßenabzweigung in Wegfall gekommen ist.

#### VII. Antrag Wolters und Gen.: Ausbau des östlichen Theiles der Elmstraße.

Wie Herr Bültemann berichtet, hat die Baucommission diesen in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 202 des Berichts — eingehend erwogen und ist dabei nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß stadtseitig ein Bedürfnis vorliege, diesen Theil der Straße auszubauen, weil die an der nördlichen Seite der Elmstraße wohnhaften Anlieger absolut gar kein Interesse an dem Ausbau der Straße haben. Einzelne der Anlieger seien bisher der Meinung gewesen, daß sie Straßenbaukosten nicht zu zahlen hätten; als man dieselben aber auf das Unrichtige ihrer Meinung aufmerksam gemacht habe, hätten sie erwidert, daß man sie dann nur gleich ins Armenhaus bringen, oder mit dem Straßenbau verschonen solle. Da an dem Ausbau also nur die Herren Grabbe und Reiners Interesse haben, so beantrage die Baucommission, folgendem Beschlusse zuzustimmen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, den Ausbau der fraglichen Straße unter der Bedingung in Aussicht zu stellen, daß die hauptbetheiligten Anlieger Grabbe und Reiners die Kosten des Ausbaues auf so lange gänzlich übernehmen, bis die Stadtverwaltung er-

kärt, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo sie selbst den Ausbau vorgenommen haben würde, bezw. bis ein Besitzwechsel oder eine anderweitige Bebauung der Grundstücke auf der Nordseite der Straße eingetreten ist".

Ein Bedürfniß zum stadtseitigen Ausbau des Straßentheiles werde voraussichtlich erst dann eintreten, wenn der Ostbahnhof als Haupt-Güterbahnhof ausgebaut sein werde. Namens der Baucommission bitte er um Genehmigung dieses Antrages.

Herr Koch steht ganz auf dem Standpunkte der Baucommission. Sofern der Ausbau einer Straße nicht unbedingt nöthig sei, solle man denselben noch unterlassen, um nicht den Anliegern die enormen Straßenbaukosten aufzubürden. Wenn der Magistrat solchen Anliegern auch möglichst entgegenkomme, so bleibe den Leuten die Ausgabe doch ein Klotz am Beine. Man dürfe nicht zu viele Straßen aufschließen wollen, denn in der Umgebung der Heinrichstraße sei ein Complex abgeschlossen, auf dem noch 50 000 Menschen wohnen könnten.

Nachdem sich Herr Wolters mit der Erledigung seines Antrages in der von der Baucommission vorgeschlagenen Form einverstanden erklärt hatte, wird der Commissionsantrag angenommen.

#### VIII. Entlastung der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke für 1894/95.

Der Magistrat überreicht die Berichte der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke über die Verwaltung der Lichtwerke und der Wasserwerke während des Finanzjahres 1894/95, sowie je einen Rechnungsabschluß mit dem Anheimgeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction wegen dieser Verwaltung Entlastung ertheilt werde.

Die Vorlage ist von der Finanzcommission geprüft worden und berichtet Namens derselben Herr Hauswaldt: Es werde den Mitgliedern der Versammlung an der Hand der sehr werthvollen, interessanten und sehr übersichtlichen Aufzeichnungen leicht geworden sein, sich in die ganze Verwaltung der beiden Werke hineinzufinden und sich klar zu werden über die Prosperität derselben.

Was zunächst den Bericht über das Gaswerk anlange, so befinde sich auf Seite 12 ein Vermögensnachweis, der durch das Alter der Gewohnheit nicht besser geworden sei. Da die dort aufgeführten Zahlen zu Täuschungen führen könnten, so solle der Nachweis in Zukunft ganz fortbleiben. Das dort aufgeführte „freie Vermögen“ sei nur eine Addition vom Abschreibungs-, Reserve- und Betriebsfondsconto. Die Finanzcommission schlage vor, die Entlastung zu ertheilen unter folgenden Bedingungen:

- 1) das Reservefondsconto unter den „Verpflichtungen“ werde bis auf 94 941,20 M dem Abschreibecoonto zugeführt. Diese Umbuchung erscheine wegen der besseren Uebersichtlichkeit nothwendig,

- 2) das Erneuerungssconto sei bis auf 97 100,<sup>25</sup> M herunterzuschreiben, so daß hiervon 42 904,<sup>36</sup> M auf das Abschreibesconto übertragen werden,
- 3) das nunmehr 2024 672,<sup>84</sup> M betragende Abschreibesconto werde sodann auf die Positionen 1—5 unter den „Activen“ abgesetzt, so daß diese in Zukunft mit 1513 573,<sup>57</sup> M aufgeführt werden,
- 4) die beiden Conten „Stadtcassen-Reservefonds und Erneuerungsfonds“ werden in Zukunft mit dem Saldo in die Rechnung eingestellt, welchen der Abschluß der Stadtcasse ergebe.

Persönlich sähe er gern, wenn mehr als 7800 M, welche von der Obligationen-anleihe amortisirt werden, abgeschrieben würden, obwohl eine Verpflichtung dazu noch nicht vorliege. Da es jedoch wünschenswerth erscheine, den Verdienst zu behalten, so wolle er trotz des erzielten günstigen Abschlusses einen weiteren Antrag nicht stellen.

Die Decharge für die Verwaltung des Gaswerkes wird darauf unter Genehmigung der commissionsseitig gestellten Bedingungen ertheilt.

Hinsichtlich des Berichtes über das Wasserwerk liegen die Verhältnisse ähnlich, so daß der Vermögensnachweis auf Seite 13 ebenfalls wegfallen werde. Einige Posten der Bilanz verstehe man nicht ohne Weiteres. So finde sich unter den „Activen“ ein Posten von 10 000 M für die Aufschließung von Quellwasser. Dieser Posten sei dahin zu verstehen, daß das Wasserwerk eine Forderung in dieser Höhe auf die demnächst aufzunehmende Anleihe zur Erschließung von Quellwasser haben werde, weil es diese Summe zu dem bezeichneten Zwecke verausgabt habe. — Auch in diesen Conten sei der Reservefonds unter den „Verpflichtungen“ mit 631 027,<sup>10</sup> M buchnäßig weit herausgewachsen über die Summe, welche der Reservefonds in den „Beständen“ mit 19 225,<sup>13</sup> M aufweise. Die Finanzcommission schlage deshalb vor, die Decharge nur unter folgenden Bedingungen zu ertheilen:

- 1) vom Reservefondsconto sind 611 801,<sup>97</sup> M auf das Abschreibesconto zu übertragen,
- 2) vom Gewinn- und Verlustconto sind weitere 20 000 M zu dem Abschreibesconto zu verbuchen, so daß Gewinn- und Verlust-Conto noch 49 450,<sup>36</sup> M aufweisen,
- 3) das nun 1 665 127,<sup>61</sup> M betragende Abschreibesconto ist vom Conto 1—7 abzusetzen, so daß noch 1502 066,<sup>17</sup> M verbleiben.

Schließlich spreche die Finanzcommission noch die Bitte aus,

- 1) daß in der nächsten Jahresbilanz der Posten „Stadtcassen-Reservefonds“ mit dem Saldo, welchen die Bücher der Stadtcasse aufweisen, übereinstimmt,
- 2) daß der Schuldposten „Stadtcassenanleihe I“ mit 90 550 M, welcher bisher nicht amortisirt wird, ferner mit amortisirt werden möchte.

Unter Anerkennung dieser Bedingungen stimmt die Versammlung der Ertheilung der Decharge zu.

#### IX. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Hanfischen Geschichtsverein.

Der Vorstand des Hanfischen Geschichtsvereins in Lübeck hat gebeten, den ihm bislang gewährten Jahresbeitrag von 150 M. entsprechend zu erhöhen, da der Verein bei den sich gesteckten großen Aufgaben mit erheblichen Lasten zu kämpfen habe. Der Magistrat empfiehlt, den Beitrag vom kommenden Finanzjahre ab bis auf Weiteres auf 300 M. zu erhöhen.

Namens der Statutencommission empfiehlt Herr Engelbrecht, dem Antrage stattzugeben, da auch die übrigen alten Hansestädte sich zu einer Erhöhung ihres Beitrages verstanden haben und gerade Braunschweig ein hohes Interesse an den Forschungen besitze.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

#### X. Auswechsellung der Gasröhren in der Reichenstraße.

Es ist erforderlich geworden, die Reichenstraße mit weiteren Gasröhren zu versehen. Die Direction der städt. Licht- und Wasserwerke empfiehlt demzufolge, die dort liegenden, 50 und 80 mm weiten Röhren gegen solche von 125 mm Weite auszuwechseln und beantragt der Magistrat, die anschlagsmäßigen Kosten dieser Auswechsellung mit 2407,10 M. zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

#### XI. Wahl einer gemischten Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Canalsteuerbeiträgen.

In Folge der stadtseitigen Uebernahme der innerhalb des Stadtgebiets gelegenen Strecken der Staatsstraßen ist die Grundlage für die Einschätzung der gewerblichen Etablissements zu besonderen Wegegeldbeiträgen eine wesentlich andere geworden. Bis auf zwei Straßen (die Eisenbüttler- und die Helmstedterstraße jenseits der Eisenbahn) kommen für die Beurtheilung der Frage, ob und event. wie hoch ein einzelnes Etablissement zu Beiträgen der fraglichen Art zu veranlassen sei, jetzt die sämtlichen außersstädtischen Wege in Betracht. Da überdies schon seit längerer Zeit Zweifel darüber aufgetaucht sind, ob die Bemessung jener Beiträge nach der Entfernung des einzelnen Betriebes von der Innenstadt einerseits und der Menge der an- und abgefahrenen Waaren und Producte andererseits als sachgemäß zu erachten sei, so erscheint es dem Magistrate angezeigt, eine völlig neue Veranlagung eintreten zu lassen. Der Magistrat empfiehlt nun, da die Einschätzung seitens der städtischen Behörden erfolgen soll, hiermit eine aus zwei

Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten bestehende gemischte Deputation zu betrauen, und die erforderliche Wahl vorzunehmen. — Außerdem hat sich im Laufe der Zeit das Bedürfniß nach einer allgemeinen Revision der Extrabeiträge der gewerblichen Etablissements zur Canalsteuer herausgestellt, und beabsichtigt der Magistrat weiter, auch für diese Veranlagung die erforderliche Grundlage durch eine seitens derselben Deputation vorzunehmende Einschätzung zu beschaffen.

Die Statutencommission kann nach dem Berichte des Herrn Halle nur empfehlen, diesen Vorschlägen zuzustimmen, da es wünschenswerth erscheine, daß die anderweite Veranlagung von einer Deputation vorgenommen werde. Als Mitglieder der Deputation wurden die Herren Bültemann, Ebeling, Südel, Löschigt und Wolters vorgeschlagen.

Herr Südel bittet, von seiner Wahl abzusehen und dafür Herrn Schmidt zu wählen.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der Magistratsvorlage einverstanden und wählt durch Zuvuf die Herren Bültemann, Ebeling, Löschigt, Schmidt und Wolters zu Mitgliedern der gemischten Deputation.

## XII. Ausbau der Straße „am Hopfengarten“.

In Sachen, betr. den Ausbau des Hopfengartens haben jetzt auch die beiden Anlieger Wendeborn und Haars ihre früheren Forderungen ermäßigt und zwar der Kaufmann Wendeborn auf die seitens der Sachverständigen ermittelte Summe von überhaupt 8740 M mit der Maßgabe, daß er zu den Straßenkosten einsteuere nur 1000 M beitrage, während der Rest auf das Grundstück eingetragen und erst, wenn dieses in andere Hände übergehe oder neu bebaut werde, gezahlt werden solle. Der Schlachtermeister Haars will der Stadt insofern entgegenkommen, als er sich mit einer Entschädigung von 175 M für den in Wegfall kommenden Brunnen und mit einem hölzernen Stacket zufrieden erklärt, sich auch erboten hat, gegen Zahlung einer Grundentschädigung von 25 M pro qm alle an seinen Gebäuden erforderlich werdenden Aenderungen auf eigene Kosten ausführen zu lassen. Da nach Lage der Umstände diese Forderungen zugestanden werden können, so hat der Magistrat mit den beiden Anliegern einen entsprechenden Vertrag geschlossen und ersucht derselbe, der Ausführung des schon früher vorgelegten Projectes zuzustimmen.

Wie Herr Bültemann berichtet, hat die Baucommission nunmehr einstimmig beschlossen, die Genehmigung des Projectes zu empfehlen.

Herr Rieke würde es für richtig halten, die Vorlage jetzt noch einmal abzulehnen, weil er glaube, die Herren würden mit ihren Forderungen noch weiter heruntergehen; er habe sogar ganz sicher erfahren, daß dieselben bereit seien, ihre Forderungen noch mehr zu ermäßigen. Trotzdem aber wolle er einen Antrag



nicht stellen, er meine jedoch, daß derartige hohe Forderungen stets abzulehnen seien, weil die städtischen Behörden verpflichtet seien, die Mitbürger bei der Stellung von Forderungen noch richtig zu erziehen und ihnen beizubringen, daß sie unter Umständen auch einmal ein Opfer zu bringen haben und vor allen Dingen auf die Steuerzahler Rücksicht nehmen müssen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

### XIII. Aufnahme eines Processes wegen der Maschstraße.

Der Oberlehrer Dr. Brandes hat gegen die Stadtgemeinde eine Klage auf Rückzahlung von 2676,77 M Straßenkosten nebst Zinsen erhoben. Dem Antrage des Magistrates, die Aufnahme dieses Processes zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

### XIV. Aenderung des Ortsbauplanes für die Hagenstraße.

Da die Einmündung der Hagenstraße in die Humboldtstraße wegen des an der Einmündungsstelle entstehenden spitzen Winkels nicht als eine sehr glückliche bezeichnet werden kann, so hat die städtische Bauverwaltung eine anderweitige Einmündung der Hagenstraße in den Ortsbauplan eingetragen, bei welcher die Hagenstraße im rechten Winkel in die Humboldtstraße einmündet. Der Magistrat ersucht, der Verschiebung der nördlichen Theilstrecke der Hagenstraße nach Westen um 14 m zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Meyerhoff den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

### XV. Aenderung und Ergänzung des Ortsbauplanes für die Goslarsche Straße.

Das Stadtbauamt hat die Aenderung des Ortsbauplanes für einen Theil der Goslarschenstraße nördlich der Klosterstraße für erforderlich erachtet und giebt der Magistrat anheim, dieser Aenderung zuzustimmen.

Der Antrag wird namens der Baucommission von Herrn Nieß befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

### XVI. Ermäßigung des Zinsfußes für Hypothekencapitale.

Der Eigenthümer Friß Lampe hat gebeten, ihm den Zinsfuß seines Hypothekencapitales von 25 000 M auf 4% zu ermäßigen. Vom Magistrate wird ersucht, diesen Antrag zu genehmigen und außerdem ihm die Ermächtigung zu erteilen, auf Antrag eine gleiche Herabsetzung des Zinsfußes bezüglich sonstiger der Stadtgemeinde oder dem Kreisfonds zustehender Hypothekforderungen selbstständig eintreten zu lassen.

Wie Herr Südel berichtet, unterstützt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage mit der Maßgabe, daß an Stelle der Versammlung die Finanzcommission gutachtlich über derartige Anträge zu hören sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt bei der Fassung eines derartigen Beschlusses voraussetzen zu dürfen, daß die Mitglieder der Finanzcommission ihre Meinung über solchen Antrag auch schriftlich abgeben können, weil sonst dem Magistrate mit dem Beschlusse nichts genügt sei. (Zustimmung.)

Die Magistratsvorlage wird sodann nach dem Antrage der Finanzcommission genehmigt.

#### XVII. **Bauliche Veränderungen im Feuerlöschgebäude.**

Auf Antrag des Branddirectors Weidlich sollen am Feuerlöschgebäude folgende Aenderungen vorgenommen werden: 1) die Herstellung eines besonderen Raumes für die Chargirten; 2) die Schaffung eines Magazins für Materialien und Geräthe, sowie eines Arbeitsraumes für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr, und 3) der Umbau des Pferdebestalles. Der Magistrat hat sich mit diesen Aenderungen einverstanden erklärt und ersucht, die entstehenden Ausgaben mit zusammen 1325 M in den nächstjährigen Etat einstellen zu dürfen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet, zustimmt.

#### XVIII. **Legung eines Gasrohrs an der Salzdhumerstraße.**

Da die Druckverhältnisse auf der oberen Strecke der Wolfenbüttlerstraße von der Leisewitzstraße ab nicht ausreichend sind, so ersucht der Magistrat, der Legung eines Gasrohrs in der Salzdhumerstraße unter Verbindung mit dem Gasrohre in der Kiebestraße zuzustimmen und die anschlagsmäßigen Kosten hierfür mit 572,70 M zu bewilligen. Durch ein solches Verbindungsrohr wird dem oberen Theile der Wolfenbüttlerstraße mehr Gas zugeführt werden.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Südel berichtet, angenommen.

#### XIX. **Aufnahme eines Processes wegen der Gertrudenstraße.**

Der Holzhändler August Zimmermann hat gegen den Magistrat eine Klage wegen der Zahlung von Straßenbaukosten an der Gertrudenstraße erhoben und wird die Versammlung ersucht, die Aufnahme dieses Processes zu genehmigen. Es handelt sich darum, daß der Kläger glaubt, nicht verpflichtet zu sein, einen Antheil zu den Baukosten der Gertrudenstraße zu tragen.

Wie Herr Wolff berichtet, stellt sich die Statutencommission in dieser Sache auf den Standpunkt des Magistrates. Es handle sich wesentlich um die Frage,

ob dann, wenn ein mit einem anderen Grundstück zu einer wirthschaftlichen Einheit verbundenes Grundstück ein besonderes Grundbuchfolium habe, also im Grundbuche als ein besonderes Grundstück behandelt werde, dem Eigenthümer desselben eine Beitragspflicht zu den Straßenbaukosten mit Rücksicht auf die Bebauung des anderen Grundstücks erwachse, oder nicht. Seitens des preussischen Verwaltungsgerichtshofes sei eine der Stadt günstige Entscheidung ergangen, so daß von diesem Standpunkte aus Herr Zimmermann als Eigenthümer des an der Salzdhahumer- und der Gertrudenstraße gelegenen wirthschaftlich einheitlichen Grundstücks verpflichtet sein würde, auch für die Gertrudenstraße die Straßenbaukosten zu zahlen, obwohl der bezüglich, auf besonderem Folium stehende Grundstückstheil noch nicht bebaut sei. Es werde daher anheimgegeben, die Aufnahme des Processus gutzuheißen, was geschieht.

## XX. Aenderweite Verrechnung der Gewinne des Gas- und Wasserwerkes.

Die Mittel zu den Aufwendungen für den Neubau von Bürgerschulen werden wegen deren in kurzen Zwischenräumen erfolgender Wiederkehr nicht auf dem Wege der Creditbenutzung beschafft, sondern den Betriebsgewinnen der Gas- und Wasserwerke entnommen, und in dem Extraordinarium des Stats verrechnet. Da gegen die Beibehaltung dieser Rechnungseinrichtung verschiedene Umstände sprechen, so hält der Magistrat für zweckmäßig und beantragt zu beschließen, daß in der Einrichtung des Stadthaushaltsplanes folgende Aenderungen einzutreten haben:

- 1) Die Gewinne des Gaswerks und des Wasserwerks werden fortan nicht beim Extraordinarium der Cämmereicasse vereinnahmt, sondern in einem Anhang zu den Jahresrechnungen über die Verwaltung der Erneuerungs- und Reservefonds dieser Werke und gleich den genannten Fonds als gesondertes Vorrathsvermögen verwaltet.
- 2) Dieses Vorrathsvermögen dient in erster Linie zur Bestreitung der Kosten von Bürgerschulbauten. Ueber Vorrathsbestände, welche zu dauernder Deckung dieser wiederkehrenden Baubedürfnisse entbehrlich sind, verfügen die städtischen Behörden nach Bedarf zur Befriedigung solcher ertraglosen einmaligen Einrichtungen, die nicht aus Nothwendigkeit oder unter dem Gesichtspunkte erheblicher Nützlichkeit geschaffen werden müssen, aber zur Förderung der Entwicklung der Stadt und ihrer Wohlfahrt wünschenswerth sind.
- 3) Die Aufwendungen für den Neubau von Bürgerschulen werden aus dem Ordinarium der Cämmereicasse bestritten.
- 4) Aus dem angesammelten Vorrathsvermögen werden diejenigen Summen, die in dem betreffenden Rechnungsjahre für den Neubau von Bürgerschul-

bauten aufgewandt worden sind, an das Ordinarium der Cämmereicasse abgeführt; wogegen

- 5) diejenigen Summen, die aus dem Vorrathsvermögen zur Erfüllung einmaliger außerordentlicher Zwecke bewilligt und verausgabt worden sind, durch Ueberweisung an das Extraordinarium der Cämmereicasse zur Verrechnung gelangen“.

In der Voraussetzung, daß diese Anträge von der Versammlung zum Beschlusse erhoben werden, beantragt der Magistrat, unter eingehender Begründung, weiter, die Ertheilung der Zustimmung dazu,

daß das Extraordinarium der Cämmereicasse von dem zu 66 940,87 M. ermittelten Theile der seit 1881 aus dem Ordinarium empfangenen Ueberweisungen bis zu deren Gesamtbetrage diejenige Summe an das Ordinarium der Canalbaukasse abführe, die sich beim Abschlusse der letzteren für 1895/96 als deren Fehlsomme ergeben werde.

Die bestimmungsmäßig an das Extraordinarium der Cämmereicasse abzuliefernden Betriebsgewinne des Gas- und des Wasserwerks aus dem Vorjahre betragen in Wirklichkeit 244 876,32 M. — während diese Gewinne nur mit 105 600 M. etatisirt waren —, so daß, bei Innehaltung des etatsmäßigen Ausgabepostens für Bürgerschulbauten von 100 000 M., eine Summe von 144 876,32 M. beim diesjährigen Rechnungsabschlusse verfügbar bleiben wird. Der weitere Antrag des Magistrates geht nun dahin, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären,

daß die in das diesjährige Extraordinarium mit zusammen 244 876,32 M. abgeführten Gewinne am Jahreschlusse nach vorgängigem Abzug des alsdann sich ergebenden, mit 100 000 M. etatisirten diesjährigen Aufwandes für Bürgerschulbauten, dem neu zu bildenden Vorrathsfonds für derartige Bauten überwiesen werden.

Die Vorlage ist von der Finanzcommission eingehend durchberathen und läßt dieselbe durch Herrn Südel die Annahme der gesammten Vorlage empfehlen. Dabei werde indessen der Wunsch ausgesprochen, daß die Summen der Betriebsüberschüsse in einer besonderen Anlage aufgeführt werden, um alle Zeit deren Höhe leicht übersehen zu können. Die Fehlbeträge der Canalbaukasse seien — wie auch in der Magistratsvorlage ausgeführt worden — hauptsächlich dadurch entstanden, daß eine große Anzahl von Canälen gebaut seien, ohne daß bislang ein Anschluß der betr. Häuser stattgefunden habe, auch sei das ganze Canalnetz weit größer ausgeführt worden, als man ursprünglich angenommen habe.

Herr Hauswaldt ist von dem ersten Theile der Vorlage sehr sympathisch berührt worden, da er seit Jahren eine Ueberführung der Betriebsüberschüsse und der Schulbaukosten in das Ordinarium angestrebt habe. Dagegen wünsche er, daß in den Aenderungsvorschlägen des Magistrates unter 2 die Worte „nach Bedarf . . .“

bis zum Schlusse gestrichen werden, um zu erreichen, daß die zu Schulbauten nicht erforderlichen Beträge dieses Fonds in das Ordinarium zurückfließen, und hierdurch die Bürgerschaft entlastet werde. Bei der jetzigen ungünstigen Finanzlage der Stadt müsse man bei den Ausgaben recht vorsichtig sein und dürfe nicht ohne Weiteres einen Fonds für nicht nothwendige, wenn auch angenehme Ausgaben schaffen. Er bitte um Annahme dieses Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, der Wunsch des Herrn Hauswaldt würde voraussetzen, daß die vor längeren Jahren getroffene Vereinbarung der städtischen Behörden, nach welcher die Ueberschüsse zu außerordentlichen Ausgaben Verwendung finden sollen, aufgehoben würde. Durch eine solche Aenderung würde auch der Stadt ein wesentlicher Nutzen nicht geschaffen werden, weil ein Theil der Ueberschüsse immer nur sporadisch als unbedenklich verfügbar könnte überwiesen werden und 5—10 Jahre hingehen könnten, ohne daß eine Ueberweisung vorkomme. Gegen die von Herrn Hauswaldt beantragte Streichung eines Theils der Aenderungsvorschläge des Magistrats habe er nicht viel zu erinnern und glaube er auch, daß sich der Magistrat damit wohl einverstanden erklären werde. Nur das Eine wolle er dagegen erinnern, daß die verfügbar werdenden Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke nicht zu außerordentlichen Zwecken, welche nothwendig erfüllt werden müssen und die unbedenklich durch eine Anleihe zu beschaffen seien, verwendet werden möchten, sondern daß man den Fonds reserviren wolle für Verschönerungszwecke, wie beispielsweise die Krönung der Kaiser-Wilhelmsbrücke, die Aufstellung der Ruine im Stadtpark zc. Vor solchen Ausgaben müsse man nothwendig zurückschrecken, wenn nicht ein derartiger Fonds zur Verfügung stehe.

Herr Fiedel bedauert, daß Herr Hauswaldt diesen Standpunkt nicht schon in der Finanzcommission vertreten habe. Diese sei einstimmig der Ansicht gewesen, an dem früheren Programm festzuhalten und die Ueberschüsse nicht in das Ordinarium zurückzuführen, sondern aus ihnen solche Wünsche zu bestreiten, welche nicht gerade nothwendig, aber doch im Interesse der Bürgerschaft wünschenswerth seien. Er bitte um Annahme der Vorlage nach den Commissionsbeschlüssen, welche bei der dann folgenden Abstimmung auch beschloffen wird.

## XXI. Neubau eines Wohnhauses auf dem städtischen Wirthschaftshofe.

Auf Antrag der Straßenreinigungs-Deputation soll auf dem an der Taubenstraße gelegenen städtischen Wirthschaftshofe ein neues Wohnhaus errichtet werden, in welchem sich zwei größere Schlafräume für je 12 Betten, ein Zimmer für die Verwaltung und eine Dienstwohnung für den Marstallverwalter befinden sollen. Nach dem von der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Kostenanschlage soll dieses Gebäude auf 19 500 M zu stehen kommen. Der Magistrat muß die Errichtung

des Gebäudes für erforderlich halten und empfiehlt, der Ausführung desselben zuzustimmen, sowie für diesen Zweck 19 000 M zu verwilligen.

Die Baucommission läßt durch Herrn Kiefe die Genehmigung der Vorlage empfehlen. Es sei als ein besonderer Vortheil für die Stadt anzusehen, daß sie nach der Fertigstellung des Gebäudes größere Vorräthe von Heu und Stroh einkaufen und lagern könne, wodurch sich jedenfalls günstigere Preise würden erzielen lassen.

Auf die Anfrage des Herrn Seele, weshalb nicht auch ein Wassercloset in dem Gebäude vorgesehen sei, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß in der oberen Etage, welche die Familienwohnung aufzunehmen habe, ein Closet vorgesehen sei. Für die untere Etage, welche nur Schlafräume für die Mannschaften enthalte, erscheine es dem Magistrate nicht nöthig, ein Wassercloset anzulegen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XXII. Finanzielle Verwaltung des Kieselgutes.

Bei Aufstellung eines Etats über Einnahme und Ausgabe der auf Beschluß der städtischen Behörden vom 31. October 1895 zum 1. April 1896 in die laufende Verwaltung überzuführenden Kieselgutcasse hat die Kieseldeputation empfohlen, das Kieselgut mit Einschluß des Betriebes der Pumpwerke im Jahre 1896/97 noch für Rechnung des Anlagefonds zu bewirtschaften, mithin die Ausführung des vorgedachten Beschlusses bis zum Beginn des Jahres 1897/98 zu verschieben. Zur Begründung dieses Antrages wird hervorgehoben, daß für das Rechnungsjahr 1896/97 die Ausgabe in einer den zukünftigen Bedarf übersteigenden Höhe zu etatisiren sein werde, die Einnahme dagegen hinter dem nach vollständiger Fertigstellung des Kieselguts zu erwartenden Betrage sehr erheblich zurückbleiben werde, zumal da 125 ha überhaupt noch nicht als ertragsfähig anzusehen seien. Die Versammlung wird von dem Magistrate um Zustimmung dazu ersucht, daß die Ausführung der betreffs finanzieller Verwaltung des Kieselgutes vereinbarten Einrichtung bis zum 1. April 1897 hinausgeschoben werde, und in der Zwischenzeit die Bewirtschaftung des Gutes rücksichtlich des über seine eigenen Einnahmen hinausgehenden Aufwands fernerweit zu Lasten des Anlagefonds erfolge.

Wie Herr Wolff berichtet, stimmt die Statutencommission dem Antrage zwar im Princip zu, jedoch sei ihrer Meinung nach eine vom Magistrate zu bezeichnende angemessene Quote in das Ordinarium einzustellen. Der Kieselgutbetrieb werde eine dauernde Belastung mit sich bringen, es erscheine daher angezeigt, schon jetzt eine angemessene Quote, deren Höhe dem Ermessen des Magistrates überlassen bleiben solle, in das Ordinarium einzustellen. Unter Berücksichtigung dieses Vorbehaltes bitte die Commission, die Magistratevorlage zu genehmigen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf Folgendes erwidern: Die Bedenken, welche die Commission gegen die Magistratsvorlage geltend gemacht habe, seien nicht von der Hand zu weisen. Auch der Magistrat habe dieselben seiner Zeit erwogen, er habe sich aber damals noch der Hoffnung hingegeben, den ordentlichen Cämmereikassenetat im laufenden Jahre noch in Balance halten zu können ohne eine Veränderung der Steuerertragnisse. Er habe vielmehr in Würdigung der Auseinandersetzungen der Rieseldeputation geglaubt, für diesmal noch die Bewirthschaftung des Rieselgutes außerhalb des Stats befürworten zu können, weil dasselbe, nachdem das darauf verwandte Capital in 60 Jahren amortisirt sein würde, noch Erträge liefere, dann aber auch, weil der Staat mit der Reform seiner Steuergefeßgebung umgehe, und man nicht wissen könne, welche Rückwirkung die staatliche Steuerreform auf unser Communalsteuerwesen ausüben werde. Inzwischen hätten sich aber in Folge der Zusammenstellung der in Bearbeitung befindlichen verschiedenen Special-Stats die Dinge in einem anderen Lichte gezeigt, insofern, als der Magistrat leider überzeugt sei, daß auch, wenn Neuausgaben irgend welcher Art und von irgend welchem Belange auf die Cämmereicasse nicht angewiesen werden, die Stadt doch nicht in der Lage sein werde, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen im nächsten Jahre zu bestreiten. Der Grund liege hauptsächlich im Rückgange der Steuerkraft. Man habe im nächsten Jahre nicht den bisher etatisirten Betrag als Steuer, geschweige denn irgend welchen Zuwachs zu erwarten, wie man dies bis jetzt alljährlich gehabt habe, und werde somit in die Lage versetzt, sich nach neuen Einnahmequellen umzusehen. In dieser Beziehung habe er heute Morgen im „Tageblatt“ gelesen, daß beim Magistrate die Absicht vorliegen solle, die Fehlsomme des ordentlichen Stats durch eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer zu decken. Darüber habe sich indessen der Magistrat noch nicht schlüssig gemacht. Vielleicht sei diese Zeitungsnachricht zurückzuführen auf eine Aeußerung, die er kürzlich in der Statutencommission gethan habe in dem Sinne, daß neue Einnahmequellen geschaffen werden müssen und daß es weiteren Erwägungen vorbehalten bleibe, entweder durch indirecte Steuer oder durch Erhöhung der Einkommensteuer um eine Einheit den Ausfall zu decken. Nachdem man nun vor der unangenehmen Aussicht stehe, die Einnahmequellen erhöhen zu müssen, sei er der Meinung, sie sofort in dem Maße erhöhen zu sollen, daß sie dauernd zur Bestreitung der laufenden Ausgaben hinreichen, und dazu gehöre die Aufwendung für das Rieselssystem insofern, als das Rieselgut selbst die Unkosten nicht decken könne. Im Magistrat sei man mit dem Principe des Antrags der Statutencommission einverstanden, und er würde in der Lage sein, die ganze Vorlage zurückzuziehen. Er möchte aber eine Zurückziehung der Vorlage hier nicht aussprechen, weil der Magistrat über die Ausführung des Princips anderer Ansicht sei, wie die Statutencommission. Derselbe habe gesagt, wenn einmal der ordentliche Stat, wie es grund-

sächlich ganz richtig beantragt sei, bluten solle, dann sei es angezeigt, daß das Rieselgut gleich in laufende Verwaltung genommen würde und man könne nun das Extraordinarium heranziehen zur Unterstützung der ordentlichen Verwaltung des Rieselgutes insofern, als die Einrichtung desselben im nächsten Jahre noch besondere Kosten erfordere, und auch um deswillen außergewöhnliche Zuschüsse nöthig seien, weil noch 125 Hektar des Riesellandes keine Ernte bieten. Er bitte daher, sich mit seinem Vorschlage formell einverstanden zu erklären, um eine bessere Uebersicht und eine ganz genaue Unterlage für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse zu bekommen. Finanziell verschlage es nichts, ob dieser, oder der Vorschlag der Statutencommission angenommen werde.

Herr Hauswaldt kann diesen Ausführungen nur in allen Punkten beistimmen, da er den Vorschlag der Commission für durchaus zutreffend halte.

Herr Wolff erklärt, daß man in der Statutencommission über die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sehr erfreut sei. Man habe sich denselben nicht zugewandt, weil man geglaubt habe, daß noch ein dauerndes Hinderniß dagegen vorhanden sei. Nachdem aber dieses Bedenken geschwunden sei, und der Magistrat den Vorschlag angenommen habe, könne man demselben mit großer Freude zustimmen.

Herrn Kieke scheint es mit der Verieselung nicht allzugut zu stehen. In Berlin sei man beispielsweise gar nicht in der Lage, über die Rieselgüter und selbst nicht über das besser eingerichtete und bewirthschaftete Gut mit einem Bericht vor die Deffentlichkeit zu treten, weil derselbe schlecht ausfallen und feststellen würde, daß man mit Schulden arbeiten müsse. Die Verieselung möge wohl das gesündeste Entwässerungssystem der Städte sein, aber es sei auch das theuerste System, und die Abfälle der Städte würden sich im Interesse der Landwirthschaft doch vielleicht noch besser verwerthen lassen, als es bei der Verieselung geschehe. Jedenfalls stehe die Sache in Berlin sehr schlecht und man sei gezwungen, Schulden zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Kieke daran erinnern, daß der Magistrat von Anfang an nicht geglaubt habe, das Rieselgut werde seine Kosten auch nur annähernd decken. Das Gut selbst habe ein furchtbares Geld sowohl im Erwerb wie in seiner Aptrirung gekostet. Der Magistrat habe schon im Jahre 1891 ausdrücklich erklärt, daß der ordentliche Etat der Stadtcasse jährlich 80—85 000 M. werde zuschießen müssen. Es sei in der damaligen Magistratsvorlage besonders hervorgehoben, daß es sich hierbei nicht um ein erwerbendes Institut handeln könne, sondern nur um Verbesserung der sanitären Verhältnisse. Das diese aber erzielt sei, finde man in den Monatsberichten des Prof. Dr. Blasius über den Gesundheitszustand der Stadt Braunschweig. Redner werde binnen Kurzem auch seine seinerseits aufgestellte Uebersicht der Versammlung vorlegen und nachweisen, daß die Sterblichkeit seit



1886, wo man mit der Durchführung der Canalisation begonnen habe, in hiesiger Stadt regelmäßig heruntergegangen sei. (Zustimmung.)

Die Versammlung erklärt sich darauf damit einverstanden, daß das Kieselgut vom 1. April 1896 ab in die regelmäßige Verwaltung genommen werde und im Ordinarium und Extraordinarium des Etats von diesem Zeitpunkte ab erscheine.

### XXIII. Aufnahme eines Processes wegen des Heine'schen Nachlasses.

In der Heine'schen Testaments- und Nachlassangelegenheit theilt der Vertreter des Herrn Alfred Heine in Berlin dem Magistrate mit, es werde daran festgehalten, daß das Heine'sche Testament hinfällig sei. Der Magistrat werde daher ersucht, die Feststellungsklage zu erheben.

Herr Wolff hat hierzu zu erklären, daß die Statutencommission auch jetzt noch der vollen Ueberzeugung sei, der dem Magistrate von der Versammlung empfohlene Standpunkt sei der richtige. Die Commission könne daher aus gewissenhafter Ueberzeugung nur empfehlen, den Magistrat zur Erhebung der Klage zu ermächtigen.

Die Ermächtigung wird darauf ertheilt.

### XXIV. Anfrage Günther u. Gen.: Wegeverbesserung im Hasenwinkel.

Zur Begründung der Anfrage, ob der Magistrat geneigt sei, der Versammlung eine Vorlage über die Verbesserung der Wege im Hasenwinkel zu machen, führt Herr Günther aus, daß die Anwohner des Hasenwinkels sich sehr zurückgesetzt fühlen müßten, weil ihre Wege für den Wagen- und den Fußgängerverkehr unpassierbar seien. Es gebe wohl keine Straße in der Stadt, welche sich in einem so schlechten, jeder Beschreibung spottenden Zustande befinde, wie gerade diese Straße, in welcher der Schlamm fußhoch liege. Darum müsse in Bezug auf die Verbesserung der Wege und auch der Beleuchtung dort nothwendig etwas geschehen, wenn es auch sehr schwierig sein möchte, dort etwas zu thun.

Herr Bürgermeister Kietmeyer erwidert, daß der Magistrat vollkommen derselben Ansicht sei und er in Folge dessen auch die Verwaltungsdeputation der Feldmarksinteressentenschaft Hagen — bekanntlich seit Kurzem eine der reichsten Interessentenschaften — angewiesen habe, den Weg gründlich in Stand zu setzen. Der Weg gehöre nämlich der Interessentenschaft und nicht der Stadt.

### XXV. Antrag Böschigk: Legung eines neuen Gasrohres in der Breitenstraße und Pflasterung derselben.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß das Gasrohr auf der Breitenstraße baldmöglichst durch ein

entsprechend weiteres, bis zum Bäckerklink reichendes Rohr ersetzt werde, sowie daß die Breitenstraße noch im diesjährigen Etat zur Neupflasterung und Bordquaderung vorgesehen werde“.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß an der Breitenstraße stets ein ungenügender Gasdruck herrsche, sobald im Vereinshause eine Festlichkeit begangen werde und dort viele Gasflammen angezündet seien. Das Gasrohr müßte demnach für den jetzigen Consum zu klein sein. Das Vereinshaus bezahle allein 3000 M jährlich für Gas und außerdem komme noch der große Club mit seinem erheblichen Gasconsum in Betracht. Gleichzeitig wolle er seinen Antrag auf Pflasterung der Breitenstraße wieder einbringen. Wenn auch die Straße noch Staatsstraße sei, so habe er doch in Erfahrung gebracht, daß bei schärferem Vorgehen des Magistrates die Pflasterung schneller vor sich gehen würde. (Widerspruch am Magistratsstische.) Die Calamität würde jedenfalls überall anerkannt und es wäre sehr zweckmäßig, wenn diese Staatsstraße recht bald städtische Straße würde, damit deren Pflasterung wenigstens in dem nächstjährigen Etat vorgesehen werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte Herrn Böschigt bitten, den Namen Desjenigen zu nennen, auf den er sich bei seinen Äußerungen glaube berufen zu dürfen. Der Magistrat sei sich bewußt, es an Dringlichkeit nicht habe fehlen zu lassen.

Auf die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob Herr Böschigt zur Nennung des Namens seines Gewährsmannes bereit sei, erwidert derselbe, daß er den Namen nicht nennen könne, worauf der Herr Vorsitzende bittet, derartige Dinge in öffentlicher Sitzung lieber nicht vorzutragen, wenn hinterher die Nennung des Gewährsmannes verweigert werden müsse.

Herr Böschigt erwidert, daß es sich um einen Staatsbeamten handle, der mit den Pflasterungen zu thun und geäußert habe, sie würden froh sein, wenn sie die Straßenpflasterungen los wären.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat darauf zu entgegnen, daß dieses etwas ganz Anderes sei. Die Stadt stehe mit dem Staate schon längere Zeit in Verhandlung wegen Uebernahme der innenstädtischen Straßen, um mit der Instandsetzung der letzteren schneller vorgehen zu können, jedoch bereite die finanzielle Frage große Schwierigkeiten.

Der Antrag wird sodann der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

#### XXVI. Anfrage Lange: Ausbau der Juliusstraße.

Herr Lange möchte den Magistrat um Auskunft darüber bitten, ob Aussicht vorhanden sei, daß mit dem Ausbau der Juliusstraße in diesem Frühjahr begonnen

werde. Wie in der Versammlung schon des Oefteren hervorgehoben, erscheine der Ausbau dieser Straße schon der armen Kinder wegen, welche dieselbe aus vier Schulen passiren müssen, dringend nothwendig. Obwohl der Ausbau schon in den Etat aufgenommen sei, möchte er doch wissen, wann damit eigentlich begonnen werden solle, um die vielen an ihn gerichteten Fragen beantworten zu können. Auch möchte er dem Magistrate Gelegenheit geben, in öffentlicher Sitzung zu erklären, an welchen Anliegern die Ausführung bis jetzt gescheitert sei, damit man die Widerspenstigen kennen lerne und auf sie einzuwirken vermöge.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der eine Anlieger ein Schlachter sei, der nicht geantwortet habe und gegen den das Expropriationsverfahren eingeleitet werde. Der andere Anlieger sei die reformirte Gemeinde wegen ihres Friedhofes. Es sei jedoch zu hoffen, daß das Presbyterium derselben den Vorschlag des Magistrates annehme und der Bau dann im Frühjahr beginnen könne.

Herr Lange bittet, den Ausbau auch für den Fall recht bald beginnen zu lassen, daß mit der reformirten Gemeinde ein Uebereinkommen nicht erzielt werde, da sich die eine Seite des Trottoirs auch ohne diese herstellen lasse. Die vielen Schulkinder, welche die Straße zu passiren haben, befinden sich bei dem starken Wagenverkehr stets in einer so großen Lebensgefahr, daß die Stadt verpflichtet sei, dem Uebelstande abzuhelpen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Februar 1896.

### Tagesordnung:

|       |                                                                                                            |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Ortsbauplan für die Gegend nördlich der Eichthalstraße . . . . .                                           | Seite 250 |
| II.   | Einrichtung einer Sanitätswache . . . . .                                                                  | " 251     |
| III.  | Antrag Böschigt: Auswechslung des Gasrohres in der Breitenstraße<br>und Neupflasterung derselben . . . . . | " 257     |
| IV.   | Cautionsbestellung wegen einer stadtheilig in Besitz genommenen<br>Grundfläche . . . . .                   | " 258     |
| V.    | Terrainerwerb zur Heinrich- und Hagenstraße . . . . .                                                      | " 258     |
| VI.   | Belegung eines Theiles des Bültensweges mit Wasserröhren . . . . .                                         | " 258     |
| VII.  | Terrainerwerb zur Zimmerstraße . . . . .                                                                   | " 258     |
| VIII. | Aufnahme neuer Straßen am Rautheimer Wege in den Ortsbauplan . . . . .                                     | " 259     |
| IX.   | Änderung im Pachtvertrage wegen der Räume im Altstadtrathhause . . . . .                                   | " 259     |
| X.    | Verkauf von Böschungsterrain des Wendenringes . . . . .                                                    | " 260     |
| XI.   | Mittel zur Besoldung neuer Lehrkräfte an den Bürgerschulen . . . . .                                       | " 260     |
| XII.  | Dampf-Wascheinrichtung für das städtische Pflege- und Krankenhaus . . . . .                                | " 260     |
| XIII. | Bedürfnisanstalt an der Ostseite des Hoftheaters . . . . .                                                 | " 265     |
| XIV.  | Ausbau der Heinrichstraße . . . . .                                                                        | " 268     |
| XV.   | Terrainerwerb zum Bültenswege . . . . .                                                                    | " 269     |
| XVI.  | Kosten der Goschardschenstraße südlich der Sidonienstraße . . . . .                                        | " 269     |
| XVII. | Zwangse enteignung einer Theilfläche zur Heinenstraße . . . . .                                            | " 270     |

|        |                                                                                                                                         |           |
|--------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVIII. | Verkauf einer Straßenfläche am Steinwege . . . . .                                                                                      | Seite 270 |
| XIX.   | Wahl je eines Mitgliedes der Schulcommission, des Schulvorstandes für die beiden Mädchenschulen und für die katholische Schule. . . . . | " 270     |
| XX.    | Antrag K a t h e: Uebernahme neuer Straßen . . . . .                                                                                    | " 270     |
| XXI.   | Anfrage L a n g e: Einrichtung einer Biersteuer . . . . .                                                                               | " 271     |
| XXII.  | Anfrage A l b m a n n: Religiöse Unterweisung der Dissidentenkinder . . .                                                               | " 271     |
| XXIII. | Anfrage G ü n t h e r: Milderung der Arbeitslosigkeit . . . . .                                                                         | " 273     |
| XXIV.  | Antrag R i e k e: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater .                                                                 | " 274     |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Engelbrecht, Lord und Rieß; später erscheint Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und giebt ein Magistratschreiben folgenden Inhalts bekannt: Die Versammlung hatte den Magistrat ersucht, den Fußweg an der östlichen Seite der Wolfenbüttlerstraße baldmöglichst zu reguliren. Die städtische Bauverwaltung, zum Bericht hierüber aufgefordert, erwiderte, daß es zur Feststellung der demnächstigen Höhenlage des östlichen Fußweges der Wolfenbüttlerstraße zunächst einer Entscheidung darüber bedürfe, in welcher Weise diese Straße überhaupt ausgebaut werden solle. Der östliche Fußweg befinde sich außerdem zum größten Theile und auch auf der Strecke zwischen dem Hofsäger und der Taubstummenanstalt noch im Besitze der Anlieger, sodaß zu einer Aenderung des Fußweges die Zustimmung derselben, oder eine Abtretung des Fußwegterrains an die Stadt erforderlich wäre. Bei einer Abtragung desselben würden die dort befindlichen Linden zum größten Theile niedergelegt werden müssen. Unter solchen Umständen hält es der Magistrat nicht für thunlich, schon jetzt eine Theilstrecke des Fußweges abzutragen, bezw. in Stand zu setzen, jedoch ist die Instandsetzung des ganzen Weges vom Magistrate für das nächste Rechnungsjahr beschlossen worden.

Hierauf schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

### I. Ortsbauplan für die Gegend nördlich der Eichthalstraße.

Das Stadtbauamt hat für die Gegend nördlich der Eichthalstraße einen Theilortsbauplan aufgestellt, nach welchem zwei Parallelfstraßen zur Cellerstraße von je 20 m Breite, sowie zwei bis drei gleich breite Verbindungsstraßen zwischen diesen drei Straßen projectirt werden.

Dem Antrage des Magistrates, den Theilortsbauplan gutzuheißen, schließt sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, an.

## II. Einrichtung einer Sanitätswache.

Den aus der Mitte der Versammlung und sonst aus der Bürgerschaft an den Magistrat herangetretenen Wünschen auf Schaffung von Sanitätswachen hat Letzterer insofern Rechnung getragen, als er mit dem Samaritervereine und dem ärztlichen Kreisvereine Braunschweig in Verhandlung getreten ist, indem er solche Einrichtung weniger als Aufgabe der Communalverwaltung, wie von gemeinnützigen Vereinen betrachtet. Da diese Verhandlungen indessen ein greifbares Ergebnis nicht gehabt haben, so hat der Magistrat zunächst, um einem durch Verlegung des Herzogl. Krankenhauses etwa herbeigeführten Mangel an ärztlicher Hülfe in der Innenstadt vorzubeugen, mit einer Reihe von Ärzten eine einstweilige Vereinbarung dahin getroffen, daß dieselben in allen Fällen, wo das Eingreifen eines Arztes dringlich geboten ist, die erste Hülfe gewähren. Inzwischen ist zur Kenntniß des Magistrates gekommen, daß in der Stadt Bremen die Sanitätswachenfrage eine sehr günstige Lösung durch Verbindung der Sanitätswache mit der Feuerwehr gefunden habe. Mit Rücksicht darauf, daß das alsbaldige Inslebentreten einer Sanitätswache vom Magistrate für wünschenswerth gehalten wird, ist derselbe bereit, dem Vorgehen Bremens zu folgen. Als Raum für die Sanitätswache ist einstweilen das einzurichtende Chargirtenzimmer der Berufsfeuerwehr in Aussicht genommen. Es kann dabei aber nicht als nothwendig anerkannt werden, daß alle in Folge von Schlägereien und Trunkfälligkeiten eingetretenen Körperverletzungen mit einem Nothverbande u. versehen werden, oder aber, daß neben den ausgebildeten Feuerwehrleuten für die Wache ein Heilgehülfe oder gar ein Arzt angenommen werde, da einerseits Ärzte telephonisch verhältnismäßig leicht herbeizurufen sind und andererseits der Verletzte mittelst des Transportwagens jeden Augenblick in ein Krankenhaus überführt werden kann. Sehr vortheilhaft sieht es der Magistrat an, daß die kürzlich bewilligten Feuermelder so gestaltet werden können, um durch sie auch ein Anrufen der Sanitätswache zu ermöglichen. Der Magistrat richtet deshalb an die Versammlung das Ersuchen, zuzustimmen, daß eine in organischer Verbindung mit der Berufsfeuerwehr stehende Sanitätswache eingerichtet werde und zu deren erstmaliger Einrichtung 4305 M., zu deren Unterhaltung aber bis zu 2000 M. jährlich aufgewandt, auch die aufzustellenden Feuermelder so gewählt werden, daß sie zugleich den Zwecken der Sanitätswache mit dienen können.

Namens der Statutencommission empfiehlt Herr Blasius die Vorlage zur Annahme. Es sei allseitig anerkannt worden, daß hierdurch einem längst gefühlten Bedürfnisse in schöner und zweckmäßiger Weise abgeholfen würde. Wie nützlich eine solche Wache wirken könne, ergebe auch der von Bremen eingeforderte Bericht, nach welchem im Jahre 1890/91 die Wache 197 Mal alarmirt sei und an Ausgaben 500 M. erfordert habe. Im Jahre 1891/92 haben die Kosten bei einer Alarmirung

von 524 Mal 728 M. betragen; im Jahre 1892/93 bei 871maliger Alarmirung 1498 M., im Jahre 1893/94 bei 1196maliger Alarmirung 1479 M. und im Jahre 1894/95 bei einer Alarmirung von 1222 Mal 1647 M. Die Inanspruchnahme der Sanitätswache sei dort also jährlich erheblich gestiegen, während die Kosten in diesem Verhältnisse nicht gewachsen seien.

Herr Halle möchte, ohne die Vorlage bekämpfen zu wollen, auf ein Bedenken aufmerksam machen, daß er schon in der Statutencommission geltend gemacht habe. Es sei durch Nichts erwiesen, daß ein Bedürfniß nach dem in Aussicht genommenen Transportwagen mit Pferden hier in demselben Maaße wie in Bremen vorhanden sei. Da nun die vorhandenen Karren zum Transport von Verletzten ausreichend erschienen, so empfehle er, die Vorlage bis auf die Beschaffung des Transportwagens zu genehmigen, und zu versuchen, ob sich hiermit auskommen lasse. Durch die große Zahl der in allen Theilen der Stadt vorhandenen Samariter sei auch ohne solchen kostspieligen Transportwagen jedem Verletzten eine schnelle erste Hülfe gewährleistet.

Herr Rieke will seiner Genugthuung Ausdruck geben, daß dem von ihm seit zehn Jahren mehrfach gestellten Antrage nun endlich Folge gegeben werde. Nachdem jetzt das Krankenhaus vor das Thor verlegt sei, erscheine es im öffentlichen Interesse umsomehr nothwendig, Sanitätswachen innerhalb der Stadt einzurichten, denn wenn beispielsweise auf der Signalbauanstalt des Herrn Fiedel ein Unglück passire, gehöre jetzt ein halber Tag dazu, um die Verunglückten in das Krankenhaus zu schaffen. Die hier im Gebrauch befindlichen primitiven Fuhrwerke trügen dann das Uebrige dazu bei, um die Verletzten durch den Transport zu ruiniren, so daß man dann überhaupt keinen Samariter mehr gebrauchte. Wenn man selbst die Gefangenen in einem geschlossenen Wagen transportire, um Aufsehen zu vermeiden und sie den Blicken Neugieriger zu entziehen, so habe man bei Verunglückten dazu jedenfalls noch viel mehr Veranlassung. In der Vorlage, mit der er sonst einverstanden sei, vermisse er aber, daß die ständige Anwesenheit eines Arztes, der jede nöthige Hülfe, auch Geburtshülfe, zu leisten vermöge, vorgesehen sei. Eine solche Einrichtung müßte getroffen werden, wenn man die gestellte Aufgabe voll und ganz erfüllen wolle, und Aerzte gebe es wirklich genug, die solche Stelle übernehmen würden. Von dem ursprünglichen Wunsche auf Errichtung einer Sanitätswache an jedem Thore sei er wegen des Kostenpunktes zurückgekommen, auch erscheine es ihm practischer, eine solche Wache im Mittelpunkte der Stadt und in Verbindung mit der Feuerwehr zu erhalten. Die Anwesenheit eines oder mehrerer Aerzte, welche zu allen nothwendigen Hülfeleistungen herangezogen werden könnten, erscheine ihm indessen recht nothwendig. Wenn sich z. B. ein Mann auf einem Neubau eine Schulter aussetze, so lasse sich der Schaden in wenigen Minuten heilen, sobald ein



Sachverständiger sofort zur Hand sei; trete aber erst Geschwulst dazu, dann werde die Sache schon gefährlicher.

Herr Stadtrath Meyer: Der Wunsch nach Einrichtung einer Sanitätswache sei ein sehr alter in der Einwohnerschaft und wenn der Magistrat dieser Frage bislang nicht näher getreten sei, so habe dieses wesentlich seinen Grund darin, daß die Meinung vorgelegen habe, es handle sich hier mehr um die Aufgabe solcher Vereine, welche sanitäre Zwecke verfolgen, als um eine Thätigkeit der Communalverwaltung. Durch die Verlegung des Krankenhauses aus dem Innern der Stadt sei indessen ein neuer Anstoß gegeben, der Sache näherzutreten. Der Magistrat halte es aber nicht für nothwendig, schon jetzt in der von Herrn Riese angedeuteten Richtung vorzugehen, weil erst noch Erfahrungen gesammelt werden müssen, jedoch solle dem Wunsche insofern Rechnung getragen werden, als eine telephonische Verbindung mit verschiedenen Aerzten geplant sei und diese daher in verhältnismäßiger Kürze gerufen werden können. Wenn Herr Halle erkläre, nicht gegen die Vorlage im Ganzen, sondern nur gegen die Beschaffung des Wagens zu sein, so nehme derselbe damit jedoch nach der Ansicht des Magistrates gegen die ganze Vorlage Stellung, denn der Wagen sei nicht von der übrigen Vorlage zu trennen, da die Wache, wenn sie Hülfe leisten solle, diese auch schnell leisten müsse. Werde es als ausreichend erachtet, daß die Samariter allein Hülfe bringen, so brauche man die Wache nicht; diese solle aber gerade mit dem Wagen schnell zur Stelle sein und thätig eingreifen. Man beabsichtige auch nicht, die Verwundeten erst nach der Wache zu bringen, sondern der Wagen solle die Samariter schnell an den Ort des Unfalles schaffen, damit sie einen Nothverband anlegen und den Verwundeten dann sofort in ein Krankenhaus befördern. Er gebe daher anheim, die einmalige Ausgabe für den Wagen zu bewilligen.

Herr Blasius ist auch der Ansicht, daß durch die telephonische Verbindung der Sanitätswache mit einer größeren Anzahl von Aerzten für eine rasche Hülfe genügend gesorgt sei und diese Einrichtung billiger zu stehen komme, als wenn den ganzen Tag ein Arzt auf der Wache sein sollte. Bezüglich des Wagens stehe er auf dem Standpunkte des Magistrates, denn ohne den Wagen würde einmal wieder eine halbe Maßregel getroffen, die unzweckmäßig sei. Es erscheine nothwendig, schnelle Hülfe zu bringen und den Erkrankten auf möglichst angenehme Weise mittelst Wagens nach dem Krankenhause oder in die Wohnung zu bringen. Deshalb bitte er, den Wagen mit zu bewilligen.

Herr Lange ist erfreut, daß diese Sache jetzt so weit gediehen ist, da die bezüglichen Wünsche seit Jahren laut geworden seien. Es halte jetzt manches Mal sehr schwer, im Nothfalle Hülfe zu bekommen. In einem Specialfalle habe er versucht, im alten Krankenhause Hülfe zu erhalten, sei aber auf das neue Krankenhaus verwiesen und dieses habe verlangt, daß Leute zur Abholung des Korbes oder

Wagens geschickt würden; unter dieser Zeit hätte aber der Verunglückte schon sterben können. Solche Zustände seien nicht mehr zu billigen. Er halte es indessen für wichtiger, statt des kostspieligen Transportwagens eine größere Anzahl von Tragbahren oder kleinen Wagen anzuschaffen und diese an den verschiedensten Stellen der Stadt zu stationiren. Man müsse berücksichtigen, daß unmöglich Kranke und Verwundete in demselben Wagen befördert werden können, was bei nur einem Transportwagen in Zeiten von Epidemien nothwendig sein würde. Das angeforderte Geld werde hierzu vollständig ausreichen. Wenn man an mehreren Stationen Tragbahren aufstelle und gehörig vorgebildete Leute zur Bedienung derselben halte, so sei dem Bedürfnisse Genüge geschehen. Nothwendig erscheine es unbedingt, die Leute für den Dienst auszubilden, da man verstehen müsse, einen Verletzten ordentlich anzufassen. Kutscher und Pferd gebrauche man nicht. Ehe ein Wagen mit dem Pferde bespannt sei, könnten die Leute mit der Tragbahre meist auch schon zur Stelle sein. Die Orte der Wachen müßten dem Publicum genau bekannt sein, weshalb es sich empfehle, dieselben öfter in den Zeitungen bekannt zu machen. Es solle beispielsweise im städt. Pflegehause ein Transportwagen zu haben sein, was ihm und wahrscheinlich auch vielen Anderen noch nicht bekannt gewesen sei. Empfehlenswerth möchte es auch sein, die betr. Stellen durch ein rothes Kreuz oder dergl. an den Laternen kenntlich zu machen.

Herr Koch begrüßt die Einrichtung mit Freuden, kann sich aber für die Beschaffung des theuren Wagens auch nicht aussprechen. Es handle sich hier um eine Versuchsstation, die immer noch nach dem Bremer Muster weiter ausgebildet werden könne, die aber vorläufig, schon mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt genüge, auch wenn Pferd und Wagen noch nicht angeschafft würden.

Herr Günther erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, hätte aber gewünscht, daß die Sanitätswachen nicht nur auf Verwundete, sondern auch auf andere Personen, welche plötzlich krank werden und für die ein Arzt nicht zu haben sei, ausgedehnt würden, z. B. bei schweren Entbindungen. Es würde deshalb zweckmäßig gewesen sein, wenn man sich dieserhalb mit einigen Aerzten in Verbindung gesetzt hätte, welche solchen Aufforderungen Folge leisteten, damit nicht ähnliche Fälle wie vor einigen Jahren sich wiederholen könnten. Was den Krankenwagen betreffe, so sei er für die Beschaffung desselben, weil der Wagen für größere Entfernungen entschieden nothwendig sei, während man bei Unfällen in der Nähe der Wache Handwagen zc. benutzen könne. Außerdem müßte die Erlaubniß erwirkt werden, daß solche Hand-Krankenwagen auf dem Trottoir fahren dürfen, weil es den Kranken Schmerzen verursachen müsse, wenn sie auf dem holperigen Pflaster gefahren werden. Er bitte also, die Sanitätswachen in der angegebenen Richtung auszu dehnen.

Herr Stadtrath Meyer kann solche Ausdehnung nicht für nothwendig halten, da die Sanitätswache auch für die Nachtzeit eingerichtet sei und man daher zu jeder Stunde mit ihrer Hülfe einen Arzt auch zu Zwecken der Geburtshülfe und dergl. herbeischaffen könne. Im Uebrigen bedaure er, daß Herr Lange nicht daran gedacht habe, von dem städt. Krankenhause — nicht aber von dem Pflegehause — eine Tragbahre anzufordern.

Herr Blasius stimmt mit Herrn Lange darin überein, daß es wünschenswerth wäre, wenn im Publicum allgemeiner bekannt würde, wo solche Transportwagen zu haben seien. Im Uebrigen möchte er aber die Ansicht des Herrn Lange auf Grund der im Kriege bei Verwundetentransporten gemachten Erfahrungen bekämpfen: der Transportwagen sei eine Nothwendigkeit und ohne einen solchen schaffe man eine halbe Einrichtung; vor allen Dingen müßte erst der Wagen und später vielleicht noch Tragbahren eingestellt werden. Wenn Herr Koch meine, es handle sich um einen Probeversuch, so habe derselbe vielleicht die aus Bremen mitgetheilten Beispiele überhört; die Probe sei dort sechs Jahre lang gemacht und hier könne man die dabei gewonnenen Erfahrungen ausnützen. Man solle sich darum nicht scheuen, den Wagen zu bewilligen. Bezüglich der Stellung von ärztlicher Hülfe bei Geburten habe Herr Stadtrath Meyer schon die erforderliche Auskunft gegeben. Bei der Annahme der Magistratsvorlage schaffe man etwas Gutes.

Herr Bauernmeister tritt gleichfalls für die Magistratsvorlage ein. Die Stadt sei so weit ausgedehnt, daß die Samariterhülfe in vielen Fällen zu spät kommen würde, wenn sie zu Fuß nach dem Orte des Unfalles gelangen solle. Die Feuerwehr könne überall hin in höchstens 7 Minuten kommen, aber bei Benutzung eines Handwagens gehe die beste Zeit verloren. Er bitte deshalb um Bewilligung auch des Transportwagens.

Herr Löschigt muß sich wundern, daß Jemand gegen die Vorlage des Magistrates stimmen kann. Schnelle Hülfe sei die Hauptsache. Die Stadt habe für das Feuerlöschwesen soviel Geld aufgewendet, um den Nothleidenden schnelle Hülfe zu sichern, nun solle man auch hier die Mittel nicht versagen zum Beistande der Verunglückten. Draußen an der Peripherie der Stadt werde am meisten gebaut und deshalb würden auch dort, wo es die Sanitätswache am weitesten hätte, die meisten Verletzten vorkommen. Wenn man dabei aber einen Tragkorb zum Transporte der Verwundeten verwenden wolle, gehe zu viel kostbare Zeit verloren; es müßte ein mit einem Pferde bespannter Transportwagen eingestellt werden, sonst nütze die ganze Sanitätswache nicht viel. Auch komme das Pferd nicht so theuer zu stehen, wenn man berücksichtige, daß dasselbe dem städtischen Marstalle eingereicht werde und dort im Dienste mit Verwendung finden könne. Er bitte um Annahme der gesammten Magistratsvorlage.

Herr Födel tritt gleichfalls für die Magistratsvorlage ein. Es gebe leider auch Unglücksfälle, die nicht einen Einzelnen, sondern Mehrere betreffen und in solchem Falle sei der Transportwagen wirklich am Plage, weil man mit demselben gleichzeitig verschiedene Personen befördern könne. Ein Wagen, der schnell zur Stelle sein könne, sei unter allen Umständen schon um deshalb nützlich, weil dessen Leiter als Samariter helfend einzutreten vermöge.

Herr Meyerhoff hält es für dringend nothwendig, nicht nur den Wagen, sondern auch noch mehrere Transportkarren anzuschaffen. Wenn das Institut zu einem segensreichen gestaltet werden solle, müßte in jedem Thorebezirke ein solcher Transportkarren zu haben sein. Sollte sich derselbe in der Polizeiwache nicht unterbringen lassen, so werde sich irgendwo vor dem Thore, vielleicht in einer Fabrik, schon ein Platz dafür finden. Außerdem halte er es für unbedingt nothwendig, daß in der Wache wenigstens während der Nachtstunden stets ein Arzt zugegen sei. Da an Ärzten kein Mangel sein dürfte, so werde es dem einen oder anderen Arzte angenehm sein, hier Nachts Beschäftigung zu finden und seine Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern. Sein Wunsch gehe also dahin, für die Sanitätswache zur Nachtzeit einen Arzt zur Stelle zu haben und an jedem Thore einen Transportkarren zu stationiren.

Herr Blasius möchte bitten, von diesen beiden Wünschen zunächst noch ab-zusehen und es mit der vom Magistrate vorgeschlagenen Einrichtung erst einmal zu versuchen. Man könne Nachts durch das Telephon immer schnell eine ärztliche Hilfe zur Stelle schaffen und spare dadurch viele Kosten, welche eine ständige ärztliche Wache erfordern würde. Ebenso empfehle es sich, erst einmal abzuwarten, wie sich die Einrichtung entwickele, ehe man noch weitere Krankenwagen beschaffe. Wenn es bekannt werde, daß schon jetzt an verschiedenen Stellen Transportmittel vorhanden seien, werde in Verbindung hiermit die neue Einrichtung vorläufig wohl hinreichen.

Herr Alßmann faßt den Antrag Günther dahin auf, daß vom Magistrate bestimmte Aerzte verpflichtet werden möchten, in der Nachtzeit bei Krankheitsfällen sich zur Hülfeleistung bereit zu halten. Da indessen eine solche Einrichtung nach der ihm gewordenen Belehrung vom Magistrate schon getroffen sei, so werde dadurch der Antrag Günther gegenstandslos.

Herr Günther hat nur den Antrag stellen wollen, eine Einrichtung zu treffen, daß Aerzte auch während der Nachtzeit zur Hülfeleistung herbeigeholt werden können.

Herr Lange will nach dem Gehörten gegen die Beschaffung des Krankenwagens nichts mehr einwenden, da er sich freue, wenn die Einrichtung überhaupt

in's Leben trete. Auch erkläre er sich gern bereit, für den Wilhelmithordistrict in seiner Fabrik eine Station für die Unterbringung eines Handwagens oder einer Tragbahre zu gewähren und würden sich in den verschiedenen anderen Districten auch gewiß Herren finden, welche geneigt seien, ein solches Fahrgeräth unterzubringen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst die gesammte Magistratsvorlage angenommen. Sodann lehnt die Versammlung die Anträge Meyerhoff wegen der Beschaffung weiterer Transportkarren und der ständigen Zuziehung eines Arztes während der Nachtzeit ab, während der Antrag Günther auf Verpflichtung einer Anzahl Aerzte zur jederzeitigen Hülfeleistung angenommen wird.

### III. Antrag Löschigt: Auswechselung des Gasrohres in der Breitenstraße und Neupflasterung derselben.

Wie Herr Födel berichtet, hat die Finanzcommission beschlossen, bezüglich des ersten Theiles des in der letzten Sitzung gestellten Antrages — Seite 245 des Berichtes — der Versammlung anheimzugeben, den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob bei voller Inanspruchnahme des Gases der Druck im Gasrohre an der Breitenstraße überall ein genügender sei und, wenn dieses nicht zutrefte, eine Vergrößerung des Rohres vorzunehmen. Hinsichtlich des zweiten Theiles sei zu berücksichtigen, daß die Breitenstraße zu denjenigen Straßen gehöre, welche von dem Staate neu zu pflastern seien, während die Stadt nur ein Sechstel der Kosten beizutragen habe. Die Neupflasterung dieser Straße sei also nicht allein von den städtischen Behörden, sondern ganz wesentlich mit von der Staatsverwaltung abhängig. In jedem Jahre werde eine gewisse Summe vom Staate für Neupflasterungen ausgesetzt und beschließe dann eine aus Mitgliedern der Staatsbauverwaltung und des Magistrates zusammengesetzte Commission, welche Straßen zur Neupflasterung herangezogen werden sollen. Da nun von dieser Commission beschlossen sei, in diesem Jahre zuerst die Straße „Hintern Brüdern“ in Angriff zu nehmen, so habe die Finanzcommission in Uebereinstimmung mit dem Antragsteller, mit Rücksicht darauf, daß letztere Straße die Pflasterung noch nöthiger habe, beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei weiteren Pflasterungen die Breitenstraße in erster Linie mit in's Auge zu fassen.

Herr Löschigt hat diesem Berichte nichts hinzuzufügen, sondern möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Straßenverhältnisse in der Stadt recht bald in ein anderes Stadium gelangten.

Die Commissionsanträge werden darauf angenommen.

#### IV. Cautionsbestellung wegen einer stadtsseitig in Besitz genommenen Grundfläche.

Nachdem die Stadtgemeinde in den Besitz einer 184 qm großen Theilfläche des der Wittwe Druwe gehörigen Grundstücks eingewiesen ist, hat dieselbe bei der Herzogl. Kreisdirection beantragt, die Stadtgemeinde zur Stellung einer im Gesetze vorgeschriebenen Cautions zu veranlassen. Da die Wittve Druwe nicht zu bewegen gewesen ist, diesen Antrag zurückzunehmen, ersucht der Magistrat, der Verpfändung einer dem Kreiscommunalverbande Braunschweig zustehenden Hypothekforderung von 7000 M. zuzustimmen.

Die Finanzcommission ersucht durch Herrn Wagner, diesem Antrage gemäß zu beschließen. Jedenfalls brauche man aus diesem Vorgehen nicht zu schließen, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt so schlecht seien, um eine solche Maßnahme zu rechtfertigen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### V. Terrainerwerb zur Heinrich- und Hagenstraße.

Nachdem die Versammlung zufolge Beschlusses vom 4. Juli 1895 der Zwangsenteignung derjenigen 5,41 a großen Theilfläche des Bierbaum'schen Gartens, welche zur Heinrichstraße, und der 4 qm großen Theilfläche desselben Grundstücks, welche zur Hagenstraße abzutreten ist, zugestimmt hatte, sind drei Sachverständige ersucht worden, ein Gutachten über den Werth dieser beiden Flächen zu erstatten. Da der von diesen geschätzte Einheitsfuß von 12 M. pro qm von dem Eigenthümer der Flächen genehmigt ist, so ersucht der Magistrat, dem mit dem Kaufmann Bierbaum getroffenen Abkommen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieke berichtet, geschieht.

#### VI. Belegung eines Theiles des Bültenweges mit Wasserröhren.

Auf Antrag des Civilingenieurs Königsdorf giebt der Magistrat anheim, das Hauptwasserrohr auf dem Bültenwege um ca. 250 m zu verlängern und hierfür 2174 M. zu verwilligen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Meyer berichtet, zustimmt.

#### VII. Terrainerwerb zur Zimmerstraße.

Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankauf einer 20 qm großen Theilfläche des Funke'schen Grundstücks an der Zimmerstraße zum Einheitspreise von 30 M. zu ermächtigen und für die Einfriedigung noch 30 M. zu bewilligen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit auf Empfehlung des Herrn Kieße, welcher namens der Baucommissiön berichtet, einverstanden.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

#### VIII. Aufnahme neuer Straßen am Rautheimer Wege in den Ortsbauplan.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat gebeten, ihr die Anlage von Privatbaustraßen auf dem zwischen der Helmstedterstraße und dem Rautheimer Wege gelegenen Ackerterrain zu gestatten. Daraufhin ersucht der Magistrat die Versammlung, einen dieserhalb aufgestellten Theilortsbauplan zu genehmigen, während wegen des Ausbaues der fraglichen Straßen der Magistrat sich das Weitere vorbehält.

Herr Bültemann empfiehlt namens der Baucommissiön der Vorlage zuzustimmen, weil hierdurch verhindert werde, daß dort Häuser erstehen, welche die spätere Festlegung der Straßen wesentlich hindern können.

Herr Rathe kann sich hiermit nicht befrenden, weil bei Annahme des Projectes die Stadt sich immer noch weiter ausdehne, denn bei dem billigen Baugrunde werde das Bauen dort bald angehen und die Stadt müsse dann die Straßen nach kurzer Zeit in Verwaltung nehmen. Er möchte deshalb den Antrag stellen, daß die Stadt neue Straßen erst zehn Jahre nach ihrer Fertigstellung übernehme, um hierdurch Kosten zu sparen und zu verhindern, daß die Stadt sich so weit ausdehne, denn es seien schon jetzt Baupläze genug vorhanden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt in Aussicht stellen zu können, daß der Magistrat diesem Antrage bei seiner Annahme zustimmen würde. Indessen habe der Antrag mit der Feststellung des Ortsbauplanes nichts zu thun. Bei der Festlegung des Ortsbauplanes stimme man einem Antrage auf Aufschließung des Terrains noch nicht zu. Wenn sich Beides auch gleichzeitig hätte verhandeln lassen, so liege hier doch die Gefahr einer Verzögerung sehr nahe, weil die Errichtung von Häusern an der Helmstedterstraße verhindern könnte, den Ortsbauplan angemessen zu gestalten. Er möchte daher anheimgeben, die Vorlage anzunehmen und den Antrag des Herrn Rathe gesondert zu behandeln.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

#### IX. Aenderung im Pachtvertrage wegen der Räume im Altstadttrathhause.

Nachdem der Commerzienrath Robert Rittmeyer aus der Firma R. Rittmeyer & Co. ausgeschieden ist, ersucht der jetzige Inhaber, Herr Friedrich Rittmeyer, den mit ihm und seinem Vater wegen der Räume im Altstadt-Rathhause abgeschlossenen Pachtcontract auf ihn allein zu übertragen, welches Ersuchen zu genehmigen der Magistrat anheimgibt.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden nichts gegen den Antrag einzuwenden und giebt anheim, denselben gutzuheißen, was geschieht.

#### X. Verkauf von Böschungsterrain des Wendenringes.

Auf Antrag der Firma Bannow & Schmincke ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß das vor dem Grundstücke dieser Firma am Wendenringe gelegene Böschungsterrain im Umfange von zusammen 254 qm derselben zum Einheitspreise von 5 M verkauft werde.

Auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

#### XI. Mittel zur Besoldung neuer Lehrkräfte an den Bürgerschulen.

Für das Schuljahr 1896/97 sind in den hiesigen Bürgerschulen 9 neue Classen einzurichten, für welche 7 provisorische Lehrer und 2 provisorische Lehrerinnen einzustellen sind. Dem Antrage des Magistrates, zu Lasten des nächstjährigen Etats der Bürgerschulcasse 9500 M zur Besoldung dieser Lehrkräfte zu bewilligen, schließt sich die Versammlung auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Voller berichtet, an.

#### XII. Dampf-Wascheinrichtung für das städt. Pflege- und Krankenhaus.

Das städt. Pflege- und Krankenhaus entbehrt bislang eines besonderen Wäschetrocknenraumes, welcher Mangel namentlich im Winter sehr fühlbar gewesen ist und dessen Unleidlichkeit nur dadurch hat gemildert werden können, daß der im Krankenhause gelegene Saal, welcher den erwachsenen arbeitsfähigen weiblichen Pfleglingen tagsüber als Arbeits- und Aufenthaltsraum dient, zum Trocknen der Wäsche benutzt ist. Da dieser Zustand auch schon aus dem Grunde abgestellt werden muß, weil der Saal die zu trocknende Wäsche kaum noch fassen kann, außerdem aber auch die Waschanstalt den erhöhten Anforderungen nicht mehr genügt, so hat die Armendirection beantragt, für das städt. Pflege- und Krankenhaus eine Trockenanstalt einzurichten, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt. Die erforderlichen Aenderungen sind in der Weise gedacht, daß in dem jetzigen Waschhause die Apparate einer Dampfwascheinrichtung Aufstellung finden, daß der nahe an das Waschhaus heranretende westliche Flügel des Werkstättengebäudes zur Aufnahme der von der Waschanstalt zu heizenden Trockenanlage vorgerichtet wird und daß zum Ersatz der dadurch verloren gehenden Arbeitsräume das Werkstättengebäude an der östlichen Giebelseite entsprechend verlängert wird. Die Versammlung wird ersucht, diesen Aenderungen zuzustimmen und die dazu erforderlichen 19 600 M zu bewilligen.



Die Baucommission läßt durch Herrn Meyerhoff die Genehmigung der Vorlage empfehlen.

Herr Rieke hat gegen die Vorlage an sich nichts einzuwenden, möchte bei dieser Gelegenheit aber im Auftrage der eingeschriebenen Hülfscaffen Folgendes zur Sprache bringen. Diese Caffen würden gern geneigt sein, das städtische Krankenhaus häufiger zu benutzen, wenn es nicht Brauch wäre, daß die dort Aufgenommenen als Empfänger von Armenunterstützungen angesehen würden und man ihnen in Folge dessen das Wahlrecht entzöge. Eine jede Stadt habe für die Errichtung eines Krankenhauses zu sorgen und hier sei anscheinend dieser sonderbare Zustand nur dadurch entstanden, daß das Pflegehaus und das Krankenhaus verbunden seien. Eine solche Einrichtung verstehe aber die Bürgerschaft nicht. Die Krankencaffen haben das Recht und die Pflicht, ihre Mitglieder in Krankheitsfällen so gut wie möglich unterzubringen und daß die Caffen, welche so wie so schon schwer kämpfen, um ihre Aufgabe zu erfüllen, wirklich segensreich wirken, werde wohl Jeder zugeben, denn der Armenetat würde ohne diese Caffen noch schwerer belastet sein. Die eingeschriebenen Hülfscaffen möchten das städtische Krankenhaus sehr gern auch aus dem Grunde benutzen, um dasselbe durch eine größere Frequenz auf die gleiche Höhe mit dem Herzogl. Krankenhause zu bringen; es sei dieses aber nur dann möglich, wenn jene alte Gepflogenheit wegfiele. Die Zahlung für die Unterbringung der Kranken erfolge im Herzogl. Krankenhause ebenso wie im städtischen Krankenhause, so daß ein Schaden dadurch nicht erwachse. Bei Erfüllung des Wunsches der Caffen würde wohl auch das unberechtigte Vorurtheil gegen dieselben wegfallen.

Herr Stadtrath Meyer ist erfreut, daß ihm Herr Rieke Gelegenheit gegeben hat, öffentlich über die Natur der Aufnahme von Mitgliedern der eingeschriebenen Hülfscaffen in das städtische Krankenhaus zu sprechen. Es sei ihm bekannt, daß bei einem großen Theile der Leute das Vorurtheil geherrscht habe, sie bezögen eine Armenunterstützung, wenn sie in das städtische Krankenhaus gingen. Das sei indessen auch in Wirklichkeit nur als Vorurtheil anzusehen, denn wenn die Caffen sich bereit erklären, die Kosten der Aufnahme zu bezahlen, sei die Armenunterstützung damit ausgeschlossen. Letztere könne vielmehr nur angenommen werden, wenn eine zahlungsfähige Person nicht vorhanden sei. Die geringere Frequenz im städt. Krankenhause sei auch nicht darauf zurückzuführen, daß die aufgenommenen Männer fürchteten, hierdurch ihr Wahlrecht zu verlieren, sondern weil — ob mit Recht oder Unrecht wolle er dahin gestellt sein lassen — die Verpflegung im Herzogl. Krankenhause im besseren Ansehen gestanden habe. Er könne sich aber nicht denken, daß die Kranken der dritten Classe des Herzogl. Krankenhauses besser befördert würden, als die Insassen des städt. Krankenhauses. Principiell solle allerdings das städt. Krankenhaus nur zur Aufnahme solcher Personen dienen, welche

mehr oder weniger der Armenverwaltung zugehören, während Leute, die nicht als Arme zu betrachten seien, ihm ferngehalten würden, weil man eine Verpflichtung der Stadt zur Errichtung eines Krankenhauses für Letztere nicht anzuerkennen vermöge.

Herr Ebeling will gern alle Maßnahmen unterstützen, welche zur Besserung in den Verhältnissen des städt. Pflege- und Krankenhauses führen. Hinsichtlich der Ausführungen der Vorredner könne er auch mittheilen, daß er als Vorsitzender einer Krankencasse schon mit den größten Widerwärtigkeiten zu kämpfen gehabt habe, wenn er Leute in das städt. Krankenhaus dirigirt habe; jedoch glaube er, daß die Leute von falschen Voraussetzungen ausgehen, indem dort alles Mögliche geleistet werde. Daß die Insassen vom Wahlrechte ausgeschlossen sein sollen, selbst wenn der Cassenvorstand für die Verpflegungskosten aufkomme, sei ihm neu. Er möchte bitten, ihn in den Bestrebungen zu unterstützen, die Leistungsfähigkeit des städt. Pflegehauses zu bessern. Wenn man sich nicht entschlossen hätte, die Beiträge für die Krankencassen zu erhöhen, würde der Armenetat schon in's Unermeßliche gestiegen sein.

Herr Rieke hat dem Magistrate keinen Vorwurf über das von demselben befolgte Princip machen, sondern nur hervorheben wollen, daß eine Berechtigung für die Arbeiterschaft vorliege, gegen das städt. Krankenhaus voreingenommen zu sein, umso mehr, als wohl in allen größeren Städten Krankenhäuser existirten, welche nicht nur den Armen, sondern allen Kranken dienen sollten. Gegen die Ernährung und Pflege im städt. Krankenhause lasse sich seines Wissens nichts einwenden. Da nun die Stadt, auch bei noch so schlechter Finanzlage, doch bald ein neues Krankenhaus bauen müsse, so könne man das auch gleich für die Hilfspassen mit einrichten. Bezüglich der von ihm vorgetragenen Verhältnisse wolle er einen Fall aus früherer Zeit in's Gedächtniß zurückrufen. Der Gärtner Giesecke habe mit einem Gehülfen bei Gewitterschwüle eine Mistgrube ausgebracht und habe dabei in Folge ausströmender Gase die Besinnung verloren. Da es nicht möglich gewesen sei, die beiden Leute wieder zur Besinnung zu bringen, habe man sie zum städtischen Krankenhause geschafft, wo sie wieder hergestellt seien. Giesecke habe sodann die ihm abgeforderte Gebühr von 1 M. bezahlt und, obwohl der Mann 24 M. an Gemeindesteuer zahle, sei ihm doch wegen erhaltener Armenunterstützung das Wahlrecht entzogen. Das sei eine unbegründete Entziehung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß ihm der Fall Giesecke nicht bekannt sei und derselbe wohl schon vor längeren Jahren sich ereignet habe. Im Uebrigen liege die Sache so, daß in dem Momente, wo ein Zahlungspflichtiger vorhanden sei und sich zur Uebnahme der Kosten bereit erkläre, die Armenverwaltung in keiner Weise einzutreten habe. Zu beachten habe man hierbei aber, daß die Art und Weise des Vorgehens in dieser Sache durch Gesetz geregelt sei und man

daran hier nichts ändern könne. Sobald die Armenverwaltung die Kosten der Behandlung Kranker zu übernehmen habe, trete der Ortsarmenverband in Thätigkeit und der Verpflegte gehe dann seines Wahlrechtes verlustig. Sonst liege aber kein Grund vor, Mitglieder der eingeschriebenen Hülfscaffen nicht aufzunehmen. Uebrigens bestehe ein bestimmtes Abkommen, daß gewisse Krankheiten im Herzoglichen und andere Krankheiten wieder im städtischen Krankenhause behandelt werden sollen, und von diesem Abkommen könne man nicht auf Wunsch Einzelner abweichen.

Herr Günther ist erfreut, daß der Magistrat jetzt andere Wege gehe, als im Jahre 1885. Damals habe man sich auch bereit erklärt, das Geld zu zahlen, aber der Magistrat habe entschieden, daß dieses als Armenunterstützung anzusehen sei. Auf der anderen Seite sei es Manchem auch nicht angenehm, zu sagen, er habe sich im Pflegehause ärztlich behandeln lassen, weil dann doch vielfach angenommen werde, er habe Armenunterstützung erhalten. Außerdem solle mehrfach geklagt sein, daß die Behandlung im städtischen Krankenhause nicht so gut sei, wie im Herzoglichen Krankenhause, wo es feststehe, daß die Pflege bezahlt werden müsse. Mindestens gehe ein solches Gerücht unter den Arbeitern herum. Es würde ihn mit Freude erfüllen, wenn dieses Gerücht widerlegt werden könnte und wenn die Arbeiter keine Veranlassung mehr hätten, vor dem städtischen Krankenhause zurückzuschrecken.

Herr Stadtrath Meyer muß die Aerzte und das Personal des städtischen Krankenhauses gegen derartige Vorwürfe in Schutz nehmen, da alles hier Vorgebracht auf irrthümliche Angaben zurückzuführen sei und die Mittheilungen in thatsächlicher Richtung nur Fehlschlüsse sein könnten. Das Vorurtheil sei darauf zurückzuführen, daß eine gemeinsame Verwaltung zwischen dem Pflegehause und dem städtischen Krankenhause bestehe. Zur Zeit lasse sich aber hieran nichts ändern und es erscheine ihm eine Trennung auch im finanziellen Interesse der Stadt nicht zweckmäßig zu sein.

Herrn Bürgermeister Metemeyer ist nicht klar geworden, was die Vorlage wegen der Dampfwaschanstalt mit dem allgemeinen Wahlrechte zu thun habe. Herr Kiefe könne glauben, daß zwischen den im Herzoglichen und den im städtischen Krankenhause verpflegten Leuten bezüglich der Auerkennung des Wahlrechtes kein Unterschied gemacht werde. Den Fall des Gärtners Giesecke habe Herr Kiefe schon vor zehn Jahren einmal angeführt und dabei den Magistrat heftig angegriffen, worauf ihm ungefähr dasselbe erwidert sei, was Herr Stadtrath Meyer vorgetragen habe, daß nämlich der Magistrat mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nicht anders hätte handeln können, wenn es auch als eine Härte anzusehen sei, Jemandem das Wahlrecht zu entziehen, sobald der Armenverband einmal für ihn eingetreten sei, auch wenn hinterher derselbe sein Geld wieder erhalte. Der Magistrat und

die Stadtverordneten = Versammlung seien aber nicht im Stande, dagegen etwas zu machen und müßte es Herrn Rieke überlassen bleiben, dieserhalb beim Reichstage Beschwerde zu führen; denn Herr Rieke scheine immer noch zu glauben, daß der Magistrat unrecht gehandelt habe. Inzwischen habe nun der Reichstag eine besondere Vorschrift erlassen für die Ortskrankencassen, nach welcher es nicht als eine Armenunterstützung angesehen werde, wenn die Kosten hinterher von dieser ersetzt seien; jedoch gelte diese Bestimmung für die eingeschriebenen Hülfsassen nicht.

Herr Müller muß als Mitglied der Pflegehausdeputation den Vorwurf des Herrn Günther bezüglich der Behandlung und Verpflegung von Kranken im städtischen Krankenhause zurückweisen, da dort den Kranken eine milde und gute Behandlung und Verpflegung zu Theil werde.

Herr Alßmann kann sich nicht wundern, wenn die freien Hülfsassen ihre Mitglieder nicht im städtischen Krankenhause unterbringen, da Herr Bürgermeister Metemeyer selbst zugegeben habe, daß denselben bei Verpflegung in dieser Anstalt das Wahlrecht entzogen werden müsse. Herrn Günther müsse er dagegen in Schutz nehmen, daß derselbe die Beamten des städtischen Krankenhauses solle verdächtigt haben, das sei nicht der Fall, sondern Herr Günther habe hervorgehoben, es bestehe gegen das städtische Krankenhaus ein Vorurtheil, welches beseitigt werden müsse. Dieses sei aber vollständig zutreffend und lasse sich nicht abstreiten. Man suche dort immer herauszuföhren, daß der betreffende Kranke an seinem Unglück selbst Schuld sei und das müsse vermieden werden.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann nicht verstehen, wie Herr Alßmann auch jetzt noch das städtische Krankenhaus in ein falsches Licht stellen könne. Wenn eine Krankencasse oder eine Privatperson die Mittel hergebe zur Aufnahme eines Kranken in das städtische oder das Herzogliche Krankenhaus, so verliere Letzterer das Wahlrecht nicht; sei aber eine solche Person nicht vorhanden, so müsse nach der bestehenden Gesetzgebung vorläufig die Armenverwaltung für ihn eintreten. Ein Unterschied bestehe nur insofern, als bei Mitgliedern der Ortskrankencassen eine Verpflegung nicht als Armenunterstützung angesehen werde, wenn dieselben die Kosten hinterher erstatten, während diese Bevorzugung bei den eingeschriebenen Hülfsassen fortfalle. Sobald aber die Mitglieder nicht gleich bezahlen können, sei es ganz einerlei, ob sie in das Herzogliche oder das städtische Krankenhaus gehen. Darum sei das Vorurtheil gegen das städtische Krankenhaus ganz unverständlich. Wenn Herr Alßmann andeute, der Magistrat möchte in diesem Punkte ein Auge zudrücken, so stehe er auf einem anderen Standpunkte, da der Magistrat die Gesetze auszuführen und keine Ausnahme zu machen habe.

Die Besprechung wird darauf geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Aßmann, daß er keine Ausnahmen für Einzelne vom Magistrate gewünscht habe, ebensowenig wie er sich selbst zu Ungeleglichkeiten verleiten lassen würde.

In persönlicher Bemerkung verwahrt sich Herr Günther dagegen, daß er dem Personale des städtischen Krankenhauses, oder sonst Jemand einen Vorwurf gemacht habe; er habe vielmehr nur geäußert, daß ein Gerede ginge und er habe dieses auch selbst als Vorurtheil bezeichnet. Wenn er gewußt hätte, daß diese Angelegenheit hier zur Sprache käme, würde er sich mit Material versehen haben.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

Am Schlusse der Sitzung nimmt zu diesem Punkte nochmals Herr Bürgermeister Ketemeyer das Wort, um Folgendes auszuführen: Bezüglich seiner Mittheilungen über die Ortskrankencassen und die freien Hülfsassen habe er sich dahin zu berichtigen, daß allerdings nach dem Gesetze von 1883 nur die Unterstützungen aus den Ortskrankencassen nicht als öffentliche Armenunterstützungen angesehen würden. Im Jahre 1892 sei aber eine Novelle zu diesem Krankenunterstützungsgesetze erschienen, in welcher diese Vorschrift auf die eingeschriebenen Hülfsassen unter der Voraussetzung ausgedehnt sei, daß sie in ihren Leistungen den Ortskrankencassen gleichkommen. So lange aber Ersatz aus der Hülfsasse nicht geleistet sei, könne die Vorschrift keine Anwendung finden.

### XIII. Bedürfnisanstalt an der Ostseite des Hoftheaters.

Nachdem das Herzogliche Oberhofmarschallamt das Ersuchen des Magistrates, die Aufstellung einer Bedürfnisanstalt entweder innerhalb des Theaterparkes oder südwestlich vom Theater unmittelbar am Parke auf dem zu diesem gehörigen, außerhalb der Einfriedigung liegenden Fußwegterrain zu gestatten, abgelehnt hat, erscheint es dem Magistrate zweckmäßig, die Anstalt in der Aye der Kaiser-Wilhelmbrücke auf dem zu der Ortsstraße gehörenden Fußwege zu errichten, welcher den an der Ostseite des Theatergebäudes gelegenen halbrunden Rasenplatz begrenzt. Die Versammlung wird ersucht, die Ausführung des Projectes an dieser Stelle zu genehmigen.

Wie Herr Hauswaldt namens der Finanzcommission berichtet, sind wegen des Platzes für die Anstalt seit ungefähr drei Jahren Verhandlungen mit dem Oberhofmarschallamte gepflogen, welche indessen zu einem Ergebnisse nicht geführt, sondern damit geendigt haben, daß von dem Oberhofmarschallamte die Erwartung ausgesprochen sei, überhaupt dort keine Bedürfnisanstalt hinzustellen. Die Finanzcommission sei nun nach eingehender Berathung zu dem Entschlusse gekommen, den vom Magistrate vorgeschlagenen Platz nicht zu empfehlen, sondern in Antrag zu bringen, die Bedürfnisanstalt an der Südseite des Theaters und zwar halb auf

dem Fußwege und halb auf dem Fahrwege aufzustellen. Der Fußweg würde dann an der Stelle noch 3 m breit bleiben und der Fahrweg sei so wie so breit genug, um die Anstalt noch bequem aufnehmen zu können. Da bei einer solchen Anstalt nicht ästhetische Bedenken, sondern die Bedürfnisfrage im Vordergrund stehe, eine weitere Auswahl an Plätzen aber nicht vorhanden sei, so empfehle die Commission, diesen Platz zu wählen. Wahrscheinlich werde auch der Magistrat mit dem von der Commission vorgeschlagenen Platze einverstanden sein.

Herr Wagner kann sich für diesen Platz nicht aussprechen, weil für einen solchen Zweck ein Platz gewählt werden müsse, der möglichst wenig ins Auge falle. Das Theatergebäude biete an und für sich keine architectonischen Schönheiten, indem es ein recht einförmiges Bauwerk sei, aber am besten mache es sich noch vom Steinwege aus gesehen. Dieser Anblick würde durch eine rechts neben dem Theater errichtete Anstalt entschieden nicht verschönt werden. Es sei darum richtiger, den Platz hinter dem Theater zu wählen. Hier stände die Anstalt am besten in der Mitte vor der Rückseite des Theaters, woselbst sie sich durch Anpflanzungen leicht verdecken ließe. Er bitte deshalb, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Halle tritt gleichfalls für den Platz hinter dem Theater ein, weil die Anstalt rechts vom Theater zu sehr auffalle.

Herr Böschigt möchte bitten, dem Commissionsvorschlage zuzustimmen, da an der südlichen Seite des Theaters die größte Frequenz herrsche und an eine solche Stelle die Anstalt gehöre. Wenn es dem Magistrate trotz vieler Mühe nicht gelungen sei, die Anstalt in das Bosquet zu bringen, so habe die Versammlung wenigstens das Recht, dafür einzutreten, daß die Anstalt dorthin komme, wo sie am nöthigsten sei. Die Leute seien dann nicht gezwungen, erst ums Theater herumzugehen. Später könne an anderer Stelle vielleicht noch eine zweite Anstalt errichtet werden.

Herr Meyerhoff neigt der Ansicht des Magistrates zu, daß die Anstalt hinter das Theater gehöre, nachdem es nicht gelungen sei, sie in einen Ausschnitt des Parkes zu bringen. An der Seite des Theaters würde das Gebäude häßlich wirken, und wenn es noch so schön gebaut würde.

Herr Uebe tritt dem Commissionsvorschlage bei. Die Aesthetik komme bei einer Bedürfnisanstalt gar nicht in Frage, zumal das gar kein Gebäude sei. Man befinde sich hier mit diesen Anstalten überhaupt nicht auf einem glücklichen Wege, denn anderwärts baue man sie mitten in den Verkehr hinein. Es handle sich doch nur um einen einfachen Schirm, in welchen einige Personen eintreten können, und bei einem solchen Schirm mit Schuttdach falle die Aesthetik fort. Darum solle man den Commissionsantrag annehmen und die Anstalt rechts vom Theater in möglichster Nähe des Steinweges aufstellen. Warnen möchte er aber, so großartige Pagoden anzubringen, wie es schon verschiedene Exemplare in der Stadt gebe.

Herr Meyer hat sich in der Finanzcommission bei der Minorität befunden, da er mit Herrn Wagner die Meinung theile, daß der vom Magistrate in Vorschlag gebrachte Platz der bessere sei. Wenn sich die Anstalt in der von Herrn Uhde angegebenen Weise herstellen ließe, möchte es noch gehen, aber für eine Anstalt, wie sie die Zeichnung vorführe, würde der Platz hinter dem Theater der zweckmäßigste sein.

Herr Wagner hält auch vom practischen Standpunkte aus den Platz hinter dem Theater für den geeignetsten, da es darauf ankommen müsse, den Leuten, welche die lange Kaiser-Wilhelmstraße passiren, einen Zufluchtsort zu schaffen, denn auf dem Steinwege könne man sich im Nothfalle einmal in eine der dort befindlichen Wirthschaften flüchten. Also aus practischen und aus ästhetischen Gründen empfehle er den Platz hinter dem Theater.

Herr Günther ist der Meinung, daß wenn auch nicht der Aesthetik, so doch dem Schönheitsfinn Rechnung getragen werden müsse, und in diesem Falle nicht der Commissionsvorschlag berücksichtigt werden könne. Wenn Jemand ein dringendes Bedürfniß habe, komme es ihm auch gar nicht darauf an, zur Befriedigung desselben noch 30—50 Schritte zu gehen. Hätte die Anstalt da stehen können, wo sie der Magistrat zuerst geplant habe, würde er gern dafür gestimmt haben. Nachdem aber das Hofmarschallamt diesen Platz verweigert habe, stimme er für den Platz hinter dem Theater.

Herr Böschigt muß es für wesentlich halten, zu solchem Zwecke nicht noch 50 Schritte weiter gehen zu müssen. Man könne an den Seiten des Theaters häufig des Abends sehen, wie rücksichtslos die Leute sich über den Mangel einer solchen Anstalt hinwegzusetzen suchen. Auch wisse er von Grundstücksbesitzern am Steinwege, daß sie wünschten, die Anstalt möglichst in der Nähe des Steinweges errichtet zu sehen, um von dem Zulauf Fremder befreit zu sein. Der Hauptverkehr ziehe sich nun einmal mehr nach dem Steinhore und nicht nach der Kaiser Wilhelmstraße hin, so daß man diesen Verhältnissen Rechnung tragen und dem Commissionsvorschlage zustimmen müsse.

Herr Bürgermeister Metemeyer will gegenüber der Schlußbemerkung des Referenten hervorheben, daß es auf einer mißverständlichen Auffassung seiner Aeußerung in der Commission beruhen müsse, wenn angenommen werde, der Magistrat würde dem von der Commission vorgeschlagenen Plage ebenfalls zustimmen. Er lege Werth darauf, dieses besonders festzustellen, weil er im Magistrate diesen Antrag schon vor dem Commissionsbeschlusse gestellt, aber eine Ablehnung erfahren habe, so daß er die Aeußerung nicht gethan haben könne, wie sie ihm der Herr Referent in den Mund gelegt habe. Was die Sache selbst betreffe, so sei er jetzt auch für seine Person voll und ganz dafür, den vom Magistrate vorgeschlagenen Platz zu nehmen. Die Anstalt solle dorthin gestellt werden, wo das Bedürfniß sie erfordere. Wenn der Verkehr an der von der Commission vorgeschlagenen Stelle auch stark sei, so habe man doch

zu berücksichtigen, daß dieser Verkehr entweder von dem Stein-, oder dem Magni- oder dem Fallersleberthore komme und hier bereits Bedürfnisanstalten stehen, oder doch recht bald errichtet werden. Deshalb erscheine es ihm am richtigsten, die Anstalt dorthin zu setzen, wo sie der Magistrat geplant habe. Auch würde bei der Wahl des von der Commission vorgeschlagenen Platzes der dort ziemlich lebhaftes Fahrverkehr doch mehr oder weniger durch Verengerung der Fahrbahn gehemmt werden, was bei dem anderen Platze nicht in Frage komme.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Herr Hauswaldt will gern zugestehen, daß der Magistratsvertreter sich in der von Herrn Bürgermeister Ketemeyer mitgetheilten Weise geäußert habe. Eine unrichtige Auffassung seinerseits sei um so eher möglich, als er nicht von vornherein Referent in dieser Sache gewesen, sondern nur für Herrn Lord eingetreten sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit 17:14 Stimmen angenommen.

Herr Kiefe hat die Absicht, anzuregen, die Anstalt für beide Geschlechter einzurichten, wird jedoch von dem Herrn Vorsitzen den auf den Weg des selbstständigen Antrages verwiesen, da die Besprechung über diesen Punkt geschlossen sei.

#### XIV. Ausbau der Heinrichstraße.

Zum Zwecke des Ausbaues der Heinrichstraße sind von den an der Nordseite jenseits der projectirten Ringstraße gelegenen Grundstücken verschiedene Flächen zu erwerben. Von denselben hat der Magistrat die von dem Schlanstedt'schen Plane abzutretende, 81 qm große Theilfläche zum Einheitspreise von 10 M angekauft und haben sich die Schlanstedt'schen Erben gleichzeitig verpflichtet, für die beiden, der Stadt gehörigen und ihnen tauschweise zu überlassenden östlichen Restflächen des ehemals Hage'schen und des ehemals Alie'schen Grundstücks denselben Einheitspreis zu zahlen. Für die übrigen Flächen sind Preise von 8—15 M gefordert, während zwei Anlieger eine Erklärung überhaupt nicht abgegeben haben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß zugestimmt werden könne eine Terrainentschädigung von 8 M pro qm, ferner die Kosten der Zurücksetzung vorhandener Einfriedigungen, resp. die Hälfte der Kosten neuer hölzerner Einfriedigungen und endlich, soweit die Flächen verpachtet sind, angemessene Entschädigungen für die Pächter.

Was den Ausbau der Straße selbst anbetrifft, so beantragt der Magistrat, die Fahrbahn 8 m und jeden Fußweg 4 m breit anzulegen und letztere mit Laubbäumen zu bepflanzen. Die Grunderwerbskosten sind zu 37 500 M und die Baukosten zu 43 200 M veranschlagt, so daß der Anliegerbeitrag zu 110 M berechnet ist. Hier- nach ersucht der Magistrat, den Vertrag mit den Schlanstedt'schen Erben zu genehmigen und ihn zu ermächtigen, die übrigen zur Straße erforderlichen Theilflächen der nördlich derselben gelegenen Grundstücke unter Zubilligung der vorhin ange-



fährten Entschädigungen freihändig anzukaufen, andernfalls aber deren Enteignung zu beantragen, sowie endlich das vorgelegte Project und den Kostenanschlag nebst der Vertheilungsberechnung zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, wird der gesammten Vorlage zugestimmt.

#### XV. Terrainerwerb zum Bültenwege.

Auf Ersuchen des Civilingenieurs Königsdorf, ihm die zur Straße erforderliche 57 qm große Fläche seines am Bültenwege gelegenen Grundstücks zum Einheitspreise von 8 M abzukaufen, giebt der Magistrat anheim, dem Antrage zuzustimmen, was geschieht, nachdem Herr Rieke denselben namens der Baucommission unterstützt hatte.

#### XVI. Kosten der Goslarischenstraße südlich der Sidonienstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Goslarischenstraße auf der Strecke zwischen der Straße „am Hohenthore“ und der Sidonienstraße sind zu 42 572,57 M ermittelt worden. Von dieser Summe sind die Kosten für private Hauseingänge, sowie der Werth der alten Straßenbefestigung mit 7 922,46 M in Abzug zu bringen, so daß sich die von den Anliegern zu erstattende Summe auf 34 650,11 M, d. i. 74,305 M für 1 m Front, ermäßigt. Da den Anliegern, welche das zur Straße erforderliche Terrain unentgeltlich abgetreten haben, Befreiung auf Terrainerwerbskosten zugesichert ist, so sind fernere 204,25 M, welche für den Ankauf von Laubbäumen zc. angewendet wurden, von der Summe abzusetzen. Eine weitere Ermäßigung des Anliegerbeitrages wird um deswillen zugestanden werden können, weil die Unterhaltungskosten der gepflasterten Fahrbahn erheblich geringer sein werden, als wenn die Fahrbahn chaussirt wäre, wobei zu bemerken ist, daß ein Recht der Anlieger, aus diesem Grunde eine Ermäßigung der Beiträge zu fordern, nicht besteht. Es ist auch nach dem Dafürhalten des Magistrates nicht geboten, den Beitrag entsprechend der Summe zu ermäßigen, welche im Falle der Chaussirung der Fahrbahn hätte angewendet werden müssen, weil die Pflasterung der Fahrbahn den Anliegern auch wieder verschiedene Annehmlichkeiten bietet. Eine Ermäßigung des berechneten Beitrages auf 50 M für 1 m erscheint dem Magistrate hiernach ausreichend zu sein. Die Versammlung wird ersucht, diese Kostenberechnung mit der Maßgabe zu genehmigen, daß der Anliegerbeitrag auf 50 M für den lfd. Meter Frontlänge festgestellt werde.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, wird die Vorlage ohne weitere Besprechung angenommen.

### XVII. Zwangsenteignung einer Theilfläche zur Heinenstraße.

Der Tapezierer Kriewitz hat eine 52 qm große Theilfläche seines an der Heinenstraße gelegenen Grundstücks zur Straße abzutreten und fordert hierfür einen Einheitspreis von 150 M. Da der Magistrat diese Forderung für viel zu hoch hält, so ersucht er, der Zwangsenteignung derselben zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, geschieht.

### XVIII. Verkauf einer Straßenfläche am Steinwege.

Der Kaufmann Heinrich Aug. Meyer hat sich bereit erklärt, eine seinem Grundstücke am Steinwege zuzulegende Fläche von 7 qm zum Einheitspreise von 100 M. zu erwerben. Dem Antrage des Magistrates, diesen Verkauf zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Uhde, welcher namens der Baucommission berichtet, zu.

### XIX. Wahl je eines Mitgliedes der Schulcommission, des Schulvorstandes für die beiden Mädchenschulen und für die katholische Schule.

Nachdem die Versammlung sich dafür erklärt hatte, diese Wahlen ohne Vorberathung einer Commission vorzunehmen, wird Herr Rolte zum Mitgliede der Schulcommission durch Zurf gewählt. Derselbe nimmt diese Wahl an, bittet aber, ihn wegen seiner vielen Dienstgeschäfte von weiteren Aemtern zu entbinden.

Auf die Anfrage des Herrn Ahmann, ob es nicht zulässig sei, daß ein Stadtverordneter gelegentlich der Wahl eines Mitgliedes des Schulvorstandes etwas zur Sprache bringe, das zum Ressort des Schulvorstandes gehöre, erwidert

der Herr Vorsitzende, daß die Wahl durch solche Erörterungen nicht unterbrochen werden dürfe, er im Uebrigen auch keine Veranlassung habe, eine Rechtsbelehrung zu ertheilen.

Bei der dann durch Stimmzettel erfolgenden Wahl eines Mitgliedes des Schulvorstandes der beiden Mädchenschulen wird Herr Bührmann mit 16 Stimmen gewählt, während noch 10 Stimmen für Herrn Hauswaldt, 2 Stimmen für Herrn Böschigt, 1 Stimme für Herrn Brückmann und 2 weiße Zettel abgegeben werden.

Endlich wird zum Mitgliede des Schulvorstandes der katholischen Schule durch Zurf Herr Hauswaldt gewählt.

### XX. Antrag R a t h e: Uebernahme neuer Straßen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß auf Kosten von Unternehmern neu angelegte, ausgebaute und fertig bebaute Straßen erst nach Verlauf von zehn Jahren stadtheitig übernommen werden.“

Nachdem sich Herr Rathe zur Begründung des Antrages auf seine Ausführungen bei Punkt VIII der Tagesordnung bezogen hatte, wird der genügend unterstützte Antrag der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

### XXI. Anfrage Lange: Einrichtung einer Biersteuer.

Zur Begründung der Anfrage, ob es dem Magistrate zweckmäßig erscheine, daß zur Deckung der Fehlsomme im dießjährigen Haushaltsplane eine Besteuerung des gesammten hier zum Consum kommenden Bieres vorgenommen werde, führt Herr Lange etwa Folgendes aus: Die durch die Presse kürzlich verbreitete Mittheilung, zur Deckung der Fehlsomme im Etat werde demnächst eine nicht unbedeutende Steuererhöhung bevorstehen, habe in der Bürgerschaft eine gewisse Beklemmung hervorgerufen und sei diese nur dadurch etwas gemildert worden, daß der Gedanke sich Bahn gebrochen, es möchte gelingen, den Steuerzuschuß auf irgend eine andere, weniger drückende Weise auszugleichen, z. B. durch eine Biersteuer. Da in den Nachbarstädten Hannover, Magdeburg, Hildesheim u. s. w. sich diese Besteuerung eines guten Erfolges zu erfreuen gehabt habe, so lasse sich auch hier ein günstiges Ergebnis erwarten. Die hiesigen Brauereien haben nach zuverlässigen Angaben im Allgemeinen jährlich 400 000 hl Bier gebraut, wovon ca. 129 000 hl hier consumirt sein sollen; rechne man nun auf das hl einen Steuerfuß von 50  $\mathcal{M}$ , so ergebe dieses einen Einnahmeposten von ca. 64 500  $\mathcal{M}$ . Dazu komme bei der Besteuerung der hier von Auswärts eingeführten 40 000 hl Bier mit 75  $\mathcal{M}$  für 1 hl noch ein weiterer Betrag von 30 000  $\mathcal{M}$ , so daß man insgesammt aus der Biersteuer ca. 90 000 bis 100 000  $\mathcal{M}$  Einnahme erzielen könnte. Diese Summe würde aber einem Simplum ziemlich gleich kommen und brauchte man dann eine allgemeine Steuererhöhung nicht vorzunehmen. Die von ihm in Vorschlag gebrachte Biersteuer von  $\frac{1}{2}$   $\mathcal{M}$  pro Liter sei so gering, daß man sie eigentlich erst merke, wenn man recht viel Bier trinke, selbst wenn sie der Consument zahlen müßte.

Herr Bürgermeister Kettmeyer erwidert, daß der Magistrat zu dieser Frage schon Stellung genommen habe und der Versammlung eventuell eine entsprechende Vorlage unterbreiten werde.

### XXII. Anfrage Ahmann: Religiöse Unterweisung der Dissidentenkinder.

Die Anfrage:

„Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu thun, um der freireligiösen Gemeinde es weiterhin zu ermöglichen, den nach §. 14 des Dissidentengesetzes zugestandenen Unterricht für Dissidentenkinder der hiesigen Bürgerschulen fortzusetzen?“

beantwortet Herr Stadtrath Meyer, daß es sich hierbei nur um Kinder solcher

Eltern handeln könne, bei denen der Vater sich ausdrücklich als Dissident erklärt habe und in dem Dissidentenverzeichnisse auf dem Herzoglichen Amtsgerichte Braunschweig eingetragen stehe. Nach den Bestimmungen des Dissidentengesetzes seien die Kinder solcher Eltern gezwungen, bis zum 14. Lebensjahre den Religionsunterricht der städtischen Schulen mit zu besuchen, es sei denn, daß die Eltern für eine anderweite, als ausreichend anzusehende religiöse Ausbildung sorgen. Nun habe sich der Magistrat mit der Frage, ob für eine selbstständige religiöse Ausbildung der Kinder auch wirklich gesorgt sei, nicht beschäftigt und habe dieser Frage seinerseits auch gar nicht näher zu treten. Beschwerden seien meistens nur von den Vätern solcher Kinder gekommen, welche aus dem Religionsunterrichte zurückgehalten seien, ohne daß die Vorbedingungen dazu erfüllt worden, wofür man dann den Vätern eine Ordnungsstrafe auferlegt habe. Die an den Magistrat gelangten wenigen Beschwerden hätten aber inzwischen sämmtlich ihre Erledigung gefunden.

Herr Aßmann möchte zur Begründung der Anfrage noch Folgendes ausführen. Im November v. Js. habe der Schuldirector Schaarschmidt dem Vorsteher der hiesigen freireligiösen Gemeinde privatim mitgetheilt, daß den Mitgliedern derselben durch das Herzogliche Consistorium das Recht genommen sei, ihre Kinder von dem Schulreligionsunterrichte zurückzuhalten, weil deren bisheriger Religionslehrer Dr. Böckel sich zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht mehr qualificire, nachdem derselbe wegen Gotteslästerung bestraft und auch festgestellt sei, daß er der socialdemokratischen Partei angehöre. Es sei ihm nicht bekannt, ob das Herzogl. Consistorium eine so weitgehende Befugniß habe, um entscheiden zu können, ob der Religionsunterricht für diese Kinder als genügend zu erachten sei; jedenfalls komme es ihm hauptsächlich darauf an, zu erfahren, ob sich der Magistrat auf den gleichen Standpunkt stelle, und glaube er, aus dem Verhalten desselben entnehmen zu sollen, daß der Magistrat sich nicht einig gewesen sei, ob er den Unterricht von Dissidentenkindern verbieten könne. Der Magistrat habe nämlich einem Herrn mitgetheilt, derselbe möchte den Nachweis führen, daß er thatsächlich Dissident sei, und wisse er nicht, welchen Grund diese Forderung haben solle, wenn dieses bei der Frage nebensächlicher Natur wäre. Im Interesse des freien Willens der hiesigen Einwohner möchte es angesichts dieser Verhältnisse das Wichtigste sein, wenn der Magistrat Schritte ergriffe, um der irrigen Auffassung des Consistoriums zu begegnen und dieses zu ersuchen, die Anordnung zurückzunehmen. Die Vorschrift im §. 14 des Dissidentengesetzes könne nicht ohne Weiteres inhibirt werden, und wenn das geschehe, so sei es doch nicht von großem Nutzen, den Kindern zwangsweise einen Unterricht einzuimpfen, welchen die Eltern derselben nicht billigen. Es empfehle sich doch wohl, diese Frage noch einmal gründlich zu untersuchen und den Schulinspectoren aufzugeben, den Unterricht in der freireligiösen Gemeinde als vollgiltig anzuerkennen. Daß nicht mehr Beschwerden bei dem Magistrate eingegangen seien,

liege nur daran, daß man den in der Sache ergangenen Bescheid gekannt habe und sich den Instanzenweg nicht verschließen wolle. Er bitte um nochmalige wohlwollende Prüfung dieser Frage und um Anweisung des Schuldirectors Schaar Schmidt, seine Verfügung zurückzunehmen. Der Grund, daß Dr. Böckel wegen Gotteslästerung bestraft sei und sich zur socialdemokratischen Partei zähle, komme doch wohl ernstlich nicht in Betracht, weil man auch von anderen Lehrern nicht wissen könne, was für eine Gesinnung sie haben. Da nun außerdem bis jetzt von einem Beschlusse des Consistoriums in dieser Sache nichts bekannt sei, so wäre es im Interesse der Allgemeinheit doch wohl erwünscht, hierüber Klarheit zu erhalten.

Herr Stadtrath Meyer entgegnet, daß seines Erachtens die Frage für den Magistrat klar liege, da sie nach dem Texte und Sinne des Gesetzes über die Dissidenten zu beantworten sei. Wenn er auch die Verhandlungen zwischen dem Schuldirector Schaar Schmidt und den betr. Leuten nicht kenne, so könne er sich doch nicht denken, daß dieser sich so allgemein ausgedrückt haben sollte, es wäre der private Religionsunterricht, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, für die Dissidentenkinder nicht mehr zulässig. Es werde vielmehr nur darauf hingewiesen sein, daß der Religionsunterricht, welcher dem betr. Kinde ertheilt werden solle, als ausreichender Ersatz des in der Schule gegebenen Unterrichts angesehen werden müsse. Der betr. Beschwerdeführer habe gesagt, er glaube, daß sein Kind ausreichenden Unterricht von Dr. Böckel erhalte, und darauf sei ihm vom Magistrate, im Einvernehmen mit dem Herzoglichen Consistorium, der Bescheid ertheilt, daß dieser Unterricht nicht als ausreichender Ersatz angesehen werden könnte, weil Dr. Böckel für seine Person nicht genügende Gewähr böte, indem derselbe wegen Gotteslästerung rechtskräftig vorbestraft sei. Er glaube nicht, daß innerhalb des Magistrates ein Schwanken in dieser Sache wahrnehmbar gewesen wäre. Den letzten Fall habe er selbst behandelt und die Rückfrage gestellt, ob der Beschwerdeführer Dissident sei, in welchem Falle derselbe den Beweis dafür führen möchte. Wenn er schon damals die Sachlage mit dem Consistorium gewußt hätte, würde er gleich von vornherein eine entsprechende Auskunft ertheilt haben.

Herr Günther stellt mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes den Antrag auf Besprechung der Anfrage.

Da sich indessen die erforderlichen 9 Mitglieder nicht zur Unterstützung des Antrages finden, kann eine Besprechung der Anfrage nicht stattfinden.

### XXIII. Anfrage Günther: Wilderung der Arbeitslosigkeit.

Wie Herr Günther zur Begründung der Anfrage: „Hat der Magistrat in Erwägung gezogen, ob nicht schon jetzt Arbeiten in Angriff genommen werden sollen, um der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten? ausführt, könnte es Wunder

nehmen, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo nicht wie sonst ein strenger Winter vorhergegangen sei, die Arbeitslosigkeit augenfällig sein solle. In den letzten Tagen habe er aber von einer großen Zahl von Arbeitern gehört, daß dieselben seit einiger Zeit keine Arbeit mehr haben und sei er gegangen, in der Versammlung die Angelegenheit vorzubringen. Es sollen jetzt ungefähr 500 Arbeiter ohne Beschäftigung sein, von welcher Zahl ein großer Theil bis in die letzten Wochen städtische Arbeit gehabt haben solle. Wenn nun städtische Arbeiten bei der Canalisation oder im Bürgerparke in Aussicht stehen, so sehe er nicht ein, weshalb der Magistrat damit noch einige Monate warten wolle, statt den Arbeitslosen Brot zu schaffen; denn ein Frost, welcher zur Wiedereinstellung der Arbeiten zwingen könne, sei doch nicht mehr zu erwarten. Er bitte daher den Magistrat um Auskunft, ob es möglich sei, jetzt städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, es sei anscheinend Herrn Günther nicht bekannt geworden, daß etwa 150—160, in letzter Zeit etwas weniger, Arbeiter thatsächlich auf städtische Kosten beschäftigt seien. Die Leute haben in den Husarenställen am Siegesplatze Holz zerkleinert und erst, nachdem diese Ställe auf Abbruch verkauft seien, müsse in den nächsten Tagen mit der Arbeit aufgehört werden. Man könne dann nur noch so viele Leute beschäftigen, wie auf dem Hofe des Pflegehauses Platz haben. Mehr Arbeit liege augenblicklich nicht vor und da der Magistrat eine Verpflichtung zur Beschäftigung Arbeitsloser nicht anerkennen könne, so lasse sich auch die Schaffung weiterer Arbeitsgelegenheit nicht in Aussicht stellen. Bei dem Abbruche der Husarenställe würden aber immer noch 50 Leute Beschäftigung finden und da auch Herr Bürgermeister Ketemeyer versichert habe, daß die Straßenbauten in allernächster Zeit in der Goslarischenstraße beginnen würden, so könne es nur noch eine kurze Spanne Zeit währen, bis weitere Arbeitsgelegenheit vorhanden sei.

#### XXIV. Antrag R i e k e: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die hinter dem Hoftheater zu errichtende Bedürfnisanstalt auch für Frauen eingerichtet werde und eine dahingehende Vorlage zu machen.“

Herr R i e k e bemerkt dazu, daß dieser Antrag einer eingehenden Begründung wohl nicht bedürfe. Wenn man anerkenne, daß es nothwendig sei, an jener Stelle eine Bedürfnisanstalt für Männer zu errichten, so sei damit auch anerkannt, daß die Anstalt für Frauen dort ebenso nöthig sei. Solche Anstalten müßten aber von Jedermann frei benutzt werden können, sonst erfüllen sie ihren Zweck nicht.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgetheilt hatte, daß vom hiesigen Architekten- und Ingenieurverein ein Gesuch eingegangen sei, in welchem die Versammlung ersucht werde, dahin zu wirken, daß zur Erlangung von Plänen für die beiden neuen Kirchen zu St. Johannis und St. Pauli ein Wettbewerb, und zwar nur für Skizzen, unter den Architekten Deutschlands ausgeschrieben und eine Anzahl Kirchenverordnete zc. in Stand gesetzt werden möchte, sich derartige Bauwerke auswärts anzusehen, um ein Programm aufstellen zu können; daß diese Eingabe sich jedoch durch Herumreichen in der Versammlung erledige, weil eine gleiche Eingabe auch der Magistrat erhalten habe, wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

---





# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. Februar 1896.

#### Tagesordnung:

|       |                                                                                       |           |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Klageerhebung wegen der von Reinicke'schen Gemäldesammlung . . . . .                  | Seite 278 |
| II.   | Beseitigung des Sandes in der Oker bei der städt. Badeanstalt. . . . .                | " 282     |
| III.  | Beleuchtungskosten für einen Theil der Catharinenstraße. . . . .                      | " 283     |
| IV.   | Antrag Rieke: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater . . . . .           | " 283     |
| V.    | Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule . . . . .                          | " 285     |
| VI.   | Entfernung von Kastanienbäumen an der Neuen Promenade . . . . .                       | " 291     |
| VII.  | Einsprache gegen den Ortsbauplan der Goslarischenstraße. . . . .                      | " 294     |
| VIII. | Bestreuung der außenstädtischen Straßen bei Winterglätte . . . . .                    | " 294     |
| IX.   | Abkommen mit der Braunschw. Landesbahn wegen Straßenbaukosten . . . . .               | " 295     |
| X.    | Neupflasterung der Straße „an der Martinikirche“ . . . . .                            | " 297     |
| XI.   | Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen vom 1. Januar 1892 bis 31. März 1893 . . . . . | " 299     |
| XII.  | Antrag Kathe: Uebernahme neuer Straßen . . . . .                                      | " 299     |
| XIII. | Abkommen mit Anliegern der Wolfenbüttlerstraße. . . . .                               | " 303     |
| XIV.  | Terrainabtretung an die Firma Bannow u. Schminke . . . . .                            | " 301     |
| XV.   | Vereinbarung wegen Abtretung von Terrain des Centrafriedhofes . . . . .               | " 301     |
| XVI.  | Anfrage Koch: Verlegung der Messen und Märkte vom Leonhardsplatz . . . . .            | " 303     |
| XVII. | Antrag Rieke: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hoftheater . . . . .      | " 304     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Kieß und Uhde; außerdem fehlen die Herren Asmann und Halle.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt den Eingang eines Schreibens des Herrn Felix Brendecke mit, in welchem sich dieser in ironischer Weise für die ihm von der Versammlung gewordene Theilnahme und Unterstützung bedankt. Der Herr Vorsitzende ersucht, ihn zu ermächtigen, alle etwaigen ferneren Eingaben des Genannten ohne weitere Mittheilung und Erwähnung zu den Acten legen zu dürfen, mit welchem Vorschlage sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

### **I. Klageerhebung wegen der von Reinicke'schen Gemäldesammlung.**

In einer letztwilligen Verfügung vom 24. April 1865 hat die am 10. December 1867 hier verstorbene Wittwe des Rittergutsbesizers von Reinicke, Franziska geb. Hausmann, der hiesigen Stadt 85, zum Theil sehr werthvolle Oelgemälde mit der Bestimmung vermacht, daß letztere im Museum am Bohlwege untergebracht werden sollten, und daß, wenn dereinst eine Ausscheidung dieser Bilder aus dem Museum erfolgen würde, der Magistrat der Stadt Braunschweig ihnen eine andere sichere Stelle gewähren solle. Die vor Kurzem verweigerte Herausgabe eines der fraglichen Gemälde, welches der Magistrat dem deutschen Hochstifte zu Frankfurt a. M. für die dort veranstaltete Goethe-Ausstellung zu übersenden beschlossen hatte, ist in Verbindung mit dem Umstande, daß die Stadtverwaltung im Begriffe steht, für die ihr gehörigen, jetzt in verschiedenen Gebäuden untergebrachten Gemälde angemessene Räume zu schaffen, für den Magistrat die Veranlassung gewesen, die der Stadt an der von Reinicke'schen Sammlung zustehenden Eigenthumsrechte geltend zu machen und insbesondere Herzogliches Staatsministerium um Abgabe einer Erklärung dahin zu ersuchen, daß die fraglichen Gemälde der Stadt nach Beschaffung geeigneter Räume auf deren Verlangen würden herausgegeben werden. Das Herzogliche Staatsministerium hat aber die Abgabe dieser Erklärung nicht nur verweigert, sondern auch, unter Anerkennung des Eigenthumsrechtes der Stadt an den fraglichen Gemälden, die Ansicht vertreten, daß dieses Eigenthumsrecht zu Gunsten des Herzoglichen Museums beschränkt sei. Der Magistrat hat dem Herzogl. Staatsministerium gegenüber wiederholt geltend gemacht, daß der Wortlaut der in Rede stehenden letztwilligen Verfügung diese Auslegung durchaus nicht bedinge und hat darauf hingewiesen, daß nach den bei unterrichteten Personen eingezogenen Erkundigungen kein Zweifel darüber bestehen

könne, daß dem Herzogl. Museum Rechte an der fraglichen Sammlung nicht hätten eingeräumt werden sollen. Indem der Magistrat diese Auffassung auch jetzt noch aufrecht erhält, ist derselbe weiter der Ansicht, daß die Rechte der Stadt an der Sammlung durch Verjährung verloren gehen können, wenn sich die Stadt bei der Verweigerung der Anerkennung ihrer Rechte beruhigte. Da letztere durchaus begründet sind, der Stadt auch die Ehrenpflicht obliegt, der lehtwilligen Anordnung der Frau von Reinicke Geltung zu verschaffen, so bleibt nach der Ansicht desselben nichts anderes übrig, als Klage zu erheben, die vorläufig auf Feststellung der Rechte der Stadt zu richten sein würde. Die Versammlung wird daher ersucht, den Magistrat zu dieser Klageerhebung zu ermächtigen.

Namens der Statutencommission berichtet hierüber Herr Engelbrecht: Bei Prüfung dieser Sache dürfte es wesentlich auf zwei Punkte ankommen, nämlich erstens, wie die derzeitige Verfügung der Frau von Reinicke aufzufassen sei, ob dieselbe ein ausschließliches Recht für die Stadt begründe, oder ob sie noch irgend welchen dritten Persönlichkeiten Rechte an den Bildern gegeben habe; zweitens aber, ob, wenn der Stadt allein derzeit ein Recht an den Gemälden gegeben sei, nicht möglicherweise inzwischen durch Zeitablauf an diesem Rechte etwas geändert sei. Die Statutencommission hege nun die Ansicht, daß durch die lehtwillige Verfügung das Eigenthumsrecht der Stadt ohne jede Beschränkung begründet und auch durch die Zeit an diesem Rechtsverhältnisse nichts geändert sei. Es könne demnach die Proceßerhebung nur empfohlen werden. Wenn man den Wortlaut der Verfügung näher betrachte, so leuchte zunächst ohne Weiteres ein, daß bei der durch dieselbe erfolgten Verleihung von Rechten kein weiteres Rechtsobject erwähnt sei, als die Stadt Braunschweig. Die Erwähnung des Museums am Bohlwege geschehe nur in der Weise, daß es als Aufbewahrungsort für die fraglichen Bilder bestimmt werde, und es stehe dem Ausdrucke „Museum am Bohlwege“ mit voller Klarheit gegenüber, daß, wenn die Ausscheidung der Bilder erfolgen solle, denselben eine andere sichere Stelle gewährt werden müsse. Hieraus ergebe sich, daß das Museum am Bohlwege nur als Aufbewahrungsstelle für die Bilder gemeint sei und es würde schon damals, wenn seitens des Ministeriums die Aufbewahrung der Bilder im Museum nicht gestattet sein würde, die Stadt gezwungen gewesen sein, wenn sie die Gemälde überhaupt annehmen wollte, eine andere sichere Aufbewahrungsstelle für dieselben zu schaffen. Man habe hierdurch dem Museum irgend welche Rechte an den Bildern nicht einräumen wollen; es handle sich vielmehr nur um die Sorge für die Aufbewahrung derselben, und da derzeit ein anderer passender Aufbewahrungsort für Gemälde nicht existirte als das Museum, so erscheine es erklärlich, daß die Erblasserin diese Bestimmung getroffen habe, um die Zukunft der Bilder hinsichtlich ihrer Aufbewahrung zu sichern. Nur der Stadt seien Rechte gewährt und Pflichten auferlegt worden. Ihr sei es zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß

die Bilder, wenn möglich, im Museum am Bohlwege, wenn aber dort nicht zugänglich, an anderer sicherer Stelle untergebracht würden. Aus diesem Passus könne Niemand anders Rechte herleiten. Es frage sich nun weiter, was unter der Ausscheidung der Bilder aus dem Museum gedacht sein könne. Die Erblasserin könne hierbei nur an Zweierlei gedacht haben, nämlich erstens, daß die vorläufig gestattete Aufbewahrung der Gemälde im Museum wieder zurückgezogen werde, oder zweitens, daß die Stadt eine andere sichere Stelle inzwischen beschafft und nunmehr von ihrem Rechte, die Bilder aus dem Herzogl. Museum auszuschneiden, Gebrauch gemacht habe. Daß durch die Worte „Ausscheidung der Bilder“ dem Museum habe ein Verfügungsrecht über die Bilder gegeben werden sollen und dieses in der Lage sei, sich der Ausscheidung derselben seitens der Stadt zu widersetzen, könne aus dem Testamente nicht gefolgert werden. Da zur Klärung des Sinnes der letztwilligen Verfügung eventuell auch ergänzende Beweise beigebracht werden können, so habe sich der Magistrat an die Verwandten der Frau von Reinicke gewandt und sei von denselben in ihrem an den Magistrat und auch an das Herzogl. Staats-Ministerium gerichteten Schreiben hervorgehoben, daß die Frau von Reinicke unter allen Umständen diese Gemälde der Stadt und Niemand anders habe zukommen lassen wollen und daß ihre Ansicht dahin gehe, das Museum habe den Bildern mangels eines anderen geeigneten Aufbewahrungsortes nur als solcher dienen sollen, und dieselben müßten aus dem Museum ausgeschieden und auf Wunsch der Stadt zurückgegeben werden. Demnach hätten durch die letztwillige Verfügung nur der Stadt Rechte gewährt werden sollen und zwar vollkommene Eigenthums- und Verfügungsrechte über die Bilder.

Bezüglich der Frage, ob sich inzwischen etwas an diesem Rechtszustande geändert habe, sei Folgendes zu bemerken. Das Herzogliche Staats-Ministerium nehme Bezug auf ein Schreiben des verstorbenen Oberbürgermeisters Caspari vom Jahre 1867, in welchem dieser ein Gesuch um Erlaß der Erbschaftsstempelsteuer für die Gemälde mit zwei Gründen belege, daß nämlich das Herzogliche Museum gewissermaßen ein Nießbrauchsrecht an den Bildern habe und daß die Stadt ein freies Verfügungsrecht über die Bilder insofern nicht besitze, als sie nicht im Stande sei, dieselben zu verkaufen, sondern gezwungen sei, die Sammlung einheitlich zu erhalten und sie der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Erbschaftsstempelsteuer sei daraufhin auch erlassen. Aus dem Worte „Nießbrauch“ folgere nun das Herzogl. Staats-Ministerium ein Anerkennniß der Stadt, daß dem Museum ein Recht an den Bildern zustehe. Diese Ausführungen seien indessen nicht als richtig anzusehen, zumal da in dem Schreiben auch davon die Rede gewesen sei, daß der Nießbrauch einmal aufhöre, indem die Bilder nur vorübergehend in dem Herzogl. Museum aufbewahrt würden. Durch ein weiteres Schreiben des Oberbürgermeisters Caspari vom 5. November 1869 sei dann aber vollkommene

Klarheit in die Auffassung der Sachlage gebracht. Bei Uebersendung des Verzeichnisses der Bilder habe nämlich der Genannte gebeten, über den Empfang zu quittiren und zugleich anzuerkennen, daß die Stadt die alleinige Eigenthümerin der Bilder sei und daß dieselben dem Museum nur zur Aufbewahrung übergeben würden. Das Herzogl. Staats-Ministerium habe dann einfach über die Bilder quittirt und der Auffassung der Stadt in keiner Weise widersprochen, sondern nur den Wortlaut des Testaments der Quittung hinzugefügt, ohne also gegen den klar zum Ausdruck gebrachten Standpunkt der Stadt, daß die Bilder nur zur Aufbewahrung übergeben würden, zu remonstriren. Nebenher gehe dann noch ein Schreiben des Museumsdirectors, in welchem derselbe zusage, die Bilder mit deutlich erkennbaren Zeichen (Namen der Frau von Reinicke) versehen zu wollen, damit sie leicht und deutlich ausgeschieden werden können. An diesen Verhältnissen habe sich aber seit dem Jahre 1869 nichts geändert. Wenn die Museumsverwaltung der Meinung sein sollte, daß sie die Bilder auf Grund eines Rechtes besessen habe, so liege ein entschiedener Irrthum vor, da der Standpunkt der Stadt klar zum Ausdruck gebracht sei. Es müsse dann noch weiter hervorgehoben werden, daß der Zustand, wie er durch die Hingabe der Bilder an das Museum geschaffen sei, nur dem Willen der Erblasserin entsprochen habe und die Stadt, so lange sie nicht selbst ein Museum gebaut habe, dagegen einen Widerspruch nicht hätte erheben können. Da nun ein die Stadt beeinträchtigender Zustand bisher nicht vorgelegen habe, so könne von einer Ersetzung überall nicht die Rede sein. Die Sache an sich liege jetzt sehr seltsam insofern, als augenblicklich gar nicht mehr die sämmtlichen Bilder im Museum aufgehängt seien, sondern ein großer Theil derselben sich auf dem Boden des Museums befinde. Das sei ein Zustand, der nicht wohl geduldet werden könne, auch liege, seitdem der Standpunkt des Herzogl. Staats-Ministeriums klargestellt sei, die Gefahr vor, daß nunmehr eine Rechtsveränderung durch Zeitablauf eintreten könnte und der müßte vorgebeugt werden. Außerdem liege die Absicht vor, demnächst ein städtisches Museum zu errichten und bei der Gelegenheit müßte auch auf die Räumlichkeiten Rücksicht genommen werden, welche für diese Bilder erforderlich seien. Deshalb sei jetzt der Augenblick gekommen, in welchem die Rechtslage klargelegt werden müsse und es bleibe nichts weiter übrig, als dieses im Wege des Processus zu thun. Auch liege wohl eine Verpflichtung für die Stadt gegenüber der hochherzigen Geberin der Bilder vor, deren Absicht Geltung zu verschaffen. Der vom Herzoglichen Staats-Ministerium angebotene Vergleich, nach welchem die Museumsverwaltung einen Theil der Bilder für sich auswählen und den übrigen Theil der Stadt übergeben sollte, sei schon vom Stadtmagistrate abgeschlagen. (Beifall). Die Folge davon wäre natürlich gewesen, daß das Museum die werthvollen Bilder für sich behalten und der Stadt einen Torso gelassen hätte, den dieselbe nicht mit reinem Herzen als Reinicke'sche Sammlung hätte ausstellen können. Die Stadt müsse also

den Willen der Geberin im Wege des Processes hochzuhalten suchen, da im Wege gütlicher Vereinbarung sich anscheinend nichts in der Sache erreichen lasse. Die Statutencommission empfehle daher, der Klageerhebung zuzustimmen, was geschieht.

## II. Beseitigung des Sandes in der Oker bei der städt. Badeanstalt.

Die städt. Bauverwaltung, zum Bericht darüber aufgefordert, welchem Umstande die früher in dem Maße nicht beobachtete Versandung des Okerflusses bei der städt. Badeanstalt in und seitlich von dem Bassin für Nichtschwimmer zuzuschreiben sei, äußerte sich dahin, daß hauptsächlich die Verbreiterung des Flusses an jener Stelle in Verbindung mit der ziemlich starken Curve desselben daran Schuld sei. Naturgemäß lagern sich bei jedem gekrümmten Flußlaufe an der convergen Seite desselben Sinkstoffe ab, während an der concaven Seite, welche den Stoß des Wassers aufzunehmen habe, Ausspülungen vorkommen. Die Vermuthung, daß die Versandung des Flusses durch die Pfeiler der oberen kleineren Brücke hervorgerufen werde, erscheine nicht zutreffend, weil der durch diese Pfeiler dem fließenden Wasser bereite Widerstand zu unbedeutend sei. Da es ein erfolgversprechendes Mittel zur Verhütung der Versandungen nicht gebe, so werde das Okerbett immer von Neuem wieder gereinigt werden müssen. Der Magistrat giebt hiervon der Versammlung mit dem Bemerken Kenntniß, daß er in Berücksichtigung des letzterwähnten Umstandes auch in in den nächstjährigen Etat einen entsprechenden Betrag für die Reinigung des Okerbettes bei der Badeanstalt eingestellt habe.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, ist man in der Finanzcommission der Ansicht, daß an der Versandung doch wohl die Brückenpfeiler Schuld seien, weil sich gerade vor diesen Pfeilern immer eine große Sandbank lagere. Da es Mittel zur Beseitigung dieses Uebelstandes nicht gebe, werde nichts weiter übrig bleiben, als immer wieder eine Reinigung des Okerbettes vorzunehmen.

Herr Meyerhoff würde als Abhülfsmittel eine freitragende Brücke ohne Pfeiler für jene Stelle in Vorschlag bringen; es frage sich aber nur, ob dieses billiger sein werde, als die wiederholten Reinigungen des Okerbettes.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß auch der Magistrat die Ursache der Versandung in den Brückenpfeilern vermuthet, daß indessen die städt. Bauverwaltung dieses entschieden bestreite.

Herr Günther möchte hieran die Bitte knüpfen, daß die Oker auch bei der Freibadeanstalt ausgebaggert würde. Ein Versuch dazu sei schon einmal gemacht worden, jedoch scheitere derselbe immer an den großen Steinblöcken, welche das

Oferbett an jener Stelle bedecken und die entfernt werden müßten. Die Ofer sei dort an vielen Stellen so flach, daß man darin stehen könnte.

Die Magistratsvorlage wird damit zur Kenntniß genommen.

### III. Beleuchtungskosten für einen Theil der Catharinenstraße.

Der Kaufmann Ernst Camehl, auf dessen Kosten die westliche Theilstrecke der Catharinenstraße ausgebaut ist, hat gebeten, die Kosten der Speisung der drei daselbst aufgestellten Laternen vom 1. April 1895 ab stadtseitig zu übernehmen, weil seit diesem Zeitpunkte auch die Straßenunterhaltung von der Stadt übernommen sei. Wenn diese letztere Angabe auch zutrifft, so hat doch die Stadt nach dem mit Herrn Camehl abgeschlossenen Vertrage noch keine Verpflichtung, diese Beleuchtungskosten zu tragen, jedoch giebt der Magistrat anheim, aus Billigkeitsgründen zu genehmigen, daß vom 1. April 1896 ab die ausgebauten Theilstrecke der Catharinenstraße auf Kosten der Stadt beleuchtet werde.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, wird der Magistratsantrag gutgeheißen.

### IV. Antrag N i e k e: Erweiterung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater.

Wie Herr Seele berichtet, hat dieser, in der vorigen Sitzung gestellte Antrag — Seite 274 des Berichts — in der Finanzcommission wegen Abwesenheit des Antragstellers nicht vorberathen werden können.

Herr N a t h e muß den für die Bedürfnisanstalt hinter dem Theater gewählten Platz auch jetzt noch für unpraktisch halten. Um die Bebauung dieses Platzes zu vermeiden, habe er sich an maßgebender Stelle erkundigt, ob nicht doch ein Platz auf der rechten Seite des Theaters für die Bedürfnisanstalt zu haben sei. Daraufhin sei er zu der Erklärung ermächtigt worden, daß das Herzogl. Hofmarschallamt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt rechts oder links von der dort stehenden Ulme, und zwar unter theilweiser Benutzung des Theaterparthes, gestatte. Der halbrunde Platz hinter dem Theater solle demnächst mit Teppichbeeten belegt und eingefriedigt werden, so daß dort eine Bedürfnisanstalt nicht gut aussehen dürfte. Er stelle daher folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, den Beschluß der letzten Sitzung bezüglich der Anlage einer Bedürfnisanstalt an der Ostseite des Theaters aufzuheben und den Magistrat zu ersuchen, fragliche Bedürfnisanstalt in Größe der am Steinhore liegenden Anstalt, an der Südseite des Theaters, eingeschnitten in den Herzoglichen Park, links oder rechts von der dort stehenden Ulme anzulegen.“

Herr W o l f f will nach Anhörung dieser Ausführungen sein Bedauern darüber aussprechen, daß das Herzogl. Hofmarschallamt auf die officiellen Anfragen

des Stadtmagistrates sich ablehnend und auf das private Vorgehen eines Stadtverordneten sich zustimmend erklärt habe.

Auf die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob die Zusage auch zuverlässig sei, erwidert Herr Rathe, daß das Herzogl. Hofmarschallamt die Anstalt nur auf der anderen, in Vorschlag gebrachten Stelle nicht habe dulden wollen, während dasselbe gegen diesen Platz nach der ihm gewordenen Mittheilung nichts einzuwenden habe.

Herr Wolff hat mit seiner Aeußerung die Thätigkeit des Herrn Rathe in dieser Sache keineswegs angreifen wollen; er spreche Herrn Rathe vielmehr seinen verbindlichsten Dank dafür aus.

Herr Rieke möchte mittheilen, daß er der Einladung zu der Commissions-sitzung nicht gefolgt sei, weil er angenommen habe, daß eine weitere Begründung seines Antrages nicht mehr nöthig sein werde. Für ihn liege die Sache so, daß, wenn das Bedürfniß zur Errichtung einer Anstalt für Männer anerkannt werde, ein gleiches Bedürfniß auch zu einer Anstalt für Frauen vorliege. Da indessen bei Errichtung einer Anstalt rechts vom Theater der Platz zu klein sei, um die Anstalt für beide Geschlechter einrichten zu können, so ziehe er seinen Antrag zurück und behalte sich vor, einen neuen Antrag einzubringen, nach welchem eine Anstalt für Frauen auf der anderen (nördlichen) Seite des Theaters errichtet werden möchte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will hervorheben, daß der Magistrat bei dem Herzogl. Hofmarschallamte verschiedentlich darauf angetragen habe, es möchte ein kleines, vielleicht 12 qm großes Stück vom Parke zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt der Stadt überlassen werden, da auch der Magistrat den Platz rechts vom Theater als den praktischsten anerkennen müsse. Nachdem indessen alle diese Vorschläge abgelehnt seien, habe der Magistrat nur mit dem Antrage kommen können, die Bedürfnisanstalt auf städtischem Wegeterrain zu errichten. Wenn das Herzogl. Hofmarschallamt sich jetzt damit einverstanden erkläre, daß die Anstalt auf der südlichen Seite des Theaters theilweise auf dem Parkterrain errichtet werde, so werde hiergegen wohl auch der Magistrat nichts einzuwenden haben.

Der Herr Vorsitzende würde es für zweckmäßig halten, den Beschluß bedingt dahin zu fassen, daß die Versammlung sich an den früheren Beschluß binde, sofern es nicht etwa dem Stadtmagistrate gelingen sollte, die Bedürfnisanstalt auf dem von Herrn Rathe vorgeschlagenen Platze zu errichten.

Herr Rathe will nochmals betonen, daß ihm bestimmt gesagt worden sei, der Platz würde von dem Herzogl. Hofmarschallamte unter allen Umständen genehmigt werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist nunmehr ermächtigt worden, namens des Magistrates zu erklären, daß derselbe der Errichtung der Anstalt an diesem Platze zustimmen würde, sofern die Stadt letzteren überwiesen erhielte.



Herr Meyerhoff glaubt, daß in diesem Falle die öffentliche Meinung mehr gethan habe, als Herr Rathe, ohne diesem aber sein Verdienst schmälern zu wollen. Der Antrag Rathe wird darauf angenommen.

### V. Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig beabsichtigt, wie in anderen Städten des Herzogthums, auch in Braunschweig eine kaufmännische Fortbildungsschule zu errichten und hat dieserhalb an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, durch statutarische Bestimmung den Besuch der in der Stadt Braunschweig errichteten Schule für Kaufleute unter 18 Jahren obligatorisch zu machen, sowie diese Schule durch Gewährung materieller Beihilfe zu unterstützen. Wiewohl das Bestreben der Handelskammer, eine bessere Durchbildung der jungen Kaufleute zu erreichen, im vollsten Maße Würdigung verdient, hat der Magistrat doch gezögert, den gestellten Anträgen näher zu treten, weil derselbe einmal nicht ohne Zweifel über die Zulässigkeit der Statutargesetzgebung, sowie über die Folgen der Einführung des obligatorischen Unterrichts war und er andererseits bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt Bedenken trug, dieser noch eine weitere, nicht nothwendige Last aufzubürden. Nachdem jedoch Herzogl. Staats-Ministerium sein Interesse an der Errichtung der Schule zum Ausdruck gebracht hatte, hat der Magistrat dem Drängen der Handelskammer insoweit nachgegeben, als er ohne Uebernahme einer Garantie für irgendwelche Subvention seine Bereitwilligkeit zum Erlaß des gewünschten Statuts erklärt hat. So ist denn vom Magistrate, unter Zugrundelegung eines von der Handelskammer übersandten Statuts, ein Entwurf ausgearbeitet, welcher mit dem Ersuchen um Genehmigung übersandt und dabei Folgendes bemerkt wird. Die Befugniß zum Erlaß eines entsprechenden Statuts verleihen die Bestimmungen der §§. 120 und 150 der Reichsgewerbeordnung und die Ziele der hier zu errichtenden Schule werden durch den beigegebenen Lehrplan bezeichnet. Da die Handelskammer die Trägerin der Schule ist, wird derselben auch die Verwaltung im Wesentlichen zu belassen sein; die Interessen der Stadt scheinen dem Magistrate durch die in den §§. 1 und 7 des Statuts vorgesehene Mitwirkung des Magistrates genügend gewahrt. Eine starke Betheiligung bei der Verwaltung für die städtischen Behörden zu beanspruchen, scheint dem Magistrate durch nichts geboten und dürfte lediglich die Frage der Subventionirung ungünstig beeinflussen.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Wolff die obligatorische Einführung des Unterrichtes für Handlungslehrlinge mit Freuden begrüßt und beschlossen, der Versammlung im Principe die Guttheißung der Institution dringend anheimzugeben. Ein sachliches Bedenken gegen das, jedem Mitgliede der Versammlung zugegangene, Statut sei nicht vorzubringen, nur habe

die Commission gewünscht, zur besseren Klärung der Bestimmungen im §. 1 Zeile 8 zwischen den Worten „Handlungslehrlinge“ und „welche“ eine „1,“ und in Zeile 12 hinter dem Worte „oder“ hinzuzufügen: „2, welche“. Auch werde auf Wunsch eines Mitgliedes anheimgegeben, im Schlußsaze das Wort „generell“ durch „im Allgemeinen“ zu ergänzen. Im Uebrigen finde die Statutencommission noch Folgendes zu bemerken. Zunächst werde anerkannt, daß es richtig sei, nicht allgemeinhin gegen die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militairdienste von dem Besuche der Schule zu entbinden, sondern mit Rücksicht auf die speciellen kaufmännischen Kenntnisse, welche bei dem einzelnen Lehrlinge wünschenswerth erscheinen, die Entscheidung in dieser Frage dem Schulvorstande im Einvernehmen mit dem Magistrate zu überlassen. Die Commission stelle sich also auf die Basis des Entwurfes und gebe anheim, solchen zu genehmigen. In der Commission sei auch erwogen, ob nicht entgegen dem Antrage des Magistrates bereits jetzt der Handelskammer eine materielle Beihülfe zu gewähren sei; man habe jedoch schließlich sich dahin geeinigt, der Hoffnung Ausdruck geben zu wollen, daß, sobald die Schule sich als solche bewährt habe, der Magistrat derselben eine den Verhältnissen angemessene erhebliche Beihülfe nicht versagen möge. Wenn auch die Commission von dem Wunsche geleitet sei, daß eine solche Beihülfe bestimmt erfolgen möchte, so habe sie andererseits doch auch anerkennen müssen, daß es nicht angezeigt erscheine, dieselbe von vornherein zu bewilligen, sondern abzuwarten sei, ob sich die Schule auch bewähren würde.

Herr Fiedel erklärt sich mit diesen Ausführungen ganz einverstanden, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß von dem Zuschusse der Stadt auch der Zuschuß des Herzogl. Staats-Ministeriums abhängig gemacht werde. Wenn er auch keine weiteren Anträge stellen wolle, so wünsche er doch, daß die bedingte Zusage eines Zuschusses auch von Einfluß auf die Entschließung des Herzogl. Staatsministeriums sein möge.

Herr Hauswaldt begrüßt das Statut mit lebhafter Freude, muß sich aber gegen die Bestimmung desselben wenden, daß man die Schule unnüchterweise mit einer Anzahl Schüler belasten wolle, welche die Schule entbehren können. Da dieselbe schon mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, so sollte man sie nicht mit zu vielen Schülern belasten und nur diejenigen auswählen, welche den Unterricht wirklich nöthig haben. Aus diesem Grunde könnten alle Lehrlinge, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militairdienste besitzen, von dem obligatorischen Unterrichte ausgeschlossen werden; zumal da diese jungen Leute die doppelte Buchführung und sonstige kaufmännisch-technische Sachen in der Lehre lernen können. Sollte sich aber wirklich noch ein Geschäft finden, in welchem die Lehrlinge diese kaufmännisch-technischen Geschäfte (doppelte Buchführung und Correspondenz) nicht erlernen, so stehe ihnen der freiwillige Besuch der Fortbildungsschule natürlich offen und es werde selbstverständlich jeder junge Mann die Schule aufsuchen, wenn

seine Kenntnisse zu vervollständigen seien. Im anderen Falle belaste man die Schule mit Elementen, welche nur widerwillig den Unterricht besuchen. Er beantrage daher, alle Lehrlinge, welche den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienste besitzen, ohne Weiteres von dem zwangsweisen Besuche der Fortbildungsschule zu befreien und sie nicht schlechter zu stellen, als die Besucher anderer Fortbildungs- und Fachschulen.

Herr Lord begrüßt die Errichtung einer obligatorischen Fachschule mit großer Freude, befindet sich jedoch dem vorgelegten Statutentwurfe gegenüber in einiger Verlegenheit und bittet um Aufklärung der ihm gekommenen Zweifel. Man solle sich hier für das Statut einer Schule entscheiden, deren innere Organisation man gar nicht kenne. Jedenfalls sei es denkbar, daß die Organisation der Schule in Bezug auf die finanzielle Belastung der Principale, sowie auf die Schulstunden, welche die jungen Leute innerhalb der Geschäftszeit von ihren Geschäften fernhalten, manche Unannehmlichkeiten im Gefolge habe, so daß man sich jetzt unmöglich durch die Genehmigung eines derartigen Statuts für eine Schule binden könne, deren Wesen und Einrichtung man nicht kenne. Er wolle auch darauf hinweisen, daß in kaufmännischen Kreisen die Sache zum Theile in absprechendem Sinne besprochen werde, indem man annehme, daß hierdurch neue Geldkosten entstehen und außerdem die Principale durch Mehrarbeit belastet würden, welche früher von ihrem Personale verrichtet sei.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß auch dem Magistrate Zweifel gekommen seien, ob der hier eingeschlagene Weg der richtige sei, zumal ihm nicht habe unbekannt bleiben können, daß in einem großen Theile der Kaufmannschaft ein gewisser Widerwillen gegen die Schule vorhanden sei. Der Magistrat habe indeffen geglaubt, auf das Urtheil der Handelskammer, als der gegebenen Vertreterin des Handelsstandes, mehr geben zu sollen, als auf die Ansicht einzelner Vertreter desselben. Was die geäußerten Wünsche im Einzelnen anlange, so wolle er zunächst Herrn Lord erwidern, daß in der Commissionsitzung von der Einrichtung der Schule nur kurz skizzirt die Rede gewesen sei. Der Magistrat habe geglaubt, in den Statutentwurf die Organisation der Schule nicht mit aufnehmen zu sollen, weil aus demselben hervorgehe, daß die Trägerin der Schule nicht die Stadt, sondern die Handelskammer als solche sei. Die Stadt habe hierbei nur insoweit mitzuwirken, als sie bei der Aufnahme der Schüler, bei dem Erlaß der Schulsatzungen und noch einigen anderen Sachen mitsprechen dürfe, sowie, daß sie in dem zu errichtenden Schulvorstande vertreten sein solle. Der Magistrat habe Werth darauf gelegt, nicht zu sehr in der Einrichtung der Schule vertreten zu sein, um nicht dadurch die Stadt mehr oder weniger zu Geldbewilligungen zu verpflichten. Von der Handelskammer sei in dem ursprünglichen Projecte beantragt worden, daß je ein Mitglied der Versammlung und des Magistrates von den städtischen Behörden

dauernd in den Schulvorstand gewählt werden sollte. Bei Aufstellung des Entwurfes sei aber magistratsseitig davon Abstand genommen, in der Annahme, daß es genüge, wenn zwei von dem Herzoglichen Staatsministerium zu stellende Vertreter neben den gewöhnlichen Mitgliedern in den Schulvorstand kommen. Das Bedenken des Herrn Lord, daß die Anzahl der Lehrstunden zu umfangreich werden und die Principale sowohl, als auch die Lehrlinge zu sehr in Anspruch nehmen würde, erscheine nicht zutreffend, weil die Lehrlinge die Stunden nur in den vom Magistrate zugelassenen Umfange zu besuchen brauchten. Nachdem aber die Gewerbeordnung den obligatorischen Unterricht zugelassen habe, müßte auch das Schulgeld im Zwangswege beigetrieben werden können und werde angenommen, daß dieses seitens der Handelskammer geschehen solle, wenn man auch noch nicht wisse, wie sie das machen werde. Im Uebrigen lasse sich das Statut immer noch ergänzen.

Die Bedenken des Herrn Hauswaldt seien auch im Magistrate erwogen worden und dieser sei nur aus dem Grunde dahingekommen, die Befreiung der jungen Leute mit dem Berechtigungsscheine nicht ohne Weiteres in das Statut aufzunehmen, weil der Vertreter der Handelskammer erklärt habe, daß ein großer Theil der jungen Leute gerade die Kenntnisse, welche von der Handelskammer gefordert werden müßten, nicht besäße, was man allerdings für möglich halten könne. Er vermöge auch nicht zuzugeben, daß diese Leute schlechter gestellt seien, als solche, welche schon eine andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, denn es stehe im Statute, daß der Unterricht dieser Schule staatlich als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichts anerkannt sein müsse. Da aber eine derartige Schule im Herzogthume Braunschweig nicht existire, so würden hierbei nur jüngere Kaufleute in Frage kommen können, welche von auswärts zuziehen. Im Uebrigen sei es dem Schulvorstande freigestellt, jeden einzelnen Lehrling freizulassen, wenn derselbe genügende kaufmännische Bildung aufweise, so daß also auch Jeder mit dem Berechtigungsscheine von dem Schulbesuche befreit werden könne. Man solle es deshalb erst einmal der Zeit überlassen, um übersehen zu können, ob die jungen Leute mit dem Berechtigungsscheine im Stande seien, ohne den Besuch der Schule auszukommen.

Herr Brückmann möchte den Befürchtungen des Herrn Lord entgegentreten und zunächst — wie er glaube im Sinne des weitaus größten Theiles der Kaufmannschaft — den Erlaß des Statutes freudig begrüßen. Wenn Herr Lord meine, daß die Handelswelt durch die Schule zu sehr belastet würde, so übersehe derselbe, daß die Handelskammer durch die Eingaben des kaufmännischen Vereins „Union“ und des Handelsvereins zu der Begründung der Schule mit veranlaßt sei. Der Handelsverein bestche aber nur aus Materialisten, welche durch die Einrichtung der Schule wohl am meisten belästigt würden, und trotzdem habe sich dessen Vorstand an die Handelskammer gewandt, um das Zustandekommen der Schule zu er-

möglichen. In anderen Ländern sei man mit solchen Schulen auch zu erfreulichen Resultaten gekommen, und in Baden, Bayern, Sachsen, Hessen u., woselbst ein Zwang zum Besuche solcher Fortbildungsschulen bestehe, denke man nicht daran, auf den Schulzwang zu verzichten. Wenn man ferner bedenke, was für Material in den Handelsstand eintrete und welche großen Lücken bei dem Wissen desselben sich zeigen, so müsse man zu dem folgerichtigen Schlusse kommen, daß eine Besserung nur aus dem Fortbildungsschulwesen zu erhoffen sei. Auch in Hamburg, welches doch sehr manchesterlich angehaucht sei, habe der Verein für Handlungscommis von 1858, welcher sich erst ganz ablehnend verhalten habe, den Antrag auf Einrichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule bei dem Senate eingereicht und hoffe, daß dem Antrage stattgegeben werde.

Die Bedenken des Herrn Hauswaldt glaube er dadurch entkräften zu sollen, daß er anführe, der Schulvorstand werde namentlich in der ersten Zeit milde vorgehen und nicht solche Elemente unter den Schulzwang stellen, von denen er wisse, daß sie mit einem Wissen ausgestattet seien, welches dem hier verlangten Maße ziemlich nahe komme. Das Statut habe zuerst bezweckt, daß nur Leute mit einem geringen Grade von elementarem Wissen die Fortbildungsschule besuchen sollten, auf welche sich später ganz von selbst eine Fachschule setzen würde, da die jungen Leute, welche eine gute Grundbildung erhalten haben, sich freuen können, wenn sie dann auch noch eine Fachschule besuchen können. Alles Weitere bitte er der Handelskammer, als der Trägerin des Handelsstandes, zu überlassen und im Uebrigen das Statut in seiner jetzigen Fassung anzunehmen.

Herr Günther ist gern bereit, seine Hand zu bieten, sofern es sich um die Ausbildung der heranwachsenden Generation handle; jedoch werde hier etwas Einseitiges geschaffen. Wenn auch die Stadt eine Entlastung erfahre, so erscheine es ihm doch besser, die vorhandene Fortbildungsschule auszubauen und auch für kaufmännische Wissenszweige Unterricht ertheilen zu lassen. Selbstverständlich halte er es für richtiger, die Schule obligatorisch einzuführen. Für die hier geplante Einrichtung könne er also nicht ohne Weiteres eintreten. Was die Subvention anbetreffe, so werde dieselbe nicht gering sein und auf der anderen Seite müsse man sich doch sagen, daß die große Masse hiesiger reicher Kaufleute die Kosten der Schule recht gut selbst tragen könne. Für die Bewilligung einer Subvention könne er sich also nur aussprechen, wenn der Unterricht mit der städtischen Fortbildungsschule vereinigt und obligatorisch gemacht würde.

Herr Ebeling hat aus kaufmännischen Kreisen auch erfahren, daß es eine Menge Gegner des Statutentwurfes gebe. Besonders wünschte man den Ausfluß der jungen Leute mit dem Berechtigungsscheine von dem Besuche der Schule, da dieselben das Ziel der Schule schon erreicht hätten. Aus den verschiedenen Unterredungen mit Geschäftsinhabern sei ihm klar hervorgegangen, daß diese Leute

Befürchtungen wegen der Schulzeiten hegen, indem ihnen die Lehrlinge verschiedene Stunden des Nachmittags entzogen würden. Persönlich sei er ein Fürsprecher der Schule, da er den jungen Leuten die weitgehendsten Kenntnisse wünsche. Viele junge Leute, welche nur eine Dorfschule besucht haben, müßten ihre Kenntnisse nothgedrungen noch erweitern und diesem Zwecke diene die Fortbildungsschule im vollen Maße. Die Subvention bitte er demnächst in solcher Höhe zu bemessen, daß auch anderen Gewerben, welche auf diesem Gebiete unfehlbar nachfolgen werden, noch etwas bewilligt werden könne.

Herr Wolff will darauf hinweisen, daß nach §. 7 des Statutentwurfs die zu erlassenden Satzungen nebst Schulordnung der Zustimmung des Stadtmagistrates und der Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums bedürfen, so daß sich die Versammlung jetzt mit der Ausdehnung der Schulstunden zc. noch nicht zu befassen brauche.

Herr Hauswaldt möchte nochmals betonen, daß er nur Bedenken gegen den zwangsweißen Schulbesuch der mit Berechtigungsschein versehenen jungen Leute habe vorbringen wollen. Die Schule diene einem zweifachen Zwecke, einmal wolle sie die Lücke ausbessern, welche die jungen Leute in ihrem Wissen mit in die Lehre bringen, und diesem Zwecke diene die untere Stufe, indem hier Rechnen, Schreiben und dergl. gelehrt werde. Der andere Zweck bestehe darin, daß diejenigen jungen Leute, welche das Unglück haben, in ein Geschäft zu kommen, das nur Lehrlinge in größerer Zahl beschäftigen, aber nicht ausbilde, sich die ihnen von dem Lehrherrn unrechtmäßig vorenthaltenen Kenntnisse verschaffen. Dagegen erscheine es ungerechtfertigt, alle jungen Leute, auch die mit dem Berechtigungsscheine, zu zwingen, die obere Stufe der Schule mitzunehmen, deren Lehrplan so viele wunderliche Sachen, wie die Gold- und Silberrechnungen, die Münzrechnungen zc. enthalte, daß wohl jeder Kaufmann auf diesem Gebiete nicht bewandert sei und den Theil des Lehrplanes noch mit durchmachen könne. Wenn nun die Versammlung seinen Antrag nicht annehme, so würden die gebildeten Classen der Lehrlinge gezwungen werden, sich mit diesen überflüssigen theoretischen Sachen zu beschweren. Darum solle man diese Leute aus der Schule weglassen.

Herr Löschigt ist hierüber anderer Ansicht, indem seiner Ueberzeugung nach die Lehrlinge mit dem Berechtigungsscheine in der Buchführung durchaus nicht klüger seien, wohl aber manche sich klüger dünkten, als die Chefs. Da nun der Schulvorstand in der Lage sei, die jungen Leute mit genügenden Kenntnissen von dem Schulbesuche zu befreien, so bitte er um Annahme der Vorlage.

Herr Wolff möchte zunächst constatiren, daß Jeder, der im practischen Leben stehe, aber nicht die genügende practische Ausbildung genossen habe, den Wunsch werde theilen müssen, von der Möglichkeit der Erweiterung seiner Kenntnisse Gebrauch zu machen. Wenn Herr Hauswaldt einige Sachen durch Herausgreifen

aus dem Lehrplane komisch zu gestalten suche, so laufe dieses darauf hinaus, daß hier einmal gerügt sei, es solle in einer hiesigen Schule von den Kindern gefordert sein, die Zähne des Tigers zu kennen. Die schwierigeren Berechnungen sollen den befähigteren Candidaten der Oberstufe zugänglich gemacht werden und schade es gar nichts, wenn der Versuch gemacht werde, diese Sachen in den Lehrplan mit aufzunehmen. Diese Fortbildungsschule sei dem Handelsstande nicht aufgedrückt worden, sondern sie sei ihm erwachsen und daraus entspringe die Garantie für eine gedeihliche Entwicklung der Schule. Darum solle man kein Bedenken tragen, die Sache so anzunehmen, wie sie vorgeschlagen sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Hauswaldt abgelehnt, darauf aber die gesammte Magistratsvorlage mit den von der Statutencommission vorgeschlagenen Aenderungen zum §. 1 des Statutentwurfes angenommen.

#### VI. Entfernung von Kastanienbäumen an der Neuen Promenade.

Einige Anlieger der Neuen Promenade haben der städt. Bauverwaltung vorgetragen, daß die an den Fußwegen dieser Straße angepflanzten Kastanienbäume sich im Laufe der Jahre so üppig entwickelt haben, daß dieselben in der Zeit ihrer Belaubung eine fast völlig dichte Mauer vor den Wohnhäusern bilden und den Wohnräumen den Zutritt von Licht und Luft in erheblicher Weise erschweren. Es wird deshalb gebeten, den geschilderten Uebelstand durch Fällen jedes zweiten Baumes und durch starkes Beschneiden der stehenbleibenden Bäume zu beseitigen. Die städt. Bauverwaltung ersucht daraufhin den Magistrat, in dieser Frage Entscheidung zu treffen und führt an, es lasse sich nicht verkennen, daß die dichte Belaubung der Kastanien mancherlei Uebelstände für die anliegenden Grundstücke mit sich bringe, und daß es aus diesem Grunde wohl nicht ganz ungerechtfertigt wäre, auf der Strecke von der Oker bis zum kleinen Exercierplatze die Hälfte der Bäume zu entfernen. Der Magistrat schließt sich dieser Ansicht an, möchte aber zunächst die Versammlung um gutachtliche Aeußerung ersuchen.

Nach dem Berichte des Herrn Bültemann ist die Baucommission einstimmig der Ansicht, daß es sehr schade sein würde, wenn dort ein Baum um den anderen weggenommen werden sollte. Auch eine in Verbindung mit Sachverständigen vorgenommene Besichtigung der Straßenstrecke habe bei ihm eine andere Ansicht nicht aufkommen lassen. Bei einer Beseitigung der einen Hälfte der Bäume könnten auch die einzelnen Stämme nicht ausgefucht werden und so treffe es sich dann verschiedene Male, daß ein sehr schöner Baum wegfallen müßte, während ein schwacher Baum stehen zu bleiben hätte, auch ereigne es sich zufälligerweise, daß einer der Anlieger vor seinem Studirzimmer einen Baum behielte, während ein solcher an anderer Stelle, wo er stehen bleiben könnte, wegzufallen habe. Es wäre deshalb

heillos, wenn die Bäume in solcher Weise decimirt werden sollten. Auf eine andere Weise lasse sich indessen wohl Hülfe schaffen, indem von unten herauf die Bäume weggeschnitten würden. Da es hiermit aber in diesem Jahre wohl zu spät sei, indem die Bäume bluten könnten, lasse sich damit auch noch ein Jahr warten. Die Bäume ließen sich auch seitlich und von oben kappen, so daß auf diese Weise den Häusern Luft und Sonne zugeführt werden könne. Namens der Baucommission beantrage er daher, zu genehmigen, daß die Bäume im nächsten Jahre beschnitten werden, daß im Uebrigen aber dem Gesuche keine Folge zu geben sei. (Zuruf.) Die Antragsteller seien die Herren Director Dr. Sommer, Oberamtsrichter Engelbrecht, Musikalienhändler Bente, Dr. Kaempfer, Schulinspector und Lehrer Henze, sowie Frau Fochheim und Frau A. Müller.

Herr Koch muß sich wundern, daß die Anwohner einer so schönen Promenade mit dem Antrage kommen, die Bäume vor ihren Häusern wegzunehmen. Er sei auch dagegen, daß die Bäume durch Beschneiden gelichtet würden, obwohl er an einem Plage wohne, an dem halb mal so hohe Bäume stehen. Auf seine Bitte an den Promadeninspector Kreiß, von den großen Bäumen vor seinem Hause am Monumentsplatz einige Stengel unten wegzunehmen, habe dieser erwidert, das ginge nicht, weil die Bäume erst recht schön wären, wenn deren Zweige bis zur Erde hinunterreichen. Von seiner Wohnung aus könne er nicht einmal den gegenüberliegenden großen Rasenplatz sehen und trotzdem sei er gegen eine Beschneidung der Bäume.

Herr Lord begrüßt den Antrag der Commission mit Freuden, da er es für ein Verbrechen halten würde, wenn die Bäume hier zur Hälfte fortgenommen werden sollten. Wolle man dem Schuldirector Sommer vor seinem Hause die Bäume etwas aushauen, so würde er nichts dagegen haben, aber entfernen dürfe man keinen der Bäume. Er erinnere daran, welchen Sturm der Entrüstung es in der Landesversammlung verursacht habe, als man angefangen habe, am Fallersleberthore einen Baum um den anderen zu entfernen, und dieses Vorgehen sei heute noch als ein Skandal zu betrachten. Es lasse sich nicht begreifen, wie die Herren dazu haben kommen können, den städtischen Behörden einen solchen Antrag zu stellen.

Herr Meyerhoff kann mittheilen, daß andere Anlieger der Neuen Promenade ihn gebeten haben, dafür einzutreten, daß die Bäume sämmtlich stehen bleiben. Jedenfalls dürfe man auf den Antrag von 7 Anliegern nicht über die Köpfe der übrigen Anlieger hinweg einen solchen Beschluß fassen. Er bitte, die Bäume auch nicht auszuschneiden, sondern wünsche, daß an denselben für dieses Jahr nichts geschehe und es der Baucommission, unter Zuziehung von Sachverständigen, überlassen bleibe, die Bäume während des Sommers in Augenschein zu nehmen, um festzustellen, ob die Anwohner durch dieselben so sehr geschädigt



werden, was sich jetzt nicht ermitteln lasse. Sein Wunsch gehe dahin, dem Gesuche nicht stattzugeben.

Herr R a t h e ist entschieden dagegen, daß auch nur ein Baum fortfalle. Wenn ihm aber von einem Anlieger mitgetheilt werde, daß es demselben durch den Schatten der Bäume unmöglich gemacht sei, an seinem Fenster zu arbeiten, so müßte man den Leuten doch etwas entgegenkommen, denn sobald man die Bäume weiter in die Höhe schießen lasse, werden dieselben die Häuser immer noch mehr verschatten. Ein sachgemäßes Ausschneiden und ein stärkeres Zueinanderziehen der Bäume würde der Allee nichts schaden, sondern den Anblick derselben noch verschönern. Dagegen empfehle es sich nicht, dem in dem vorderen Theile der Fallersleberthorpromenade gegebenen Beispiele zu folgen, weil die Partie unschön aussehe. Dem Hause des Schuldirectors Sommer gegenüber habe man einen Baum in die Höhe geschnitten, was häßlich aussehe. In dem Sommer'schen Hause sei die Luft in Folge der Bäume allerdings dumpf und es herrsche dort eine gewisse Dämmerung, weil die Bäume genau in der Höhe der Zimmer liegen und die Luft nicht hineindringen könne. Auf dem vorderen Theile der Fallersleberthorpromenade ständen die Bäume noch einmal so weit auseinander. Im Uebrigen möchte er bitten, die Bäume an den Straßen besser zu pflegen, denn z. B. auf der Kaiser-Wilhelmstraße würden dieselben nicht gleichmäßig gezogen, was keinen guten Eindruck mache. Er könne nur empfehlen, dem Antrage der Wittsteller insoweit zu folgen, daß die Bäume im nächsten Jahre etwas aus-  
geschnitten würden.

Herr Bü l t e m a n n kann nicht verkennen, daß namentlich ein Kastanienbaum einem Anlieger vor dem Studierzimmer oder dem Atelier recht unangenehm werden könne, trotzdem dürfe man aber die Bäume, bezw. die Allee nicht verschandflicken wollen. Sein Antrag, die Bäume im nächsten Jahre unter allen Umständen zu beschneiden, gehe wohl ein bißchen zu weit, aber, wenn man den Anliegern gerecht werden wolle, bleibe wohl nichts weiter übrig, als zu einer solchen Beschneidung überzugehen. Einen Kastanienbaum sollte man an eine so schmale Straße überhaupt nicht pflanzen; es dürften dazu eigentlich nur Ulmen oder Akazien genommen werden. Er bitte die Versammlung, zu beschließen, daß für dieses Jahr an den Bäumen nichts gemacht und über diesen Punkt im nächsten Jahre Beschluß gefaßt werde.

Herr R i e k e hätte gewünscht, daß f. B. auch vor dem Polytechnicum Bäume angepflanzt wären. Andererseits stehe er auf dem Standpunkte, die Bäume nicht zu hoch schludern zu lassen, damit sie die Anlieger nicht belästigen, denn der Zweck solcher Alleen solle sein, gesunde Luft auszuströmen und den Passanten Schatten zu gewähren. Sobald die Bäume anfangen zu belästigen, erscheine es practisch und auch nothwendig, damit anzufangen, sie zu köpfen und so zu binden, daß sie

als eine richtige Allee Schatten gewähren, ohne zu belästigen. Die rund geschorenen Bäume im Schloßgarten würden z. B. viel schöner aussehen, wenn sie längs geschoren wären und auch hier würden längs geschorene Bäume an den anliegenden Häusern keinen Schaden verursachen, Niemand belästigen und Luft, Licht und Schatten gewähren.

Die Versammlung erklärt sich sodann damit einverstanden, den Magistrat zu ersuchen, dem Gesuche in diesem Jahre nicht zu entsprechen, sondern die städtische Bauverwaltung anzuweisen, im nächsten Jahre der Frage näherzutreten, ob eine sachgemäße Beschneidung der Bäume angezeigt erscheine.

#### VII. Einsprache gegen den Ortsbauplan der Goslarischenstraße.

Gegen die neuerdings beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes für die Goslarischenstraße hat der Schlossermeister Gottlieb Achilles in bedingter Form Einspruch erhoben. Da nach der Mittheilung der städtischen Bauverwaltung dieser neue Theilortsbauplan die Lage der Höfenstraße in keiner Weise beeinflußt und das Achilles'sche Grundstück nur ganz minimal von diesem Projecte berührt wird, eine Beeinträchtigung des Grundstückes dadurch aber überhaupt nicht stattfindet, so giebt der Magistrat anheim, diese völlig unbegründete Einsprache zu verwerfen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Niese berichtet, geschieht.

#### VIII. Bestreuung der außerstädtischen Straßen bei Winterglätte.

Die städtische Bauverwaltung hat empfohlen, den Eigenthümern bebauter außerstädtischer Grundstücke die Verpflichtung aufzuerlegen, die Fußwege vor ihren Grundstücken bei eintretender Winterglätte zu bestreuen, auch dieselben in der Breite des Plattenbelages, bezw., wenn dieser fehlt, in einer Breite von 1,5 m von Schnee und Eis zu reinigen. Die Herzogl. Polizeidirection hat sich diesem Vorschlage angeschlossen. Mit der Ausdehnung der Vorschrift, betr. die Beseitigung der Winterglätte, auf die außerstädtischen Fußwege, soweit an diesen bebaute Grundstücke liegen, ist der Magistrat einverstanden, kann aber ein Bedürfniß, auch die Reinigungspflicht für alle Straßen und Wege der Außenstadt einzuführen, nicht anerkennen. Allerdings herrscht auf einzelnen, nahe der Innenstadt gelegenen außerstädtischen Straßen gleichfalls ein sehr lebhafter Verkehr und der Magistrat hatte deshalb die Herzogl. Polizeidirection ersucht, ihm Vorschläge darüber, welche außerstädtischen Straßen der vorgedachten Vorschrift zu unterstellen seien, zu unterbreiten. Herzogl. Polizeidirection hat dies mit dem Bemerkten abgelehnt, daß nach ihrer Ansicht diese Vorschrift für alle außerstädtischen Straßen zur Anwendung zu bringen sei. Dazu liegt aber nach der Ansicht des Magistrates ein Bedürfniß noch nicht vor und die Maßregel würde auch insofern nur theilweise Erfolg haben,

als von den weiter nach Außen gelegenen Straßen und Wegen häufig lange Strecken noch nicht bebaut sind. Für den auf den meisten dieser Straßen herrschenden Verkehr genügt es, wenn in der bisher üblichen Weise, sobald Schneefall eingetreten, mittelst sogenannter Schneeschlitten ein Weg für die Fußgänger geschaffen wird. Solcher Schneeschlitten sind z. B. 19 Stück vorhanden und im ganzen Stadtgebiete, unter gleichzeitiger entsprechender Vereinbarung mit Privatpersonen wegen Bestellung der nöthigen Pferde, so vertheilt und untergebracht, daß innerhalb weniger Stunden die sämtlichen außenstädtischen Straßen befahren werden können. Die darüber hinausgehende Reinigung der Fußwege läßt dann die städtische Bauverwaltung nach Bedarf ausführen. Eine ähnliche Einrichtung zur Beseitigung der Winterglätte läßt sich, ganz abgesehen von den dadurch entstehenden erheblichen Kosten, für die Außenstadt mit Erfolg um deswillen nicht treffen, weil zur Vermeidung von Gefahren für die Fußgänger bei Eintritt von Glatteis ein sofortiges Bestreuen der Fußwege erforderlich ist und dazu auch zahlreiche Hilfskräfte der Wegebauverwaltung nicht ausreichen würden. Aus diesen Gründen beabsichtigt der Magistrat, die Pflicht zum Bestreuen der Fußwege auch für die Außenstadt einzuführen, ersucht die Versammlung jedoch, sich zunächst gutachtlich über die fragliche Maßregel zu äußern.

Die Statutencommission stellt sich nach dem Berichte des Herrn Wolff auf den Standpunkt des Magistrates und empfiehlt, die Einführung des Bestreuens der Fußwege bei Winterglätte zu beschließen, von weiteren Maßnahmen aber abzusehen. Schon bei einer früheren Gelegenheit sei als ein wesentliches Moment für die Nichteinführung der Straßenreinigung durch die Anlieger der Umstand in Betracht gezogen, daß nach dem Gutachten der städt. Bauverwaltung unter der Reinigung der Cementplatten durch die Anlieger diese und auch die Begrandung erheblich leiden würden, so daß es sich empfehle, den Standpunkt des Magistrates gutzuheißen, was geschieht.

#### IX. Abkommen mit der Braunschw. Landeseisenbahn wegen Straßenbaukosten.

Nachdem die Kosten des Ausbaues des Mittelweges zwischen Nebenstraße und Todtentwete auf 70,40 M pro Meter Front festgestellt sind, ist die Braunschw. Landeseisenbahn aufgefordert worden, die hiernach auf ihre angrenzenden Grundstücke entfallenden Beiträge zu entrichten. Von den drei dabei in Betracht kommenden Flächen ist das südlich der zum Nordbahnhofe führenden Privatstraße gelegene Ackerstück z. B. unzweifelhaft noch nicht beitragspflichtig, weil dasselbe weder bebaut noch mit einem bebauten Grundstücke wirthschaftlich vereinigt ist, während von dem nördlich jener Privatstraße an der Ostseite des Mittelweges gelegenen Bahnhofsterrain eine Theilfront von 21,5 m in Gemäßheit des mit der

Landeseisenbahn-Gesellschaft am 5. April 1892 abgeschlossenen Vergleiches vertragsmäßig frei zu lassen ist. Die auf die Restfront dieses Grundstücks und das gegenüberliegende, mit dem Lokomotivschuppen bebaute Grundstück entfallenden Kosten betragen insgesammt 6045 M. Die Landeseisenbahn hat nun in wiederholten Eingaben geltend gemacht, daß sie aus rechtlichen Gründen nicht verpflichtet sei, diese Kosten zu bezahlen, daß aber eventuell Billigkeitsgründe den Erlaß derselben angezeigt erscheinen ließen. Der Magistrat konnte diese Gründe als zutreffend nicht anerkennen, hat aber, als sich im Laufe der Verhandlungen herausstellte, daß die Weigerung der Gesellschaft ihren wesentlichen Grund in der Besorgniß habe, in gleicher Weise auch zu den Kosten der Taubenstraße herangezogen zu werden, in Ansehung dieser letzteren Kosten das Zugeständniß machen zu sollen geglaubt, daß ihre Entrichtung erst dann zu erfolgen brauche, wenn entweder das angrenzende Eisenbahnterrain mit Wohnhäusern bebaut werde, oder wenn die Taubenstraße in stärkerem Maße als jetzt zur Güteranfuhr und Abfuhr sollte benutzt werden. In dieser Beziehung ist zur Vermeidung von Zweifeln seitens des Magistrates ausdrücklich vorbehalten, daß die Taubenstraße nur mit leeren Wagen befahren und von diesen nur die jetzt vorhandene gepflasterte Ausfahrt benutzt werden darf. Der Magistrat hält dieses Zugeständniß insofern für unbedenklich, als die Frage, ob das Bahnhofsterrain als ein an der Taubenstraße gelegenes bebautes Grundstück zu erachten sei, in der That zu Zweifeln Anlaß geben könne. Freilich ist auch der Ausbau der Taubenstraße für die An- und Abfuhr der Güter zum bezw. vom Nordbahnhofe von Vortheil gewesen, aber es ist zu beachten, daß die Landesbauordnung und das Ortsbaustatut das Aequivalent der Kostenpflicht des einzelnen Grundstücks in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, in den Vortheilen sehen, die dem Grundstücke aus der besseren Verwerthung der auf ihm errichteten Gebäude im Falle des Ausbaues der angrenzenden Straße zufließen und daß andererseits im vorliegenden Falle das hier in Betracht kommende, bereits anderweit zugänglich gemachte Bahnhofsgebäude, das überdies von der Taubenstraße durch einen 70 m breiten Terrainstreifen getrennt wird, vom Ausbau dieser Straße allerdings keinen Vortheil gehabt habe. Diese Erwägung trifft nun zwar in gewissem Umfange auch rücksichtlich der Beitragspflicht des fraglichen Grundstücks zu den Kosten des Mittelweges zu, wenngleich sich nicht verkennen läßt, daß durch den Ausbau dieser Straße der Verkehr vom Bahnhofsgebäude nach der Innenstadt und umgekehrt erleichtert ist. Umso mehr erscheint es aber dem Magistrate angezeigt, auf das vorerwähnte Abkommen einzugehen, zumal dasselbe nicht einen Verzicht auf Straßenkosten, vielmehr nur eine Stundung derselben bezweckt. Von der gesammten, jetzt in Frage kommenden Frontlänge zu 297,80 m sind übrigens zwei Theilstrecken von 141,05 m und bezw. 4,70 m ohnehin vertragsmäßig von der Beitragsleistung frei und von der Rest-

front zu 152,05 m entfallen 51,85 m auf eine 69 qm große Fläche verlassenen Wegeterrains, die nur in dem Falle kostenpflichtig werden würde, wenn die Gesellschaft diese Fläche ankauft. — Nach Lage der Umstände sieht sich der Magistrat zu dem Ersuchen veranlaßt, der Versammlung die Annahme des vorgedachten Vergleichsvorschlages zu empfehlen.

Die Statutencommission kann nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht nur empfehlen, dem Abkommen zuzustimmen, einmal weil die thatsächlich streitige Frage, wie weit dieses Terrain als kostenpflichtig anzusehen sei, dann z. B. nicht angeschnitten werde und dann, weil sich die Stadt mit dem Abkommen, im Grunde genommen, auch nichts vererbe. Sobald dieses Terrain aber auch nur mit einem Beamtenwohnhause der Gesellschaft bebaut werden sollte, würden die Bestimmungen des Statuts in Anwendung zu kommen haben.

Das Abkommen wird hierauf gutgeheißen.

#### X. Neupflasterung der Straße „An der Martinikirche“.

Auf Antrag des Kreisbauinspectors Dieff und im Einvernehmen mit der Herzogl. Polizei-Direction soll eine Neupflasterung der Straße „An der Martinikirche“ vorgenommen werden. Der Magistrat muß diese Neupflasterung gleichfalls für erforderlich halten und stimmt daher der Ausführung derselben zu. Von den dem allgemeinen Pflasterfonds zur Last fallenden Kosten zu 18627,36 M würde die Stadt ein Sechstel mit 3104,56 M zu übernehmen haben, welchen Betrag zu verwilligen der Magistrat anheimgibt.

Herr Meyerhoff empfiehlt, namens der Baucommission, dieser Verwilligung zuzustimmen.

Herr Bührmann möchte hierzu den Antrag stellen, diese Strecke nicht mit Steinen, sondern mit einem anderen Materiale zu pflastern. Wenn früher schon einmal mitgetheilt worden sei, daß eine Belegung der Fahrstraßen mit Asphalt wegen der Gas- und Wasserröhren unthunlich sei, so wolle er darauf hinweisen, daß sehr viele belebte Straßen in Berlin mit Holzklößen gepflastert seien. Bei der Steinpflasterung werde der Gottesdienst in der Martinikirche, besonders aber der Abendgottesdienst, durch den starken Fuhrverkehr, namentlich der Friede'schen Wagen, erheblich gestört; er bitte deshalb, ein Pflaster zu wählen, welches den Schall etwas dämpfe. Sollte dieses Pflaster theurer zu stehen kommen, als das Steinpflaster, so könne in diesem Falle auch die Gemeine Kirchencasse in Anspruch genommen werden.

Herr Blasius möchte vor der Legung von Holzpflaster warnen und vorschlagen, Asphaltpflaster zu nehmen, wie man es auch in Hannover überall genommen habe. Wenn dieses Pflaster auch etwas mehr koste, so müsse hier doch endlich einmal ein Anfang damit gemacht werden.

Herr Bürgermeister Metemeyer will bemerken, daß die städtische Bauverwaltung beantragt habe, auf verschiedenen Strecken der Innenstadt Versuche mit Asphalt zu machen, der Magistrat aber den Antrag der erheblichen Kosten wegen zurückgestellt habe, obwohl die Nothwendigkeit der Asphaltirung anerkannt sei. Im Uebrigen haben aber die städtischen Behörden darüber nicht allein zu entscheiden, sondern die Zustimmung der Herzogl. Baudirection einzuholen. Sollte nun von der Versammlung die Asphaltirung zur Bedingung gemacht werden und die Herzogl. Baudirection darauf nicht eingehen, so würde aus der Pflasterung wahrscheinlich überhaupt nichts werden.

Herr Löschigk kann sich nicht für Asphaltpflaster aussprechen, weil auf demselben die Pferde der schweren Fuhrwerke leicht ausglitschen und außerdem auch, namentlich Abends, ein ziemliches Geräusch auf dem Asphalt durch den Fuhrwerkverkehr entstehe. Er möchte vorschlagen, die Pflasterung für jetzt noch zurückzustellen und zunächst zu versuchen, ob sich nicht mit der Herzogl. Baudirection eine Verständigung erreichen lasse, daß vieredriges Holzpflaster genommen werde.

Herr Gehling muß bekennen, daß ein Theil des Pflasters sich dort in einem furchtbar schlechten Zustande befinde, dem abgeholfen werden müsse. Da der Gottesdienst ganz erheblich unter dem starken Fuhrverkehr leide, so müsse man hier Entgegenkommen zeigen und die Strecke mit Holz oder Asphalt belegen.

Herr Seele möchte warnen, eine so kurze Strecke mit Asphaltpflaster zu belegen. Die Pferde müßten sich an dieses Pflaster erst gewöhnen, sonst fallen sie auf demselben wie die Fliegen, aber eine so kurze Strecke sei nicht geeignet, eine solche Gewöhnung herbeizuführen. Es wäre deshalb richtiger, einmal mit Holzpflaster vorzugehen.

Herr Meyerhoff kann vor einem Versuche mit Holzpflaster schon aus hygienischen Rücksichten nicht dringend genug warnen, denn das Pflaster habe einen furchtbaren Gestank im Gefolge. Da die fragliche Straßenstrecke keine Steigung habe, so liege für die Pferde keine Gefahr in dem Asphaltpflaster und solle man nur einmal einen Versuch damit machen.

Herr Stadtrath Götte wünscht für die Umgebung der Kirche auch möglichste Ruhe. Da indessen die kirchlichen Handlungen zu der Zeit des stärkeren Fuhrverkehrs nicht so zahlreich seien, um wegen derselben für die sämmtlichen Fuhrherren die Möglichkeit zu schaffen, daß sich recht viele Pferde dort die Beine brechen, so halte er es nicht für zweckmäßig, Asphaltpflaster zu wählen. Es empfehle sich vielmehr, ein recht schönes Steinpflaster von Kopfsteinen für jene Straßenstrecke zu nehmen.

Herr Boller will ebenfalls vor der Verwendung von Holzpflaster warnen. Wenn man darauf Rücksicht nehmen wollte, daß Asphaltpflaster auf so kurzen Strecken den Pferden Schaden könnte, würde man hier niemals mit diesem Pflaster

den Anfang machen; er bitte, auf dieser Strecke einmal den Versuch zu wagen, da die Pferde sich schon daran gewöhnen würden.

Herr Bührmann macht noch darauf aufmerksam, daß die öfteren Abendgottesdienste in den Fasten und in anderen Zeiten dabei wesentlich in Betracht kommen. Darum solle man hier einmal einen Versuch mit einem anderen Pflaster machen. In dem Saale der Handelskammer vermöge man beispielsweise kein Wort zu verstehen, wenn über die Breitestraße ein schwerer Wagen fahre. Der Kostenpunkt könne auch nicht wesentlich ins Gewicht fallen, wenn die Differenz von der Gemeinen Kirchencasse übernommen werde. Er bitte, daß hierüber zwischen dem Magistrat und der Herzoglichen Baudirection noch weitere Verhandlungen gepflogen würden, ehe die Versammlung zu einer Beschlußfassung gelangte.

Die Versammlung erklärt sich sodann damit einverstanden, die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen, und richtet an den Magistrat das Ersuchen, mit der Herzoglichen Baudirection in Verhandlung darüber zu treten, ob es nicht möglich sei, an die Stelle des Steinpflasters eine andere Pflasterungsart zu setzen.

## **XI. Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen vom 1. Januar 1892 bis 31. März 1893.**

Herr Hauswaldt hat mitzutheilen, daß er die betr. Haushaltsrechnungen, soviel das in den Kräften eines Einzelnen stehe, im Auftrage der Finanzcommission durch Stichproben geprüft und keinen Anlaß zu Bemerkungen gefunden habe, so daß er nur anheimgeben könne, wegen dieser Haushaltsrechnungen die Decharge zu ertheilen,

was geschieht.

## **XII. Antrag Raths: Uebernahme neuer Straßen.**

Die Baucommission läßt durch Herrn Meyerhoff empfehlen, in Sachen des in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrages — Seite 270 des Berichts — folgendem neuen Antrage zuzustimmen:

„Den städtischen Behörden wird anheimgegeben, mit den betr. Bauunternehmern demnächst Abkommen dahingehend zu treffen, daß die Uebernahme neuer Straßen von Fall zu Fall zu regeln sei und, je nachdem dieselben von allgemeinem Nutzen, oder hauptsächlich Privatinteressen dienen werden, eine längere Reihe von Jahren — etwa 5 bis 10 — zu vergehen habe, bevor die Straßen stadtseitig in Besitz zu nehmen seien“.

Dieser Antrag, mit welchem auch Herr Rath e einverstanden sei, würde genügen, um der Stadt ihr Recht zu verschaffen.

Der Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

### XIII. Abkommen mit Anliegern der Wolfenbüttlerstraße.

In Folge der tiefen Lage des Gartens des Böwig'schen Grundstückes an der Wolfenbüttlerstraße hat können das angrenzende Terrain des Bürgerparks gegenüber der Elmstraße nicht so erhöht werden, wie es zur Ermöglichung einer angemessenen Gestaltung der Anlagen wünschenerth erscheint. Es erschien deshalb dem Magistrate im Einvernehmen mit der Parkdeputation angezeigt, den Rentner Böwig zu veranlassen, seinen angrenzenden Garten und ebenso die Einfriedigung desselben so weit zu erhöhen, daß auch das angrenzende Parkterrain erhöht werden kann. Der Rentner Böwig hat sich nun contractlich verpflichtet, diese Aenderungen an seinem Grundstücke auf eigene Kosten auszuführen, auch die von seinem Garten jetzt in den Park führende Thür zu beseitigen gegen die stadtseitige Zusage, daß ihm vom Bürgerparke eine 35 qm große Theilfläche ohne besondere Vergütung überlassen werde. Der Magistrat hält dieses Abkommen umsomehr für annehmbar, als die fragliche Fläche entbehrlich erscheint und ein Zwang gegen Böwig, sein Terrain zu erhöhen, wahrscheinlich nicht würde geübt werden können.

Es habe ferner der p. Böwig und die Anlieger Michaelis, Köhl, Markworth, Hohmann, Oppenheim und Schick gebeten, ihnen sieben Theilflächen vom Bürgerparke im Gesamtumfange von 365 qm zum Einheitspreise von 5 M abzutreten. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und hat mit den Anliegern, abgesehen von Böwig, wegen der vorhandenen Ausgänge aus ihren Gärten in den Bürgerpark ein Abkommen dahin getroffen, daß diese Ausgänge zwar weiter geduldet werden sollen und den betr. Anliegern das Recht eingeräumt wird, sie zu benutzen, um in den Bürgerpark zu gelangen, daß aber die städtischen Behörden befugt sein sollen, diese Erlaubniß zu widerrufen, wenn durch die Unterhaltung jener Zugänge Unzuträglichkeiten für den Bürgerpark entstehen. Zur dauernden Befundung der Anerkennung dieses Rechtsverhältnisses haben die Anlieger alljährlich ein Recognitionsgeld von je 20 M zu zahlen, auch haben dieselben die Verpflichtung übernommen, ihre Grundstücke gegen den Bürgerpark dauernd angemessen einzufriedigen. Dem Ersuchen des Magistrates, die dieserhalb aufgenommenen beiden Verträge zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, zu.



#### XIV. Terrainabtretung an die Firma Bannow & Schminke.

In dem von Herzogl. Kreisdirection eingeleiteten Verfahren, betreffend die Canalisation des Burgmühlengrabens vom Schulgrundstücke an der Reichenstraße abwärts, hatte der Holzhändler Haake die Erklärung abgegeben, er wolle sich an der Canalisation als Unternehmer betheiligen. Demnach muß dem p. Haake die Hälfte des gewonnenen Terrains, soweit dieses durch das Haake'sche Grundstück begrenzt wird, gegen Erstattung der antheiligen Kosten zu 15,77 M pro qm gewonnenen Areal, überlassen werden. Herr Haake hat die ihm hieraus zustehenden Rechte an die Firma Bannow & Schminke abgetreten und diese hat sich gleichzeitig bereit erklärt, auch die übrigen, an das Grundstück grenzenden Flächen des Flußterrains gegen Erstattung der Canalisationskosten zu übernehmen. Dabei ist jedoch vereinbart worden, daß von diesem Terrain stadtseitig so viel zurückbehalten werde, um für das Grundstück des Volksbades an der Kaiserstraße einen angemessenen Hofraum zu behalten. Endlich hat sich die Firma Bannow & Schminke verpflichtet, die vor dem ehemaligen Wassergange liegende 14 qm große Fläche des Flußterrains zum Einheitspreise von 20 M käuflich zu erwerben. Der Firma würden demnach insgesamt 308 qm Terrain zu überlassen sein. Mit dem Bemerken, daß die Firma auch diejenigen Lasten ausdrücklich übernommen hat, welche künftig auf dem betreffenden Flußterrain ruhen, ersucht der Magistrat, die hierüber abgeschlossenen Verträge zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Seele namens der Finanzcommission den Antrag unterstützt hatte.

#### XV. Vereinbarung wegen Abtretung von Terrain des Centralfriedhofes.

Die Königl. Eisenbahn-Direction zu Magdeburg ist behufs der geplanten Verlegung der Bahnstrecke Braunschweig—Helmstedt mit dem Magistrate wegen der hierzu erforderlichen Abtretung der nordwestlich vorspringenden beiden Ecken des Centralfriedhofes in Verhandlungen eingetreten, die zu einer vorläufigen Vereinbarung mit dem Magistrat geführt haben. Darnach soll die Stadt zwei insgesamt 41 a haltende Flächen an den Königl. Preussischen Eisenbahnfiscus für den Preis von 75 M pro Ar abtreten, dagegen eine andere Fläche von 24 a 50 qm zu einem gleichen Einheitspreise überwiesen erhalten. In Anbetracht, daß es sich um die Ausführung eines für die Stadt hochwichtigen Projectes handelt, hat der Magistrat dem Kaufpreise die s. B. stadtseitig aufgewandten Selbstkosten zu Grunde gelegt. Die Versammlung wird ersucht, zur Veräußerung und Erwerbung der bezeichneten Theilflächen unter den vereinbarten Bedingungen die Zustimmung zu ertheilen, auch im Uebrigen den Vertrag, soweit erforderlich, zu genehmigen.

Aus dem Vertrage ist Folgendes zu erwähnen: Die Abtretung erfolgt in der Voraussetzung, daß der Wiedereintritt dieser z. B. als res sanctae dem Privatrechts-

verkehre entzogenen Theilflächen in den gewöhnlichen Verkehr landesfürstlich ausgesprochen werden wird. Neben der Kauffumme werden der Stadt diejenigen Aufwendungen vergütet, welche seitens der Friedhofsverwaltung für Axtirung und Bepflanzung der abzutretenden Flächen gemacht und welche für Verfestigung der Einfriedigung des Friedhofes auf die neue Grenze noch zu machen sind. Außerdem hat der Eisenbahnfiscus die sämmtlichen Kosten der Umsezung der in den abzutretenden Flächen befindlichen Särge und der Instandsetzung der Grabhügel auf den neuen Gräbern in gegenwärtiger Einrichtung nach einem noch zu treffenden besonderen Abkommen zu tragen. Die Aufforderung zur Abtretung der Flächen ist nicht vor dem 1. Februar 1897 zulässig.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt namens der Statutencommission die Genehmigung des Vertrages, durch welchen endlich eine Besserung in den Verhältnissen der Helmstedterstraße herbeigeführt werde.

Auf die Anfrage des Herrn Wolff, wie die Rechtsstellung gegenüber den Personen gedacht sei, welche dort Grabstellen haben, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die Wiederinverfestigung der betr. Abschnitte des Centralfriedhofes, welche gegenwärtig eine geheiligte Sache darstellen, im Vertrage vorgesehen sei. Dem preussischen Eisenbahnfiscus würde nach diesem Acte das Expropriationsrecht eingeräumt werden, wenn die Stadtverwaltung Schwierigkeiten machen sollte, was jedoch nicht zu erwarten sein dürfte. Es liege sodann weiter die Absicht vor, mit den einzelnen Betheiligten an den fortfallenden Gräbern ein Abkommen zu treffen, wie das f. B. bei Anlegung der Verbindungsstraße zwischen der Neuen Promenade und der Gehsostraße auch geschehen sei.

Herr Lord fragt an, ob der alte Schienenstrang nach Durchführung dieses Projectes ganz wegfallen würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß darüber dem Magistrate etwas Bestimmtes nicht mitgetheilt worden sei. Soviel er wisse, solle die Eisenbahnverwaltung noch darüber im Zweifel sein, ob sie das für sie nicht nöthige Gelände vielleicht zweckmäßig zu gewerblichen Anlagen, zu Nebengleisen u. dgl. würde verwerthen können, jedoch sei eine Erklärung darüber dem Magistrate nicht abgegeben.

Herr Löschigk möchte warnen, unter solchen Verhältnissen dem Vertrage zuzustimmen, weil der Stadt daran liegen müsse, den gefährlichen Bahnübergang an der Helmstedterstraße beseitigt zu sehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf nur bemerken, daß der Vertrag allerdings abgelehnt werden könne, daß mit solcher Ablehnung aber das Ziel des Vorredners nicht erreicht werde, weil dem Eisenbahnfiscus dann das Expropriationsrecht zuerkannt werden würde und er seine Absicht darauf doch verwirklichen könne. Eine Verzögerung der Angelegenheit würde aber der Eisenbahn-

verwaltung aus dem Grunde nicht angenehm sein, weil der preussische Eisenbahnminister diese Verhandlungen in Bälde vorgelegt zu haben wünsche, um dem Landtage eine entsprechende Vorlage machen zu können.

Auf die Frage des Herrn Seele, an welcher Stelle der neue Schienenstrang den alten nach dem Projecte verlassen solle, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß das Project der Stadtverwaltung nicht vorgelegt sei, weil dieselbe nur an den beiden vom Centrafriedhofe abzuschneidenden Terrainstücken interessirt sei. Seines Wissens sei die Trace überhaupt noch nicht bestimmt, weil es sich vorläufig nur um Vorschläge der Königl. Eisenbahn-Directon in Magdeburg handle, welche noch der Genehmigung des Ressortministers unterliegen. Das neue Gleis werde sich vermuthlich vom Ostbahnhofe aus nach Osten zu wenden und dann von der Straße in der Höhe des Streitberges durchschnitten werden.

Herr Lord ist der Meinung, daß der Anregung des Herrn Löschigt nicht Folge zu geben sei, weil man sich freuen könne, daß an diesem so gefährlichen Bahnübergange nun endlich eine Besserung eintreten solle.

Herr Müller ist der gleichen Ansicht. Man solle diese außerordentlich wichtige Sache nicht noch durch die Veranlassung des Expropriationsverfahrens verzögern.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

#### **XVI. Anfrage Koch: Verlegung der Messen und Märkte vom Leonhardsplaze.**

Wie Herr Koch ausführt, liegt es im Interesse sowohl der Anlieger des Leonhardsplatzes, als auch der sämtlichen übrigen hiesigen Einwohner, welche ihre Kinder zum Spielen nach diesem Plaze schicken, zu erfahren, ob der Magistrat über die anderweite Abhaltung der Messen und Märkte bereits Verfügung getroffen habe, oder ob doch die Regulirung dieser Angelegenheit in nächster Zeit zu erwarten stehe. Es erscheine ihm dringend nothwendig, daß die Messen und Märkte dort endlich aufhörten und das Unwesen auf dem Plaze ein Ende nähme.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Wunsch, die Viehmärkte vom Leonhardsplaze zu verlegen, nicht nur die Versammlung, sondern auch den Magistrat befehle, um endlich die dort geplanten Anlagen zur Ausführung bringen zu können. Die dießerhalb mit dem Herzoglichen Staatsministerium eingeleiteten Verhandlungen haben indessen einen Abschluß noch nicht gefunden, und sei diese Verzögerung wesentlich dadurch mit herbeigeführt worden, daß in der Sache auch das Herzogl. Finanzcollegium und das Herzogl. Steuercollegium wegen der Einkünfte aus den Messen und Märkten mitzureden haben. Von diesen Einkünften erhalte der Staat <sup>2</sup>/<sub>3</sub> und die Stadt <sup>1</sup>/<sub>3</sub>, und es sei nothwendig, daß bei einer Verlegung der Märkte diese Beträge anderweit aufgebracht würden. Im Magistrate habe

man die Ansicht vertreten, daß der Stadt unmöglich zugemuthet werden könne, diese Einkünfte allein aufzubringen, und dem Wunsche Ausdruck gegeben, man möchte den bestehenden Vertrag dahin ändern, daß demnächst ein größerer Theil der Einkünfte aus den Messen an die Stadt abgeführt würde, damit die durch die Verlegung entstehenden Unkosten hierdurch Deckung finden. Das Herzogl. Staatsministerium sei hierbei der Stadt auch entgegengekommen, aber doch nicht so weit, als der Magistrat gewünscht habe, und sei deshalb ein definitiver Schritt noch nicht erfolgt. Der Magistrat habe nun die städt. Bauverwaltung zum Bericht aufgefordert, ob die mit der Verlegung verbundenen Unkosten nicht gemindert werden könnten. Wenn sich das ermöglichen lassen sollte, würde allerdings zu überlegen sein, ob man nicht auf den Vorschlag des Herzogl. Staatsministeriums eingehen solle, und würde eine Entscheidung hierüber im Laufe der nächsten Monate zu erwarten sein.

#### **XVII. Antrag Riecke: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hoftheater.**

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Bedürfnisanstalt für Frauen an der linken Seite des Hoftheaters zu errichten, zu gleicher Zeit mit der für Männer an der rechten Seite, da solches bei dieser Gelegenheit am besten geregelt werden könne“.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß es zweckmäßig sein würde, wenn der Magistrat sich mit dem Herzogl. Hofmarschallamte noch einmal wegen dieser Angelegenheit in Verbindung setzen würde, zumal da die Erklärungen des Herrn Rathe doch nicht wohl als bindend anzusehen seien und auch wegen der Anstalt an der rechten Seite noch Verhandlungen gepflogen werden müßten. Ueber die Nothwendigkeit der Anlage brauche er sich wohl nicht weiter zu äußern, da dieselbe Jedermann anerkennen müsse.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen,  
und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 Uhr bis 6<sup>1/2</sup> Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. März 1896.

---

### Tagesordnung:

|                                                                            |                  |           |
|----------------------------------------------------------------------------|------------------|-----------|
| I. Antrag Rieke: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hof-        | theater. . . . . | Seite 306 |
| II. Canalisirung einer Theilstrecke der Otmerstraße . . . . .              | "                | 306       |
| III. Ankauf einer Theilfläche an der Höhe . . . . .                        | "                | 306       |
| IV. Nachverwilligung von Kosten für die Volkszählung . . . . .             | "                | 307       |
| V. Einsprache gegen den Ortsbauplan für die östliche Außenstadt. . . . .   | "                | 307       |
| VI. Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Altstadt-    | markt . . . . .  | " 307     |
| VII. Antrag Koch und Gen.: Ausbau einer Theilstrecke der Kl. Vertramstraße | "                | 317       |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bültemann, Engelbrecht, Hauswaldt, Seele und Weber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, hat nach Eröffnung der Sitzung zunächst folgende anonyme Eingänge bekannt zu geben:

1) eine Eingabe, in welcher ersucht wird, die Genehmigung zur Bebauung des Rhode'schen Grundstückes am Stadtparke mit großen Doppelhäusern zu verweigern und vorzuschreiben, daß nur villenartige Gebäude dort errichtet werden dürfen;

2) ein Besuch von angeblich Arbeitslosen, die bitten, noch vor Ostern mehr städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen, weil sich zu viele Arbeiter in einer hilfsbedürftigen Lage befänden.

Beide Schriftstücke werden als anonym zu den Acten gelegt.

3) eine Eingabe von 42 Anwohnern der Neuenstraße, welche bitten, die auf die geplante Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Altstadtmarkt bezüglichen Anträge des Magistrates (Punkt VI der Tagesordnung) abzulehnen, weil sich diese Anwohner durch die neue Verbindungsstraße schwer geschädigt sähen, indem sie der Neuenstraße den Verkehr entziehen würde. — Dieses Schriftstück wird in der Versammlung herumgereicht.

Hierauf schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

### I. Antrag Nieke: Anlegung einer Bedürfnisanstalt für Frauen am Hoftheater.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Südel ersuchen, die Berathung dieses in der letzten Sitzung — Seite 304 des Berichts — gestellten Antrages zurückzustellen, bis die in Arbeit befindliche Statistik über die Benutzung der schon vorhandenen Bedürfnisanstalten für Frauen abgeschlossen sei.

Die Versammlung erhebt hiergegen keinen Widerspruch.

### II. Canalisirung einer Theilstrecke der Ottmerstraße.

Da an der Ottmerstraße auf der Strecke zwischen Campe- und Adolfsstraße ein Canal noch nicht liegt, dort aber ein Neubau errichtet wird, dessen Eigenthümer die Legung der Canalsstrecke beantragt hat, so ersucht der Magistrat, für diese Canallegung die anschlagsmäßige Summe von 1300 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, geschieht.

### III. Ankauf einer Theilfläche an der Höhe.

Von dem an der Ecke der Höhe und der Hagenbrücke gelegenen Lüders'schen Grundstücke ist eine 3,7 qm große Theilfläche zur Straße abzutreten, und giebt der Magistrat anheim, hierfür den geforderten Einheitspreis von 250 M zu verwilligen. Die Höhe der Entschädigung rechtfertigte sich dadurch, daß das Restgrundstück bei seiner geringen Tiefe durch die Abtrennung der fraglichen Theilfläche in ungünstiger Weise beeinflusst sei.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, zu.

#### IV. Nachverwilligung von Kosten für die Volkszählung.

Zur Bestreitung der durch die Berufs- und Gewerbezahlungen, sowie durch die Volkszählung entstehenden Ausgaben ist dem Magistrate ein Betrag von 1500 M. verwilligt worden. Da die Kosten der Zählungen diesen Betrag um 374,05 M. überschreiten, so ersucht der Magistrat, letztere Summe für den angegebenen Zweck nachzuverwilligen,

was auf Befürwortung des Herrn Raths geschieht.

#### V. Einsprache gegen den Ortsbauplan für die östliche Außenstadt.

Der Buchhalter Robert Hoffmann, Helmstedterstraße 37 a II, hat gegen den in der Sitzung vom 6. Februar 1896 — Seite 259 des Berichts — für die gegenüber dem Centrafriedhofe am Ranthheimer Wege gelegene Länderei festgesetzten Theilortsbauplan Einsprache erhoben und begründet dieselbe folgendermaßen. Als er vor ungefähr 2 $\frac{1}{2}$  Jahren den südlich der Lindenallee gelegenen Sicherheitsstreifen erworben und sich dadurch den Schlüssel zur Abschließung des dahinter gelegenen Ackerlandes zu Baugrund in die Hand gegeben habe, habe er sich bei Anlegung seines Restaurations- und Caffee Gartens sammt dem Neubau einer großen Veranda die bestechend schöne Aussicht und den freien Fernblick nach dem Harze, der Asse und dem Elbe zur Richtschnur genommen und geglaubt, auf eine Dauer von mindestens 20—30 Jahren gegen das Verbauen dieser Aussicht gesichert zu sein. Diese Anlage werde nun aber durch Erschließung jenes Terrains zu Speculationsbauten ziemlich werthlos werden. Auch scheine in dem Ortsbauplane auf die bestehenden Zustände wenig Rücksicht genommen zu sein.

Die Baucommission läßt durch Herrn Uhde die Verwerfung der Einsprache anheimgeben, da bei der Feststellung der Ortsbaupläne nicht auf die Interessen Einzelner, sondern auf das allgemeine öffentliche Interesse Rücksicht genommen werden müsse.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

#### VI. Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Schützenstraße und Altstadtmarkt.

Das an der Schützenstraße gelegene Grundstück „Prinz Wilhelm“ ist der Stadt mit dem Anheimgeben zum Kauf angeboten worden, dasselbe nach Niederlegung der darauf stehenden Gebäude theilweise zur Verbreiterung der Meßgasse zu verwenden. So unliebsam auch die jetzigen in und an dieser Gasse herrschenden Zustände sein mögen, so war der Magistrat doch der Ansicht, daß die Stadt keine Veranlassung habe, sich in eine so gewagte Speculation einzulassen und daß andererseits aus der Verbreiterung der Gasse ein Vortheil für den öffentlichen Verkehr nur in dem Falle zu erwarten sei, wenn die zu schaffende neue Straße bis zum Altstadt-

markt durchgeführt werden würde. Dieses erweiterte Unternehmen durch einen städtischen Zuschuß zu fördern, hielt der Magistrat allerdings für zulässig und angezeigt, weil sich nicht verkennen lasse, daß die neu zu schaffende Straße die verhältnißmäßig enge Neuestraße entlasten und in einer der verkehrsreichsten Gegenden der Innenstadt durch Aufschließung von zwei umfangreichen Bauquartieren neue werthvolle Bauplätze schaffen werde. Der Magistrat hat daher in Aussicht gestellt, das fragliche Unternehmen stadtseitig in der Weise zu fördern, daß die neue Straße auf Kosten der Stadt mit den erforderlichen unterirdischen Anlagen (Canal, Gas- und Wasserrohr), die sich voraussichtlich bald verzinsen werden, versehen und auch oberirdisch befestigt werde. Die Kosten hierfür sind auf 21 000 M. veranschlagt worden. Nach Ertheilung dieser Zusage haben sich sechs Anlieger der neuen Straße zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Altstadt-Baugenossenschaft) zwecks Durchführung des betreffenden Unternehmens vereinigt und sich bereit erklärt, der Stadt die Grundfläche der neuen Straße unentgeltlich zu überlassen. In Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte ist der Magistrat der Ansicht, daß für die projectirte Straße eine Breite von 10 m, von denen 6 m auf die Fahrbahn und je 2 m auf die Fußwege entfallen, genügt und daß es, was die Richtung der Straße betrifft, nicht erforderlich erscheint, dieselbe in völlig gerader Richtung anzulegen, wenn nur unschöne und dem Verkehre hinderliche Knicke vermieden werden. Demgemäß ist ein entsprechender Theilortsbauplan ausgearbeitet worden. Bei einer Straßenbreite von 10 m würden an der neuen Straße Gebäude in einer Höhe von 14,5 m (vom Erdboden bis zur Dachtraufe) errichtet werden können, mithin bei einer Stockwerkshöhe von 2,90 m auch viergeschossige Gebäude zulässig sein. Der Magistrat ist indessen der Ansicht, daß es sich, abgesehen von den Eckbauplätzen, empfehle, nur dreigeschossige Gebäude und allenfalls über den dritten Geschossen sogenannte Mansardenwohnungen zuzulassen und eine dem entsprechende dingliche Beschränkung auf die in Frage kommenden Grundstücke eintragen zu lassen.

Schließlich hat der Magistrat noch die Frage einer Prüfung unterzogen, ob nicht die in Aussicht genommene stadtseitige Förderung des fraglichen Unternehmens insofern zu Berufungen Anlaß geben könnte, als die Stadt die Kosten der Anlage und Befestigung anderer Ortsstraßen in vollem Umfange den anliegenden bebauten Grundstücken zur Last lege. Derselbe glaubt jedoch, daß in dieser Beziehung Bedenken nicht vorliegen. Denn, wenngleich beabsichtigt wird, die Straße sofort als städtische Straße auszubauen, so erfolgt doch die Zulassung und der Ausbau nur auf Grund und in Gemäßheit einer mit den Betheiligten getroffenen vertragsmäßigen Vereinbarung, deren Bedingungen ebenso, wie bei Zulassung von Privatstraßen (§. 17 des Ortsbaustatuts), nach dem Ermessen der städtischen Behörden festgestellt werden. Andererseits ist aber zu beachten, daß der hier von der Stadt geforderte Zuschuß gegenüber den häufigen, sehr erheblichen Zinsverlusten,



die der Stadt in anderen Fällen aus dem langsamem, oft erst nach vielen Jahren erfolgenden Eingehen der Anliegerbeiträge erwachsen, als ein hoher durchaus nicht erscheint. In Ansehung der Unterhaltung der neuen Ortsstraße werden dagegen die Vorschriften des Ortsbaustatuts ohne Einschränkung zur Anwendung kommen müssen.

Hiernach ersucht der Magistrat die Versammlung:

1) der Zulassung der in Rede stehenden neuen Ortsstraße zuzustimmen, und den vorgelegten Theilortsbauplan zu genehmigen;

2) die durch Herrichtung der unterirdischen Anlagen und durch die oberirdische Befestigung der Straße erwachsenden Kosten unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß die zu der neuen Straße erforderliche Grundfläche und ebenso diejenigen Grundflächen der den Gesellschaftern gehörigen, resp. von ihnen angekauften Grundstücke, welche zur Verbreiterung der Schuhstraße, der Schützenstraße, des Altstadtmarktes und der Görtelingerstraße bestimmt sind, der Stadt unentgeltlich, die Grundfläche der neu herzurichtenden Straßen auch kostenfrei zur Verfügung gestellt und ferner die oben erwähnte Baubeschränkung durch entsprechende grundbuchamtliche Eintragung gesichert werde;

3) zu genehmigen, daß auf die in Rede stehende Straße die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts mit der Einschränkung für anwendbar erklärt werden, daß Anliegerbeiträge zur Deckung der Kosten der ersten Einrichtung der Straße nicht erhoben werden.

Wegen der Art der Straßenbefestigung behält sich der Magistrat einen weiteren Antrag vor.

Die Baucommission glaubt nach dem Berichte des Herrn Rieß der Versammlung die Vorschläge des Magistrates empfehlen zu sollen. Die Commission knüpfe hieran nur den Wunsch, daß der Magistrat in Erwägung ziehen möge, ob die zu einer Breite von 2 m vorgesehenen Bürgersteige nicht auf 1,75 m zu beschränken seien und ob die Straße nicht 10,5 m statt 10 m breit anzulegen sein möchte, damit die Fahrbahn dann 7 m breit werden könnte. Die Commission sei der Meinung, daß mit dem vorliegenden Bauplane der Stadt ein Wunsch der Erfüllung näher gerückt werde, welchen namentlich die Bewohner des westlichen Stadttheiles schon lange Jahre gehegt haben und auf den sie glaubten verzichten zu müssen, seitdem das Grundstück des Lederhändlers Freise neu bebaut worden sei. Deshalb würden es die Bewohner des westlichen Stadttheiles dem Magistrate Dank wissen, wenn derselbe das Straßenproject durch Bewilligung der erbetenen Zuwendung fördern wollte. Er empfehle die Vorlage zur Genehmigung.

Der Herr Vorsitzende giebt bekannt, daß Herr Fudel sich als Betheiligter der Abstimmung und Debatte enthalten werde.

Herr Niese findet, daß man an den Straßen vieler alten Städte, die früher Festungen gewesen seien, Vieles der Neuzeit entsprechend geändert habe, wenn auch gerade in Braunschweig noch nicht so viel geschehen sei, wie hätte geschehen können. Bei der Schuhstraße hätte man schon vor 30 Jahren an eine Verbreiterung denken müssen, ehe die verschiedenen Neubauten dort entstanden seien, und gerade hier sei von den Vorfahren erheblich gesündigt worden. An der Einbruchsstelle der hier projectirten neuen Straße befinde sich die schmalste und gefährlichste Stelle der Schuhstraße, indem dieselbe dort nur 7 m breit sei und die Führer der sich dort begegnenden Wagen sich in Folge der Biegung erst kurz vor dem Zusammentreffen sehen können. Wenn nun auch die Finanzlage der Stadt eigentlich Veranlassung sein könnte, in dieser Sache seitens der Stadt nichts zu thun, so halte er es doch schon aus hygienischen Gründen für angezeigt, dem vorliegenden Projecte zuzustimmen, damit auch in jener Gegend Licht und Luft verbreitet werde. Es seien dort allerdings nicht solche Häusercarrés vorhanden, wie man sie in der Langen-, der Weber- und der Beckenwerperstraße finde, deren Durchschneidung von der Schützenstraße aus er warm befürworten würde, jedoch müsse zugestanden werden, daß auch an dieser Stelle viel altes Terrainerümpel liege, welches wenig oder gar keinen Nutzen schaffe und sich bei dem Durchbruch zweckmäßig verwerthen lasse. Dazu komme, daß durch denselben die Bauten in der Stadt nicht verengt, sondern angemessen arrondirt werden, wodurch sich die Baukosten verringern, und daß endlich der Durchbruch eine Masse Arbeitsgelegenheit gebe, an der es bekanntlich auch mangle. Die Landesbehörde unternehme vorläufig keine Bauten, weil Ebbe in der Cassé sei und bei dem Magistrate liege es ebenso; man könne deshalb das Project auch aus diesem Grunde freudig begrüßen. Eine etwaige Schädigung der Neuenstraße falle hierbei gar nicht ins Gewicht, weil solche Rücksichten zu schweigen haben, wenn es im allgemeinen Interesse der Stadt liege, den westlichen Theil derselben besser zu erschließen. Die Neuestraße wäre früher wohl dazu ausersehen gewesen, eine Hauptverkehrsstraße zwischen dem Osten und Westen der Stadt zu werden, wenn nicht der Architekten- und Ingenieurverein dazu gerathen hätte, die Burg Dankworderode dort gerade in den Weg zu stellen. Unter den heutigen Verhältnissen aber wäre es bei der gefahrdrohenden Enge der Neuenstraße unklug, das hier vorliegende Straßenproject zu verweigern, weil man die Gelegenheit wahrnehmen müsse. Seiner Meinung nach würden die Unternehmer hierbei auch kein Geschäft machen; er bitte daher um Annahme der Vorlage.

Herr Koch würde nur mit schwerem Herzen für diese geradezu aus der Erde gestampfte Vorlage stimmen können, einmal weil man auf den guten Stamm tüchtiger Geschäfte in der Neuenstraße Rücksicht nehmen müsse, welche durch die Anlage elektrischer Beleuchtung schon versucht haben, den Geschäftsverkehr nach ihrer Gegend hinzuziehen, und die durch die Genehmigung des Straßendurchbruchs, ebenso

wie die Geschäfte in der Poststraße, erheblichen Abbruch erleiden würden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Durchbruchstraße gerade an dem engsten Punkte der Schuhstraße einmünde, und hierdurch nicht eine Ent-, sondern eine Belastung dieser Straße eintreten würde, welche auf jeden Fall vermieden werden müsse. Außerdem vertrete die Versammlung zum größten Theile den Standpunkt, daß der Speculationswuth etwas entgegenzutreten sei, weil diese zum Ruin vieler Geschäfts- und Grundstückseigenthümer führe. Eine große Anzahl Läden stehe leer und die Eigenthümer derselben können keine Steuern bezahlen, wodurch der Stadtsäckel Schaden nehme. Hier beabsichtige man nun wieder viele neue Läden zu schaffen, um die Zahl der leerstehenden Läden noch zu vermehren, und dazu noch Geld zu verwilligen, könne er sich nicht entschließen.

Herr Wollenweber kann für den Durchbruch sich nur insoweit interessiren, als dadurch für das Handwerk Arbeitsgelegenheit geschaffen werde. Die Straße sei nicht besonders nöthig und außerdem erscheine sie ihm für den zu erwartenden Verkehr mit 10 m auch zu schmal zu werden. Er müsse es für ungerecht halten, für solche Straße die Straßenbaukosten zu übernehmen, während die Anlieger anderer Straßen dieselben, theilweise unter schweren Opfern, selbst zu tragen haben. Vor einigen Jahren hätte man für den Häuserblock am Delschlagern, der nach seiner Niederlegung einen schönen und nothwendigen Straßenzug vom Hohen- bis zum Magnithore mit ermöglicht hätte, kein Opfer seitens der Stadt bringen können und hier erscheine es ihm nicht so nothwendig, im allgemeinen Interesse etwas zu thun. Er könne sich mit dem Projecte nicht einverstanden erklären, schon weil die Durchbruchstraße zu schmal projectirt sei.

Herr Meyerhoff möchte Herrn Koch nur erwidern, daß sich die Baucom-mission mit dem Plane sehr eingehend beschäftigt und jedes Mitglied derselben die Acten studirt habe. Wenn Herr Koch meine, die Schuhstraße sei zu enge und der Verkehr würde sich dort noch mehr stauen, so wolle er bemerken, daß sich die Versammlung jetzt mit dieser Straße nicht beschäftigen könne und eine Verbreiterung derselben den Nachkommen überlassen müsse, daß man indessen mit Freuden dazu beitragen werde, dem großen Verkehr ein neues Glied einzufügen. Wenn die Burg Dankwarderode nicht entdeckt worden wäre, hätte man schon eine große Durchbruchstraße; die jetzige Gelegenheit dazu solle man nicht vorübergehen lassen, denn sie komme nicht wieder. Herr Koch habe dann ferner von Speculation gesprochen. An dieser Speculation möchte Redner aber nicht theilhaftig sein. (Zustimmung.) Es sei doch ein ganz anderes Ding, ob vor den Thoren Straßen, die nicht nöthig seien, aus Speculationszwecken geschaffen werden, oder ob man in der Innenstadt dem eingengten Verkehre Luft schaffen wolle. Die Versammlung sei sich dahin einig geworden, der Speculation vor den Thoren nicht mehr in dem bisherigen Maße Vorhub zu leisten, weil die Stadt sich durch den Ausbau neuer Straßen,

welche erst in 20 und mehr Jahren bebaut werden, einen furchtbaren Ballast schaffe, indem vielleicht 800 000 M hierdurch unverzinslich angelegt seien. (Zuruf vom Magistratsstische.) Dieser Betrag sei also noch viel größer, und wenn man von demselben den Zinsverlust berechne, so fallen demgegenüber die hier erbetenen 21 000 M gar nicht in die Wagschale. Herr Wollenweber meine, die Durchbruchstraße sei nicht nöthig. Er wolle gern zugestehen, daß der Durchbruch nach dem Magnithore auch sehr wünschenswerth gewesen wäre und lasse sich annehmen, daß die Versammlung, wenn der Durchbruch an sie herantrete, für denselben etwas thun werde, sofern die Forderung in dem Rahmen des hier beantragten Zuschusses bleibe; aber Millionen könne die Stadt nicht aufwenden. In der Commission seien die hier vorgebrachten Bedenken sämmtlich erwogen und wünsche man nur, daß es dem Magistrate gelingen möchte, die Fahrbahn noch um 1 m zu verbreitern. Jeden Straßendurchbruch in der Innenstadt begrüße er mit großer Freude. Die Messtwete bringe der Stadt gar nichts ein und die Wohnungen an der Twete im Prinz Wilhelm bilden geradezu einen Schandfleck für die Stadt. Statt dessen entstünden dort einige 20 schöne Häuser, welche von steuerkräftigen Einwohnern bezogen und der Stadt zur Zierde gereichen würden. Darum bilden die 21 000 M eine sehr gute Anlage für die Stadt.

Herr Löschnigk ist der Ansicht, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Speculation handle, sondern daß die betr. Anlieger durch den Abbruch des Ferdinand Meyer'schen Hauses veranlaßt seien, dem schon lange geplanten Durchbruchprojecte näher zu treten, wenn dasselbe nicht für alle absehbare Zeit begraben sein sollte. Von einer Speculation könne sicher nicht die Rede sein und wünsche er den Unternehmern nur, daß sie noch mit einem blauen Auge davon kommen. Der Behauptung gegenüber, daß der Durchbruch nicht nöthig sei, möchte er bemerken, daß die Anlegung der Friedrich-Wilhelmstraße von seinem Standpunkte aus auch nicht nöthig gewesen, aber zum Segen der Stadt doch durchgeführt sei. Der hierdurch der Gegend am Bankplatze zugefügte Schaden sei nach dem Durchbruche der Brabantstraße wieder ausgeglichen worden und so werde es auch hier gehen. Außerdem glaube er gar nicht, daß die Schädigung der Neuenstraße so groß sei, wie deren Anwohner jetzt annehmen, denn wenn zwei Straßen in der verkehrsreichsten Gegend der Stadt durchschnitten würden, falle für die beiden Straßen rechts und links auch etwas Verkehr ab, so daß sich die Verkehrsverhältnisse der Post- und Neuenstraße nicht wesentlich verschlechtern würden. Für die Schuhstraße werde aber eine ganz erhebliche Entlastung geschaffen und das sei bei dieser engen Straße von großem Werthe. Was nun den Geldpunkt anlange, so habe die Stadt eigentlich gar nicht so große Opfer zu bringen, namentlich wenn man berücksichtige, daß in der Außenstadt auch das Straßenterrain bezahlt werden müsse, was der Stadt hier unentgeltlich überwiesen werde. Sehr werthvoll sei es dagegen, daß man jene Gegend

für den Verkehr neu erschließe, zumal da man von keinem Thore eine direkte Zufuhrstraße in die Stadt habe. Sehr schön würde es auch gewesen sein, wenn man vom Steintore aus eine direkte breite Straße nach der Stadt zu hätte schaffen können, doch sei das unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchführbar gewesen. Die Beschlußfassung über das vorliegende Project dürfe auch nicht weiter hinausgeschoben werden, weil sonst die Gelegenheit zur Verwirklichung desselben verloren gehe. Er bitte daher dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Lange muß die Idee des Straßendurchbruchs in der projectirten Weise für eine außerordentlich glückliche halten und kann die Befürchtung der Anlieger der Neuenstraße nicht theilen, da er fest überzeugt sei, daß nicht eine Verminderung, sondern sogar eine Vermehrung des Verkehrs in jener Gegend durch den Straßendurchbruch stattfinden werde. Jedenfalls werde sich ein großer Theil des Publicums, welches von der Bahn komme, über den Pankplatz und die Brabantstraße nach dem Altstadtmarkte abzweigen, um von hier sich der Durchbruchstraße und der Neuenstraße zuzuwenden. Das einzige Bedenken, welches sich ihm bei diesem Projecte aufgedrängt habe, bestehe in dem Vorspringen der Häuser 12 33 und 34 in der Schuhstraße, jedoch glaube er, daß man auch hiervon abzusehen vermöge, weil der Frage, wie man an dieser engsten Stelle der Schuhstraße Luft schaffen könne, doch über kurz oder lang näher getreten werden müsse. (Zustimmung.) Die Hauptsache bleibe, daß man durch die neue Straße dem Centrum der Stadt Luft und Licht schaffe und das lasse sich nur durch das Entgegenkommen des Consortiums ermöglichen. Benutze man diese Gelegenheit nicht, so sei sie für alle Zeit verschwunden. Wenn man die alten Buden der Durchbruchstrecken ansehe, so könne man sich nur freuen, daß dieselben beseitigt und neue Häuser an ihre Stelle gesetzt werden sollen. Hierdurch lasse sich auch eine bessere Circulation nach dem Altstadtmarkte erzielen, welche diesem jetzt so wenig belebten Viertel nothwendig und erwünscht sei. Er werde deshalb für die Vorlage stimmen.

Herr Uhde möchte diesen Ausführungen noch den Grund hinzufügen, weshalb die Baucommission gewünscht habe, daß die Straße wenigstens 10,50 m breit werde. Es sei so viel davon gesprochen worden, daß es sehr erwünscht wäre, wenn demnächst die Straßenbahn in der einen Richtung durch diese und in der anderen Richtung durch die Neuenstraße gehen würde. Lege man nun die Straßenbahn direct vor die Häuser, wie in der Neuenstraße, so schließe dieses eine große Belästigung der Anlieger in sich; während man bei einer Breite von 10,50 m die Straßenbahn in die Mitte der Straße legen könne. Den Anliegern würde es wohl auch nicht zu schmerzlich sein, wenn sie von ihrem Terrain noch 0,50 m abgeben sollen.

Herr Koch kann nicht glauben, daß das Consortium nur aus Liebe zur Stadt Braunschweig den Straßendurchbruch ausführen wolle. Wenn die Herren nicht hofften, hierbei ein Geschäft zu machen, würden sie wohl davon zurückstehen, denn

dazu sei das Unternehmen zu groß. Wenn Herr Meyerhoff meine, 21 000 M schlugen nicht zu sehr in die Waagschale, so sei er darüber anderer Meinung, namentlich da man zu einer Erhöhung der Steuersimplen schreiten wolle. Ob die steuerkräftigen Leute gerade in dieses Viertel kommen werden, müsse man erst abwarten; in der Regel finde man gerade in den kleinen, bescheidenen Läden die Leute, welche es am längsten aushalten und die den Steuerfädel mit füllen. Solche Läden seien aber in der Post- und der Neuenstraße reichlich vorhanden.

Herr Halle würde sich nur unter gewissen Umständen mit dem Projecte befreunden können, obwohl mit der Genehmigung der Vorlage die bisherigen Gepflogenheiten durchbrochen würden. Es sei wohl noch niemals vorgekommen, daß Jemand eine Unterstützung von der Stadt in dieser Weise beansprucht habe und werde hierdurch ein Präjudizfall geschaffen. Wenn man das Project ansehe, so könne man sich auf den ersten Blick der Ansicht nicht verschließen, daß es wie ein Speculationsunternehmen aussehe, wie das auch die Anlieger der Neuenstraße auffassen. Ein solches Unternehmen dürfe aber die Stadt nicht noch unterstützen. Da der Versammlung noch die näheren Angaben über die Rentabilität des Projectes fehlen, der Magistrat und die Baucommission aber wohl in der Lage seien, darüber Auskunft zu ertheilen, so bitte er, seine Zweifel dahin zu zerstreuen, daß es sich hier nicht um ein Speculationsproject handle, sondern die Unternehmer nur von dem Wunsche befeelt seien, für jene Gegend Luft und Licht zu schaffen und einen besseren Verkehrsweg von dem Westen nach dem Osten herzurichten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß auf die Frage, ob die hier beantragte Unterstützung nicht zu Verufungen Veranlassung geben könne, schon in der Vorlage hingewiesen sei. Im Uebrigen bestehe doch ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen der Instandsetzung außenstädtischer und innenstädtischer Straßen, weil der Grund und Boden in der Außenstadt erheblich niedriger zu bemessen sei, als in der Innenstadt. Wenn man die Grundsätze für Instandsetzung außenstädtischer Straßen auch in der Innenstadt zur Anwendung bringen wolle, müsse man auf derartige Durchbruchstraßen überhaupt verzichten. Die Stadt erhalte hier ein Areal von 1670 qm unentgeltlich und kostenfrei überwiesen, welches bei Zugrundelegung eines Einheitsfußes von nur 100 M einen Werth von 167 000 M darstelle. Wenn sich in der Außenstadt ein ähnliches Verhältniß wie 21 000 M : 167 000 M construiren ließe, stände sich die Stadt am besten, das Ortsbaustatut ganz umzuwerfen und zu fordern, daß sie den Grund und Boden frei überwiesen erhalte, während sie dafür die Straßenbaukosten übernehme. Der Aeußerung des Herrn Halle gegenüber, daß ein solcher Durchbruch noch nicht unterstützt sei, wolle er auf die Drabantstraße verweisen. Auch würde der Magistrat gern bereit gewesen sein, den von Herrn Wollenweber erwähnten Durchbruch zu fördern, wenn nicht die Stadt hätte gezwungen werden sollen, die betr. Häuser

an der Langedammstraße aufzukaufen und sich in Speculationen einzulassen, deren Grenzen nicht abzusehen gewesen wären. Der hier erbetene Zuschuß sei seiner Meinung nach aber nicht zu hoch.

Herr Rathe bittet, für die Vorlage zu stimmen. Als er zu seiner großen Freude von dem Durchbruchprojecte gehört habe, sei es ihm kaum glaubhaft erschienen, daß die Anlieger bei den theuren Grundstückspreisen im Stande gewesen seien, das Straßenterrain ganz kostenfrei herzugeben. Der Fuhrwerksverkehr in der Neuenstraße sei schon jetzt sehr gefährlich; wenn aber bei Einführung eines Fünfminutenbetriebes auf der demnächstigen elektrischen Straßenbahn alle zwei bis drei Minuten ein Straßenbahnwagen die Neuestraße passiren sollte, dann werde der Fuhrverkehr bedeutend erschwert. Es müßte bezüglich der Straßenbahn unter allen Umständen die Einrichtung getroffen werden, daß die Fahrten nach dem Osten durch die Neuestraße und die Fahrten in westlicher Richtung durch die Durchbruchstraße stattfinden, weil sich sonst kein sicherer Verkehr in den beiden Straßen ermöglichen lasse, namentlich wenn man berücksichtige, daß bei Verlegung des Güterbahnhofes nach St. Leonhard der Fuhrwerksverkehr von dem Westen nach dem Osten der Stadt sich erheblich vermehren werde. Er vermöge unter solchen Verhältnissen nicht zu begreifen, wie man noch gegen die Vorlage sprechen könne. Wenn man den Magistrat ermähne, den Speculanten nicht so viel Geld unter die Finger zu geben, so hätte man dieses früher bei einer anderen Gelegenheit, z. B. bei der Heinrichstraße thun sollen, woselbst 300 000 M. festgelegt seien, die für eine Reihe von Jahren unverzinslich liegen. Hier hätte man ruhig noch einige Jahre warten können, wenn man die Schule seinem Wunsche nach an die Wiesenstraße gestellt hätte. Bei anderen Gelegenheiten werde immer hervorgehoben, daß Braunschweig eine Großstadt sei und man mit den Einrichtungen anderer Großstädte nicht zurückhalten dürfe, und hier wolle man gegen einen so wichtigen Straßendurchbruch auftreten. Durch die Förderung desselben werde die Umgebung der Kl. Burg mit dem Stadthause im Werthe steigen, weil sich der Verkehr dort wesentlich heben werde, und insofern nütze man den städtischen Interessen ganz erheblich. Die Stadt könne also nur gewinnen, wenn die städtischen Behörden kräftig für den Durchbruch eintreten.

Herr Bues stimmt ebenfalls für die Vorlage. Wenn hier von Speculation geredet werde, so meine er, daß jede Anlage eine Speculation sei; es komme nur darauf an, ob man sich dabei nicht ver-speculire. (Zustimmung.) Die Unternehmer würden bei den Verhandlungen von dem Magistrate wohl auf die schwierige Finanzlage der Stadt aufmerksam gemacht sein und hätten dementsprechend ihre Forderung so billig gestellt. Die Friedrich-Wilhelmstraße habe einen großen Zuschuß erfordert, die Erweiterung der Kl. Burg bei der Hofapotheke habe annähernd 100 000 M. gekostet und hier wolle man an 21 000 M. mäkeln, welche einen so

wichtigen Durchbruch ermöglichen. Wenn man diese Gelegenheit vorübergehen lasse, würde aus der Erschließung jener Gegend wohl niemals etwas werden, darum bitte er dringend, die Vorlage anzunehmen.

Herr Nieke möchte Herrn Halle gegenüber noch bemerken, daß man sich auch als einfacher Maurer oder Scharwerker ausrechnen könne, daß bei dieser Unternehmung nicht viel abfallen könne, sobald man den Werth der dort liegenden Grundstücke in Betracht ziehe. Wenn man ihn auffordern würde, in das Consortium einzutreten, würde er sich bestens bedanken. Darum seien die von Herrn Halle ins Feld geführten Zweifel von ihm längst gewichen. Von Speculation und einem „Rebbach“ holen könne hier keine Rede sein. Herr Halle sei ja auch sonst nicht so engherzig; wenn es sich darum handle, draußen theures Terrain zu kaufen, so gehe man leichter darauf ein und sage, es seien so viele Kinder da und es müßte eine neue Schule gebaut werden. Der hier im Westen zu erschließende Stadttheil sei ein so todter, daß er es für seine Pflicht als Stadtverordneter halte, dafür einzutreten, daß hier Luft und Licht geschaffen und an Stelle der alten Buden neue reelle Häuser errichtet werden. Wenn man aber den Anwohnern jenes Stadttheiles dieses verschaffen könne, so habe der Einwand der Speculation zu schweigen, zumal da eigentliche Speculationsbauten von vier und mehr Stockwerken nicht errichtet werden dürften. Für den von Herrn Wollenweber erwähnten Durchbruch im Delschlagern würde er auch gern 50 000 M bewilligt haben, wenn sich derselbe damit hätte machen lassen, und für eine Durchquerung der Langenstraße zc. würde er 100 000 M bewilligen. (Zustimmung.) Nach seiner Ueberzeugung gebe aber die Stadt hier überhaupt keinen Zuschuß. Wenn man bedenke, daß die Stadt über 800 000 M in Straßenbaukosten stecken habe, so brauche man, sofern diese Summe flüssig gemacht werden könne, weder ein Steuersimplum mehr, noch eine Biersteuer, und hätte doch Geld. Aus diesen Gründen erkläre er sich für die Bewilligung des Zuschusses.

Herr Bürgermeister Kietemeyer bemerkt, daß in der Aeußerung des Vorredners, die Schule sei an der Heinrichstraße erbaut, weil Herr Halle dort ein Grundstück liegen gehabt hätte, auch ein Vorwurf gegen den Magistrat zu finden sei. Dem gegenüber wolle er hervorheben, daß dem Magistrate bei der Einleitung der Verhandlungen über den Erwerb der Grundstücke an der Heinrichstraße gar nicht bekannt gewesen sei, daß Herr Halle dort auch ein Grundstück besitze. Im Uebrigen bezahle man heute an der Heinrichstraße erheblich höhere Preise als damals, 6 M sei allseitig als kein hoher Preis anerkannt worden.

Herr Wagner muß diesen Durchbruch, wenn auch nicht für unbedingt nöthig, so doch für äußerst wünschenswerth halten, und deshalb erkläre er sich für denselben. Ob unter solchen Verhältnissen bei einem Durchbruche die Speculation im Spiele sei, erscheine ihm gleichgültig, wenn die dazu von der Stadt geforderten



Mittel als mäßig bezeichnet werden könnten, zumal da der Stadt aus dem Durchbruche auf der anderen Seite auch wieder große Vortheile erwachsen. Sofern die Anwohner der Neuenstraße in Folge des Durchbruches wirklich geschädigt würden, thue ihm das sehr leid, denn er wolle nicht kurzweg sagen, daß dieselben Niemand etwas angehen, aber in erster Linie handle es sich doch darum, was im Interesse der Stadt gut sei, und erst dann kommen die Interessen einzelner Bewohner. Bei fortgesetzt wachsendem Verkehr werde die Neuenstraße so wie so nicht ausreichen und schon aus diesem Grunde müsse man sich für die Vorlage erklären.

Herr Halle will noch hervorheben, daß er nur den Wunsch ausgesprochen habe, ihm Aufklärung darüber zu geben, ob diese ganze Sache im Interesse der Stadt, oder als ein Speculationsgeschäft im Interesse einzelner Anlieger ausgeführt werden solle. Er habe ferner gesagt, daß er sich wohl für das Project erwärmen könne, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß das Geschäft nicht aus Gründen der Speculation, sondern im Interesse der Verbreitung von Lust und Licht in jene Gegend unternommen würde. Wenn ihm hierüber genügender Aufschluß gegeben werden könnte, würde er bereit sein, für die Vorlage zu stimmen. Eine solche Anfrage zu stellen, sei doch wohl jeder Stadtverordnete berechtigt. Der Magistrat und die Mitglieder der Baucommission, zu welcher ja auch Herr Niese gehöre, würden diese Verhältnisse auf jeden Fall genauer kennen, als die übrigen Mitglieder der Versammlung, und deshalb habe er geglaubt, darüber nähere Auskunft erhalten zu können. Im Uebrigen lasse es ihn gleichgültig, wenn einzelne Mitglieder der Versammlung immer wieder mit kleinen Spizen gegen ihn hervortreten, um bei jeder Gelegenheit etwas Gehässiges gegen ihn vorzubringen. Er glaube, nach besten Kräften der Stadt genützt zu haben und werde dieses wohl von Denjenigen bestätigt erhalten, welche der Sache näher stehen.

Nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer noch gebeten hatte, von einer Beschlußfassung über die Eintheilung der Straße für heute abzusehen, weil darüber noch eine besondere Magistratsvorlage erfolge,

wird zur Abstimmung geschritten.

Hierbei genehmigt die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage der Baucommission, nach welchem dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, daß der Magistrat dahin wirken möchte, der Straße eine Breite von 10,50 m zu geben.

## VII. Antrag Koch u. Gen.: Ausbau einer Theilstrecke der Al. Vertramstraße.

Der von den Herren Koch, Wollenweber, Bues und Fiedel unterzeichnete Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, den

Ausbau der Theilstrecke der Kl. Vertramstraße zwischen Vertram- und Kl. Campestraße baldmöglichst ausführen zu lassen.“

Zur Begründung führt Herr Koch aus, daß sich diese Straßenstrecke in einem tieftraurigen Zustande befinde und der Magistrat dieserhalb auch schon mit den Anliegern derselben in Verhandlung getreten sei. Sollten diese Verhandlungen scheitern, so möchte es sich empfehlen, das Expropriationsverfahren einzuleiten, damit den unleidlichen Verhältnissen baldigst ein Ende bereitet werde.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen, und sodann die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 Uhr bis gegen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---

1895/96.

№ 14.

# Be r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. März 1896.

---

#### Tagesordnung:

|                                                                           |   |     |
|---------------------------------------------------------------------------|---|-----|
| I. Ankauf einer Theilfläche an der Brunnenstraße . . . . .                | " | 320 |
| II. Antrag Koch und Gen.: Ausbau eines Theiles der Kl. Vertramstraße. . . | " | 320 |
| III. Der Stadthaushaltsplan für 1896/97 . . . . .                         | " | 320 |
| IV. Gemeinde-Kirchensteuer für 1896/97 . . . . .                          | " | 318 |
| V. Aufnahme eines Vorschußdarlehns . . . . .                              | " | 349 |
| VI. Ausbau der verlängerten Thomaestraße . . . . .                        | " | 349 |
| VII. Anträge, Anfragen und Mittheilungen . . . . .                        | " | 350 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Halle; außerdem fehlen die Herren Bauermeister und Löbbcke. Später erscheinen die Herren Semler, Lord und Kolke.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Herr Stadtrath Haake, um seinen Dank auszusprechen für die in der vorigen vertraulichen Sitzung erfolgte Wiederwahl zum Stadtrathe.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

### **I. Ankauf einer Theilfläche an der Brunnenstraße.**

Von dem an der Brunnenstraße gelegenen Ackerplane des Rentners Bauermeister ist eine 23,40 a große Theilfläche zur Anlage des daselbst im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße projectirten freien Platzes erforderlich und von der Stadt zu erwerben. Da der Eigenthümer der Fläche sich mit einer Entschädigung von 10 M für 1 qm, welcher Preis auch für den benachbarten Plan im Expropriationsverfahren bezahlt worden ist, einverstanden erklärt hat, so ersucht der Magistrat, diesen Preis hier ebenfalls zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.

### **II. Antrag Koch und Gen : Ausbau eines Theiles der Kl. Bertramstraße.**

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 317 des Berichts — ist in der Baucommission vorberathen und berichtet darüber namens derselben Herr Bültmann: Der Eigenthümer des an der Ecke der Bertramstraße und der Kl. Bertramstraße liegenden Grundstücks, Werführer Wiedemann, habe für 1 qm des von ihm zur Straße abzutretenden Terrains 25 M und außerdem für ein niederzulegendes Stallgebäude im Werthe von kaum 200 M sogar 4000 M gefordert, was einer Gesamtentschädigung von rund 9000 M gleichkomme. Außerdem wolle derselbe zur Bedingung machen, daß er an Straßenbaukosten nicht mehr als 40 M für 1 m Frontlänge zu zahlen habe. Allein dieses Stück der Straße würde also schon eine so ungeheure Summe kosten, daß der Magistrat und die Baucommission nicht befürworten könnten, die in Frage kommende Theilstrecke der Kl. Bertramstraße auszubauen. Da die übrigen Anlieger der Straße nur eine Entschädigung von 8 M für 1 qm abzutretenden Terrains gefordert haben, so würde es eine große Ungerechtigkeit sein, hier einen so hohen Betrag zu zahlen und die Kosten den übrigen Anliegern mit aufzudrücken. Außerdem sei auch der Fuhrverkehr in der Straße nicht so bedeutend, um sie nicht noch in dem gegenwärtigen Zustande, welcher allerdings ein würdiger nicht genannt werden könne, zu belassen. Unter Berücksichtigung der außerordentlich hohen Forderungen müßte man es vielmehr der Zeit überlassen, hier einzugreifen, und werde der Versammlung empfohlen, dem Ausbau der Straße nicht näherzutreten.

Herr Koch zieht mit Rücksicht auf diesen Sachverhalt seinen Antrag zurück.

### **III. Der Stadthaushaltsplan für 1896/97.**

Der jedem Mitgliede der Versammlung in einem Druckexemplare überwiesene Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1896/97 ist in der Finanzcommission durchberathen und berichtet namens derselben Herr Fiedel:

In dem Schreiben, welches der Magistrat dem Haushaltsplane beigegeben habe, seien in dankenswerthester Weise über einzelne Punkte eingehende Erläuterungen gegeben, welche nicht nur zur Aufklärung dienen, sondern auch die Beurtheilung der gesammten Finanzlage der Stadt wesentlich erleichtern. Wenn nun auch der Etat mit der peinlichsten Genauigkeit aufgestellt und jede nicht nothwendige Ausgabe streng vermieden sei, so habe die Finanzcommission doch geglaubt, von vornherein an den Etat mit der Absicht herantreten zu sollen, möglichst noch weitere Ersparnisse zu machen, um dadurch die Möglichkeit näher zu rücken, den Fehlbetrag, für welchen Deckung noch nicht vorhanden sei, zu verringern und von der indirecten Steuer in diesem Jahre noch befreit zu bleiben. Die Commission werde deshalb einige Abstriche vorschlagen und damit in einen Gegensatz zu früheren Jahren treten, in welchen die Finanzcommission mit der Versammlung gern bereit gewesen sei, den Magistrat zu etwas vergrößerten Ausgaben zu veranlassen. Der Herr Oberbürgermeister habe ihn auch ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß über die Deckung des Fehlbetrages erst dann in Verhandlung getreten werden solle, wenn der Executionsetat für 1895/96 fertiggestellt sein werde, was etwa in zwei Monaten der Fall sein könne, um festzustellen, wie groß sich thatächlich der Fehlbetrag aus dem abgelaufenen Jahre, der mit 30000 M. eingesetzt sei, belaufe. Die Finanzcommission habe nicht die Absicht, die von ihr beantragten Abstriche in ihren Einzelheiten zu erörtern, sie werde vielmehr nur vorschlagen, bei einzelnen Sammelposten Abzüge zu machen und es dann dem Magistrate überlassen, zu entscheiden, bei welchen einzelnen Punkten des Capitels ohne schwere Bedenken diese Streichungen vorgenommen werden können.

## 1. Etat der Cämmereicasse.

### A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

#### Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 151459,<sup>54</sup> M.      Ausgabe 547092,<sup>67</sup> M.

Herr Löschigt möchte den Magistrat bitten, zu veranlassen, daß die Wartehalle auf dem Kohlmarke ihrem Zwecke besser diene. Wenn man dort namentlich im Winter den Geruch von einem Gasföcher einathmen müsse, so würden viele Damen vorziehen, auf den Pferdebahnwagen vor der Halle zu warten, auch sei es der Stadt und des Plazes nicht würdig, wenn an einem Fenster der Halle Saucisckenwürste und dergl. Sachen ausgehängt würden.

Zu Seite 15 des Haushaltsplanes hat Herr Födel zu bemerken, daß die Finanzcommission in Erwägung genommen habe, ob man die Verzinsung der zu außerordentlichen Zwecken anzuleihenden Capitalien in ihrem Ansahe nicht etwas ermäßigen könnte. Da indessen schon eine Vorlage auf Anleihe von 500000 M. zu

einem ermäßigten Zinsfuße eingegangen sei, so werde darauf verzichtet, einen solchen Antrag zu stellen. Dagegen beantrage sie, von dem Cap. I im Ganzen auf Gebäude und unbebaute Grundstücke 1000 M in Abſatz zu bringen.

Dieser Antrag wird genehmigt.

Cap. II. wird vorläufig unausgefüllt geführt.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 392584,20 M. Ausgabe 1057234,20 M.

Die Abstimmung über dieses Sammelcapitel wird nach der Durchberathung der Specialetats vorgenommen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —. Ausgabe 11162,65 M.

Die Finanzcommission schlägt hierzu vor, bei dem Punkte 2: „Sachliche Ausgaben zur Unterhaltung und Vermehrung des Archivs und der Bibliothek“ 700 M und bei dem folgenden Punkte: „Zur Unterhaltung und Vermehrung der Sammlungen des Museums“ 800 M abzustreichen, so daß sich die Gesamtausgabe dieses Capitels um 1500 M vermindere. Wenn sich die Commission auch vollständig bewußt sei, daß dieses Capitel schon jetzt außerordentlich gering dotirt sei, so glaube sie doch, daß auch hier etwas geschehen könne, um den augenblicklich schwachen Finanzverhältnissen der Stadt Rechnung zu tragen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte namens des Magistrats wiederholen, was er schon als seine persönliche Ansicht ausgesprochen habe, daß der Magistrat die von der Finanzcommission in Vorschlag gebrachten und noch zu bringenden Abstriche genehm halten wolle, obgleich er dieselben nicht für rationell erachten könne, insofern, als Dasjenige, was man hier bei einzelnen Sammelposten in dem bevorstehenden Jahre ersparen wolle, in dem nächstfolgenden Etat entsprechend erhöht wieder erscheinen müsse. Die laufenden Ausgaben für Reparaturen an größeren Gebäuden der Stadt erscheinen alle Jahre, und werde, wenn einmal ein Posten auf ein Jahr zurückgeschoben werden müsse, die Folge sein, daß man bei dem nächsten Etat mit um so größeren Ausgaben zu rechnen habe. Was nun den hier speciell zur Berathung stehenden Punkt anlange, so sei von Seiten der betreffenden Verwaltung versäumt worden, darauf hinzuweisen, daß für 1896/97 noch eine Rate von 1500—1800 M für den Druck des zweiten Theiles des Urkundenbuches eingestellt werden müsse. Da die Vorarbeiten bezüglich der Herausgabe des Urkundenbuches schon so weit gediehen seien, um nothwendigerweise mit einer Forderung für den Druck an die Versammlung herantreten zu müssen, so könnten die hier zur Streichung beantragten Summen wenigstens als dritte Rate für den Druck des Urkundenbuches verwendet werden.

Herr Föbel bemerkt, daß sich die Finanzcommission voll bewußt sei, es werde Manches, was in diesem Jahre abgesetzt werde, im nächsten Jahre wiederkommen, jedoch habe sie sich der Hoffnung hingegeben, daß in verschiedenen Fällen sich auch mit geringeren Mitteln dasselbe leisten lassen werde, so namentlich bei den Aufwendungen für Schulbauten. Aus diesem Grunde wollte man sich von allen Einzelheiten fern halten und dem Magistrate überlassen, anzuordnen, wo Ersparnisse gemacht werden könnten.

Herr Blasius will gern anerkennen, daß die Finanzcommission das ernste Bestreben zeige, zu sparen, jedoch müsse man hierbei recht vorsichtig zu Werke gehen, damit auch am rechten Flecke gespart werde. Für Kunst und Wissenschaft werde aber von der Stadt schon so wenig ausgegeben, daß er bitten müsse, diesen Antrag der Finanzcommission abzulehnen.

Herr Engelbrecht schließt sich diesem Wunsche an. Die Verwaltung könne sich mit den bewilligten Mitteln schon jetzt kaum rühren und es werde bei der Genehmigung der Abstriche beispielsweise auch die Leiste'sche Sammlung nicht in die städtischen Sammlungen eingereiht werden können.

Herr Hauswaldt muß es für ganz angezeigt erachten, wenn in einem schlechten Finanzjahre einmal von einer Vermehrung der Bibliothek und des Archivs abgesehen werde. Die Stadt gleiche einem Haushalter, der bestrebt sei, über schlechte Jahre wegzukommen, indem er alle nicht nothwendigen Ausgaben vermeide. Darum solle nicht an den Ausgaben für Unterhaltung, wohl aber für Vermehrung der Bibliothek und des Archivs gespart werden. Wenn man das Deficit nicht auf solche Weise herunterdrücken könne, so drohe die indirecte Steuer ganz unzweifelhaft, und finde er nichts dabei, daß man hier ebenfalls sparen wolle.

Herr Günther möchte sich gegen die Streichung auch nur einer Mark bei diesem Capitel wenden, da in Braunschweig nicht zu viel für Kunst und Wissenschaft ausgegeben werde. Würde dieser Antrag von seiner Seite gekommen sein, hätte man jedenfalls eingeworfen, daß die Socialdemokraten keinen Sinn für Kunst und Wissenschaft besäßen. Bei anderen Capiteln werde er schon Streichungen beantragen.

Herr Uhde kann nicht finden, daß die Stadt bei einer Durchschnittsausgabe von 8  $\mathcal{M}$  pro Kopf der Bevölkerung selbst in bedrängten Zeiten zu viel für Kunst und Wissenschaft aufwende. Eine Ersparniß an diesen Ausgaben grenze an Auauferei und Knickerei. Die für den Kunstverein ausgeworfenen 900  $\mathcal{M}$  zur Vermehrung der Sammlungen von Kunstwerken der Neuzeit beruhten auf einem alten Uebereinkommen mit diesem Vereine und würde sich derselbe hüten, Bilder für die Stadt anzukaufen, wenn diese auch nichts für ihn thue. Bei den übrigen Ausgaben gehe es ziemlich ebenso. Er ersuche daher dringend, hier keinen Pfennig abzusetzen.

Herr Nieß bittet ebenfalls, diesen Posten unverkürzt zu bewilligen, da er nicht finden könne, daß die Steuerkraft der Bürger durch ein Herabdrücken von Kunst und Wissenschaft gehoben werde.

Herr Lange erklärt sich ebenfalls gegen ein Sparen bei diesem Capitel. Lieber könne man von dem für die Markthalle eingestellten Betrage von 300 000 M etwas absetzen. (Rufe: Außerordentlicher Etat.) Es sei ihm ganz egal, ob an den ordentlichen oder außerordentlichen Ausgaben gespart werde. Wenn der Bau der Markthalle so langsam fortschreite wie bisher, so brauche man die veranschlagte Summe für das nächste Finanzjahr gar nicht und könne davon ruhig 60 000 M abstreichen. Auch an den Straßenbauten ließen sich Abstriche vornehmen, so z. B. würden für den Ausbau des Hopfengartens 60 000 M statt 80 000 M genügen.

Herr F ü d e l erwidert, daß Abstriche am außerordentlichen Etat nichts nützen könnten, weil es sich bei diesem nur um solche Summen handle, die durch Anleihen zu decken seien, deren Zinsen der ordentliche Etat zu tragen habe. Der ganze ordentliche Etat setze sich aber aus einer Unzahl kleinerer Summen zusammen, so daß, wenn überhaupt gespart werden solle, dieses im Kleinen geschehen müsse. An Zinsen, Amortisationen und Gehältern lasse sich nichts sparen; es könnten mithin nur die übrigen Ausgaben eingeschränkt werden.

Der Antrag der Finanzcommission, 1500 M an den Ausgaben des Cap. IV zu streichen, wird darauf abgelehnt und dieses Capitel dem Magistratsvorschlage entsprechend festgestellt.

#### Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 136 100 M.

Ausgabe 362 700 M.

Die Feststellung dieses Capitels erfolgt nach der Erledigung des betr. Special-etats.

#### Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 2500 M.

Ausgabe 4650 M.

#### Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M.

Ausgabe 2057,17 M.

Herr G ü n t h e r ist der Meinung, daß sich hier Gelegenheit zum Sparen biete. Der Zuschuß aus der Cämmereicasse zum Unterhalte des Schützenwesens im Betrage von 462,50 M solle allerdings auf Grund eines verbrieften Rechtes zu zahlen sein, aber der Beitrag zu den Kosten der Musik beim Königsschießen in Höhe von 78 M lasse sich bestimmt ersparen. Außerdem könne man mit leichtem Herzen den Zuschuß von 600 M zu den Kosten der Feier des Sedantages abstreichen, da man nach 25 Jahren des Guten genug sein lassen könne. Bezüglich der Subventionirung des Männerturnvereins durch einen Betrag von 300 M wolle er einen Antrag auf



Streichung nicht stellen, obgleich sich wohl annehmen lasse, daß auch dieser Verein jetzt auf eigenen Füßen stehen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf aufmerksam machen, daß der Zuschuß zur Unterhaltung des Schützenwesens sich auf eine gesetzliche, bzw. eine auf Staatsvertrag beruhende Verpflichtung stütze, und die Versammlung demnach nur ein formales Bewilligungsrecht besitze. Höchstens könne der Zuschuß von 78 M zur Musik abgesetzt werden.

Herr Günther zieht darauf seinen das Schützenwesen betreffenden Antrag zurück.

Der Antrag Günther, den Zuschuß von 600 M zu den Kosten der Feier des Sedantages zu streichen, wird abgelehnt und sodann das Cap. VII bewilligt.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

#### Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 23016,25 M.

Ausgabe 72460,00 M.

Auf Seite 37 unter 9 wird gebeten, für „Anschaffung neuer Geräthe“ zu setzen „Ersatz von Geräthen“. Von der Einstellung eines Betrages für Beschaffung einer Dampfspritze habe man noch Abstand genommen, da ein erheblicher Zuschuß zu diesen Kosten in Aussicht gestellt sei.

Herr Rieke will anregen, ob die Feuerversicherungs Gesellschaften mit Rücksicht auf die bedeutenden Sicherheitseinrichtungen der Stadt nicht einen größeren Zuschuß zu den Kosten des Feuerlöschwesens zahlen könnten.

Herr Meyerhoff bemerkt, daß er schon im vorigen Jahre ersucht habe, die Verwaltung der Landesbrandversicherung zu einem höheren Zuschusse zu veranlassen, und dieses Ersuchen jetzt wiederhole. Der Herr Oberbürgermeister habe auf bezügliche Anfrage erwidert, daß das Ergebnis der Brandschäden des abgelaufenen Jahres noch nicht feststehe, jedoch seien diese Zahlen nunmehr veröffentlicht worden. Hier- nach habe die Landesbrandcasse in der hiesigen Stadt einen Schaden von 3000 M, gegenüber einigen ländlichen Bezirken mit 150000 M, zu tragen gehabt. Unter solchen Verhältnissen sei es nicht zu viel verlangt, wenn der Magistrat ersucht werde, bei der Landesbrandversicherungsanstalt wegen Bewilligung eines höheren Zuschusses vorstellig zu werden, da die jetzige Beihilfe nur als ein Almosen angesehen werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels will wiederholen, daß die Regierung mit der Landesversammlung vereinbart habe, von den Ueberschüssen der Landesbrandversicherungsanstalt einen gewissen, ziemlich minimalen Procentatz zur Unterstützung der Gemeinden behufs solcher Leistungen im Feuerlöschwesen zu verwenden, welche über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehen. Obgleich er nicht wisse, wie sich der Abschluß der Landesbrandversicherung bezüglich dieses Ueberschusses gestalte, so habe er in den Etat doch einen Zuschuß von 6000 M mit Rücksicht darauf eingestellt, daß

im laufenden Jahre 5000 M bewilligt seien und im nächsten Jahre noch mehr Aufwendungen dieser Art gemacht werden würden. Natürlicherweise würde der Magistrat die Gesamtaufwendungen dem Herzoglichen Staats-Ministerium mittheilen und dasselbe bei der Gelegenheit ersuchen, der Stadt einen möglichst hohen Zuschuß zu bewilligen.

Herr Rieß hält es für notorisch, daß der ganze Reservefonds der Landesbrandcasse im Betrage von ca. 3 Millionen Mark sich zusammensetze aus den Ueberschüssen der Brandcassenbeiträge aus der Stadt Braunschweig, da die kleinen Städte und die Dörfer ihre Beiträge selbst verbraucht hätten.

Herr Meyerhoff hat diese Angelegenheit hier deshalb zur Sprache gebracht, weil auf eine Eingabe des Grundbesitzervereins wegen Ermäßigung der Prämien für die städtischen Grundstücke von der Landesbrandversicherung erwidert sei, daß sich dieses nicht machen ließe. Mit einem ferneren Antrage, für die Stadt Braunschweig einen eigenen Brandversicherungsbezirk zu bilden und demselben den betr. Theil der Reserve zu überweisen, wie das in Sachsen und Bayern geschehe, sei der Verein auch nicht durchgedrungen, jedoch habe man ihm gesagt, daß für das Feuerlöschwesen der Stadt größere Aufwendungen gemacht werden sollten. Da die Stadt nur 3000 M an Brandentschädigung gekostet habe, so sei es wirklich unerhört, ihr nur 6000 M Zuschuß anzubieten. Richtig würde es sein, der Stadt einen gewissen Procentsatz von den eingezahlten Prämien zurückzuerstatten.

Herr Südel möchte beantragen, den Magistrat zu ersuchen, Alles anzubieten, um den Zuschuß der Landesbrandversicherung für die künftigen Jahre möglichst zu erhöhen.

Herr Rieke will noch hervorheben, daß es sich die Landesbrandversicherung sehr leicht gemacht habe, als von ihr in den 80er Jahren angeordnet sei, jeden alten Schornstein, der auf Seiten- oder Schleifhölzern ruhe, bis 1890 zu beseitigen. Nachher sei man aber anderer Ansicht geworden, als man gemerkt habe, daß durch solche Maßnahmen viele Hauseigenthümer von ihren Grundstücken vertrieben werden würden. Wenn nun auf der einen Seite die Landesbrandcasse es sich so leicht mache und sie andererseits von der Stadt nicht in Anspruch genommen werde, so liege auch ihrerseits eine größere Verpflichtung vor, der Stadt entgegenzukommen.

Der Antrag des Herrn Südel, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Stadt ein angemessen hoher Betrag als Zuschuß für das Feuerlöschwesen gewährt werde, wird hierauf angenommen.

#### Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 35 887,55 M.      Ausgabe 354 416,52 M.

Auf die Anfrage des Herrn Löschigt, ob die Bahnhofstraße bis zur Fabrikstraße von Nachtwächtern begangen werde, erwidert

Herr Oberbürgermeister Bockels, daß sich solches nur auf dem Magistratsbureau nachweisen lasse und er die einzelnen Nachtwächterbegänge nicht im Kopfe habe.

Herr Löschig bittet, Vorkehrungen zu treffen, daß diese Straßenstrecke ebenfalls den Schutz des Nachtwachdienstes erhalte, sofern sie nicht schon von Nachtwächtern begangen werde. Es hätten dort Einbrüche stattgefunden und habe sich in Folge dessen ein Anlieger schon einen großen Hund anschaffen müssen.

Herr Oberbürgermeister Bockels sagt eine Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Auf die Bemerkung des Herrn Rathe, daß es ihm sehr hoch erscheine, wenn für die Wartung und Unterhaltung jeder Thurmuhre 300 M bezahlt würde, entgegnet

Herr Bürgermeister Kete meyer, daß die Summe contractlich festgelegt sei.

Herr Wolff möchte bitten, zu veranlassen, daß die Candelaber vor dem Herzogl. Hoftheater auch mit Auerlicht versehen würden, da es einen traurigen Anblick gewähre, wenn man von dem so schön beleuchteten Steinwege aus diese klägliche Beleuchtung vor dem Hoftheater sehe.

Herr Stadtrath Haake bemerkt dazu, daß für bessere Beleuchtung der Straßen 30000 M eingestellt seien und demnach verschiedene Verbesserungen eintreten würden.

Herr Wollenweber fragt an, ob die von ihm schon früher angeregte Frage der besseren Beleuchtung der Ecke von der Ritterstraße und dem Delschlagern geprüft sei.

Herr Stadtrath Haake kann diese Frage bejahen. Da indessen die Sache nicht so dringend erschienen sei, habe man bisher Abstand genommen, eine Besserung eintreten zu lassen; jedoch solle die Frage einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

#### Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 129380 M.

Ausgabe 214300 M.

Herr Fudel bittet namens der Finanzcommission, von diesem Capitel 6000 M abzugeben. Es könne dieses geschehen, weil verschiedene stark befahrene Straßen, welche jetzt ganz außerordentlich hohe Unterhaltungskosten verursachen, zweckmäßig in allernächster Zeit zu pflastern seien und dadurch sich in Folge geringerer Unterhaltungskosten etwas sparen lasse. Außerdem würde es der Straßenbauverwaltung wohl möglich sein, bei diesem Capitel ohne Schädigung etwas zu ersparen. Vielleicht brauche auch ein Theil der Bänke noch nicht angeschafft zu werden, deren Beschaffung in Aussicht genommen sei.

Herr Blasius möchte beantragen, diese 6000 M nicht abzustreichen, weil er den Zustand der städtischen Straßen nicht für so ausgezeichnet halten könne, um hieran sparen zu dürfen und im folgenden Jahre dann das Doppelte oder noch mehr dafür aufwenden zu müssen. Auch solle man den Magistrat nicht ermuntern, von

den in Aussicht genommenen Bänken nur einen Theil zu beschaffen, da es im Interesse von älteren und müden Leuten nothwendig sei, recht viele Bänke aufzustellen, wie man sie in jeder größeren Stadt finde.

Herr Löschigt möchte Aufschluß haben, wie es sich erkläre, daß nach dem Etat auf 1 M Rohmaterial ein Fuhrlohn von 40  $\mathcal{L}$  (22 800,30 : 57 292,07) ent-falle.

Herr Fudel will noch besonders hervorheben, daß der Stadtbaumeister Menadier erklärt habe, es ließen sich ohne irgend welche Schädigung an diesem Capitel 4000 bis 5000 M ersparen, weil Manches darin stehe, was nicht absolut nothwendig sei.

Herr Wollenweber möchte bitten, auch die kleineren Straßen mit zu be-rückichtigen.

Herr Meyerhoff ersucht, im Falle der Genehmigung des Antrages der Finanz-commission, wenigstens nichts an den Ausgaben für Bänke zu sparen, so daß also der Beschluß dahin gefaßt würde, 6000 M abzusetzen, aber unbeschadet der Be-schaffung von Bänken.

Herr Schmidt giebt anheim, Bänke nur da hinzustellen, wo gegenüber keine Häuser stehen, weil die Plätze der Bänke wahre Schmutzstellen seien, indem dort die Kinder abgehalten und Papierschnitzel hingeworfen würden, die Kinder auch den Leuten Sand in die Häuser würfen. Wenn Herr Blasius so dafür schwärme, möchte man ihm nur eine Bank vor das Haus setzen (Auf: Ist schon der Fall), dann noch eine. (Heiterkeit.)

Herr Günther muß sich gegen die Streichung des Postens erklären, und namentlich bitten, die Beschaffung neuer Bänke nicht zu verabsäumen, da die von Herrn Schmidt angeführten Gründe ihm nicht stichhaltig erschienen. Man müsse sparen, aber nicht am unrechten Orte. So z. B. könnte man sparen, wenn man für den Reportertisch im Sitzungs-saale Auerlicht einrichtete. Auf seine frühere, den Hasen-winkel betreffende Anfrage habe Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, daß die Interessenten verpflichtet sein sollen, die Straße zurecht zu machen; bis jetzt sei aber in der Sache noch nichts geschehen, weshalb er bitte, die Interessentschaft mit An-weisung zu versehen. Ebenso erliche er, die Capellenstraße, welche sich in einem sehr traurigen Zustande befinde, in Stand zu setzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte Herrn Löschigt gegenüber bemerken, daß der Aufwand an Pferdearbeitslöhnen nicht zu hoch bemessen sei, da die Abfuhr des Schlammes von den Straßen und Wegen, soweit sie nicht unentgeltlich geschehe, mit 20  $\mathcal{L}$  für das laufende Meter bezahlt werde.

Herr Bührmann vermißt in dem Etat einen Kostenbetrag für die Herstellung der Cellerstraße. Im vorigen Jahre sei ihm gesagt worden, daß man hierzu schreiten würde, sobald der Landtag die Genehmigung zur Uebernahme der Staatsstraßen ausgesprochen habe, was inzwischen aber geschehen sei. Bei einer so nothwendigen

Sache hätten müssen die Pläne schon vor der Genehmigung des Landtages fertiggestellt sein, damit nach der Genehmigung die Ausführung derselben sofort hätte beginnen können. Im letzten Winter seien die Uebelstände wegen der gelinden Witterung nicht so schroff hervorgetreten, sonst würden die Anwohner wohl noch mehr geklagt haben. Die Instandsetzung des Weges nach dem Pawel'schen Holze finde er in dem Etat ebenfalls nicht vorgesehen. Wenn auch von der Feldmarksdeputation der Wunsch ausgesprochen sei, daß es ihr gelingen würde, einen näheren Weg zum Holze zu bekommen, so könne man doch wohl annehmen, daß so viele Anliegerinteressenten sich schlecht unter einen Hut bringen lassen. Beinahe gewinne es den Anschein, als ob dieser Einwurf dem Magistrate recht angenehm gewesen wäre, um in Folge dessen die Instandsetzung des Weges nicht mit in den Etat bringen zu brauchen. Auch in der Mäischstraße müßten nun endlich Bordquader angebracht werden, um dort Unglücksfälle zu verhüten. Wenn in dem Etat für die Bodestraße 52500 M ausgeworfen werden, so meine er, daß an die nahe bei den Thoren gelegenen Straßen immer zuerst gedacht werden müßte. Für die Cellerstraße, deren Miethpreise in Folge der schlechten Verhältnisse außerordentlich niedrig seien, müßte entschieden recht bald etwas geschehen.

Herr Rathe möchte Herrn Günther bezüglich des Hasenwinkels erwidern, daß sich die Leute dort einfach an die Feldwege angebaut haben. Auch dürften die Anlieger weniger Schutt und Bodasche auf den Weg schütten, wenn sie solchen nicht unpässirbar machen wollen. Dazu komme noch, daß der Wendenring einen Theil seines Wassers durch den Hasenwinkel führe. Die Interessentschaft thue dort, was ihr möglich sei, jedoch würden es immer und ewig Feldwege bleiben. Außerdem gebe es Stadtwege, wie den Weg am kl. Exercierplatze entlang, welche sich in einem viel schlechteren Zustande befinden, obwohl dessen Anwohner nicht so rücksichtslos seien, wie die des Hasenwinkels.

Herr Weber muß auch bedauern, daß die Cellerstraße nicht im Etat vorgesehen sei, zumal die Anwohner sich schon seit Jahren bereit erklärt haben, das Terrain vor ihren Gärten der Stadt zu überweisen. Es würde deshalb wohl angebracht gewesen sein, hier endlich etwas zu thun, um die schreienden Mißstände zu beseitigen, da die Anwohner ebenso gut wie die übrigen hiesigen Einwohner ihre Steuern bezahlen müssen. Er möchte beantragen, die Cellerstraße noch mit in den Etat aufzunehmen.

Herr Bues will wiederholt dringend bitten, den Fußweg an der östlichen Seite der Wolfenbüttlerstraße in solchen Zustand zu versetzen, daß derselbe wenigstens pässirbar sei. Eine solche Instandsetzung sei dringend nothwendig und würde auch nicht zu hohe Mittel in Anspruch nehmen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will auf die verschiedenen Wünsche und Beschwerden Folgendes erwidern: Was zunächst den Hasenwinkel betreffe, so habe sich

die Verwaltungsdeputation auf die vom Magistrate erlassene Verfügung noch nicht geäußert. Seiner Ansicht nach müßte dieser Weg ausgebessert werden, da man nicht sagen könne, es handle sich hier lediglich um einen Feldweg. Die Interessentschaft sei gezwungen, ihre Wege einigermaßen im Stande zu erhalten und der Magistrat würde die nöthige Befestigung derselben auf Kosten der Interessentschaft vornehmen lassen, wenn diese sich weigere, das zu thun. Bei der Celler- und der Wolfenbüttlerstraße erkenne er das Bedürfniß ihrer Instandsetzung an, jedoch habe die finanzielle Lage der Stadt den Magistrat veranlaßt, den Ausbau derselben noch hinauszuschieben. Die Stadt müsse nämlich wegen der großen Breite dieser Straßen zu deren Ausbau auch einem Beitrag leisten. Dazu komme, daß die Stadt den Anliegern theilweise große Zahlungsfristen zu gewähren habe, und dadurch erhebliche Zinsverluste erleide. Bezüglich der Koffstraße nach dem Pawel'schen Holze zu habe sich der Magistrat auch entschieden, die erforderlichen 22000 M vorläufig nicht zu bewilligen, weil die Anlieger hierzu doch nichts zu zahlen haben würden. In der Maschstraße aber müßte ein noch gutes Haus beseitigt werden, was viel Geld kosten würde, ohne daß der Verkehr dort solche Opfer erfordern dürfte.

Herr Günther ist der Meinung, daß der schlechte Zustand verschiedener Wege vom Sparen zu unrechter Zeit komme. Die Anwohner des Hasenwinkels seien jedenfalls nicht allein an den schlechten Wegeverhältnissen desselben schuld, denn er habe dort keinen Schutt vorgefunden. Wenn die Fahrbahn nicht ordentlich herzustellen sei, so solle man wenigstens den Fußweg in Stand setzen, damit man auf demselben nicht Hals und Beine brechen könnte. Mit der Capellenstraße stehe es ebenso schlecht.

Herr Bürgermeister Kete Meyer möchte bezüglich der Capellenstraße noch bemerken, daß der Magistrat mit einem Unternehmer einen Vertrag abgeschlossen habe, welchen derselbe wegen unglücklicher Verhältnisse nicht habe ausführen können, so daß er dem Magistrate die hinterlegte Caution zur Verfügung gestellt habe. Es seien dann Verhandlungen mit verschiedenen anderen Unternehmern gepflogen und hoffe er, daß noch ein Vertrag zu Stande komme. Jedenfalls liege aber kein Grund vor, die Straße auf Kosten der Stadt auszubauen, zumal da an der Straße nur ein Haus stehe, welches seinen Zugang von derselben aus habe, und Durchgangsverkehr nicht vorhanden sei. Die Stadt könnte demnach nicht verpflichtet werden, die Straße auszubauen.

Herr Lange vermißt den schon im vorigen Jahre eingestellt gewesenenen Betrag für die Juliusstraße auf der Strecke von der Luifenstraße bis zur Frankfurterstraße. Den Ausbau dieser Strecke halte er für dringend nothwendig und meine er, daß derselbe nothwendiger sei, als der Ausbau des Hopfengartens, für welchen 80700 M in den Etat eingestellt seien. Zuerst solle man doch diejenigen Straßen in Stand setzen, deren Ausbau schon früher als nothwendig anerkannt sei und dessen Dring-

lichkeit nicht in Abrede gestellt werden könne. Es handle sich hier um eine voll bebaute Straße, welche die Kinder von der Frankfurter-, der Kramer- und der Weststraße auf dem Wege nach der Schule an der Sophien-, Luise- und Sidonienstraße passiren müssen. Eine derartige Straße solle man aber eher berücksichtigen, als den Hopfengarten und die Bodestraße.

Herr Bürgermeister Netemeyer bemerkt, daß auch diese Strecke wegen der Noth der Stadt gestrichen sei. Wenn er auch zugeben wolle, daß die Verbreiterung der Juliusstraße auf der betr. Strecke wünschenswerth erscheine, so seien doch die Zustände am Hopfengarten viel schlimmer. Bei der Juliusstraße handle es sich um eine befestigte Straße, aber der Hopfengarten sei absolut kein befestigter Weg.

Herr Bues meint, daß der Schwager und die Schwägerin des betr. Unternehmers die Garantie für Ausführung des Vertrages wegen Ausbaues der Capellenstraße übernommen haben und diese doch zahlungsfähig seien. Im Uebrigen glaube er, daß noch so viele Mittel vorhanden seien, um den entsetzlichen Zustand der Capellenstraße zu bessern.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß die Schwägerin Krohne's sich geweigert habe, eine Verpflichtung zu übernehmen. Da in der Versammlung immer Wünsche auf Ausbau von Straßen laut würden, so möchte er bitten, in dieser Richtung bestimmte Anträge zu stellen, sonst hätte es der Magistrat immer nur mit den Wünschen einzelner Stadtverordneten zu thun.

Herr Lange beantragt, von dem für den Ausbau des Hopfengartens bestimmten Betrage einen Theil abzusehen und dafür einen ferneren Theil der Juliusstraße auszubauen.

Der Herr Vorsitzende will bemerken, daß diese ganze Besprechung eigentlich zu dem außerordentlichen Etat gehöre.

Herr Rathe muß sein Befremden darüber ausdrücken, daß von dem Vorsitzenden der Feldmarkzinteressentenschaft noch keine Antwort bei dem Magistrate eingegangen sein solle, da der Vorsitzende schon seit 8 Wochen damit betraut sei. Wenn der Hasenwinkel, der z. B. in Ordnung gebracht werde, sich in einem so schlechten Zustande befinde, so sei die Stadt selbst daran Schuld, weil sie an einem unbefestigten Wege ein Wohnhaus zu der Pumpstation errichtet und Alles zu Grund und Boden gefahren habe.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über Cap. X. Der Antrag Meyerhoff, an diesem Capitel 6000 M zu streichen, jedoch unbeschadet der Aufstellung von Bänken, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag der Finanzcommission auf Streichung von 6000 M; wogegen die Magistratsvorlage zur Annahme gelangt.

#### Cap. XI. Gemeindesteuern:

Einnahme 1832 400,00 M. Ausgabe 6400 M.

Die Beschlußfassung wird am Ende der Etatsberathung erfolgen.

### Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 177 720,00 M.      Ausgabe 40 647,44 M.

Herr Koch will anregen, die mit 66 M. eingestellten Reisekosten und Diäten für die Civilmitglieder der Militair-Erfag-Commission zu streichen, da solche Reisen nicht mehr vorkämen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, den Betrag stehen zu lassen, wenn derselbe auch nicht mehr zur Zahlung gelange.

### Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 29 375,00 M.      Ausgabe 234 828,62 M.

Herr F ü d e l beantragt namens der Finanzcommission, die der Stadt zu zahlende Verwaltungsgebühr des Schlachthauses von 3000 M. auf 5000 M. zu erhöhen, da dieses Unternehmen sehr wohl in der Lage sei, eine höhere Gebühr zu zahlen.

Der Antrag wird angenommen.

Ferner beantragt die Finanzcommission, bei dem Punkte „Drucksachen“ 1500 M. zu streichen mit Rücksicht darauf, daß die Berichte über die Stadtverordnetenversammlungen nicht mehr den Braunschweigischen Anzeigen beigegeben werden möchten, sondern in Zukunft nur eine beschränkte Zahl davon gedruckt werde und zwar für die Stadtverordneten und für diejenigen Bürger, welche sich besonders für diese Verhandlungen interessiren. Zu gleicher Zeit sei auch erwähnt worden, ob es nicht wünschenswerth erscheine, von dem Druck der Wählerlisten für die Stadtverordneten, wahlen in Zukunft abzusehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt dazu, daß bei Annahme des Antrages auf Streichung von 1500 M. der Magistrat eine entsprechende Aenderung des Verwaltungstatuts herbeiführen würde.

Herr G ü n t h e r ist auch der Meinung, daß die 1500 M. gestrichen werden könnten, da die den Braunschweigischen Anzeigen beigegebenen Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten doch wohl nicht viel gelesen würden. Er wünsche indessen, daß die Berichte nach wie vor gedruckt und für die Bürgerschaft zum Abholen bereit gehalten würden. Dagegen könne er sich nicht damit einverstanden erklären, den Druck der Wählerlisten fortfallen zu lassen, weil dieselben einen anderen Werth haben, wenn sie auch nicht die absolute Sicherheit bieten, daß sie richtig und vollständig seien. Gerechtfertigt erscheine es ihm aber nicht, die Wählerlisten nur den Braunschweigischen Anzeigen beizulegen; es wäre vielmehr angezeigt, sie allen hiesigen Zeitungen beizugeben.

Herr B ü h r m a n n möchte die Beibehaltung des Drucks der Wählerlisten auch empfehlen, da sonst noch mehr Verwirrung bei den Wahlen vorkommen würde.

Der Antrag der Finanzcommission, von dem Ausgabeposten für Drucksachen 1500 M. zu streichen und dafür die Beigabe der Sitzungsberichte zu den Braunschweigischen Anzeigen fortfallen zu lassen, wird genehmigt. Auch wird nach einem



weiteren Beschlüsse der Versammlung der Magistrat ersucht, in Zukunft von dem Druck der Wählerlisten, welcher nach der Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters 1100–1200 M kostet, abzusehen.

**Cap. XIV. Insgemein:**

Einnahme 88 444,99 M.      Ausgabe 80 284,93 M.

**Abchluß:**

Einnahme und Ausgabe 2 750 800 M.

## **2. Etats der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.**

### **I. Städtisches Rieselgut Steinhof:**

Einnahme 90 400 M.      Ausgabe 118 400 M.

#### **Anhang: Betriebsplan der Wasserpumpstation:**

Einnahme und Ausgabe 25 270 M.      Fehlbetrag 24 670 M.

Herr Fiedel bemerkt, daß dieser Etat nur auf ungefährender Schätzung beruhe, da Erfahrungen noch nicht vorliegen können.

### **II. Städtische Ober-Realsschule:**

Einnahme und Ausgabe 100 920 M.      Fehlsomme 47 600 M.

Hierbei sind 420 ortsangehörige und 50 auswärtige Schüler angenommen.

Der Antrag der Finanzcommission, an den Aufwendungen für die Gebäude 600 M in Abzug zu bringen, wird genehmigt.

### **III. Städtische höhere Mädchenschule:**

Einnahme und Ausgabe 92 260 M.      Fehlsomme 26 000 M.

Der Berechnung des Schulgeldes sind 625 ortsangehörige und 15 ortsfremde Kinder zu Grunde gelegt.

An der Summe für Aufwendungen auf die Gebäude und für das Mobilien werden auf Antrag der Finanzcommission 500 M abgesetzt.

### **IV. Städtische Mädchenschule:**

Einnahme und Ausgabe 62 685,20 M.      Fehlsomme 26 300 M.

Angenommen sind bei der Veranschlagung des Schulgeldes 515 ortsangehörige und 15 ortsfremde Kinder.

### **V. Lehrerinnen-Seminar:**

Einnahme und Ausgabe 5600 M.      Fehlsomme 4400 M,

welche je zur Hälfte aus der Klosterreinertragscasse und der Cämmereicasse getragen wird.

### **VI. Bürgerichulen:**

Einnahme und Ausgabe 748 769 M.      Fehlsomme 618 600 M.

Zur Deckung der Fehlsomme werden Zuschüsse geleistet:

|                                             |            |
|---------------------------------------------|------------|
| aus der Herzogl. Hauptfinanzcasse . . . . . | 34 000 M   |
| " " Klosterreinertragscasse . . . . .       | 25 000 "   |
| " " Casse der Abgabe für Hunde . . . . .    | 4 400 "    |
| " " Cämmereicasse . . . . .                 | 555 200 "  |
| <hr/>                                       |            |
| zusammen                                    | 618 600 M. |

Das Gehalt des Lehrers Kappes I muß um 200 M erhöht werden, da demselben eine Alterszulage zusteht. Zur Ausgleichung wird die Position „Unbestimmbare kleinere Ausgaben“ von 632,54 M auf 432,54 M ermäßigt.

Die Finanzcommission beantragt, bei den beiden Posten „Aufwendungen für Gebäude und für Mobiliar“ 3000 M abzusetzen, welchem Antrage die Versammlung zustimmt. Auch empfiehlt die Commission, die Heizung und Beleuchtung der Schulen möglichst einheitlich zu gestalten, um auch hierbei noch sparen zu können.

#### VII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 47 000 M. Fehlsomme 38 100 M.

Zur Deckung der Fehlsomme tragen bei:

|                                           |           |
|-------------------------------------------|-----------|
| die Herzogl. Haupt-Finanz-Casse . . . . . | 16 750 M  |
| " Casse der Abgabe für Hunde . . . . .    | 14 000 "  |
| " Cämmereicasse . . . . .                 | 7 350 "   |
| <hr/>                                     |           |
| zusammen                                  | 38 100 M. |

Das Gehalt des Reg.-Baumeisters Bock ist regulativmäßig um 300 M zu erhöhen und wird dafür die Position II, i auf Seite 152 um 300 M auf 1800 M ermäßigt.

Herr Brückmann möchte anfragen, wie der Magistrat über die Herstellung eines einheitlichen Gebäudes für das Gewerbeschulwesen denke. Die vielfach vernommenen Klagen über die mit Ausnahme des Zeichnens mangelhaften Leistungen dieser Schule sollen hauptsächlich darin ihren Grund haben, daß dieselbe in verschiedenen Gebäuden vertheilt sei.

Herr Oberbürgermeister Bockels ist auch der Ansicht, daß die Leistungen der Schule nicht so sein können, wie sie sein würden, wenn man sämtliche Unterrichtsklassen in einem Hause vereinigt hätte. Das Project für den Bau einer Gewerbeschule sei schon ausgearbeitet und werde jetzt vom Magistrate durchberathen werden, sodaß es der Versammlung in nicht zu ferner Zeit vorgelegt werden könne; jedoch lasse sich der Bau wegen der beschränkten Mittel der Stadt seiner Ansicht nach selbst im Jahre 1897/98 noch nicht ausführen.

#### VIII. Armenkasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 362 700 M. Fehlsomme 226 600 M.

Herr Rathe will dabei bemerken, daß nicht die Unterstützungen für die Armen, sondern die Verwaltungskosten sich wesentlich, seit dem Jahre 1891 sogar um 13000 M, erhöht haben, Er möchte daher ersuchen, darauf zu achten, daß diese Kosten sich nicht noch weiter vermehren.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß er im Augenblicke nicht ziffernmäßig genau berechnen könne, ob die Verwaltungskosten in den letzten fünf Jahren gerade um 13000 M gestiegen seien. Es stehe nur so viel fest, daß die Beamtengehälter um 500 M, das Honorar des städtischen Oberarmenarztes um 1500 M und des Assistenzarztes am Krankenhaus um 700 M gestiegen seien. Sodann sei auf Beschluß der städtischen Behörden ein Assistenzarzt für das städtische Krankenhaus angestellt, der 1600—1700 M Kosten verursache, und außerdem habe sich eine Vermehrung der Armenärzte als nothwendig herausgestellt. Alle diese Summen habe aber der Magistrat erst auf Beschluß der städtischen Behörden eingestellt; er glaube daher nicht, daß die Direction des Krankenhauses hierbei irgend etwas sparen könne.

Herr Rathe möchte hierzu noch erklären, daß er dieser Sache nur aus dem Grunde Erwähnung gethan habe, weil gerade in Zeiten des wirthschaftlichen Niederganges die Verwaltungskosten dort so erheblich gestiegen seien.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß man diese Ausgaben nicht „Verwaltungskosten“ nennen könne.

#### IX. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 172 700 M.

Fehlsumme 132 600 M.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Jüdel vorschlagen, von den Ausgaben dieses Capitels 3000 M abzustreichen und zwar wesentlich auf der Seite 176 des Etats. Beispielsweise seien dort 13 Stück schmiedeeiserne Abdeckevorrichtungen vorgesehen, von deren Beschaffung die Finanzcommission glaube abrathen zu sollen, weil wirklich zweckentsprechende Vorrichtungen noch nicht existiren. Zu dieser Stellungnahme habe sich die Commission nur sehr schwer entschließen können, da jedoch die eisernen Abdeckevorrichtungen sehr durch den Gebrauch leiden und auch ein furchtbares Geräusch beim Fahren der Wagen verursachen, andererseits aber die hölzernen Vorrichtungen leicht der Beschädigung unterworfen seien und beide ihren Zweck doch nicht voll erfüllen, so könne die Commission die Beschaffung von Abdeckevorrichtungen nicht empfehlen.

Herr Rathe möchte ersuchen, bei der Einnahme dieses Capitels 10 000 M abzustreichen, da bei der Kehricht- und Müllabfuhr eine nicht gerechtfertigte Hochschraubung von Summen stattgefunden habe. Ein hiesiger Unternehmer habe sich bereit erklärt, wegen der Kehricht- und Müllabfuhr einen Vertrag mit jährlich 30 000 M abzuschließen, was einen Unterschied von mehr als 22 000 M ausmache. Wenn man ferner für ein Pferd 2 M Futterkosten ansetze, so sei das viel zu viel, denn mit solchem Betrage rechnen wohl Brauereien und andere Unternehmer, welche ihre

Pferde stark mitnehmen, aber die Stadt brauche einen so hohen Betrag nicht auszuwerfen und könnten bei diesem Posten auch noch 10000 M abgesetzt werden. Wenn man ferner für die Berechnung des Futters 365 Tage im Jahre zu Grunde lege, so müßte diese Zahl auch bei der Berechnung des Mistes genommen werden, während man dabei nur 360 Tage angenommen habe. Was die Abdeckevorrichtungen anlange, so machen die eisernen Vorrichtungen thatsächlich einen solchen Riesenlärm, daß es nicht auszuhalten sei und die ganze Bürgerschaft sich darüber beschwere.

Herr Löschigt möchte bitten, dem Vorredner wegen Abstriches der 10000 M von den Ausgaben für die Rehricht- und Müllabfuhr nicht zuzustimmen. Wenn man zurückdenke, welche vielen Mängel früher die Abfuhr bei dem Fuhrunternehmer Braumers besessen habe, so könne man mit den heutigen Verhältnissen wirklich sehr zufrieden sein. Dagegen glaube er, daß man bei den jetzigen billigen Hafer- und Heupreisen recht gut mit 1,75 M Futterkosten für ein Pferd auszukommen vermöge. Was die Abdeckevorrichtungen betreffe, so könne er den dafür eingestellten Posten nicht für zu hoch halten. Ein offener Wagen müsse jedenfalls mehr Staub verursachen, als ein geschlossener; deshalb halte er die letztere Art für practischer; jedoch bitte er, nicht schmiedeeiserne, sondern hölzerne Abdeckungen zu wählen, weil diese, wenn auch nicht so haltbar, doch zweckentsprechender seien. Die vorhandenen großen Wagen müßten natürlich erst verbraucht werden, jedoch empfehle er, bei Neubeschaffungen flache Wagen mit Holzabdeckungen zu wählen.

Herr Wolters ist der Ansicht, daß dieser Etat die bedeutende Höhe der Ausgabe nur habe erreichen können, weil der Fahrbetrieb außerordentlich unrationell sei. Wenn ein Privatmann mit so hohen Kosten sollte ein Fuhrunternehmen betreiben, würde er bald nicht mehr aus dem Ende finden können. Der Grund liege darin, daß ein Mißverhältniß existire in dem Umfange des städtischen Fuhrparkes — was die Zahl der Wagen und Pferde anbelange — zu der zu fördernden Last, und sei die Ursache dieses Mißverhältnisses darauf zurückzuführen, daß das Fassungsvermögen der Wagen im Verhältnisse zu dem Gewichte derselben zu klein sei. Die Wagen fassen bei einem Eigengewichte von 35—37 Ctr. nur 10—11 Ctr. Last und wegen ihres großen Eigengewichtes müssen sie trotz des kleinen Fassungsraumes mit zwei Pferden bespannt werden und auch wegen der Höhe ihrer Axen zwei Fahrer erhalten, weil es einem einzelnen Manne nicht möglich sei, die Mülllasten auf den Wagen zu entladen. Es würde sich hier viel sparen lassen können. Wenn eine Bespannung mit zwei Pferden beibehalten werden solle, so müsse die Menge des zu fördernden Schuttes größer werden, denn bei den jetzigen Pferden sei es ganz gleich, ob dieselben 10 Ctr. mehr zu ziehen haben oder nicht. Jedenfalls bitte er, diese Wünsche bei dem demnächstigen Umbau der Wagen zu berücksichtigen; also entweder leichtere einspännige Wagen, oder schwerere zweispännige Wagen mit größerer Lade-

fläche zu nehmen. Der mit 24 M pro Pferd und Jahr in den Etat eingestellte Hufbeschlag sei als sehr billig zu bezeichnen, umso mehr müsse man sich aber bei den jetzigen mäßigen Futterpreisen über den hohen Preis von 2 M pro Tag und Pferd für Fourage und Streu wundern und könne er nur annehmen, daß dieser Satz irrtümlich in den Etat gerathen sei. Die Empfehlung der Commission, von dieser Summe 3000 M abzusetzen, sei seiner Meinung nach viel zu gering ausgefallen, denn wenn man die Pferde nicht krank machen wolle, müßte man wenigstens 6000 M absetzen, was er damit beantragen wolle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf hinweisen, daß es sich Herr Rathe leicht gemacht habe, wenn er vorschlage, von den Einnahmeposten und zum Ausgleich auch von den Ausgabeposten 10000 M zu streichen. Die Deputation verfare umgekehrt, indem sie erst die Ausgabe feststelle und dann sehe, wie sie die Einnahme bemessen könne. Bis vor zwei Jahren sei hier lediglich ein Zuschuß der Stadtcasse eingestellt worden, was der Deputation sehr unangenehm gewesen sei. Sie habe sich deshalb daran gemacht, die Leistungen der Gespanne zu veranschlagen und sie mit den ermittelten Sätzen in den Etat einzustellen. Der Einnahmeposten für die Kehricht- und Müllabfuhr möge vielleicht zu hoch bemessen sein und ein Unternehmer dieses billiger machen, aber die Ausgaben müßten durch diesen Einnahmeposten gedeckt werden. Der von Herrn Wolters angezogene Ausgabeposten für Fourage und Stroh sei nicht mit Unrecht angegriffen worden, unter der Voraussetzung, daß man ähnliche Preise für diese Materialien im ganzen Jahre behalte. In früheren Jahren sei man bei erheblich höheren Preisen annähernd auf 2 M pro Pferd und Tag gekommen und zur Zeit lasse sich doch nicht übersehen, ob die billigen Futterpreise während des ganzen Jahres anhalten werden. Aber auch bei der Einstellung eines höheren Betrages in den Etat werde nicht gequast, was sich schon daraus entnehmen lasse, daß im laufenden Jahre ungefähr 10000 M an der Etatssumme gespart werden. An den Futterationen der Pferde solle doch unmöglich gespart werden, denn früher seien in der Versammlung eindringliche Klagen laut geworden, daß die Pferde zu schlecht im Stande seien und die Stadt sich schämen müsse, mit solchen Pferden zu fahren. In Folge dieser durchaus berechtigten Klagen habe dann die Deputation die Haferrationen auf 15  $\mathfrak{A}$  für die kleinen und 18  $\mathfrak{A}$  für die größeren Pferde erhöht. Er gebe gern zu, daß die Leistung der Pferde nicht der Menge der Fourage entspreche, jedoch liege der Fehler an der Construction der Wagen. Die Wagen seien nun aber einmal vorhanden, und zwar aus einer Zeit, wo die jetzige Deputation noch nicht thätig gewesen sei, man könnte sie jetzt nicht gut weggeben und dafür neue Wagen anschaffen. Im Uebrigen entsprechen die Wünsche des Herrn Wolters wohl auch der Ansicht der Deputation, welche meine, daß ein ordentlicher, guter Kastenwagen, der mehr als die vorhandenen Wagen fasse, sich am besten für die hiesigen Verhältnisse eigne.

Wenn Herr Rathe meine, die Berechnung des Düngers für 360 Tage beruhe auf einem Irrthum, so treffe das nicht zu, weil der dieserhalb abgeschlossene Vertrag nur 360 Tage der Berechnung zu Grunde lege und der Unternehmer auch nur für diese Zeit bezahle. Was die Abdeckung der Wagen betreffe, so sei die Deputation lediglich durch das fortwährende Drängen aus der Versammlung dazu gekommen, die Wagen mit Abdeckevorrichtungen versehen zu lassen und habe man sich für eiserne Vorrichtungen entschlossen zu einer Zeit, als die hier geschilderten Uebelstände noch nicht so zu Tage getreten seien. Er erkenne aber an, daß eine derartige Abdeckung unerträglich sei; es werde daher nichts Anderes übrig bleiben, als hölzerne Abdeckungen zu nehmen, wenn man dieselben durchaus haben wolle.

Herr Blasius möchte bitten, den Abstrich bei den Abdeckevorrichtungen nicht zu machen. Die Abfuhrereinrichtung habe schon große Fortschritte gemacht, aber wenn man ihr einen Vorwurf machen könne, so sei es das Stauben der Wagen, welches so sehr ungesund sei. Darum solle man an den Abdeckevorrichtungen nichts abstreichen. Bezüglich der Pferde könne man sich freuen, einen so guten und leistungsfähigen Pferdepark zu haben. Jedenfalls dürfe man der Deputation zu-  
trauen, daß sie nicht mehr verfüttere, als nöthig sei, auch wenn der Etat eine höhere Summe auswerfe.

Herr Bültemann möchte die Herren Wolters und Rathe fragen, wie sie es machen würden, wenn 5 M für den Centner Heu und 150 M für den Wispel Hafer bezahlt werden müßten, mit weniger als 2 M für 1 Pferd und 1 Tag auszukommen. Der Etat sei nicht für heute und morgen, sondern für ein ganzes Jahr aufgestellt, und könnten die Herren wohl nicht die Garantie übernehmen, ein Pferd während des ganzen Jahres für 1,50 M pro Tag zu füttern. Dazu komme, daß Alles, was von dem ausgeworfenen Betrage nicht verbraucht werde, auch die Stadtcasse nicht zu zahlen habe, so daß ein Risiko für dieselbe in dem höherem Betrage nicht liege. Im vorigen Jahre sei an Hafer auch wesentlich gespart worden durch die Verfütterung trockener Luzerne, welche zwischen den Häcksel geschnitten sei, und werde diese Futterart fortgesetzt werden. Die Dreckabfuhrwagen in Leipzig und Dresden seien übrigens noch viel scheußlicher, als die hiesigen, auch bleibe die Art und Weise der dortigen Straßenreinigung hinter der hiesigen ganz erheblich zurück.

Herr Koch steht auf dem Standpunkte des Herrn Blasius, und möchte warnen vor der Verwendung von Abfuhrwagen ohne Klappen. Jeder Einwohner solle seinen Rehrichtkasten besprengt haben und die Stadt wolle mit ihren Wagen die Straßen wieder vollstäuben, das würde zu vielen Beschwerden Anlaß geben. Ein ihm bei Herrn Rathe gezeigtes Modell eines solchen Abfuhrwagens mit hölzernen Klappen habe ihm so vorzüglich gefallen, daß er wünschen möchte, einmal einen Versuch hiermit zu machen, da er vor der Beschaffung schmiedeeiserner Klappen warnen möchte.

Herr Rathe will noch bemerken, daß er sich meist reiflich überlegt habe, was er sagen wolle und er daher Herrn Bültemann erwidern könne, daß er bei der Zugrundelegung der theuersten Futterpreise doch nur auf eine Ausgabe von 1,70 M für Fourage und Streu komme. Darum müsse er der Deputation den Vorwurf machen, daß sie wissentlich etwas in den Etat bringe, von dem sie überzeugt sein müsse, daß es nicht gebraucht werde und die Ausgaben nur um 10000 M unnöthig erhöhe, trotzdem im vorigen Jahre 10000 M bereits erspart seien. Sodann gebe sich die Straßenreinigungs-Deputation mit Sachen ab, welche man von ihr gar nicht haben wolle, indem sie angefangen habe, bei Neubauten Erde, Schutt und Steine zu fahren, was ein Unternehmer viel billiger machen würde, und nehme man hierbei das Material an Pferden und Wagen viel mehr mit, als bei der Kehricht- und Müllabfuhr. Die für die Reparaturen an den Wagen ausgelegten Beträge seien entschieden zu hoch und habe er seit 20 Jahren von dem Kaiserlichen Postamte hieselbst Wagen in Reparatur erhalten, welche mit feinsten Glasur nur 200 M pro Stück im Durchschnitt kosten. Jedenfalls meine er, daß dieser Etat in Zukunft noch genauer geprüft werden könne.

Herr Bürgermeister Netemeyer muß Herrn Rathe erwidern, daß derselbe doch wohl nicht recht überlegt habe, wenn er behaupte, daß die Deputation etwas in den Etat einstelle, um der Versammlung ein X für ein U vorzumachen, denn das sei nicht die Gewohnheit der Deputation. Letztere habe gemeint, eine so hohe Summe in den Etat einstellen zu müssen, daß man auch bei hohen Futterpreisen damit auskommen könne; wenn die Versammlung aber beschließe, weniger einstellen zu wollen, so werde der Etat dementsprechend geändert. Je mehr über ein solches Institut gesprochen werde, desto mehr pflege es den Betreffenden am Herzen zu liegen und deshalb werde auch Herr Rathe nicht der Meinung sein, daß die Stadt etwas Besseres hätte thun können, als dieses Straßenreinigungs-Institut einzurichten. Gerade die Klagen über die frühere Abfuhr haben die Stadt veranlaßt, den theuren Fuhrpark anzuschaffen. Was die Zahl der Pferde betreffe, so stehe die Deputation auf demselben Standpunkte wie Herr Rathe, indem sie sich gesagt habe, es müßten so viele Pferde vorhanden sein, wie die Stadt für solche Arbeiten nöthig habe, die sie nicht gut einem Unternehmer übertragen könne, und das seien die folgenden: 12 Kehrichtwagen erfordern 24 Pferde, 12 Sprengwagen 12 Pferde, für die Spritzen seien 6 Pferde, für die Kehrichtmaschinen 4 Pferde, für die Nachtabfuhr 4 Pferde, für das Wasserfahren beim Chauffiren 2 Pferde, für die Sanitätswache und die Desinfectionsanstalt zusammen 1 Pferd nöthig, was mit dem Pferde des Verwalters zusammen 54 Pferde ausmache. Da nun eine Menge Tage vorkommen, an welchen die Pferde diesen ihren Dienst nicht verrichten, weil z. B. nicht gesprengt zu werden brauche, so bleibe doch wohl nichts Anderes übrig, als für diese Pferde anderweitige städtische Arbeit zu suchen und die finde man namentlich bei der städtischen Bauverwaltung. Hiermit scheine

Herr Rathe nicht einverstanden zu sein, indem er meine, die Pferde würden dabei zu sehr angestrengt. Letztere Befürchtung komme wohl daher, daß derselbe einmal gesehen habe, wie beim Huch'schen Hause vier Pferde vor einen Wagen gehängt werden mußten. Die Stadt ziehe, sobald es irgendwo nöthig sei, fortwährend Hülfsfuhrwerke zu, aber wenn sie sich einmal so luxuriöse Einrichtungen, wie den Fuhrpart leiste, so halte es die Deputation auch für ihre Pflicht, mit demselben Alles selbst auszuführen, was möglich sei. Wenn Herr Rathe endlich noch die Höhe der Kosten für die Unterhaltung der Wagen bemängelse und seiner Berechnung 30 Wagen zu Grunde lege, so wolle er bemerken, daß es sich um ca. 50 Wagen handle und demnach der ausgeworfene Betrag nicht zu hoch sein dürfte.

Herr F ü d e l will nach den hier abgegebenen Erklärungen des Vorsitzenden und eines Mitgliedes der Reinigungsdeputation namens der Finanzcommission den Antrag stellen, von dem Ausgabeposten für Fourage und Stroh 5800 M. abzusetzen. Was die Abdeckevorrichtungen betreffe, so hätte die Commission auch gewünscht, daß die Abfuhrwagen solche erhielten; jedoch habe sich bei den bisherigen Vorrichtungen herausgestellt, daß dieselben nur in den ersten paar Wochen gebraucht werden könnten und nachher nicht mehr functionirten, sodaß die Wagen dann wie offene verwendet würden. Da demnach wirklich zweckentsprechende Vorrichtungen noch nicht bestehen, so habe die Commission geglaubt, mit der Beschaffung von Abdeckevorrichtungen warten zu sollen, bis wirklich practische Einrichtungen erfunden seien und nicht 2400 M. für unvollkommene Einrichtungen auszugeben. In Berlin prüfe man bereits Abdeckevorrichtungen, welche das Einschütten des Kehrstrichs u. in geschlossenem Zustande ermöglichen, und empfehle es sich jedenfalls, den Erfolg solcher Prüfungen abzuwarten.

Herr E b e l i n g hat bei der Einführung des städtischen Fuhrparkes seine schweren Bedenken in Betreff der finanziellen Seite gehabt, weil schon ein Fuhrunternehmer, welcher hinter seinen eigenen Fuhrwerken stehe, der größten Anstrengungen bedürfe, wenn er zu seiner Rechnung kommen wolle, und die Stadt sich hierbei in viel ungünstigerer Lage befinde. Mit den früheren Fuhrherren sei man indessen durchaus nicht zufrieden gewesen. Die Stadt habe zuerst nur kleine Pferde gehabt und hätte müssen dann zur Einstellung stärkerer Thiere übergehen, für welche auch die Futterationen zu erhöhen gewesen wären. Die Stallungen und sonstigen Einrichtungen eines Fuhrparks baue die Stadt solider und luxuriöser als ein Privatunternehmer, so daß sie in jeder Beziehung theurer arbeite, als dieser. Auch der Pferdebedürfer, welcher früher ein gesuchter Artikel gewesen sei, erziele jetzt einen geringeren Preis, so daß die Deputation sich veranlaßt gesehen habe, bei Aufstellung dieses Stats recht vorsichtig zu Werke zu gehen. Eine solche Deputation befinde sich immer in einer üblen Lage, weil sich das Unternehmen, ebenso wie bei der Rieselei, nicht rentiren könne. Indem er bemerke, daß an dem Posten für Fourage und Stroh etwas gespart werden könne, sofern nicht die allerhöchsten Preise zu zahlen seien, und daß alle



die hier vorgetragenen Fälle einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden würden, erkläre er sich damit einverstanden, daß an dem vorliegenden Specialetat 5000—6000 M gestrichen würden.

Herr Bültemann macht darauf aufmerksam, daß früher immer über das große Deficit geklagt sei, welches die Straßenreinigung alljährlich beansprucht habe und die Deputation sich zur Abstellung desselben die größte Mühe gegeben und für die Stadt Nebenfuhren übernommen habe, was nun der Versammlung wiederum nicht zu passen scheine. Da er nicht mehr wisse, wie es den einzelnen Herren recht zu machen sei, so bitte er, zu erklären, wie es in Zukunft mit dem Fuhrparke gehalten werden solle.

Herr Löschigt ist der Ansicht, daß mit dem vorhandenen Wagenmateriale allerdings gerechnet werden müsse, und daß das Pferdmaterial nicht zu knapp gehalten werden dürfe, wenn nicht das ganze Institut darunter leiden solle. Dagegen stehe er wegen der Beibehaltung der Wagen auf einem dem Herrn Bürgermeister Ketemeyer entgegengesetzten Standpunkte, indem er es für richtiger halte, die alten schweren Wagen zu verkaufen und neue Wagen anzuschaffen, welche entweder ein-spännig gefahren werden, oder aber als zweispännige Wagen das dreifache Quantum an Müll zu fassen vermögen wie die jetzigen Wagen. Bei der Ausdehnung der Stadt die Pferde gründlich auszunutzen, sei leichter gesagt, als ausgeführt, und habe die Deputation alles Mögliche in dieser Beziehung gethan. Was das Schließen der Wagen betreffe, so solle sich Niemand beeinflussen lassen, für offene Wagen zu stimmen, denn ein Abdecken derselben sei nur dann nicht möglich, wenn die niedrigen Kasten zu voll geladen seien; aber auch in diesem Zustande wirken die Deckel, sofern der Müll auf dem Wagen gleichmäßig vertheilt sei, noch viel angenehmer, als wenn die Wagen gar nicht geschlossen seien.

Ein hierauf gestellter Schlußantrag wird angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung den Antrag Rathe auf Streichung von 10000 M in der Ausgabe ab und genehmigt den Antrag der Finanzcommission, 3000 M für sachliche Aufwendungen und 5800 M für den Aufwand an Fourage zu streichen.

Die bisher zurückgestellten Cap. III Unterrichtswesen und Cap. V Armen-pflege werden nunmehr mit den bereits beschlossenen Aenderungen genehmigt. Das ebenfalls zurückgestellte Cap. XI Gemeindesteuern genehmigt die Versammlung mit dem Antrage des Magistrates,

unter Aussetzung der Entschließung über Deckung des nach dem Etats-entwurfe zu begleichenden Bedarfs von 38 600 M zu beschließen, daß die Gemeinde-Einkommensteuer mit Einschluß der s. g. Voraussteuer der auswärts wohnenden Gewerbetreibenden und der Actiengesellschaften in dem Betrage

von elf Zehnteln des durch die Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuersatzes ausgeschrieben werde.

## B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

### Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 2600 157,81 M.      Ausgabe 157,81 M.

### Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 100 000 M.      Ausgabe —.

### Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke und Berechtigungen:

Einnahme 190 452,19 M.      Ausgabe 249 219,62 M.

### Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen.

Einnahme 242 390 M.      Ausgabe 2 883 622,57 M.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die bei Cap. X des ordentlichen Stats geführten Verhandlungen fast ausschließlich hierher gehören und namentlich die auf den Ausbau von Straßen gerichteten Anträge bei diesem Capitel einzubringen gewesen wären. Da es sich bei diesen Anträgen um Millionen handeln könnte, so empfehle es sich auf jeden Fall, dieselben in der Baucommission vorberathen zu lassen, zumal da auch der Ausbau des Hopfengartens auf Grund einer von der Versammlung genehmigten Vorlage bereits in Angriff genommen sei. Es würde doch wohl eine eigene Sache sein, eine früher genehmigte Vorlage jetzt wieder aufzuheben. Alle diese Bedenken führen dazu, die Anträge zunächst der Baucommission zu überweisen.

Herr Züdel möchte darauf hinweisen, daß die Stadt bei ihrer finanziellen Lage schwerlich im Stande sein werde, Mehraufwendungen für Straßenbauten machen zu können. Im vergangenen Jahre sei eine Anleihe von 6 Millionen Mark beschloffen worden, wovon 3 Millionen Mark aus der Alters- und Invaliditäts-Versicherung und 3 Millionen Mark durch Anleihe beschafft werden sollten. Eine Million sei nun schon gedeckt, aber für die braunschweigischen Verhältnisse dürfte es nicht wünschenswerth sein, im Laufe eines Jahres eine größere Anleihe als 2 Millionen auf den Markt zu bringen, wenn man die Anleihe mit ähnlichem Erfolge wie im vorigen Jahre auflegen wolle.

Herr Bührmann will gegen die Ueberweisung der Anträge an die Baucommission nichts einwenden, möchte aber doch den Magistrat ersuchen, vor Allem die Gellerstraße im Laufe des Jahres in Angriff zu nehmen, weil sie es am nöthigsten habe.

Herr Lange möchte darauf hinweisen, daß bezüglich der Wolfenbüttler- und der Gellerstraße die Straßenbaufkosten noch nicht festgestellt seien, während der betr. Theil der Juliusstraße schon mit 41 000 M. etatisirt gewesen sei und es sich hier nur noch darum handle, wie diese Summe aufgebracht werden könne. Seiner Meinung nach lasse sich ein Theil der für den Hopfengarten und die Bodestraße

ausgesetzten Summen abstreichen und für die Juliusstraße verwenden, dann brauche der Etat nicht vergrößert zu werden und man lasse dieser zum Ausbau schon längst in Aussicht genommenen Straße dann endlich Gerechtigkeit widerfahren.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß dazu bemerken, daß doch ein Unterschied zwischen der Bewilligung für den Hopfengarten und für die Juliusstraße bestehe, denn wenn auch beide in den Etat eingestellt seien, so sei doch nur von dem Hopfengarten ein Project vorgelegt und genehmigt. Was die Juliusstraße betreffe, so erscheine deren Ausbau insofern recht ungünstig, als die eine Seite der Straße vorläufig nicht als bebaut erachtet werden könne und demnach eine definitive Ausgabe der Stadt von rund 20000 M. entstehe, welche in das Ordinarium eingestellt werden müsse, weil sie sofort der Stadt endgiltig zur Last falle. Ob hierzu aber eine Veranlassung vorliege, möchte er bezweifeln. Bezüglich der Bodestraße sei in Aussicht genommen, die kurze Strecke zwischen der Carl- und Gliesmaroderstraße auszubauen, weil ein Bedürfniß zur Herstellung dieser Verbindung anerkannt werden müsse. Für die weiter nach Süden zu gelegene Strecke zwischen der Wabe- und Husarenstraße habe man nur den Grunderwerb in Aussicht genommen, weil die Strecke canalisirt werden solle, um für die Kaiser-Wilhelmstraße die Vorfluth zu schaffen. Wenn aber die Versammlung darüber anderer Ansicht sei, so werde sich der Magistrat wohl auch becheiden.

Auf die Frage des Herrn Jüdel, ob die Bewilligung der Etatssumme abhängig sein solle von dem Ausfalle der Berathung über die gestellten Anträge, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß er es für unbedenklich halte, wenn die Versammlung jetzt die Gesamtsumme bewillige, da es sich hinterher doch nur um Verschiebungen handeln könne. Der Magistrat werde diejenigen Straßen nicht zur Ausführung bringen, gegen welche Zweifel erhoben seien, bis die Versammlung einen bestimmten Beschluß darüber gefaßt habe.

Die Versammlung bewilligt darauf die Etatssumme vorbehaltlich der Verschiebung im Einzelnen und erklärt sich auch damit einverstanden, daß die verschiedenen Anträge auf den Ausbau von Straßen der Baucommission zur Vorberathung überwiesen werden.

Die Anfrage des Herrn Brückmann, wie weit die Ausführung des Baues der Markthalle gediehen sei, beantwortet

Herr Bürgermeister Ketemeyer dahin, daß ein Project in allgemeinen Umrissen dem Magistrate vorgelegen habe, vom welchem es der Markthallen-Deputation zugeschrieben sei. Die städt. Bauverwaltung habe sodann Auftrag erhalten, ein genaues Project auszuarbeiten, welches bis jetzt aber noch nicht vorgelegt sei. Die Anfrage der städt. Bauverwaltung, ob es angezeigt erscheine, mit den Fundamentierungsarbeiten zu beginnen, habe der Magistrat zustimmend beantwortet und stehe zu

hoffen, daß in aller kürzester Frist das Project vorgelegt werden könne und die Halle in diesem Jahre noch unter Dach komme.

Herr Löschigt möchte dazu bemerken, daß die Fundamentierungsarbeiten vielleicht zur Hälfte fertig seien und er seine Verwunderung aussprechen müsse, weshalb nicht auch die andere Hälfte gemacht sei, zumal da der Herr Oberbürgermeister noch am Dinstag erklärt habe, die Markthalle werde bis October fertiggestellt sein. Bei den vielen Klagen, daß die Arbeiter keine Beschäftigung haben, hätte sich hier namentlich mit Rücksicht auf das gute Wetter wohl Gelegenheit geboten, auch die andere Hälfte auszusachten. Er bitte daher den Magistrat, dafür besorgt zu sein, daß die Ausschachtungsarbeiten auch der anderen Hälfte recht bald in Angriff genommen werden, und daß damit nicht bis zur Genehmigung des Planes gewartet werde.

Herr Bürgermeister Netemeyer kann nicht in Aussicht stellen, daß diesem Antrage Folge gegeben werde. Nach dem Berichte der städt. Bauverwaltung sei nur die Lage der Süd- und Westseite der Halle festgestellt, während für die Ost- und Nordseite ein Project noch nicht festgelegt sei. Es solle indessen Veranlassung genommen werden, die städtische Bauverwaltung nochmals an die Vorlegung des Projectes zu erinnern.

Herr Rathe muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die städtische Bauverwaltung das Project über diesen einfachen Bau noch nicht eingereicht habe, obwohl sie schon seit vorigem Herbst damit beauftragt sei. Er wisse nicht, ob die Herren vielleicht mit Privatarbeiten so viel zu thun haben, daß sie das Project noch nicht fertigstellen konnten.

Herr Rieke möchte im Hinblick auf die in der vorigen Sitzung erwähnte anonyme Eingabe von ca. 100 arbeitslosen Leuten, welche ihm hinterher mit Unterschriften versehen zugegangen sei, ersuchen, mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen, damit die Leute ihren Lebensunterhalt verdienen können. Bei einem so einfachen Gebäude, wie der Markthalle, seien so eingehende und schwierige Vorarbeiten nicht nöthig, um Veranlassung zu haben, den Bau durch solche zu verzögern, denn das Terrain stehe fest und die Terrainerwerbungen seien auch erledigt, so daß die Fundamentierungsarbeiten wenigstens ausgeführt werden könnten. Er bitte daher dringend, diese Arbeiten möglichst bald in Angriff zu nehmen und im Interesse der vielen arbeitslosen Leute auch mit den Canalisationsarbeiten schleunigst zu beginnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß mit den Canalisationsarbeiten begonnen werden solle, nachdem heute die Mittel dafür bewilligt seien.

Capitel V. Insgemein:

Einnahme —.                      Ausgabe —.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 3 133 000 M.

**Städtische Gaswerke:**

Einnahme 909 900 M.      Ausgabe 768 500 M.

Ueberschuß 141 400 M.

**Städtisches Wasserwerk:**

Einnahme 291 600 M.      Ausgabe 246 600 M.

Ueberschuß 45 000 M.

**Anhang: Neustadtmühle:**

Einnahme 34 900 M.      Ausgabe 33 600 M.

Ueberschuß 1300 M.

Der Finanzcommission scheint es erwünscht zu sein, daß die mit 90 550 M. zu Buche stehende Anleihe I des Wasserwerkes abgetragen werde, weshalb sie beantrage, vom nächsten Jahre ab 10 % der Anleihe mit jährlich 9055 M. an die Cämmereicasse abzutragen und dem Reservefonds des Wasserwerkes zuzuführen.

Der Antrag des Magistrates, den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1896/97 festzustellen, wird angenommen.

(Siehe 3. Hauptabschluß betr. Seite 346.)

**4. Voranschlag**

über die Verwaltung des Schulhausbaufonds im Jahre 1896/97.

Bestand und Zugang: 280 100 M.      Abgang: 280 000 M.

Bleibt Bestand 100 M.

**5. Anhang.**

Canalbaucaße.

A. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 330 200 M.      Aufzunehmende Anleihen 330 000 M.

B. Unterhaltung.

Einnahme 178 500 M.      Ausgabe 178 500 M.

Beitrag der Cämmereicasse 56 000 M.

Der Magistrat beantragt die Ertheilung der Zustimmung dazu, daß die Canalabgabe für das Jahr 1896/97 wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2 % des Grundsteuercapitals festgestellt und der Etat sodann genehmigt werde.

Herr Lange möchte bezüglich des Postens von 7500 M. für Lüftungsvorrichtungen Auskunft darüber haben, ob hierzu bestimmte Constructionen in Aussicht genommen seien, oder ob es sich nur um einfache Luftrohre handle. Nach einer ihm gewordenen Mittheilung solle an dem Entlüftungsröhre am Prinzenwege eine Feuerung angebracht werden, nur um eine Circulation im Rohre zu bewirken. Wenn er auch wisse, daß die Erwärmung der Rohre bei den Entlüftungsvorrichtungen von großer

### 3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushaltes pro 1. April 1896/97 einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

| Cap.  | Verwaltungszweig                       | Einnahme |    | in Pro=centen | Ausgabe  |    | in Pro=centen | Ueberschuß |    | Fehlsumme |    |
|-------|----------------------------------------|----------|----|---------------|----------|----|---------------|------------|----|-----------|----|
|       |                                        | M        | ℥  |               | M        | ℥  |               | M          | ℥  | M         | ℥  |
| I.    | Cämmereivermögen (im engeren Sinne)    | 151 459  | 54 | 5,50          | 547 092  | 67 | 19,89         | —          | —  | 395 633   | 13 |
| II.   | Kirchenwesen . .                       | —        | —  | —             | —        | —  | —             | —          | —  | —         | —  |
| III.  | Unterrichtswesen .                     | 280 000  | —  | 10,18         | 955 900  | —  | 34,75         | —          | —  | 675 900   | —  |
| IV.   | Kunst und Wissen=schaft . . . . .      | —        | —  | —             | 11 162   | 65 | 0,41          | —          | —  | 11 162    | 65 |
| V.    | Armenpflege . . .                      | —        | —  | —             | 226 600  | —  | 8,24          | —          | —  | 226 600   | —  |
| VI.   | Gesundheitswesen .                     | 2 500    | —  | 0,09          | 4 650    | —  | 0,17          | —          | —  | 2 150     | —  |
| VII.  | Bereinswesen und Volksfeste . . .      | 616      | 67 | 0,02          | 2 057    | 17 | 0,07          | —          | —  | 1 440     | 50 |
| VIII. | Feuerlöschwesen .                      | 23 016   | 25 | 0,84          | 72 460   | —  | 2,63          | —          | —  | 49 443    | 75 |
| IX.   | Ortspolizei . . .                      | 35 887   | 55 | 1,31          | 354 416  | 52 | 12,88         | —          | —  | 318 528   | 97 |
| X.    | Straßenbau . . .                       | 129 380  | —  | 4,70          | 214 300  | —  | 7,79          | —          | —  | 84 920    | —  |
| XI.   | Gemeindesteuern u.                     | 1832 400 | —  | 66,61         | 6 400    | —  | 0,23          | 1826 000   | —  | —         | —  |
| XII.  | Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse. | 177 720  | —  | 6,46          | 40 647   | 44 | 1,48          | 137 072    | 56 | —         | —  |
| XIII. | Stadtverwaltung .                      | 29 375   | —  | 1,07          | 234 828  | 62 | 8,54          | —          | —  | 205 453   | 62 |
| XIV.  | Insgemein . . .                        | 88 444   | 99 | 3,22          | 80 284   | 93 | 2,92          | 8 160      | 06 | —         | —  |
|       | Zusammen                               | 2750 800 | —  | 100           | 2750 800 | —  | 100           | 1971 232   | 62 | 1971 232  | 62 |

Wirkung sei, so könne er doch nicht glauben, daß jene Mittheilung richtig sei, weil solche Einrichtung doch zu umständlich sein würde. Bei dem Volksbade an der Ferdinandstraße habe man den Düker dadurch wirksam entlüftet, daß das Rohr in dem Innern des Schornsteins in die Höhe geführt sei. Dagegen könne man es am Prinzenwege vor Gestank nicht aushalten und seien die Klagen des Freiherrn von und zu Egloffstein und der übrigen Anwohner vollständig gerechtfertigt. Wenn man daher beabsichtige, Lüftungsvorrichtungen nach altem Muster einzuführen, würde er dagegen protestiren, weil das weggeworfenes Geld wäre.

Herr Bürgermeister Ketemeyer nimmt an, daß der Oberingenieur Mitgau beabsichtige, Vorrichtungen der bisherigen Art wieder anzubringen, da derselbe neue Projecte nicht vorgelegt habe. Die Klage über die kalten Metallrohre habe den Magistrat auch schon veranlaßt, dem Oberingenieur Mitgau anheimzugeben, einmal Versuche in der von Herrn Lange angedeuteten Richtung anzustellen, indem nämlich ein kleines Gasrohr in das Lüftungsrohr eingeführt werde und in letzterem dauernd eine geringe Flamme zur Erwärmung desselben brenne, was doch wohl nicht so ungeheuerlich sei.

Herr Lössigk bedauert, daß nicht sämtliche Abflußrohre an den Dächern wegen ihres Geruchsverschlusses als Entlüftungsrohre dienen können. Wenn dieses auch nicht viel helfe, so werde doch der schlechte Geruch wenigstens theilweise durch diese Rohre aus den Canälen geführt werden. Darum solle man wenigstens einmal einen Versuch in der Weise machen, daß die Senktöpfe, wo es angängig sei, aus den Rohren genommen werden; sollte der Versuch sich nicht bewähren, könne man die Töpfe bald wieder hineinsetzen.

Herr Blasius weist darauf hin, daß diese Maßnahme schon durch das Statut vorgeschrieben sei, indem dort, wo keine Wohnungen mehr über der Dachtraufe liegen, die Straßenrennen ohne Syphon direkt in die Canäle führen sollen.

Herr Lössigk muß dazu bemerken, daß die Rinnen an seinem Hause verschlossen seien, obwohl keine Fenster von Wohnungen nach dem Dache hinaus führen.

Herr Schmidt möchte warnen, bei der Statsberathung solche schwierigen technischen Fragen allzu eingehend zu behandeln, da er z. B. ganz anderer Ansicht über diesen Punkt sei, wie der Vorredner. Wenn die Luft draußen kälter sei als im Rohre, so werde sich die Luft im Rohre senken und in die Canäle ziehen, wodurch dann die schlechte Luft auf die Straßen komme. Nur im heißen Sommer lasse sich dadurch etwas Abhilfe schaffen.

Die Anträge des Magistrates werden darauf genehmigt.

#### Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 170600 M.

Amortisation 8437,30 M.

Dem Ansatze der Schlachtgebühren zu 79650 M liegt die Annahme zu Grunde, daß geschlachtet werden :

|                        |          |           |
|------------------------|----------|-----------|
| 3200 Ochsen und Stiere | à 3,25 M | = 10400 M |
| 4200 Kühe und Kinder   | à 2,00 M | = 8400 "  |
| 42000 Schweine         | à 1,25 M | = 52500 " |
| 8500 Kälber            | à 0,60 M | = 5100 "  |
| 9000 Schafe und Ziegen | à 0,30 M | = 2700 "  |
| 220 Pferde             | à 2,50 M | = 550 "   |

Die Finanzcommission beantragt, den Ansat der Schlachtgebühren um 2000 M zu erhöhen, und wird nach dem vorhin gefaßten Beschlusse auch die an die Cämmereicasse zu entrichtende Verwaltungsgebühr um dieselbe Summe erhöht.

Die Anregung des Herrn Wollenweber, das Gehalt des Schlachthaus-Directors noch um 300 M zu erhöhen, soll auf Wunsch des Herrn Vorsitzenden in vertraulicher Sitzung behandelt werden.

Herr Lange fragt an, auf welcher Basis die Veranschlagung der Einnahme für künstliches Eis beruhe, ob etwa die Einnahmen aus dem Vorjahre hierfür einen Anhaltspunkt geboten haben.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß sich ein Abnehmer, das Gödebrunner Eiswerk, gefunden habe, welcher das sämmtliche Eis, soweit es nicht für die Schlächter und zu Schlachthauszwecken gebraucht werde, zu einem bestimmten Preise übernehmen wolle, um es gegen einen geringen Aufschlag wieder zu verkaufen.

Der Schlachthausetat wird sodann nach Maßgabe der Magistratsvorlage und mit den von der Finanzcommission beantragten Aenderungen festgesetzt.

#### Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 30200 M.      Zur Verfügung 295 M.

An Abgaben für Hunde sind 26500 M veranschlagt worden, während zur Unterstützung gemeinnütziger Vereine 10535 M vorgesehen sind.

Der Antrag des Magistrates, diesen Etat zu genehmigen, wird gutgeheißen.

#### Kreis-Communcalcasse.

Einnahme und Ausgabe 3756000 M.      Zur Verfügung 1900,42 M.

Auch dieser Etat wird genehmigt und damit die Etatsberatung geschlossen.

In persönlicher Bemerkung will darauf Herr Rath eine bei der Berathung des Etats des Straßenreinigungs-Instituts gebrauchte zu scharfe Bemerkung zurückziehen. Er habe bei der Gelegenheit nur sagen wollen, daß die Deputation in ihrer Aufstellung des Etats etwas zu vorsichtig vorgegangen sei, um Ueberschreitungen zu vermeiden, und daß sie bei Berücksichtigung der Noth der Stadt den Etat vielleicht etwas niedriger hätte feststellen können.

#### IV. Gemeinde-Kirchensteuer für 1896/97.

Das Kirchencassen-Collegium hat beantragt, für das Finanzjahr 1896/97 den aus dem Abschlusse des Kirchencassenetats sich ergebenden Fehlbetrag von 64000 M



durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Der Magistrat hat die sämtlichen Ausgabeposten des Generaletats als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hiesigen Stadtkirchen erforderlich anerkannt und stellt darnach, in der Voraussetzung, daß im künftigen Finanzjahr die Gemeinde-Einkommensteuer in dem von 10 auf 11 Zehntel des procentualen Steuerfußes erhöhten Betrage werde ausgeschrieben werden, den Antrag, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß für das künftige Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer in Höhe von  $4\frac{1}{2}\%$  der auf die Pflichtenigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde. Ein solcher Steuerzuschlag werde nahezu dasselbe Ergebnis liefern, welches im laufenden Jahre durch Ausschreibung eines Zuschlages von  $5\%$  auf 10 Zehntel der Gemeinde-Einkommensteuer erzielt worden sei.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, wird die Vorlage angenommen.

#### V. Aufnahme eines Vorschußdarlehns.

Verschiedene in Aussicht stehende Ausgabeposten machen die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Darlehns alsbald nothwendig. Die diesbezüglich mit der hiesigen Creditanstalt angeknüpften Verhandlungen haben sich an der Forderung eines zu hohen Zinsfußes zerklüftet. Dagegen hat sich das Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, bereit erklärt, ein Darlehn von 500000 M unter der Bedingung der Rückzahlung am 1. Juli d. Js. zum Zinsfuß von  $3\%$  herzuliehen und giebt der Magistrat anheim, dieser Herleiung zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Fiedel berichtet, geschieht.

#### VI. Ausbau der verlängerten Thomaestraße.

Nach der Kostenberechnung der städt. Bauverwaltung ist der Einzelbetrag zu den Kosten der verlängerten Thomaestraße auf 187,50 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Der Magistrat ersucht, Project und Kostenberechnung gutzuheißen, auch zuzustimmen, daß auf die verlängerte Thomaestraße die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts für anwendbar erklärt werden und außerdem sich mit dem am 7. October 1895 mit dem Expropriaten Tägthuhr abgeschlossenen Vergleiche über die demselben für die abzutretenden 111 qm zu gewährende Entschädigung von 10 M für 1 qm einverstanden zu erklären.

Wie Herr Meyerhoff berichtet, empfiehlt die Baucommission, der gesammten Vorlage zuzustimmen. Es solle bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hingewiesen werden, daß es zweckmäßig erscheine, den Außenstraßen eine weniger breite, vielleicht 8—9 m umfassende Fahrbahn und den übrigen Raum den Fußwegen zu

geben, damit die anzupflanzenden Bäume nicht so nahe an die Grundstücke heranreichen.

Auf die Anfrage des Herrn Brückmann, ob die bei den Vorberathungen mit dem Rudolfsstifte aufgetretenen Differenzen beseitigt seien, erwidert

Herr Stadtrath Meyer, daß diese Differenzen noch nicht gelöst seien, indem das Expropriationsverfahren seinen Abschluß noch nicht erreicht habe.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## VII. Anträge, Anfragen und Mittheilungen.

Der Herr Vorsitzende hat den Eingang folgender Anfragen und Anträge aus der Versammlung mitzutheilen:

1) Anfrage des Herrn Wollenweber:

„Wie steht es mit der seiner Zeit von Herrn Ebeling beantragten Freibank?“

2) Anfrage des Herrn Brückmann:

„Ist den städtischen Behörden bekannt, daß von Seiten des Kaiserwerkes Hedwigsburg beabsichtigt sein soll, die bei dessen Abteufungsarbeiten vorkommenden stark salzhaltigen Wassermengen der Oker zuzuführen? Ist der Magistrat zutreffendenfalls geneigt, durch das Herzogl. Staats-Ministerium bei dem Königl. Preussischen Staats-Ministerium wegen der etwa eintretenden Wasserverunreinigung vorstellig zu werden?“

3) Antrag der Herren Wolters und Genossen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im §. 9 des Wegestatuts die Worte „gewerbliche Etablissements“, umzuändern in „Gewerbebetriebe“.

Die Begründung dieser Anfragen u. wird wegen der vorgerückten Zeit in der nächsten Sitzung stattfinden.

Nach einer weiteren Mittheilung des Herrn Vorsitzenden werden die Mitglieder der Versammlung von dem Vorstande des hiesigen Samaritervereins zu der am 29. März stattfindenden Prüfung der Theilnehmer am letzten Samariterkursus eingeladen.

Schließlich weist Herr Jüdel noch darauf hin, daß das Ergebnis der von der hiesigen Handelskammer angestellten statistischen Erhebungen über das Kleingewerbe zur Einsichtnahme von ihm bereit gehalten werde.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 Uhr bis 7<sup>3/4</sup> Uhr.





